PRO
VERITATE
ET
REGNO
DEI
CHARLES HOLBROOK LIBRARY
Pacific School of Religion

HOLBROOK LIBRARY
PACIFIC SCHOOL
OF RELIGION

NEUE WEGE

BLÄTTER FÜR DEN KAMPF DER ZEIT

53

Dreiundfünfzigster Jahrgang

1959

HOLBROOK LIBRARY
PACIFIC SCHOOL
OF RELIGION

Verlag: Vereinigung Freunde der «Neuen Wege»

84958
V·S3
1959

INHALTSVERZEICHNIS

Betrachtungen

	Seite
Kaj Munk: Neue Gerechtigkeit	1
H.-W. Bartsch: Ich bin die Auferstehung und das Leben	69
W. Dignath: Pfingsten 1959	101
Joseph L. Hromadka: Die Macht der Vergebung im Zusammenleben der Völker Europas	149
K. Strijd: Um die Ehre Gottes	181
Emil Fuchs: Evangelium und Wirklichkeitsgestaltung	229
A. J. Rasker: Versöhne dich mit deinem Bruder	261
Leonhard Ragaz: Die Wahrheit	293
A. J. Rasker: Das Kind und das Reich	325

Gebete

Gebet	325

Gedichte

Zarathustra: Gedicht	296

Religiöse Fragen

Frère Philippe de Taizé: Taizé	52
Joh. Harder: Missionstätigkeit der Zukunft	56
Martin Niemöller: Selbstbesinnung der Kirche	73
Botschaft der Präsidenten des Oekomenischen Rates, Pfingsten 1959	104
W. Dignath: Aus der Evangelischen Kirche in Berlin und der DDR	183

Kultur- und Geistesgeschichte

Georges Bernanos: Verantwortung (Schluß)	4
Margarete Susman: Es darf keine Verlorenen geben	37
Arnold Niederer: Gegenseitige Hilfe in Vergangenheit und Gegenwart (I. Teil)	163
Andrew Cordier: William Penn und der Geist der Vereinigten Nationen	189
Arnold Niederer: Gegenseitige Hilfe in Vergangenheit und Gegenwart (Schluß)	191
Chruschtschew: Von der Welt der «Ungläubigen» aus gesehen . . .	208
Margarete Susman: Zu einem Aufsatz über Leonhard Ragaz	232
Redaktion: Erziehung im Zeitalter der Wissenschaft	300

Politische und soziale Fragen

	Seite
Reginald Reynolds: Ueberwindung von Nationalismus und Rassismus in der Erziehung	42
Cyrus Eaton: Ein amerikanischer Kapitalist in Rußland	76
M. Furrer: Afrika im Umbruch	85
A. J. Rasker: Grundsatzerklärung des niederländischen «Konvents für ein neues politisches Ethos»	157
Redaktion: Mit Macmillan in der Sowjetunion	226
R. F. Burlingame: Regierung und Regierte	306
P. Furrer: Moralische Aufrüstung	336
B. R. Sen: Erlöst die Welt vom Hunger	119
Elsa Pavoni: Die wachsende Tragödie Südafrikas	125
Carlton Beals: Kuba in Revolution	128
Ka: Der Fall Penzberg	342

Kampf um den Frieden

Albert Einstein: Nur dann können wir Mut schöpfen . . .	6
Amerikanische Kirchenvertreter fordern eine Friedenspolitik	55
Gertrud Woker: Alles zerstörender Atomkrieg oder Aufbau einer friedlichen Welt	109
Zivilschutz (Zitate)	148
Dr. Brock Chisholm: Biologische Kriegführung: Wir verlangen Auskunft	200
Gertrud Woker: Der Frauen-Kongreß von Brunate (I. Teil)	205
Gertrud Woker: Der Frauen-Kongreß von Brunate (Schluß)	240
Helen Kremos: Vierzehnter internationaler Kongreß der IFFF in Stockholm v. 27. bis 31. Juli 1959	245
A. J. Rasker: Die Macht der Versöhnung und die Ohnmacht der Gewalt	264
K. Strijd: Was ist Friede?	297
Martin Niemöller: Pazifistische Realpolitik	329
Gertrud Woker: Der Volkstrauertag 1959 in Nürnberg als Tag der Besinnung	338
M. Furrer: Gelenkte Demokratie	340
Red.: Kann Militärdienstverweigerung aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen berechtigt sein?	343

Von Menschen

Margarete Susmann: Es darf keine Verlorenen geben (Rosa Luxemburg)	37
B. Wicke: Apostel des gemeinsamen Nenners (Pater Pire)	72
Hugo Kramer: Emil Fuchs, zu seinem 85. Geburtstag	105
Emmy Moor: C. A. Loosli ist gestorben	162
Miroslav Novak: Zum Gedenken an Professor Franz Linhart	235

Zitate und Worte

Ragaz-Worte	68
Ragaz-Worte	100
Wort von John Bright	131
Zivilschutz (Zitate)	148
Worte	180

Weltrundschau (Dr. Hugo Kramer)

	Seite		Seite		Seite
Januar	18	Juni	168	November	312
Februar	57	Juli/August	210	Dezember	344
März	88	September	249		
April/Mai	133	Oktober	280		

Schweizerisches

	Seite		Seite
Prof. F. Wahlen: Kein Platz für Atombomben!	9	Zivilschutz	148
Ernst Schönholzer: Auch in der «freien Schweiz» gibt es Kolonialismus	12	Arthur Villard: Zu zwei Initiativen über atomare Bewaffnung	166
Marc-André Lutz: Als Christ gegen die atomare Aufrüstung der Schweiz	33	Hansjörg Braunschweig: Gegen eine schwedisch-schweizerische Zusammenarbeit für Atomwaffenproduktion	167
Gertrud Woker: Kampf um den Frieden (Erfahrungen der Schweiz)	45		

Von Büchern

Karl Barth: «Brief an einen Pfarrer in der DDR» (H. K.)	31	Ka: Der Fall Penzberg	342
Konrad Farner: «Fragen und Frager. Christ und Marxist heute» (H. K.)	U Okt.	Fritz Wartenweiler: «Abbé Pierre» (Hansruedi Zbinden)	U Dez.
		Walter Allgöwer: «Technik besiegt den Krieg»	U Dez.

Berichte, Aufrufe, Mitteilungen, Redaktionelles

Die Bibel — eine Deutung	U Jan.	An unsere Abonnenten	199
An unsere Abonnenten!	U Jan.	Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz, Einladung zur Wochenendtagung	U Juli/Aug.
Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz, Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege», Einladung zur Jahresversammlung	U März	H. K.: Vom internationalen Bund Religiöser Sozialisten	242
Die Jahresversammlung der Religiös-sozialen Vereinigung (H. H.)	131	H. K.: Unser Wochenendkurs auf dem Albis	263
Bericht über die Tätigkeit der Auskunftstelle für Flüchtlinge im Jahre 1958	U April/Mai	Mitteilung	U Nov.
Voranzeige	U Juni	An unsere Abonnenten	U Nov.
Treffen Religiös-soziale Vereinigung, Gruppe Zürich	U Juni	Bitte (Redaktion)	U Dez.

Neue Gerechtigkeit

Matth. 5. 20–26

Kaj Munk, der dänische Dichter-Pfarrer, Verfasser von volkstümlichen Chorälen, Freiheitsliedern und tiefaufrüttelnden Dramen, war einer der unerschrockensten Wahrheitszeugen der dänischen Widerstandsbewegung. Er wurde 1944 ermordet.

Wenn es nur damit getan wäre, den Kopf schön schräg zu halten, in schmachtendem Ton zu reden und nach allen Seiten die Hände zu drücken! Ach, wenn alles so leicht erledigt werden könnte! Aber unser Herr ist allen Frömmigkeitsbezeugungen sehr abgeneigt. Er sieht sich die Warenbezeichnung nicht einmal an, denn er ist Kenner, und nur echte Ware kann ihn befriedigen.

Es gibt viele, die sich einbilden, ein feuriges Temperament habe nichts mit wahrem Christentum zu tun. Wenn ein Mensch nur «Donnerwetter» sagt, ist er schon verurteilt. Auch bei den ärgsten Sündenkindern begegnet man einer Auffassung des Christentums als einer Tugendetikette. Ein Christ, so glauben sie, ist ein Mensch, der nett, anspruchslos, zurückhaltend und vorsichtig ist. Er darf sich das nicht erlauben, was wir für uns, die wir keinen Anspruch erheben, etwas zu sein, als ganz natürlich für das Geschlecht Adams ansehen.

Die Pfarrer selber sind so feige gewesen und haben diesen Etikettenseelen recht gegeben. Sie fürchteten, die Gegner herauszufordern und die frommen, alten Frauen zu verärgern. Wir kennen die «Liebe-Freunde»-Prediger, wir kennen die liebevollen Grüße und die ewig Gleichen, selig Lächelnden. Doch das ist eine Gerechtigkeit, die noch tiefer steht als die der Schriftgelehrten und Pharisäer. Sie hat die Kirche zwar nicht ins Himmelreich und nicht in die Hölle, aber in vollständige Gleichgültigkeit eingesperrt. Und sie ist Lüge. Denn Jesus hat nie Unnatur von den Menschen verlangt.

Was will er denn von uns? Hat er uns nicht gelehrt, daß Gott die Liebe ist? Lehrt er uns nicht heute noch, daß wir liebevoll zueinander sein sollen?

Aber was ist Liebe? Ist das ein anderes Wort für Honigkuchen? Nein, Liebe ist eine Leidenschaft. Sie ist nicht dazu da, gewisse Kunststücke auszuüben. Kastratentum ist ihr ein Greuel. Wenn Christus von Jahrhundert zu Jahrhundert die Jugend dafür begeistern konnte, sich in seinen Dienst zu stellen, wenn er stolze Männer mit Demut bis zum Martyrium erfüllte und schwache Frauen mit einer Standhaftigkeit, die während eines ganzen Lebens tägliches Opfer möglich macht, dann nur deswegen, weil er selber gepackt war von Leidenschaft – Leidenschaft für das Größte, das Liebe heißt.

Denn die höchste der Leidenschaften heißt Liebe; sie will nichts Geringeres, als einem andern Menschen die Seligkeit schenken.

Für Jesus war Gott deshalb der Gott des Zornes; weder Schlaffheit noch Süßigkeit ist in ihm. Den Menschen zu seinem Geist zu verwandeln, so daß sie, anstatt zu streiten und sich zu plagen, brüder-

lich empfinden, ist ihm so wichtig, daß er kein Mittel unversucht läßt, dies zu verwirklichen. Er hat hier nicht eine interessante Idee entwikkelt, keine originelle Philosophie, sondern er hat Ernst gemeint, den Ernst Gottes. Wer diesem Ernst trotzt, wird die ewige Strafe zu spüren bekommen.

Ja, es ist schon gut, aber wir können einander ja gar nicht lieben. Was soll denn ein Schullehrer tun, um nicht wütend zu werden, wenn doch der Inspektor beweisbar diesen oder jenen Blödsinn gemacht hat? Wie sollte Frau Hansen nicht giftig werden, wenn Frau Jensen schon wieder einen neuen Hut bekommen hat? Wie sollte der Pfarrer den Vikar leiden mögen, wenn seine Kunden sich um dessen Evangeliumsausverkauf zu niedrigen Preisen sammeln? Und dann die politischen Parteien . . . ? und die kämpfenden Völker? Wie soll die Menschheit ohne Haß existieren können?

Und um nun vom Erlöser selbst zu sprechen! Wie behandelte eigentlich er die Männer, die als seine Konkurrenten um die Gunst des Volkes warben? Er war sicherlich nicht ohne weiteres liebevoll mit seinen Gegnern. Natterngezücht und geweißte Gräber waren die Titel, die er ihnen gab; und vor den nichts ahnenden, ehrlichen Kaufleuten im Tempel trat er auf wie ein Gewalttätiger.

Aber dies alles hängt mit seiner tiefen Leidenschaft zusammen. Flammend im Zorn seiner Güte, schlug er nieder auf den Zorn, der böse war. Heilig in seinem Eifer für die Liebe, ging er ohne Schonung gegen den Geist vor, der mit Gewalt und Haß über die Menschheit herrschen wollte.

Aber betraf es ihn selbst, nicht seine Sache, war er wie das Lamm, das geschoren wird. Da heilte er das Ohr des oberpriesterlichen Dieners, da schloß er mit einem allesverzeihenden Blick den Verleugner in seine Arme, da betete er das Gebet, das der Welt unvergeßlichstes wurde: «Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!»

Was er uns also gepredigt hat, hat er uns selbst gezeigt und vorgelebt bis zu den letzten Konsequenzen. Ja, er ist Gottes Sohn, sagt die Lehre der Kirche, aber wir andern, wir sind ja nicht übernatürlicher Abstammung, sondern wir sind in der Gewalt des Fleisches und müssen seiner Begierde gehorchen; es ist eine Notwendigkeit, in dieser harten Welt um sich zu schlagen; bezahle stets mit derselben Münze zurück, vielleicht betragen sie sich dann das nächstemal anständiger.

Ja, vielleicht ist es so. Und dennoch erleben wir jetzt wieder eine Zeit, die noch viel deutlicher als die vorhergehende uns daran erinnert, daß mit der Entwicklung der Technik das Prinzip Auge um Auge, Zahn um Zahn die eigenhändige Ausrottung der Menschheit bedeutet.

Nun gut – aber das andere Prinzip, seines, ist es nicht notwendigerweise unmöglich?

Wieder einmal ist die Kirche liebenswürdig anstatt liebevoll. Sie hat eine Predigt bereit. Sie erzählt uns von einem Ideal, das für uns aufbewahrt wird, über unsere eigene Ohnmacht; sie erzählt uns von

der stellvertretenden Tat unseres Erlösers, von der unendlichen Barmherzigkeit Gottes. Es ist eine sehr schöne Predigt, und außerdem ist sie sehr tief.

Aber im Text steht gar nichts darüber. Es steht vielmehr mit klaren und eindeutigen Worten da, daß Gott vom Menschen fordert, daß er brüderlichen Sinn gegenüber seinem Mitmenschen zeige, und wenn er das nicht tue, er Gottes Strafe zu spüren bekomme.

Eigentlich habe ich keinen Anlaß, mehr über dieses Wort zu reden. Es predigt für sich selbst.

Es ist kein seltsames Wort, aber es ist so unnachgiebig. Eigentlich ist es gar nicht «christlich». Aber ob es nun christlich sei oder nicht, jedenfalls ist es ein Wort Jesu. Jesus ist oft so unerhört realistisch – nicht tief, nicht genial, auch nicht symbolisch, sondern nur wahr.

Ja, aber ich kann mit Hilfe der Naturwissenschaft und andern unerschütterlichen Disziplinen beweisen, daß, weil ich ja selbst dazu erschaffen bin, zu existieren, ich mich selbst nicht auswischen k a n n. Man kann ja wohl auch vom Löwen verlangen, er solle Gras fressen, aber . . .

Und Jesus hört unsere Einwände, verzeiht und wiederholt: Wahrlich, ich sage dir: Du wirst von dort nicht herauskommen, bis du den letzten Rappen bezahlt hast.

So streng ist der Herr der Liebe. Und wenn seine Worte nur das Allergeringste für uns bedeuten, ist es doch so, daß uns jetzt der kalte Schweiß auf die Stirne tritt. Sowohl den Lehrern als der Frau Hansen, als dem Pfarrer und uns allen. Wir gingen viel lieber in die Kirche, um eine warme und tiefempfundene Predigt über die Sünde zu hören, deren Bodenlosigkeit so tief ist, daß nur Gottes Gnade noch tiefer ist; doch Christus ist so unangenehm, uns zu sagen: «Warum in aller Welt willst du in die Kirche gehen? Warte lieber damit, bis du dich mit deinem Bruder versöhnt hast.»

Hörst du das, o Jugend, hörst du diese stolze, leidenschaftliche Stimme, welche dich von Flitter und Tand, von Lauheit und Kapitulation, all der Knechtschaft, womit dich die Welt lähmen wollte, wegruft, zum Kampf gegen den Weltgeist und deine eigene Natur. Sie ruft dich nicht zu etwas Unnatürlichem, sondern zu etwas Übernatürlichem, nämlich zum Kampf für das Reich der Liebe auf dieser Welt des Hasses. Es ist das Unmöglichste von allem, deshalb das Größte von allem. Fort von der Verbannung der Verneinung, fort von der zur Schau gestellten Verlogenheit und Narrheit, hinauf zum «esse non videri» («sein, nicht scheinen»), wirklich das sein, was allein Dauer hat.

Und ihr, liebe Zuhörer, jeder von euch, der peinlich berührt wurde, weil ihn etwas plagt, das er mit seinem Mitmenschen noch nicht geklärt hat – ich drohe euch mit Gottes Zorn, wenn ihr nicht zu dieser Stunde nach Hause geht und versucht, die Sache ins Reine zu bringen – denn sie wird dir auf deinem Totenbett erscheinen, wenn du nicht auf Gottes Wort achtest, das du jetzt gehört hast.

Aus: Kaj Munk: Bekenntnis zur Wahrheit. Evangelischer Verlag AG, Zollikon

Verantwortung?

(Schluß)

Diese Erwägungen erwecken den Anschein, als ob man denke, der Soldat habe sich immer nur als passives Instrument betrachtet. Nichts ist unrichtiger . . . Niemand wagte wohl zu behaupten, ein Ritter des elften oder zwölften Jahrhunderts habe von seinem militärischen Ruf eine so verächtliche Meinung gehabt. Weit entfernt davon, sich als einfaches Werkzeug in der Hand seiner Oberen zu betrachten, verpflichtete sich der Ritter persönlich durch so feierliche Gelübde, daß kein Befehl, ja nicht einmal eine Notwendigkeit, ihn hätte zwingen können, sie zu brechen. Er verpflichtete sich nicht nur – beachtet es wohl –, sich jeder als verbrecherisch angesehenen Handlung zu enthalten, sondern aus freien Stücken andere zu vollbringen, die ihm das strenge Sittengesetz nicht hätte auferlegen können, die vielmehr nur von seinem persönlichen Ehrbegriff abhingen und eine Eingebung der E h r e waren, wie man sagt, daß gewisse unberechnete Handlungen der Heiligen eine Eingebung des G e i s t e s seien. Ein Johanniter oder Tempelritter war gewiß nicht einverstanden mit den Regeln des modernen totalen Krieges, im besonderen des amerikanischen totalen Krieges, wenn er schwur, niemals auf den Kampf zu verzichten, vorausgesetzt, daß die Anzahl seiner Gegner nicht mehr als drei betrage. Der beherzte General Patton würde seine Boys viel eher schwören lassen, ein Gefecht zu vermeiden, sofern sie sich nicht mindestens drei gegen einen befänden. Was hat also die persönliche Vorstellung eines Johanniters oder Templers vom Krieg gemein mit derjenigen, welche den blinden und geistlosen Gehorsam von einem durch seinen Stand von jeder moralischen Verpflichtung befreiten Mann verlangt, der so außerhalb der Sittlichkeit, außerhalb des Gesetzes gestellt wird?

Sie finden vielleicht, jene Leute seien jetzt zeitlich zu weit von uns entfernt, aber was hätte Bayard (1473—1524, bekannt als «Ritter ohne Furcht und Tadel», der Übersetzer) zum Beispiel gemacht, wenn irgendein kirchlicher Diplomat, irgendein verächtlicher kasuistischer Unterhändler ihn davon hätte überzeugen wollen, sein Soldatenberuf erlaube ihm, sich wie ein Türke oder Mohr zu benehmen, ohne Gefahr zu laufen, wie ein Hund verdammt zu werden? Der gute Ritter hätte diesen Soldatenverführer sicher am Hosenboden gepackt und aus dem Fenster geworfen . . .

Ein spanischer oder deutscher Landsknecht, Trinker, Raufbold und Wüstling stellte sich aus eigenem Antrieb an den Rand der Gemeinschaft. Sie taten dies sicher aus Prahlerei. Aber wir wissen, daß Prahlerei und Zynismus immer eine mehr oder weniger bewußte Selbstverteidigung sind, die Maske eines versteckten Schamgefühles,

ein Gebaren, einer möglichen Beschimpfung zuvorzukommen, Schrecken zu verbreiten aus Trotz. Denn auch sie betrachteten sich als unverantwortliche Werkzeuge in der Hand ihrer Vorgesetzten, aber sie waren nicht stolz darauf. Sie wollten lieber für verbrecherisch als für gefügig gehalten werden. Sie wollten, daß ihre Verantwortungslosigkeit den Anschein erweckte, von ihrer Natur, von ihren Neigungen abzuhängen, vom Willen des lieben Gottes, an den sie – ihn lästernd – glaubten.

Der Bombenflieger von heute, der in einer Nacht mehr Frauen und Kinder tötet als der Landsknecht in zehn Kriegsjahren, wird es nicht dulden, daß man ihn für einen schlecht erzogenen, zänkischen Burschen hält. «Ich bin ein so grundguter Kerl – wird er wohl sagen –, daß mich das Geräusch eines Bohrers beim Zahnarzt an den Rand eines Nervenzusammenbruches bringt, und ich bin ohne weitere Hemmungen bereit, einem kleinen Kind auf der Straße bei seinem Geschäftchen zu helfen. Aber was ich tue oder nicht tue, wenn ich in einer Uniform stecke, das heißt: während meiner Tätigkeit als Funktionär des S t a a t e s , das geht niemand etwas an!» Die gleichen unschuldigen Hände werden morgen im Frieden mit derselben gelernten Gleichgültigkeit zu demütigen Dienern des Staates werden gegen Ungefügige meiner Art. «Was wollen Sie? Ich bin nicht dafür verantwortlich!» Dies ist die übliche, auf jeden Fall anwendbare Entschuldigung.

Seit langem denke ich, wenn der Mensch eines Tages, dank der wachsenden Wirkungskraft der Zerstörungsgewalten, von diesem Planeten verschwindet, so kann nicht die Grausamkeit für unser Auslöschen verantwortlich gemacht werden und wohlverstanden noch weniger die Entrüstung, die sie hervorruft oder die Gegenschläge und die Rachemaßnahmen, die sie veranlaßt; – weder die Grausamkeit noch die Vergeltung, sondern viel eher die Gefügigkeit, die Verantwortungslosigkeit des modernen Menschen, seine verächtliche Nachgiebigkeit gegenüber jeder Willensäußerung der Gesellschaft. Die Schrecken, die hinter uns liegen und die noch schlimmeren, die wir bald sehen werden, sind keineswegs ein Zeichen dafür, daß sich die Zahl der Empörten, der Ungebändigten, der Unbeugsamen in der Welt vermehre, sondern ganz im Gegenteil, daß unaufhörlich, mit einer betäubenden Schnelligkeit, die Anzahl der Gehorsamen wächst, der Gefügigen, der Menschen, die nicht zu verstehen suchen.

Gehorsam und Verantwortungslosigkeit, das sind die beiden Zauberworte, die morgen das Paradies des Maschinenzeitalters, das Paradies der Roboter, weit auftun werden.

Georges Bernanos

Nur dann können wir Mut schöpfen . . .

Eine Erklärung *Albert Einsteins* vom Jahre 1946

Man hat sich in letzter Zeit oft nach der Bedeutung gewisser Erklärungen erkundigt, in denen ich zum Ausdruck brachte, das Wesentliche sei eine neue Art zu denken, wenn die Menschheit überleben und sich höher entwickeln wolle.

Es kommt in einem Entwicklungsprozeß oft vor, daß eine Gattung von Lebewesen sich neuen Bedingungen anpassen muß, um zu überleben. In unseren Tagen hat die Atombombe die Welt, wie wir sie kannten, gründlich verändert. Die menschliche Rasse findet sich deshalb in neuen Lebensverhältnissen, an die sich ihr Denken anpassen muß.

Angesichts des neuen Wissensbereiches sind eine Weltregierung und, auf lange Sicht gesehen, ein Weltstaat nicht bloß *wünschbar*, um der Tatsache willen, daß alle Menschen Brüder sind, sondern sie sind *notwendig*, wenn wir überleben wollen. In früheren Zeitaltern konnten das Leben und die Kultur einer Nation in nationalem Wettbewerb bis zu einem gewissen Grade durch erstarkende Armeen geschützt werden. Heute müssen wir den Wettbewerb aufgeben und Zusammenarbeit sichern. Dies muß der Kernpunkt unserer Überlegung in internationalen Angelegenheiten werden. Sonst gehen wir dem sicheren Untergang entgegen. In der Vergangenheit waren unsere Denkweise und unser Handeln nicht imstande, Weltkriege zu verhindern. In der Zukunft *muß* unser Denken Kriege verhindern. Der moderne Krieg, die Atombombe und andere Entdeckungen stellen eine revolutionäre Umwälzung dar. Nie zuvor war es möglich, daß eine Nation gegen eine andere Krieg führte, ohne Armeen über die Grenzen zu werfen. Heute, da wir Raketen und Atombomben besitzen, ist kein einziges Bevölkerungszentrum auf der Erde sicher vor überraschender Zerstörung in einem einzigen Angriff.

Amerika hat einen zeitlichen Vorsprung in der Rüstung, aber wir können sicher sein, daß unser Atomgeheimnis sich nicht auf die Dauer halten läßt. Was die Natur einer Gruppe von Menschen offenbart, wird sie mit der Zeit jeder anderen Gruppe, die sich mit Geduld und Eifer darum bemüht, ebenfalls offenbaren.

Aber unsere derzeitige Überlegenheit überbürdet unserer Nation die gewaltige Verantwortung, der Menschheit in ihrem Bemühen um die Überwindung dieser Krise voranzugehen.

Da die Amerikaner erfinderische Leute sind, fällt es ihnen schwer, zu glauben, daß es, so weit man sehen kann, keine Verteidigung gibt gegen Atombomben. Dies ist jedoch eine Grundtatsache. Die Wissenschafter kennen tatsächlich kein Forschungsgebiet, das uns eine Hoffnung auf hinreichende Verteidigung bieten könnte. Die in militärischen Begriffen Denkenden sind in der alten Denkweise befangen. Ein

Verteidigungsdepartement hat die Möglichkeit untersucht, ob man das Leben unter die Erde verlegen und zu Kriegszeiten Fabriken in riesigen Höhlen unterbringen könnte. Andere sprechen davon, unsere Bevölkerungszentren in langausgedehnte oder «Bänder»-Städte aufzuteilen.

Vernünftige Menschen, die sich diesen Tatsachen gegenüber sehen, weigern sich, eine Zukunft in Betracht zu ziehen, in der unsere Kultur versuchte, in «Bänder»-Städten oder in unterirdischen Gräbern zu überleben. Auch der Vorschlag, hunderttausend Mann, die den Himmel mit Radar absuchten, den Küsten entlang aufzustellen, ist keine beruhigende Vorstellung. Es gibt keine Radarverteidigung gegen Geschosse vom Typus der V-2, und sollte eine Art von «Verteidigung» nach jahrelanger Forschungsarbeit entwickelt werden, so ist es doch menschenunmöglich, eine vollkommene Verteidigung zu schaffen. Sollte auch nur eine Rakete mit atomischer Sprengwirkung Minneapolis treffen, so würde jene Stadt nicht viel anders aussehen als Nagasaki. Gewehrkugeln töten Menschen, aber Atombomben töten Städte. Ein Tank kann uns vor einer Kugel schützen, aber die Wissenschaft kennt keine Verteidigung gegen Waffen, die die Zivilisation zerstören können.

Die Verteidigung liegt nicht in Rüstungen, noch in Wissenschaft, noch in Verkriechen unter die Erde. Unsere Verteidigung liegt in Gesetz und Weltordnung.

Wir fabrizieren noch immer Bomben, und die Bomben erzeugen Haß und Mißtrauen. Wir bleiben bei unserer Geheimhaltung, und Geheimhaltung erzeugt Verdacht. Ich will damit nicht sagen, wir sollten das Geheimnis der Bombenherstellung der ganzen Welt preisgeben, aber ich frage: Bemühen wir uns wirklich, eine Welt zu schaffen, in der keine Bomben und Geheimhaltung nötig sind – eine Welt, in welcher die Wissenschaft und die Menschen frei sein werden? Solange wir Rußlands geheimen Rüstungen mißtrauen und Rußland den unsrigen, gehen wir zusammen dem sicheren Untergang entgegen.

Die Vereinten Nationen sind das einzige Instrument, das wir besitzen, um etwas Besseres zu schaffen, und doch haben wir die Vereinten Nationen, die Verfassung und den Verhandlungsmodus der Vereinten Nationen mehr als einmal benützt, um die Russen zu überstimmen, obschon sie im Recht waren. Niemand wird bestreiten, daß die UNO zu Zeiten deutliche Beweise gibt, daß sie dereinst die Hoffnung, die Millionen Menschen auf sie setzen, rechtfertigen wird, aber leider ist uns die Zeit nicht geschenkt, die nötig wäre, um die Probleme, welche Wissenschaft und Krieg uns gesetzt haben, zu lösen. Starke Kräfte in der politischen Welt gehen schnell einer Krise entgegen. Viele führende Politiker sehen und betonen, daß eine übernationale Behörde und in absehbarer Zeit eine Weltregierung kommen müssen, aber eigentliche Pläne und Versuche in diese Richtung sind hinter dieser Erkenntnis weit zurück.

Private Organisationen planen für die Zukunft, aber die Regierungen scheinen noch immer in der Vergangenheit zu leben. Wenn man auf eine Überwindung des Nationalismus und die Schaffung einer übernationalen Körperschaft hinarbeitet, kann man sich nicht verhehlen, daß sich der nationale Geist in Armeekreisen zäher am Leben erhält als irgendwo sonst. Dieser Tatsache könnte man begegnen, indem man in den militärischen Formationen der UNO die verschiedenen Einheiten vermischt, sicher aber nicht, indem man eine intakte russische Einheit neben einer intakten amerikanischen Einheit beibehält . . .

Eine der Folgen des Krieges war, daß viele Menschen sich des eigenen Denkens entwöhnten und einfach taten, was ihnen befohlen war. Dieser Mangel an Interesse würde heute verhängnisvolle Folgen zeitigen, denn was diese Gefahr anbetrifft, gibt es vieles, was der Durchschnittsbürger tun kann. Zwar verstehen nicht einmal die Wissenschafter die Atomkraft vollständig, denn niemandes Kenntnisse sind allumfassend. Wenige Menschen haben die Atombombe gesehen, aber jeder von uns, wenn er einige wenige Tatsachen erfährt, begreift, daß diese Bombe und die Kriegsgefahr etwas sehr Reales ist, etwas, was jede Person in der zivilisierten Welt direkt betrifft. Wir können es nicht den Generälen, Senatoren und Diplomaten überlassen, im Laufe von Jahrzehnten eine Lösung des Problems auszuarbeiten. In fünf Jahren können mehrere Nationen Atombomben hergestellt haben, und dann wird es zu spät sein, die Katastrophe zu verhüten . . . Wir müssen das Wissen um die Atomkraft in die Dörfer und Städte tragen. Dann werden unsere amerikanischen Vorschläge nicht bloße Dokumente über Maschinerien sein, die langweiligen und trockenen Mitteilungen einer Regierung an andere Regierungen, sondern die Verkörperung einer Botschaft an die Menschheit von einer Nation von Menschen.

Die Wissenschaft hat diese Gefahr hervorgebracht, aber das eigentliche Problem liegt im Geist und in den Herzen der Menschen. Wir werden die Herzen anderer Menschen nur ändern, wenn wir *unsere* Herzen ändern und tapfer aussprechen, was ist.

Wir müssen der Welt unsere Kenntnis der Naturkräfte freigebig mitteilen, nachdem wir die nötigen Maßnahmen gegen deren Mißbrauch ergriffen haben.

Wir müssen nicht bloß gewillt sein, sondern durch die Tat zeigen, daß wir uns einer verpflichtenden Autorität, wie sie die Sicherheit der Welt verlangt, unterstellen.

Wir müssen uns klar bewußt werden, daß wir nicht gleichzeitig für Krieg und Frieden planen können. Erst wenn dies in unseren Herzen und in unserem Geist klar ist, werden wir die Furcht überwinden, die über der Welt liegt.

Kein Platz für Atombomben!

Am 8. Oktober 1946 machte der damalige Ständerat und heutige Bundesrat Prof. F. Wahlen anläßlich der Beratungen des Ständerates über den Bundesbeschluß betreffend die Förderung der Atomforschung unter anderen folgende bemerkenswerten und tapferen Ausführungen:

«Es ist noch nicht lange her, seit wir wissen, daß alles Leben auf der Erde direkt von der Atomenergie abhängig ist, das heißt von der in der Sonne vor sich gehenden Umwandlung der Atome und den dabei freiwerdenden ungeheuren Energiebeträgen. Rascher als es selbst maßgebende Kernphysiker erwartet haben, ist es auch auf unserem Planeten in beschränktem Maße gelungen, die in den Atomen schlummernden Energien freizumachen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß mit dieser Entdeckung einer der bedeutungsvollsten Abschnitte der Menschheitsgeschichte eingeleitet wurde.

Nur die Zukunft kann zeigen, ob uns diese neueste Frucht vom Baume der Erkenntnis zum Guten oder zum Bösen gereicht. Der Auftakt ist allerdings alles andere als ermutigend.

Bis jetzt ist es doch vorwiegend so gewesen, daß die Fortschritte der Technik primär dem Aufbau dienten und daß wir erst nachträglich ihren Mißbrauch im Dienste der Zerstörung zu beklagen hatten. Die erste praktische Verwendung der Atomenergie diente dagegen dem Massentöten und der Zerstörung in einem trotz der Übersteigerung alles Chaotischen bisher unbekannten Ausmaße.

Es wird eines ungeheuren Aufwandes an gutem Willen bedürfen, um unübersehbare Folgen dessen abzuwenden, was über Hiroshima und Nagasaki geschehen ist. Wir stehen vor einer tragischen Alternative: Entweder führt uns die Verwendung der Atomenergie in eine Periode ungeahnten Aufschwungs, oder sie bringt uns das Ende des letzten Restes der mühsam aus besseren Zeiten herübergeretteten Kulturgemeinschaft, wenn nicht das Ende der Menschheit überhaupt.

Niemand sage, diese Alternative sei übersteigert. Es gibt keinen Zwischenweg: Entweder gelingt es, die Verwendung der Atomenergie für Kriegszwecke zu ächten und die notwendigen rechtlichen und materiellen Sicherungen zur Innehaltung dieser Ächtung zu schaffen, oder es entsteht ein Rüstungswettlauf, dessen Ende mit dem Ende nicht nur der Menschlichkeit, sondern der Menschheit überhaupt zusammenfallen müßte.

Nehmen Sie einmal mit führenden Kernphysikern an, es gelinge in der nächsten Zeit, neben dem Uran auch andere Elemente der Auslösung von Kettenreaktionen dienstbar zu machen! Damit würde die jetzt angestrebte Kontrolle der Uranerzlagerstätten illusorisch. Die erste Folge müßte ein ungeheures Mißtrauen zwischen den Völkern sein, wie es jetzt schon die Beziehungen zwischen den Großmächten vergiftet und den politischen und materiellen Wiederaufbau der Welt hemmt.

Es ist müßig, sich angesichts solcher Perspektiven zu fragen, ob diese neueste Entwicklung der Technik trotz dem Segen, den sie wirtschaftlich stiften könnte, wirklich ein Glück für die Menschheit bedeute. Der Rubikon ist überschritten. Die Forschung wird weitergehen. Die einzige Möglichkeit, die uns offen bleibt, ist der feste Wille, jeden Mißbrauch auszuschließen. Diesen Willen zu bilden, ihm einen weltweiten Widerhall zu geben, ist nicht nur Aufgabe der Großmächte, sondern es müssen hier auch die Kleinen nach Möglichkeit mitsprechen, und die Tradition unseres Landes heißt uns dies in vorderster Linie tun.

Angesichts dieser Aufgabe gibt mir nicht so sehr der vorliegende Entwurf zu einem Bundesbeschluß als vielmehr seine Begründung durch die bundesrätliche Botschaft zu größten Bedenken Anlaß, die vorzutragen ich mich verpflichtet fühle.

Ich bin nun der festen Überzeugung, daß sich die in der Schweiz durchgeführten wissenschaftlichen Arbeiten strikte auf die Grundlagenforschung und die Auswertung auf wirtschaftlichem Gebiet beschränken sollten, selbstverständlich unter Einbezug rein militärischer Defensivvorkehren, aber unter bewußtem und ausgesprochenem Verzicht auf die Entwicklung und Herstellung von Atombomben. Die Gründe, die mich zu dieser Stellungnahme führen, sind einesteils militärischer und militärpolitischer Art, vorwiegend aber entspringen sie humanitären und allgemein politischen Überlegungen.

Unsere Armee ist als Institution der reinen Landesverteidigung ein Defensivinstrument.

In dieser Betrachtungsweise hat die Atombombe keinen Platz. Wenn auch die technischen und Materialschwierigkeiten zu ihrer Fabrikation überwunden werden könnten, so fehlt uns jede Möglichkeit, unsere Truppen in ihrer Handhabung und Verwendung zu üben und ihre nachhaltige Fabrikation während eines Krieges zu gewährleisten. Die den Kriegsentscheid beeinflussende Verwendung der Atombombe ist entweder an das Bestehen der Luftüberlegenheit oder an die Verwendung weittragender Raketengeschosse geknüpft. Beide Voraussetzungen fehlen uns und sind angesichts der Mittel unseres Landes nicht beizubringen.

Ich glaube, daß diejenigen Offiziere, die sich in einseitiger Weise für eine Technikerarmee einsetzen, unserer Landesverteidigung einen schlechten Dienst erweisen. Eine solche notwendigerweise in der Zahl beschränkte Truppe wäre keine Volksarmee mehr, und große Teile des Volkes würden ihr mit Mißtrauen gegenüberstehen.

Aber auch militärpolitische Gründe sprechen ein gewichtiges Wort. Wenn in einer bundesrätlichen und von den eidgenössischen Räten genehmigten Botschaft das Schwergewicht der Atomforschung auf die militärische Seite gelegt wird, so ist das eine Tatsache, die von unseren Nachbarn nicht unbemerkt bleiben wird.

Man weiß, daß wir über Köpfe verfügen, die durchaus imstande sind, auf diesem Gebiet Ernsthaftes zu leisten. Das Vorhandensein

einer solchen zweckgerichteten Forschung kann deshalb von unseren Nachbarn nicht anders als potentielle Drohung empfunden werden. Damit aber laufen wir Gefahr, gerade das Gegenteil des Beabsichtigten zu erreichen. Es müßte bei einem plötzlichen Kriegsausbruch das Bestreben der Generalstäbe europäischer Mächte sein, unser Land so rasch wie möglich als Bedrohungszentrum auszuschalten, und so würde jede in unserem Lande liegende Atombombe zu einem Magneten für militärische Überraschungsinterventionen.

Diese Feststellung läßt sich nicht mit dem Einwand abtun, daß auch bis anhin unsere nur für diesen Zweck der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes unterhaltene Armee den gleichen Effekt gehabt haben könnte. Die Atombombe ist nicht eine bloße Weiterentwicklung vorhandener Angriffswaffen, sondern sie bedeutet etwas durchaus Neues, das auch militärpolitisch unter neuen Aspekten betrachtet sein will.

Das größte Gewicht möchte ich jedoch auf Gründe humanitärer und allgemeinpolitischer Art legen. Unsere Behörden und der weit überwiegende Teil des Volkes machen den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen von der Garantierung unserer Neutralität abhängig. Dieses Verlangen, das am Anfang auf völliges Unverständnis und reine Ablehnung stieß, scheint in der letzten Zeit in vielen maßgebenden Kreisen des Auslandes besser verstanden zu werden, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es bei geschickter und subtiler Behandlung durch unsere auswärtigen Dienste auch außerhalb der Schweiz Verfechter finden wird.

Wenn wir aber schon eine Sonderstellung erwarten und verlangen, dann ist es unsere Pflicht, diese Sonderstellung zu begründen und zu verdienen, wie wir sie in der Vergangenheit durch unsere korrekte, allen Nachbarstaaten Vertrauen einflößende Haltung und durch die Übernahme besonderer humanitärer Missionen verdient haben.

Die Anhandnahme von Forschungen auf dem Gebiete der Atomenergie mit dem nicht nur eingestandenen, sondern in den Vordergrund geschobenen Zweck der Schaffung von Atomwaffen müßte diesen Bestrebungen unabsehbaren Schaden zufügen. Gerade unserem Lande steht es zu, den ersten Schritt zu machen, um die Ächtung der Ausnützung der Atomenergie als militärische Waffe herbeizuführen. Mag man einen solchen Schritt angesichts der Kleinheit unseres Landes auch nur als Geste beurteilen, sicher wird er seinen Zweck nicht verfehlen, und er kann eine Tragweite bekommen, die für das Schicksal des Menschengeschlechtes bedeutungsvoll ist.

Dazu kommt aber noch ein weiterer wichtiger Grund. Nie und unter keinen Umständen dürfen wir irgend etwas tun, das mit den Verpflichtungen, die wir übernommen haben, in Widerspruch steht. Der Artikel 25 des Haager Abkommens untersagt den Angriff auf unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten und Gebäude, gleichgültig mit welchen Waffen. Diese Bestimmung ist im Verlaufe des letzten

Krieges von allen Kriegführenden mit Füßen getreten worden. Die verwendeten Waffen ließen aber in den meisten Fällen die Ausflucht zu, es seien nur militärische Objekte visiert gewesen, und die Vernichtung von Wohnstätten wie die Tötung Hunderttausender von Zivilpersonen seien unbeabsichtigte und bedauerliche Nebenwirkungen. Die Verwendung der Atombombe schließt jede derartige Interpretation aus. Hier wie anderwärts müssen wir uns klar sein, daß für unser Land die Innehaltung internationaler Rechtsverpflichtungen den stärksten Pfeiler der Unabhängigkeit darstellt, und wir dürfen keinen irgendwie gearteten Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es für uns ein Abweichen von solchen Verpflichtungen geben könnte.

Um jedes Mißverständnis auszuschalten, möchte ich sagen, daß ich die Grundlagenforschung auf dem Gebiete der Kernphysik, der Auswertung der Atomenergie für wirtschaftliche Zwecke und dem Studium von Abwehrmaßnahmen gegen die Atombombe zustimme und die vorgeschlagenen Kredite begrüße.

Die Vorlage muß aber nach dem Gesagten ergänzt werden durch eine eindeutige Willenserklärung von Parlament und Bundesrat, grundsätzlich und ohne Rücksicht auf die von den Großmächten zu treffenden Entschlüsse auf die Verwendung der Atombombe zu verzichten.

Ich stelle deshalb den Antrag, die Vorlage sei an die Kommission zur Neubehandlung mit dem Bundesrat zurückzuweisen.»

Der Ständerat folgte Wahlen mit 17 gegen 14 Stimmen.

Bundespräsident Kobelt gab bei dieser Gelegenheit die nachstehenden Erklärungen ab:

«Es kann ja gar nicht in Frage kommen, daß wir unser Land mit Atombomben oder V-Waffen verteidigen können.» 8. Oktober 1946.

«Wir haben weder die Absicht noch wären wir in der Lage, Atombomben herzustellen.» 16. Oktober 1946.

(Dem «Öffentlichen Dienst» vom 22. Dezember 1958 entnommen)

Auch in der „freien Schweiz" gibt es Kolonialismus!

Herr Ernst Schönholzer, Beratender Elektroingenieur, Zürich, hat uns um Aufnahme nachstehenden Artikels in die «Neuen Wege» gebeten. Wir kommen seinem Wunsche nach, ohne jedoch irgendwelche Verantwortung für die von ihm vertretenen Auffassungen zu übernehmen. Wir geben lediglich seinem Gewissensappell an die öffentliche Meinung Raum. Eine allfällig sich daraus ergebende Kontroverse müßte in der Tagespresse ausgefochten werden. Red.

Ja, ist das möglich und wieso denn? Jawohl, und zwar einen Kolonialismus, der der Schweiz nicht ansteht und mit dem noch v o r der Landesausstellung 1964 in Lausanne aufgeräumt werden muß! Es ist der H y d r o - E l e k t r o - Kolonialismus in den wasserkraftreichen Bergkantonen der «f r e i e n S c h w e i z». Er begann schon 1907,

als die Brusio-Werke AG auf Grund einer Konzession seitens der zuständigen Verleihgemeinde Brusio hydroelektrische Energie aus dem größten und wasserkraftreichsten Schweizer Kanton über dessen Grenzen nach Italien, Mailand, ausführte. Also aus dem Bruderkanton Graubünden, der noch heute so arm ist, daß er nach einem guten Halbjahrhundert Wasserkraftnutzung via Konzessionen bei einem Wasserkraftreichtum von fast 10 Milliarden kWh pro Jahr immer noch auf Patenschaften aus dem Unterlande angewiesen ist. Dabei könnte er auf Grund seines natürlichen Reichtums der wohl sanierteste Kanton der Schweiz sein. Und dabei ist ausgerechnet in diesem naturkraftreichsten Kanton die Armenlast seit einem guten Jahrhundert auf das Achtfache gestiegen. Weshalb ein solcher Widerspruch? – Er erklärt sich aus einem schlauen, ja gerissenen Konzessionstrick, nach welchem die Konzessionäre – geschützt durch ein Konzessionsgesetz – zu spottbilliger Wasserkraftenergie gelangen können unter unglaublicher Ausnützung der Armut und des Mangels an Sachverständnis seitens der Konzedenten (meistens einfacher Bauern der Verleihgemeinden).

In einem wirklichen Rechtsstaat dürften solche Konzessionsverträge nicht gültig sein. Wenn zwei Menschen (= natürliche Personen) einen gegen Treu und Glauben verstoßenden Vertrag miteinander schließen, dann gilt er vor Gericht nichts. Wenn aber juristische Personen, wie Konzedent und Konzessionär, miteinander einen Vertrag schließen, der eine offensichtliche Übervorteilung des schwächeren Partners, also des Konzedenten, festlegt, so ist bei uns der Vertrag sogar auf 80 Konzessionsjahre hinaus rechtsgültig. Vater, Sohn und Enkel müssen zuschauen, wie die Konzessionäre die hydroelektrische Energie, für die sie mit einem Schleuderpreis entschädigt wurden – durch ein unmoralisches Gesetz geschützt –, aus dem Heimattale und dem Heimatkanton abführen und gewaltige Reingewinne machen. Die nachfolgenden, amtlich richtigen Zahlen mögen dem Leser die Tatsache dieses Unrechtes verdeutlichen.

Stand Ende 1956

In diesem Berichtsjahr wurden im Kanton Graubünden rund 1,5 Milliarden kWh hydroelektrische Energie erzeugt und davon 1,07 Milliarden kWh als Exportenergie über die Kantonsgrenzen abgeführt.

Die 1,5 Milliarden kWh brachten dem Kanton und den Verleihgemeinden zusammen eine Jahreseinnahme von 3,5 Millionen Franken an Wasserzinsen und Steuern total ein.

Die Exportenergie, also der Teil, der aus dem Kanton Graubünden abgeführt wurde, erbrachte dem Kanton und den Verleihgemeinden zusammen die Summe von

$$\frac{1{,}07 \text{ Milliarden kWh}}{1{,}50 \text{ Milliarden kWh}} \cdot 3{,}5 \text{ Millionen Franken} = 2{,}5 \text{ Millionen Franken.}$$

Die Konzessionäre erhielten darum die Kilowattstunde zum Schleuderpreis von

$$\frac{250 \text{ Millionen Rappen}}{1070 \text{ Millionen kWh}} = 0{,}234 \text{ Rappen},$$

also nicht einmal ein Viertelsrappen pro Energieeinheit. Dabei entspricht 1 kWh einer Arbeit von 367 200 Meterkilogramm. Um dieselbe von einem sehr fleißigen und starken Schwerarbeiter verrichten zu lassen, müssen 3 bis 4 Tage zu 8 Stunden Zeit aufgewendet werden. Damit erhält der Leser einen schwachen Begriff von der unmoralischen Unterbezahlung abgeführter Energie. Mit den 2,5 Millionen Franken aus Exportenergie können der Bergkanton Graubünden und die Gemeinden knapp die Winterschäden bezahlen.

Sicher würde kein Unterlandkanton – wenn er diese Wasserkräfte besäße – einen solchen ungerechten Konzessionsvertrag unterzeichnen. Aber dem sonst schon benachteiligten Bergkanton Graubünden mutet man dieses Unterangebot seit mehr als 50 Jahren ohne Hemmung zu und empfindet nicht einmal ein Unrecht dabei! Das ist aber nicht recht vor dem untrüglichen Gewissen und kann folgenschwer enden, wenn damit nicht aufgeräumt wird.

Und jetzt soll dieser Hydro-Elektro-Kolonialismus im Unterengadin durch die neugeplante Wasserkraftnutzung des Inn und seiner Seitenbäche (und zwar 16 von den 22) neuerdings um 80 Jahre Konzessionsdauer fortgesetzt werden?

Das darf nicht mehr geschehen!

Man stelle sich das Ungeheuerliche vor: Im Jubiläumsjahr 1957 (50 Jahre Energieexport aus dem Bruderkanton Graubünden) gelang es dem Wasserkraftwerkkonsortium der Engadiner Kraftwerke AG, von den 15 zuständigen Verleihgemeinden die Konzession für den Bau von Großkraftwerken und den jährlichen Abtransport von 1468 Millionen kWh (Jahresproduktion) minus 11 Millionen kWh Gratis- und Vorzugsenergie für die Verleihgemeinden = 1457 Millionen kWh zu erlangen, was außerdem mit einer bedrohlichen hydrologischen Veränderung (Versteppung!) des weltberühmten Unterengadins einhergeht.

Unterhöhlung des Nationalparkes auf total rund 15 km.

Abzapfung des Innwassers bei S-chanf im Engadin.

Inn - Rinnsal über eine Strecke von 60 km (Restwasser ungewiß!).
(Siehe verödetes Maggiatal, wo auch Restwasserversprechungen gemacht, aber nicht gehalten wurden.)

Abzapfung von Spölwasser im Ausmaß von 97,5 Millionen m^3 pro Jahr.

Überführung desselben ins Addagebiet von Italien.

Beraubung des Inns um seinen mächtigen Zufluß bei Zernez.

Statt daß der Spöl sein Wasser ins ohnehin zu trockene Unterengadin weiterbringt, wie jetzt, würde er nach dem unmöglichen Ova-

Spin-Projekt unverantwortlich beraubt und dafür dem regenreichen Addatal zugeführt, was hydrologisch und naturschützlerisch ein Widersinn ist.

Zu all diesen Nachteilen kommt noch die schier unglaubliche Unterbezahlung der Energie, die bei Ausführung des Projektes aus dem Engadin abgeführt würde. Nur Unwissenheit und Armut konnte die Stimmbürgerschaft des Unterengadins dazu bringen, einer solchen Flußberaubung zuzustimmen.

Für die Bewilligung, 80 Jahre lang jährlich die Riesenmenge von 1457 Millionen kWh abzutransportieren, bezahlen die Konzessionäre den 15 Verleihgemeinden eine einmalige Konzessionsgebühr von 1,6 Millionen Franken. Der auf eine Verleihgemeinde entfallende Betrag pro Jahr beträgt

$$\frac{1\,600\,000 \text{ Franken}}{80 \cdot 15} = 1330 \text{ Franken}$$

und reicht nicht einmal aus, damit einen Lehrer während zweier Wintermonate zu besolden.

An Wasserzinsen und Steuern würden die 15 Verleihgemeinden jährlich 2,6 Millionen Franken, der Kanton 3,4 Millionen Franken, zusammen 6 Millionen Franken einnehmen.

Und somit erhielte eine Verleihgemeinde von dem abgeführten Wasserkraftreichtum des Inn und seiner Seitenbäche nur

$$\frac{260 \text{ Millionen Rappen}}{1457 \text{ Millionen kWh}} \cdot \frac{1}{15} = 0{,}0178 \text{ Rappen/kWh} \cdot \frac{1}{15}$$

= 0,0118 Rappen/kWh oder den 85. Teil eines Einräpplers pro kWh im Durchschnitt.

Vater, Sohn und Enkel müßten also 80 Jahre lang zuschauen, wie die Konzessionäre den Reichtum an Wasserkraft des Mittel- und Unterengadins für einen «Speuz» abführen und schwer daran verdienen, wenn dem Unrecht nicht endlich ein Riegel geschoben würde.

Um dem Leser einen schwachen Begriff von der Ungerechtigkeit der Wasserkraftnutzung via Konzessionen zu geben, möge er bedenken, daß zum Beispiel das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich im Berichtsjahr 1955 aus 430 Millionen kWh Bündner Energie einen Reingewinn von 7,2 Millionen Franken erzielte. Man darf daraus schließen, daß das Konsortium der Engadiner Kraftwerke AG mit seinen Energieabnehmern zusammen aus der abgeführten Engadiner Energie auch einen Reingewinn von proportionaler Größe herausschlagen würde, nämlich

$$\frac{1457 \text{ Millionen kWh}}{430 \text{ Millionen kWh}} \cdot 7{,}2 \text{ Millionen Franken Reingewinn}$$

= 24,4 Millionen Franken Reingewinn.

Das ist mehr als neunmal soviel, als die 15 Liefergemeinden an Jahreseinnahmen zusammen erhalten würden, und mehr als siebenmal soviel, als der Kanton aus der Engadiner Energie an Wasserzinsen und Steuern einnehmen würde. Dabei ist der Zinsgewinn des Unterlandes aus der Verzinsung des Anlagekapitals von 722 Millionen Franken noch nicht einmal berücksichtigt.

Kein Wunder, daß Graubünden bei all seinem Wasserkraftreichtum arm und hilfsbedürftig bleibt!

In Wirklichkeit bezahlt es die Patenschaften aus dem Unterland selber, da dieses auf Grund seiner Riesengewinne infolge der Unterbezahlung der abgeführten Energie die Patenschaftskosten leicht bezahlen kann. Hier kann man nicht anders, als an Pestalozzis wahres und währschaftes, träfes Wort denken, das hier frei zitiert sei: «Bloße Mildtätigkeit – ohne Hunger und Durst nach Gerechtigkeit und ohne den festen Willen, ihr auch zum Durchbruch zu verhelfen – das ist das Ersaufen des Rechtes in dem Mistloch der Gnade!»

Das schweizerische Unterland, das Energie benötigt, muß umdenken lernen! Der Einwand und Hinweis auf das Wort «Pacta sunt servanda!» (Verträge sind zu halten!) fällt gewichtslos in sich zusammen, wenn sie unter Ausnützung von Armut und Unwissenheit eines Kontrahenten getätigt worden sind. Solche Verträge erniedrigen die Schweiz und sind vor dem Gewissen rechtsungültig!

Der Weg aus dem Hydro-Elektro-Kolonialismus heraus

Bedenken wir Schweizer doch endlich die Worte des großen Denkers Montesquieu (frei zitiert): «Une loi n'est pas juste parce qu'elle est dans la Constitution; elle ne doit être dans la Constitution que si elle est juste!» und tilgen wir in unserer Gesetzgebung das ungerechte Konzessionsgesetz aus und dulden wir es nicht mehr, daß in unserer Rechtssprechungspraxis und -theorie juristische Personen gegenüber natürlichen Personen irgendwelche Privilegien besitzen, die nur folgenschwer sein können, und schaffen wir dafür einer gewissenhaften Wasserkraftnutzung via Energiekonkordat Platz! Das Unterland hat allein vom Bruderkanton Graubünden seit 1907 (Beginn des Energieexportes) kostbare hydroelektrische Energie im Gesamtbetrage von rund 25 Milliarden kWh heruntergeholt und sie schwer unterbezahlt, so daß Graubünden im Grunde genommen Großgläubiger des Unterlandes ist und nach Abzug aller Zahlungen in Form von Gebühren, Steuern und Wasserzinsen noch rund 700 Millionen Franken vom Unterland zugut hat. Wäre die Energie freundschweizerisch von Anfang, also von 1907, an auf Grund meines Energiekonkordatsvorschlages «erlöshälftig» bezahlt worden, so gäbe es in unserem Bruderkanton Graubünden keine Not und Sorge, wie dort die Landwirtschaft und die Rhätische Bahn

sie haben. Er stände als Konkordatspartner in starker – sich gehöriger – Position dem Unterland geachtet und geschätzt gegenüber!

Daß das Unterland nicht von Anfang an diese allein der Schweiz würdige Energiepolitik einer brüderlichen Teilung des Erlöses gegangen ist, ist seine Schuld, und darum ist es undenkbar, daß das Unterland als juristische Person sich um diese Schuld drückt und nicht das tut, was es bei gewechselter Rolle auch verlangen würde.

Jede Kilowattstunde, die vom Himmel her geregnet oder geschneit kommt und aufgefangen werden kann, wollen wir Schweizer hinfort als Gottesgeschenk betrachten. Der Energielieferkanton und das Unterland sollen künftig den Kilowattstunden-Gelderlös (zum Beispiel 6 Rappen pro Kilowattstunde im Durchschnitt) brüderlich teilen. Dabei ist es uns am wohlsten, weil dann das Gewissen ja dazu sagt.

Nicht umsonst fühlte sich vor Jahren eine bekannte zentralschweizerische Elektro-Persönlichkeit anläßlich ihres einschlägigen Vortrages an der Jahresversammlung des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins und des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke dazu gedrängt, öffentlich auszusagen: «Wir haben es herrlich weit gebracht, aber es ist uns nicht recht wohl dabei!»

Das Energiekonkordat ist im weiteren so gedacht, daß der Lieferkanton der Energie die Leitungsverluste bis zur Übergabestelle an der Kantonsgrenze übernimmt, und von da weg übernimmt sie das Unterland. Die Energieübergabestelle sei zugleich die Energiemeßstelle! Graubünden bezahlt durch gerecht, gleich Erlös hälftig bewertete Energielieferungen von kWh für die Anlagekosten.

Sodann sollte mit möglichst zinsfreiem Geld an den Bau von Kraftwerken gegangen und dem Naturschutz eine dominierende Stellung in gewichtigen Entscheiden eingeräumt werden. Sonst würde die Schweiz, mit so viel Wasserkräften gesegnet, zu einer hydrologischen Karikatur herabsinken.

Der Zins verteuert die elektrische Energie künstlich und erleichtert den ausländischen Energieträgern (Kohle und Öl) die Konkurrenz mit dem unsrigen. Mit jeder Feuerungsstelle nimmt die schmerzliche Abhängigkeit vom Ausland zu, und die Luftverschmutzung erst recht!

Damit unseren Bergkantonen nicht länger Unrecht geschieht durch den Hydro-Elektro-Kolonialismus, lade ich alle Leser ein, mitzuhelfen, denselben auf rechte Schweizer Art aus unserem Lande zu vertreiben durch die Bildung einer starken öffentlichen Meinung, indem wir offene – auch geschlossene – Protestbriefe an unser Volkswirtschaftsdepartement in Bern sowie an die Hauptexporteure der Graubündner Energie (Stadt Zürich, NOK Baden und an die Kraftwerke Brusio AG in Brusio, Puschlav) schreiben. In diesen Briefen ist die Umwandlung der ungehörigen Konzessionen in gerechte, freundschweizerische Gesinnung atmende Energiekonkordate zu fordern, in welchen das Gewissen immer und überall entscheidet und niemand mehr zu kurz kommt. «C'est en montrant aux gens

l'idéal à atteindre que nous contribuons à réaliser cet idéal!» (Eric Descœudres.)

Da zu wiederholten Malen in dieser Monatszeitschrift der Kolonialismus in aller Welt zu Recht an den Pranger gestellt wurde, ist es dringlich, hierin auch den eigenen Kolonialismus an den Pranger zu stellen. Nur dann hat unsere Kritik am Ausland Gewicht, sonst nicht.

Ernst Schönholzer

WELTRUNDSCHAU

Gesünderer Kapitalismus! Es erscheint angebracht, zu Beginn dieses neuen Jahres unseres Heils einige der wichtigsten Kräfte und Strömungen zu überblicken, die die Zeitgeschichte bestimmen, und die Hauptereignisse der Berichtszeit in diesen Rahmen hineinzustellen. Fangen wir mit der W i r t s c h a f t an, die nicht weniger als die Politik – welche ja vielfältig von ihr abhängt – unser Schicksal ist. Und zwar mit der a m e r i k a n i s c h e n Wirtschaft, die in der westlichen, das heißt nichtkommunistischen, Welt führt und vorherrscht.

Sie dürfte die Schrumpfung, die im Sommer 1957 einsetzte, jetzt großenteils überwunden haben, vor allem dank den Stabilisierungskräften, die zur Zeit Roosevelts in den Konjunkturablauf eingebaut wurden: starke Gewerkschaften (die einen Zusammenbruch der Löhne und der Massenkaufkraft verhinderten), Arbeitslosenversicherung und Preisstützung zugunsten der Landwirtschaft. Ob aber nun eine neue Ausdehnung des Wirtschaftskörpers folgen wird, ist mehr als zweifelhaft. Man hat berechnet, daß eine völlige Erholung der amerikanischen Wirtschaft nur eintreten könne, wenn innert eines Jahres der Wert der Gütererzeugung und der Dienstleistungen um mindestens 50 Milliarden Dollar steigen werde – und das ist kaum zu erwarten. Die Arbeitslosigkeit zeigt jedenfalls wenig Neigung, wesentlich zurückzugehen. W e n n sie zurückginge, so wäre eine neue Inflation (Verminderung des Geldwertes und Erhöhung der Preise) fast unvermeidlich; soll aber der Geldwert stabil erhalten werden, so müßte das mit stockender Wirtschaftstätigkeit und vermehrter Arbeitslosigkeit erkauft werden.

Die w e s t e u r o p ä i s c h e Wirtschaft soll durch die am Jahresende 1958 vorgenommene Währungsoperation einen neuen Auftrieb erfahren. Der Anstoß ging von Frankreich aus, dessen Staatshaushalt und Volkswirtschaft durch den endlosen Algerienkrieg immer mehr zerrüttet wurde und eine Abwertung des Franc dringend nahelegte. Die Regierungen Westdeutschlands und Englands bestanden aber dar-

auf, daß gleichzeitig durch Schaffung der Möglichkeit, die westeuropäischen Währungen frei in Dollar, Schweizer Franken oder Gold umzutauschen, der «Gemeinsame Markt» (der am 1. Januar in Kraft treten mußte) kräftig belebt und die vielumstrittene Freihandelszone ihrer Verwirklichung nähergebracht werde. So sind nun also die Währungsschranken in Westeuropa in der Hauptsache gefallen – ob zum dauernden Vorteil der beteiligten zehn Länder, das bleibt abzuwarten; die britische Labourpartei ist jedenfalls äußerst mißtrauisch. Ebenso fragwürdig erscheint der Dauernutzen, den Frankreich aus der Finanz- und Wirtschafts«reform» ziehen wird, die zusammen mit Abwertung und freiem Währungsumtausch beschlossen worden ist. Die Leidtragenden werden dabei in erster Linie die Lohnverdiener und Rentner sein, deren Lebenshaltung durch Preiserhöhungen, neue Steuern, Abbau der Verbilligungsaktionen und dergleichen Maßnahmen empfindlich heruntergedrückt werden wird, wozu als Folge der Aufhebung der Europäischen Zahlungsunion eine wachsende und wahrscheinlich sehr drückende Abhängigkeit von Westdeutschland – jetzt neben Amerika dem Hauptgeldgeber Frankreichs – kommen wird. Alles im Zeichen der «nationalen Wiedergeburt» und neuen Größe der «grande nation», die Herr de Gaulle, der erste Präsident der Fünften Republik, versprochen hat. Aber die Franzosen und Französinnen, die den Einsiedler von Colombey zum Retter des Vaterlands ernannt haben, sollen für ihre Dummheit und Unreife nur tüchtig zahlen!

Konkurrenz des Kommunismus Währenddessen gerät die kapitalistische Wirtschaft und die darauf gebaute bürgerlich-konservative Gesellschaft immer offenbarer in Rückstand gegenüber der Welt des Kommunismus. Das augenfälligste Zeichen dafür ist der neue Vorsprung, den die Sowjetunion mit ihrem künstlichen Planeten vor der amerikanischen Raketentechnik gewonnen hat. Noch Mitte Dezember hatte die «freie Welt» über den geglückten Abschuß eines künstlichen amerikanischen Erdsatelliten von der Größe eines Eisenbahnwagens laut triumphiert und «die Propagandarechnung mit dem Kreml beglichen» gefunden. Und nun schleudern die Russen schon am zweiten Januartag einen Flugkörper in den Weltraum hinaus, der, am Mond vorbeisteuernd, die Erdenschwere überwunden hat und als menschengeschaffener neuer Planet für unabsehbare Zeit um unsere Sonne kreist! Ich habe für all diese technischen Glanzleistungen wenig genug übrig; es gibt viel notwendigere und würdigere Gegenstände internationalen Wetteifers als solche «Großtaten», die unter den heutigen Umständen nur den Wahn von des Menschen Gottgleichheit zu fördern vermögen. Aber wenn man sich schon auf den Konkurrenzkampf um die Eroberung des Weltraums einläßt, wie der Westen das ja tut, dann zeugt es nur von kläglich-kleinlicher Gehässigkeit, wenn jetzt bei uns die geglückte Aussendung eines sowjetischen Kunstplaneten so «überlegen» herunter-

kommentiert wird, wie es beispielsweise eine «Neue Zürcher Zeitung» tut (vgl. Nr. 22/1959). Die Leute sind wahrlich schlechte Verlierer!*

Aber hinter solch hämischer Kritik steckt ja natürlich nur das tiefe Unbehagen, das die westliche Welt über die Bedrohung ihrer ganzen Wirtschafts- und Lebensform durch den Kommunismus empfindet. Den schlechthin erstaunlichen Fortschritten, die besonders die Sowjetunion und China auf wirtschaftlichem und zivilisatorischem Gebiet machen und von denen hier immer wieder die Rede war, hat der so hochgemute kapitalistische Westen in der Tat nichts Ebenbürtiges gegenüberzustellen. «Hat man sich», so fragt darum der Oxforder Volkswirtschafter Thomas Balogh («New Statesman», 29. November 1958), «endlich einmal überlegt, daß nur eine entschlossene Konzentration auf wirtschaftliche und soziale Besserstellung uns davor retten kann, von innen her ausgehöhlt zu werden und das Rennen um eine wetteifernde Koexistenz in den lebenswichtigsten Gebieten der Welt zu verlieren? Die Antwort auf diese Frage lautet unglücklicherweise: Nein! . . . Solange in unserem stockenden Wirtschaftskurs keine Umkehr eintritt und der Westen nicht lernt, wie eine neue Periode wirtschaftlicher Ausdehnung heraufzuführen ist, bleibt der Ausblick düster.» Der Gegensatz zwischen westlicher Schläfrigkeit und östlich-kommunistischer Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft mache die Aufrechterhaltung demokratischer Einrichtungen in den schwächeren Ländern – zum Beispiel in Indien – unmöglich und jeden Widerstand gegen totalitäre Lösungen aussichtslos, die fortschreitende Niederlage des Westens aber unausweichlich. «Es ist in Wirklichkeit die Tätigkeit der westlichen Finanzminister und Wirtschaftsführer, die den Umsturz im nichtkommunistischen Bezirk vorbereitet. . . . Das Vertrauen in Währungsmystik und ‚freie' Märkte hat die verhältnismäßige Stärke der nichtkommunistischen Länder genügend geschwächt, um Chruschtschew mit einiger Gewißheit die nicht zu ferne Zeit erwarten zu lassen, da er England überholen und sich der amerikanischen Produktionskraft nähern kann.»

Das Risiko der totalen Vernichtung Die Führer des kapitalistischen Westens denken natürlich nicht im Traum daran, den wohlgemeinten Rat des Oxforder Professors zu beherzigen; sie würden sich damit ja selbst aufgeben. Ihr Sinnen ist auf die Erhaltung und Stärkung der «freien

* Ihr Gegenstück sind diejenigen, die Rußlands technische Leistungen zur Stimmungsmache gegen den Kommunismus ausnützen, wie Oberstdivisionär Uhlmann, der am 8. Januar im Radio Beromünster der Sowjetregierung zumutete, sie werde die Errichtung von Weltraumstationen «für die Verwirklichung ihrer Machtpläne auswerten», die natürlich nicht dem Frieden förderlich seien . . . In Wahrheit sind es *amerikanische* Autoritäten, die schon längst damit geprahlt haben, die Vereinigten Staaten würden als erste den Mond besetzen und sich damit einen militärischen Vorsprung vor den Russen sichern. (Siehe Lord Russells neues Buch «Gesunder Menschenverstand oder Atomkrieg?»)

Wirtschaft» gerichtet, nicht auf deren Umbau im Geist einer volksnahen Gemeinwirtschaft. Auch wo den unterentwickelten Völkern etwelche Hilfe gewährt wird, geschieht es nicht nur in völlig unzureichendem Ausmaß, sondern auch immer mit dem Ziel, sie für die bürgerlich-kapitalistische Weltordnung zu sichern und ihren Übergang ins sozialistische oder gar kommunistische Lager zu verhindern.

In den Dienst dieses Strebens wird dann aber namentlich die militärische Aufrüstung der nichtkommunistischen Länder und die Schaffung eines weltweiten Netzes militärischer Bündnisse – NATO, SEATO, Bagdadpakt usw. – gestellt. Die Gefahr eines sowjetisch-chinesischen Angriffskrieges wird – wider besseres Wissen – mit Hilfe einer riesenhaften, raffinierten Propaganda den Völkern beständig vor die Augen gemalt, eine Gefahr, die nur durch Anhäufung der wirksamsten Abschreckungs- und Vernichtungsmittel gebannt werden könne. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, der unheimliche General Norstad, wiederholte letzthin in Paris zum soundsovieltenmal die Drohung, der Westblock werde nicht zögern, einen sowjetischen Angriff sofort mit allvernichtenden Atomwaffen zu beantworten; darüber dürfe es absolut kein Mißverständnis geben. Und kurz vorher konnte er befriedigt feststellen, die NATO-Armeen würden gegenwärtig sehr rasch mit den modernsten Kernwaffen ausgerüstet; in drei bis sechs Monaten würden die meisten NATO-Länder über solche Waffen verfügen. Schon heute habe die NATO fast 30 einsatzbereite Raketenbataillone, deren Zahl bis 1963 auf über hundert erhöht werden solle. Und was die Organisation und Ausrüstung der alliierten Streitkräfte betreffe, so bewege man sich immer schneller «einer vollständig neuen Ära entgegen».

Die bürgerlich-kapitalistische Welt hat sich damit einen beispiellos schlagkräftigen Riesenapparat zum Zweck ihrer Selbstbehauptung und zur Eindämmung oder Zurückdrängung der kommunistischen Konkurrenz geschaffen. Und die Größe dieses Apparats ist selbst wieder ein Hauptmittel zur inneren Stärkung der kapitalistischen Wirtschaft, die ohne die immer höher gesteigerten und immer wieder zu erneuernden Kriegsrüstungen schon längst im Begriff stünde, an ihrer Ungerechtigkeit und Unvernunft zugrunde zu gehen. Von den rasenden Fortschritten, welche die Kriegsrüstungen machen, mag der Hinweis einen Begriff geben, daß – nach Angaben des Labourpolitikers Philip Noël Baker, eines der ersten Rüstungs- und Abrüstungssachverständigen, in der Neuyorker «Nation» vom 22. November 1958 – Großbritannien im Jahr 1939 für militärische Forschungen erst 7,9 Millionen Pfund ausgab, 1957 aber 204 Millionen. Die entsprechenden Zahlen für die Vereinigten Staaten sind 26,4 Millionen Dollar und 5300 Millionen Dollar, für das neutrale Schweden: 1939 Null, 1957 aber 21,8 Millionen Kronen.

Daß der so entwickelte Rüstungsapparat so oder so, als Anreiz zum bewußten Losschlagen (etwa als Präventivkrieg begründet) oder

durch selbsttätige Auslösung von Feindseligkeiten, in einer besonders gespannten internationalen Lage den Übergang vom «kalten» zum «heißen» Krieg mit Leichtigkeit herbeizuführen imstande ist, bedarf hier keiner näheren Darlegung mehr.* Wenn Mussolini seinerzeit gesagt hat, Italien habe nur die Wahl zwischen estensione und esplosione, zwischen Ausdehnung und Zerplatzen, so gilt das noch viel mehr vom heutigen monopolartigen, gegenrevolutionären Kapitalismus. Wobei man freilich in den Vereinigten Staaten immer noch hofft, aus einem Atomkrieg mehr oder weniger schwer verstümmelt, aber doch lebensfähig herauszukommen, während die Sowjetunion total vernichtet würde und freilich auch von West- und Mitteleuropa nicht mehr viel übrig bliebe. Oder wird der Optimismus von Scott Nearing Recht behalten, der (in der amerikanischen «Monthly Review», November 1958) damit rechnet, daß doch noch ein Schutzmittel gegen radioaktive Ablagerung und Strontium 90 entdeckt werde und die künftige Zeittafel dann so aussehen dürfte: Krieg 1914–1918, Revolution in Rußland; Krieg 1939–1945, Revolution in Osteuropa, Asien und Afrika; dritter Weltkrieg, Revolution in Westeuropa und Nordamerika?

Festgefahrene Westpolitik So viel steht jedenfalls fest: Wenn die Drohung mit dem Atomkrieg wirklich ernst gemeint und nicht nur Bluff ist – und sie ist nach allen Erklärungen verantwortlicher Staatsmänner und Militärs tödlich ernst gemeint –, dann würde ihre Ausführung auch den Verteidiger (der ja jeder sein will) so entsetzlich treffen, daß kein Kriegsziel diese Vernichtungsorgie mehr rechtfertigen kann. Schon diese Tatsache allein sollte die Völker und ihre Regierungen zwingen, um jeden Preis a b z u r ü s t e n und den F r i e d e n zu organisieren. In Tat und Wahrheit ist davon keine Rede. Von den beiden Abrüstungskonferenzen, die nach Genf einberufen wurden, ist die eine, die die technischen Möglichkeiten einer Verhinderung von Überraschungsangriffen studieren sollte, ergebnislos abgebrochen worden, weil es sich zeigte, daß die technischen Fragen von den politischen nicht zu trennen sind und politische Auseinandersetzungen – mindestens nach Ansicht der Westmächte – von den Verhandlungen ausgeschlossen bleiben sollten. Die Konferenz über die Einstellung der Atombombenversuche aber, die vor der Feiertagspause schließlich doch noch einige Fortschritte zu verzeichnen hatte, sieht sich jetzt, nach der Wiederaufnahme der Sitzungen, vor Fragen gestellt, die beim herrschenden Mißtrauen aller gegen alle fast unlösbar scheinen. Und selbst wenn eine Lösung gefunden werden sollte, was ist schon mit einem Verzicht auf weitere Kernwaffenexplosionen p o l i t i s c h gewonnen, ich meine über die Vermeidung der schweren Schäden an Leben und Gesundheit hinaus, die

* Die Pariser «Cahiers Internationaux» (Januarheft) zählen nicht weniger als 17 Staaten der «freien Welt» auf, die von Berufsoffizieren präsidiert werden, von den USA und Frankreich bis Thailand, Burma und Pakistan.

diese Explosionen anrichten? Philip Noël-Baker, der vorhin genannt wurde, ist überzeugt, daß ohne eine Abschaffung der Einrichtungen für militärische Forschung jeder Abrüstungsversuch vergeblich ist – aber daran wagen sich die Regierungen noch weniger heran als an die Verminderung der Wehrmachtsbestände. Kurz, man tritt nach wie vor auf der Stelle und sucht durch Scheinverhandlungen nur seine Unwilligkeit zu verdecken, endlich einmal aus den festgefahrenen Stellungen herauszukommen und die Lebensprobleme der Völker in einem neuen Geist anzupacken.

Das gilt vor allem von den Vereinigten Staaten, auf die in diesen Dingen heute mehr denn je Entscheidendes ankommt. Wir hören zwar aus Amerika – privat und aus den Tagesnachrichten – immer wieder, daß sich in der öffentlichen Meinung ein Umschwung vorbereite, der das Beste erwarten lasse. Man könnte Dutzende von zum Teil gewichtigen amerikanischen Stimmen anführen, die – wie zum Beispiel der frühere Luftfahrtminister Finletter – feststellen, daß sich seit 1945, wo Amerika das Atombombenmonopol hatte, die Lage von Grund auf geändert habe, daß der Krieg inzwischen unmöglich geworden sei, also eine Verständigung mit der mächtig erstarkten kommunistischen Welt zur Lebensnotwendigkeit werde, wolle der Westen nicht sich selbst und die übrige Welt durch eine militärische Kraftprobe der Vernichtung aussetzen oder ohne Krieg wirtschaftlich und kulturell von Niederlage zu Niederlage schreiten. Aber wir müssen doch einfach sehen, daß diese ganze Bewegung der Geister sich bisher im wesentlichen außerhalb der herrschenden Kreise abspielt. Außenminister Dulles, der die Regierung insgesamt und namentlich den hilflosen Präsidenten hinter sich hat, fährt fort, zu predigen, daß für die «freie Welt» der einzige Weg zu Frieden und Sicherheit die Behauptung der Übermacht und der Wille zu Vergeltungsmaßnahmen sei. «Ich kann», so rief er im Dezember vor der Handelskammer von San Franzisko aus, «ich kann mit unbedingter Gewißheit versichern, daß unsere Politik Erfolg haben wird, wenn sie unerbittlich fortgeführt wird.» Und Paul Sweezy, der Mitredaktor der Neuyorker «Monthly Review», weist (im Dezemberheft) wohl mit Recht darauf hin, daß trotz dem großen Wahlerfolg der Demokraten die Außenpolitik der Vereinigten Staaten keine irgendwie wesentliche Änderung erfahren werde. Von den «liberalen» Demokraten sei hier so wenig zu erwarten wie von den «modernen» Republikanern à la Nelson Rockefeller. «Beide sind vorbehaltlos auf den Kalten Krieg festgelegt. Wenn es einen wichtigen Unterschied zwischen den beiden gibt, so ist er unserer Aufmerksamkeit entgangen ... Der Weg, auf dem wir rollen, führt ins Unglück, und es macht keinen Unterschied, ob auf dem Führersitz Demokraten oder Republikaner sitzen.»

Auf keinem Felde der weitverzweigten amerikanischen Weltpolitik steht so eine Wendung zum Besseren in Aussicht. Nicht in Ostasien, wo Washington nach wie vor auf Tschiang Kai-Schek setzt und den

Zusammenbruch der Chinesischen Volksrepublik erwartet. Nicht im Mittelosten, wo sich Amerika jetzt sogar mit Nasser verständigt, um den Kommunismus zu erledigen. Und besonders nicht in Deutschland, wo die Russen wenigstens einen Anlauf nehmen, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie ebenso geraten sind wie die Westmächte.

Die jüngsten Noten, die die Regierungen von Washington und London, Paris und Bonn nach Moskau geschickt haben, sind – von einer unverbindlichen Anregung zu neuen Verhandlungen über die deutsche Frage abgesehen – so trostlos negativ, daß schon eine gewaltige Aufrüttelung der Schlafmützen nötig ist, um eine wirkliche Bereitschaft zu einem ersprießlichen Gespräch mit der Sowjetunion zu erzeugen. Mit der ewigen Wiederholung des alten westlichen Planes – gesamtdeutsche Wahlen, Beseitigung des ostdeutschen Regimes, «freie» Entscheidung über den internationalen Status des neuen Regimes, das heißt natürlich Eingliederung Gesamtdeutschlands in den westlichen Militärblock –, mit dem dauernden Herumreiten auf diesem Plan kommt man ja wirklich nicht weiter. Der einfachste Billigkeitssinn sollte es verbieten, den Russen die Mithilfe zur Schaffung eines Vierten Reiches zuzumuten, das die ganze Militärmacht der NATO im Rücken hätte, das bald selbst wieder eine moderne Wehrmacht besäße, kommandiert von Generälen, die schon Hitler dienten, und nur ein Werkzeug in der Hand des mit Amerika eng verbundenen neudeutschen Industrie- und Finanzkapitals wäre, besonders mit seinem niegesättigten Drang nach Osten, dem zunächst einmal die 1945 verlorenen Provinzen ein lockendes Ziel wären. Und was Berlin betrifft, so hat es keinen Sinn, mit juristischen Formalgründen die Russen zwingen zu wollen, ihre Besatzung in Ostberlin zu lassen, nur um die Fiktion aufrechterhalten zu können, daß es so etwas wie eine ostdeutsche Republik überhaupt nicht gebe. Die Westmächte haben das Potsdamer Abkommen über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands unter Berufung auf die veränderten Verhältnisse so vielfältig gebrochen, daß es mehr als nur lächerlich wirkt, wenn sie jetzt den Russen das Recht bestreiten, ihrerseits den wirklich unerträglich gewordenen Verhältnissen in Berlin wenigstens in einem gewissen Maß ein Ende zu machen. Neutralisierung und Entmilitarisierung eines wiedervereinigten Deutschland und vorher schrittweise Angleichung der Regierungsformen der beiden Teilstaaten durch zweiseitige Verhandlungen – das müßte das Vorgehen sein, wenn den Westmächten an einer halbwegs dauerhaften Beseitigung des Ärgernisses und der Gefahr gelegen wäre, die der heutige Zustand Deutschlands bildet. Ihr Wille, in Deutschland einen Schild und Speer gegen den Osten zu haben, und ihre Hoffnung, über kurz oder lang die Sowjetunion doch auf die Knie zu zwingen, verhindert sie aber nach wie vor, den Entschluß zum Beschreiten dieses Weges zu fassen und die dafür notwendigen Zugeständnisse zu machen.

Flucht in den Faschismus Zu der Erstarrung, die die Außenpolitik der Westmächte in so hohem Grad kennzeichnet, paßt es durchaus, daß sich ihre Innenpolitik mehr und mehr in einen offenen oder «demokratisch» verkleideten Faschismus flüchtet. Staatssekretär Dulles hat zwar in der erwähnten Rede in San Franzisko gesagt: «Unser Volk ist mit einem missionarischen Geist ausgestattet ... Durch unsere Haltung und unser Beispiel hoffen wir der ganzen Welt die Vorzüge einer freien, sich selbst regierenden Gesellschaft beweisen zu können. Wenn die freien Menschen die guten Früchte der Freiheit zeigen, werden die Sklavenhalter stets in die Verteidigung gedrängt sein und dem schließlichen Zusammenbruch ihres Systems entgegensehen müssen.» Aber mit dieser Freiheitsmission der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten sieht es ja, wie jedermann weiß, recht eigentümlich aus. Im Kampf gegen Kommunismus und Sozialismus stützen sich die Westmächte ohne Zögern auf Regierungssysteme, die so ziemlich das Gegenteil von Demokratie sind, und helfen überall den reaktionärsten Klassen, die fortschrittlichen Regungen ihrer Völker mit Gewalt niederzuhalten. Siehe Spanien und Griechenland, Guatemala und Britisch-Guyana, Südkorea und Südvietnam, Formosa und Iran – lauter Länder, in denen von Selbstregierung des Volkes keine Rede ist. Aber auch die formal noch bürgerlich-demokratischen Länder nähern sich immer ausgesprochener einem «kalten» Faschismus.

In den Vereinigten Staaten ist das nicht erst seit McCarthy offenkundig, ist doch die vielgerühmte amerikanische Demokratie längst zu einem widerlichen Zerrbild der Selbstbestimmung eines mündigen Volkes mit freier Willensbildung geworden. Was wunder, daß diese Art Demokratie für die Vereinigten Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg zu einem immer mehr geschätzten Exportartikel geworden ist. Professor Ralph Miliband spricht es im Londoner «New Reasoner» unumwunden aus: «Nur wenige Dinge haben den Führungsschichten von Westeuropa ein größeres Sicherheitsbewußtsein gegeben als das Wissen, daß sie sich völlig auf die Hilfe der Vereinigten Staaten verlassen könnten, falls sie durch einen inneren ‚Umsturz' von links her bedroht würden. In diesem Sinn ist Amerika ein wundervoller Ersatz für den Faschismus in Westeuropa geworden.» Dank dem Eingreifen der Vereinigten Staaten – durch Wirtschaftshilfe, politischen Druck, militärische Unterstützung, Schaffung der NATO usw. – sei das Spiel der parlamentarischen Einrichtungen verfälscht und die Arbeiterklasse vielfach um ihre Mitwirkung an der Formung der nationalen Geschicke betrogen worden, so stellt der Verfasser fest.

Wenn man die politische Entwicklung mindestens der Festlandstaaten Westeuropas in den letzten 15 Jahren überblickt, so sieht man dieses Urteil nur zu klar bestätigt. Das jüngste Beispiel ist natürlich Frankreich; unter der Führung der «Union für die Neue Repu-

blik», die in der Nationalversammlung mit 4,8 Millionen Stimmen 189 Sitze gewonnen hat (gegen 10 Sitze der Kommunisten mit ihren 3,7 Millionen Wählern), ist hier eine neue Spielart des Faschismus – eines heftig nationalistischen und militaristischen Faschismus – entstanden, der auch nicht geringe Teile der Arbeiterschaft erfaßt hat. In Italien sind ähnliche Kräfte am Werk; «Mondo Operaio», die Monatsschrift der Sozialistischen Partei Nennis, hat im vergangenen Oktober das vom Klerikalismus und von den kapitalistischen Monopolen gestützte Regime Fanfani als eigentlichen «Neu-Totalitarismus» bezeichnet, auch wenn es «sich nicht der Mittel und Wege des ‚klassischen' Faschismus (Knüppel, Sturmtrupps, Marsch auf Berlin oder Rom) bedienen» könne. Kaum demokratischer ist das Regime Adenauer in Westdeutschland; der dortige Gewerkschaftsbund hat letzthin aufs ernsteste vor der zunehmenden Aushöhlung der freiheitlichen Einrichtungen durch die Zusammenballung der Wirtschafts- und Staatsmacht in den Händen einer dünnen Herrenschicht gewarnt, ein Vorgang, dessen Opfer vor allem die Arbeiterschaft und ihre Rechte seien.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Feststellung von Professor Miliband (in dem zitierten Aufsatz) besondere Bedeutung, daß die Lähmung der Demokratie in Westeuropa nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht die Sozialdemokratie so eng mit Amerika (und den mit ihm verbündeten europäischen Kräften) zusammengearbeitet hätte. Die Sozialdemokratie spiele überall die Rolle eines Maklers zwischen der Arbeiterschaft und der herrschenden Ordnung, «eine Funktion, die für den modernen Kapitalismus von entscheidender Wichtigkeit ist». Dazu komme ihr Verzicht auf eine selbständige, sozialistische Außenpolitik zugunsten der Unterstützung des Westblocks; auch das habe die konservativen Kräfte in Europa und der übrigen Welt mächtig gestärkt, die parlamentarisch-demokratischen Einrichtungen aber mehr und mehr entwertet.

All das, so schließt auch Miliband, «kommt nicht auf den Faschismus, den Polizeistaat oder Tyrannei im klassischen Sinn hinaus. Es bedeutet lediglich die stetige Aushöhlung der Freiheit, eine dauernde Übung in der Gewöhnung der Gesellschaft an Regierungsmethoden, die uns heute noch stoßen, morgen aber ein Stück der politischen Landschaft sein werden.»

Bewegung im Kommunismus So viel über gewisse wesentliche Züge im Bild der kapitalistischen Gesellschaft unserer Zeit. Wie sieht es in den kommunistisch regierten Ländern aus? Von ihrem wirtschaftlichen und zivilisatorischen Aufschwung sei jetzt nicht mehr die Rede; auch in sehr konservativen Kreisen des Westens hat man so ziemlich aufgehört, davon als einem bloßen Propagandamythos zu reden. Nicht aufgehört hat man hingegen, auf einen näheren oder entfernteren Zusammenbruch der

ganzen vom Kommunismus inspirierten gesellschaftlichen Neuordnung im europäischen und asiatischen Osten zu spekulieren und diesen Zusammenbruch durch planmäßige Einwirkung von außen und innen her zu fördern. Schon seit vierzig Jahren gibt man sich unter uns diesem Sport im Blick auf den Sowjetblock mit heißer Leidenschaft hin – ohne viel Erfolg, auch wenn man die Ereignisse in Ungarn, Ostdeutschland, Polen usw. gebührend in Rechnung stellt.

In den letzten Wochen ist dann besonders C h i n a wieder einmal an der Reihe gewesen. Was für phantastische Kombinationen sind nicht an den Entschluß Mao Tse-tungs geknüpft worden, vom Amt des Staatspräsidenten zurückzutreten und sich viel freier der Führung und Vertiefung des beispiellos riesenhaften Aufbauwerkes seines Landes zu widmen! Wieviel Unsinn ist über «vielversprechende» Gegensätze zwischen China und der Sowjetunion zusammengeschrieben worden! Wie oberflächlich hat man den «fanatischen Gleichschaltungswillen» beurteilt, der die Staats- und Parteiführung beseele und die bedauernswerten Volksmassen zu bloßem seelenlosem Menschenmaterial in der Hand ruchloser Diktatoren erniedrige! Und wie kindisch hat man sich gefreut, als die so stürmisch losgebrochene Volkskommunenbewegung Anfang Dezember vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei gebremst werden mußte! Die wirklich spontan aus dem Volk herausgekommene Bewegung hätte doch gerade von denen lebhaft begrüßt werden sollen, die gegen eine nur von oben befohlene Revolutionierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsformen sind, und sie hätten alles Verständnis dafür zeigen sollen, daß in einem Reich mit über 600 Millionen Menschen eine ordnende Kanalisierung dieser Elementarbewegung zur Notwendigkeit werden kann, auf jeden Fall aber kein Schwäche- oder Zerfallszeichen darstellt.

Wer das chinesische Volk bei seiner Arbeit, in seinem täglichen Leben, bei seinen Festen gesehen hat, der kann dem Cambridger Professor J. Needham nur beistimmen, wenn er – einer der besten Kenner Chinas – nach einer neuen, ausgedehnten Reise durch das Land im «New Statesman» (20. Dezember und 3. Januar) gegen die im Westen so beliebte Vorstellung protestiert, «daß die Bevölkerung gewaltsam zur Erfüllung ihrer Aufgaben gepreßt werden müsse». Überall herrsche im Gegenteil Freiwilligkeit, Begeisterung für gesteigerte Produktion und Modernisierung, Stolz auf eine alte Kultur, die sich instand setze, ihren rechtmäßigen Platz in der modernen Welt einzunehmen. Was im neuen China geleistet worden sei, das wäre, so stellt Dr. Needham fest, unmöglich gewesen ohne die willige und überzeugte Mitwirkung aller Altersstufen und aller Arten von Arbeitern, Hand- wie Geistesarbeitern. Auch die kommunistischen Züge in der großen genossenschaftlichen Bewegung – Gemeinschaftsküchen, Gemeinschaftswohnungen, Gemeinschaftskrippen für Kinder usw. – entsprächen durchaus den alten Überlieferungen Chinas und würden von der überwältigenden Mehrheit des Arbeitsvolkes freudig ange-

nommen. Die landläufigen Kritiker solcher Einrichtungen kennten eben nur westliche Wohnungen mit Gasöfen, elektrischen Waschmaschinen usw. «Hätten sie noch erlebt, wie die chinesische Frau generationenlang versklavt war, bis hin zum Holzkohlen- oder Leseholzofen und einer primitiven Wasserversorgung, so würden sie verstehen, daß der Genossenschaftshof, das Arbeitsrestaurant und die öffentlichen Bäder von heute für Millionen so etwas wie der Himmel auf Erden sind . . . Die Befreiung der Frauen, die jetzt Berufe ausüben können – auf dem Bauernhof, bei der Eisenbahn, in der Fabrik oder in geistiger Arbeit –, ist einer der bemerkenswertesten Züge des heutigen Chinas.»

«Die Tat» hat letzthin (27. Dezember) vor der Gefahr gewarnt, Unwesentliches (und für den Westen Abstoßendes) an China übertrieben wichtig zu nehmen und die Hauptsache nicht mehr zu sehen: «den Aufstieg dieser Macht zu Weltrang, das Werden der dritten Weltmacht, den Eintritt vieler hundert Millionen Menschen in die Gegenwart, den unbezähmbaren Willen der chinesischen Elite, auch wenn sie antikommunistisch oder nichtkommunistisch denkt, nun endlich mitzureden in den Angelegenheiten dieser Erde». Aber noch heute sieht man im Westen die Dinge in der S o w j e t u n i o n in der gleichen Verzerrung. Bald jeden Tag können wir in unseren Zeitungen Artikel ihrer «Rußlandspezialisten» lesen, die mit Begier aufgreifen und auswalzen, was in der Sowjetunion an Unsympathischem passiert, ob es nun der Fall Pasternak ist oder ein Rückschlag in der Landwirtschaftspolitik Chruschtschews oder die Selbstbezichtigung Bulganins. Was vernimmt man aber von dem Anerkennenswerten und Verheißungsvollen, das dort a u c h unternommen wird? Wie sachlich und anständig unterrichtet man seine Leser über die neue Strafrechts- und Strafprozeßreform, die dem Sowjetbürger einen besseren Schutz gegenüber dem Staatsapparat gibt? Wie erklärt man ihnen die große Schulreform, die jetzt im Gang ist? Wie würdigt man die nicht unbeträchtliche Herabsetzung der Militärausgaben für 1959 im Vergleich zu anderen Budgetposten? Wie legt man die Absetzung General Serows als Leiter der Staatspolizei und die Ernennung des Außenseiters und bloßen Organisationsfachmannes Scheljepin auf diesen Posten aus?

Erst vor dem Hintergrund der positiven Leistungen der Sowjetunion gewinnen auch ihre so gern in den Vordergrund gerückten Fehlleistungen das rechte Größenmaß, werden auch die w i r k l i c h e n Probleme deutlich, die sie bedrängen. In deren Mittelpunkt steht die immer noch ungelöste Frage: Kann die Sowjetunion auf dem Weg einer echten und zunehmenden Liberalisierung – besonders auch des geistigen Lebens – fortschreiten, ohne eine Bewegung zu entfesseln, die dem ganzen Revolutionswerk und seiner Verteidigung nach außen zum Verhängnis würde? Ich bin tief überzeugt: Sie kann es. Es ist ein Wagnis – aber alle großen Dinge, und viele kleine dazu, die dem Menschen aufgetragen werden, sind ein Wagnis, das unternommen

werden m u ß , wenn ein Gelingen folgen soll. Je länger die Sowjetführung zögert, die wachsende Kluft zu schließen, die sie vom Volk und seinen tüchtigsten Schichten trennt, um so schlimmer zuletzt, um so schädlicher namentlich auch für die Auseinandersetzung der Sowjetunion mit dem Westen, der in seinem f a l s c h e n Antikommunismus dadurch nur gestärkt wird, aber in seiner b e r e c h t i g t e n Kritik an den kommunistischen Methoden hoffnungslos unfruchtbar bleibt, solange er die wirklichen Triebkräfte und geschichtlichen Notwendigkeiten der kommunistischen Weltbewegung verkennt.

Die Unterentwickelten steigen auf Ähnliches gilt vom Verhalten des «Westens» (um diesen ungenauen, aber bequemen und verständlichen Ausdruck eben doch immer wieder zu gebrauchen) zu den u n t e r e n t w i c k e l t e n V ö l k e r n ganz allgemein. Der Kommunismus ist ja in wirtschaftlich und gesellschaftlich zurückgebliebenen, von den «höherstehenden» Nationen ausgebeuteten Ländern groß geworden. Und er hat auch außerhalb des Sowjetbereiches und Ostasiens vor allem dort eine Chance, wo die Völker gegen ihre fremden Unterdrücker und einheimischen Oberherren revoltieren. D o r t entsteht – sehr im Gegensatz zu der marxistischen Voraussage – die neue Welt des Sozialismus, während die im Kapitalismus satt gewordenen Völker geistig mehr und mehr erschlaffen und sich krampfhaft in ihre alten, überlebten, ja lebensgefährlichen Daseinsformen verbeißen. Die Führung der Welt geht darum immer deutlicher an die Erbauer der neuen Gemeinschaftsformen über, unter denen wiederum die Sowjetunion und nun auch China im ganzen Bereich der entwicklungsbedürftigen Völker stärkstes Ansehen genießen, als Vorkämpfer der gewaltigen Mehrheit der «schlecht weggekommenen» Menschheit. Und solange die Träger der alten Ordnungen in ihrer Erstarrung und Verkalkung verharren, sollten sie wenigstens so viel Verständnis für die Bewegung der Unterentwickelten aufbringen, daß sie ihrem Aufstieg keine ernstlichen Hindernisse entgegenstellen, womöglich sogar ihn begünstigen und aus ihrem Reichtum – der großenteils aus dem «Handel» mit den zurückgebliebenen Ländern stammt – ihn unterstützen.

Das Verständnis für die Notwendigkeit solcher allein fruchtbaren Auseinandersetzung mit den aufstrebenden farbigen Völkern wächst immerhin in der weißen Welt zusehends, sogar in unserer besonders unerschüttert konservativ gebliebenen Schweiz. «Die weitere Entwicklung dieser Auseinandersetzung», so schreibt beispielsweise Professor R. Behrendt in den «Schweizer Monatsheften» (November 1958), «wird davon abhängen, ob wir diese Völker ernst genug nehmen, ob wir bereit sind, uns endlich mit ihren spezifischen Lebensbedingungen, Denkweisen und Erfordernissen vertraut zu machen, und ob wir den soziologischen Analphabetismus überwinden können, der nicht nur in den öffentlichen Meinungen, sondern auch in den Regierungen west-

licher Großmächte (und Kleinstaaten! H. K.) grassiert . . . Ein besseres Verständnis dieser Zusammenhänge würde die Einsicht fördern, daß wir unsere Stellung in der dynamisierten Welt von heute und morgen nicht durch Zusammenarbeit mit den Nutznießern hoffnungslos überholter statischer Gesellschaftsordnungen stärken können – und auch nicht dadurch, daß wir gesellschaftlich und politisch höchst labile Länder zu strategischen Brennpunkten der weltpolitischen Machtkonkurrenz machen und sie mit modernen Waffen beliefern, von denen wir nicht wissen können, ob und auf welcher Seite sie im Ernstfall benützt werden würden, und die inzwischen zur Unterdrückung freiheitlicher Regungen innerhalb der betreffenden Länder mißbraucht werden können.»

Das gilt ebenso für den Ostblock wie für die Westmächte. Man sieht das gerade jetzt am Beispiel des Orients, in dem sich eine tiefgreifende Wandlung der englisch-amerikanischen Politik vollzieht. Die Niederlage der Anhänger Nassers in Irak, die auf einen Anschluß ihres Landes an die Vereinigte Arabische Republik (Ägypten-Syrien) drängten, der gleichzeitige Auftrieb, den die Kommunisten in Irak bekommen haben, und ein Wiederaufleben der kommunistischen Agitation auch in Syrien haben den Diktator in Kairo aufs äußerste erbittert. Der allarabische Nationalismus soll unter seiner Führung stehen und nicht vom Kommunismus mitgelenkt und ausgenützt werden! Nasser hat darum nicht nur eine verschärfte Verfolgung und Unterdrückung der kommunistischen Bewegung in seinem ganzen Machtbereich eingeleitet; er kehrt sich auch offensichtlich von der Sowjetunion ab, die Syrien und Ägypten mit Waffen beliefert und gegen den Westblock unterstützt hatte, und wirft sich den Vereinigten Staaten in die Arme, die ihrerseits Großbritannien zur Beilegung seines alten, vom Suezkrieg und von der Verstaatlichung des Suezkanals herrührenden Konflikts mit Nasser und die Türkei zum Einlenken in der Frage von Zypern ermuntert haben. Nasser als die große Stütze des angelsächsischen Antikommunismus im Mittelosten – das ist die neue Lage. Wie lang sie anhalten wird, ist angesichts der Wandelbarkeit Nassers und seiner erstaunlichen Fähigkeit, die beiden Machtblöcke gegeneinander auszuspielen, eine offene Frage. Jedenfalls ist Israel neuerdings zwischen zwei Feuer geraten, so wie auch Iran (Persien) in einer ungemütlichen Lage ist: auf der einen Seite hat es Irak, das aus der Sowjetunion Waffen bezieht und seinen Kommunisten allerlei Zugeständnisse machen muß, auf der anderen die Sowjetunion selbst, die Irans Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten und seine Mitgliedschaft in der Bagdadpakt-Organisation scharf angreift.

Im übrigen verlagert sich freilich das Schwergewicht des Kampfes gegen den westlichen Imperialismus und Kolonialismus immer mehr nach Afrika, das am Ende des Zweiten Weltkrieges noch sehr im Hintergrund stand. Die Freiheitsbewegung hat mit unglaublicher Schnelligkeit den ganzen schwarzen Erdteil erfaßt; ihre Mittel- und

Brennpunkte sind augenblicklich vor allem Algerien (wo der französische Unterdrückungskrieg erbarmungslos weitergeht), Kenya (wo aufs neue explosionsbereiter Zündstoff angehäuft ist) und überraschenderweise sogar der belgische Kongo, dessen Beherrscher so stolz darauf waren, daß «ihre» Schwarzen die Segnungen eines «väterlichen» Klerikal-Kolonialismus (und Uran-Kapitalismus) dankbar anerkennten. Ruhig scheint es nur noch in den portugiesischen Kolonien (Angola, Mozambique) zu sein – und natürlich mehr oder weniger in Südafrika, wo ein roh-rassistisches Gewaltregiment die Alleinherrschaft der Weißen noch mühsam aufrechtzuerhalten vermag. Aber wie lang noch? An der allafrikanischen Konferenz von Accra, der Hauptstadt Ghanas, die gegen Ende 1958 stattfand, wurde jedenfalls eine Sprache geführt, die die weißen Beherrscher Afrikas aufhorchen lassen sollte. Nur großzügige, ehrliche Bereitschaft der Kolonialstaaten, den Afrikanern von Algier bis Kapstadt, von Dakar bis Dar-es-Salaam zur Selbstregierung zu verhelfen und das hiefür nötige Verwaltungs-, Lehr- und technische Personal heranzubilden, wird unter den entrechteten Negervölkern Ausbrüche revolutionären Gewaltgeistes verhindern können, zu denen alle bisherigen Erhebungen nur ein harmloses Vorspiel gewesen wären.

*

Das zu Ende gegangene Jahr hat dem neuangebrochenen schwerste Aufgaben hinterlassen. Sie werden dennoch in dem Maße zu lösen sein, da die Völker, besonders diejenigen Europas und Amerikas, an Entschlossenheit gewinnen, dem Krieg als einem Mittel zur Erreichung irgendwelcher Zwecke zu entsagen und die aus den wirtschaftlichen und sozialen Systemen einer alten Welt hervorquellenden Kriegskräfte zu überwinden.

9. Januar *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNG

Karl Barth: «Brief an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik». Evangelischer Verlag Zollikon. Fr. 3.20.

In der «Neuen Zürcher Zeitung» las ich kürzlich den Aufsatz eines der Hofprediger, die sich dieses Blatt hält, über und gegen die hier angezeigte kleine Schrift von Karl Barth, die jetzt so viel Aufsehen erregt. Der Kritiker machte Barth den Vorwurf, er lehre die Christen, die politischen Menschen- und Freiheitsrechte «für gleichgültig anzusehen», er wolle ihnen den Kampf gegen den «kommunistischen Gewissensmord» verbieten und ihnen zumuten, «die staatliche Christenverfolgung, die Rechtlosigkeit des Individuums, die Ausrottung von ganzen Völkerstämmen, die Dezimierung ganzer Nationen», wie sie der Kommunismus betreibe, als ebenso «menschliche, irgendwie entschuldbare und unter der Gnade Gottes stehende Unzulänglichkeit» hinzunehmen, wie die Heucheleien und Gottlosigkeiten, die auch im Westen vorkämen. Und das alles, weil Barth eben Sozialist sei, der dem totalitären

Marxismus wohlwollender gegenüberstehe als dem Totalstaat Hitlers und der darum unbewußt für seine subjektive politische Neigung theologische Propaganda mache.

Ich hatte gleich den stärksten Verdacht, Karl Barth werde hier sehr Unrecht getan, und las deshalb seine Schrift selbst. Und siehe da, es war gerade umgekehrt, wie der Kritiker der «Neuen Zürcher Zeitung» meinte. Er selbst ist es nämlich, der aus seiner «subjektiven Neigung», also hier: aus seiner abstrakt liberalistischen Denkweise, die im Kommunismus nur das Gewalttätig-Unmenschliche sieht, in der angeblich freien Welt aber nicht nur deren krasse Sünden wider politische Freiheit und Menschenrecht ü b e r sieht, sondern auch den Gewaltcharakter des Kapitalismus als Wirtschafts- und Sozialsystem, bis hin zu seinen unheimlichen kriegserzeugenden Kräften, einfach auf der Seite läßt – e r ist es, sage ich, der aus solcher grob einseitigen Denkweise heraus auch Barth mit der beliebten Etikette «kommunistenblind» versieht, die uns anderen auch immer wieder aufgeklebt wird. Der Theologe der «NZZ» tut genau das, was schon in der Ungarnkrise versucht wurde, als ein amerikanischer Theologe (gemeint ist Reinhold Niebuhr) vorwurfsvoll fragte: «Warum schweigt Karl Barth zu Ungarn?» «Dazu», erwidert Barth, «habe ich damals kein einziges Wort gesagt. Es war mit Händen zu greifen, daß das keine echte Frage war. Sie kam nicht aus der praktischen Bedrängnis eines Christen, der mit einem anderen Austausch und Gemeinschaft sucht, sondern aus der sicheren Burg eines hartgesottenen westlichen Politikers, der, wie Politiker es zu tun pflegen, einen Gegner aufs Glatteis führen, mich entweder zu einem Bekenntnis zu seinem primitiven Antikommunismus zwingen oder mich als heimlichen Prokommunisten entlarven und mich so oder so auch als Theologen diskreditieren wollte.»

Wer Barths Brief, der aus einem warmen, tiefen Herzen kommt, ohne Scheuklappen liest, der sieht sofort, daß hier von einer Verschleierung der freiheitsfeindlichen, gewalttätigen, materialistisch-atheistischen Bestandteile des Sowjetkommunismus keine Rede sein kann. Barth fällt ganz unzweideutig scharfe Urteile über Geist und Sprache, Methoden und Praktiken des in der DDR herrschenden Systems, über die offenkundige Leere und Widerchristlichkeit der kommunistischen Welt- und Menschenanschauung, über den gesetzlich-zwanghaften und darum ungöttlichen und unmenschlichen Totalitarismus des kommunistisch regierten Staates. Aber er legt eben – und das kann man im Westen nun einmal einfach nicht vertragen – an die «freie Welt» den gleichen evangelischen Maßstab an, mit dem er den Osten mißt und entgeht so jener unevangelischen Selbstgerechtigkeit, die den westlichen Antikommunismus – sei er nun «christlich» oder liberalistisch oder sozialdemokratisch gefärbt – u n s so unerträglich macht. Er weiß, daß «die der Gemeinde aufgetragene Botschaft von Christus als dem Inbegriff jener kommenden Gottesherrschaft dem Westen genau so widrig und peinlich ist wie dem Osten: wer weiß, im Grunde vielleicht noch widriger und peinlicher». Er geißelt nicht nur den offenen Totalitarismus im Osten, sondern auch den schleichenden bei uns, «nicht nur das Schalten und Walten der allmächtigen Partei, Propaganda und Polizei dort, sondern auch das der ebenso allmächtigen Presse, Privatwirtschaft, Protzerei und Publikumsmeinung hier». Und er stellt dem dummen Materialismus und Atheismus der kommunistischen Heilslehre die mindestens ebenso schlimme t ä t l i c h e Gottlosigkeit des «christlichen» Abendlandes gegenüber, der das – wie er andeutet, vielleicht von Asien und Afrika her kommende – Gericht nicht erspart bleiben werde.

Kurz, es geht Karl Barth um etwas ganz anderes als seinen Kritikern. Es geht ihm um die einfache, aber elementare Notwendigkeit, «das ABC zu exerzieren, das den Christen zum Christen macht, nämlich schlicht: an den G o t t ernstlich und fröhlich zu g l a u b e n, den zu bezeugen dort Ihr (an den Empfänger seines Briefes gerichtet) wie hier unser Auftrag ist. An ihn glauben heißt aber: sein Reich und seine Gnade und also unseren Herrn und Heiland Jesus Christus ü b e r a l l e D i n g e z u f ü r c h t e n u n d l i e b e n, Ihn in allen großen und kleinen Problemen als den, der er war, ist und sein wird, anerkennen und gelten lassen, unser persönliches wie unser soziales Leben daraufhin wagen, daß wir alles Gute von I h m und von Ihm a l l e s Gutes zu erwarten haben. Das ist auch in der DDR der einzige Schlüssel, der einzige Schatz, der einzige Harnisch».

Von hier aus ergibt sich für Barth von selbst auch die Antwort auf die bestimmten Fragen, die ihm der (natürlich nicht genannte) Pfarrer in der DDR gestellt hat, eine Antwort, auf die hier nicht weiter eingetreten sei als mit der summarischen Feststellung: Was nottut, ist Widerspruch oder gar Widerstand gegen dem Glauben unerträgliche Zumutungen des Staates, aber auch loyale Anerkennung seines Bestandes und seiner Ordnungen (was nicht Gutheißung der diesen Ordnungen zugrundeliegenden Ideologie heißt) und vor allem: Ausrichtung der frohen Botschaft ohne Anklammerung an die vergängliche und früher oder später zusammenbrechende äußere – sagen wir: bürgerliche – Existenzform der christlichen Kirchen. Wenn die Christen in der DDR in ihrer Bedrängnis vielleicht keine genügende Stütze an den westdeutschen evangelischen Bruderschaften haben, so mag das, wie Karl Barth verstehend bemerkt, daran liegen, daß sie selbst im anstrengendsten Handgemenge stehen «mit den Mächten und Gewalten, den Geistern und Dämonen im Lande des ‚Wirtschaftswunders' mit seinem gedankenlosen Anschluß an die NATO, mit seiner Remilitarisierung, seinem Militärseelsorgevertrag, seiner Atomwaffenaufrüstung, seiner panischen Russenangst, seinen Kreuzzugsstimmungen, seinen alten Nazis, mit all dem Fatalen, was ‚Bonn' und CDU dort sachlich und personell auch und nicht zuletzt in der evangelischen Kirche bedeuten». Jedenfalls haben unsere schweizerischen Kirchen und ihre Vertreter keine Entschuldigung, wenn sie die Lage der ostdeutschen Christen so gänzlich verständnislos, ja widerchristlich betrachten, wie sie es vielfach, im Fahrwasser des landläufigen Antikommunismus schwimmend, tatsächlich tun. Karl Barths aufrüttelnde Schrift möge darum in ihren Reihen recht aufmerksam gelesen werden! *H. K.*

Die Bibel — eine Deutung

Wir möchten unsere Leser darauf aufmerksam machen, daß das Bibelwerk von Leonhard Ragaz, «Die Bibel, eine Deutung» (sieben Bände), zum reduzierten Preis von 3 Franken pro Band bei der Pazifistischen Bücherstube, Zürich 4, Gartenhofstraße 7, bezogen werden kann.

An unsere Abonnenten!

Diesem Heft liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten Sie höflichst um Überweisung des Abonnementsbetrages für 1959 (jährlich Fr. 20.–, halbjährlich Fr. 10.–, vierteljährlich Fr. 5.–; Ausland: jährlich Fr. 21.–, halbjährlich Fr. 10.50). Der Einzahlungsschein liegt aus technischen Gründen der ganzen Auflage bei.

Dann möchten wir unsern Lesern das Werben von neuen Abonnenten sehr ans Herz legen. Wir sollten die noch immer zu kleine Abonnentenzahl kräftig vermehren können, um unsern Verpflichtungen ohne freiwillige Beiträge nachkommen zu können. Die Administration sendet Ihnen gerne unentgeltlich Probenummern und nimmt Adressen von Interessenten entgegen, an die sie Probehefte senden kann.

Wenn Ihnen das Werben eines neuen Abonnenten nicht möglich ist, entschließen Sie sich vielleicht, jemandem für 1959 ein Geschenkabonnement zu geben. Wir danken Ihnen zum voraus für jedwede Art Ihres Bemühens.

Als Christ gegen die atomare Aufrüstung der Schweiz

Referat von Pfarrer Lutz, Zürich 3, anläßlich der Kundgebung vom 21. Januar 1959 im «Limmathaus», Zürich 5: «Atomwaffen sind Selbstmordwaffen».

Was hat in dieser Frage ein Pfarrer zu sagen? Gilt hier nicht der Vorwurf: «Schuster, bleib bei deinem Leisten!»

Was mich bewegt, in dieser Frage Stellung zu nehmen, ist die Einsicht, daß es bei der Frage der atomaren Bewaffnung nicht in erster Linie um eine militärische Frage geht, auch nicht bloß um eine technische und letztlich auch nicht um eine politische Frage, nicht um eine Frage des Vorteils oder Nachteils für unser Volk, ob atomare Rüstung für unser Volk nützlich oder schädlich sei. Nein, diese Frage ist letztlich eine Frage des Gewissens, eine Frage, bei der es um Gut oder Böse geht, um Gehorsam oder Ungehorsam vor Gott. Die atomare Kraft ist zum vielleicht gefährlichsten und größten Götzen geworden, zu einem goldenen Kalb, um das die Völker der Erde tanzen und alles zu opfern bereit sind.

Es scheint mir selbstverständlich zu sein, daß in einer Demokratie in einer Tod und Leben entscheidenden Frage das ganze Volk entscheide (also auch die Frauen und Mütter), nicht bloß ein paar Fachleute oder die Landesverteidigungskommission. Jeder soll sich in dieser Frage mitverantwortlich wissen für die Lösung dieses furchtbaren Problems, mit dem wir uns zu befassen haben.

Mein Eintreten und Eingehen auf diese Frage als Christ bedeutet, daß ich überhaupt protestiere dagegen, daß man aus allen Fragen nur noch Nützlichkeitsfragen, militärische, technische oder politische Fragen macht, aber nicht mehr letztlich Geistesfragen, Fragen, in denen es um letzte vor Gott getroffene Entscheidungen geht.

Um eine solche letzte Gewissensfrage geht es auch in der Frage, ob wir eine atomare Bewaffnung unserer Armee nötig haben oder nicht. In dieser Frage komme ich zu einem eindeutigen Nein. Ich kann in einem kurzen Votum nicht auf die militärischen, politischen und menschlichen Gründe gegen die Atombewaffnung eingehen. Ich beschränke mich auf drei religiöse Gründe und will also auch hier nicht alle Gründe aufzählen.

1. Grund: Die Lehre unseres Meisters Jesus Christus macht die Schizophrenie, die Gespaltenheit, das Auseinanderreißen des Menschen nicht mit, die heute sich überall Geltung verschaffen will, daß der Mensch und Christ privat ein anderer ist denn als Techniker und Wissenschafter – wobei es dann dazu kommt, wie es im Buche von Jungk, «Heller als tausend Sonnen», dargestellt wird, daß letztlich niemanden die Schuld am Abwurf und der Herstellung der Atombomben trifft – daß er ein anderer ist als Geschäftsmann, ein anderer als Bürger und auch ein anderer als Soldat. Das Christsein kann man nicht abspalten,

so daß das Menschsein und Christsein nur im Bezirk des privaten Lebens gültig wäre, aber nicht im öffentlichen Bezirk, weshalb es denn vorkommen kann, wie der «Beobachter» mit Recht kritisiert hat, daß ein Pfarrer am Eidgenössischen Schützenfest in Biel nicht mehr sprechen darf, weil er gegen die atomare Bewaffnung der Schweiz ist. Es ist vom Neuen Testament her ganz klar, daß das, was für den Menschen im privaten Leben Gültigkeit hat, auch für das öffentliche Leben als Techniker und Wissenschafter, Bürger und Soldat weitgehend bestimmend sein muß. Die Mittel, die ich deshalb für mich persönlich verwerfe, muß ich auch im öffentlichen Leben verwerfen. Wenn ich selber aus Gewissensgründen keine Atombombe werfen kann, kann ich auch nicht wollen, daß dies ein anderer als Soldat tut, da er ja dies auch für mich täte. Vielen Christen geht es erst bei den Atomwaffen auf, was ihnen schon bei den Massenbombardierungen von Städten mit Alten, Kranken und Kindern hätte aufgehen müssen, was ihnen bei den V1- und V2-Geschossen hätte aufgehen müssen: Wir können bei diesen Waffen nicht mehr davon reden und sie damit rechtfertigen, daß sie unser Recht schützen und daß sie einen Räuber oder Mörder daran hindern, zu morden und zu rauben. Sie bedrohen ja jedermann, nicht nur die Soldaten, sondern in ebenso großem Maße die Zivilbevölkerung. Sie führen den t o t a l e n Krieg ein. Wir können aber als Menschen und Christen nicht den totalen Krieg in allen seinen Formen – und die grauenhafteste Form wäre wohl der Atomkrieg – selbst führen oder irgendwie rechtfertigen. Es ist darum auch wegen der Ablehnung der Schizophrenie aus dem christlichen Glauben heraus nicht möglich, als Christen den totalen Krieg zu verabscheuen, aber als Bürger und Soldaten ihn zu bejahen und gar aktiv vorzubereiten. Wir müssen als Christen dieser verderblichen Gespaltenheit ein Ende machen. Entweder sind wir keine Christen, oder dann bemühen wir uns, ringen und beten wir darum, daß wir es ganz seien, auch wenn wir auf Erden dieses Ziel nie ganz erreichen werden. Das Ziel ist uns doch gesteckt: «Ihr sollt vollkommen sein, wie euer Vater im Himmel vollkommen ist.»

2. Grund: Die technische Revolution verlangt auch ein revolutionäres, den neuesten Erfindungen angepaßtes Umdenken. Die Erfindung der gewaltigen Kräfte im Atom verlangt eine geistige Umstellung. «Wem viel gegeben ist, von dem wird auch viel verlangt.» Es ist uns durch die Erschließung dieser gewaltigen Naturkräfte eine größere Verantwortung auferlegt als früheren Generationen. Aber der heutige Mensch hat sich geistig noch nicht der neuen Lage angepaßt. Er denkt und lebt immer noch nach den traditionellen Sitten und Lebensgewohnheiten. Mit dem Geist ist er ein Zwerg geblieben, obwohl er mit der Vernunft ein Titan geworden ist, das heißt, so ungeheuer die Fortschritte auf der technisch-wissenschaftlichen Seite sind, so kläglich sind seine moralischen, seelischen und geistigen Verhaltensweisen. Technisch denken wir revolutionär, aber in den entscheidenden ethischen Fragen denken wir immer noch wie früher. Eine neue Lage, das

Nuklearzeitalter, verlangt aber auch ein neues Leben. Ich meine, daß das bisherige Gewaltdenken heute überholt ist. Noch im letzten Weltkrieg gab es einen Schutz gegen die Bomben, heute gibt es keinen Schutz mehr gegen die Atombomben. Die kleine Schweiz kann jeder Erpressung ausgeliefert sein. Militär kann deshalb nur noch als nationale und internationale Polizei in Frage kommen bei konventionellen Kriegen. Die Gewalt und das Gewaltdenken in diesem Riesenmaßstabe sind überholt, weil die Zerstörungsgewalten auf einem solchen Höhepunkt (man muß zwar richtiger sagen: Tiefpunkt) angelangt sind, daß sie durch H-Bomben und interkontinentale Raketen fast zur gegenseitigen Vernichtung führen können, wenn wir nur an die Vergiftung durch die nachträglichen radioaktiven Stoffe denken. Diese Vernichtungsmöglichkeit gilt jedenfalls für uns Westeuropäer, die wir in dichtbesiedelten Gebieten mit vorwiegend städtischer Kultur wohnen. Die geistige Umstellung besteht darin, daß wir auch in bezug auf die Landesverteidigung viel mehr lernen, auf den Geist zu bauen, wie es schon die Propheten des Alten Testamentes zeigten: «Nicht durch Heer oder Gewalt, sondern durch meinen Geist.» In der Weltgeschichte ist es schon früher vorgekommen, daß da, wo ein Volk einen gewaltlosen Widerstand leistete, es dadurch seine Freiheit fand. Ich erinnere an die Befreiung des kleinen Sklavenstammes der Hebräer vom Großreich Ägypten, an die Freiheitsbewegung des indischen Volkes unter Gandhi von der englischen Vormundschaft wie auch an die Befreiung Norwegens im Zweiten Weltkrieg, der zur Hauptsache ein waffenloser Widerstand gegen die Nazi war. Der englische Marineoffizier Sir Stephen King-Hall weist in seinem Buche «Den Krieg im Frieden gewinnen» nach, wie ein aktiver psychologischer Widerstand gegen eine Besetzungsmacht durchaus möglich ist, wenn dazu auch noch eine eingehende Vorbereitung geistiger Art hinzukommt, die heute wichtiger ist als die Verteidigung mit den Waffen. Diese Art Landesverteidigung vernachlässigt und unterschätzt man allzusehr. In Norwegen konnten die Quislinge nichts ausrichten, weil fast das ganze Volk die Befehle der Nazi einfach nicht ausführte. So streikten die Lehrer, so daß die Schulen im Februar zwar geschlossen, aber im August wieder geöffnet werden mußten, und die Pfarrer traten aus der Staatskirche aus, weil sie sich den Verordnungen des totalitären Staates nicht beugen konnten. Unser Schweizervolk hat den passiven Widerstand noch nie ausprobiert. Aber auch den modernen Krieg, auf den es sich nur mit den Waffen vorbereitet, hat es noch nie erfahren – Gott Lob und Dank! Die Macht des Geistes wird unterschätzt und die Macht der Waffen überschätzt. Es müssen aber einige Pioniere in jedem Volk vorangehen. Nach einer dritten Weltkatastrophe wird man dann unsere Vorschläge nicht mehr so unvernünftig und abwegig finden. Ich behaupte, daß der Geist die stärkste Macht des Menschen ist, stärker als Atomwaffen, die aus der Geistlosigkeit des Menschen stammen. Als Christ verstehe ich unter Geist letztlich den Heiligen Geist.

3. Ein letzter Grund soll noch angedeutet werden: die Mission der Schweiz in der Völkerwelt, die ich auch als eine religiöse, von Gott aufgegebene ansehen muß. Unsere Militärs und maßgebenden Politiker glauben, daß die Schweiz, was ihre Bewaffnung anbelangt, eine internationale Bedeutung habe. Was aber die Friedensmission der Schweiz anbelangt, dazu sprechen sie ein sehr pessimistisches Urteil aus. Die Friedensmission der Schweiz wird lächerlich gemacht, aber ihre Wehr- und Waffenbereitschaft wird sehr überschätzt. Man kann von einem gewissen Größenwahn des Militärs reden, von dem viele Schweizer befallen sind. Wir sind in Westeuropa durch unsere christliche Tradition zu Hütern der Demokratie, des Rechtsstaates, der Respektierung von Minderheiten (die wir ja auch nicht unterdrücken und beseitigen wollen, trotzdem auch da eine Entwicklung nötig war vom Machtstandpunkt zum Beispiel der dreizehn alten Orte bis zum Rechtsstandpunkt der zweiundzwanzig Kantone, die schließlich zusammengeschlossen und vereinigt werden konnten), zu einem Lande ohne Kolonien geworden. Unser Land verläßt sich in erster Linie auf die Präzision und Zuverlässigkeit seiner Arbeit, auf eine gewisse Ehrlichkeit, darauf, daß es zu einer Drehscheibe in Europa geworden ist durch sein friedliches Nebeneinander von verschiedenen Sprachen, Kulturen und Konfessionen. Für unser Land ist es charakteristisch, daß es ein Asylland für politisch, weltanschaulich und rassisch Verfolgte geworden ist, ein Land wichtiger internationaler Friedens- und Kulturwerke (Internationales Rotes Kreuz, Internationales Arbeitsamt usw.). Diese demokratischen und humanitären Traditionen, die aus christlichem Geist gewachsen sind, gilt es gegen jede totalitäre Macht bis zuletzt zu verteidigen, denn darin sehen wir einen letzten Grund unseres Daseins als Schweizer von Gott her. Wir würden aber dem Sinn und Geist unserer von Gott aufgetragenen Mission widersprechen, wenn wir Waffen einsetzten, die unsere Freiheiten, Religions- und Gewissensfreiheit, Pressefreiheit, Niederlassungsfreiheit, und alle sozialen Errungenschaften unserer Demokratie durch ihre Anwendung vernichteten. Wir können keine Mittel einsetzen, die unsere Kultur, unsere Art zu leben, unsere geistige Überlegenheit aufheben und zerstören. Dann hätte der Nihilismus recht, der jedes Mittel erlaubt, weil sowieso der Weltuntergang kommt und der Mensch dem Menschen ein Wolf ewig bleiben wird. Als Christen wissen wir zwar um die Möglichkeit des Weltuntergangs. Aber Gott will sicher nicht, daß wir ihn befördern, sondern daß wir den Glauben an eine neue Erde und einen neuen Himmel, in denen Gerechtigkeit wohnen wird, als Vision bewahren. Neben dem Beunruhigenden der Vergänglichkeit und Vernicht- und Zerstörbarkeit dieser Welt weiß die Bibel letztlich auch, was schon ein Jesaja in die heiligen Worte gefaßt hat (Jesaja 2 und 11): «Gott wird Recht sprechen zwischen den Völkern und Weisung geben vielen Nationen; und sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden und ihre Spieße zu Rebmessern. Kein Volk wird wider das andere das Schwert

erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr lernen. Ein Reis wird hervorgehen aus dem Stumpf Isais und ein Schoß aus seinen Wurzeln Frucht tragen. Auf ihm wird ruhen der Geist des Herrn, der Geist der Weisheit und der Einsicht, der Geist des Rates und der Stärke, der Geist der Erkenntnis und der Furcht des Herrn. Er wird die Armen richten mit Gerechtigkeit und den Elenden im Lande Recht sprechen mit Billigkeit; er wird den Tyrannen schlagen mit dem Stabe seines Mundes und den Gottlosen töten mit dem Hauch seiner Lippen. Gerechtigkeit wird der Gurt seiner Hüften sein. Da wird der Wolf zu Gast sein bei dem Lamme und der Panther bei dem Böcklein lagern. Kalb und Jungleu weiden beieinander, und ein kleiner Knabe leitet sie. Kuh und Bärin werden sich befreunden, und ihre Jungen werden zusammen lagern; der Löwe wird Stroh fressen wie das Rind. Der Säugling wird spielen an dem Loch der Otter, und nach der Höhle der Natter streckt das kleine Kind die Hand aus. Nichts Böses und nichts Verderbliches wird man tun auf meinem ganzen heiligen Berge; denn voll ist das Land von der Erkenntnis des Herrn, wie von Wassern, die das Meer bedecken. An jenem Tage, da werden sich die Völker wenden an das Wurzelschoß Isais, das als Panier der Völker dasteht, und sein Wohnsitz wird herrlich sein.» *Marc-André Lutz*

Es darf keine Verlorenen geben

«Mensch sein heißt, sein ganzes Leben ‚auf des Schicksals große Waage' freudig hinwerfen, wenn's sein muß, sich zugleich aber an jedem hellen Tag und jeder schönen Wolke freuen.» Rosa Luxemburg

«Es darf keine Verlorenen geben», hat Leonhard Ragaz einmal ausgesprochen. Er hat es von den Erniedrigten und Beleidigten, den Unterdrückten der Gesellschaft gesagt; aber es gilt sicher nicht weniger für die seltenen, von der Mehrzahl der Menschen Vergessenen, die ein wahrhaft großes Leben gelebt und es für die Menschheit geopfert haben.

Ich habe vor Jahren schon einmal an dieser Stelle eine knappe Studie über Rosa Luxemburg geschrieben. Doch jetzt, um die Zeit ihres vierzigsten Todestages, da ich noch vieles von ihr und ihrem Schicksal erfahren, mich noch mehr mit ihren Reden und Aufsätzen und mit der geschichtlichen Wirklichkeit jener Zeit beschäftigt habe, ist in mir der Wunsch aufgestiegen, noch einmal von diesem großartigen Leben Zeugnis abzulegen.

Ich möchte das Bild dieser Frau entwerfen, die im Persönlichen wie im Geschichtlichen von einer unerhörten Stärke war, da ich in ihrem Wesen Probleme des Lebens erblicke, wie sie mir in dieser Kraft und Tiefe nirgends sonst begegnet sind. Wenn man die Briefe, die Reden

und die Broschüren von Rosa Luxemburg liest, ihr Schicksal in all seinen Phasen, in Freiheit, Gefangenschaft und Tod, kennt, so scheinen auf den ersten Blick die Grundeigenschaften ihres Wesens miteinander unvereinbar: ihre Zartheit und Güte, ihre Strenge und Wissenschaftlichkeit, ihre leidenschaftliche Beziehung zu Blumen und Tieren und ihr Verhältnis zur Politik.

Schon ihre äußere Gestalt drückt diesen scheinbaren Zwiespalt aus. Sie war sehr klein, fast zwergenhaft, an einem Bein ein wenig gelähmt, wenn auch, durch ihre Willenskraft, von einer besonderen Beweglichkeit. Keinesfalls kann man sich dieses unscheinbare Wesen als eine große Volksrednerin denken, die Tausende von Zuhörern um sich sammelte. Sieht man sie aber gerade als solche dargestellt, sieht man die winzige Gestalt über einer riesigen Menschenmenge wie eine zarte Flamme schweben, so erfährt man unmittelbar, vielleicht gerade an dieser körperlichen Kleinheit, die überwältigende geistige Macht ihres Wesens, die all diese Menschen zusammenhielt. Und liest man ihre Reden und Schriften, so versinkt alles Körperliche vor der Gewalt eines mächtigen, nie versagenden Geistes.

Doch noch ein anderer tragischer Widerspruch scheint in diesem Leben angelegt. Ihre besondere Sensibilität, ihr liebendes Verhältnis zu allen Erscheinungen, ihr vorurteilsloses Erfassen alles Schönen, auch wenn es ganz noch der bürgerlichen Welt angehörte, ihr Lauschen auf allen Ausdruck des Lebendigen, das in der Gefangenschaft von außen zu ihr drang, dies alles scheint sie für ein stilles, kontemplatives Leben zu bestimmen. Auch ihre einzigartigen, liebevollen und fast niemals klagenden oder die Klage rasch verwischenden Briefe aus den Gefängnissen weisen auf diese ursprüngliche Anlage hin. Diese Frau hat in den langen Jahren einsamen Gefangenseins mehr und Köstlicheres erlebt als die Mehrzahl der Menschen in einem freien, allein durch die natürlichen Daseinsbedingungen eingeschränkten Leben. Aus der Festung Wronke schreibt sie in vollem Wissen um die aus den Fugen gegangene Welt, für die sie sich mitverantwortlich weiß: «. . . Und dann bleibt mir noch a l l e s, was mich sonst erfreute: Musik und Malerei und Wolken und das Botanisieren im Frühling und gute Bücher und Mimi (ihre Katze) und Du und noch manches – kurz, ich bin steinreich und gedenke es bis zum Schluß zu bleiben. Das völlige Aufgeben im Jammer des Tages ist mir überhaupt unbegreiflich und unerträglich.» Diese Größe der Lebenserfassung ist dadurch mitbegründet, daß sie zu jedem noch so winzigen Wesen, das sich in ihrem Umkreis fand, eine einzigartige zärtliche Beziehung hatte. Wer sonst ist wohl je auf den Gedanken gekommen, eine im Freien fast erfrorene Hummel mit dem Hauch des eigenen Mundes zu erwärmen, bis sich die starren Beinchen wieder regten? Wie konnte diese überaus zarte Frau, die in der düsteren jahrelangen Gefangenschaft ganze Welten von Blumen und Vögeln um sich entfaltete oder in ihrem Werden verfolgte, die für jedes winzige Tierchen sorgte, jede Pflanze nicht nur in ihr Leben aufnahm, son-

dern sie zugleich wissenschaftlich, botanisch bestimmte und in ihre zahlreichen Herbarien einordnete, die noch die leisesten Laute der Vögel und deren Lebensbedeutung verstand, so daß sie mit Recht von sich sagen konnte, daß sie die Sprache der Vögel verstehe – die selbst ihrer Freundin zugestand, daß sie weit lieber unter ihren Kohlmeisen als an einem Parteitag weile, wie konnte sie dennoch eine eifrige Parteigenossin und flammende Agitatorin sein? Sie war es aus der Tiefe ihrer Überzeugung, die sie zwang, sich allem zu widersetzen, was sie als falsch und ungerecht empfand.

Rosa Luxemburg ist 1870 in Zamosa, in Russisch-Polen, geboren und schon in einem Hause aufgewachsen, in dem soziale Fragen frei gestellt wurden. Von da aus war ihrem reinen Herzen der erste Anstoß zu Hilfe für die Unterdrückten, für das damals tief leidende Proletariat, zuerst in Gestalt der polnischen Arbeiter, gekommen, für die sie sich immer wieder eingesetzt hat. Dann wurde sie, siebzehnjährig, in einem Heuwagen illegal über die Grenze gebracht, um in Zürich, wo dies damals für Frauen allein möglich war, zu studieren. Sie begann mit dem Studium der Naturwissenschaften, um erst später zu dem der Nationalökonomie überzugehen. Beide Fächer waren für den Geist des jungen Mädchens von gleicher Bedeutung; aber zuletzt hat über die Hingabe an die Natur und jede ihrer Erscheinungen doch die Beziehung zum Menschen, zu der Gemeinschaft der Menschen, gesiegt.

Und auf diesem Gebiet ist ihr auch die größte Begegnung widerfahren, die für immer ihr Leben bestimmte: ihre Begegnung mit der Lehre von Marx, in die sie sich mit ihrem ganzen starken und früh gereiften Verstand vertiefte. Das Theoretische wie das Praktische der Marxschen Lehre ergriff sie mit der gleichen Gewalt: sie sah darin die einzige Form, in der eine der bestehenden weit überlegene Gesellschaftsordnung verwirklicht werden könnte. Und alles, was in der Lehre von Marx groß und unvergänglich ist, ist ihr zum Leitfaden ihres Denkens und Handelns geworden. Marx war ihr als Befreier der großen Mehrzahl der Menschen der Befreier der Menschheit überhaupt. Vor allem war es die von Marx stets betonte Internationale, die bei ihr zu einer messianisch gefärbten Lehre vom Völkerfrieden wurde, die sie mit ihrer ganzen Leidenschaft vertrat. Von dort aus hat sie auch mit solcher Genauigkeit die Ursachen und das Geheimnis, in dem der Krieg entsteht, begriffen und vorausgesehen.

Aber seltsam: bei allem tiefen und ernsten Wissen und Begreifen war das alles umstürzende Jenseits von Gut und Böse Nietzsches, das seit ihm unsere ganze Welt beherrscht, noch nicht in ihr Leben eingedrungen. Rein menschlich war ihr Kompaß das Gute, das sie über die stürmischen Wogen des Lebens führte, und auch ihr Ziel war immer das Gute. Immer wieder spricht sie es aus: «Gut sein ist die Hauptsache. Einfach und schlicht gut sein, das löst und bindet alles und ist besser als alle Klugheit und Rechthaberei.» Doch lag in dieser Haltung auch eine gewisse Gefahr, denn schon ihr gewaltiges Temperament, das

mit ihrem eigenen Wort fähig gewesen wäre, «eine ganze Prärie in Brand zu stecken», war eine Bedrohung ihrer reinen Güte. Ihr Schutz vor den Folgen dieser das Böse ausschließenden Güte war, daß beide, ihre Freundschaft und ihr Mitleid, eine ganz bestimmte Grenze hatten. Sie enden mit ihrem eigenen Wort «haarscharf dort, wo die Gemeinheit beginnt». So ist das Gemeine in jeder Form ihrem Leben fremd geblieben.

Mit ihrem einzigartigen Temperament, das den Rhythmus ihres ganzen Lebens bestimmte, war auch ein besonderes Verhältnis zur Zeit verbunden, ein Verhältnis, wie wir es nur bei wahrhaft großen Menschen finden. Das Zauberwort, das Goethe aus Italien schrieb, «ich genieße der Glückseligkeit, in kurzer Zeit sehr viel denken und kombinieren zu können», hätte auch Rosa Luxemburg von sich sagen können; in wenigen Wochen hat sie ihr großartiges Werk «Die Akkumulation des Kapitals» niedergeschrieben und ohne das Brouillon auch nur durchzulesen dem Verleger zugeschickt. Und weiter war auch in ihrem Geist ein streng ordnendes Gesetz, das sie in das Geheimnis der Natur wie der Geschichte tiefer als andere Menschen blicken ließ.

Hätte Rosa Luxemburg nicht diese unerhörte Kraft des Herzens, jenes ordnende Gesetz, jenes Urverhältnis zu allem Naturhaften und Wachsenden und dazu noch ihr leidenschaftliches Temperament gehabt, so wäre ihre Haltung in der Politik eine ganz andere gewesen. Es war aber bei alledem in ihr auch ein Zug göttlicher Naivität, die nur das Erbteil der edelsten Geister ist. Dabei kannte sie die Massen genau, das beweist schon ihr Wort: «Die Masse ist stets das, was sie den Zeitumständen nach sein m u ß, und sie ist stets auf dem Sprunge, etwas total anderes zu werden, als sie scheint.» Nach diesem Wort hätte ihr eigentlich nichts, was geschah, zu einer Enttäuschung werden können. Und doch hat sie eine solche an ihrer Partei bis in die Wurzeln des Lebens erfahren.

Was ist seit Rosa Luxemburgs hinreißenden und begeisternden Reden geschehen? Wie hat sich vor allem die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie entfaltet, für die sie ihr Leben hingegeben hat? Wir müssen auf den Anfang des Ersten Weltkrieges zurückgreifen, um etwas von dieser Entwicklung zu verstehen.

Die deutsche Sozialdemokratie war damals eine große und einflußreiche Partei, die sich noch am 30. Juli 1914, unmittelbar vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, ihm mit aller Gewalt entgegenstemmte und gemeinsam den Beschluß faßte, unter keinen Umständen mit in einen Krieg zu ziehen. Als dann am 1. August 1914, nach dem Ausspruch des Kaisers «ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche», plötzlich die gesamte Partei bis auf neun Einzelne trotzdem die Kredite für den grauenvollen Krieg bewilligte, ist dies den Sozialisten der anderen Länder als etwas so Unbegreifliches erschienen, daß sie es ohne jede Nachfrage «für eine kapitalistische Lüge» hielten. Es war unfaßlich, und doch gibt es, wenn man das Gesamt dieser geschichtlichen

Zeit überblickt, eine Möglichkeit, es von einer Seite her zu verstehen: aus der furchtbaren Verlogenheit der Telegramme und Nachrichten, die nach dem Mord von Serajewo zwischen den deutschen Staatsmännern hin und her gegangen waren und die Masse des Volkes in eine ganz bestimmte Richtung zwangen. Dem Volke wurde der heraufziehende Krieg als ein Kampf vor allem gegen den drohenden Zarismus und alle möglichen anderen feindlichen, angriffsbereiten Mächte vorgespiegelt. Selbst Karl Liebknecht hat sich tragischerweise um der Parteidisziplin willen dem großen Mehr der Stimmen angeschlossen, was er schon wenige Tage später bitter bereute, als ihm wieder klar geworden war: «Über die Parteidisziplin geht die Internationale.»

Rosa Luxemburg aber, die die Entscheidung der Partei auf der Redaktion ihres Blattes erfuhr, brach in einem schweren Weinkrampf zusammen. Aller Kummer und auch alles Urteil, das in diesem Weinkrampf lag, entlud sich später vor allem in ihrer «Junius-Broschüre», die sie 1916, als schon der Krieg auf seinem Höhepunkt angelangt war, wieder im Gefängnis schrieb und die wie ein großes helles Licht in die Finsternis ihrer Weltstunde hineinleuchtet. Die ganze Schuld der Sozialdemokratie am Ausbruch des Krieges und seinen tödlichen Folgen ist in dieser weltgeschichtlichen Broschüre niedergelegt. Und doch hat Rosa Luxemburg sich auch noch am Ende dieses Krieges, sobald sie wieder in Freiheit war, mit ihrem ganzen Sein und Wollen und ihr eigenes Ende klar voraussehend, in das Handeln dieser fast schon zerstörten Partei wieder eingesetzt. Schon im April 1917 hatte sie an eine Freundin geschrieben: «In der stillen, tödlichen Periode, die vor dem Ausbruch des Krieges lag, war Ungeduld die höchste Tugend, leider viel zu wenig geübt. Heute müssen wir mit der Geschichte Geduld haben – ich meine nicht untätige, bequeme, fatalistische Geduld, ich meine eine solche, die bei höchster Aufbietung der Tatkraft nicht verzagt, wenn sie vorläufig auf Granit zu beißen scheint, und nie vergißt, daß der brave Maulwurf Geschichte rastlos Tag und Nacht wühlt, bis er sich ans Licht hervorgewühlt hat.»

Der Tod dieser leidenschaftlichen Kämpferin für Recht und Frieden am Ende des Weltkrieges ist kaum zu beschreiben. Er vollzog sich nicht lange nachdem sie mit Karl Liebknecht den Spartakusbund gegründet hatte. Sie wurde in Berlin von einem gedungenen Mörder mit einem schweren Gewehrkolben auf den Kopf geschlagen und – wir können nur hoffen, bereits bewußtlos – in ein Auto gezerrt und nach den furchtbarsten Mißhandlungen auf der Straße in den Landwehrkanal geworfen. Die ganze entsetzliche Verwilderung des Krieges hat sich an diesem zarten, liebenden Wesen ausgetobt.

Es ist wie immer das Schicksal derer, die die Erlösung der ganzen Menschheit wollen und doch nur Einzelnes vollbringen können. Und hier erhebt sich für uns eine Frage, die heute, nach langem Verstummen, von vielen Seiten wieder gestellt wird. Rosa Luxemburg wollte die Welt erlösen, ohne nach der Hand zu greifen, die allein Erlösung

schenkt. Sie lebte in einer Zeit, in der Gott nicht nur von Nietzsche unter Qualen totgesagt, sondern überhaupt in einer immer mehr säkularisierten Welt nicht mehr gegenwärtig war. Indem aber die beiden Mächte Liebe und Friede und der Glaube an eine bessere Welt das letzte in diesem Leben waren und sie sich ganz für sie hingegeben hat, ist doch die Kraft eines religiösen Messianismus das Gründende ihres Daseins gewesen. Den Namen Gott hat sie nie ausgesprochen, aber indem sie seine Schöpfung in jeder ihrer Gestalten verehrte und liebte und zugleich eine neue Menschheit wollte, ist sie dem Göttlichen immer nahe gewesen. Sie ist es vor allem in ihrer Hoffnung und in dem Handeln aus dieser Hoffnung gewesen. In der Hoffnung und in der Tat liegt ihre tragische Größe. Sie hat mit dem ihr teuren Wort aus Conrad Ferdinand Meyers «Hutten» dies Eigenste ihres Wesens gekennzeichnet: «Das Größte tut nur, wer nicht anders kann.»

Margarete Susman

Überwindung von Nationalismus und Rassismus in der Erziehung

Reginald Reynolds, der bekannte englische Friedenskämpfer, starb im Dezember 1958. Unsere Leser mögen ihn aus seiner Mitarbeit an der «Peace News», der englischen pazifistischen Wochenzeitung, kennen. Reginald Reynolds war es vergönnt, die ersten Verbindungen zwischen Gandhi und der englischen Kolonialregierung zu schaffen und dadurch an der Befreiung Indiens mitzuarbeiten. Auch in seinen Gedichten im «New Statesman» zeigte er sich immer als unerbittlicher Gegner alles Imperialismus. Die Friedensbewegung hat durch seinen frühen Tod viel verloren. – Nachstehender Artikel erschien in «Gandhi Marg», 1958.

Wer für den Frieden arbeitet, soll keine Wunder erwarten. Gandhi hat sie nicht erwartet, sein Glaube an die endliche Erfüllung seiner Friedenssehnsucht hatte selbst etwas Wunderbares an sich – aber sein Kampf für den Frieden als Tagesaufgabe rechnete mit den menschlichen Schwächen und ihrer Überwindung durch den Geist. Der nachstehende Artikel illustriert trefflich, wie der Erzieher an die Friedensfrage herantreten kann.

Es gibt immer noch viele, die glauben, daß die bloße Kenntnis ferner Länder und fremder Sprachen den Menschen geistig freier mache. Ich sehe keinen Grund, eine solche Annahme für wahr zu halten. Von den Leuten, die ich kennengelernt habe, sind einige der Engherzigsten und Beschränktesten weit gereist und haben nicht viel anderes als Vorurteile erworben. Wenn das Reisen wirklich den Horizont erweiterte, dann müßten unsere Außenminister und Diplomaten, die fortwährend von einem Land zum andern hopsen, regelrechte Muster von Weltbürgern sein. Wären es die Sprachkenntnisse, die den Geist veredeln, so könnten gute Linguisten nicht dazu gebracht werden, als Radio-

propagandisten Fremdenhaß zu predigen oder sich als Zensoren, Spitzel und Spione gebrauchen zu lassen. Die großen Imperialisten schließlich würden mit der Zeit eine solche Achtung und Liebe für ihre kolonialen Untertanen verspüren, daß sie ihr eigenes widerwärtiges Geschwätz nicht mehr ertrügen und in ihr Land zurückkehrten, um für die Befreiung der Kolonien zu arbeiten. Dann kämen ihre früheren Opfer wirklich in den Genuß der Freiheit, die ihre Herren so hoch priesen.

Solche Überlegungen sind jedoch gar nicht dazu angetan, mich zu deprimieren. Es wäre viel bedrückender, wenn man annehmen müßte, eine freiheitliche und menschenfreundliche Weltanschauung hänge tatsächlich vom Reisen ab. Selbst auf unserer immer mehr zusammenschrumpfenden Weltkugel ist die Anzahl derjenigen, die ihre Landesgrenzen überschreiten, verhältnismäßig klein. Die große Mehrheit geht nie ins Ausland. Wenn sie überhaupt hoffen dürfen, sich zu einer weltbürgerlichen Einstellung durchzuringen, so hängt dies nicht davon ab, ob sie reisen können oder nicht. Sehen wir, was für andere Möglichkeiten für sie bestehen.

Kein Kind hat von frühester Jugend an das Bewußtsein, einer bestimmten Nation anzugehören. Das Nationalbewußtsein entsteht in ihm ausschließlich durch eigene Erfahrung. Wenn man einen kleinen Franzosen in einem englischen Heim aufzieht, ohne daß er von seiner Abstammung Kenntnis hat, so wird er so gut wie jeder englische Junge alle Züge und Vorurteile der englischen Umgebung – wie sie sich aus gesellschaftlicher Stellung usw. ergeben – in sich aufnehmen. Selbst wenn ein Unterschied in Hautfarbe oder Gesichtszügen besteht, entwickelt sich das Gefühl der «Rasse» sehr langsam. Kleine Kinder finden sich ohne Kopfzerbrechen damit ab, daß man «anders» aussieht; die Hautfarbe bedeutet ihnen ebenso wenig wie der Größenunterschied. Erst wenn sich der Einfluß der älteren Generation fühlbar macht, finden Begriffe wie «Anderssein», «Überlegenheit» und «Minderwertigkeit» ein Echo im Kind und werden von ihm auf seine Beziehungen zu Kindern anderer ethnischer Gruppen übertragen. Auf genau dieselbe Weise wird ihm auch der Nationalismus aufgezwungen. Bei Untertanenvölkern wird er dem einzelnen durch Demütigung und Benachteiligung eingeprägt, für Angehörige der Herrenschicht ist er ein Teil des ganzen Komplexes von Selbstgefälligkeit und Egoismus, wie er im Schulbetrieb, im Zeitungswesen, im Radio und Film und im privaten Gespräch in Erscheinung tritt. Nach meiner eigenen Beobachtung werden solche nationalistischen Vorurteile eher stillschweigend vorausgesetzt als offen ausgedrückt – wenn dies auch speziell für England gelten mag, wo die gefährlichste Propaganda immer diese Form annahm. – Man wird einem englischen Jungen selten sagen, er gehöre der «besten Nation» an; seine Erziehung beruht auf dem Gedanken, daß eine solche Feststellung kaum nötig ist, da kein Mensch bei gesunden Sinnen daran zweifeln könnte.

Was wir darum als erstes tun müssen, wenn uns an der Schaffung

einer wirklich internationalen menschlichen Gemeinschaft liegt, ist dies: Wir sollen Rassenvorurteilen und den übleren Formen des Nationalismus nicht entgegentreten, als wären sie geradezu eine Art Erbsünde. Das Kind, wie der edle Wilde, den die Philosophen des 18. Jahrhunderts verehrten, ist frei von diesen Fehlern, wenn es auch eine Menge anderer aufweisen mag. Unsere Aufgabe ist in Wirklichkeit zunächst negativ – wir müssen verhindern, daß die menschliche Natur durch antimenschliche Traditionen verdorben und verseucht wird.

Nun wäre dies eine leichte Sache – wenn alle Erzieher überzeugte Weltbürger und frei von Rassenvorurteilen wären und – fügen wir hinzu – wenn sie nicht immer gegen verderbliche Einwirkungen von Elternhaus, Presse und Film anzukämpfen hätten. Da jedoch solche ideale Bedingungen nirgends bestehen, wird die Arbeit des Friedenspioniers auf dem Gebiete der Erziehung darin bestehen, ununterbrochen gegen Vorurteile zu agieren, ständig Falsches richtigzustellen.

Dies geschieht, davon bin ich überzeugt, weniger durch Gegenpropaganda als dadurch, daß man junge Leute dazu bringt, umstrittenen Problemen kritischer, mit dem Willen zu wirklicher Analyse gegenüberzutreten. Ich habe schon miterlebt, wie Mittelschüler, Burschen und Mädchen, übernommene Vorurteile abschüttelten, nachdem sie auf unsere Bitte versucht hatten, Ausdrücke, die sie immer im Munde führten, genau zu definieren oder eine vernunftgemäße Begründung ihrer Vorurteile zu geben. Solche Aufforderung, die eigenen Motive oder Sprechweise zu prüfen, soll nicht in barschem Ton erfolgen oder die jungen Leute lächerlich machen wollen. Was erzielt werden soll, selbständiges Überlegen und die Befreiung ihres natürlichen Gefühls für sittliche Werte vom Wust der Konventionen und des konventionellen Sprachgebrauchs, soll zwar systematisch und unerbittlich zur Wahrheit vorstoßen, kann aber dabei doch spielerisch im Ton sein und unsere Sympathie für ihr Bemühen zum Ausdruck bringen. Wir wollen nicht in ihnen e i n e Art von überlebten Ideen durch a n d e r e abgestandene Begriffe ersetzen, sondern sie davon freimachen. Es wird sich bei dieser Gelegenheit herausstellen, daß viele der jungen Leute zum erstenmal auf Grund eigener Einsicht urteilen. Ich habe an Jugendtagungen mehr als einmal erlebt, wie eine Woche genügte, um eine solche geistige Neueinstellung zu bewirken. Dabei lassen es sich die Leiter solcher Tagungen oder Ferienkurse nicht einfallen, den jungen Leuten neue Urteile oder Patentlösungen eigener Fassung aufzuzwingen – sie sind, im Gegenteil, sogar bereit, eigene Ideen, zu denen sie bis dahin standen, in Zweifel zu ziehen, wenn ihre Motivierung verdächtig ist.

Um diese Selbstprüfung vorzunehmen, bedarf es aber schließlich keines Seminarbetriebs, keiner besonderen Kurse. Jeder gute Lehrer, jeder Vater kann und soll seinen Kindern fortwährend zur Selbstprüfung zwingende Fragen stellen, wenn sie jene abgestandenen Scheinwahrheiten vorbringen, die die gestrige Generation an den Rand des

Rassenselbstmordes führte. Wir müssen allerdings gewärtigen, für solches Vorgehen verfolgt zu werden. Sokrates wurde in den Tod getrieben – nicht der Erklärungen wegen, die er abgab, sondern seiner Fragen wegen. Er habe, so sagte man, durch seine eindringlichen Fragen die Jugend Athens verdorben.

Sie gaben Sokrates den Giftbecher zu trinken. Was sagst du dazu? Ist die Wahrheit soviel wert? Oder der Friede?

Kampf um den Frieden [1]

Erfahrungen der Schweiz

Schweizergeschichte, von einem Amerikaner erzählt und von einer Naturwissenschaftlerin besprochen – was mag dabei schon Sonderbares herauskommen? mag sich der Leser der «Neuen Wege» fragen. Zur Begründung dieses «Sonderbaren» möchte ich vorausschicken: Es bedeutet Verpflichtung, einen Weg aus der Sackgasse der gegenwärtigen Weltsituation zu suchen, ehe es zu spät ist, Verpflichtung für jeden und jede, die sich des Grauenvollen bewußt sind, das die Entwürdigung der Atomwissenschaft zu Kriegszwecken für die Menschheit bedeutet. Denn es hängt ja deren Existenz buchstäblich an einem seidenen Faden, der jeden Augenblick aus Absicht oder aus Versehen zerrissen werden kann. Es bedeutet Verpflichtung für alle, die nicht durch das von bedenklicher Unkenntnis zeugende Schlagwort von der «Atomtodkampagne» blind beziehungsweise taub gemacht worden sind für die Mahnungen der Wissenschafter, die den Atomkrieg auf Grund ihres Wissens als «Wahnsinn und Verbrechen»[2] bezeichnen.

Einer, dem diese Verpflichtung Lebenszweck wurde, ist der Verfasser des vorliegenden, 101 Seiten starken Buches. Wie Professor William E. Rappard einleitend bemerkt, kam er zu Ende des Zweiten Weltkriegs, mit zahlreichen andern von ihrer Friedensmission durchdrungenen Quäkern, nach Europa. Zum Unterschied von den übrigen Freunden, die sich der Opfer des Krieges in der rühmlichst bekannten aufopfernden Weise annahmen, wendete sich Lloyd einer andern Aufgabe zu, in dem richtigen Gefühle, daß eine Hilfe, die erst nach der Katastrophe einsetzt, nicht genügt. Dringender als je mußte – im Zeitalter der alles wahllos vernichtenden Atomwaffen – ein Krieg vermieden, seine Ursachen beseitigt, sein Ausbruch verhin-

---

[1] William Bross Lloyd Jr, «Waging Peace – The Swiss Experience». Preface by W. E. Rappard (Geneva). Foreword by Quincy Wright (Delhi). Public Affairs Press, Washington, D. C.

[2] Professor K. Bechert (Direktor des Physikalischen Instituts Mainz: «Der Wahnsinn des Atomkrieges». Diederichsverlag, Düsseldorf-Köln. 1956. S. 13.

dert werden. Die Schweiz hatte es bisher, von einigen kurzen Kriegen abgesehen, fertiggebracht, den Frieden während Jahrhunderten, in denen sich Europa zerfleischte, innerhalb der Grenzen der «Confoederatio Helvetica» zu erhalten, und dies trotz einer, wie das Söldnerunwesen zeigt, alles andere als pazifistisch veranlagten Bevölkerung und trotz den durch Unterschiede der Rasse, der Religion, der Sprache, der Tradition wie im übrigen Europa vorhandenen kriegsbegünstigenden Faktoren. Wie war das möglich? L l o y d konsultierte schweizerische Geschichtsbücher, ohne eine befriedigende Antwort auf diese ihm auf der Seele brennende Frage zu erhalten. Geleitet von dem einen Wunsch, seinen Mitmenschen zu dienen, ging er hierauf, Professor R a p p a r d zufolge, unentwegt selbst daran, in dem unverdaulichen Quellenmaterial zu graben, das so viele frühere Historiker abgeschreckt hatte. Denn hier mußte das Geheimnis des Überlebens der Schweiz verborgen sein. Er fand des Rätsels Lösung, wie R a p p a r d sich wörtlich ausdrückt, «in der Praxis geduldiger Versöhnung und Vermittlung sowohl wie in aktiver, wenn auch immer zurückhaltender kollektiver Sicherheit. Er wurde zu der Auffassung geführt, die Schweizer hätten in der Tat die Welt etwas zu lehren. Es sei eine Lehre der Mäßigung und Zurückhaltung[3] und auch eine solche über die Vorteile der Neutralität, wenn diese nicht nur zum Vorteil der Neutralen erhalten und praktiziert wird, sondern zugleich im Interesse derjenigen, die Krieg führen möchten.»

Der Nachsatz «nicht n u r zum Vorteil der Neutralen» ist wohl das Wesentliche, der eigentliche Kern einer «Beleuchtung gewisser Aspekte der Schweizergeschichte vom Standpunkt der heutigen internationalen Beziehungen», wie R a p p a r d hervorhebt, und L l o y d selbst sagt in dieser Hinsicht auf Seite 74, daß sich «viele moderne Beobachter in ihrem moralischen Empfinden durch eine Nation beleidigt fühlen, die anscheinend eine privilegierte Stellung in Weltangelegenheiten akzeptiert hat, erhaben über den Schlachten der andern Nationen und frei von beiden Seiten Geld zu machen». So sehr aus solchen Vorwürfen der blasse Neid über die der Neutralität zu verdankende Prosperität der Schweiz herausklingt, so bleibt doch der furchtbare Vorwurf bestehen, die Neutralität zur Geschäftlimacherei mit dem Blut anderer Nationen zu besudeln, und der traurige Ruhm, die «Rüstungsschmiede Europas» zu sein, den ein religiös-pazifistisches Blatt der westdeutschen Bundesrepublik unlängst der Schweiz bereitet hat, dürfte kaum bestritten werden. Denn massive Waffenexporte, trotz bestehenden Ausfuhrverboten, an kriegführende und kriegsgefährdete Staaten, zu Nutz und Frommen einer mit einem braven patriotischen Mäntelchen getarnten, ausnehmend geschäftstüchtigen Rüstungsindustrie ergeben sich ja schwarz auf weiß aus den betreffenden Sta-

[3] Wenn es sich nicht um die berühmte Versöhnungs- und Vermittlungspraxis handelte, die die alten eidgenössischen Pakte vorsahen, so könnte dies allerdings eine sehr bedenkliche Lehre sein, wie die eben jetzt erfolgte schmähliche Abstimmung über das Frauenstimmrecht zeigt.

tistiken. Welche Belastung diese Neutralität von der traurigen Gestalt für alle Planer bedeutet, die nur in der Neutralisierung der zwischen den feindlichen Blöcken liegenden Territorien Mitteleuropas die Möglichkeit eines Überlebens im Atomzeitalter sehen, zeigt die verächtliche, wenig seriöse Art, wie die westlichen Staatsmänner an das Problem der Neutralität herangehen, obschon es für ungezählte Millionen eine Frage von Leben und Tod darstellt. Dabei vergessen sie allerdings, daß sie selbst, wie die Behandlung der Schweizer Delegation (zu der auch Professor Rappard gehörte) am Pariser Kongreß 1919 zeigte, jene Degeneration der aktiven zur passiven Neutralität besiegelten, die einer Ausnutzung zu eigennützigen Zwecken geradezu Vorschub leistet.

Was aktive Neutralität ist, was ihr die Schweiz im Spiegel der Jahrhunderte zu verdanken hatte, ihr Werden und ihr Vergehen, das ist es nun, was uns Lloyd aus seinem einzigartigen Quellenstudium in geradezu plastischer Weise herausgemeißelt hat, wobei ihm als ständiger Helfer und Berater, außer Rappard, ein so erfahrener Kenner der Materie wie David Lasserre, Lausanne, zur Seite stand. Es ist eine Geschichte der Conciliation und der Mediation, im Rahmen der Schweizergeschichte, für die wohl jeder Lehrer der Schweizergeschichte, der sich bemüht, eine Alternative für die Darstellung der blutigen Ereignisse beziehungsweise ihre Ergänzung durch eine eigentliche Friedensgeschichte zu finden,[4] dankbar sein wird. Während bei der Mediation der Versuch der Unparteiischen darin besteht, gemeinsamen Grund zwischen den Streitenden zu finden und hierauf bauend zu einem Abkommen zu gelangen,[5] definiert Lloyd deren freiere und schöpferischere Form, die Conciliation, «als die Befreiung der Unparteiischen, nicht allein von bestehenden und vorausgegangenen Agréments, sondern auch, bis zu einem gewissen Grad, von den besondern Forderungen der streitenden Parteien, so daß Vorschläge, die gänzlich neue Synthesen in sich schließen und zugleich die basischen Bedürfnisse der beiden Seiten berücksichtigen, ausgearbeitet werden können».[6] Erst wenn die Methoden der Conciliation oder Mediation versagten, trat eine dritte Form der Friedenssicherung in Aktion, die Schiedsgerichtsbarkeit, bei der die streitenden Parteien – was die Hauptschwierigkeit dieses Prozederes bedeutet – vorgängig bereit sein mußten, sich dem Schiedsspruch zu fügen. Zwischen den beiden Möglich-

[4] Allerdings werden viele eine Notwendigkeit hierfür nicht empfinden. Denn noch sehe ich in diesem Zusammenhang Emily Balch vor mir, eine der verehrtesten Pionierinnen der Frauenliga für Frieden und Freiheit und Nobelpreisträgerin, die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges das internationale Büro der Liga in Genf betreute, wie sie verzweifelt, mit einem großen illustrierten Schweizer Geschichtswerk in der Hand, in einer Versammlung, die sich mit einer Revision der einschlägigen Lehrbücher befaßte, gegen die Behauptung wandte, wir in der Schweiz hätten so etwas gar nicht nötig.

[5] William Bross Lloyd, 1. c. S. 34.

[6] Derselbe, 1. c. S. 34/35.

keiten, der Streitschlichtung «in Minne», die Conciliation beziehungsweise Mediation umfaßte, und derjenigen «in Recht» (der Schiedsgerichtsbarkeit), stand noch eine Zwischenform, der «Minnespruch», bei der nach Usteri[7] den Unparteiischen freigestellt war, einen Kompromiß zu erreichen oder die Entscheidung durch Schiedsspruch herbeizuführen.

Die rechtlich bindende Verankerung dieser Prinzipien der Friedenssicherung geht bis auf den Pakt des Jahres 1291 zurück, in dem das gegenseitige Hilfsversprechen der drei Urkantone die Eidgenossenschaft selbst begründete. In der erweiterten Fassung des Bundesvertrags, der 1315, nach der Schlacht von Morgarten, in Brunnen niedergeschrieben wurde, lautete der die Schlichtung von Streitigkeiten betreffende Passus folgendermaßen:[8]

«Wäre auch das, daß sich eine Mißhelligkeit oder ein Krieg anhöbe oder erstünde unter den Eidgenossen, dazu sollen die Besten und die Witzigsten kommen und sollen den Krieg und die Mißhelligkeiten schlichten und beilegen nach Minne oder nach Recht. Und wenn einer von beiden Teilen das verweigerte, so sollen die andern Eidgenossen dem andern zur Minne und zum Recht behilflich sein, auf jenes Schaden, der da ungehorsam ist.»

Als dann 1332 Luzern dem Bund beitrat, wurde der Vertrag dahin erweitert, daß Luzern verpflichtet wurde, im Fall einer Streitigkeit zwischen zwei der drei Urkantone dem dritten Kanton zu helfen, eine Verständigung zwischen den beiden Streitenden herbeizuführen. Damit war zum erstenmal das Prinzip vermittelnder Kantone festgelegt, das sich in der Folge zu dem großartigen Friedensinstrument entwickelte, das Victor Hugo zu dem dem Buch vorangestellten Ausspruch veranlaßt haben mag: «Dans l'Histoire la Suisse aura le dernier mot.»

Nachdem 1323 Bern, 1351 Zürich, 1352 Zug zu gegenseitiger Hilfe verpflichtende Verträge mit den Urkantonen abgeschlossen hatten, folgte noch im selben Jahr, zusammen mit Zürich, der Pakt mit Glarus, der jedem Kanton, für den Fall eines Streites mit Glarus, seine Rolle in der Weise zuwies, daß alle nicht am Streit beteiligten Kantone ermächtigt wurden, denselben durch «Kompromiß» oder «Gesetz», also durch Vermittlung (Mediation) oder Schiedsspruch, beizulegen. In diesem Sinn wurde unter andern auch ein Streit zwischen Unterwalden und Bern, 1371, durch die Vermittlung der Kantone Zürich, Luzern, Uri und Schwyz geschlichtet.

Nachdem die Wirren des Bauernkrieges eine Verschärfung schon bestehender Spannungen zwischen rein ländlichen und von Städten

---

[7] Usteri, «Das öffentlich-rechtliche Schiedsgericht in der Schweizerischen Eidgenossenschaft des dreizehnten bis fünfzehnten Jahrhunderts». Orell-Füßli-Verlag, Zürich. 1925. (Zitiert nach W. Bross Lloyd, 1. c. S. 35.)

[8] Nach dem von Lloyd (1. c. S. 94) aus Oechslis «Quellenbuch zur Schweizergeschichte» (Verlag Schultheß & Co., Zürich, 1886), S. 57, übernommenen Wortlaut.

regierten Kantonen gebracht hatten, die den innern Frieden der Eidgenossenschaft gefährdeten, wurde 1411 Appenzell, statt als Mitglied nur als alliierter Kanton, ohne Stimmrecht in der Tagsatzung, aufgenommen mit der im Vertrag festgelegten Verpflichtung zur unbedingten, aktive Conciliation in sich schließenden Neutralität. Die Verpflichtung, als Friedensstifter zu amtieren, wurde bei Erneuerung des Vertrages mit Appenzell, 1452, noch dadurch ergänzt, daß bei erfolglosem Versuch zur freundschaftlichen Regelung eines Streitfalls durch die Gesandten Appenzells der Bund – auf Ansuchen seiner Mitglieder – ohne irgendwelche Vorbehalte oder Einwendungen dasjenige vorkehren würde, was die Bundesgenossen in ihrer Mehrheit beschlössen.

In dem zwei Jahre später mit Schaffhausen unter den gleichen Restriktionen wie mit Appenzell abgeschlossenen Vertrag wurde der Verpflichtung zur unbedingten und fortwährenden Neutralität oder «Stillsitzen» noch ausdrücklich hinzugefügt, daß die Anstrengungen, «die Bundesgenossen in Freundschaft wieder zu vereinigen», auch nach Ausbruch der Feindseligkeiten festgesetzt werden sollten. Doch die Gefahr, daß durch den Kampf um die Vorherrschaft im Städte-Land-Konflikt die bis zum Siedepunkt gesteigerten Leidenschaften die weisen Bestimmungen zur Friedenssicherung in den genannten Verträgen sturmflutartig hinwegfegen könnten, bestand je länger je mehr. Den Säbelraßlern von Anno dazumal, die sich in nichts von den heutigen, innerhalb und außerhalb der Eidgenossenschaft, unterschieden, wäre es auch beinahe gelungen, dank ihrer Abschreckungsstrategie, verbunden mit den auf beiden Seiten bestehenden Militärbündnissen mit ausländischen Mächten, die kleine Friedensinsel im Herzen Europas in das Chaos ihrer Umwelt hineinzureißen. Doch der für viele, die nicht lesen konnten, tote Buchstabe der Pakte wurde haarscharf vor der Katastrophe, die das Ende der Eidgenossenschaft bedeutet hätte, durch den in seiner selbstgewählten Weltabgeschiedenheit nur dem Dienst an der Menschheit sich widmenden Niklaus von der Flüe zum lebendigen, begeisternden und ermahnenden Wort. Ihm gelang es, die Städtekantone dazu zu bringen, ihren verletzten Prestigestolz dem allgemeinen Bundesinteresse unterzuordnen, indem sie der nur allzu berechtigten Forderung der Landsgemeinden der Urkantone nachgaben, die die Aufnahme der Städte Freiburg und Solothurn in die Eidgenossenschaft von einer zu den bei den früheren Pakten erwähnten Vorbehalten neu in Vorschlag gebrachten Klausel abhängig machen wollten. Diese besagte nämlich, daß, im Falle eine dieser Städte sich im Krieg befände, dieselbe aufgefordert werden solle, einen Waffenstillstand nachzusuchen oder einen definitiven Frieden abzuschließen, wann immer eine Majorität der acht alten Kantone dies für ratsam halten würde.[9]

[9] S. Lloyd, 1. c. S. 32, nach David Lasserre, «Alliances confédérales 1291—1815» (Edition Eugène Rentsch, Zürich, 1941), S. 70. Der Vertrag auf dieser Basis wurde 1481 mit den beiden Städten abgeschlossen.

Die Aufnahme von Basel durch die Tagsatzung erfolgte 1501 unter dem weiteren Vorbehalt, daß es sich einem Schiedsspruch durch die Eidgenossenschaft oder durch eines ihrer Mitglieder zu unterwerfen habe, wenn Basels fremder Gegner einen solchen verlangen würde.[10] Unter den selben Bedingungen wurden noch im gleichen Jahr Schaffhausen und 1513 Appenzell als vollberechtigte Mitglieder in die Eidgenossenschaft aufgenommen. Die Bedeutung der Tatsache, daß diese somit aus zweierlei Kantonen bestand – solchen, denen das «Recht» zustand, Krieg zu führen, und solchen, denen mit der Verpflichtung, strengste Neutralität zu wahren, was auch immer kommen möge, die ehrenvolle Aufgabe überbunden wurde, Friedensstifter bis zum schließlichen Erfolg zu sein –, veranlaßten Lasserre[11] zu einem Ausblick in unsere heutige Welt, zu der 1945 in San Franzisko geborenen Institution der Vereinten Nationen. «Möchte», so sagt er, «die junge internationale Organisation die Bedeutung des Experiments unserer Konföderation erkennen und ihrerseits Mittel zur Milderung der Risiken internationaler Konflikte finden, die den Zusammenbruch ihres Vorgängers herbeigeführt haben» – jenes Vorgängers, ist man versucht hinzuzufügen, an dessen Wiege die Totengräber standen einer aus Angst, einen angeblich von den kriegführenden Großmächten «als unfreundlichen Akt» betrachteten Vermittlungsversuch unternehmen zu müssen,[12] in Passivität zugrunde gegangenen Neutralität. Jene Neutralität, der die Eidgenossenschaft ihr Überleben verdankt (wie in den beschriebenen Konflikten, so auch in allen folgenden, unter denen die religiösen eine besonders schwere Belastungsprobe für die Pakte darstellten), war etwas von Grund auf anderes. In Prachtsgestalten ziehen in der anschaulichen Beschreibung Lloyds geniale Staatsmänner, in denen der Geist der Pakte selber lebte, an uns vorüber, ein Niklaus Manuel (Bern), der unermüdliche Friedensstifter Landammann Niklaus Wengi von Solothurn, die Bürgermeister Jacob Meyer und Johann Rudolf Wettstein von Basel, welch letzterem die Sicherstellung der ewigen Neutralität und Unabhängigkeit im Westphälischen Frieden, 1648, zu verdanken ist, und andere Heroen des Friedens mehr, die durch

---

[10] Lloyd, 1. c. S. 37, nach Lasserre, 1. c. vorige Fußnote, S. 75 (Section 9 und 10 des Basler Vortrages).

[11] Zitiert durch Lloyd, 1. c. S. 38, nach Lasserre, «Cantons neutres et Médiateurs» aus «Echo», Lausanne, décembre 1945.

[12] Dabei dürfte die Gefahr aktiver Vermittlung, selbst in unsern an Barbarei unübertroffenen Zeiten, überschätzt werden. Lloyd (1. c. S. 80) erwähnt in diesem Zusammenhang den Bericht der nach dem Haager Frauenkongreß (April 1915) an die Regierungen der Kriegführenden und Neutralen gesandten Delegationen, aus dem hervorgeht, daß die Kriegführenden gegen eine vermittelnde Konferenz neutraler Nationen nichts einzuwenden hätten; doch seien Vermittlungsangebote einzelner Nationen abgelehnt worden. S. «Anniversary Press Release on the Congress» by Edith Wynner, Sekretärin der verstorbenen Mme Rosika Schwimmer, April/Mai 1950, die diese Delegationen angeregt hatte.

ihre weit über die Landesgrenzen hinaus getragene Vermittlertätigkeit den Ruhm der Schweiz in ganz Europa verbreiteten. Selbst Oliver Cromwell sandte Emissäre in die vier protestantischen Städte Zürich, Basel, Bern und Schaffhausen, um deren Politik zu studieren, und diese vier Städte waren es auch, die nach Ausbruch der englischen Revolution sowie im Krieg Englands mit Holland und vor Ausbruch desselben als Vermittler wirkten. Dem von den vier Städten in dieser Mission abgesandten Stadtschreiber von Schaffhausen, John Jacob Stokar, gelang es, die Forderungen Cromwells zu mildern und die Annahme des Friedensvertrages von beiden Seiten zu erreichen, in dem die vier Städte als Schiedsrichter im Falle späterer Unstimmigkeiten vorgesehen waren.

Werden die Staatsmänner, die heute über Tod und Leben der ganzen Menschheit zu entscheiden haben, die Erfahrungen der Schweiz, die Lloyd in seinem bedeutungsvollen Schlußkapitel «The Swiss Lesson» nochmals zusammenfaßt und in den Rahmen der Gegenwart stellt, endlich berücksichtigen? Werden und können sie die «Lektion» verstehen, solange sie auf beiden Seiten in einem militärischen Denken befangen sind, das in einer zu keinem Kompromiß bereiten Abschreckungsstrategie besteht, die nur im globalen Massenmord enden kann?

Ist es denkbar – um die drohendste, in greifbare Nähe gerückte Gefahr zu erwähnen, die das geteilte Deutschland inklusive Berlin darstellt –, zu einem Einvernehmen zu gelangen, solange Ost und West in stahlhart erstarrter Front einander gegenüberstehen und jede Regierung, gebunden an ihren zugehörigen Block und die entsprechenden Militärbündnisse: NATO und Warschauer Pakt, statt geeinigt, immer weiter auseinandergerissen werden; denn der Lebenszweck eines Militärbündnisses besteht ja gerade im Tod der auf der andern Seite der Grenze lebenden Zivilbevölkerung, und jede der beiden Regierungen sieht nur in ihrer Vormachtstellung über die andere Seite die Lösung des Problems und in ihren betreffenden Verbündeten diejenigen, die ihnen zu dieser Vormachtstellung verhelfen sollen. Wäre es nicht denkbar, daß diese Regierungen, angesichts des Todes, der das Volk als Ganzes erwartet, dem sie doch dienen wollen, von der Bildfläche abtreten würden? Damit wäre das Hindernis beseitigt, das den einzelnen Ländern, die, wie unsere Kantone, ihre Landesregierungen haben, sich zu einer Konföderation zusammenschließen könnten, deren innere Bindung stärker wäre als die zentrifugalen Kräfte, die sie bisher trennten. Das wäre vielleicht ein Gedanke, zu dessen weiterer Verfolgung das Studium des Werdens der Eidgenossenschaft im Zeichen der Pakte mit ihren Friedenssicherungen nützlich sein könnte. Das Buch von Lloyd sei daher jedem Staatsmann zur Beherzigung wärmstens empfohlen.

Gertrud Woker

Taizé

Auf der einen Seite die erregende moderne Welt, die aber Christus verleugnet; auf der andern Seite die alten Kirchen, Bewahrer des Evangeliums, die aber den Menschen ohne Gott schlecht verstehen. Und dazwischen ein Graben. – Darunter haben Christen gelitten, die zerrissen waren zwischen ihrer Anhänglichkeit an die Kirche Christi und ihrer Liebe zu ihren menschlichen Kameraden. Sie haben sich weder entschließen können, der Kirche den Rücken zu kehren, noch sich in ein religiöses Ghetto einzuschließen. Diese in unseren Ländern immer zahlreicher werdenden Christen haben verstanden, daß ihrer eine große Aufgabe wartete. Sie mußten auf zwei Seiten kämpfen: einmal ihre Kirche erneuern und einigen, sie an die moderne Welt anpassen – und gleichzeitig den Menschen das Bild Christi bekannt machen.

Aus dieser neuen Generation hervorgehend, haben einige junge Männer gedacht, in ungeteilter Hingabe an eine Gemeinschaft, in der die Siege und die Niederlagen, die Freuden und die Leiden gemeinsam durchlebt werden könnten, diesen doppelten Dienst an der Kirche und an den Menschen verwirklichen zu müssen. So ist die Communauté (Gemeinschaft) von Taizé entstanden (Taizé ist ein kleines Dorf im Burgund, nahe bei Mâcon).

Diese jetzt fast vierzig Brüder kommen aus mehreren Ländern (Frankreich, Schweiz, Holland, Deutschland, Spanien), aus verschiedenen protestantischen Kirchen und aus mannigfaltigen sozialen Umgebungen. Sie hatten weder die gleiche Bildung noch die gleiche geistige Entwicklung, nicht einmal das gleiche Trachten. Es ist diese Mannigfaltigkeit in den Gaben, welche der Communauté erlaubt hat, sehr verschiedene Aufgaben des modernen Lebens anzupacken. Ein Bruder hat zum Beispiel eine Arztpraxis in der Gegend aufgetan und tritt so mit der ländlichen Bevölkerung der Umgebung von Taizé in nahe Beziehung. Die Brüder, die als Landwirte das Gut bearbeiten, haben auf natürliche Weise unter den Bauern des Dorfes ihren Platz eingenommen; sie sitzen im Gemeinderat und fanden sich veranlaßt, eine Milchgenossenschaft zu gründen, welche jetzt ungefähr dreißig Gemeinden zusammenfaßt. Sie sahen sich außerdem verpflichtet, an der bäuerlichen Gewerkschaftsbewegung lebendigen Anteil zu nehmen. Die Künstler unter den Brüdern (wir haben zwei Maler, zwei Töpfer und einen Architekten) kennen die gleichen Schwierigkeiten wie andere Künstler. Sie haben ihren Mitbrüdern den Blick geöffnet, und durch ihre Arbeit bemühen sie sich, in der Kirche das Verständnis für den großen Strom der modernen Kunst zu fördern. Bei bestimmten Arbeiten schaffen sie mit andern Künstlern, die nicht zur Gemeinschaft gehören, eng zusammen.

In Marseille leben vier Brüder als Bauarbeiter und Spengler. Sie leben in einer von ihnen selbst in einem alten Lagerhaus hergerichteten Wohnung, wohin sie ihre Kameraden vom Werkplatz einladen und bei Gelegenheit jenen, die ohne Arbeit oder ohne Zimmer sind, helfen. (In Marseille hat es viele Spanier und Nordafrikaner.) Nicht um organisierte Sozialarbeit geht es diesen Brüdern. Sie sind Arbeiter, welche ihren Beruf beherrschen, und sie nehmen an der Gewerkschaftsbewegung teil. Alles das ist übrigens nichts sehr Eigentümliches. Diese Brüder sind nur einige unter den Priestern, den Pfarrern, den zum Dienst bereiten Christen, die sich bemühen, inmitten einer der Kirche fast immer feindlich gesinnten Bevölkerung, der das Evangelium fast unbekannt ist, eine christliche Gegenwart zu leben. In der Stadt Algier versuchen drei Brüder, auch sie Arbeiter, seit mehreren Jahren in den so gespannten Verhältnissen ein Zeichen der Freundschaft und des friedlichen Miteinanders im Kontakt mit der mohammedanischen Bevölkerung aufzurichten. Die Baracke, welche die Brüder am Rande der Stadt bewohnen, ist ein Ort der offenen Gastfreundschaft geworden.

Unweit davon, mitten im Bidonville (Elendsviertel), leben und arbeiten die Schwestern von Grandchamp. (In Grandchamp bei Neuenburg hat die Communauté der Frauen, die derjenigen von Taizé ähnlich ist, ihren Sitz. Schwestern leben in Algier, im Libanon, in der Banlieue von Paris und nahe bei Basel.)

Zwei Brüder reisten nach Nigeria, Guinea und an die Elfenbeinküste. Ihr Auftrag ist, inmitten sich umformender Gesellschaften der Eingeborenen die Vorarbeiten für eine zukünftige Fraternité (kleine Gruppe von ausgesandten Brüdern) zu leisten. Andere sind Pfarrer in einer Kirchgemeinde der Industriegegend von Sochaux. Andere leben in Deutschland in einem Haus für Studenten und haben sich zeitweise in einer Fabrik verpflichtet. Andere wurden ausgesandt, um in Trappeto, dem Dorfe in Sizilien, wo Danilo Dolci sein Werk begann, als Fischer zu helfen, andere endlich, um in Paris Flüchtlinge zu betreuen. Nach 1944 wurden in Taizé selbst 26 Knaben in einem Kinderhaus von Brüdern aufgezogen.

Diese Aufzählung von Diensten der Gemeinschaft ist kein Ziergarten, sondern sie will ganz einfach zeigen, wie sich die einzelnen Brüder, die in so verschiedenen Umgebungen leben, gegenseitig schützen vor der Gefahr, in der Welt nur eine Kategorie von Menschen zu sehen. Andererseits muß sich aber auch die Gesamtheit der Communauté mit den Problemen, welche die Brüder jeweils neu entdecken, auseinandersetzen. Sie wird ohne Unterbruch vor der Versuchung zur Weltflucht bewahrt.

Jedoch ist das tätige «Mittendrinnensein» der Brüder nur ein Aspekt des Dienstes der Communauté. Einige unter ihnen lassen es sich besonders angelegen sein, zur Erneuerung der Kirchen beizu-

tragen. Theologen helfen mit ihren Forschungen, mit der Herausgabe der Zeitschrift «Verbum Caro» bei der theologischen, biblischen und liturgischen Wiedererneuerung. In täglichen Gottesdiensten lebt die Communauté die Liturgie, dieses Werk des Volkes Gottes, das in unseren Kirchen der Reformation noch sehr verkannt ist. Dieses Gebet in Gemeinsamkeit ist das Zentrum des gemeinschaftlichen Lebens, sei es nun in der kleinen romanischen Kirche von Taizé oder sei es in einem zur Kapelle hergerichteten Zimmer in Marseille oder Algier. Und vor allem begeistern sich die Brüder für die Einheit der Kirche.

Und endlich ist in Taizé ein kleines Haus, das Menschen aller Art aufnimmt, die sich unter der Mithilfe von Brüdern zwei bis drei Tage im Angesichte Gottes zurückziehen und Ordnung in ihr Leben bringen.

Das gemeinschaftliche Leben verlangt eine gewisse Regel, an die sich die Brüder aus freien Stücken halten. Diese Regel enthält das Minimum, das notwendig ist, um eine Gemeinschaft aufzubauen. Außer den Anforderungen, die aus ihrer Berufung hervorgehen, ist den Brüdern eine sehr große Freiheit gelassen, die sie angesichts der eigenen Schwäche und jener der sie umgebenden Menschen mit Vorsicht gebrauchen sollen. Nach mindestens zweijähriger Probezeit übernehmen die Brüder folgende Verpflichtungen:

In dem Versuche, die Apostel nachzuahmen, die in der Nachfolge Christi alles verlassen haben, stellen sie alles zur Verfügung aller: den Ertrag ihrer Arbeit, aber auch ihre geistigen Gaben, indem sich einer dem andern eröffnet. Sie lassen die Wahrheit und die Gegenwartsnähe des Versprechens Christi in Erscheinung treten, hienieden das Hundertfältige dessen, was sie geopfert haben (Familie, Felder, Häuser usw.), wiederzufinden.

Die Brüder verpflichten sich zur Ehelosigkeit, um für die Liebe zu allen verfügbar zu sein. Diese Ehelosigkeit ist auch ein Zeichen des Reiches Gottes, wo man nicht heiraten wird. Sie wird weder für verdienstlicher noch für höher beurteilt als die Ehe, die ihrerseits die Treue zu einer Verpflichtung und auch Opfer verlangt. Die christliche Ehe ist ebenfalls ein Zeichen – nach den Evangelien dasjenige der Vereinigung Christi mit der Kirche.

Endlich versprechen die Brüder, der Gemeinschaft eher zu gehorchen als ihren eigenen Regungen. Dem Bruder Prior, der die Communauté gegründet hat, ist die Sorge anvertraut, den gemeinsamen Willen, wie er im Rat der Brüder in Erscheinung tritt, auszudrücken. Ihm ist der Auftrag gegeben, die Einheit in der Liebe aufrechtzuerhalten.

Nach der Gemeinschaft der Jünger haben Tausende von Christen Ähnliches erfahren und gesucht, jeweils entsprechend dem geistigen Gehalt ihrer Kirchen und den Forderungen ihrer Zeit zu leben. Die

Communauté von Taizé hat nichts Mittelalterliches an sich. Sie lebt nicht zurückgezogen von der Welt. Die mitten unter den Menschen tätigen Brüder erinnern sie immer wieder daran, daß die Welt Brot, Gerechtigkeit und Frieden nötig hat und daß die Christen nicht außerhalb des Kampfes bleiben dürfen. Die Brüder stellen ihre Gemeinschaft nicht als Beispiel hin; sie wollen nur in allem aufeinander zählen können. Für den Kampf, den Christus gegen das Böse führt, ist es nicht gut, wenn die Menschen vereinzelt bleiben.

Frère Philippe de Taizé

Amerikanische Kirchenvertreter fordern eine Friedenspolitik

An der im November in Cleveland, Ohio, abgehaltenen Fünften Konferenz zum Studium einer Weltordnung verlangte der Amerikanische Kirchenrat allgemeine Abrüstung, Beendigung des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion und China und überhaupt eine neue positive Friedenspolitik seitens der amerikanischen Regierung.

Die Ergebnisse dieser Konferenz, schreibt «Peace News» vom 26. Dezember, der wir diesen Bericht verdanken, werden von der Weltpresse totgeschwiegen.

Obwohl die 600 Anwesenden von Mr. John Foster Dulles und Thomas Finletter, einem früheren Minister der USA-Luftwaffe, durch lange Reden bearbeitet worden waren, forderten sie in einer Resolution, daß die Volksrepublik China in die Vereinten Nationen aufgenommen und von der amerikanischen Regierung anerkannt werde. Ein Vertreter des amerikanischen Außenamtes gab John Nevin Sayre vom Internationalen Versöhnungsbund zu verstehen, daß dieses geschlossene Einstehen für eine Friedenspolitik sich wahrscheinlich schon in der Grundwelle allgemeiner Unzufriedenheit manifestiere, die die kürzlichen amerikanischen Wahlen charakterisierte. Ob diese Mutmaßung richtig ist oder nicht, berichtet John Nevin Sayre, so besteht doch kein Zweifel, daß darin für uns Pazifisten ein echterer christlicher Geist zum Ausdruck kam, als er je seit 1942 an einer nationalen Studienkonferenz der Kirchen herrschte.

I. F. Stone, der bekannte amerikanische politische Publizist, hat sich bemüht, das Schweigen der Presse zu durchbrechen, indem er einen Sonderdruck über die Konferenzverhandlungen herausgab. «Wir glauben», sagt I. F. Stone in der Einleitung, «dieses Einstehen für eine Friedenspolitik verdiene höchste Anerkennung als mutige Verwirk-

lichung religiöser Grundsätze. Es kann ein mächtiges Werkzeug werden in der Erziehung für den Frieden.»

Wie Nevin Sayre nach Zusammenstellung der wichtigsten Konferenzergebnisse hinzufügt, dürfen wir nicht vergessen, daß noch ein weiter Weg zurückzulegen ist, bis diese Empfehlungen der Studienkonferenz von den Kirchen Amerikas zu eigen gemacht werden und als politische Forderungen an die Regierung ihren Niederschlag finden.

Missionstätigkeit der Zukunft

Nach der Erfahrung der westlichen kapitalistischen Wirtschafts- und überhaupt bürgerlichen Lebensordnung mit dem ihnen eigenen Klassendenken kann sich die afroasiatische Welt nur noch für den Sozialismus – gleich welcher Spielart – entscheiden. Ob hier Indien oder die Sowjetunion beispielhaft und leitbildartig werden, könnte auch von dem weiteren Verhalten des westlichen Machtblockes abhängen.

Wir stehen vor der Aufgabe, jenen Völkern bis in die Bekundung der Friedensbotschaft ein entideologisiertes Evangelium anzubieten, das frei ist und bleibt von allen unseren Traditionen: philosophisch, wirtschaftlich und soziologisch. Sie werden es in Zukunft noch weniger als bisher verstehen, daß wir eine Botschaft vertreten, die Ausbeutung und Entmenschlichung auch nur duldet, geschweige denn sich herbeiläßt, für eine geschichtlich gewordene Politik als «Deckel der Bosheit» zu dienen. So hätten wir alle unsere Programme, die wir bisher in der Fremde praktiziert, zu widerrufen, um mit einem voraussetzungslosen Ruf und einem von keinerlei Interessen bestimmten Leben und Mitleben für diese Randsiedler unserer Geschichte neu zu beginnen. Hier wäre die Chance gegeben, mit dem Evangelium noch einmal von unten und vom Ende her zu beginnen.

Amerika und Europa – davon hat uns Tokio überzeugt – sind nicht mehr Vorhut – sie könnten noch einmal die Nachhut sein unter denen, «die da kommen vom Morgen und vom Abend, um mit Abraham und Isaak zu Tische zu sitzen». Wir sind gerufen, mit der uns anvertrauten Gabe «zum Leben zu verhelfen, ohne beherrschen zu wollen».

Joh. Harder: Aus Rückblick auf die vierte Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben in Tokio 1958. Stimme der Gemeinde, 15. Oktober 1958.

Letzte Chance! Wenn die Zeichen nicht trügen, wird es dieses Jahr mindestens in der europäischen Politik sehr lebhaft zugehen. Noch ist nicht die große Wende zum Guten im Anbruch, die wir seit Jahr und Tag erwarten und ohne die es eben unaufhaltsam der atomaren Katastrophe entgegengeht. Aber es ist doch erhebliche Bewegung in die Starre gekommen, die bisher besonders über dem Problem Deutschland lag, und die Hoffnung ist nicht unberechtigt, daß diese Bewegung trotz allen Gefahren, die sie bringen wird, eher zu einer Entspannung der West-Ost-Beziehungen führen wird als zu ihrer erneuten Versteifung.

Der Anstoß ist, wie man weiß, von der Sowjetunion ausgegangen. Schon immer hatte Moskau seit Kriegsende den Westmächten, ihren ehemaligen Verbündeten, eine Verständigung über die deutsche Frage vorgeschlagen, zuletzt in den Jahren 1952 und 1955 mit Angeboten für die Wiedervereinigung West- und Ostdeutschlands unter Wahrung der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei. Allein, immer wieder lehnten es die Westmächte ab, auf solche Vorschläge einzutreten, vor allem unter dem Einfluß der Bonner Regierung, die sich auf die berühmte «Politik der Stärke» festgelegt hatte und überzeugt war, daß die Sowjetunion damit auf die Knie gezwungen werden könne. In der westdeutschen Öffentlichkeit wuchs freilich auch der Widerstand gegen den verblendeten Kurs Adenauers und seiner Leute; unvergessen ist namentlich die dramatische Anklage, die in der Nacht zum 24. Januar 1958 im Bundestag die beiden Abgeordneten und früheren Minister Dehler und Heinemann gegen den Kanzler erhoben, dem sie vorwarfen, es sei ihm mit der Wiedervereinigung Deutschlands wegen der aus dem Osten zu erwartenden Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses gar nicht ernst. «Schweigend und bleich», so schrieb letzthin in der Neuyorker «Nation» (24. Januar 1959) der westdeutsche Abgeordnete Altmaier, «saß der Kanzler seinen Anklägern gegenüber. Weder er noch einer seiner Anhänger wagte zu leugnen. Wenn etwas sicher ist, so dies, daß die ‚Politik der Stärke' mit einem Fiasko geendet hat. Rußland ist im Lauf des Kalten Krieges nicht geschwächt worden – im Gegenteil.» Und jetzt fühlt es sich sogar stark genug, um die Westmächte mit seiner Note über Berlin (vom 27. November 1958) und seinem Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland (vom 10. Januar) recht eigentlich herauszufordern und ihnen, wie man gesagt hat, eine letzte Chance zu einer annehmbaren Lösung der deutschen Frage zu bieten. Dem Zweck, noch einmal ein ernstes Gespräch über Deutschland in Gang zu bringen, diente auch der mehr als vierzehntägige Besuch des sowjetischen Vizeministerpräsidenten Mikoyan in den Vereinigten Staaten, der eine richtige Sensation für Ame-

rika war und alles in allem zweifellos der Sache des Friedens diente, auch wenn er zunächst – was er auch gar nicht sollte – keine greifbaren Ergebnisse hatte. Die deutsche Frage beherrscht seither auf jeden Fall alle Auseinandersetzungen im westmächtlichen Lager und darüber hinaus.

Daß es heute überhaupt noch eine deutsche Frage gibt, liegt eindeutig daran, daß der Zweite Weltkrieg nicht zu seinem folgerichtigen Abschluß gebracht wurde, der in der endgültigen Beseitigung der deutschen Gefahr hätte bestehen müssen. Zwar hatte sich der Potsdamer Vertrag vom 2. August 1945 zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion in aller Form gerade dieses Ziel gesetzt. Aber wenn man heute die kräftigen und klaren Bestimmungen dieses Abkommens wieder durchsieht und sie mit den häßlichen, aber ebenso klaren Tatsachen der Wiederaufrichtung des westdeutschen Militarismus, Nationalismus und Kapitalismus vergleicht, dann weiß man auch, wo die Hauptschuld an dieser verhängnisvollen Wendung der Dinge zu suchen ist. Es sind in der Tat die Westmächte, die mit ihrem heftig neuerwachten, nur durch die Kriegsnotwendigkeiten zeitweilig gedämpften Antikommunismus ein eigentliches «renversement des alliances» herbeigeführt haben und nun Arm in Arm mit dem von ihnen planmäßig neuaufgerüsteten Gegner von gestern den ehemaligen Bundesgenossen im Osten mit dem ganzen Aufgebot ihrer Kräfte bekämpfen und damit doch noch zu erreichen suchen, was Hitler in vier fürchterlichen Kriegsjahren nicht gelungen ist: das Sowjetreich zu zerschlagen. Und es sind auf der anderen Seite die Russen, die unerbittlich den Finger auf diese widersinnige Lage richten und ihre Berichtigung verlangen, haben sie doch – mit den Polen und Tschechoslowaken, den Ungarn, Bulgaren, Jugoslawen und Rumänen zusammen – auch weitaus die schwersten Opfer in der Abwehr des deutschen Eroberungskrieges dargebracht.

Daß ihre heutigen Vorschläge für die endliche Lösung der deutschen Frage in zahlreichen Einzelpunkten – besonders auch in bezug auf die künftige Stellung Westberlins – nicht das letzte Wort in dieser ganzen Auseinandersetzung sein können, ist ihnen selber natürlich klar. Aber ebenso klar sollte den Westmächten sein – und ist es auch einer zunehmenden Zahl von politischen Köpfen in ihrem eigenen Lager –, daß die Sowjetunion keinem neuen Abkommen über Deutschland und namentlich keinem Friedensvertrag zustimmen kann, worin nicht zwei Grundbedingungen erfüllt sind: Erstens Sicherung Ostdeutschlands gegen eine einfache Annexion durch die Bonner Republik, etwa durch die bekannten gesamtdeutschen «freien» Wahlen; ohne eine förmliche und anständige Vereinbarung zwischen DDR und Bundesrepublik wird es also keine Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten geben. Dazu muß zweitens kommen die Sicherung der Sowjetunion und der osteuropäischen Volksrepubliken gegen

eine erneute Wiederholung des deutschen Angriffs auf den Osten, der schon zweimal fehlgeschlagen hat und nicht ein drittes Mal unternommen werden darf. Von diesen beiden Forderungen werden die Russen nicht ablassen. Sie mögen – und werden gewiß – in Einzelfragen Zugeständnisse machen, wahrscheinlich auch in der Berliner Frage, die unmöglich so gelöst werden kann, wie das Moskau vorgeschlagen hat und nur im Zusammenhang mit einer Gesamtregelung für Deutschland ihre befriedigende Lösung finden wird. «Aber im wesentlichen», so sagen sie, «ist es nun an den Westmächten, die Lösung der deutschen Frage dort wieder aufzunehmen, wo sie nach Potsdam stehen geblieben war. Schlagen sie dieses Angebot aus – offen oder mit Ausweichmanövern – dann sind s i e verantwortlich für die Folgen, die da kommen werden.»

Das diplomatische Spiel Ist dieser Standpunkt so anmaßend und unvernünftig, wie das im Westen vielfach behauptet wird? Ich glaube nicht. Man bedenke doch: Die Völker Osteuropas haben unter dem deutschen Militärstiefel in zwei großen Kriegen unsäglich gelitten. Ihre Hoffnung, die Westalliierten würden, ihrem Versprechen getreu, dem deutschen Drang nach Osten (aber auch nach Westen, Süden und Norden!) ein für allemal ein Ziel setzen, ist zuschanden geworden. Mit westlicher Hilfe hat die demokratisch getarnte Bonner Republik eine neue Wehrmacht aufgebaut, die schon heute 180000 Mann stark ist und bald mit Atomwaffen und den übrigen modernen Kampfmitteln ausgerüstet sein wird, so daß sie alle Aussicht hat, aufs neue die gewaltigste Armee Westeuropas zu werden, zumal in Verbindung mit einer Wirtschaftsmacht, die schon heute eine beherrschende Stellung innerhalb der famosen europäischen Gemeinschaft «für wirtschaftliche Zusammenarbeit» (!) einnimmt. Und dahinter steht eine Geistesverfassung, die in ihrem nationalistischen Größenwahn dem früheren Deutschland nur allzusehr gleicht und sich bereits wieder die ehrgeizigsten Ziele setzt. (Der allerorten wieder aufflammende Antisemitismus ist nur e i n Anzeichen für diese deutsche «Renaissance».) Einem dergestalt beschaffenen Westdeutschland sollten es nun die Sowjetunion und ihre Gefolgsstaaten ermöglichen, sich auch Ostdeutschland anzugliedern und dann, mit der ganzen Macht Amerikas, Englands und Frankreichs im Rücken, aufs neue den Marsch gen Osten anzutreten? In Westdeutschland hat man ja, mit Einschluß der sozialdemokratischen Opposition, niemals auf die Zurückgewinnung der durch Hitlers Schuld verlorenen Ostgebiete verzichtet (wenn man auch natürlich vorsichtshalber versichert, diese «Rückgliederung» solle auf ganz friedliche Art geschehen . . .); und wenn seinerzeit einer der einflußreichsten westdeutschen Außenpolitiker – Staatssekretär Hallstein – davon geschwärmt hat, Osteuropa müsse «bis zum Ural» neugeordnet werden, so kann man sicher sein, daß dieser Traum auch derjenige der großen Masse der übrigen West-

deutschen ist, die an eine Umkehr von ihren früheren Wegen – mit Ausnahme einer einflußlosen Minderheit – gar nicht denken. Mit diesem Deutschland also sollten sich die Ostvölker zufrieden geben, ja durch bedingungslose Freigabe Ostdeutschlands und Ermöglichung des Anschlusses eines vereinigten Alldeutschlands an den Westblock noch mithelfen, daß der Ostblock gesprengt werde, worauf sich ein ähnliches Verfahren auch gegenüber dem dann isolierten China anwenden ließe? Für s o einfältig soll man die Ostvölker und ihre Führer dann doch nicht halten!

Und trotzdem muten die Westmächte ihnen eine solche Selbstmordpolitik zu – oder sie tun wenigstens so, als ob sie ernstlich glaubten, die Russen und ihre Verbündeten hätten die Pflicht, die Hand zu einer Lösung der deutschen Frage zu bieten, wie sie i h n e n, den Vertretern einer antisozialistischen Machtpolitik, vorschwebt. Das ganze Spiel der westlichen Diplomatie, das jetzt anläuft und von dem die Zeitungen voll sind, geht ja nur darauf hinaus, vor einer leicht zu täuschenden öffentlichen Meinung in der «freien» Welt den Eindruck zu erwecken, daß es in erster Linie an der Sowjetunion sei, entscheidende Schritte zur Lösung des deutschen Problems zu tun (Verzicht auf den Rückzug der russischen Kontrollorgane im Verkehr mit Westberlin; gesamtdeutsche Wahlen; Verlegung der sowjetischen und polnischen Grenzen nach Osten; Zustimmung zu einem Anschluß Gesamtdeutschlands an die NATO usw.). Solange sich Moskau dessen weigere – so geht die Beweisführung weiter –, bleibe den Westmächten nichts anderes übrig, als unbedingte Festigkeit und Einigkeit im Widerstand gegen das «Streben des internationalen Kommunismus nach Weltherrschaft» (USA-Vizepräsident Nixon) zu beweisen, ja sogar (das sagte Staatssekretär Dulles) einen Krieg in Kauf zu nehmen, falls den bewaffneten Lastzügen der Westalliierten der freie Verkehr mit Westberlin verwehrt werden sollte (was kaum die Absicht der DDR-Regierung ist).

Es fehlt mir hier der Raum, um die verschlungenen Pfade der westmächtlichen Diplomatie im einzelnen nachzuzeichnen. So sei lediglich festgestellt, daß den schärfsten Kurs gegenüber der Sowjetunion zurzeit bezeichnenderweise Bonn verficht, das dabei weithin von Paris unterstützt wird, weil Westdeutschland seinerseits die französische Politik in bezug auf den «Gemeinsamen Markt» und auf Algerien (keine Einmischung der UNO) begünstigt. Eine Hand wäscht die andere. Die britische Regierung möchte es aus sachlichen Gründen wie mit Rücksicht auf die Unterhauswahlen vermieden wissen, den Konflikt um Berlin auf die Spitze zu treiben, und neigt auch einem gewissen Entgegenkommen gegenüber dem russischen Standpunkt in der deutschen Frage überhaupt zu; darum Macmillans Besuch in der Sowjetunion. Dulles und die amerikanische Diplomatie würde sich am liebsten der Bonner und Pariser Haltung anschließen, steht aber unter dem Druck einer öffentlichen Meinung, die – zum Teil eine Nachwir-

kung von Mikoyans Auftreten – in wachsendem Maße von der «Politik der Stärke» abrückt und mindestens diskutierbare Gegenvorschläge zu den russischen Begehren befürwortet. So wird es eben bei den West-Ost-Konferenzen, die man in Washington und London wie in Bonn und Paris wohl oder übel ins Auge fassen muß, darauf hinauskommen, daß die Westmächte aus taktischen Gründen scheinbar eine größere Biegsamkeit zeigen, in der Sache selbst aber so unnachgiebig wie jemals bleiben werden. Und inzwischen werden die Vorbereitungen für die Auslösung und Führung eines dritten Weltkrieges weiter vorangetrieben werden für den Fall, daß es diesmal doch nicht bei der bloßen Randwanderung im Angesicht des Abgrundes bleiben würde. («Ein mit Kernwaffen geführter Totalkrieg würde nur zwei oder drei Tage dauern», erklärte letzthin General Lemay, der stellvertretende Stabschef der amerikanischen Luftstreitkräfte.) Das sind wenigstens die Pläne. An ihre Verwirklichung vermag ich nicht zu glauben. «Der Mensch denkt und Gott lenkt» – das wird sich auch hier erweisen; vertrauen wir nur darauf!

Paris – Rom – Madrid Vorerst sieht es freilich so aus, als rechneten die Herrschenden immer mehr mit der Unvermeidlichkeit des nuklearen Totalkrieges. Das gilt insbesondere auch von Frankreich. Die Militärreform, die es sich auf dem Vollmachtenweg «schenken» ließ, ist durchaus von der Überzeugung der ans Staatsruder gelangten Militärputschisten des 13. Mai getragen, daß «der dritte Weltkrieg bereits begonnen hat». Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß die französische Regierung jetzt auch formell die Möglichkeit hat, den Krieg durch einfachen Beschluß des Ministerrates zu erklären. Wie Claude Bourdet im «France-Observateur» (8. Januar 1959) mit Recht sagt, ist das natürlich ein schwerer Einbruch in die Gepflogenheiten einer Demokratie. «Wenn solche Methoden auch schon früher vorgekommen sind», so meint er, «sind sie doch in einer wirklichen Republik niemals als normal anerkannt worden. Daß sie heute gesetzlich festgelegt sind, ist nur ein weiteres Zeichen dafür, daß wir nicht mehr in einer Republik leben.» Aber das entspricht eben völlig der Auffassung des Regimes de Gaulle, daß angesichts der modernen Waffentechnik der hergebrachte Unterschied zwischen Krieg und Frieden tatsächlich verschwunden und die Welt in einen Dauerkriegszustand versetzt sei. «Das Denken und die Militärorganisation des neuen Frankreich werden nun auf den Satz gegründet sein: ‚Wenn du an den Krieg glaubst, so rüste dich auf den Krieg.' Es ist das erste Land der NATO, das sich auf einen solchen Weg begibt ... Die herkömmliche Formel, die das Wesen Preußens umschrieb: ‚Nicht ein Volk, das eine Armee besitzt, sondern eine Armee, die ein Volk besitzt', droht jetzt vor allem auf Frankreich Anwendung zu finden.» (Claude Bourdet.)

Demgemäß wird auch das innere Leben Frankreichs mehr und

mehr militarisiert (wie schon längst dasjenige der Vereinigten Staaten): Die Militärgerichte greifen in Zivilangelegenheiten ein; die politische Propaganda erfaßt besonders auch Rekruten und Reserveoffiziere; Presse, Radio und Fernsehen werden planmäßig in den Dienst der Regierungspolitik gestellt – und das Volk läßt sich das alles ziemlich willenlos gefallen, zumal die Opposition nicht mehr viele Möglichkeiten hat, sich überhaupt noch zur Geltung zu bringen. Frankreich scheint so immer ausgesprochener zum Diktaturstaat zu werden – zum Staat nicht einer revolutionären, sondern einer gegenrevolutionären Diktatur, und die Londoner «Peace News» (23. Januar) haben in bezug auf die äußeren Regierungsformen schon recht, wenn sie finden: «Es wird zunehmend schwieriger, noch Unterschiede zwischen den beiden Blöcken zu sehen. Will man etwa ein autoritäres Regime in Frankreich einem solchen in Albanien vorziehen? Oder macht es einen Unterschied, wenn man in Algerien oder Zypern mordet und foltert, statt in Ungarn oder Ostdeutschland?»

Bereits redet man auch von Italien als einem Land, das dem Gaullismus zutreibe. Die Regimekrise, die sich hier entwickelt, ist dadurch ausgelöst worden, daß am jüngsten Kongreß der (linksgerichteten) Sozialistischen Partei Pietro Nenni eine eindeutige Mehrheit hinter seine Formel gebracht hat: «Unabhängigkeit nach allen Seiten – gegenüber den Kommunisten wie gegenüber den Rechtssozialdemokraten und Christlichdemokraten.» Die erste Wirkung dieser Losung war, daß zwei schon bisher Nenni freundlich gesinnte sozialdemokratische Minister zurücktraten und sich von der Partei Saragats ein linker Flügel trennte, der sich über kurz oder lang der Partei Nennis anschließen dürfte. Die parlamentarische Mehrheit der Regierung Fanfani war damit zerstört, so daß ihr Chef verärgert zurücktrat, ohne eine förmliche Niederlage in der Kammer abzuwarten. Aber die Frage ist nun eben, was nach Fanfani sein wird. Wahrscheinlich wird ein klerikales Minderheits- und Übergangskabinett die laufenden Geschäfte besorgen, bis entweder Neuwahlen (vielleicht) eine neue Lage schaffen oder die Gegensätze im christlich-demokratischen Lager am nächsten Parteitag eine gewisse Lösung finden. Inzwischen gewinnt jedoch sowohl auf dem rechten Flügel der Christlichdemokraten als bei den Liberalkonservativen, den Monarchisten und natürlich bei den Neufaschisten der Gedanke an Boden, nach französischem Muster die Regierungsgewalt auf Kosten der Volksvertretung zu stärken – eine «Lösung», die den Interessen der Industrie- und Finanzkapitalisten ebenso dienen würde wie denjenigen der Großgrundbesitzer und des (freilich jetzt zurückhaltenderen) Vatikans, der Kräfte also, deren Bündnis die italienische Politik mit Schwankungen schon seit Jahrzehnten tatsächlich beherrscht. Um dieser Gefahr zu begegnen, strebt Nenni mit seinem Anhang eine von der Sozialistischen Partei geführte Regierung der «linken Mitte» an. Aber solange die Christlichdemokratische Partei nicht auseinanderfällt, hat eine solche Kombination keine wirklichen Aussichten, während

eine Politik des «kleineren Übels», wie nur zu viele Beispiele zeigen, die Sozialisten innerlich zu verderben und zu jener radikalen Neugestaltung unfähig zu machen droht, für die in absehbarer Zeit die Lage gewiß reif werden wird.

Um so erfreulicher sind die Nachrichten, die jetzt aus Spanien kommen und einen baldigen Sturz Francos erwarten lassen. Der Widerstand gegen das Diktaturregime hat offenbar alle Volksschichten erfaßt: Arbeiter und Bauern, Mittelstand und alte Aristokratie, Industrielle und Großgrundbesitzer, Lehrer und Advokaten, ja sogar weite Kreise von Kirche und Armee, und tritt nun mit einer Unbekümmertheit und Schärfe an die Öffentlichkeit, die etwas völlig Neues ist. Die Tage Francos scheinen wirklich gezählt – nur darf man von seinen Nachfolgern auch nicht zuviel erwarten. In Spanien ist ja ebenfalls der Bund von Kapital, Großgrundbesitz und katholischer Kirche noch die entscheidende politische Macht, deren Sturz die Voraussetzung für jeden wirklichen Fortschritt zu einem menschenwürdigen Leben der verarmten, unwissenden und rechtlosen Volksmassen ist.

Die große Freiheitsbewegung Es ist kein Zufall, daß die Diktatur Francos ihre Kraft gerade jetzt verliert – so kurze Zeit nach dem Abfall der wichtigsten afrikanischen Kolonie Spaniens, des Nordteils von Marokko. Franco kam als Führer der Gegenrevolution aus Marokko, und seit der brutale Gewaltgeist, der die von ihm geführte Bewegung beherrscht hat, sich nicht mehr in Afrika ausleben kann, scheint seine Kraft auch im «kolonisierten» Mutterland gebrochen zu sein. Wird es in Frankreich ähnlich herauskommen? Die dortigen Militärdiktatoren haben ja größtenteil auch in den Kolonien ihre Praxis der menschenverachtenden Willkürherrschaft erworben und stehen und fallen mit dem Kolonialsystem. Mit dem französischen Kolonialreich in West- und Mittelafrika scheint es jedenfalls ziemlich rasch zu Ende zu gehen. Noch verbleiben fast alle dortigen Kolonien, ebenso wie Madagaskar, in der «Communauté Française». Aber wie lange diese Kunstschöpfung die Unabhängigkeitsbewegung der in ihr zusammengefaßten Völker zu lähmen vermag, wollen wir erst abwarten; auch wenn die erwachenden Bewohner des schwarzen Afrika nach unseren Begriffen noch nicht reif zur vollen Selbstregierung sein sollten, so sind sie doch entschlossen, die Herrschaft der Weißen abzuschütteln, sobald sich ihnen dazu irgend Gelegenheit bietet.

Das erfahren jetzt in zunehmendem Maße Belgier, Engländer und Franzosen in ihren Kolonialgebieten südlich der Sahara, und das werden noch gründlicher und schneller die Franzosen in Algerien erfahren, dem Rest ihres einst so imposanten nordafrikanischen, «braunen» Kolonialreiches. Zwar melden ihre Militärkommandos jede Woche getreulich, wieviel hundert «Banditen» wieder umgebracht worden seien (in der Woche vor dem 9. Februar waren es zum Bei-

spiel 604), und unsere Zeitungen drucken es mit kühler Sachlichkeit ab, wie irgendein fait divers der Unfallchronik – die gleichen Zeitungen, die sich noch heute nicht genug über die seinerzeitigen russischen Untaten in Ungarn entrüsten können, obwohl in Algerien während der vergangenen vier Jahre schätzungsweise fünfundzwanzigmal mehr Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit gefallen sind als während der blutigen Ereignisse zu Ende 1956 in Ungarn. Und das Ergebnis für Frankreich? Der britische Labourabgeordnete Richard Crossman, der im Januar als Gast der französischen Armee acht Tage in Algerien verbracht hat, stellt es im «New Statesman» (31. Januar) nüchtern fest: «Trotz der Einseitigkeit meiner Fühlungnahmen kam ich mit einem scharf umrissenen Eindruck zurück. Außerhalb der großen Städte und der Küstenebene wird ein allumfassender Krieg geführt, der weit größer und zerstörender ist, als ich es für möglich gehalten hatte ... Es ist ein Krieg, der so lange weitergehen wird, als die Amerikaner bereit sind, für die französische Armee zu zahlen, und die mohammedanischen Bauern weiterhin die Finanzen und die Mannschaft für die Kleinkriegsarmee liefern.» Besonders entsetzt war Crossman über die Tatsache, daß die französische Armee gegen eine Million Algerier – Männer, Frauen und Kinder – aus den Aufstandsgebieten verschleppt hat und sie meist in schauerlichem Elend in Massenlagern verkommen läßt, immer weitere verödete Landstriche hinter sich zurücklassend. Und die «freie Welt» schweigt so gut wie einmütig zu diesem Riesenverbrechen!

Dafür ist die ganze arabische und mohammedanische Welt, von Marokko bis Pakistan und Indonesien, durch die von Amerika (und Westdeutschland) finanzierte algerische Unterdrückungspolitik Frankreichs dauernd aufgewühlt und wird dadurch in ihrem Kampf gegen den weißen Kolonialismus und Imperialismus nur immer mehr bestärkt. Ähnliches gilt für die ostasiatischen Völker, die ihre großen Entwicklungspläne mit Eifer, ja Leidenschaft und wachsendem Erfolg fortführen. Chinas südlicher Nachbar, das Vietnam Ho Chi-Minhs, zum Beispiel hat im vergangenen Jahr die bedeutendsten wirtschaftlichen Fortschritte gemacht, die es bisher überhaupt zu verzeichnen hatte. Und der neue Dreijahresplan (für 1958 bis 1960) soll sie womöglich noch überbieten. Nach der «Peking Review» (20. Januar) wird am Ende dieser Periode der Wert der landwirtschaftlichen Produktion um rund 74 Prozent höher sein als 1957, derjenige der industriellen und gewerblichen Produktion um 86 Prozent. Die Industrialisierung geht erstaunlich rasch vor sich, desgleichen die Erhöhung der Lebenshaltung, soll doch bis 1960 die Erzeugung von Reis – der ja das Hauptnahrungsmittel darstellt – auf das Dreifache des Standes von 1939 gebracht werden, vor allem mit Hilfe einer rationelleren Anbautechnik und dank dem in großem Maßstab erfolgenden Zusammenschluß der Bauern in landwirtschaftlichen Genossenschaften. Hand

in Hand damit geht die Ausdehnung des Schulwesens; bis 1960 soll die Zahl der Schüler und Studierenden in Nordvietnam auf 1 630 000 gebracht werden, so daß bei einer Bevölkerung von 13 Millionen elf von je hundert Menschen Schulbildung genießen werden. Eine prachtvolle Leistung!

Weil wir gerade bei Ostasien sind, sei hier doch auch der bedeutsame Beschluß der japanischen Regierung vermerkt, Atomwaffen weder im Lande selbst herstellen zu lassen noch einzuführen. Unsere Schweiz könnte sich daran ein Beispiel nehmen! Aber nein, Bundesrat und Armeeleitung warten nur auf den günstig scheinenden Augenblick, um ihre atomaren Rüstungspläne in die Tat umzusetzen. Und wenn ein Mann von Weltruf wie Karl Barth jetzt daran denkt (und es ausspricht), daß es vielleicht Zeit werde, den Rüstungsplänen mit einer direkten Aktion, zum Beispiel mit Militärdienstverweigerung, entgegenzutreten, so gibt es gleich Leute – darunter recht hochgestellte –, die seine Abberufung als Universitätslehrer verlangen. Wir haben nämlich Lehrfreiheit in der Eidgenossenschaft . . .

Werfen wir schließlich noch einen Blick auf Lateinamerika, so zeigt nicht zuletzt die erfolgreiche Revolution, die unter der Führung Fidel Castros das korrupte Diktaturregime Batista auf Kuba gestürzt hat, daß auch hier Dinge in Bewegung gekommen sind, die allzu lange festgefahren schienen. Man kann sich zwar nur mit halbem Herzen über diesen Erfolg freuen. Auf der einen Seite stößt uns heftig die summarisch-blutige Rache ab, die die Sieger an Batistas Anhängern nehmen, so verlogen auch die Entrüstung anmutet, die man jetzt in den Vereinigten Staaten über diese Willkürjustiz bekundet, nachdem man die Diktatur Batista jahrelang als «Bollwerk gegen den Kommunismus» kräftig unterstützt hatte. Anderseits scheint Castro keinerlei zusammenhängende politische oder soziale Vorstellungen zu haben und im Grunde eher konservativ-kapitalistisch gestimmt zu sein, trotz der Landverteilung, die er jetzt beschlossen haben soll. Was aus seinem Regime würde, wenn er zum Präsidenten aufstiege, bleibt darum durchaus eine offene Frage.

Im ganzen genommen ist indessen in Mittel- und Südamerika die (bürgerliche) Demokratie sichtlich im Vormarsch. Militärdiktaturen bestehen nur noch in Nikaragua, der Dominikanischen Republik und Paraguay, und die Vereinigten Staaten haben es darum nicht mehr so leicht, die lateinamerikanischen Staaten kolonialistisch auszubeuten wie früher, wo sie sich einfach die jeweiligen Diktatoren mit Waffen- und Dollarlieferungen kauften, um sich ihre Länder als Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagegebiete zu sichern. Ob freilich die mehr oder weniger sozialistisch ausgerichtete Arbeiterbewegung Westeuropas imstande sein wird, die Entwicklung Mittel- und Südamerikas in ihrem Sinn zu beeinflussen, wie das ihr gelegentlich nahegelegt

wird, erscheint mehr als zweifelhaft, schon darum, weil ihr «Sozialismus» gar zu bläßlich und viel zu stark auf die vom kapitalistischen Amerika beherrschte Politik der Westmächte eingestellt ist. Die Möglichkeit ist eher, daß die organisierte Arbeiterbewegung Lateinamerikas sich den Kommunisten zuwendet, nachdem sie – wie in Argentinien, der Dominikanischen Republik und bisher auch in Kuba – mit den bürgerlichen Militärdiktatoren paktiert hatte.

Kommunismus im Aufstieg Daß der Kommunismus auf die unterentwickelten Völker eine immer noch wachsende Anziehungskraft ausübt und sich ihnen mit erklecklichem Erfolg als den Weg zu Wohlstand und Gesittung empfehlen darf, kann in der Tat nicht bestritten werden. Und die kommunistisch regierten Länder, vor allem die Sowjetunion und China, tun denn auch alles, um in ihrem eigenen Machtbereich Wirtschaft, Lebenshaltung und Kultur auf einen Stand zu bringen, der auf die zurückgebliebenen Nationen und Bevölkerungsschichten in Asien und Europa, in Afrika und Lateinamerika als lebendiges, anfeuerndes Beispiel wirkt und jede militärische Eroberung ganz überflüssig machen würde, wenn sich nicht auch sonst kriegerische Abenteuer – besonders im Zeitalter der Atombombe – für Länder des sozialistischen Aufbaus von vornherein verböten.

In den Dienst dieser Politik ist auch der 21. Parteitag der KP Sowjetunion gestellt worden. Was Chruschtschew in seinem Sechsstundenbericht über den Siebenjahrplan (1958 bis 1965) sagte, brachte im einzelnen kaum etwas Neues, ist aber in seiner Gesamtheit doch ein eindrucksvolles Zeugnis für die Wendung, die die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion mit der Aufstellung dieses gewaltigen Programms genommen hat. Ob die Erfüllung des Planes wirklich die vorletzte Etappe vor der Einholung der amerikanischen Produktion (je Kopf der Bevölkerung) darstellen wird, die für 1970 in Aussicht genommen ist, erscheint weniger wichtig als die Gesamtrichtung des Planes, die auf eine mächtige Steigerung des Güterverbrauchs und der ganzen Lebenshaltung der sowjetischen Bevölkerung ausgeht. Zwar bleibt, wie Jacques Michel im «Observateur» (5. Februar) schreibt, der hergebrachte «Vorrang der Schwerindustrie» offiziell gewahrt, soll doch ihre Produktion um 87 oder 88 Prozent erhöht werden, gegen «nur» 62 bis 65 Prozent, um die die Herstellung von Verbrauchsgütern gesteigert werden soll. Aber einmal dient ein beträchtlicher Teil der Herstellung auch von industriellen Produktionsgütern ausgesprochenen Verbrauchszwecken, so die Herstellung von Baumaschinen, Baumaterialien usw. Und dann sieht eben der Plan eine beispiellose Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion vor, die nicht weniger als 70 Prozent betragen soll, sowie eine nicht weniger bedeutsame Verstärkung der Bautätigkeit, die bis 1965 die Erstellung

von fünfzehn Millionen neuer Wohnungen bringen soll, ebenso viel wie in den ganzen bisherigen 40 Jahren des sowjetischen Regimes gebaut wurden. Dank dieser Kraftanstrengung soll die Lebenshaltung der Bevölkerung im Durchschnitt um etwa 40 Prozent erhöht werden, diejenige der am wenigsten begünstigten Schichten sogar um 100 Prozent. Gleichzeitig ist in Aussicht genommen, die wöchentliche Arbeitszeit auf 30 bis 35 Stunden (mit der Fünftagewoche) herabzusetzen, zumal wenn die Automation, die atomare Energie und die vorerst noch geheimen Treibstoffe, die den Sputniks ihre Erfolge ermöglicht haben, in größerem Umfang ihre Wirkungen ausüben werden.

Das sind nun allerdings Aussichten, die es begreiflich erscheinen lassen, daß sich Chruschtschews Stellung erneut gefestigt hat. Zwar hat schon der gestürzte Malenkow eine ähnliche Politik der Verbrauchssteigerung verfolgt, aber dies eben gestützt auf eine Verwaltungsbürokratie, die die Partei in den Hintergrund zu drängen drohte, während Chruschtschew die Führerrolle der Partei über alles stellt und damit die sozialistisch-kommunistische Zielsetzung gegenüber irgendeinem bloß technisch-wirtschaftlichen Amerikanismus zu sichern bestrebt ist. Daraus erklärt sich auch sein Kampf gegen jeden «Revisionismus» und gegen die «parteifeindliche» Gruppe um Molotow, Bulganin und Genossen, deren gehässige Verfemung und Demütigung freilich zu den widerlichsten Zügen des 21. Parteitages und des ganzen Regimes gehört. In diesem Rahmen sind weitere «liberale» Reformen durchaus möglich, ja wahrscheinlich, aber immer vorausgesetzt, daß die führende Rolle der Kommunistischen Partei nicht in Frage gestellt wird und diejenige Dauermobilisation aller Volkskräfte gesichert bleibt, die – wie in China – dem riesigen Aufbauwerk nach der Überzeugung der Regierenden allein die erforderliche Antriebskraft zu geben vermag.

So gesehen, erscheint die Erreichung des ehrgeizigen Zieles, das sich die Sowjetführung gesteckt hat, als durchaus im Bereich des Möglichen liegend; der friedliche Wettkampf des Kommunismus mit dem Kapitalismus wird auf alle Fälle eine derart ernste Angelegenheit werden, daß die Versuchung für die Westmächte immer größer wird, die Auseinandersetzung endgültig auf militärischen Boden zu verlegen und im Vertrauen auf ihre kriegerische Überlegenheit die «große Kraftprobe» mit dem Sowjetblock und mit China doch zu wagen. Umgekehrt hat aber die kommunistische Welt ein wachsendes Interesse an der Erhaltung des Friedens und an einer Erleichterung der Rüstungslasten, die auf ihre Wirtschaft viel stärker drücken, als das in den gesättigten, industrialisierten Ländern des Westens der Fall ist. Wenn es den Regierungen dieser Länder mit der internationalen Entspannung wirklich so ernst ist, wie sie dauernd behaupten, dann haben sie gerade jetzt die beste, vielleicht sogar die letzte Gelegenheit, das F r i e d e n s b e d ü r f n i s der Sowjetunion und ihrer Verbündeten

nutzbar zu machen und durch Befriedigung ihres nur zu berechtigten Sicherheitsbedürfnisses die Welt ein für allemal von der Kriegsgefahr zu befreien. Wir werden bald sehen, ob sie auf der Höhe dieser ihrer Chance und ihrer geschichtlichen Verantwortung stehen.

12. Februar *Hugo Kramer*

Ragaz-Worte

Wenn in der Schweiz noch heute, zu ihrem Verhängnis, der Glaube an die Gewalt so groß und der Glaube an den Geist so klein ist, mag dies auch zu dem Flucherbe ihrer einstigen Gewaltgeschichte gehören.

Wenn die Gewalt aber in diesem und andern Fällen doch nicht bloß ein Element des Fluches gewesen, sondern auch ein Element des Segens geworden ist, so lag der Grund in jener Tatsache, daß doch auch Geist dabei war, ja daß der Geist die Hauptsache war. Es ist zu der Gewaltpolitik der alten Schweizer ein Niklaus von der Flüe, ein Zwingli, ein Calvin, ein Pestalozzi gekommen; es ist nach Amerika auch ein William Penn gegangen; es ist dort ein Washington aufgestanden; der Geist hat die Gewalt gesühnt und den Fluch in Segen verwandelt.

Weil die Leuchte der Wahrheit durch die Kirche erstickt wird, müssen Ketzer sie anzünden und selbst dafür auf irgendwelchem Scheiterhaufen als Fackel dienen. Weil das offizielle Christentum seine Pflicht, Vorkämpfer der Freiheit in der Welt zu sein, nicht erfüllt, ja sogar sehr häufig die entgegengesetzte Rolle spielt, muß die Freiheit gegen sie von den Revolutionären erstritten werden. Ganz besonders paradox tritt diese Tatsache aber namentlich in bezug auf die soziale Gerechtigkeit hervor. Weil diese, trotzdem sie gewaltig aus der Bibel leuchtet, von den christlichen Pharisäern und Sadduzäern nicht vertreten worden ist, mußten Bakunin und Proudhon, Marx und Lenin sie vertreten. Kurz: Weil Gottes Wille von den Frommen nicht getan wird, so müssen die Nicht-Frommen, ja «Gottlosen» ihn tun. («Die Gleichnisse Jesu», S. 122)

Katastrophen mögen wohl kommen, müssen wohl kommen. Aber es muß nicht die Katastrophe sein. Es muß nicht eine Katastrophe sein, die uns verschüttet. Mitten durch diese Katastrophen kann ein Weg führen, auf dem die Menschheit gehen kann, auf dem die Völker gehen können, jedes auf seine Art. Es mag ein schwerer Weg sein, aber es ist ein Weg. Und er kann seinen großen Segen haben. Er wird eines Tages «auf grünen Auen und an friedlichen Wassern» einer im Geist erneuerten Welt enden. (1932)

Ich bin die Auferstehung und das Leben

Die Korinthergemeinde war zweifellos sehr orthodox – wenn wir unseren heutigen Sprachgebrauch auf die Zeit des Paulus anwenden dürfen –: was Paulus ihr überliefert hatte, das hatte sie angenommen. Es war ihre Lehre, daß Christus gestorben ist für unsere Sünden nach der Schrift, daß er begraben ist und auferstanden am dritten Tage und so weiter (1. Kor. 15, 3–7). Das alles glaubten sie wirklich, das heißt, sie hielten es für wahr. Daran zweifelte keiner, und Paulus kann seine ganze Argumentation im Streit mit ihnen darauf gründen, daß sie so «orthodox» sind und sich darum für rechte Christen halten. Nur an einem Punkt, der scheinbar mit ihrer «Orthodoxie» gar nicht im Konflikt lag, hatten sie ihre eigene Meinung: sie lebten nicht in der Hoffnung auf die eigene Auferstehung. Was sie an diesem Punkte dachten, wissen wir nicht. Daß sie enthusiastisch daran glaubten, daß schon ihr jetziges Leben ein Auferstehungsleben sei, wie es die Irrlehrer der Pastoralbriefe sich dachten (2. Tim. 2, 18), ist wenig wahrscheinlich; denn sie mußten es ja erleben, daß viele Glieder der Gemeinde krank wurden und manche starben (1. Kor. 11, 30). Vielleicht waren sie an diesem Punkte einfach alte Rationalisten, die wohl das Wunder der Auferstehung Christi annahmen, aber sich nicht aus ihren alten Gedanken lösen konnten, um wirklich ein neues Leben zu beginnen, das heißt ihr eigenes Leben neu unter der Botschaft des Auferstandenen zu verstehen. Paulus zeigt ihnen, daß ihr Glaube nicht am Fürwahrhalten ihres Katechismus hängt, daß er zunichte wird, wenn nicht das neue Leben damit beginnt. Das Glaubensbekenntnis, das in dieser oder jener Form auch in der korinthischen Gemeinde gelernt und bekannt wurde, wurde zu einer Lüge, wenn sie ihr Leben noch weiter als Knechte in der Furcht des Todes (Hebräer 2, 15) führten. Ja auch ihr Glaube an die Vergebung der Sünden, kurz alles, was christlicher Glaube heißen mag, ging zunichte, wenn das Leben nicht von dieser aus der Auferstehung Christi erwachsenen Hoffnung getragen war.

Das ist der Sinn jenes großen Auferstehungskapitels, das so oft mißverstanden wird als eine Beweisführung dafür, daß Christus wirklich und wahrhaftig auferstanden sei. Das brauchte Paulus nicht zu beweisen, er würde damit Eulen nach Athen getragen haben; denn das hatten sie angenommen, und daran zweifelte niemand. Aber er braucht es ja auch als Voraussetzung seiner ganzen Beweisführung, die darauf hinausläuft, daß die christliche Hoffnung auf die Auferstehung von den Toten wartet! Wer also heute meint, er habe Paulus schon begriffen, wenn er miteinstimmt und bekräftigend mit dem Kopf nickt, wenn der alte Ostergruß erschallt: «Der Herr ist auferstanden», der hat ihn gründlich mißverstanden. Das besagt noch gar nichts. Die beste Orthodoxie ist kein Schutz gegen das vernichtende Urteil des Paulus: Euer Glaube ist nichtig! Ihr seid noch in euren Sünden! (1. Kor. 15, 17.) Die Korinther meinten vielleicht, daß die Lehre Jesu, die sie angenommen hatten, durch

seine Auferstehung bestätigt sei und daß sie genug damit täten, wenn sie nun ihr Leben nach dieser Lehre richteten und aus seiner Auferstehung die Hoffnung entnahmen, daß diese Lehre eben die rechte sei. Darauf sagt Paulus: Wer in dieser Weise allein in dieser Welt auf Christus hofft, wer aus seiner Auferstehung allein für dieses Leben eine Lehre nehmen will, wird ebenso daran zerbrechen, wie die Juden am Gesetz zerbrochen sind; er gehört zu den elendesten unter allen Menschen. (Vers 19.) Nein, dann hatten die Philosophen schon eher recht, die sich eine brauchbare Lehre für dieses Leben zurechtzimmerten und dann wenigstens aus diesem Leben etwas Lebenswertes machten: «Lasset uns essen und trinken, denn morgen sind wir tot!» (1. Kor. 15, 32.)

Es käme also darauf an, aus der Botschaft von der Auferstehung Christi die Möglichkeit neuen Lebens zu gewinnen, das darum neu ist, weil wir es mit dem Ausblick auf das Leben führen, das Christus uns schenkt mit unserer Auferstehung. Und es käme darauf an, daß wir uns überlegen, was dieses neue Verständnis unseres eigenen Lebens für unsere Lebensführung bedeutet. Paulus zeigt, was es für seine Lebensführung bedeutet. Es befähigt ihn, sein Leben einzusetzen und hinzugeben. Es macht ihn unempfindlich gegenüber jeder Bedrohung. Es läßt ihn fröhlich sein mit den Fröhlichen und weinen mit den Weinenden (Römer 12, 15); es läßt ihn alles irdische Gut dankbar genießen, ohne daß er doch daran sich klammert, als sei es unaufgebbarer Besitz; es läßt ihn haben, als hätte er nicht (1. Kor. 7, 29). Es läßt ihn gelassen erkennen, daß das Wesen dieser Welt vergeht (7, 31). Es gibt ihm eine Gelassenheit, wie sie ein stoischer Weiser nicht besser hätte demonstrieren können. Aber die Gelassenheit erwächst für Paulus nicht aus der Skepsis gegenüber dieser Welt, sondern aus der Hoffnung auf das Unverlierbare, das Christus ihm mit seiner Auferstehung gegeben hat. Darum kehrt er sich nicht etwa von der Welt ab, sondern freut sich der Gaben, die ihm aus Philippi geschenkt werden (Philipper 4, 10), und ermahnt die Thessalonicher, mit ihrer Hände Arbeit sich das tägliche Brot zu verdienen (2. Thess. 3, 10). Die Hoffnung auf die Auferstehung macht frei für Arbeit und Freude in dieser Welt, weil durch diese Hoffnung die Freude befreit ist von der Furcht des Todes, von der Angst, es könnte die gerade erwartete Freude die letzte sein. Sie macht frei für den Dienst am Nächsten; denn ich brauche ja nichts festzuhalten und zu bewahren, als sei der Besitz der letzte Garant für das Leben.

Von dieser auf die Auferstehung gründenden Hoffnung christlichen Lebens ist heute wohl ebensowenig zu sehen wie damals in der Korinthergemeinde. Diese Hoffnung begnügt sich ja nicht mit dem Rezitieren der Ostergeschichte, auch nicht mit dem gläubigen Rezitieren. Von ihr ist niemand schon darum erfüllt, weil er für wahr hält, was die Evangelisten von jenem ersten Tag der Woche berichten, sondern sie will lebendig werden im Vollzug des täglichen Lebens, darin, daß ich lebe als einer, für den Christus die Auferstehung und das Leben ist. Mein Leben ist also nicht das, was ich mir hier erarbeitet habe, was ich an Geltung und

Rang mir in dieser Welt erworben habe, sind nicht meine ordentlichen Leistungen für den Nächsten, ist auch nicht meine Frömmigkeit, mit der ich das Glaubensbekenntnis angenommen habe. Das heißt, daß dies alles, so gut und anerkennenswert es sein mag, nicht mein Leben begründet und erhält. Mein Leben ist begründet in dem auferstandenen Christus. Wenn ich das weiß und mein Leben danach verstehe, dann g l a u b e ich.

Es kommt also darauf an, daß ich dies durch meine Lebenshaltung bezeuge, daß man es sehen kann, daß ich mich nicht auf die Dinge dieser Welt verlasse, weder auf meinen Besitz noch auf meine Leistung, noch auf meine Frömmigkeit, noch auf bestimmte politische Konzeptionen und Ideen und schon gar nicht auf irgendwelche Mittel der Macht. Es kommt darauf an, daß ich mich auch nicht zu einer Verachtung dieser Welt drängen lasse, weil ich in meiner Skepsis diese Welt aufgegeben habe, weil ich meine, daß es ja doch alles nichts nützt. Es wäre dies ja nur die negative Umkehrung jenes falschen Vertrauens auf die Dinge dieser Welt. Es kommt darauf an, daß ich aus dem neu geschenkten Verstehen meines Lebens die Freiheit für diese Welt gewinne. Weil durch Christi Auferstehung das Leben auch für diese Welt gewonnen ist, weil in seiner Auferstehung alle irdische Macht zur Ohnmacht verdammt worden, zu einem lächerlichen Schauspiel geworden ist (Kolosser 2, 15), darum gilt das Gesetz der Welt nicht mehr, nach dem der Stärkere recht hat, nach dem der Ohnmächtige unterliegen muß. Würden wenigstens die Christen entsprechend leben, würden wenigstens sie um Christi Auferstehung willen – weil sie daran wirklich glauben – die Macht dieser Welt und ihre Mächtigen getrost für Nichts achten, das Theater dieser Welt mit ihren politischen Intrigen und Eiertänzen würde lange schon der Lächerlichkeit preisgegeben sein. Denn die Macht lebt doch nur von der Anerkennung, die die Menschen ihr zollen – und die Menschen, das sind du und ich! Leben im Zeichen des Christus, der die Auferstehung und das Leben ist, ist ein Leben ohne den geringsten Respekt vor der Macht und den Mächtigen; denn wer von der Furcht des Todes frei geworden ist, der kann ja nichts anderes mehr fürchten, für den wäre es ja absurd, noch irgend etwas anderes zu respektieren, weil es eine Macht in dieser Welt darstellt.

So rutschen wir unversehens in die alte Haltung der korinthischen Gemeinde zurück, wenn wir nun doch immer wieder der politischen Konstellation, den verschiedenen Machtgruppierungen unseren Respekt erweisen und meinen, daß wir eben doch jetzt entweder auf der einen oder auf der anderen Seite stehen müssen, daß wir nun doch den Schutz der einen Seite gebrauchen, um nicht zwischen die Mahlsteine der Politik zu geraten. Es gilt dann für uns das gleiche, was Paulus den Korinthern schreibt: Euer Glaube ist nichtig, ihr seid noch in euren Sünden! Und dagegen hilft auch die beste Orthodoxie nichts; denn – wie gesagt – die Korinther waren sehr «orthodox».

Es wäre gut, wenn wir wieder lernen würden, was Paul Gerhardt zum Osterfest sang in einer Zeit, in der es auch so schien, als würde der zermahlen werden, der sich nicht mit einer der Mächte dieser Welt verbündete:

Die Welt ist mir ein Lachen
mit ihrem großen Zorn,
sie zürnt und kann nichts machen,
all Arbeit ist verlorn.

Die Trübsal trübt mir nicht
mein Herz und Angesicht,
das Unglück ist mein Glück,
die Nacht mein Sonnenblick.

H.-W. Bartsch

Apostel des gemeinsamen Nenners

Die Tageszeitungen berichten eingehend über den Nobelpreisträger P a t e r P i r e und sein Hilfswerk für Flüchtlinge. Ich zitiere den Schlußsatz aus einem Artikel in der «NZZ» (Nummer 630), der den Inhalt des von Père Pire im Auditorium maximum der ETH gehaltenen Vortrages wiedergibt. «Mit der Anteilnahme, die Père Pire von seiner Hilfe fordert und von seinen Helfern verlangt, möchte er Brücken schlagen nicht nur zu den Heimatlosen, sondern von Helfer zu Helfer, von Land zu Land, über konfessionelle, gesellschaftliche, nationale Schranken hinweg, damit, in der Bemühung um die Flüchtlinge, ein wahres Europa des Herzens entstehe.» Aber das ist nicht sein letztes Wort. Er ist sich bewußt, daß auch das Europa hinter dem Eisernen Vorhang zu einem Europa des Herzens gehört und daß darüber hinaus eine Welt des Herzens entstehen sollte.

«Apostel des gemeinsamen Nenners»: dies ist die Grabschrift, die sich Père Pire einmal wünscht. Er ist überzeugt, daß uns mit allen Menschen ein gemeinsamer Nenner verbindet, daß auf dieser Basis immer eine Zusammenarbeit möglich sein wird und daß durch diese verbindende Arbeit die Menschheit gerettet werden könnte.

Der mathematisch-nüchterne Ausdruck «gemeinsamer Nenner» verbietet es schon, Père Pire irgendwelcher weltfremden Naivität zu bezichtigen; aber auch aus seinen Worten spricht eine sachliche Beurteilung der Notwendigkeit einer wirklichkeitsnahen Einstellung: «Es braucht ein offenes Herz u n d einen offenen Geist. Wer nur ein offenes Herz hat, ist naiv; wenn aber nur der Geist offen ist, wird man hart.» *B. Wicke*

Martin Niemöller: Selbstbesinnung der Kirche

Ich will das Bild der Tatsachen, mit denen wir es heute zu tun haben und die wir sehen müssen, in kurzen Zügen darzustellen versuchen, wenigstens im wesentlichen. Die Hiroshima-Bombe sollte den Zweiten Weltkrieg beenden. Sie hat den Zweiten Weltkrieg beendet, jedenfalls war das die Meinung, die man jahrelang nach 1945 gehegt hat. Aber der Zweite Weltkrieg ist durch die Hiroshima-Bombe nicht beendet worden, sondern wir wissen heute, daß er durch diese Bombe verewigt worden ist. Schon in dem ersten Aufruf von Albert Schweitzer über den Rundfunk von Oslo konnten wir hören, daß die vollen Auswirkungen der Radioaktivität erst, das war damals die Überzeugung der Wissenschafter, wie sie Albert Schweitzer vertrat, in zweihundert Jahren auftreten werden. Inzwischen hat uns Professor Bechert aus Mainz mit der Behauptung überrascht, daß die volle Auswirkung der radioaktiven Schädigungen auf die Erbmasse sich erst in dreißig bis vierzig Generationen zeigen werde. Dreißig bis vierzig Generationen sind achthundert bis tausend Jahre. Und im Jahre 1954 hat uns die Zeitung «Die Welt» in der Ausgabe vom 11. Dezember 1954 eine Meldung gegeben aus Japan, wonach von mehr als dreißigtausend Geburten, die bis zum Jahre 1953 in Nagasaki stattgefunden hatten, wo bekanntlich die zweite Atombombe zur Detonation gebracht wurde, jedes siebente Kind anomal zur Welt kam. Die Zahlen sind grausig, die man dort in der «Welt» lesen konnte. Jedes siebte Kind ein anomales Kind! Neben den Totgeburten: Kinder ohne Gehirn. Viele hundert Kinder ohne Nasen und Ohren; acht Kinder ohne Augen und ohne Augensockel. 1953 – acht Jahre, nachdem die Sache passiert ist! Aber nun werden in Nagasaki und Hiroshima weiterhin in den kommenden Generationen anomale Kinder geboren werden. Kein Mensch weiß, wann das aufhört. Der Zweite Weltkrieg durch die Atombombe beendet? – Nein, der Zweite Weltkrieg, jedenfalls für die Leute von Nagasaki und Hiroshima, verewigt durch die Atombombe. Eine Sache, die, wie gesagt, die Leute damals, im Jahre 1945, so nicht wußten. Heute wissen wir das. Das ist ein Faktum, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben. Was haben wir dazu zu sagen? Jedenfalls etwas ganz Neues.

Das zweite ist, daß die Wasserstoffbombe, wenn sie angewandt wird in einer kriegerischen Auseinandersetzung, mit allergrößter Wahrscheinlichkeit den Untergang, das heißt das Ende der Menschheit auf unserem Planeten zuwege bringt. Sie bringt es ganz bestimmt zuwege, wenn es um den Kampf Ost–West mit dem Ziel, den Gegner zu vernichten, geht. Die andere Frage, die damit verbunden ist und die ja heute sehr stark ventiliert wird: Kann man eine künftige kriegerische Auseinandersetzung in der Weise in ihren Wirkungen begrenzen, daß man bloß mit kleinen, mit taktischen Bomben arbeitet? Daß man also irgendwo in dem Ausmaß der Zerstörungen sich international auf eine Grenze einigt? Daß keine Bombe angewandt werden darf mit stärkerer Wirkung als die gute

alte traditionelle Atombombe von Hiroshima, mit zweihundertvierzigtausend Toten? Die Meinungen darüber sind geteilt. Ich persönlich habe noch keinen Menschen gefunden, der glaubt, daß man eine Grenze setzen kann, so wenig wie man das bei anderen Waffen auch tun kann, sondern jede Gewaltanwendung hat es nun mal in sich, daß der andere versucht, mit stärkerer Gewaltanwendung sich dagegen zu wehren oder dafür Vergeltung zu üben. Wo will man da eine Grenze setzen? Wo kann man hoffen, daß sie innegehalten wird? Also die Wasserstoffbombe, die Megatonbombe, bedeutet mit größter Wahrscheinlichkeit, wenn nicht mit einer Wahrscheinlichkeit, die an Gewißheit grenzt, im Falle der Anwendung den Untergang des Menschengeschlechts.

Und vielleicht ist noch eine dritte Tatsache hier in diesem Zusammenhang des Erwähnens wert, nämlich, daß die heute in Rußland, Amerika, Großbritannien und anderwärts vorhandenen nuklearen Explosivstoffe bereits drei- bis viermal so groß sind, als zur Vernichtung alles Lebens auf der Erdoberfläche nötig ist. Das ist ein Kommentar zur Frage der Abschreckung. Es wird uns ja gesagt, man muß den anderen abschrecken, das heißt, er muß wissen: wenn er Krieg führt, dann fügt er nicht nur dem Gegner etwas zu und übernimmt nicht selbst ein gewisses, ein relatives Risiko, sondern er riskiert den sicheren Untergang. Professor Hahn hat damals in seinem Neujahrsartikel 1954/55 gesagt, daß zehn Wasserstoffbomben mit Kobaltmänteln ausreichen, um die Menschheit auszurotten. Nun, wir haben nicht nur zehn solcher Wasserstoffbomben mit Kobaltmantel, sondern es sind dreieinhalb- bis viermal genug nukleare Explosivstoffe da, um die Menschheit auszurotten, das heißt die Abschreckung ist absolut. Man kann den Russen nicht dadurch abschrecken, daß man auch noch die westdeutsche Wehrmacht mit Atomwaffen ausrüstet. Denn ob er dreimal oder viermal vernichtet wird, das kann dem Russen genau so gleichgültig sein, wie es uns gleichgültig sein muß. Einmal genügt. Was über zehn Kobaltbomben hinaus konstruiert wird von zwei Gegnern, die sich gegenseitig auf den Tod hassen, ist eine vollkommen überflüssige Ausgabe. Weil man eben mehr als *eine* Vernichtung des Menschengeschlechts nicht durchführen kann.

Was bedeuten diese drei Tatsachen für die christliche Kirche? Was bedeuten solche Tatsachen für uns als Christen? Was bedeutet es, daß der Krieg, wie wir ihn uns früher vorgestellt haben und noch während des Zweiten Weltkrieges, seinen Charakter so grundlegend verändert hat? Ja, hat er ihn eigentlich grundlegend verändert? Etwas ist eingetreten, was in der ganzen Geschichte der Menschheit noch niemals da war, darauf hat seinerzeit Professor von Weizsäcker hingewiesen. So weit wir zurückdenken können, haben Menschen andere Menschen am Leben bedroht und auch ums Leben gebracht. Aber eins kann die Menschheit erst seit gestern, nämlich nicht Menschen ums Leben bringen, sondern *die* Menschen ums Leben bringen. Nicht Leben vernichten, sondern *das* Leben vernichten. Eine völlig neue Situation, daß uns eine Macht zum Bösen, eine Macht zum Tode in die Hand gegeben ist, die

die Menschheit niemals gehabt hat. Es ist einfach Unsinn, zu sagen, die Wasserstoffbombe ist letztlich auch nur eine Fortentwicklung der Artillerie oder des Bombenteppichs. Der Bombenteppich ist auch eine Massenvernichtungswaffe gewesen, und der Bombenteppich ist auch bereits ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewesen. Das ist nicht das Entscheidende und Unterscheidende. Das Entscheidend-Unterscheidende ist, daß jetzt Mächte existieren, deren verantwortliche Persönlichkeiten in der Lage sind, *das* Leben zu vernichten. Eine ganz neue Situation. Wie werden wir mit einer solchen Möglichkeit und der in ihr liegenden Verantwortung eigentlich fertig? Alle Begriffe fallen über den Haufen! Krieg ist ja gar nicht mehr Krieg. Das, was wir heute Frieden nennen, ist ja schon Krieg, wenn es der Friede mit der Atom- und Wasserstoffbombe ist. Wir leben mitten im Kriege. Und nicht nur wegen der Bomben von Hiroshima und Nagasaki, sondern wegen der Atomteste, die seit 1945 angestellt werden. Professor Linus Pauling, der Nobelpreisträger aus Kalifornien, der Chemiker, hat uns vorgerechnet – und er setzt sich mit seinem guten wissenschaftlichen Namen dafür ein –, daß die Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben seit 1945 schon bis heute eine Million Menschenleben gekostet und über zweihunderttausend Mißgeburten verursacht haben. Und wir reden vom Frieden und haben mitten im Frieden, ohne daß der Krieg erklärt wird, Krieg und wissen gar nicht mal, wer gegen wen Krieg führt; denn dieser Krieg wendet sich gegen alle. Man weiß es nicht, gegen wen er sich wendet. Er wird irgendwo losgelassen. Er ist kein Krieg mehr, denn der Krieg richtet sich ja gegen einen bestimmten Feind. Und weil das Wort Krieg seine Bedeutung vollkommen verändert hat, stimmt auch das Wort Frieden nicht mehr. Und weil es eine Atomwaffe gibt, stimmt auch das Wort Verteidigung nicht mehr. Man kann ja mit diesen Dingen nichts verteidigen. Wir denken immer noch, wie unsere Väter und Vorväter seit vielleicht dreitausend Jahren gedacht haben. Verteidigen, das heißt: ich hindere einen Feind daran, meinen Boden zu betreten, mir das Meine zu nehmen oder die Meinen in Gefahr zu bringen. In einer Welt, in der es Atomwaffen gibt, gibt es keine Verteidigung mehr. Denn es gibt nichts mehr, womit man den Gegner hindern kann, in unser Gebiet zu kommen. Schon im Frieden kommt er mit seiner Atombombe und mit seinen Wirkungen in unser Gebiet, und wir merken es erst, wenn es vorbei ist. Verteidigung gibt es heutzutage nicht mehr, im Zeichen der Wasserstoffbombe. Was es noch gibt, ist allenfalls ein Vergeltungsschlag, der sich aber alsbald in seinen Auswirkungen gegen alle und auch gegen den, der Vergeltung zu üben meint, wendet. Das heißt, die Massenvernichtungsmittel der Atom- und Wasserstoffbombe sind gar keine Waffen mehr. Auch diese Vorstellung stimmt nicht mehr. Denn man kann diese Waffe nicht gegen einen Feind richten, ohne daß man sie zugleich gegen sich selber richtet und gegen Unbekannt, der gar nicht beteiligt ist. In dieser Welt leben wir heute, und es nimmt uns natürlich Zeit, umzulernen und Gedankenverbindungen, die sich bei uns von alleine einstellen, loszuwerden, mit denen

wir und unsere Vorfahren durch Jahrtausende gelebt haben und die alle plötzlich im Verlauf eines Jahrzehnts ungültig geworden sind. Und, meine lieben Freunde, das ist der Punkt, an dem wir etwas zu lernen haben. Was Tausende von Jahren in Übung gewesen ist, das verlernt sich nicht in ein paar Minuten. Jedenfalls sind es wenige, die das gleich merken und sich gleich darauf einstellen. Wir finden uns immer wieder in unseren alten Vorstellungen, und deshalb ist der Zorn über die Leute, die das nicht sehen oder nicht sehen wollen oder dahinter ihre Fragezeichen setzen, so wenig angebracht; und deshalb muß man an dieser Stelle so viele geduldige Aufklärungsarbeit immer wieder und wieder tun. Ich habe es bei der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahre 1954 mit großer Eindrücklichkeit vor Augen gehabt, als es um die Militärseelsorge ging, da war eine kleine Minderheit dagegen: neunzehn Leute unter einigen hundertvierzig. Wenn wir heute noch einmal eine Abstimmung hätten, dann wäre es vielleicht eine Minderheit von sechzig gegen siebzig. Ich bin fest überzeugt, im nächsten Jahr wird es eine Mehrheit sein von achtzig gegen sechzig, weil die Menschen einfach Zeit haben müssen, um so grundlegend umdenken zu können, wie es hier und heute von uns verlangt wird. Das heißt nicht, die Dinge auf die lange Bank zu schieben, sondern das heißt an dieser Stelle: wenn einem endlich die Erkenntnis gekommen ist, unermüdlich zu sein in der Aufklärung, in dem, was wir andern zu sagen haben. Unermüdlich, aber auch mit großer Geduld diese Aufgabe anzufassen. Man kommt heute, wenn man diese Dinge so erkennt und sieht, nicht an der Feststellung vorbei, daß in dieser Zeit, nachdem die Dinge sich so entwickelt haben, jeder Krieg nicht nur eine Sünde ist, wie man früher davon redete. Sondern daß wirklich heute ein Krieg ein Verbrechen an der Menschheit und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Man kann sich einfach keinen menschlich vertretbaren Zweck mehr vorstellen, der heute noch einen Krieg rechtfertigen könnte.

Aus einem Vortrag von Martin Niemöller, Stimme-Verlag, Darmstadt 1959.

Ein amerikanischer Kapitalist in Rußland

In der nachstehenden, etwas gekürzten Rede des amerikanischen Industriellen und Multimillionärs Cyrus Eaton, die am 24. November 1958 vor dem Economic Club (Wirtschaftliche Vereinigung) in Detroit gehalten wurde, kommt eine Meinung zum Ausdruck, die, im Gegensatz zur Politik der USA-Regierung, einer Zusammenarbeit Amerikas mit Rußland das Wort redet. Nicht im Sinne eines Plädoyers für die russische Staats- und Wirtschaftsform, sondern weil die Fortdauer des Kalten Krieges – einer Existenz auf des Messers Schneide – nur zur Katastrophe führen kann. Cyrus Eaton ist bekannt als der Organisator der Pugwash-Konferenzen von Wissenschaftern aus Ost und West, die wir in den «Neuen Wegen» schon mehrmals erwähnt haben. Die Bedeutung jener Zusammenkünfte rechtfertigt allein schon die Wiedergabe dieser Rede.

Als eingefleischter Kapitalist, der ich bin, besuchte ich unlängst die Sowjetunion. Ich wollte versuchen, mir über das dem unsrigen so ent-

gegengesetzte kommunistische System eine eigene Anschauung zu bilden. Mein Besuch in diesem Lande war verhältnismäßig kurz; darum liegt es mir fern zu behaupten, daß ich nach der Heimkehr auf alle Fragen, die man mir stellen könnte, eine Antwort wüßte. Aber ich sah genug, um überzeugt zu sein, daß der Kommunismus durchaus nicht in Gefahr ist, von innen her zusammenzubrechen, wie einige unserer reaktionären und unbelehrbaren politischen und wirtschaftlichen Größen es so sehnlich wünschen.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken umfaßt das größte Gebiet, das irgendeine Nation der Welt bewohnt, und ihre 200 Millionen Menschen sind dabei, mit einem gewaltigen Energieeinsatz alle ihre im Überfluß vorhandenen Hilfsquellen in dem weiten und vielgestaltigen Lande sich dienstbar zu machen. Weite und Schnelligkeit sind die wesentlichsten Eindrücke, wenn man in einem riesigen Düsenflugzeug der Russen die Tausend-Meilen-Reise von Kopenhagen nach Moskau in zwei Stunden zurücklegt.

Dieser Eindruck des raschen Tempos wird noch verstärkt, wenn man sieht, wie schnell die Russen sich bewegen, sogar auf den Straßen ihrer Städte und auf dem Lande. Man kann auch beobachten, daß sie offenbar großen Wert auf körperliche Tüchtigkeit legen; hierbei kommt ihnen zustatten, daß sie physisch überaus kräftig und mit einer robusten Gesundheit gesegnet sind. Wenn man sie bei ihrer Tätigkeit sieht, stellt man fest, daß die Liebe zu schwerer Arbeit einer ihrer Glaubenssätze ist. Besonders eindrucksvoll ist die Tatsache, daß so viele Frauen mit großer Hingabe Aufgaben erfüllen, die wir normalerweise als Domäne der Männer betrachten.

Bildungshunger

Wenn man sowjetische Schulen und Bibliotheken besucht, wird man durch den Lerneifer der Alten und Jungen stark beeindruckt. Täglich besuchen fünftausend bis zehntausend Leute Moskaus Lenin-Bibliothek, die zwanzig Millionen Bücher und Broschüren enthält. Man kann nicht umhin, diese fast allgemein zu beobachtende Liebe einer Nation zum gedruckten Wort zu bewundern in einem Lande, wo noch vor vierzig Jahren achtzig Prozent der Menschen weder lesen noch schreiben konnten.

Man darf übrigens nicht vergessen, daß ja die Russen von jeher auf kulturellem Gebiet innerhalb der Nationen eine hervorragende Stellung eingenommen haben. Einige der literarischen Meisterwerke der Welt sind Schöpfungen russischer Schriftsteller, und Theater, Oper und besonders Ballett stehen heute, wie in der Vergangenheit, in Rußland in voller Blüte. Die Museen, besonders in Leningrad, geben Zeugnis von der russischen Verehrung für die Kunst.

Russen sind freundlich und friedliebend

Während meines Aufenthaltes in der Sowjetunion ließ ich es mir angelegen sein, so viele Menschen aller Altersklassen und Berufe wie nur

möglich zu sehen und zu sprechen. Leider verstehe ich nicht Russisch und mußte mich also eines Dolmetschers bedienen. Aber auch ohne dessen Vermittlung hätte ich feststellen können, daß einer der hervorragendsten Wesenszüge der Russen ihre Freundlichkeit ist. Mit diesem ausgesprochenen Charakterzug geht eine leidenschaftliche Liebe zum Frieden Hand in Hand. Und hierin liegt meiner Ansicht nach die große Hoffnung für die künftige harmonische Gestaltung der Welt; denn ich glaube, daß das Volk der Vereinigten Staaten mit der Sowjetbevölkerung sowohl in Menschenfreundlichkeit als auch in Friedensliebe übereinstimmt.

Ich besuchte die Chefredakteure der «Prawda», der «Iswestja» und der «Trud», der drei führenden Zeitungen, ebenso einige Herausgeber von Magazinen, ferner den Leiter von «Taß», der russischen Nachrichtenagentur.

Es wäre überflüssig, zu erklären, wie verschieden der sowjetische vom amerikanischen Journalismus ist, aber ich möchte betonen, daß ich durch die Intelligenz und die Fähigkeiten dieser leitenden Männer stark beeindruckt war. – Ich hatte auch private Unterredungen mit Gesandten und mit Auslandskorrespondenten führender Staaten.

Russen stehen zu ihrem System

Ich glaube nicht, daß irgendein Amerikaner geneigt wäre, das russische System bei uns einzuführen. Anderseits meine ich aber, daß die Amerikaner sich volle Rechenschaft über die Tatsache geben müssen, daß die Russen ihr System enthusiastisch bejahen. In den vierzig Jahren seit ihrer Revolution haben sie – in großem Umfange – gewaltige materielle und intellektuelle Fortschritte gemacht, und sie sind entschlossen, auf diesem Wege fortzufahren. Aber sie sind außerdem durchdrungen von tiefer Verehrung für «Mütterchen Rußland», genau wie wir es sind für unsere geliebte Fahne. Die Nation, der es gelungen ist, den ersten Sputnik abzuschießen, muß genau so ernst genommen werden wie das Land, in dessen Laboratorien die erste atomare Kettenreaktion ermöglicht wurde.

Ich glaube, daß ich bei meinem Interview mit Premierminister Nikita Chruschtschew, das neunzig Minuten dauerte, einen Einblick in die russische Grundhaltung gewann. Und ihm übermittelte ich – so darf ich hoffen – einen Eindruck von der Intensität, mit der ein amerikanischer Industrieller sowohl an Kapitalismus als auch an Frieden glauben kann und auch wirklich glaubt.

Herr Chruschtschew machte auf mich den Eindruck einer bedeutenden Persönlichkeit, ohne das anspruchsvolle und posierende Gehaben gewisser eitler Politiker und Staatsmänner. Alles an ihm strömt Kraft aus: seine äußere Erscheinung, sein Intellekt und sein Wille. Er ist untersetzt und stämmig und kaum mehr als halb so groß wie ich, aber zweimal so breit. Er scheint seiner Gesundheit eine gewisse Aufmerksamkeit zu schenken. Im Gespräch gibt er sich natürlich und sachlich, auch läßt er einen ausgesprochenen Sinn für Humor erkennen.

Warum die Russen Frieden brauchen

Er legte im einzelnen die Gründe dar, warum die Russen Frieden brauchen. Vor allem erwähnte er die ungeheuren Ausgaben für die Rüstung und betonte, daß Waffen, die heute auf der Höhe sind, angesichts der erstaunlichen wissenschaftlichen Fortschritte in unserer Zeit in sechs Monaten veraltet sein können. Je mehr man für die Rüstung aufwendet, um so mehr wird man gezwungen, diese Ausgaben noch zu erhöhen. Dann zählte er rasch ein halbes Dutzend Vorhaben auf, die in Angriff genommen werden müssen und für deren schnellste Durchführung ein Höchstmaß an Geld und Arbeitskraft erforderlich ist.

An der Spitze seines Programms steht eine gewaltige Förderung von Schulen, Universitäten und anderen erzieherischen Einrichtungen, die Hunderttausende neuer Gebäude und zusätzlicher Lehrkräfte notwendig macht.

In zweiter Linie ist ein Wohnbauprogramm großen Stils vorgesehen. Er sagte: «Es ist Ihnen sicherlich aufgefallen, wie viele neue Wohnhäuser in Moskau erstellt wurden. Aber das ist erst ein Anfang. Wir wollen, daß jeder Sowjetbürger in einem modernen, komfortablen Heim wohnen kann.»

Dann lenkte er meine Aufmerksamkeit auf sich anbahnende wichtige Entwicklungen in der Agrarwirtschaft, an denen er besonderes Interesse nimmt und auf die er sehr stolz ist. Er erwähnte, daß er weite Gebiete jungfräulichen Landes habe erschließen lassen. Dieses Programm soll weiter ausgedehnt werden, wobei die modernsten wissenschaftlichen Bebauungsmethoden für die Landwirtschaft auf allen Farmen, alten und neuen, eingeführt werden sollen.

Ein weiteres sehr wichtiges Vorhaben betrifft das Verkehrswesen, für das die Schaffung neuer Hauptstraßen wie auch der Ausbau und die Verbesserung bestehender Schienenwege vorgesehen sind. Erzeugung und Abgabe elektrischer Energie wird in einer großzügigen Planung vorangetrieben. Und große Aufmerksamkeit wird der Entwicklung der chemischen Industrie gewidmet. Dies und vieles andere ist im Werden.

Handel und Freundschaft zwischen den USA und der UdSSR

Herr Chruschtschew sagte sehr eindringlich: «Um unser Land aus seiner rückständigen Situation von vor vierzig Jahren zu dem von uns angestrebten modernen Idealzustande zu entwickeln, braucht es unbegrenzte Kapitalien und die Anstrengung unseres ganzen Volkes.» Er fügte hinzu, daß Maschinen, Ausrüstung und Materialien aller Art aus den Vereinigten Staaten sehr wohl diesem ungeheuren Entwicklungsprogramm von Nutzen sein und daß sich für Handelsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern auf diese Weise die vorteilhaftesten Gelegenheiten bieten könnten. Und indem wir miteinander Handel trieben, meinte er, möchten sich auch freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren beiden Nationen anbahnen. Dann stellte er eine These

auf, die ich als das Entscheidendste der ganzen langen Unterhaltung betrachten möchte: Wenn es möglich wäre, zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten aufrichtige Zusammenarbeit und echtes gegenseitiges Verständnis zu erreichen, wenn diese beiden mächtigsten Nationen der Welt im Einklang miteinander zu leben vermöchten, könnten alle Streitigkeiten in den übrigen Teilen der Erde durch Verständigung und friedliche Mittel beigelegt werden, anstatt immer wieder Anlaß zu neuer Verbitterung und zu neuem Haß zwischen den beiden Ländern zu sein. Diese beiden gigantischen Nationen seien geographisch so ausgedehnt und so reich an natürlichen Hilfsquellen, daß keine von beiden nötig hätte, andere Länder beherrschen zu wollen. Wenn diese beiden Riesen einig seien, stelle der Rest der Welt kein großes Problem mehr dar.

Ich glaube, daß eine solche Auffassung durchaus realistisch ist und die Möglichkeit einer Befriedung der Welt in sich schließt.

Kapitalismus – das Ideal in den USA

Ich erklärte nun Herrn Chruschtschew, daß der Kapitalismus in unserem Lande hervorragende Resultate gezeitigt hätte und daß er das ideale System für uns bleiben würde. Ich erinnerte ihn daran, daß Andrew Carnegie, vielleicht der erfolgreichste Stahlindustrielle unserer Geschichte, sein großes Vermögen der Förderung des Friedens und der Erziehung gewidmet hätte, und ich wies darauf hin, daß die Russen Carnegie als typischen amerikanischen Kapitalisten betrachten. Ich sagte ihm, daß diejenigen, die behaupten, daß die amerikanischen Geschäftsleute Kriegsvorbereitungen unterstützten, um mehr Eisen, Erze, Kohle und Stahl verkaufen zu können, die Vereinigten Staaten mißverstehen. Ich betonte, daß ich seit langem für Zusammenschluß von Kapital und Arbeit mich eingesetzt hätte und daß ich es begrüßen würde, wenn die Männer und Frauen, die für Gesellschaften arbeiten, mit denen ich verbunden bin, Aktionäre dieser Firmen werden könnten; ebenso glaubte ich, daß die Eigentumsrechte an amerikanischen Unternehmungen weitgehend der Bevölkerung eingeräumt werden sollten.

An diesem Punkt meiner Betrachtungen nahm Herr Chruschtschew wohlgelaunt die Gelegenheit wahr, dies zwar als lobenswerte Politik zu bezeichnen, aber zu betonen, daß man es in seinem Lande eben doch besser mache: alles gehöre dem Volk! Aber er versicherte, daß er keineswegs den Wunsch habe, daß die Regierungs- oder Wirtschaftsform Amerikas geändert werde. Er wiederholte, daß die Sowjetunion lebhaft wünsche, mit den Vereinigten Staaten gute Beziehungen zu unterhalten; nur sollten wir mit unserer weltweiten Anprangerung des Sowjetsystems und mit der Einkreisung Rußlands durch Raketenbasen und Bomberstützpunkte endlich aufhören. (Keiner von uns sprach davon, aber vor meinem geistigen Auge sah ich deutlich unsere Empörung, wenn die Sowjetunion in der Lage wäre, in Kanada oder Mexiko ähnliche Stützpunkte zu errichten.)

Neuwahlen und Auslandpolitik in den USA

Ich erzählte Herrn Chruschtschew, daß ich während meines ganzen Lebens mich für russische Geschichte und russische Literatur interessiert habe. In den letzten Jahren hätte ich das Vergnügen gehabt, mit russischen Wissenschaftern, Gelehrten, Journalisten und anderen Besuchern Nordamerikas zusammenzutreffen, und durch meinen jetzigen Besuch in der Sowjetunion wäre ich von der Freundwilligkeit des russischen Volkes überzeugt worden. Ich betonte, daß wir gegenseitig zu Freundschaft und Verständnis kommen müßten und daß wir Handelsbeziehungen aufbauen sollten, und ich wagte vorauszusagen, daß in angemessener Zeit die amerikanischen Industriellen, Arbeiterführer und Farmer ihre Übereinstimmung mit dieser meiner Anschauung erkennen lassen würden. Inzwischen sollten die Russen Geduld und Nachsicht üben. Ich forderte Herrn Chruschtschew auf, die Neuwahlen im November aufmerksam zu verfolgen; er würde dann wahrscheinlich wahrnehmen können, daß die amerikanischen Wähler sich sehr entschieden zu einer lebendigeren und weiseren Außenpolitik bekennen würden.

Als ich im Verlaufe unserer Unterhaltung Herrn Chruschtschews Fähigkeit erwähnte, entscheidend für sein Land zu sprechen, erwiderte er sehr lebhaft: «Jede Maßnahme, die ich ankündige, muß zuerst mit dem Kabinett durchgesprochen und von ihm gebilligt werden. Im übrigen treffen wir keine Entscheidung, von der wir nicht sicher sind, daß das Volk sie gutheißen wird.» Er fügte hinzu, daß das Kabinett gewohnheitsmäßig mehrere Male in der Woche zusammentritt und daß in dringenden Fällen tägliche Sitzungen stattfinden.

Als Antwort auf meine Frage, wie unsere beiden Länder zu gutem Einvernehmen und gegenseitigem Verständnis gelangen könnten, äußerte Herr Chruschtschew, daß ein erster und wichtiger Schritt hierzu ein Freundschaftsbesuch von Präsident Eisenhower in der Sowjetunion wäre. Es würde für den Präsidenten sehr aufschlußreich sein, die Sympathie, die das russische Volk und seine Regierung ihm entgegenbringen, zu verspüren und aus erster Hand die Fortschritte, die das Land macht, zu beobachten. Was ihn selbst beträfe, so würde er gern einen Besuch in den Vereinigten Staaten und Kanada machen, um einmal persönlich unsere großen Städte, unsere Industrieunternehmungen, unsere Eisenbahnen und unsere Landwirtschaft kennenzulernen. Ich erwiderte, daß mir dies ein sehr vernünftiges Vorhaben zu sein schiene und daß ich es innerhalb meiner bescheidenen und inoffiziellen Möglichkeiten gern unterstützen würde.

USA-Spezialisten bezeugen Sowjetfortschritt

Zu dem Thema der Reisen unter dem Titel «Beobachte selbst» möchte ich die Aufmerksamkeit auf drei hervorragende Delegationen von Spezialisten lenken, die die Sowjetunion in den vergangenen Monaten besucht haben und die außerordentlich beeindruckt zurückgekommen sind. Die Stahlgruppe wurde von Edward T. Ryerson geführt, ehemali-

gem Verwaltungsratspräsidenten der Inland Steel Company. Walker L. Cisler, Präsident der Detroit Edison Company, führte die Elektrizitätsgruppe. Besonders prominent in der Erziehungsdelegation war mein langjähriger Freund Dr. T. Keith Glennan, früheres Mitglied der Atomic Energy Commission, der vor nicht langer Zeit die Präsidentschaft des Fachinstituts für Technologie in Cleveland aufgab, um Direktor der neuen National Space Agency zu werden.

Es kann wohl als ausgemacht gelten, daß niemand diesen Männern die Urteilskraft absprechen oder an ihrer Ergebenheit unserem Lande gegenüber zu zweifeln wagen würde. Was sie und ihre Begleiter über das, was sie sahen, berichtet haben, kann gewiß als zuverlässige Aussage von allen Amerikanern akzeptiert werden. Obwohl ihre Berichte mit einiger Zurückhaltung gegeben wurden, betonten sie alle, wie stark sie durch die gewaltigen Fortschritte beeindruckt waren, die Rußland auf den Gebieten Stahl, Elektrizität und Erziehung gemacht hat. Aber was mehr ist: sie alle bezeugten uneingeschränkt die Freundlichkeit und Güte der russischen Menschen!

Wenn Besuche wie diese so fruchtbar sein können, wäre es da nicht der Mühe wert, daß eine politische Delegation unter der Führung des Präsidenten in die Sowjetunion ginge? Da Amerika jährlich fünfzig Milliarden Dollar für Verteidigung ausgibt und das Schicksal der Menschheit auf dem Spiele steht, könnte doch wohl das Haupt unserer Regierung, so begabt für freundschaftliche Beziehungen, sich zu dem Versuch bereitfinden lassen, direkt mit dem russischen Gegenspieler in seinem Lande zu verhandeln.

Die Erde ist groß genug für Kapitalismus und Kommunismus

Mit dem Vorgesagten habe ich klar genug dargetan, daß meiner festen Überzeugung nach die Erde groß genug ist für beide: Kapitalismus und Kommunismus; für den Kapitalismus, der, wie ich überzeugt bin, auch weiterhin bestehen wird, doch nicht ohne rasche und grundlegende Umstellungen sowohl in unseren internationalen Beziehungen als auch in unseren eigenen industriellen Verhältnissen.

Ich habe mich über unsere Außenpolitik bereits ausführlich geäußert. Ich will noch weitergehen und betonen, daß wir dringend einen anderen Staatssekretär haben sollten. Herr Dulles treibt nach wie vor sein munteres Spiel mit dem Schicksal der Welt, ohne sich irgendwelche Zurückhaltung aufzuerlegen. Durch die Bürger seines eigenen Staates verworfen, als er sich in Neuyork zur Wahl stellte, und dann durch Berufung zu dem hohen Amt aufgestiegen, haben offenbar die Wahlergebnisse vom November 1958 keinen Eindruck auf ihn gemacht, obwohl seine hetzerische Tätigkeit die Katastrophe für die Republikanische Partei mitverschuldet hatte. Er jongliert fröhlich mit dem Weltuntergang durch die Bombe, ohne auch nur das Senatskomitee für Auslandbeziehungen oder das Komitee für Auslandpolitik des Parlaments zu Rate zu ziehen.

Verlust internationaler Freunde durch die USA-Außenpolitik

Lassen Sie mich den gegenwärtigen Stand unserer internationalen Beziehungen objektiv betrachten. Als ich zu Beginn unseres Jahrhunderts aus meiner Heimat Kanada in die Vereinigten Staaten kam, waren diese die einzige große Nation in der Welt, die keinen Feind besaß. Seit damals ist es uns gelungen, ungefähr jedem Lande auf dieser Erde auf die Zehen zu treten! Wir mischen uns unaufhörlich sowohl in die inneren als auch in die äußeren Angelegenheiten anderer Nationen, seien sie uns freundlich oder feindlich gesinnt.

Wir werden nicht nur in den kommunistischen Ländern kritisiert. Als ich unlängst durch Europa reiste, mußte ich zu meinem Leidwesen feststellen, daß die Zeitungen solcher Staaten wie Dänemark, Frankreich, Deutschland, Österreich und England uns wegen unserer Politik in der Formosastraße einmütig verurteilten. Unsere hohen Regierungsbeamten können die Republiken von Südamerika nicht mehr besuchen, ohne daß es zu ausgedehnten Tumulten kommt. Und in Kanada, unserem Nachbarn und besten Kunden, wurde die letzte Bundeswahl von der Partei gewonnen, die aus ihrer Abneigung, um nicht zu sagen Feindseligkeit, gegenüber den Vereinigten Staaten kein Hehl macht.

Chinapolitik

Wir haben es für gut befunden, uns die Feindschaft von sechshundert Millionen Chinesen auf dem Festlande zuzuziehen, und haben unserer alten Freundschaft mit dieser stolzen und mächtigen Nation ein wertloses Bündnis mit Tschiang Kai-schek vorgezogen, einem Exilierten von vorgestern, dem wir mit ungeheuren Kosten zu Lasten des amerikanischen Steuerzahlers auf einer benachbarten Insel Schutz und Unterstützung gewähren. Dank dem Possenspiel unseres State Departments wurde es bisher nur sehr wenigen Amerikanern erlaubt, sich darüber zu unterrichten, was in der Chinesischen Volksrepublik vor sich geht. Wir haben die Aussagen von so zuverlässigen und ausgezeichneten Kanadiern wie James Muir, Präsident der Royal Bank of Canada, und Dr. J. Tuzo Wilson, Präsident der Internationalen Vereinigung für Erdvermessung und Erdphysik, die beide in diesem Jahre in China waren. Bankier und Wissenschafter bezeugen gleichermaßen die gewaltigen Fortschritte der Chinesen auf allen Gebieten. James Muir vertrat nach der Rückkehr nach Kanada seinen Landsleuten gegenüber die Auffassung, daß man mit China Handel treiben solle; es hieße die günstige Gelegenheit für eine ganze Generation verpassen, wollte man dies nicht wahrnehmen.

Zu der Möglichkeit, sich mit dem Kommunismus auf gemeinsamer Basis zu verständigen, habe ich folgendes zu sagen: Ich habe mehrere Jahre hindurch versucht, durch die Pugwash-Konferenzen Verständigung auf privater Ebene und Gedankenaustausch zwischen Wissenschaftern

und Gelehrten aus Ost und West zu fördern. Die Verhandlungen und die Beschlüsse unserer verschiedenen Pugwash-Konferenzen der Atomwissenschafter wurden den Regierungshäuptern der großen Staaten der Welt zugänglich gemacht, desgleichen dem Papst und den Vereinten Nationen. Von Präsident Eisenhower, Indiens Premierminister Nehru, dem Vatikan, Kanadas Premierminister Diefenbaker, Jugoslawiens Präsident Tito – um nur wenige zu nennen – kamen Briefe des Einverständnisses mit dem Zweck der Konferenzen. Als ich Premier Chruschtschew in Moskau sah, waren seine ersten Worte: «Ich habe die Verhandlungen der Pugwash-Konferenzen persönlich gelesen, und ich möchte Ihnen im Namen des Sowjetvolkes dafür danken, daß Sie die Wissenschafter der Welt zusammengebracht haben. Das ist eine großartige aufbauende Tat.»

Die Pugwash-Wissenschafter warnen

Auf der unlängst abgehaltenen Dritten Pugwash-Konferenz der Atomwissenschafter waren achtzig Fachgelehrte aus zweiundzwanzig östlichen und westlichen Nationen versammelt, um über «Die Gefahren des Atomzeitalters und was die Wissenschafter dagegen unternehmen können» zu beraten. Man bedenke, daß alle diese Teilnehmer durch die Tatsache geeint waren, daß sie Wissenschafter waren und daß sie ihre Studien, ihre Forschungsarbeit den Aufgaben der modernen Wissenschaft in ihrer Bedeutung für die Zukunft der Menschheit gewidmet hatten. Am Ende ihrer verschiedenen Beratungen kamen sie zu der einmütigen Schlußfolgerung, daß auf beiden Seiten der Welt nunmehr genug Atom- und Wasserstoffbomben aufgestapelt seien, um alle Städte vom Angesicht der Erde auszulöschen und alle ihre Bewohner zu vernichten. Sie stimmten ferner darin überein, daß es gegen die Bombe weder eine zivile noch eine militärische Verteidigung gäbe.

Wenn es zwischen den kapitalistischen und den kommunistischen Nationen zu keiner Verständigung kommt, werden beide Seiten fortfahren, ihre todbringenden Vorräte zu vergrößern. Zwölf Jahre des Kalten Krieges haben bereits astronomische Summen verschlungen. Ständig zunehmende Ausgaben gehen einher mit ständig zunehmendem Haß und Mißtrauen. Die Fortsetzung des Kalten Krieges wird zu einer immer drückenderen Steuerbürde und schließlich zum Bankrott führen.

Machen wir uns doch folgendes klar: Mit jedem Tag, an dem das Wettrüsten weitergeht, wächst die Möglichkeit gegenseitiger Zerstörung. An jedem Tag, durch Zufall oder planmäßig, kann irgendein Wahnsinniger, ein Fanatiker oder sogar ein Tölpel die Explosion auslösen, die in der Apokalypse endet. Betrachten wir die Folgen vom persönlichen Standpunkt aus: Eine Wasserstoffbombe, die irgendwo innerhalb vierzig Meilen von Detroit in den See oder auf das Land abgeworfen wird, kann jede Form des Lebens in dieser großen Stadt vernichten und alle ihre Einrichtungen in Staub und Asche verwandeln.

Freundschaft mit Rußland oder Kalter und Heißer Krieg?

Welchen Kurs sollen wir steuern? Ganz gewiß ist das Risiko eines Friedens- und Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion mit weit weniger Gefahr für die Menschheit verbunden als der Kalte oder der Heiße Krieg!

Afrika im Umbruch

> Es zieht sich wie ein roter Faden durch alles, was gegenwärtig in Afrika geschieht: Wenn sich die geringste Hoffnung auf eine Lösung des Konfliktes, auf einen Fortschritt ergeben soll, so nur, wenn die Europäer lernen, die Verhältnisse durch die Augen der Afrikaner zu sehen. *Father Huddleston*

In einer Rede an der Konferenz der Völker Afrikas in Accra drückte Pfarrer Michael Scott, der seit Jahren für die Rechte der Schwarzen in Südafrika kämpft, die Befürchtung aus, die Großmächte könnten Afrika in ein Schlachtfeld verwandeln. Ein Land, in dem der Kampf der Großmächte um Afrika mit dem Ringen der Schwarzen um Selbständigkeit verbunden ist, ist Britisch- und Französisch-Kamerun. In Anbetracht des einseitigen Bildes unserer Presse lohnt es sich, einmal die Stimme der Einwohner Kameruns zu vernehmen.

Kamerun, in Westafrika gelegen, war von 1884 bis 1914 deutsches Protektorat. Nach der Niederlage der deutschen Truppen im Jahre 1916 wurde es zwischen Frankreich und England aufgeteilt, wobei Frankreich vier Fünftel des ganzen Gebietes erhielt. Diese Teilung wurde im Jahre 1919 in Versailles bestätigt. Frankreich und Großbritannien wurden angewiesen, die ihnen zukommenden Gebiete als Mandat des Völkerbundes zu verwalten. Im Jahre 1946 übernahm der Treuhandschaftsrat die Mandatgebiete. Laut Artikel 76 der Charta soll das System der internationalen Treuhandschaft «die schrittweise Entwicklung zur Selbstregierung oder zur Unabhängigkeit fördern».

Doch «seit Mai 1955 fließt Blut in Ostkamerun», sagte Ernest Ouandie, der Vizepräsident der UPC in Accra (Dezember 1958). «Nach den nationalistischen Demonstrationen zur Feier des dritten Jahrestages der Revolution sind die Gefängnisse voll von meinen Landsleuten, die willkürlich verhaftet und eingekerkert wurden. Ihr Verbrechen ist ihr Kampf gegen den Kolonialismus. Mehr als 50 000 Menschen jedes Alters erleiden einen langsamen Tod in den Konzentrationslagern.»

Die UPC ist die «Union des Populations du Cameroun». Diese Organisation, die die 1916 willkürlich gezogene Grenze nicht anerkennt, behauptet, mehr als 85 Prozent der Bevölkerung des Kameruns zu vertreten. Sie zitiert «La Tribune des Nations» vom 28. März 1958 als Beweis dafür.

Unter den von der UPC in Kairo herausgegebenen Broschüren ist eine vom 3. Januar 1959, die die Erklärungen ihres Vertreters, Félix-Roland Moumie, an den Sitzungen des Vierten Komitees der UNO am 28. und 31. Oktober und am 10. und 18. November 1958 enthält. Ein paar der von Moumie erwähnten Punkte seien hier zitiert: Die militärischen Kräfte der Franzosen, die im November 1957 30 000 betrugen, sind auf 60 000 erhöht worden. Die Truppen kommen aus Französisch-Äquatorialafrika, die Fallschirmjäger aus Frankreich. Momentan befinden sich mehr als 50 000 Kameruner in Konzentrationslagern, unter ihnen schwangere Frauen, alte Männer und Kinder. Ruben Um Nyobe, der Generalsekretär der UPC, der 1954 seine Organisation vor dem Vierten Komitee der UNO vertrat, ist ermordet worden. Seine Frau und Kinder haben später das gleiche Schicksal erlitten. Obwohl verboten und Opfer einer massiven Ausrottungskampagne, hat die UPC beschlossen, nicht Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Zur Begründung ihres Standpunktes zitierte Moumie die Bibelstelle Ezechiel 18, 32. Die französische Regierung behauptet, die UPC hätte Unruhen provoziert und sei eine paramilitärische Organisation.

Eine zweite Broschüre berichtet von der Allafrikanischen Volkskonferenz in Accra, einer Tagung von weltpolitischer Bedeutung. Die Resolution des Ersten Komitees über Imperialismus und Kolonialismus ersucht alle afrikanischen Organisationen, an die UNO folgende Forderungen für Kamerun zu stellen: Amnestie, freie Meinungsäußerung, kein Verbot der Parteien, Rückkehr aller Deportierten, Organisation eines Referendums über Wiedervereinigung und demokratische Wahlen unter alleiniger Kontrolle der UNO.

In Accra wurde beschlossen, den 20. Februar 1959, das heißt den Tag der Sondersession der UNO-Generalversammlung über Kamerun, als Kamerun-Tag zu feiern. Was ging in jener Sondersession vor?

Im Rahmen der 13. ordentlichen Tagung der Generalversammlung, einer ausschließlich Afrika gewidmeten Veranstaltung, wurde eine Sondersession über die Probleme der beiden Kamerun abgehalten. Der französische Delegierte bat dringend, ohne Verzögerung die volle Unabhängigkeit von Französisch-Kamerun auf den 1. Januar 1960 festzulegen. Félix-Roland Moumie, Vertreter der aufgelösten UPC, agitierte bei den afrikanischen Delegierten für die vorherige Abhaltung von Neuwahlen. Der Regierungschef von Französisch-Kamerun, Ahidjo, wollte Neuwahlen erst nach erreichter Unabhängigkeit durchführen und lehnte die Legalisierung der UPC ab. Sieben afrikanische Staaten – Ghana, Guinea, Libyen, Marokko, der Sudan, Tunesien und die Vereinigte Arabische Republik – brachten eine Resolution ein, die Neuwahlen v o r der Unabhängigkeit forderte. Der Chefdelegierte der Sowjetunion verlangte die Wiedervereinigung eines zu Unrecht getrennten Volkes und sprach sich für die Wiederzulassung der UPC und Neuwahlen unter Kontrolle v o r der Unabhängigkeitserklärung aus, da sonst die Beendigung der Treuhandschaft

nur eine Maskierung einer neuen französischen Kolonialherrschaft sei. Auch wollte er in ganz Britisch-Kamerun eine Volksabstimmung durchführen lassen.

Im Sinne eines Ausgleichs zwischen diesen zwei Resolutionen brachten Indien, Burma, Kambodscha, Ceylon und Guatemala Abänderungsanträge ein, die die Regierung Kameruns zur Abhaltung von Neuwahlen so bald wie möglich nach dem 1. Januar verpflichten wollten. Doch beharrten die Afrikaner unnachgiebig auf vorher durchzuführenden Wahlen unter einem jetzt zu ernennenden Kommissar der UNO sowie auf der Legalisierung der aufgelösten revolutionären Parteien.

Wenn es sich bewahrheitet, daß die UPC die große Mehrheit der Bevölkerung des Kameruns vertritt und daß diese Organisation wie gewisse andere verboten werden kann, obwohl sie an der UNO vertreten ist, können wir die Befürchtungen der Bevölkerung um ihre Unabhängigkeit begreifen. Ernest Ouandie erklärte in Accra: «Unter dem Kolonialregime sind die wahren Vertreter des unterdrückten Volkes jene, die in Gefängnissen oder Konzentrationslagern sitzen, oder solche, die im Maquis oder im Exil leben.» Selbstverständlich sind die Mitglieder der UPC überzeugt, daß, solange ihre Organisation verboten bleibt, ihr Premierminister den Willen der französischen Regierung ausführen wird.

Die Rolle der Frauen im Kampf Kameruns ist bemerkenswert. Ihre Organisation, die UDEFEC (Union Démocratique des Femmes Camérunaises), war die einzige Frauenorganisation, die die Konferenz von Accra besuchen durfte. Sie war auch in der Versammlung der Delegationschefs vertreten. An der Sitzung des Vierten Komitees (10. November 1958) vertrat Mr. Moumie die Präsidentin dieser Organisation, die nicht anwesend sein konnte. «Die grausame Unterdrückung vom Mai 1955», sagte Mr. Moumie, «hat die Frauen nicht verschont. Tausende von Frauen sind vernichtet worden, einige Hunderte teilten das Schicksal der Männer und wurden eingekerkert oder deportiert. In Ostkamerun allein werden mehr als zweitausend Frauen in Konzentrationslagern gefangen gehalten.»

Die Situation in Britisch-Kamerun scheint noch komplizierter zu sein. Es ist noch nicht entschieden, ob der nördliche Teil von Britisch-Kamerun in eine unabhängige Nigeria-Föderation eintreten wird und wie ein eventuelles Plebiszit für den Süden lauten soll – Autonomie in der Nigeria-Föderation oder Anschluß an das unabhängige Französisch-Kamerun. Einige Delegierte verlangten eine Volksabstimmung in ganz Britisch-Kamerun. Die Sondersession der UNO hat darüber noch keinen Beschluß gefaßt.

Was in Kamerun vor sich geht, ist nur ein kleiner Teil des Kampfes in Afrika, das, wie der «New Statesman» vom 7. März behauptet, von jetzt an zum Zentrum des Weltkampfes wird. Hier stehen die Kolonialmächte auf einer Seite und die Afrikaner, unterstützt von der Sowjetunion, auf der anderen, mit den asiatischen Ländern in der Mitte. Die

«India News» vom 7. März heben hervor, was Nehru vor vier Jahren an der Bandungkonferenz aussprach; er vertrat die Auffassung, die Tragödie Afrikas sei größer als die irgendeines anderen Kontinents, und Asien müsse Afrika beistehen. Der Hauptdelegierte Indiens an der UNO, C. S. Iha, erklärte in bezug auf Französisch-Kamerun, das Land sei ohne Zweifel für die Unabhängigkeit reif. Er war aber der Meinung, daß Wahlen vor der Unabhängigkeit weder durchführbar noch durch die Erfahrung anderer Länder gerechtfertigt seien. Er stimmte deshalb für Wahlen n a c h der Unabhängigkeit. Der wirkliche Grund dieses Unterschieds zwischen dem asiatischen und dem afrikanischen Standpunkt wird nicht angegeben.

Es wird sicher tiefe Meinungsverschiedenheiten unter den verschiedenen Gruppen afrikanischer Staaten geben, und es ist zu fürchten, daß Nkrumahs Ruf «Lasset die Afrikaner nur allein, sie werden ihre Angelegenheiten schon regeln» nicht nachgelebt wird. Der Rat des «New Statesman» (7. März) an die Labourpartei Englands mag uns als Richtlinie dienen. In diesem Kampf um Afrika (den Kamerun erwähnt der Artikel hier nicht) rät er der Labourpartei, an die Seite der Befreier Afrikas zu treten, indem sie das afrikanische Proletariat zu ihrem schutzbedürftigsten Wahlkreis mache und erkenne, daß sie sich durch das Eintreten für die Rechte der Schwarzen für das Wertvollste an der Tradition des Westens einsetze. *M. Furrer*

WELTRUNDSCHAU

Wachsende Spannung Seit wir – im letzten Heft der «Neuen Wege» – schrieben, das Jahr 1959 werde allem nach politisch recht lebhaft werden, ist im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über die d e u t s c h e F r a g e beinahe so etwas wie eine Panikstimmung entstanden. Im Osten wie im Westen redet man angstvoll von einer immer näher rückenden Kriegsgefahr. «Auf beiden Seiten», so schreibt der Moskauer Korrespondent des Londoner «New Statesman», «hat man das Gefühl, daß ein Irrtum oder eine Fehlrechnung jetzt zum Krieg führen könne – zum Krieg um Berlin in ein paar Monaten oder zum Krieg in ein paar Jahren, wenn sich Westdeutschland stark genug fühle, um über die Elbe zu marschieren. Die Russen wissen jetzt, daß die Westmächte, wenn es darauf ankäme, einen Weltkrieg um Berlin riskieren würden und daß eine andere Haltung die NATO zerschlagen und Bonn zu einer völligen Schwenkung in seiner Außenpolitik veranlassen würde. Ist sich Macmillan ebenso klar darüber, daß, wenn Rußland die gänzliche Wiederaufrüstung Westdeutschlands begünstigte, sein eigenes politisch-militärisches Bündnissystem in Osteuropa auf eine schwere Belastungsprobe gestellt würde?»

Beide Teile versteifen sich scheinbar unnachgiebig auf ihren Standpunkt; aber während die Sowjetunion immerhin in bezug auf die Verhandlungstechnik wie in der Sache selbst allerhand Zugeständnisse gemacht hat, um die Gegenseite überhaupt einmal an den grünen Tisch zu bringen, überwiegt im westlichen Lager die Abneigung gegen jede Verhandlung mit den Russen, bei der man selber irgendwie nachgeben müßte. Man verlangt von der Sowjetunion nichts Geringeres als die glatte Kapitulation, das heißt den bedingungslosen Abzug der russischen Truppen aus Ostdeutschland im Gefolge gesamtdeutscher Wahlen, die das wiedervereinigte Deutschland in den Schoß der westlichen Militärallianz führen würden, mit der Aussicht, daß die ganze Machtstellung der Sowjetunion in Osteuropa zusammenbrechen würde. Und da man natürlich genau weiß, daß sich Moskau auf diese Art Lösung der deutschen Frage nicht einlassen wird, findet man diplomatische Gespräche mit den Russen völlig sinnlos; den Kommunisten die Faust unter die Nase zu halten und gegebenenfalls mit aller Kraft zuzuschlagen – das sei die einzige Sprache, die sie verstünden. Und inzwischen müsse der Westen in diesem Sinn unbedingt fest und einig bleiben, damit sich der Kreml ja keinen Täuschungen über die völlige Entschlossenheit der «freien Welt» hingebe, wenn nötig die letzte Kraftprobe mit dem «versklavten und versklavenden Osten» zu wagen.

So denkt man mindestens in den herrschenden Kreisen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Westdeutschlands, wo man deshalb Macmillans, des konservativen britischen Premierministers, «Extratour» nach Moskau sehr übelgenommen hat und nun alles daran setzt, um den gefährlichen Ausbrecher wieder in die etwas erschütterte Einheitsfront des Westens einzugliedern – diesen Mann, der wohl weiß, daß England weder einen konventionellen noch einen atomaren Krieg mit irgendwelcher Aussicht auf Sieg führen kann, und der vor seiner Abreise aus Moskau zu sagen gewagt hat: «Die Streitfragen, die Westen und Osten trennen, müssen durch Verhandlungen beigelegt werden, die in voller Kenntnis der Stellung des anderen und mit Hilfe gründlicher Diskussionen geführt werden müssen.»

Macmillan hat nach seinem Besuch in der Sowjetunion sicher keinerlei Zweifel mehr über die «Stellung des anderen». Chruschtschew hat zwar mit seinen Noten und Reden die Berliner Frage wohl absichtlich etwas dramatisiert, nicht zuletzt aus innerpolitischen Gründen, kann er doch angesichts der großen Gegnerschaft, die er sich mit seinen Reformen geschaffen hat, von der Außenpolitik her eine Stärkung seiner Autorität gut brauchen. Aber in der Sache selbst hat die Sowjetregierung allen Grund, die Entwicklung der Lage in Berlin und Westdeutschland sehr ernst zu nehmen. Als «Loch nach dem Westen» und als einzigartiges Späh- und Wühlzentrum mitten im Gebiet der DDR ist der von den Amerikanern, Engländern und Franzosen besetzte Teil Berlins für Ostdeutschland und die Sowjetunion auf die Dauer einfach eine Unmöglichkeit geworden. Anderseits stellt die Aussicht, daß die Bonner Republik

mit ihrem blühenden Nationalismus und ihrem neuerstarkten Kapitalismus in zwei Jahren eine vollausgebaute Wehrmacht mit den wirksamsten Atomwaffen besitzen wird, für die osteuropäischen Völker eine derartige Herausforderung dar, daß sich die Sowjetunion durch keinerlei papierene «Sicherheiten», die ihm der Westen anbieten könnte, beschwichtigen lassen wird. Der erste Gegenvorschlag der Westmächte zuhanden der Sowjetunion müßte darum, wie H. de Galard im «France-Observateur» (5. März) folgert, «eine feierliche Garantie sein, daß Westdeutschland nie über Kernwaffen verfügen wird und daß es keine solchen Waffen auf seinem Boden geben wird. Danach könnte die gleiche Garantie in bezug auf Ostdeutschland, Polen und die Tschechoslowakei gefordert werden ... Man kann sich keine Lösung des deutschen Problems, keinen Versuch einer Wiedervereinigung vorstellen ohne Blickrichtung auf eine militärisch entlastete Zone in Mitteleuropa.» Und was die Berliner Frage selbst betrifft, so hat die im «New Statesman» (7. März) gemachte Anregung viel für sich, aus g a n z Berlin, mit Einschluß des Sowjetsektors also, eine freie Stadt zu machen, deren Sicherheit und Unabhängigkeit durch eine UNO-Truppe zu gewährleisten wäre, mit unbehindertem Zugang von und nach den beiden deutschen Teilstaaten. «Unter solchen Umständen», meint das Blatt, «gibt es, soweit wir zu sehen vermögen, kein westliches Lebensinteresse, das durch eine Zurückziehung westlicher Truppen aus der Berliner Enklave und eine tatsächliche Anerkennung Ostdeutschlands ernsthaft bedroht wäre.»

14 Jahre Kalter Krieg Aber solche Vorschläge zu machen, heißt bereits auch ihre Aussichtslosigkeit feststellen. Was immer den Westmächten als Beitrag zur Lösung der deutschen Frage empfohlen wird, stößt auf ihr sofortiges und kategorisches Nein, sofern es nicht ihrem anscheinend ein für allemal festgelegten Plan entspricht. Ihre Deutschlandpolitik ist ja nur ein Stück – und zwar ein entscheidend wichtiges Stück – der P o l i t i k d e s K a l t e n K r i e g e s, die seit Roosevelts Tod ihr Leitstern ist. «Schon elf Tage danach, am 23. April 1945», so schrieb kürzlich in einer ausgezeichneten Studie Professor D. F. Fleming in der Neuyorker «Nation» (21. Februar 1959), «kam Präsident Trumans berühmte Abkanzelung Außenminister Molotows (kurz vor der Gründungstagung der UNO; H. K.), die unser Staatsschiff unvermittelt herumwarf. Seither haben wir beständig einen Kurs des Kalten Krieges verfolgt – zuerst mit der Sowjetunion und dem Kommunismus und nun auch mit China ... Die veröffentlichten Zahlen reden heute von neunhundert amerikanischen Militärstützpunkten in Übersee, von vierhundert NATO-Stützpunkten in der Nähe der Sowjetunion, von fünfzehn Milliarden Dollar für Waffenlieferungen an die NATO, von sechshundert Millionen Dollar für Stützpunkte in Spanien ... Auch das Halbdutzend kleine Staaten um China herum ist mit unseren Waffen so vollgepackt, daß ihre Wirtschaftssysteme ins Schwanken und ihre Freiheiten ins Flackern geraten sind. Dieser riesenhafte Ein-

kreisungsring hat seinen rechtlichen Ausdruck in einem Labyrinth von Bündnissen gefunden, das vierundvierzig andere Länder umfaßt.»

In der Tat: es war nicht – wie uns immer wieder erzählt wird – die im Zweiten Weltkrieg fast ausgeblutete Sowjetunion, die 1945 den Kalten Krieg mutwillig vom Zaun brach; das tat vielmehr das gänzlich unversehrt gebliebene Amerika, das dank dem Krieg eine beispiellose Wirtschaftsblüte erlangt hat und zur – damals unbestrittenen – ersten Weltmacht aufgestiegen ist. Es lohnt sich, an der Hand des Aufsatzes von Professor Fleming, der seit dreißig Jahren an der Universität von Nashville Weltgeschichte lehrt, die Hintergründe des Kalten Krieges gegen den Osten etwas zu verdeutlichen. Wesentlich ist zunächst, so hebt er hervor, die westliche Weigerung, das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetvölker anzuerkennen. Die Russen haben schließlich seit 1913 dreimal furchtbar verheerende Angriffskriege vom Westen her erlebt, in denen etliche dreißig Millionen Menschen getötet und unsägliche materielle Verwüstungen angerichtet wurden. Dieses Erlebnis hat im Volksbewußtsein so tiefe Narben hinterlassen, daß sie kaum in einem Jahrhundert ganz geheilt werden können. Dazu kam dann der amerikanische Entschluß, auch der Sowjetunion den schon vom zaristischen Rußland immer gesuchten Ausgang zum warmen Mittelmeer und zum Mittelosten zu versperren. Die Vereinigten Staaten beanspruchten hingegen ihrerseits die Herrschaft über den ganzen Pazifik und die ihm anliegenden Küsten, bis hin zu den Häfen Chinas, als ihr selbstverständliches Recht. Gleichzeitig stießen sie wirtschaftlich immer tiefer in alle nichtkommunistischen Länder vor, namentlich auch nach Lateinamerika und Kanada, während sie jede Ausbreitung des Kommunismus mit Gewalt zu verhindern suchten, mit der Begründung, der Verlust einer einzigen westlichen Stellung bedrohe – wie im Dominospiel – das ganze Gebäude ihrer Machtpolitik; siehe Griechenland, Libanon und Jordanien, Formosa, Berlin. «Solange das Dominobild unantastbar bleibt, kann nichts zur Beendigung des Kalten Krieges getan werden. Es verbietet die Ausmerzung von Reibungspunkten wie Quemoy und Berlin, die für unsere Gegenspieler offenkundig unerträglich sind.»

Hinter dieser Dominotheorie steht weithin die Furcht, das Vordringen des Kommunismus schränke entsprechend den Lebensraum des Kapitalismus ein. «Aber ist es nicht allmählich Zeit», so fragt Fleming, «das Dogma von der ewigen Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums (der kapitalistischen Länder) in Frage zu stellen, zumal da wir die Sowjetunion und China ja doch nicht hindern können, Wirtschaftsriesen zu werden? . . . Da wir bereits siebzig Prozent des Weltreichtums verbrauchen und doch nur sechzehn Prozent der Weltbevölkerung haben, können wir es uns leisten, unsere wirtschaftlichen Begierden ein wenig zu zügeln . . . Die Welt des Kalten Krieges, die wir selbst umgrenzten, schrumpft zweifellos mehr und mehr ein, sowohl politisch als wirtschaftlich, aber das heißt nicht, daß wir nicht stark und blühend – wenn auch etwas weniger auffällig – und frei bleiben könnten.» Statt dessen grün-

den die USA ihre Wirtschaftsblüte seit 1914 immer mehr auf Kriegsausgaben und Kriegsrüstungen. «Jedermann schaudert bei dem Gedanken, der Kalte Krieg könne plötzlich aufhören; jede Aussicht auf Frieden jagt Wallstreet die Gänsehaut den Rücken hinunter. Und doch ist noch keine gefährlichere Lebensart ersonnen worden als ein Leben mit der gebrechlichen Rüstungskonjunktur.»

Dabei kommt Amerika im Wettrüsten immer mehr ins Hintertreffen. Zwischen 1945 und 1949 hatte es zwar das Atombombenmonopol. Aber dann bekamen auch die Russen ihre Atombombe. Die Antwort war der Befehl zur Herstellung einer amerikanischen Wasserstoffbombe, die aber kaum fertig war, als auch die Sowjets ihre H-Bombe hatten. «Die Russen brachten auch als erste Geschwader von interkontinentalen Düsenbombern in die Luft, obwohl wir schon seit 1946 an ihrer Herstellung arbeiteten, vier Jahre, bevor s i e damit anfingen. Und diese Erfolge waren nur das Vorspiel zu ihrem jetzt beherrschenden Vorsprung in der Herstellung von Fernraketen, der im ‚Reporter' vom 8. Januar von einem unserer tüchtigsten militärischen Forscher, Brigadegeneral Thomas R. Phillips, beschrieben wurde.»

Starker Osten Der Schluß, der sich aus diesen Tatsachen ergibt, liegt eindeutig klar auf der Hand: Der Plan der von Amerika geführten Westmächte, durch höchstmögliche Steigerung ihres militärischen, wirtschaftlichen und politischen Druckes die Sowjetunion zur Kapitulation zu zwingen, ist gescheitert. Fleming stellt es selber fest: «Was wir uns noch klarzumachen haben, ist, daß wir nie wieder die militärische Überlegenheit über die Sowjetunion gewinnen können. Keine der beiden Parteien kann je dieses Wettrüsten gewinnen, aber jede kann – vielleicht unabsichtlich – die Vernichtung der westlichen Kultur auslösen. Anders gesagt: D e r K a l t e K r i e g h a t s e i n H a u p t z i e l n i c h t z u e r r e i c h e n v e r m o c h t, nämlich durch militärische Absperrung ‚den Feind' zu einem guten Verhalten zu zwingen. Das Ziel schien erreichbar, als ‚der Feind' noch schwach war; aber die Eindämmung hat das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung gehabt. Sie hat ihn von seinem Erschöpfungslager fortgejagt, auf das er durch unseren gemeinsamen Krieg geworfen worden war, und ihn zu Wunderleistungen der Erholung, des Wiederaufbaus, des Neuaufbaus, des wissenschaftlichen Fortschritts und der Wiederaufrüstung getrieben, bis er soviel Kraft gesammelt hatte, daß er nun den Einkreisungsring zu sprengen vermag. Unsere Führer sahen nicht voraus, daß sie gerade die Kraft erzeugen würden, die sie in Schutzhaft zu halten suchten. Und sie haben vergessen, daß auch der andere einmal das Einkreisungsspiel treiben kann. Das Ergebnis ist, daß die Sowjets bald imstand sein werden, jedes Ziel in den Vereinigten Staaten zu treffen – mit Tausenden von Ferngeschossen, die von Düsenbombern unterstützt würden, und aus Raketen tragenden Unterseebooten an unseren vier Küsten (die vierte ist die Hudson-Bucht, die tief ins Herz von Nordamerika hineinstößt). Haben

Sie letzthin wieder einmal die Karte von Nordamerika angesehen? Und auch das ist nur die halbe Wahrheit – vielleicht noch weniger. Wir haben uns jetzt daran gemacht, das zahlreichste Volk der Erde – sechshundertvierzig Millionen Chinesen, die bald eine Milliarde sein werden – die älteste und wahrscheinlich zäheste Rasse der Erde, in schärfster Absperrung zu halten ... Niemand kann die sechs Artikel von John Strohm aus Illinois lesen, die im vergangenen Oktober, nach seiner Reise durch China, auf dem Höhepunkt der Quemoy-Krise geschrieben wurden, ohne gewahr zu werden, welch starken Antrieb die Chinesen aus unserer militärischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Blockade gegen sie geschöpft haben.»

Und der wirtschaftlich-kulturelle Aufstieg der kommunistisch regierten Oststaaten geht eben unaufhaltsam weiter. Wenn das neue China im letzten Jahr seine Stahl- wie seine Lebensmittelerzeugung verdoppelt hat, wenn es in acht Monaten fast doppelt soviel Boden bewässert hat wie das alte China in seiner ganzen viertausendjährigen Geschichte; wenn schon jetzt die Stahlproduktion der Sowjetunion diejenige der – allerdings durch die Wirtschaftsschrumpfung geschwächten – Vereinigten Staaten in manchen Monaten des vergangenen Jahres fast einholte und in der Sowjetunion auf zehntausend Einwohner heute siebzehn Ärzte kommen, gegen fünfzehn in den Vereinigten Staaten (wie schon seit bald vierzig Jahren!), so besteht jeder Grund, eine Fortsetzung dieser Entwicklung auch in absehbarer Zukunft zu erwarten – sofern der Frieden erhalten bleibt. Der Sozialismus wird mehr und mehr das vorherrschende Wirtschaftssystem unserer Welt werden; kein Wunder, daß die Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsweise von bangen Ahnungen erfüllt sind, wenn sie den Wettlauf zwischen Kapitalismus und Sozialismus mit ansehen. «Die unterentwickelten Länder», schrieb zum Beispiel C. L. Sulzberger in der «New York Times» (6. Dezember 1958), «verfolgen diesen Wettlauf mit gespannter Aufmerksamkeit. Sie sehen, wie das Wachstum der sowjetischen Produktionsleistung um ein Mehrfaches schneller ist als das unsrige. Sie sehen, daß das Wachstumstempo Chinas doppelt so rasch ist wie dasjenige Indiens, des einzigen Ausstellungsstücks der Demokratie in Asien ... Alle verbündeten Mächte (des Westens) müssen jetzt erkennen, daß wir in unseren inneren Produktionsvorhaben wie in der Unterstützung zurückgebliebener Länder mehr und Wirksameres leisten müssen. Sonst sind wir zuletzt verloren.» Und ähnlich findet Walter Lippmann nach einer Reise durch die Sowjetunion: «Die kommunistische Revolution wird sich, wie ich glaube, in Asien weiter ausbreiten, wenn wir nicht eine heldenhafte staatsmännische Anstrengung machen, um zu beweisen, daß es auch noch eine andere Möglichkeit gibt.»

Ob sich die Westmächte zu solcher Anstrengung aufzuraffen vermögen? Und ob sich die unterentwickelten Völker noch für eine kapitalistische «Demokratie» erwärmen können, wie die Vereinigten

Staaten, England, Frankreich, Italien usw. sie ihnen vorleben? Die Wahrscheinlichkeit spricht eher dafür, daß der Druck auf das wirtschaftlich-soziale wie das politische Regime der westlichen Welt größer und größer wird und heftige Kämpfe und Krisen seine Zersetzung begleiten werden, während die sozialistische Gesellschaftsverfassung und Lebensform an Festigkeit weiterhin gewinnt und über das Stadium der Anfangsnöte und Existenzkämpfe mehr und mehr hinauswächst. Auch die Spekulation auf eine irgendwie verheerende Sprengwirkung der Gegensätze zwischen den jungen Ostländern dürfte sich als verfehlt herausstellen. Isaak Deutscher, dem wir die wertvolle Stalin-Biographie verdanken, hebt im Neuyorker «Reporter» (19. Februar) mit Recht hervor, daß sich Mao und Chruschtschew darauf geeinigt haben, mindestens vorläufig die Meinungsverschiedenheiten zwischen sowjetischen und chinesischen Kommunisten über die besten Methoden beim Aufbau des Sozialismus nicht in die Öffentlichkeit zu tragen, um nicht das Bündnis der beiden Länder zu gefährden und die kommunistische Weltbewegung nicht in drei Flügel zerfallen zu lassen: die titoistische und «revisionistische» Rechte, die chinesische Linke und das Zentrum um Chruschtschew. Der sowjetische Führer gab zwar am 21. Parteitag das Bestehen wichtiger Gegensätze zwischen Peking und Moskau offen zu und äußerte kein Wort der Anerkennung für die chinesischen Volkskommunen, stellte dann aber den Grundsatz auf, daß sich die kommunistischen Parteien gegenseitig nicht in ihre inneren Angelegenheiten einmischen sollen.

«Das ist», so bemerkt Deutscher, «in den Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien tatsächlich eine Neuheit. Bisher galt der Grundsatz der Nichteinmischung nur für die Beziehungen zwischen Staaten, während die kommunistischen Parteien begriffsgemäß das Recht, ja sogar die Pflicht hatten, einander zu kritisieren ... Es ist Chruschtschew so anscheinend gelungen, vorerst die Gegensätze zu überbrücken und seine Führerstellung zu befestigen. Allein der Parteitag scheint ihm dennoch nicht freie Hand gegeben zu haben, um in der Auseinandersetzung mit der parteifeindlichen Gruppe (Molotow und Genossen) nach stalinistischer Art zu verfahren ... Chruschtschew selbst sagte, in der Sowjetunion werde niemand mehr aus politischen Gründen gefangen gehalten, und übernahm damit dem Parteitag gegenüber eine Art Verpflichtung, daß die stalinistischen Säuberungen nicht wieder aufgenommen würden und die am 20. Parteitag verkündete Entstalinisierung kein leeres Wort bleibe.»

Mit einem neuen Wirtschaftsabkommen zwischen Moskau und Peking, das China weiterhin großzügige Hilfe beim Aufbau der chinesischen Industrie gegen umfangreiche chinesische Warenlieferungen an die Sowjetunion zusagt, haben Mao und Chruschtschew jedenfalls den Grundsatz der Nichteinmischung in die beidseitigen Aufbaupläne durch die Tat bekräftigt. Dem entspricht, daß offenbar auch im Verhältnis

der kommunistischen Parteien Westeuropas zur KP Sowjetunion künftig größere Freiheit herrschen soll. Der «Antistalinismus» des 20. sowjetischen Parteitages hat bekanntlich in den westeuropäischen Parteien der Kommunistischen Internationale schwere Verwirrung hervorgerufen. Besonders Togliatti, der Führer der Kommunistischen Partei Italiens, hatte nicht nur in seiner eigenen Bewegung, sondern noch mehr mit den altgläubigen Kommunisten Frankreichs scharfe Auseinandersetzungen. Jetzt ist er vom 21. Kongreß in Moskau, wie Bruce Renton dem «New Statesman» (7. März) aus Rom schreibt, mit dem Segen Chruschtschews heimgekehrt, hat sich doch dort die Politik der «wetteifernden Koexistenz» zwischen Kapitalismus und Kommunismus und damit auch der Anpassung der kommunistischen Kampfmethoden an die jeweiligen Verhältnisse in den westlichen Ländern aufs neue durchgesetzt. «Die italienischen Kommunisten», so meint Renton, «halten sich nunmehr für die wichtigste Partei nicht nur unter den westeuropäischen Kommunisten, sondern vielleicht aller kapitalistischen Länder ... Vielleicht führt das auch zu einem praktischen Ergebnis: einer Initiative der italienischen KP zu einer Konferenz der kommunistischen Parteien Westeuropas, die eine gemeinsame Politik für die Wirtschaftsfragen, für die ‚nationalen Wege zum Faschismus' und für die Beziehungen zu den nichtkommunistischen Arbeiterparteien festlegen soll. Wenn es dazu kommt, so wäre das die erste internationale kommunistische Konferenz der Geschichte, die nicht von Moskau einberufen wäre.»

Die dritte Kraft Das rasche Erstarken der kommunistischen Welt, die immerhin einen Drittel der Erdbevölkerung umfaßt, ist nicht der einzige Grund dafür, daß es für die kapitalistischen Mächte längst zu spät geworden ist, ihr durch Gewaltdrohung oder gar offene Gewaltanwendung den Meister zu zeigen. In immer stärkerem Maße wirkt in derselben Richtung die Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker. Noch sind von dieser Bewegung bei weitem nicht alle wirtschaftlich und kulturell «zurückgebliebenen» Länder erfaßt; ein großer Teil davon steht noch immer unter der Herrschaft einheimischer wie fremder Ausbeuter. Aber diese Herrschaft geht unter unseren Augen unaufhaltsam ihrem Ende entgegen, und diejenigen Völker, die ihre soziale und nationale Befreiung bereits erkämpft haben, stehen – mit Ausnahmen – nicht im antikommunistischen, sondern im antikapitalistischen und antikolonialistischen Lager, auch dann, wenn sie von der Politik der Sowjetunion und Chinas betonten Abstand halten. Sie werden mehr und mehr zu jener vielgenannten «dritten Kraft», die einer Fortsetzung des Kalten Krieges mit allen Mitteln widerstrebt und damit tatsächlich gegen die «Politik der Stärke» wirkt, wie sie der Westblock seit vierzehn Jahren gegenüber den jungen Oststaaten betreibt. Darum auch der Ärger im westmächtlichen Lager über den «Neutralismus» dieser

Länder, die sich weigern, den angeblichen Freiheitskampf gegen den Kommunismus mitzumachen, ja die Freiheitsparolen der kapitalistischen «Demokratien» überhaupt nicht verstehen.

Auch im vergangenen Monat hat die Freiheitsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Völker wieder Fortschritte gemacht, vor allem in Afrika, das jetzt zum Hauptschauplatz der Revolution der farbigen Rassen geworden ist. Im Kongo greift die Auflehnung gegen den belgischen «Paternalismus» weiter um sich. In Südrhodesien, das als sich selbst verwaltende britische Kolonie völlig unter der Herrschaft der weißen Siedler steht, kann sich die Regierung nur mit scharfen Gewaltmaßnahmen der Streik- und Boykottbewegung der nationalistischen Afrikaner erwehren. In Njassaland aber, das – wie Nordrhodesien – rechtlich noch britisches Protektorat ist, also von London abhängt, hat der Widerstand gegen den Plan einer gänzlichen Unterstellung dieses Gebietes unter das südrhodesische Regime, über die bereits bestehende Föderation hinaus, zu einem eigentlichen Kriegszustand zwischen Europäern und Afrikanern geführt. Mögen die militärischen und übrigen staatlichen Machtmittel, die die Weißen rücksichtslos einsetzen, die Bewegung für den Augenblick auch niederhalten: hier ist ein Feuer entzündet, das nicht mehr zu ersticken ist und sich von Njassaland aus nicht nur auf Nordrhodesien, sondern auf ganz Ostafrika ausdehnen wird und auch der Unabhängigkeitsbewegung im Kongo und in Westafrika neue Nahrung geben dürfte. Die französischen und britischen Besitzungen in Zentral- und Westafrika sind ohnehin in zunehmender Gärung begriffen, und sogar im italienisch verwalteten Somaliland, an der afrikanischen Ostküste, ist es neuerdings zu blutigen Unruhen gekommen, die mit dem «erfolgreichen» Eingreifen der Polizei nicht erledigt sind. Wie lange in den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique noch Ruhe herrscht, und besonders wie lange sich in der dazwischen liegenden Südafrikanischen Union der unmenschliche Terror der weißen Herrenrasse noch halten kann, das wird man ja sehen. Auf jeden Fall ist Nordafrika für die Europäer verloren – trotz oder gerade wegen dem verzweifelten Ringen der Franzosen um den Besitz Algeriens und dem wie eine Fata Morgana trügerisch lockenden Saharaöl.

Im Orient und im Mittelmeerraum hat die vorläufige Lösung der Zypernfrage etwelche Entspannung gebracht. Aber die Befriedigung, die man darüber empfindet, ist eben doch nicht rein. Einmal hat Zypern nur eine sehr bedingte Unabhängigkeit gewonnen; seinem Verzicht auf den Anschluß an Griechenland und der Beseitigung der Gefahr einer Aufteilung der Insel zwischen der griechischen und der türkischen Bevölkerungsgruppe steht die Fortdauer der britischen «Schutzherrschaft» gegenüber, das heißt die Aufrechterhaltung der britischen Militär- und Flottenstützpunkte auf Zypern im Interesse der westmächtlichen Vorherrschaft in Vorderasien. Sodann ist der Abschluß des Zypernabkommens selber ja nur eine Fernwirkung der

britisch-amerikanischen Machtpolitik im Mittelosten, die besonders durch die letztjährige Revolution in Irak, aber weiterhin durch die ganze arabisch-nationalistische Bewegung gezwungen worden ist, neue Wege zur Sicherung ihrer alten Herrschaftsstellungen zu suchen.

Stellte die irakische Revolution schon für die Türkei eine ernste Warnung und Gefahr dar, so hatten England und noch mehr Amerika allen Grund, den Streit um Zypern aus der Welt zu schaffen und sowohl Griechenland als die Türkei wieder fest in die antikommunistische Front einzugliedern. Das ist denn auch vorerst gelungen; mochte Großbritannien als unmittelbar Beteiligter noch zögern, die für eine türkisch-griechische Verständigung nötigen Konzessionen zu machen, so hatten die Vereinigten Staaten gänzlich freie Hand und ließen denn auch ihre Druckmittel so energisch spielen, daß die gefährdete Einigkeit der östlichen Mitglieder des NATO-Blocks fürs erste wiederhergestellt ist. Darüber hinaus hat auch der Bagdadpakt – freilich ohne Irak – eine Neuauffrischung erfahren durch den Abschluß eigentlicher Militärbündnisse zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und den Regierungen der Türkei, Persiens und Pakistans anderseits.* Die Sowjetunion hat natürlich gegen diese Abkommen heftigen Einspruch erhoben, zumal ihr ein aus dem Jahr 1921 stammender Vertrag mit Persien das Recht gibt, Truppen auf persisches Gebiet zu entsenden, falls eine dritte Macht versuchen sollte, sich persischen Bodens als Operationsbasis gegen die Sowjetunion zu bedienen. Aber Amerika und der von ihm beherrschte Westblock halten eben immer noch an dem Traum fest, durch fortschreitende Engerziehung des «eisernen» Ringes um die Sowjetunion den Kalten Krieg doch noch zu gewinnen, also auch Vorderasien als ihr ausschließliches Einflußgebiet behaupten und die Sowjetunion von der Neuordnung dieses ganzen Raumes aussperren zu können.

Kommt ein Erwachen! Und doch muß dieser Traum, der schon allzu lang gewährt hat, endlich einmal ausgeträumt sein. Die öffentliche Meinung des Westens scheint denn auch wirklich langsam, langsam zu der Erkenntnis der wahren Lage zu erwachen, in die eine blinde, unverantwortliche Führerschaft die Welt hineinmanövriert hat. Insbesondere in den Vereinigten Staaten verstärkt sich sozusagen von Woche zu Woche die Erkenntnis, daß nur eine neue Außenpolitik das schicksalhafte

* Ist es nur ein Zufall, daß ungefähr gleichzeitig mit dem Abschluß dieses Bündnisses in Nordirak eine Gegenrevolution ausbrach? Die Westmächte haben jedenfalls ein starkes Interesse daran, die reichen Erdölgebiete in Nordirak vor der Nationalisierung durch die Revolutionsregierung zu retten und sie weiterhin durch britisch-amerikanische Gesellschaften ausbeuten zu lassen. Fest steht hingegen, daß Nasser und die Vereinigte Arabische Republik die Gegenrevolution schürten, um Irak, das bisher der Eingliederung in die VAR widerstrebt, zu einer bloßen Provinz des erträumten allarabischen Einheitsstaates zu machen.

Abgleiten in eine atomare Weltkatastrophe verhindern kann. Wie es ein von zahlreichen amerikanischen Persönlichkeiten mit klangvollen Namen unterzeichneter Aufruf kürzlich ausdrückte: «Obwohl wir mit Waffen vollgeladen sind und so großen Wert auf die abschreckende Wirkung einer Drohung mit Vergeltungsschlägen gelegt haben, ist der Kommunismus nicht eingedämmt, die Demokratie nicht ausgedehnt und die erstrebte Position der Stärke nicht erreicht worden. Wir stehen in größerer Gefahr, vernichtet zu werden, als zu Beginn des Kalten Krieges. Der Glaube der Welt an die Vereinigten Staaten ist untergraben worden. Wir sehen, daß wir uns nur in Sackgassen verrannt haben, und versteifen uns darin verzweifelt auf eine Haltung, die Verhandlungen tatsächlich unmöglich macht.»

Es ist auch gar nicht zu verkennen, daß solche Stimmen – die man zu Dutzenden anführen könnte – auch in breiteren Volksschichten einen starken Widerhall finden. Schon der Koreakrieg war alles andere als populär; McArthur ist längst erledigt, ja selbst zu den Warnern übergegangen, und von McCarthys demagogischer Kommunistenhetze wäre auch dann nicht mehr viel übriggeblieben, wenn ihr Antreiber noch lebte. Eisenhower anderseits ist nicht zuletzt darum Präsident geworden, weil er sich als «Friedensstifter» empfohlen hatte, während sein Außenminister Dulles, dem er so blindlings alles überließ, nie die Gunst des Volkes besaß – was jetzt, da er als kranker Mann die Zügel aus der Hand geben muß, mit immer größerer Klarheit zutage tritt, lehnen sich doch mehr und mehr auch die Berufspolitiker beider Parteien gegen den von ihm vertretenen Abenteuerkurs auf, manchmal mit einer Kühnheit, über die man nur staunen kann. Die Novemberwahlen haben eben den Senat wie das Abgeordnetenhaus großenteils von den berüchtigten Scharfmachern des Kalten Krieges befreit und neue Männer (und Frauen) hereingebracht, die in der Innenpolitik sozialfortschrittlich gesinnt und in der Außenpolitik einer Koexistenzpolitik zugeneigt sind. Bemerkenswert war besonders die Niederlage des kalifornischen Senators Knowland, eines Hauptträgers der Politik des Kalten Krieges, und anderseits der Sieg des neuen Abgeordneten Meyer in Vermont, des ersten Demokraten, der seit über hundert Jahren in diesem Staat in die Bundesversammlung gewählt wurde und der sich energisch für die Einstellung der Produktion von Atomwaffen, für die diplomatische Anerkennung Chinas und überhaupt für eine neue Außenpolitik eingesetzt hatte. Das sind – wenn man dazu noch Mikoyans erfolgreiches Auftreten in Amerika nimmt – doch Zeichen, die auf einen beginnenden Stimmungsumschwung in den Vereinigten Staaten hindeuten und hoffen lassen, daß auch die amtliche Politik Washingtons einer so stark ausgeprägten neuen Strömung im Volk einigermaßen werde Rechnung tragen müssen.

Bei den europäischen Verbündeten der USA zeichnet sich eine ähnliche Wandlung ab. Macmillans Rußlandreise ist bisher ihr sprechendster Ausdruck – kein Wunder, daß man in Washing-

ton, aber auch in Bonn und Paris seine Verstimmung über die führende Rolle, die der britische Ministerpräsident in den Verhandlungen mit der Sowjetunion zu spielen sich anschickt, sehr offen zur Schau trägt. Die Londoner Regierung hat jedenfalls die große Mehrheit ihres Volkes hinter sich, wenn sie einen Ausweg aus der unhaltbaren Lage sucht, in die der Kalte Krieg gegen den Osten die Westmächte hineingeführt hat. Wieweit ihr Paris auf diesem Weg zu folgen bereit ist, erscheint noch unklar. De Gaulle selbst und noch mehr die faschistischen «Erneuerer», die ihn zur Macht gebracht haben, würden gewiß am liebsten mit den «Stahlharten» in Washington gemeinsame Sache machen, schon um Amerikas Unterstützung für den Algerienkrieg nicht zu verlieren; aber nun beginnen sie eben doch zu merken, daß das neue Regime trotz den Scheinsiegen, die es im vergangenen Sommer und Herbst errungen hat, im Volk draußen auf ganz schwachen Beinen steht. Das bisher deutlichste Zeichen dafür sind die jüngsten Gemeindewahlen mit ihrem überraschenden Wiederaufstieg der kommunistischen Bewegung – in der sich offenbar fast die ganze Opposition sammelt – und dem nicht viel weniger auffälligen Rückschlag der «gemäßigten» wie der extremen Rechten. Die an Hysterie grenzende Panikstimmung, in der sich die Abstimmungen und Wahlen des Herbstes 1958 abspielten, weicht in der Tat schneller, als man vermuten konnte, einer Ernüchterung und Beschämung, von der man freilich noch nicht sagen kann, wie weit sie führen wird. Die fortschreitende Teuerung, die Senkung der Lebenshaltung breiter Volksschichten, die Beschneidung der staatsbürgerlichen Freiheiten, das Willkürregiment der Militärs, der hoffnungslose Algerienkrieg mit seiner Zerrüttung der Staatsfinanzen – das alles wirkt zusammen, um eine Mißstimmung im Volk zu erzeugen, die weit über die Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung hinausgeht und die auch in außenpolitischen Dingen die Regierung zur Vorsicht und Biegsamkeit mahnt.

Am unnachgiebigsten ist man – wie üblich – in Westdeutschland. Zwar deutet Ollenhauers Berliner Unterredung mit Chruschtschew auf eine gewisse Bereitschaft der sozialdemokratischen Opposition hin, den berechtigten Sicherheitsbegehren der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei Rechnung zu tragen, und vielleicht kommen auch Carlo Schmid und Erler von ihrem Moskauer Aufenthalt mit ähnlichen Neigungen zurück. Aber schon die hochmütige Weigerung des «regierenden» Bürgermeisters von Westberlin, Willy Brandt (er hieß bei seiner Geburt in Wirklichkeit Herbert Karl Frahm), sich mit Chruschtschew an den gleichen Tisch zu setzen, zeigt, daß man in der Sozialdemokratie auch anders kann. Und vollends die Bonner Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien und Kräfte bekunden die gleiche Anmaßung und politische Unreife, die schon immer den Deutschen zum Verhängnis geworden sind. Statt daran zu denken, daß Deutschland es war, das über die Ostvölker namenloses Unglück gebracht hat, das seinen ruchlosen Eroberungskrieg zu Recht verloren

hat, das die heilige Pflicht hat, den Angegriffenen jede nur mögliche Garantie gegen eine neue Bedrohung ihres Lebens zu bieten – statt dessen setzen sie sich schon wieder aufs hohe Roß, verlangen ihre alten Grenzen zurück, rüsten mit Macht auf einen neuen «Verteidigungskrieg» gegen den Osten, fordern den bedingungslosen Abzug der Russen aus der ihnen zugesprochenen Besetzungszone und weigern sich hartnäckig, über einen Friedensvertrag zu verhandeln auf Grund von Bedingungen, wie sie die Deutschen, wären s i e die Sieger gewesen, wahrlich nicht so maßvoll gestellt hätten; siehe das deutsche Friedensdiktat von Brest-Litowsk Anno 1917!

An i h n e n ist es in erster Linie, Entgegenkommen zu beweisen und die unerbittlichen Folgerungen aus dem ungesühnten Verbrechen des deutschen Angriffs von 1939 und 1941 zu ziehen, nicht an den Hauptopfern dieses Angriffs. Dann werden auch die übrigen Westmächte nicht anders können, als die Hand zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage zu bieten und die Existenz einer nicht dem kapitalistisch-konservativen Kulturkreis angehörigen neuen Staatenwelt anzuerkennen, auch wenn diese Welt unter kommunistischem Regime steht. Nach dem augenfälligen Mißerfolg der Politik des Kalten Krieges, der die Unmöglichkeit erwiesen hat, den Ostblock durch Druck, Drohung und Unterwühlung zu sprengen, gibt es tatsächlich nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder verstockt den Kalten Krieg dennoch fortzusetzen und seinen Umschlag in den «heißen» Krieg heraufzubeschwören – oder aber der «Politik der Stärke» den Rücken zu kehren und die friedliche Koexistenz mit der östlichen Welt zu organisieren, die, soweit wir zu urteilen vermögen, allein das gesittete Weiterleben der Menschheit gewährleisten kann. Es ist für die Westmächte und ihre Anhänger sicher nicht leicht, zuzugeben, daß der Weg, den sie nach dem Zweiten Weltkrieg eingeschlagen haben, ein Irrweg war. Mögen sie aber doch die Ehrlichkeit und Tapferkeit aufbringen, die zu solchem Eingeständnis nötig ist, eingedenk des alten, wahren Wortes: Errare humanum, perseverare in errore diabolicum – Irren ist menschlich, aber im Irrtum verharren ist teuflisch!

12. März *Hugo Kramer*

Ragaz-Worte

Daß unsere alte Welt mit ihrer Kultur Stück für Stück zusammenbrechen wird, glaube ich, wünsche es sogar. Es ist Weltgericht. Auch die furchtbaren Offenbarungen des Bösen gehören dazu. Es kommt ans Licht und wird vom Licht gerichtet. Aber mit dem Gericht geht eine Schöpfung Hand in Hand. Ein Schöpfungswort tönt durch die Donner der Katastrophe: «Siehe, ich mache alles neu.» (1926)

Pfingsten 1959

«... die in Christus Jesus sind.» Röm. 8, 1—11.

Daß man dort sein kann – in Christus Jesus –, das ist Pfingsten. Daß der Christus Jesus nicht nur über uns ist, nicht nur uns gegenüber, sondern einer, in dem wir sein können, so nah also und so geräumig, daß wir da ganz hineingehen und wohnhaft werden können, das ist Pfingsten. Und darum ist Pfingsten auch dies: das Haus, das unser eigenes Ich ist, steht leer.

An der Tür dieses Hauses, an unserem Ich, rütteln die Geister und fordern uns. Der Geist der Schuld ruft: Komm, du sollst büßen! – Der Geist der Angst: Komm, du sollst zittern! – Der Geist des Todes: Komm, du sollst sterben! – Aber dieses Haus, daran sie pochen, trägt nur noch unseren Namen, ist aber nicht mehr bewohnt. Verzogen! – steht daran. Wohin? Zu Jesus, dem Christus. Das ist die neue, unsere neue Adresse. Wir sind nur noch in Jesus Christus zu erreichen.

Nun kommen die bösen Geister dorthin, um uns einzufordern. Still – sagt Jesus zu denen, die in ihm sind –, ihr braucht euch nicht zu melden. Ich öffne für euch und antworte für euch. Bleibt ihr nur, wo ihr seid. Komm und büße, ruft die Schuld. Ich habe gebüßt, erwidert Jesus, in Bethlehem fing es an und dauerte bis Golgatha. Komm und zittere, ruft die Angst. Ich habe gezittert, antwortet Jesus, in Gethsemane und in allen meinen Versuchungen, was habe ich da gezittert und gezagt! Komm und stirb, verlangt der Tod. Ich bin gestorben, sagt Jesus, gestorben am Kreuz und begraben im Garten des Joseph von Arimathäa. – Was wollt ihr also von mir?

Was haben wir mit d i r zu schaffen? Dich meinen wir ja gar nicht, erwidern die pochenden Geister. Wir meinen doch die, die du bei dir, in dir versteckt hältst. Nein, sagt Jesus, die kriegt ihr nicht. Die gehören mir. Was ihr von denen wollt, das habe ich euch gegeben. Ihr seid abgefunden, in alle Ewigkeit seid ihr ausbezahlt. Auf diese da in mir habt ihr kein Recht mehr. Sie gehörten euch einmal, gewiß. Aber nun, seitdem ich gestorben und auferstanden bin, gehören sie mir. Ich gab mich für sie hin.

Nun besitzen sie die Vergebung der Sünden, hoffen auf Auferstehung und Leben aus Gott. So ist das.

Die bösen Geister – Schuld, Angst und Tod – gehen fort mit Brummen. Aber alle, die in Christus Jesus sind, atmen auf. Wie hatte er doch gesagt: «Niemand wird sie mir aus meiner Hand reißen.» Und kühn erhebt sich ein Lobgesang bei denen, die in Christus Jesus sind: Unter deinem Schirmen / bin ich vor den Stürmen / aller Feinde frei / Laß den Satan wettern / laß die Welt erzittern / mir steht Jesus bei ... Jesus, meine Freude!

Das alles spielt sich nicht im Himmel, sondern hier auf Erden ab, unter Menschen, wie wir es nun einmal sind. Das von dem Sein in

Christus Jesus, und was es bedeutet, habe ich in so kindlichen Worten erzählt, weil es der Apostel Paulus so gemeint hat. Daß er es hier im Römerbrief mit so gelehrten, uns schwierig anmutenden Worten sagt, nun, das hängt ganz einfach damit zusammen, daß die Christen in Rom sich auf diese gelehrte Sprache verstanden. Sie waren eben gebildeter als wir Barbaren. Aber da es nicht auf die Bildung, sondern auf die Botschaft ankommt, dürfen wir einfach reden. Und «einfach» lautet die Freudenbotschaft so: Er hat dich freigemacht. Er hat dein Ich, dieses dunkle Haus, in dem du dich verschlossen hältst und wo du auf das Pochen und Rütteln der Geister wartest, aufgebrochen, die Tür weit aufgemacht und ruft dich da heraus: Komm, komm her zu mir, alle, ich werde euch erquicken, regelrecht erquicken, daß ihr die Angst und das Zittern loswerdet und wieder, nein erstmals wißt, was fröhlich sein heißt.

Das ist Pfingsten, daß es das gibt, daß es ihn gibt, daß er i s t und daß er so ist, daß man in ihm sein und allezeit zu ihm rufen kann: Sei mir ein starker Fels und eine Burg, dahin ich immer fliehen möge. Das ist Pfingsten, daß ein solches Rufen niemals umsonst getan wird. Daß es vielmehr immer schon die Übersiedlung anzeigt, aus uns heraus, um in ihm zu sein, wo es ganz unerschütterlich gilt: «So gibt es keine Verdammnis mehr für jene, die in Christus Jesus sind» – keine Verdammnis mehr, kein Nein Gottes mehr zu uns!

Diese Übersiedlung – von uns weg zu ihm hin – das ist der eigentliche Vorgang des Glaubens. So vollzieht sich Glaube, christlicher Glaube, wohlgemerkt. Daß wir uns doch hineinbringen, ja wohl auch hineinreißen ließen in diesen neuen Sachverhalt!

Unter dieses Gesetz des Geistes des Lebens in Christus Jesus, wie Paulus sagt. Also in die unumstößliche Gültigkeit und Macht der Gnade. Die Sendung und der Gehorsam des Sohnes Gottes haben diese Gültigkeit und Macht aufgerichtet, zu ewiger Gesetzeskraft erhoben. Daraufhin glauben wir, in begründeter Hoffnung.

Der Glaube ist nichts in sich selbst. Glaube als Stimmung religiöser Art verstanden, hilft gar nichts. Der Glaube kommt ja nicht aus uns, sondern zu uns. Er fällt zusammen wie ein Kartenhaus, wenn er wegsieht von Jesus. Solange Petrus auf Jesus blickt, kann er auch auf den Wellen stehen. Schielt er aber auch nur einmal ängstlich zur Seite, zur hohen Woge hin, so trägt ihn das Wasser nicht mehr, und jämmerlich muß er schreien: Herr hilf mir, ich versinke! Wir können in Christus Jesus nur sein, solange wir auf ihn sehen, auf ihn allein, und wegsehen von allem anderen, was bange macht.

Dieses andere ist die sogenannte Wirklichkeit, das «Fleisch», wie Paulus sich ausdrückt, die Menschennatur mit ihrem Sinnen und Trachten (ideell und materiell), das böse ist von Jugend an. Es ist das zähe Ich des alten Adam, das lieber bei sich selbst als bei Gott Zuversicht sucht und darum denn auch keinen Weg zur Befreiung und zum neuen Leben finden kann. Oder einfach gesagt: Da ist immer

noch jene Möglichkeit, von Jesus weg und auf jene «Realitäten» hinzublicken. Sie kann uns überfallen wie ein Gewitter. Wenn wir zu fühlen meinen, daß auf einmal wieder Sünde, Angst und Tod zur Stelle, ja daß sie immer noch zur Stelle sind und wir in ihrer Macht. Christus? – ach wir haben von ihm weggesehen.

Welch ein Stürzen und Fallen! Welche Gewalt rasender Lust, welche Nacht der Verzweiflung. Ja, alles das ist noch da und wartet gierig auf uns. Ein Blick zur Seite, ein Blick zurück – und das Sein in Christus Jesus erscheint dir als Traum, ist zerronnen. «Ein Moment des Besinnens wirft mich herab. Ich denke nach und finde mich, wie ich zuvor war, allein, mit allen Schmerzen der Sterblichkeit, und meines Herzens Asyl . . . ist hin» (Hölderlin). Das ist die Möglichkeit des Nicht-in-Christus-Jesus-Seins, die Möglichkeit des Kleinglaubens, der Verzagtheit. Und das ist auch ein Sachverhalt, auch ein Gesetz, aber das der Sünde und des Todes. Es ist in uns. Aber mitsamt diesem in uns hausenden Gesetz, dieser Todeswirklichkeit (worauf ja die Psychologie immer wieder stößt), hat Christus uns in sich aufgenommen. Das dürfen wir jetzt wissen, wieder wissen, von neuem, vielleicht ganz von neuem wissen. Es ist das Alte, und siehe, es wird Neues draus unter der Gegenwart des Geistes Jesu Christi.

Wir werden nicht hin- und hergerissen zwischen diesen beiden Sachverhalten, nicht hin- und hergezerrt zwischen dem Gesetz des Geistes und dem des Fleisches. Es ist nicht offen, welchem von beiden wir verpflichtet sind. Wir kehren dem Gesetz des Geistes, dem Sein in Christus, das Gesicht zu, dem Gesetz des Fleisches, dem Sein allein in uns selber aber den Rücken. Wir können zur Sünde, zum Sein außerhalb Christus Jesus, nicht mehr Ja sagen. Darum können wir nur noch mit schlechtem Gewissen sündigen, können die Angst nicht mehr ganz ernst nehmen und im Tod nicht mehr die letzte Wirklichkeit sehen. Sondern wir wissen die Antwort auf die Frage des vom Gesetz der Sünde und des Todes erdrückten Menschen: Ich danke Gott durch Jesus Christus. Er hat mich freigemacht. So ist nun keine Verdammnis mehr für jene, die in Christus Jesus sind.

Gewiß, wir werden, vielleicht solange wir leben, immer wieder Angst haben. Aber wir werden nicht mehr Angst haben können, ohne seine Stimme zu hören: In der Welt habt ihr Angst, aber ich habe die Welt überwunden, fürchtet euch nicht. Gewiß, wir werden sterben müssen und den ganzen Apparat einer Bestattungshandlung durch unser Sterben in Bewegung setzen. Aber unser Tod wird uns und andere immer nun auch daran erinnern, daß Jesus schon an unserer Statt den eigentlichen, unseren eigentlichen Tod gestorben ist, damals am Kreuz, und daß er für uns, um uns mit sich zu ziehen, auferstanden und erhöht worden ist. Darum ist unser Sterben immer schon in seine Auferstehung getaucht. Und das ist der Trost unserer Taufe. Gewiß, es bleiben sicherlich noch allerlei Tendenzen in unserem Leben, die etwas machen wollen, was Gott nicht gefällt. Aber größer ist doch

die andere, die neue Tendenz, die ihm aus Dank und Liebe Gehorsam leisten will. Er hat uns freigemacht. Wir sind in ihm, so sehr in ihm, daß es unserem Auge und unserem Fühlen verborgen ist, ganz verborgen sind wir mit Christus in Gott. Darum glauben wir, uns selber zum Trotz. Darum bitten wir gegen uns selbst: Komm, Heiliger Geist!

W. Dignath

Botschaft der Präsidenten des Oekumenischen Rates

Pfingsten 1959

«Pfingsten ist das Fest des Heiligen Geistes und das Fest der Kirche, denn diese beiden gehören zusammen. Darum schreibt der Apostel Paulus: ‚Denn wir sind durch einen Geist alle zu einem Leibe getauft, wir seien Juden oder Griechen, Knechte oder Freie . . .' (1. Kor. 12, 13).

Der Heilige Geist hat die Kirche geschaffen. Er ist noch heute das Leben der Kirche. Wenn wir beten, der Heilige Geist möge in unser eigenes Leben kommen, so beten wir zugleich darum, daß wir lebendige Glieder des Einen Leibes Christi werden mögen.

Der Heilige Geist ist der Geist der Einheit, der ständig am Werk ist, die Spaltungen zu heilen, die die herrliche Wahrheit von dem Einssein des Leibes Christi verdunkeln, und der alle Getauften in der Einen Familie Gottes sammelt.

Der Heilige Geist ist der Geist der Erneuerung, der die Dumpfheit unserer Erkenntnis, die abgegriffenen Gewohnheiten unserer Frömmigkeit, unser allzu leichtes Annehmen der Wege dieser Welt überwindet und den Gemeinden und ihren Gliedern, die ihre Herzen und Sinne den Gaben des Geistes öffnen, neues Leben schenkt.

Der Heilige Geist ist der Geist des Zeugnisses und des missionarischen Gehorsams, der uns drängt, endlich unser Denken und Tun nicht mehr um uns selber kreisen zu lassen, sondern der uns hinaussendet in die Welt mit ihren zum Himmel schreienden geistlichen und materiellen Nöten, um dort durch Wort und Tat zu bezeugen, daß die Menschheit von der Liebe Gottes in Christus umgeben ist.

Der Heilige Geist ist der Geist der Versöhnung, der Mißverständnisse und Entfremdung unter den Kirchen selber überwindet und sie fähig macht, eine Kraft des Friedens zwischen Völkern und Rassen zu werden.

Darum lasset uns der Gegenwart von Gottes Heiligem Geist uns freuen. Lasset uns von neuem Seine alles umformende Kraft bezeugen. Lasset uns Gott preisen und die Früchte Seines Geistes genießen, der gekommen ist, um uns zu größerer Fülle des Lebens zu führen, heute und allezeit.»

Emil Fuchs

Zu seinem 85. Geburtstag

Professor Emil Fuchs in Leipzig, unser allverehrter Freund, wird am 13. Mai 85 Jahre alt. Man würde es kaum glauben, wenn man ihn in seiner sprudelnden Lebendigkeit vor sich sieht, und erst recht nicht, wenn man an die Bücher denkt, die immer noch, fast ohne Unterbruch, aus seiner nimmermüden Feder fließen. In den letzten Jahren allein hat er uns eine in mehreren Auflagen verbreitete Studie über «Marxismus und Christentum» geschenkt, dann den ersten Teil eines Werkes «Christliche und marxistische Ethik», den ersten Teil seiner Lebensgeschichte und schließlich ebenfalls den ersten Band einer Dogmatik («Christlicher Glaube») – und dabei ist all dies nur ein Stück seiner Gesamtarbeit, die noch lange nicht fertig ist, wenn es einfach auf ihn ankommt! Emil Fuchs ist so in seiner wunderbaren Schaffenskraft ein eigentliches Phänomen – dieser schmächtige, leiblich eher kleine Mann, der doch eine Riese des Geistes ist und «alle anderen um eines Hauptes Länge überragt», wie es von Saul heißt.

Ich habe von Emil Fuchs zuerst durch Vermittlung von Friedrich Naumanns «Hilfe» gehört, die ich seinerzeit als junger Student ein paar Jahre lang las, bis mir der immer gröber werdende deutsche Nationalismus und Imperialismus des einstigen Propheten eines sozialen Christentums vollends unerträglich wurde. Fuchs ist diesen Weg Naumanns nicht mitgegangen. Sein Weg führte ihn immer tiefer in die sozialistische Bewegung hinein, in die radikale Arbeiterschaft, in den Gegensatz zu allem, was Kapitalismus, Nationalismus, Militarismus heißt. Er blieb Christus treu und nahm in seiner Nachfolge Verkennung, Anfeindung, Verfolgung in einem Maß auf sich, wie das nur wahrhaft gläubige Menschen vermögen, erfuhr aber auch die getroste Freudigkeit und den alle Vernunft überragenden Frieden, die immer der Lohn des standhaften, guten Kampfes für die Sache Gottes und Christi sind.

*

Emil Fuchs kommt vom deutschen liberalen Protestantismus und zugleich von einem Christentum ausgesprochen lutherischer Prägung her. Wie er seinen Weg von hier in eine vielfältig neue Welt des Glaubens und Schaffens fand, beschreibt er in seiner (auch in den «Neuen Wegen» besprochenen) Lebensgeschichte auf ungemein reizvolle Weise. Die äußeren Stationen seiner Reise möge man in dieser Erzählung miterleben, deren zweiter Band demnächst erscheinen soll. Hier sei nur vermerkt, daß Emil Fuchs nach dem Zweiten Weltkrieg, den er unter viel Leid und Opfern durchlebte, zuerst einen längeren Aufenthalt in den Vereinigten Staaten nahm und dann in Westdeutschland neu zu wirken versuchte, 1949 aber, enttäuscht von der Wiederaufrichtung der alten Mächte und Ordnungen, in die Deutsche

Demokratische Republik übersiedelte. In Leipzig übernahm er eine Professur für systematische Theologie und baute – eine originelle Schöpfung – das religions-soziologische Institut auf, an dem er, obwohl nun pensioniert, noch weiterhin einige Seminare abhält, neben seiner regen schriftstellerischen und publizistischen Tätigkeit. Treu umsorgt von seinen Freunden Hager führt er ein bescheidenes, zurückgezogenes Leben draußen an der vorstädtischen Rochlitzstraße, wo ich ihn – außer anderen Begegnungen, die wir hatten, auch auf dem Flumserberg – wiederholt besuchen durfte.

*

Gleichsam die Summe seines Forschens und Lebens zieht Emil Fuchs in seiner Glaubenslehre, deren erster Band, wie schon bemerkt, seit einiger Zeit vorliegt («Christlicher Glaube», I. Teil: Die Botschaft des Evangeliums in der Kritik der menschlichen Erfahrung und des menschlichen Denkens. Verlag Max Niemeyer, Halle an der Saale). Die Eigenart dieses Werkes kennzeichnet schon der Untertitel: (Der Christliche Glaube) «In seiner Auseinandersetzung mit den Mächten, Fragen, Nöten der Gegenwart und in seiner Wahrheit erfaßt und dargestellt.» Was das heißt, erläutert der Verfasser selbst in einem Brief an einen deutschen Theologen: «Wie meine ethischen Schriften es schon versuchten, versucht mein ‚Christlicher Glaube' jede Frage in die konkrete Lage des Christen und der Gesellschaft zu stellen, aus der sie erwachsen ist, und in dieser Lage die Lösung aufzuzeigen, die ganz gewiß nie gefunden werden könnte, wenn nicht auch jenes abstrakt-theologische Denken vorangegangen wäre (von dem er an anderer Stelle des Briefes redet) . . . Ob es mir gelungen ist – in aller Einfachheit – die Wahrheiten und Wirklichkeiten zu zeigen und die Glaubensbegründungen aufzuweisen, die dieser Zeit standhalten, kann ich nicht wissen. Ich versuchte darzustellen, was mir Halt und Kraft in diesen und gegenüber diesen Nöten wurde.» Und er fügt bei: «Ich stehe dabei wohl in der Nachfolge der beiden Blumhardts und vor allem von Leonhard Ragaz, die – wie ich meine – in unserem kirchlichen und theologischen Leben zu sehr vergessen sind.»

Damit ist bereits einigermaßen der Standort umrissen, den Emil Fuchs in seinem Suchen nach der Wahrheit gewonnen hat. Ich bin nicht zuständig, über die Theologie Fuchsens (im wissenschaftlichen Sinn verstanden) zu urteilen; das mögen die «Fachleute» tun. Aber ich darf wohl bekennen, daß mir immer wieder die Verbindung von tiefem Ernst und fröhlicher Gläubigkeit, die seine Frömmigkeit kennzeichnet, stärksten Eindruck gemacht hat. «Glaube» ist ihm ja nichts anderes als «jene Haltung, in der der Mensch von der Wirklichkeit Gottes getroffen ist und ihr sich in Vertrauen und Liebe hingibt». Das bewahrt ihn vor jeder Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit. «Es kann auch Christen, christlichen Gemeinden und Kirchen geschehen, daß die vom Menschen gemachten religiösen Formen wei-

tergegeben werden ohne den ‚Glauben', das heißt in einem Glauben, der an die Überlieferung glaubt, der die Gemeinde oder Kirche an Stelle Gottes und der Wahrheit setzt. Es kann geschehen, daß Kirchen nicht mehr getragen werden von denen, die in einem Zusammentreffen mit dem Auferstandenen erwacht und von ihm bewegt sind, sondern von der Überlieferung und Gewohnheit. Dann kann eine nichtchristliche Religion unter Umständen das Leben Gottes mehr besitzen als eine sogenannte christliche. Dann kann ein Mahatma Gandhi mehr von der Kraft des Auferstandenen in sich tragen als Bischöfe der christlichen Kirche.»

Das gilt schon für den mehr oder weniger privaten Lebensbereich der Menschen; es gilt aber namentlich auch für das Leben in den großen Gemeinschaften, die wir Gesellschaft, Wirtschaft, Nation, Staat, Völkerbeziehungen heißen. Daß hier die christlichen Kirchen weithin auf tragische, schuldhafte Art versagt haben, ist der große Schmerz Fuchsens, der auch in seiner Glaubenslehre immer wieder durchbricht und ihre ganz besondere Zeitgemäßheit ausmacht. Trotz dem Aufkommen eines brutalen, gottlosen Kapitalismus und trotzdem sich die soziale Frage mit all ihrer Wucht und Dringlichkeit vor das Gewissen der Menschen stellte, waren die Kirchen ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Die Christenheit verharrte in ihrer konservativen Haltung. «Sie hatte die Botschaft und den Ruf, der sie zur Erkenntnis der Sünde wecken sollte, und er weckte sie nur für jene private Sphäre, von der aus ihre volle Kraft nicht da ist . . . In Zeiten, in denen ein Dienstmädchen, das seine Herrschaft bestohlen hatte, zur Deportation verurteilt wurde (in England), hatte auch die Kirche keine Spur von gewissenerweckender Kraft gegen das Stehlen des Arbeitsertrages der arbeitenden Menschen duch den Kapitalisten. Es ist ganz deutlich, daß man zum Teil sehr scharfen Kampf gegen private Sünden führte, auch soweit sie öffentliche Zersetzungserscheinungen waren. Sie wurden aber immer vom privaten Sündenbewußtsein her angegriffen (Pietismus, Methodismus, Heilsarmee). Dem Gesamtgewissen gegenüber war man befangen. Man war von ihm mitbeherrscht, eben weil man ein national beziehungsweise staatlich eingeengtes Evangelium hatte.» Das wurde dann besonders deutlich in den Fragen der Kolonialpolitik und des Krieges, der Klassenkämpfe, der staatlichen Macht, ihrer Verfälschung und Begrenzung. «So kam Karl Max und schaute die Gesellschaft mit den Augen der Unterdrückten an, erkannte von hier aus ihre tiefe Sünde und rief die Unterdrückten zur Freiheitsbewegung, zeigte ihnen den Weg und gab ihnen mit seiner Erkenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung die Mittel der Befreiung.» Und hinter Marx kam Lenin und kam Stalin und begannen eine neue Gesellschaft ohne und gegen die Christenheit aufzubauen, die in erster Linie berufen gewesen wäre, ein Reich der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit und des Friedens zu erschaffen.

*

In dieser Lage können die Christen nichts anderes tun als gegen die ganze Unrechtsordnung, in der sich unser heutiges Leben abspielt, entschlossen Partei zu ergreifen. Fuchs sagt das in all seinen Reden und Schriften mit letzter Deutlichkeit. «Indem man Sünde Sünde, Macht Macht, Lüge Lüge nennt und dies eben nicht nur im persönlichen Bereich, sondern auch im Krieg und Nationalismus den Egoismus und die Sünde sieht, würde man eine innere Erschütterung und Besinnung schaffen können, die die Nebel vertreibt, mit denen heute Völker und Staatsmänner ihre Politik umhüllen. Solange aber die Kirche dieser Politik und allen ihren Mitteln bis zum Krieg nicht in ganzer Entschlossenheit entgegensteht, solange sie sogar die Sünde entschuldigt und rechtfertigt, solange arbeitet sie daran, ihre eigene Botschaft für sich und die Menschheit kraftlos, unglaubwürdig zu machen. Wie sollen die Menschen glauben, daß Jesus Christus Herr und König der Menschheit ist, wenn man zugleich als möglich erscheinen läßt, daß Gewalt, Krieg, List und Lüge Segen schaffen könnten?» So fragt Fuchs in seinem Büchlein über christliche und marxistische Ethik. Von einem Erwachen der Christenheit aber, die ihren Platz im Kampf gegen die alte, widerchristliche und widermenschliche Gemeinschaftsordnung endlich erkennt und einnimmt, erwartet er eine neue Haltung auch der nichtchristlichen, der marxistisch-kommunistischen Erneuerungsbewegung. «Da würde sich die schwere Kluft, die heute die christliche und marxistische Welt trennt, in dem gemeinsamen Ringen um Überwindung schließen. Dann würde es nicht mehr nötig sein, mit Gewalt und Mißtrauen einer widerwilligen Welt die dringendsten Besserungen zugunsten der Leidenden abzunötigen. Und damit würde schwerstes Leid des Kampfes, der heute die Menschheit durchtobt und bedroht, unnötig.»

*

An diesem Punkt – im Verhältnis der Christen zu Marxisten und Kommunisten – stellen sich freilich Probleme, die einer besonderen Erörterung bedürfen. Bei ihrer Lösung können wir unserem Freund Fuchs nicht immer folgen, vielleicht darum, weil wir den Dingen äußerlich ferner stehen als er, der mitten im Leben und Kampf eines kommunistisch regierten Staates drinsteht und es mit einer Kirche zu tun hat, die als Ganzes noch weit davon entfernt ist, ihre Aufgabe so zu sehen, wie er sie sieht. Das ändert aber nichts daran, daß wir uns mit Emil Fuchs tief verbunden wissen als dem kraftvollsten und bedeutendsten Vertreter des «sozialen Christentums», den wir heute im deutschen Sprachgebiet kennen. Möge ihm die Klarheit seines Geistes und die Mächtigkeit seiner Verkündigung noch recht lange erhalten bleiben, und möge er wissen, daß ihm auch die schweizerischen Religiössozialen tief dankbar sind für alles, was er uns in einem langen, gesegneten Leben erkämpft und geschenkt hat! *Hugo Kramer*

Alles zerstörender Atomkrieg oder Aufbau einer friedlichen Welt

Der Beitrag der Wissenschaft zu dieser Welt

Grundsätzlich neues Durchdenken nicht nur der Probleme internationaler Beziehungen, sondern des menschlichen Lebens und seiner Möglichkeiten überhaupt ist, nach Bertrand Russell, angesichts der drohenden Ausrottung des Menschengeschlechts nötig.

Einen wertvollen Beitrag zu dieser Neuorientierung bietet Professor Bernals Buch: Welt ohne Krieg[1]. Es liegt vorläufig nur in englischer Sprache vor, wird aber sicher in kurzem übersetzt werden müssen, ist doch Professor Bernal nach dem «New Statesman» gegenwärtig vielleicht der beste Kenner der Wissenschaft. Es wäre zu wünschen, fährt der «New Statesman» fort, einige von uns Nicht-Marxisten versuchten es Bernal in seinem wissenschaftlichen Weitblick, seinem brüderlichen Fühlen und seiner Sorge um das Wohl der Menschheit gleichzutun. Die Aneurin Bevan nahestehende «Tribune» fordert sogar, daß, wer immer für das Parlament kandidiere, Bernals Buch «Welt ohne Krieg» kennen müsse.

Unsere Leser spüren, daß die kommenden Jahre Entscheidungen bringen werden, sie wissen, daß wir im Kampf um den Frieden auf festverankerte «Interessen» und böswilligen Verdacht und Haß, die jenen Interessen dienen, stoßen werden. Wir hoffen in kommenden Ausgaben der «Neuen Wege» weitere Gedanken aus dem zukunftweisenden Werk Bernals veröffentlichen zu können.

Nachstehend nimmt vorerst in verdankenswerter Weise Frau Professor Gertrud Woker als Wissenschafterin Stellung zu Bernals Auffassungen.

Die Wissenschaft, die dem Atomzeitalter ihren Stempel aufgedrückt hat, steht am Scheideweg. Der eine Weg führt in den Abgrund des Atomkrieges, «in das grauenvolle Ende aller Zivilisation, ja des Lebens selbst», der andere weist aufwärts, in eine im Aufbau begriffene glückliche Welt.

Zum Unterschied von Autoren, die in ihren Werken nur dem einen oder dem andern der beiden Pfade nachgegangen sind, stellt Professor Bernal beide Aspekte in ihren Wechselwirkungen dar.

Der Atomkrieg

Seinen Ausführungen schickt Bernal zunächst in der Einleitung und im Kapitel «Nuklearkrieg» eine Darstellung des Atomkriegs voraus, wie sie – auf knappsten Raum zusammengedrängt – plastischer kaum irgendwo sonst zu finden sein dürfte. Daß ein führender Wissenschafter, der zur Zeit, als die Atombombe auf Hiroshima fiel, selbst in Whitehall, im Zentrum der englischen Militärmaschine, arbeitete, aus seinem fundamentalen Wissen um die Tatsachen und aus der eigenen ungeheuren Erfahrung heraus, den Atomkrieg in seinen verschiedenen Aspekten darstellt, dafür kann ihm die Menschheit nicht dankbar genug sein. Denjenigen, die den Krieg noch mit den Augen

[1] «World Without War», von J. D. Bernal, Routledge & Paul Kegan, 296 Seiten, Preis: 25 Schilling. Die Zahlen nach den Zitaten im folgenden Text geben die Seitenzahlen an, wo sich dieselben in der englischen Ausgabe befinden.

unserer Urgroßväter betrachten, die «zur Entschuldigung für die Zerstörung der Länder anderer Völker anführten, daß man Gut und Blut des eigenen Volkes bewahren müsse», gibt Professor Bernal zu bedenken, daß man heute weiß, daß bei Beginn eines Atomkriegs die Bevölkerung beider Seiten, diese des braven Verteidigers und jene des bösen Angreifers, in gleicher Weise der Zerstörung preisgegeben ist, so daß das ganze Kriegsgeschäft zur Verrücktheit, zur selbstmörderischen Absurdität, ja zum Verbrechen wird (2).

Was gewisse Phrasen, wie «das große Abschreckungsmittel», «massives Zurückschlagen» und «begrenzter Krieg mit taktischen Atomwaffen», ausgedrückt in den Bezeichnungen für menschliches Leiden und sicheren Tod, an Grauen bedeuten, ist nicht so gut bekannt, wie es sein sollte. Sonst würden die Leute nicht so leicht dahin schwätzen, daß sie es vorzögen «atomisiert» zu werden oder daß die Wasserstoffbombe nur eben eine andere Waffe sei, die sich im wesentlichen von einer Sprengbombe oder einer Handgranate nicht unterscheide (3).

Vom grundlegenden Unterschied der radioaktiven Verseuchung weiß man nichts, darf man nichts oder will man nichts wissen; denn man muß ja die Atompanik überwinden, wie es wörtlich in einem Referat in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 24. Februar 1959 über einen Vortrag von Oberstdivisionär Uhlmann steht. Wer wirklich in dem Wunschtraum befangen ist, man könne die Atomgefahr damit aus der Welt schaffen, daß man nach dem Vorbild des Vogels Strauß den Kopf in den Sand steckt und Truppen und Bevölkerung veranlaßt, das gleiche zu tun, ja wer sogar nach dem selben Blatt (28. Februar 1959) so absolut kenntnislos, wenn nicht bewußt verlogen ist, um die als «Atomtodkampagne» bezeichnete Feststellung von Tatsachen als «aufgelegten Schwindel» zu diffamieren, dem mag – unter vielen andern meisterhaften Schilderungen – die folgende Skizzierung des Atomkriegs mit den heute zur Verfügung beider Blöcke stehenden Kriegsmitteln ebensosehr eine unwiderlegbare Lehre wie ein Appell an das eigene Gewissen, an die eigene Verantwortlichkeit sein:

«1957 haben wir die äußerste Grenze der Zerstörungskraft in der Vervollkommnung der interkontinentalen ballistischen Rakete erreicht. Von nun an ist kein Land sicher vor direkten Schlägen auf seine vitalsten Einrichtungen. Schon vorher war es nach den Testversuchen mit den Wasserstoffbomben klar, daß jeder größere Krieg, selbst ohne Raketen mit großer Reichweite, eine derartige globale Verseuchung der Atmosphäre, des Wassers und des Erdbodens verursachen werde, daß die Fortführung jeder Art zivilisierten Lebens unmöglich wäre. Alle würden an Strahlenkrankheit diesen oder jenen Grades leiden und die Überlebenden – Menschen sowohl wie Tiere – würden genetischen Schäden in einem Grad ausgesetzt sein wie nie zuvor in der Geschichte der Erde (8).» «Was unvermeidliche Zerstörung garantiert, ist die Kombination von Raketen großer Reichweite und solcher

Geschwindigkeit, daß sie nicht aufgehalten werden können, mit einem atomaren Sprengkopf, befähigt zu furchtbarer Zerstörung über Hunderte von Quadratkilometern und noch weiter reichenden radioaktiven Schäden. Für alle außer einigen militärischen – bei uns offenbar besonders verbreiteten – Fanatikern erscheinen diese ‚äußersten Waffen' nicht mehr als Mittel, um Kriege zu gewinnen, sondern als Mittel, um Massenselbstmord zu begehen. Der Krieg, der immer ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellte, ist nun zugleich vollendeter Irrsinn geworden. Es ist unmöglich, Entscheidungen durch begrenzte Kriegsmethoden zu erlangen, wo die unterschiedslos zerstörende Kraft der Wasserstoffbombe in der Reserve ist (9).»

Wo sieht man eine Verteidigungschance in einem die gegenseitige Zerstörung unbarmherzig nach sich ziehenden Exterminationskrieg? Jeder mag sich diese Frage selbst beantworten, wenn er sich die Beschreibung eines solchen vor Augen hält. So sagt Prof. *Bernal* darüber: «Wenn wir es zulassen, daß eine einzige Atombombe irgendwelcher Größe abgeworfen wird, so wird es sehr schwer sein, zu verhindern, daß mindestens die Hälfte der Weltstädte zerstört wird ... Der Strahlungsschaden wird enorm und von größter Ausdehnung sein; kein Teil der Welt wird verschont bleiben, und der dadurch verursachte Verlust an Menschenleben wird sicherlich in die Hunderte von Millionen gehen. Vielleicht die Hälfte oder sogar drei Viertel der Menschen werden zugrunde gehen, je nach der Dauer des Krieges und der Menge der abgeworfenen Bomben. Wenn der Kriegsausbruch nach Errichtung unterirdischer, geschützter Raketen-Abschußrampen erfolgt, so dürfte dies noch schlimmer sein. Kürzlich stellte ein amerikanischer General, bei dem Versuch, die Griechen zur Errichtung solch einer unterirdischen Rampe zu gewinnen, fest, daß 40 abgeworfene H-Bomben nicht imstande wären, den Raketenposten am Abfeuern zu hindern. Was diese 40 in Griechenland anrichten würden, wenn 50 hinreichen, um Großbritannien zu erledigen, war ein Punkt, auf den er nicht eingehen wollte. Es sieht so aus, als ob die einzigen Überlebenden eines richtig geführten Atomkriegs die Mannschaft der Raketenartillerie in ihren Bunkern sein würde (9). Mit dem Überleben ist es zwar auch für diese nicht weit her. Denn wenn sie das Kriegsende oder schon vorher Hunger und Durst veranlassen[2], an die Erdoberfläche zu kriechen, finden sie eine auf mindestens eine Generation tödlich radioaktiv verseuchte, physikalisch und biologisch verwüstete Welt, die an sich ein rasch oder qualvoll langsam sich vollstreckendes Todesurteil bedeutet.»

Es ist aus räumlichen Gründen nicht möglich, auf die grundlegenden, oft mit bitterster Satire durchsetzten Bemerkungen Bernals einzugehen, wie zum Beispiel über die unsagbar dummen, schon als solche

[2] Bernal (13) weist auf die Unwahrscheinlichkeit hin, Vorräte für länger als zwei Jahre mitnehmen zu können.

die Erdbevölkerung gefährdenden Versuchsexplosionen und andere Vorbereitungen zum drastischen Abschneiden ihres Lebensfadens in einem durch Völkerverhetzung und Kriegspropaganda und selbst aus Versehen zur Auslösung gebrachten Druckknopfkriege, der die feindlichen Blöcke und alles, was gänzlich unbeteiligt zwischen ihnen und um sie herum lebt, in einer einzigen, ungeheuerlichen Orgie der Zerstörungswut unter sich begräbt. Staatsmänner, Militärs und Journalisten – nicht zuletzt die schweizerischen – täten gut daran, sich die Lehren dieses von größter Sachkenntnis untermauerten, ausgezeichneten Abschnitts über den Atomkrieg sowie die Ausführungen über den Kalten Krieg doppelt und dreimal hinter die Ohren zu schreiben und sich einer Ausrottungspolitik, die den Bruch ratifizierter völkerrechtlicher Konventionen schon als etwas ganz Selbstverständliches betrachtet, zu schämen. Sie wird wohl am besten durch die heuchlerische Rechtfertigung der Versuchsexplosionen charakterisiert, die zur Verbesserung der «sauberen», für «begrenzte Kriegführung», also, wie behauptet, zur «Humanisierung» der Bombe dienen sollen.

In praxi sieht die Humanisierung so aus, daß der Bombe von einem amerikanischen Schriftsteller nachgerühmt wird, sie sei imstande, mit einem Verlust von nur (!) 20 Millionen amerikanischer Bürger 100 Millionen Russen zu töten. Die ungefähr 200 Millionen Briten und anderen Europäer, die in diesem Prozeß getötet würden, sind dabei weder erwähnt noch gezählt (19, siehe auch 16).

Daß bei der angeführten «sauberen» Berechnung das Verhältnis zwischen getöteten Russen und getöteten amerikanischen Bürgern weit eher das umgekehrte sein dürfte, ist dem «menschenfreundlichen» amerikanischen Schriftsteller allerdings entgangen; denn die weit größere Verwundbarkeit der Bevölkerungszusammenballungen in den amerikanischen Millionenstädten im Vergleich zu der Verteilung der Sowjetbevölkerung auf die Riesenräume der russischen Territorien läßt sich durch eine Überlegenheit der Waffen – vorausgesetzt, daß eine solche bestünde – nicht kompensieren.

«Soll es nichtsdestoweniger so weit kommen, daß die Zukunft des Menschengeschlechts in Frage gestellt ist, wenn wir so dumm und so schwach sind, um Verrückten zu erlauben, uns in einen Atomkrieg hineinzutreiben?» (24), «in einen Atomkrieg, der eine Tragödie darstellen würde, die über jedes Ausmaß an Tod und Leiden hinausgeht, die die Menschheit bisher durchgemacht hat (11).»

Was die Wissenschaft einer friedlichen Welt zu geben vermag

Aber Bernal bleibt, wie erwähnt, nicht stehen bei der Erkenntnis dieser Tragik, dieser doppelten Tragik, «die zugleich eine unsinnige Ironie darstellt, weil wir uns am Vorabend der praktischen Realisierung der enormen Möglichkeiten befinden, die die Wissenschaft, die die Atombombe erzeugte, an Sicherheit und Glück zu bringen ver-

mag» (11) und die eine Notwendigkeit darstellt «für das menschliche Überleben» (25). Es genügt Bernal nicht, darauf hinzuweisen, daß «die einzige Reaktion auf die Vernichtung der einen Seite die Erledigung der andern und zusätzlich aller Neutralen ist» (1), daß somit «die Politik der Aufstapelung von Bomben von immer größerer Zerstörungskraft, die Errichtung einer immer größeren Zahl von Raketenabschußbasen keine Lösung ist und nicht einmal von deren Befürwortern für eine solche gehalten wird» und daß es «auch nicht genügt, den Kampf zu vermeiden». Es muß vielmehr «etwas getan werden, um dem gegenwärtigen Zustand fortgesetzter Kriegsvorbereitungen und Kriegsdrohungen, einer Vergeudung menschlicher Hilfsquellen und menschlicher Intelligenz Einhalt zu gebieten, weil sie die ganze Entwicklung der Wissenschaft selbst und ihrer nützlichen Anwendungen blockiert» (1 bis 2) sowie die Völker der unterentwickelten Länder der Möglichkeit beraubt, sich einen anständigen Lebensstandard zu sichern (115, 216, 217, 244, 252).

«Auch die Völker der Welt beginnen einzusehen, daß irgendein anderer Weg gefunden werden muß, der sich abwendet von der Logik eines immer größere Zerstörungen bewirkenden Krieges und sich derjenigen eines konstruktiven Friedens zuwendet (1).»

Wenn wir von der direkten Hilfe absehen, die allein die Umleitung der Ausgaben für Kriegsvorbereitungen auf friedliche Zwecke und insbesondere zur Besserung der Lebensbedingungen der unterentwickelten Nationen darstellen würde und deren Ausmaß schon aus der Tatsache hervorgeht, daß ein einziger Raketenabschuß soviel kostet wie die Erstellung von Heimen für 500 Familien (27), vermag sich die Wissenschaft schon in ihrem heutigen unvollkommenen Zustand in mannigfacher Weise segensreich einzusetzen.

Ernährung

Sie vermag zur Lösung der Probleme beizutragen, die sich der Sicherung der Existenz einer im Durchschnitt jährlich um mehr als 1½ Prozent zunehmenden, in 40 Jahren sich verdoppelnden Erdbevölkerung (31) auch im Frieden entgegenstellen, einer Erdbevölkerung, deren Lebensstandard zum großen Teil gerade über dem Niveau des Verhungerns liegt (25). Dies ist eine Folge «der ökonomischen Entwicklung der Welt im Verlauf der vergangenen Jahrhunderte, die den Vorteil einiger auf Kosten anderer suchte» (30), einer Welt, die die Not erkannte und ihr hätte begegnen können, wenn sie sich darum bekümmert hätte (31). Rund «2700 Kalorien pro Tag sind notwendig, um das menschliche Leben in seiner vollen Arbeitskraft zu erhalten, aber 2000 Millionen, entsprechend 70 Prozent der menschlichen Rasse, kommen nicht auf diesen Wert, und viele von ihnen sind halb verhungert» (31). Tatsache ist, daß «die Unfähigkeit, zu arbeiten oder schwer zu arbeiten, in vielen Teilen der Welt durch

einfache Unterernährung bedingt ist» (71). «Der Unterernährung und ihren Folgen in Form von Krankheit und Unglück ein Ende zu setzen, muß unsere erste, auf der Hand liegende Aufgabe sein. Sie ist vorgängig ein Problem für Agronomen und Ingenieure» (31), «das eine vernunftgemäße wissenschaftliche Entwicklung der Hilfsquellen auf globaler Basis verlangt (37).» «Erschwerend ist dabei der Umstand, daß nur 10 Prozent der Erdoberfläche in irgendeiner Weise kultiviert sind, und zwar meist in der Form von rohem Grasland, das nur wenig besser ist als Wüsten- oder Moorboden. Nur 6½ Prozent sind intensiv kultiviert (66).» Rationelle Düngung mit aus der Luft gewonnenen Stickstoffverbindungen, Kaliumsalzen aus den natürlichen Lagerstätten, Phosphaten aus solchen und Tierkadavern, sowie vor allem mit den als Nebenprodukt der Stahlfabrikation in den hochindustrialisierten Ländern anfallenden Thomasschlacken könnte die Umwandlung in Nahrung über die Düngmittelgewinnung bedeutend steigern.

Da nur ein Dreißigstel des Futternährwertes durch die Konsumierung des Fleisches der Tiere nutzbar gemacht wird (74), anderseits das dem tierischen Eiweiß fernerstehende Pflanzeneiweiß lebensnotwendige Aminosäuren, wie Methionin, Tryptophan und Lysin, nur in geringer Menge enthält (76), ist es von großem Wert, daß es nach Bernal (74) kürzlich P e t e r s o n gelungen ist, eine samenlose Varietät eines Grases zu züchten, dessen Halme einen die gewöhnlichen Varietäten weit übersteigenden Eiweißgehalt aufweisen (32).

Berücksichtigt man endlich, daß ungefähr ein Viertel bis ein Drittel der Ernten durch pflanzliche und tierische Schädlinge vernichtet werden, so vermag die Entwicklung und allgemeine Anwendung der Mittel zu ihrer Bekämpfung (75, 260) einen großen Teil sonst verlorener Ernten zu retten.

Es ergibt sich somit die Beachtung der folgenden Punkte: Kultivierung von mehr Land; Verbesserung der Kultivierung; erhöhte Anwendung von Düngemitteln (76); verbesserte Aufzucht von Pflanzen und Tieren; Vermehrung des von den Ernten gegenwärtig genutzten Anteils und durch vermehrte Schädlingsbekämpfung die Möglichkeit, eine die heutige um das Zwei- bis Dreifache übersteigende Bevölkerung zu ernähren (76), wobei ein Landarbeiter unter günstigsten Bedingungen 20 Stadtbewohner mit Nahrung versorgen könnte (61). Von großer Bedeutung ist in dieser Hinsicht auch die Entwicklung der Fischerei, insbesondere in den Lagunenstreifen, die sich längs den tropischen kontinentalen Küstenlinien hinziehen, doch verlangt dies ausreichende Düngemittel für den den Fischen als Nahrung dienenden Plankton (79).

Es läßt sich jedoch leicht berechnen, wie weit die genannten, gewissermaßen klassischen Methoden zur Verbesserung landwirtschaftlicher Erträge auf die Dauer imstande sind, für die ausreichende Nahrungsversorgung einer rapid zunehmenden Erdbevölkerung aufzu-

kommen. Bernal sieht voraus, daß der Punkt des Ungenügens der derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisse in dieser Hinsicht in etwa 20 Jahren erreicht sein wird, in welcher Zeit sich die Bevölkerung um ungefähr einen Drittel vermehrt haben kann (z. B. 64, 79, 80). Über diese Zeit hinaus könnte dieselbe «nicht einmal auf dem gegenwärtigen niedrigen Lebensstandard erhalten werden, ohne die fortgesetzte Anwendung der neuen, durch die wissenschaftliche Forschung der letzten Jahre gewonnenen Erkenntnisse. Die ständige Bevölkerungsvermehrung (z. B. 31, 71, 82) würde ohne eine gegenüber der Vergangenheit stark gesteigerte Forschungstätigkeit zweifellos zu Hungersnot führen (273, 274)».

«Die Meisterung der chemischen Synthese ist es, die das erwähnte Ernährungsproblem zu lösen und einer zukünftigen, weit zahlreicheren menschlichen Rasse Unabhängigkeit und Sicherung des Lebens zu garantieren vermag.» (Siehe hierzu 273 bis 275.) Unter Zuhilfenahme der enormen Vermehrung einfacher Algen, wie der Chlorella, insbesondere unter der hemmungslosen Sonnenbestrahlung, wie sie in der Sahara besteht, aber auch mittels äußerst starker künstlicher Lichtquellen, kann deren maximal gesteigerte Photosynthese zur Erzeugung von Kohlehydrat, Fett und Eiweiß verwendet werden (273). Aber auch die Nutzbarmachung der einen großen Teil der Erdrinde repräsentierenden Ablagerungen von kohlensaurem Kalk, wie die alpinen Kreideketten, der Jura, die Kreidefelsen der englischen Küste ist möglich, sie sind in Kohlehydrate überführbar[3].

Die Fabrikation der Grundstoffe aller Eiweißnahrung, der Aminosäuren, der durch den Verdauungsvorgang der Proteine für Mensch und Tier erst resorbierbar gemachten Spaltprodukte, aus denen das körpereigene Eiweiß erst aufgebaut wird, ist industriell kein besonders schwierig zu lösendes Problem (274). «Obschon sich die Erdbevölkerung, von dem auf etwa 20 Millionen bei Beginn unserer Zeitrechnung um ungefähr 5000 v. Chr. geschätzten Betrag, über 700 Millionen um die Mitte des 18. Jahrhunderts, Verdoppelung dieses Betrags bis 1880 und nochmaliger Verdoppelung in weniger als 80 Jahren bis zum gegenwärtigen Stand von nahezu 2800 Millionen und weiterer Verdoppelung in den nächsten 40 Jahren (82) vermehrt[4], ist heute nicht zu befürchten, daß die Menschheit an Nahrungsmangel

[3] Ein solcher von der Verfasserin dieses Artikels eingereichter Plan befand sich unter den dem Delegierten für Arbeitsbeschaffung während des Zweiten Weltkrieges von der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern eingereichten Vorschlägen.

[4] Bernal (295) zitiert den Sachverständigenbericht an die UNO: «The Future Growth of World Population» 1958, nach dem, infolge der ständigen Zunahme der Wachstumsrate, diese Schätzung noch zu niedrig ist. Vielmehr würde die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2000 zwischen 5 und 7 Milliarden betragen.

zugrunde gehen wird.» Gewissermaßen als einen Mittelweg für die kommende Zeit schlägt Bernal vor, mit der Darstellung der früher genannten zwei oder drei Aminosäuren, so des Methionins, zu beginnen, die dem pflanzlichen Eiweiß mangeln, um durch deren Zusatz die armselige Nahrung der meisten asiatischen Bauern zu einer vollwertigen zu gestalten (274).

Energiewirtschaft

Nicht minder wie die «Kunst, aus Steinen Brot zu machen», die letzten Endes die Lösung des Ernährungsproblems bedeutet, stellt diejenige der Elementverwandlung ein Grundprinzip der alchimistischen Lehren dar, über die sich die Wissenschaft jahrhundertelang hoch erhaben dünkte. Aber losgelöst vom Profitmoment der Goldmacherei, ist das alte Prinzip in geläuterter Form, mit der Entdeckung der ganzen Fülle von Erkenntnissen, die sich aus der Atomspaltung ergeben, kaum faßbare Wirklichkeit geworden. Zu der großen Zahl von Isotopen – viele von ihnen, wie der «uralte Stein der Weisen» der Alchimisten, dem das Geheimnis der Lebensverlängerung zugeschrieben wurde (33, 279), sind von medizinischer Bedeutung (insbesondere für die Krebsbekämpfung und mit seiner Bildung innerlich verknüpft) – kommen die ungeheuren Mengen freiwerdender Energie, durch die die Menschheit von der Furcht eines in absehbarer Zeit eintretenden Energiemangels befreit worden ist (46 bis 50). Wenn er auch merkwürdigerweise der Erstellung möglichst vieler Atomanlagen, die als Brennmaterial Uranium oder Thorium verwenden, das Wort redet (48), so hat ihn offenbar doch auch das Gefahrenmoment zu der folgenden vorsichtigen Stellungnahme veranlaßt: «. . . es würde wahrscheinlich ein Fehler sein, diese besondere Quelle von Kernenergie in zu großem Ausmaß zu entwickeln, solange die Hoffnung besteht, daß – abgesehen von den riesigen Fortschritten der Nutzbarmachung der Sonnenenergie[5] – der andere, auf eine thermonukleare Reaktion sich gründende Prozeß, die Fusion (das ist die Verbindung von Wasserstoffkernen zu Helium bei enormen Temperaturen), praktisch in zwei oder drei Dezennien (48) gelöst sein wird (47 bis 49).» Der Wasserstoff des Wassers und des Schweren Wassers der Ozeane selbst stellt hier die unerschöpfliche Energiequelle dar, die – obschon sich ihr unkontrolliertes Freiwerden im Fluch der Wasserstoffbombe dokumentiert – nach ihrer im Laboratoriumsversuch schon geglückten Zähmung wahre Wunderdinge im Dienst der Menschheit zu verrichten vermag. Die mechanische Energie der Muskelkraft ungezählter Sklaven, Leibeigener und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Ausbeutung verfallener Menschen wird durch die Riesenmaschinen moderner Technik und Industrie ersetzt. Das zur Nutzbar-

[5] Bernal erwähnt in dieser Hinsicht die Verwendung billiger thermoelektrischer Substanzen, die die Sonnenwärme direkt in Elektrizität verwandeln (46).

machung unfruchtbaren Heidelandes erforderliche metertiefe Umgraben und andere zur Verbesserung der Ernten notwendige Arbeiten besorgen an keine Kraftlimite gebundene Gerätschaften einer mechanisierten Agrikultur. Chemische (wie auch elektrische) Energie gestattet die Gewinnung des Eisens aus seinen Erzen bei weit niedrigeren Temperaturen als im Hochofenprozeß (41) und die Ausbeutung immer ärmerer Erze und Rohmaterialien der verschiedensten Elemente, die sich in der «Granitschale» der Erde und die löslichen im Meerwasser finden (42, 43). Sie gestattet «vollkommen künstliche Brennstoffe, künstliches Petrol zum Beispiel, aufzubauen zum Betrieb unserer Wagen, wenn das natürliche Öl erschöpft sein wird». Ferner, da Energie nunmehr in jede Art Material, das wir benötigen, wandelbar ist, so in Gummi, Plastic und Kunstfasern (Nylon, Kunstseide und künstliche Wolle), ist es möglich, über die natürlichen Vorbilder hinaus völlig neue Substanzen mit den gewünschten Eigenschaften zu erzeugen (94, 266).

Elektrische Energie, die ohne die kostspielige Umwandlung über die mechanische der Turbinen direkt aus den nuklearen Prozessen gewonnen werden kann (166), dient, zusätzlich zu den vielfältigen Anwendungen des elektrischen Stroms, wie die thermische Energie (durch Destillation) zur Frischwasserherstellung aus Meerwasser (273). Dadurch kann in größtem Umfang durch Bewässerung von Steppen und Wüsten deren Fruchtbarmachung erreicht werden. Bei all dem handelt es sich nicht allein um die direkt sich auswirkenden Segnungen fast beliebig zur Verfügung stehender Energie in irgendeiner ihrer Formen. Nicht weniger bedeutungsvoll ist die indirekte Wirkung, die sich in der Befreiung des Menschen von mechanischer Arbeitslast dokumentiert. «Dadurch ergibt sich für Frauen und Männer in der ganzen Welt die Möglichkeit zur freien Entfaltung ihrer Fähigkeiten», «zu ihrer Befreiung für schöpferische Aufgaben», zu «ihrer eigenen Befriedigung wie zum Nutzen der Gemeinschaft», denn «die Vergeudung derselben ist zweifellos die größte in unserer gegenwärtigen halbzivilisierten Welt» (33, 36).

Da die Maschine nur nachbilden, der Mensch dagegen schöpferisch arbeiten kann, so soll die Maschine das tun, was sie besser versteht als ein Mensch, der letztere dagegen das, wozu er besser geeignet ist als die Maschine (36, 52).

«Wir verfügen heute über Kräfte und Erfindungen, die man sich früher kaum erträumt hätte, da sie entweder unbenutzt gelassen oder im Kriegsdienst gröblich mißbraucht wurden. Schon jetzt hängt nicht nur der Fortschritt der Medizin, sondern deren tägliche Praxis von der Aktivität wissenschaftlicher Forschung ab (32, 33) und in gleicher Weise eine gesunde Industrie und Landwirtschaft.»

«Es ist schwer, sich vorzustellen, welches die Wirkung der enormen ‚Infreiheitsetzung' menschlicher Intelligenz für die wissenschaftliche Forschung wäre, die einer Befreiung der Menschheit von der Drohung eines Atomkriegs und eines über sich selbst hinausgewachsenen kapitalistischen Systems folgen würde (268).» «Ebenso (wie die Ausbildung von Technikern) muß so früh als möglich die Basis grundlegender Wissenschaft im Universitätsunterricht und in der Forschung gelegt werden.» Studenten sollten dorthin gehen dürfen, wo dies ihren Interessen am besten dient. Durch ihre Studien werden bleibende Bande geknüpft, die so weit gehen sollten, daß sie die gesamte Wissenschaft als ein allgemein menschliches Unternehmen verbinden (192). Die Unterrichtsmethoden müßten einer radikalen Revision unterzogen werden (S. 197). Das Hauptgewicht ist mehr auf Entdeckung als auf Kenntnisse zu legen. Es soll nicht so sehr ein Vermitteln festgestellter Tatsachen sein als das Wegeweisen zur Kritik und zur Entdeckung neuer Wahrheiten (198), «eine Vorbereitung zur Forschung» (199). «Die Änderung von der erziehungsmäßigen Übermittlung zum erziehungsmäßigen Schöpferischen ist erheblich und wird zu ihrer Durchführung viel Zeit, Nachdenken und Experimentieren benötigen (199).» «Was am meisten not tut, ist eine allgemeine Intelligenz und die Fähigkeit, das prinzipiell Wesentliche des gerade behandelten Gegenstandes rasch und ohne zu viel Bindung an früher Gewohntes zu erfassen (200).» «In ihrem fundamentalen Sinn, im Entdecken neuer Dinge, ist Forschung eine Tätigkeit, die besondere geistige Fähigkeiten, jene des sogenannten wissenschaftlichen Genius, verlangt (201).» Man kann vermuten, daß ein guter Teil dieses Genius latent vorhanden und durch Erziehungsmethoden herabgedrückt oder zurückgedrängt ist . . . Die dem Genius besonders ungünstige Fehlerziehung ist dogmatisches Unterrichten: wenn alle Versuche selbständigen Denkens der Zensur unterworfen oder nicht einmal ermutigt werden, so wird die Möglichkeit, neue Ideenkombinationen zu formieren, die das Wesentliche des Genius ist, so wirksam zurückgedrängt, bis sie verschwindet. Mehr als das, wir können einen positiven Beitrag zu schöpferischem Denken einfach deswegen vermissen, weil wir uns um dessen Trainierung überhaupt nicht bekümmert haben 202). . . . «Betrachtet man die fast unbegrenzte Fähigkeit menschlicher Wesen zu entsprechendem Training, so gewinnt man den Eindruck, daß sich dieses ebensowohl auf die Entwicklung des Schöpferischen wie auf irgend etwas anderes anwenden läßt.» . . . «Gegenstand der Erziehung sollte in erster Linie das Entdecken, danach das Herausbringen und schließlich die Trainierung der Fähigkeiten zu schöpferischem Denken sein (203).»

Wenn das, was die Wissenschaft einer Welt ohne Krieg zu geben vermag, hier nur unvollkommen zur Darstellung gelangen konnte, da

auf die Einbeziehung weiter Gebiete, wie derjenigen der Überwindung bakterieller Krankheiten durch Antibiotika natürlicher und künstlicher Provenienz, verzichtet werden mußte, so tragen daran nicht etwa Lücken in der fast unergründlichen Fundgrube von Professor Bernals Wissen die Schuld, sondern lediglich die Undehnbarkeit des für die Besprechung dieses bemerkenswerten Buches zur Verfügung stehenden Raums. *Gertrud Woker*

Erlöst die Welt vom Hunger!

Durch die Vermittlung von Madame Gertrude Baer, Genf, erhielten wir den Wortlaut des Vortrages, den Herr B. R. Sen, Generaldirektor der FAO, in englischer Sprache vor der Società Italiana per l'Organizzazione Internazionale in Rom im Januar 1959 über sein Projekt gehalten und in großzügiger Weise zur Verbreitung freigegeben hat. Wir unterbreiten unsern Lesern diesen Vortrag in leicht gekürzter Form.

Ich möchte heute zu Ihnen über ein Thema sprechen, das nicht allein denkende Menschen in der ganzen Welt bewegt, sondern darüber hinaus von besonderer Bedeutung ist für Institutionen von der Art Ihrer Gesellschaft. Ich meine das Problem von Hunger, Armut und Unterernährung, das die Existenz von Millionen von Menschen in den verschiedenen Teilen der Welt beherrscht und dadurch Frieden und Sicherheit gefährdet. Wenn dieses Problem wirksam angepackt werden soll, so muß das Gewissen der Weltöffentlichkeit ständig aufgerüttelt und die Aufmerksamkeit auf die Größe der Gefahr gelenkt werden. Das Bewußtsein dieser Gefahr, in die maßgebenden Kreise getragen, kann bewirken, daß die Aufgabe auf nationaler und internationaler Ebene in Angriff genommen wird. Es ist dies ein Unternehmen, das die Anstrengungen sowohl der Regierungen wie der Völker erfordert, und eine unabhängige Organisation wie die Ihre kann darin eine wichtige Rolle spielen.

Das Problem des Hungers hat bestanden seit es eine menschliche Gesellschaft gibt. Es besteht heute kein Zweifel, daß einige der frühen Völkerwanderungen unter dem Druck von Nahrungsmangel und der Notwendigkeit, neue Nährquellen ausfindig zu machen, erfolgten. Die ganze soziale Geschichte des Menschen im Osten wie im Westen weist darauf hin, daß es kein Goldenes Zeitalter gab, da die ganze Bevölkerung der Welt von Hunger und Unterernährung frei war. Auch heute, trotz großartigen Fortschritten in Wissenschaft und Technik, und obschon die Entwicklung internationaler Zusammenarbeit unermeßliche Möglichkeiten für die Hebung des Menschen eröffnet hat, ist die Lage nicht viel anders. Verhältnismäßig wenige Gebiete der Welt sind frei von Not. Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika, mit mehr als der Hälfte der Weltbevölkerung, leiden unter dem Mangel einer Nah-

rung, die, qualitativ wie quantitativ, Gesundheit, Wachstum und körperliche Kraft erhalten könnte. Dies ist das größte Problem unseres Jahrhunderts, das Problem, neben welchem die meisten anderen, die unsere Aufmerksamkeit und Energie in Anspruch nehmen, wirklich trivial und von kurzfristiger Bedeutung sind.

Ein Vergleich von nationalen und internationalen Lebensstatistiken zeigt, wie groß der Unterschied zwischen wohlhabenden und armen Ländern, zwischen richtig ernährten und schlecht ernährten Menschen ist. Die durchschnittliche Lebenserwartung in Großbritannien zum Beispiel beläuft sich auf 68 Jahre, aber nur auf 32 Jahre in Indien (Durchschnitt 1950). Feststellungen über die Nahrungsaufnahme, in Kalorien und Eiweißbestandteilen gemessen, weisen eine ebensogroße Kluft auf. Diese Statistiken überdies sagen längst nicht alles aus und müssen auf menschliche Ausdrucksformen zurückgeführt werden, um die ganze Tragödie zu offenbaren, die in ihnen verborgen liegt. Versteckter Hunger, ein anderer Name für Unterernährung, ist ein ständiger Gefährte der Armut, für den Einzelnen wie für das ganze Volk. Hunger äußert sich in herabgesetzter Vitalität und dadurch bedingter Untätigkeit. Er führt zu höheren Sterblichkeitsziffern bei Säuglingen und Schwangeren, zu Mangelkrankheiten und Tuberkulose, in einem Wort zu viel Leiden, das verhütbar ist und nicht verhütet wird. Diejenigen unter Ihnen, die, wie ich, in manchen Teilen der Welt die Hunderte von zu Skeletten abgemagerten Kindern gesehen haben, die frühzeitig gealterten Mütter und die untätige Jugend, werden begreifen, welches Maß menschlicher Tragödie unmittelbar auf Armut und Unterernährung zurückgeführt werden kann.

Die Antwort auf ein so gewaltiges und weltweites Problem kann offensichtlich nicht einfach sein. Es muß auf allen Ebenen gleichzeitig angepackt werden. Unsere Bemühungen werden sich richten müssen auf erhöhte Erzeugung von Nahrungsmitteln wie von Kaufkraft, auf eine allgemeine Ausdehnung wirtschaftlicher Tätigkeit, wie auf die Verbreitung von Grundsätzen richtiger Ernährung. Wir werden dafür sorgen müssen, daß die Einschränkungen im internationalen Handel mit Lebensmitteln fallen, so daß auch von dieser Seite dem Wohlergehen der ländlichen Lebensgemeinschaften keine Gefahr droht. Diese Ziele können weder von Einzelpersonen noch von einzelnen Nationen verfolgt werden. Eine gemeinsame Auswertung von Hilfsquellen und gewonnenen Erfahrungen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine koordinierte Inangriffnahme und Lösung der Aufgabe.

Vor etwa 15 Jahren schufen die Vereinten Nationen die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und taten damit einen ersten großen Schritt zur Lösung des Hungerproblems. Es war ein Schritt, der von großem Weitblick zeugte. Das Wissen um die vielen Aspekte dieser Frage hat sich auf Grund der 15jährigen Tätigkeit der FAO enorm erweitert. Aber Wissen allein genügt nicht, es muß die Tat folgen, wenn die erstrebten Ziele erreicht werden sollen.

Die besondere Dringlichkeit der Behandlung des Problems erhellt aus dem «explosiv» sich steigernden Wachstum der Weltbevölkerung. Diese zählt heute etwa 2700 Millionen und vermehrt sich um 1,6 Prozent pro Jahr. Wenn diese Wachstumsrate erhalten bleibt, so werden um die Jahrhundertwende etwa 5000 Millionen Menschen auf dieser Erde sein. Das Bedenklichste an dieser Situation nun ist das langsame Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung in eben jenen Gebieten, wo der empfindlichste Nahrungsmangel herrscht.

Dabei ist jedoch klar, daß es keinen absoluten Maßstab für ein Optimum der Bevölkerungszunahme gibt. In den USA zum Beispiel, deren Bevölkerung zweifellos die bestgenährte der Welt ist, beträgt die Wachstumsrate 1,8 Prozent (Durchschnitt 1953/1956), ist also höher als diejenige Indiens mit 1,3 Prozent pro Jahr. Doch steht die amerikanische Produktivität pro Kopf so hoch über derjenigen Indiens, daß die USA-Wachstumsrate in Amerika zu keinen Bedenken Anlaß gibt, während die 1,3 Prozent, um die die indische Bevölkerung jährlich zunimmt, alarmierend wirken, weil Indien so wenig produziert, das heißt nicht einmal so viel, daß die Produktionsrate mit der Bevölkerungszunahme Schritt hält.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Bevölkerung in manchen Teilen der Welt, in hochentwickelten wie in weniger entwickelten, stärker vermehrt als vorher. Damit parallel ging eine auffallende Zunahme der Nahrungsmittelproduktion, so daß sie dem Volkswachstum ungefähr die Waage hält. Es gibt immerhin Gebiete, hauptsächlich in Südostasien und Lateinamerika, wo die Nahrungsmittelerzeugung zurückgegangen ist, während sie in den höchstentwickelten Gebieten wie Nordamerika und Westeuropa den stärksten Aufschwung nahm und bedeutende Überschüsse hervorbrachte. Die technischen Möglichkeiten der Nahrungsmittelproduktion sind heute offensichtlich weit größer als die Mengen, die in der Welt tatsächlich produziert werden, doch wird der Verbrauch an Lebensmitteln ebensosehr durch den Mangel an Kaufkraft wie durch den Mangel an Waren beschränkt. Infolge der heutigen handelstechnischen und wirtschaftlichen Einrichtungen ist die Welt nicht imstande, die Nahrungsmittel, die sie in noch größeren Mengen hervorbringen könnte, dem Verbrauch zuzuführen. Dieses Dilemma von Hunger und Überschuß ist ein Widersinn, der unserem Zeitalter viel Kopfzerbrechen bereitet. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation hat seit ihrer Gründung versucht, dieses Paradox zu lösen. Bisher ohne Erfolg.

Ich erwähnte vorhin, daß die technischen Möglichkeiten der Produktion die tatsächliche Erzeugung weit übersteigen. Fragen wir uns einmal, wo die Möglichkeiten einer Steigerung der Produktion liegen. Es wird oft angenommen, daß das Gebiet von ungefähr einer Milliarde Hektaren, das heißt die etwa 10 Prozent der Erdoberfläche, die heute kultiviert werden, das Maximum an kultivierbarem Land darstellen.

Dies ist längst nicht der Fall. Einigermaßen voll ausgenützt wird das Kulturland nur in der gemäßigten Zone der nördlichen Hemisphäre und in den tropischen Ländern Asiens. Ob es je möglich sein wird, den breiten Gürtel tropischer Dschungelgebiete Afrikas und Südamerikas als Kulturland zu nützen, ist noch nicht genügend abgeklärt. Nach den Berechnungen des bekannten amerikanischen Bodenspezialisten Dr. Kellogg würde die Kultivierung von auch nur 20 Prozent der erwähnten Tropengebiete die Gesamtfläche des bebauten Landes um 400 Millionen Hektaren, also um 40 Prozent, vermehren. In den dichtbesiedelten Gebieten Asiens mag es schwierig sein, mehr Land als bisher unter den Pflug zu nehmen, außer in Gegenden, wo künstliche Bewässerung möglich ist. Dies ist der Fall in den meist dicht besiedelten Flußtälern, die in diesen Regionen den Großteil der Bevölkerung aufweisen. Hier könnten zwei oder drei Ernten pro Jahr erzielt werden, während jetzt meist nur einmal geerntet wird. Eine kürzlich veröffentlichte FAO-Studie, zum Beispiel, über das untere Ganges-Brahmaputra-Flußbecken, mit einer Bevölkerung von 130 Millionen, hat nachgewiesen, daß die bebauten Hektaren verdoppelt werden könnten, würde man vollen Gebrauch machen vom verfügbaren Wasser, statt es – wie es heute geschieht – unausgenützt dem Meer zuströmen zu lassen. Dabei ist die Möglichkeit einer Erhöhung der bisherigen Erträge noch nicht einmal in Berechnung gezogen. Ganz beträchtliche potentielle Möglichkeiten einer Ausdehnung des Kulturlandes existieren auch in den gutbewässerten Ländern der gemäßigten Zone der südlichen Hemisphäre. Es wäre hier auf den Süden Australiens, auf Uruguay und Südbrasilien hinzuweisen. Man schätzt, daß im Süden Australiens ungefähr 64 Millionen Hektaren gut bewässertes, ziemlich ebenes Land in eine Zone der Mischwirtschaft einbezogen werden könnten, während jetzt nur 16 Millionen Hektaren so genützt werden. Wahrscheinlich bestehen auch im Norden der heute genützten Kulturzone Kanadas und der Sowjetunion Landreserven, die eines Tages unter den Pflug kommen werden.

Der Spielraum für eine Erhöhung der Ernteerträge wäre noch größer als die Möglichkeit einer Erweiterung der bebauten Fläche, sofern neueste Erkenntnisse zur Anwendung kommen. Selbst in Gebieten mit ziemlich guten Regenmengen trägt zusätzliche Bewässerung, wie man erst neuerdings einzusehen beginnt, beträchtlich zur Erhöhung der Produktion bei. Weiter müssen wir uns mit der Frage der Kunstdünger befassen. Im Weltmaßstabe gesehen, haben wir eigentlich erst begonnen, die in den chemischen Düngern liegenden Möglichkeiten zu nützen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben. Asien, unter Ausschluß von Japan und seinen früheren Territorien, bebaut fast ebensoviel Land wie Amerika und Europa zusammen. Diese letzteren Gebiete verwenden aber etwa 15 Millionen Tonnen chemischen Dünger, während Asien nur eine halbe Million Tonnen zur Verfügung hat. Auch das Züchten besserer Kulturpflanzen, verbesserte Ausrüstung und die

Vermeidung von Verlusten durch Schädlinge und Krankheiten helfen, die Erträge zu erhöhen.

Um einen Begriff zu bekommen, wie sich moderne Methoden auswirken, brauchen wir nur die Lage Japans, dessen Bauern im allgemeinen wissenschaftliche Kenntnisse ausgiebig benützen, mit der Situation in Indien zu vergleichen, wo man in dieser Beziehung noch in den Anfängen steckt. Der Ertrag einer Hektare Kulturland ist ungefähr sechsmal so hoch in Japan wie in Indien. Es ist zuzugeben, daß in Japan fast alles Kulturland bewässert werden kann. Demgegenüber hat Indien den Vorzug eines wärmeren Klimas, das ununterbrochene Kultivation erlaubt. Es ist durchaus denkbar, daß die großen Landstriche Südostasiens bei dauernder Bewässerung und Anwendung wissenschaftlicher Methoden einen noch höheren Hektarenertrag herauswirtschaften könnten als Japan. Auch in der Tierhaltung bestehen – wenn man alle Faktoren in Betracht zieht – Möglichkeiten für eine Erhöhung des gegenwärtigen Weltertrages auf das Fünffache.

Wenn demnach die Grenzen einer künftigen Nahrungsmittelproduktion in weiter Ferne liegen, um so ferner als das Wissen um diese Dinge rapid zunimmt, so können wir daraus wohl Hoffnung für die Zukunft schöpfen, dürfen uns aber mit dem Tempo des Fortschrittes nicht zufriedengeben. Um ständigen Fortschritt zu sichern, werden wir weit größere Mittel einsetzen müssen für die Schulung der Zurückgebliebenen, für Forschung und aktuelle Anlagen und für internationale Leitung und Koordination unserer Bemühungen als von der UNO bis jetzt aufgebracht worden sind. Auch müssen die Institutionen der UNO größere Bereitschaft aufweisen, ein Klima zu schaffen, das produktive Anlagen und den vollen Einsatz technischer Mittel ermöglicht.

Dies ist der Hintergrund, gegen den ich meinen Vorschlag sehen möchte. Mein Plan ist, eine weltweite Kampagne in die Wege zu leiten, um endlich einmal die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Probleme des Hungers und der Armut zu leiten. Im Sommer 1958 schlug ich der ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat der UNO) ein Programm vor, das sorgfältig darauf angelegt war, diese Probleme auseinanderzusetzen und die Unterstützung für die notwendigen Maßnahmen zu finden. Ich schlug vor, das Jahr 1963 unter die Devise: «Erlöst die Welt vom Hunger» zu stellen – 1963, um der Kampagne die nötige Zeit zur Vorbereitung zu gewähren, aber auch weil sich dann die Gründung der FAO in Hot Springs (Roosevelt) zum zwanzigsten Male jährt. Die Reaktion des ECOSOC war höchst ermutigend – an seiner letzten Sitzung in Rom verlieh mir die Leitung der FAO das Recht, in Zusammenarbeit mit den Regierungen der FAO angehörender Länder die Detailpläne für die Kampagne auszuarbeiten. Zusammenarbeit ist auch gesichert mit den internationalen Hilfsorganisationen.

Nochmals möchte ich betonen, daß dieses Unternehmen auf der

Zusammenarbeit vieler Organisationen beruht. Die letzte Ursache des Hungers ist Armut, und die entscheidende Maßnahme dagegen ist eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung in den zurückgebliebenen Gebieten der Welt. Nun hängt der Erfolg der Kampagne entscheidend davon ab, wie schnell wir durch allgemeine und technische Schulung der Bevölkerung die nötigen Fachleute ausbilden können. Analphabeten können niemals komplizierte Produktionsprozesse meistern. Gut ausgebildete Techniker und Verwalter sind erforderlich für den industriellen Ausbau, verbesserte Methoden der wissenschaftlichen Forschung im landwirtschaftlichen Sektor. Dies ist die Aufgabe der UNESCO. Die wichtige Rolle der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erhellt aus der Notwendigkeit, die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Bevölkerung zu heben und Krankheiten zu verhüten. Das Internationale Arbeitsamt (ILO) wird sich mit den Beziehungen zwischen Arbeit und Entlöhnung und den sozialen Verhältnissen der Arbeitenden, mit der Organisation von Gewerkschaften und Genossenschaften zu befassen haben. Damit seien nur die wichtigsten Arbeitsgebiete der internationalen Organisationen skizziert. Nur ihre Zusammenarbeit im Team wird den Erfolg der Kampagne gewährleisten.

Es ist nur natürlich, daß die führende Rolle von der FAO übernommen wird, die in den 15 Jahren ihres Bestehens große Erfahrungen in den technischen und wirtschaftlichen Belangen dieser Probleme gesammelt hat. Die FAO weiß, daß es da keine Wunderkuren oder fixfertige Formeln für die Lösung gibt. Unter ihren Auspizien arbeiten Agronomen, Wirtschaftsspezialisten und Soziologen seit Jahren zusammen. Die FAO ist sich bewußt, daß der Mensch im Zentrum steht, daß seine Umgebung und sein Gefühl für menschliche Werte ständig gehoben werden müssen, wenn die Menschheit aus verbesserter Technik und gesunderer Wirtschaft einen dauernden Gewinn ziehen soll.

Da die FAO in diesen Problemen kompetent ist, habe ich angeregt, daß sie zur Einleitung der Kampagne eine Bestandesaufnahme besorgt. Sie wird sich erstrecken auf die Ernährungssituation in der Welt, auf die technischen Möglichkeiten, die bestehen, um die Nahrungserzeugung zu erhöhen, und eine Darstellung der Hindernisse, die der Verteilung der Agrarprodukte im internationalen Handel zum Beispiel entgegenstehen, und die Möglichkeiten zu deren Behebung durch nationale und internationale Abkommen.

Die Bestandesaufnahme als Arbeitsgrundlage wird weiteres Tatsachenmaterial von Forschungszentren der Länderregierungen beibringen und das Situationsbild ergänzen. Es wird in jenem Zeitpunkt bereits möglich sein, die Kosten des Aktionsprogrammes zu schätzen. Den nationalen und internationalen Hilfsorganisationen fällt vor allem die Aufgabe zu, durch alle Mittel der öffentlichen Diskussion in Presse und in Vorträgen das Interesse an der Kampagne zu wecken. Ein an Intensität ständig wachsender Propagandafeldzug wird schließlich im

Welternährungskongreß von 1963 seinen Höhepunkt erreichen. Jenem Kongreß liegt es ob, in Zusammenarbeit mit den Länderregierungen das Aktionsprogramm auszuarbeiten.

Die wichtigsten Maßnahmen werden naturgemäß auf die Regierungen der unterentwickelten Länder fallen. An ihnen ist es, die Leistung ihrer Arbeiter zu fördern und auf jede Weise ihr eigenes Volk zu energischem und wirkungsvollem Einsatz zu ermutigen. Gewiß wird auch die Beratung und Hilfe der internationalen Organisationen nach den Bedürfnissen der Völker verstärkt werden müssen. Wir erwarten auch, daß eine weitblickende Politik der reichen und bevorzugten Länder dazu führen wird, durch reichliche Mittel die Bemühungen der Benachteiligten um ihre Besserstellung zu unterstützen.

Das Interesse der Welt ist heute durch Unternehmungen wie das Wettrennen nach dem Mond in Anspruch genommen. Gewiß ist es das stete Trachten nach Erweiterung seines Wissens, was den Menschen von den übrigen Geschöpfen unterscheidet. Wir dürften jedoch alle auch darin übereinstimmen, daß unser Forschungsstreben bessere Erfolgsaussichten hat, wenn wir zunächst unsere Ausgangsposition sichern, wenn wir, mit anderen Worten, die Entwicklung des homo sapiens zu seiner vollen moralischen und geistigen Statur uns angelegen sein lassen, was ohne vollwertige physische Ernährung unmöglich ist.

Die wachsende Tragödie Südafrikas

Unter diesem Titel ist im «New Statesman» vom 28. Februar 1959 eine größere Arbeit erschienen, bei deren Studium man unwillkürlich an das Geschehen in Zentralafrika (Südrhodesien, Nyassaland und Nordrhodesien) und in Französisch-Kamerun denkt wie an eine zusammenhängende Kette. Auch wenn die Macht der Anhänger der «Apartheid» unter Dr. Verwoerd noch festgegründet scheint, so ist nicht zu übersehen, daß die Farbigen auch in Südafrika, wo der Druck der Weißen auf allen Lebensgebieten durch raffinierte Gesetze uns fast unüberwindbar vorkommt, sich doch zu regen beginnen. Die Kongreßbewegung, die den Afrikanischen Nationalkongreß, den Südafrikanisch-Indischen Kongreß, die Südafrikanische Organisation der farbigen Völker, den Demokratischen Kongreß der Weißen und den Südafrikanischen Kongreß der Gewerkschaften umfaßt, stellt die einzige machtvolle Opposition gegen die Regierung dar. Die bedeutendste Gruppe bildet der Südafrikanische Nationalkongreß, das eigentliche Organ der großen Masse des schwarzen Proletariats; dieses ist mit der Industrialisierung entstanden, und die Industrialisierung wiederum schuf eine afrikanische Linke, die nicht im Dogma kommunistisch

gesinnt ist, sondern nur mit den Kommunisten zusammenarbeitet, weil sie durch die Einigkeit der Weißen zur einheitlichen Opposition gedrängt wird. Revolutionen sind mit Worten leichter ausgelöst als in Wirklichkeit, und in Südafrika wären in einem solchen Falle ganz besondere Hindernisse zu überwinden. Trotz der überwältigenden Mehrheit der Schwarzen gegenüber den Weißen – jene 14 Millionen, diese drei Millionen – würde eine gewalttätige Erhebung Selbstmord bedeuten; denn das weiße Südafrika besitzt eine Tradition der Gewalt, die die Massen in den Straßen massakrieren würde.

Johannesburg, die Hauptstadt, ist mit 576 200 Afrikanern die größte schwarze Stadt des Kontinents, doch in Wirklichkeit ist sie eine Stadt der Weißen (398 000); denn nur die Weißen dürfen Eigentum besitzen und Geschäfte betreiben. Wie aber leben die Afrikaner und die Farbigen, die den Reichtum des Landes zum großen Teil erzeugen? Ronald M. Segal, der in Kapstadt und Cambridge studierte und nach Aufgabe eines Freiplatzes an der Universität von Virginia sich entschloß, den Kampf gegen den Faschismus in Südafrika aufzunehmen, hat uns in seiner sorgfältigen Arbeit auf Grund seiner Vertrautheit mit den Verhältnissen ein erschütterndes Bild vom Leben der Eingeborenen seit der Herrschaft der Weißen und der Auswirkung der verschiedenen Gesetzeserlasse über Lohnverhältnisse, Landbesitz, Paßzwang, Koalitionsrecht, Streikverbot usw. gegeben, das aufs Haar dem entspricht, das Michael Scott, der britische Pfarrer, vor einigen Jahren gemalt hat. Anhand der Statistik weist Segal auf die offiziell auf 200 bis 300 Promille geschätzte Kindersterblichkeit hin. Nur 50 Prozent aller Afrikaner erreichen das arbeitsfähige Alter von 16 Jahren, 44 Prozent verdienen weniger als 15 Pfund im Monat, und 1957 hatte die Diskrepanz zwischen Existenzminimum und durchschnittlichem Lohn weiterhin zugenommen. Steigt nach mühsamen Verhandlungen der kärgliche Lohn um einige Pennies im Monat, so macht der Lebenskostenindex eigentliche Sprünge. Will man die Rassenkonflikte Südafrikas einer genauen Untersuchung unterziehen, ist es notwendig, sich mit der Landfrage gründlich auseinanderzusetzen, die die erste Ursache des Apartheidprinzips bildet. Und wie jedes Gesetz, das von den Weißen Südafrikas zur Regelung des Lebens der Schwarzen ausgearbeitet wurde, eigentlich eine Einschränkung von Rechten darstellt, so ist es auch beim Gesetz über den Landbesitz. Heute besitzen 700 000 Weiße 124½ Millionen Morgen Land (1 Morgen = 2 acres – etwa 81 Aren), sechs Millionen Afrikaner hingegen besitzen nur 17½ Millionen Morgen, die Reservate miteinbegriffen, das heißt 85 Prozent der gesamten Landbevölkerung besitzen nur 12½ Prozent des Bodens. Dies bißchen Land bietet zu wenig Ernährungs- und Arbeitsmöglichkeit, und so wandert die fähige männliche Bevölkerung ab, um auf den Farmen der Weißen oder in den Städten in der Industrie, in den mannigfachsten Arbeiten neue kärgliche Existenzmöglichkeiten zu finden. So kommt es, daß die

Reservate heute nur noch Stätten für Betagte, Kranke, Frauen und Kinder geworden sind. Für die Männer ist der Weg zur Stadt, wo Verdienst und Lebensbedingungen besser sind, das natürlichste, die Familie bleibt auf dem Lande zurück, oft im größten Elend sich selbst überlassen. Manchmal geschieht es, daß die ungeheure Not, aus der sie keinen Ausweg sehen, diese ausgebeuteten, rechtlosen Männer dazu treibt, sich handgreiflich gegen ihre Arbeitgeber zu richten und dafür für Monate ins Gefängnis zu wandern, nachdem sie oft beträchtliche Bußen entrichten mußten. Es sind diese Gefängnisse, die billigste Arbeitskräfte für die Farmen der Weißen liefern. Die materielle und moralische Not dieser Menschenmassen schreit wahrhaftig zum Himmel.

Eine der größten und teuflischsten Härten bildet der Paßzwang. Jeder Afrikaner und auch jeder Farbige muß einen Paß besitzen und denselben immer auf sich tragen. Dieser Paß trägt dem Staat selbstverständlich willkommene Steuern ein. Wehe, wenn ein solcher Mensch bei einer unerwarteten Kontrolle auf der Straße ohne Paß angetroffen wird! Bußen und sogar Rückversetzung in ein Reservat sind sein Los. Der Paß ist mehr als ein Ausweis; er ist eine Identitätskarte, die die Erlaubnis enthält, sich an einem bestimmten Ort aufhalten zu dürfen, dort zu arbeiten und dort zu leben. Neuerdings ist der Paßzwang auch auf die afrikanischen Frauen ausgedehnt worden; diese gaben in Massendemonstrationen in Johannesburg ihrer Empörung darüber Ausdruck, wurden jedoch brutal niedergeschlagen. Auch über das Verbot des Koalitionsrechtes für die Schwarzen wäre vieles zu sagen. Es gelang trotzdem, im Jahre 1954 33 und 1957 73 illegale Streiks durchzuführen, wovon insgesamt nur 15 erfolgreich waren. Vor allem in den Minen, wo 300 000 Afrikaner 70 000 Weißen, großenteils Angestellten, gegenüberstehen – die Weißen sind in der Union der Minenarbeiter organisiert – und wo die farbige Arbeiterschaft stark wechselt (die portugiesische Regierung liefert Zehntausende aus Angola, und bis zu 18 Prozent sind von der britischen Regierung aus Basutoland zugelassen), ist eine Organisierung sehr erschwert und ein Erfolg durch Streiks in Frage gestellt. Daß die Schwarzen selber nicht ins Parlament gewählt, sondern nur durch vier Weiße dort vertreten sein dürfen, ist bekannt. Der Schrecken vor einem schwarzen Proletariat, das mit politischer Macht ausgerüstet wäre, geht aus allen ökonomischen und rassischen Maßnahmen hervor. Es gibt allerdings auch Versuche, so in Durban, wo eine weiße intellektuelle Schicht versucht, eine engere Zusammenarbeit mit der schwarzen Führerschicht zu erreichen.

Im Bewußtsein, daß Gewaltanwendung niemals zum Ziele führen, im Gegenteil nur größerem Terror von seiten der Regierung rufen würde, hat die Kongreßbewegung den passiven Widerstand in jeder politischen Aktion propagiert, und zwar mit Aussicht auf Erfolg; denn die südafrikanischen Weißen arbeiten den Schwarzen fortwährend in

die Hände. Nach Ronald M. Segal steht fest, daß die Regierung selber durch ihr Verhalten und ihre Maßnahmen mehr dazu beiträgt, daß es zu einer Änderung der Lage kommt, als irgend etwas anderes.

Ein dringender Appell

von 30 prominenten Männern und Frauen des öffentlichen Lebens Englands ergeht an die Leser des «New Statesman» (28. Februar). Unterzeichnet haben den Aufruf (den wir stark abgekürzt bringen) unter anderen: Lord Bertrand Russell, Victor Gollancz, Kingsley Martin, J. B. Priestley, Fenner Brockway, M. P., Lord Boyd Orr, Father Huddleston, Aneurin Bevan, M. P., Barbara Castle, M. P.

Das Katze-und-Maus-Spiel, als welches man den südafrikanischen Hochverratsprozeß gegen etwa hundert Schwarze bezeichnen muß, geht weiter. Die Verteidigung braucht dringend finanzielle Hilfe. Dies ist eine Schuld, die der weiße Teil der Menschheit dem schwarzen Teil der Menschheit abzutragen hat.

Spenden sind zu richten an:
The Treasurer, Defence and Aid Fund, 2 Amen Court,
London, E. C. 4

Kuba in Revolution

> «Castros Regierung zeigt große Zurückhaltung in der Behandlung der Batista-Verbrecher. Mögen die USA nicht dazu beitragen, daß diese Zurückhaltung in Gewalt umschlägt.»

So schreibt Carlton Beals im «Christian Century» vom 4. Februar 1959. Wir bringen eine gekürzte Fassung seines Berichtes aus Havana.

Die USA-Regierung wäre schlecht beraten, in diesem Moment gegen die Hinrichtung von Verbrechern in Kuba Protest zu erheben, denn in keinem Land Lateinamerikas sind die USA so verhaßt wie gegenwärtig in Kuba. Die Reaktion wäre prompt und gewaltsam. Die kubanische Presse ist voller Angriffe gegen unseren Botschafter, Earl Smith. Sie publiziert seine schmierigen Geschäfte in Sachen Noa-Bergwerkkonzession, seine betrügerischen Machenschaften mit der Kubanischen Telephongesellschaft, seine Unterstützung bei Wahlfälschung, seine ständige falsche Behauptung, Castro sei Kommunist usw.

Ich habe Verständnis für die humanitären Regungen jener braven Liberalen (die gegen die Kriegsgerichte Protest erheben), und ich hoffe, daß mit der Zeit die Todesstrafe überall abgeschafft werde, wie dies in Mexiko und einigen anderen Ländern der Fall ist. Ein Land, das die Todesstrafe anwendet, kann nicht behaupten, wirklich zivili-

siert zu sein. Aber diese liberalen Angriffe auf Kuba, die auf eine falsche Sentimentalität zurückgehen, beruhen ganz offenbar auf Unkenntnis der Tatsachen . . . Eine große Zahl Menschen sind hingerichtet worden, und noch mehr werden dieses Schicksal erleiden, aber es gab kein wildes, rachsüchtiges Blutvergießen, wie unsere Zeitungen andeuteten. Ganz im Gegenteil. Nie habe ich die Menschen in einer revolutionären Situation so zurückhaltend gesehen. Der Sinn für Gesetz und Ordnung und der Wunsch, Mißbräuchen ein Ende zu setzen, sind allgemein. Dies ist um so bemerkenswerter, als das Volk wahrscheinlich nicht einmal unter Hitler grausamer litt und ärger gequält wurde als die Kubaner unter Batista.

Das Terrorregime Batistas

Wo waren diese amerikanischen Liberalen in den langen Jahren, als der menschliche Geist in Kuba durch den Schmutz gezogen wurde wie nirgends in der Welt? Die Verbrechen Batistas begannen in den dreißiger Jahren, und unter seinen vielen Opfern waren nicht wenige meiner besten Freunde. Einer von ihnen, Octavio Seigle, wurde lebendig verbrannt. Ich würde heucheln, wollte ich behaupten, ich sei entsetzt gewesen, als ich erfuhr, daß dieser Mörder (ein Freund Batistas), der in den letzten zwei Jahren wenigstens 108 Studenten und andere Zivilisten umgebracht hatte, hingerichtet wurde.

Wo waren unsere guten Liberalen, als Batista 1952 die legale Regierung von Kuba stürzte und unsere Leute einzusperren und zu morden begann? Wo waren sie in den Tagen, als er seine scheußlichen Verbrechen durchführte unter Verhöhnung der Verfassung und der Gesetze seines Landes, denn in den meisten Fällen gab es für die Gegner seines Regimes nicht einmal die Karikatur eines Gerichtsverfahrens? . . .

Wo waren unsere guten Liberalen, als unsere Regierung Batista Waffen lieferte und unsere Offiziere seine Soldaten ausbildeten und die schlimmsten Meuchelmörder, unter ihnen Oberst Tabernilla, der mit amerikanischen Flugzeugen und Bomben aus Cienfuegos ein Guernica machte, mit Orden auszeichneten? Wo waren sie, als nicht nur Trujillo von der Dominikanischen Republik und Somosa aus Nikaragua, sondern auch England Flugzeuge, Bomben, Tanks, Maschinengewehre, Munition schickten, um die Kubaner, die um die Befreiung von Batistas Buchenwald kämpften, umzubringen? Dies war das wirkliche Verbrechen. Ganze Städte wurden dem Boden gleichgemacht, und wer wird für diese Zerstörung aufkommen? Nicht einmal das Geld des britischen Schatzamtes kann die Kinder, die Frauen, die Mütter, die zu Tausenden getötet wurden, zurückbringen. Wir warten auf eure Antwort, ihr braven amerikanischen Liberalen, die angesichts einer Diktatur, schlimmer als die ungarische, einer Diktatur an eurer Schwelle, so gleichgültig blieben! Ihr braven amerikani-

schen Liberalen, die ihr nun der Volksregierung von Kuba am Zeug flickt!

Kubanische Militärgerichte

Die Leute, die heute vor Gericht stehen, sind Soldaten und Polizei. Sie unterstehen dem Militärgesetz. Nach kubanischen Bestimmungen haben sie nicht das Recht auf Aburteilung durch Zivilbehörden. Sie können aber an ein Zivilgericht appellieren. Diese Gerichtsverhandlungen in Kuba werden humaner durchgeführt, als dies das Kriegsrecht in den USA erlauben würde. Die Familien der Angeklagten, die Presse, die Geistlichkeit haben zu jeder Zeit Zugang zu den Gefängnissen. Wer von den Angeklagten einen Verteidiger wünscht, erhält ihn, nach eigener Wahl. Noch mehr, der Angeklagte erhält die Möglichkeit, sich frei auszusprechen, ganz im Gegensatz zum amerikanischen Kriegsrecht. Zeugen werden aufgerufen, um ihre Aussagen zu machen. Alle Urteile sind bis jetzt von übergeordneten Gerichtsbehörden überprüft worden. Das Verfahren ist schnell, und wenn auch nicht ideal, doch nicht unfair.

Ich war bei einem Prozeß anwesend, der vier Stunden dauerte. Die Familie des Angeklagten, die Presse, das Publikum waren anwesend, was in der amerikanischen Armee nicht geduldet würde. Der Angeklagte erfuhr jede Rücksichtnahme. Seine Verbrechen waren schrecklich und schlüssig bewiesen. Der Gerichtshof beriet fünf Minuten und sprach dann das Todesurteil aus. Beweismaterial und Urteil wurden dann vom Kommandanten des Bezirks überprüft. Zwei Stunden später war der Angeklagte tot. Dies war kein Schauprozeß. Beinahe alle Verhandlungen, die durchgeführt wurden, verliefen in dieser Form.

Das kubanische Gesetz

Was soll man von den eigentümlichen Ideen amerikanischer Kongreßmitglieder halten, die in allem Ernst vorschlagen, ein internationales Komitee von Juristen sollte sich nach Kuba begeben, um dort für eine richtige Justizpflege zu sorgen? Tatsache ist, daß kubanisches Militär- und Zivilstrafrecht ausgezeichnet sind. Schlimm nur, daß Batista diese Rechtsprechung zerstörte und sechs Jahre lang ein Regime der Gesetzlosigkeit führte . . . Was das Land nötig hat, sind gute und anständige Bürger, und was die Behörden betrifft, so hat die Republik von Kuba vielleicht noch nie in ihrer Geschichte ehrenhaftere und besser ausgebildete Behörden gehabt als heute.

Nein, meine Herren Abgeordneten, was nötig ist, ist eine Körperschaft von internationalen Juristen, die eine Rechtspflege schaffen für die USA, wo die Strafprozesse so kompliziert und abwegig geworden sind, daß der Arme sehr viel Glück haben muß, um zu seinem Recht zu kommen. Für Amerika, wo die Gesetze so zurechtgeschneidert sind, daß sie sich zugunsten der großen Konzerne auswirken (siehe das Steuergesetz für die Ölkonzerne), wo der Neger in vielen Staaten sehr

wenige Rechte besitzt und selbst diese ständig mißachtet werden, wo das Gesetz Gangster durch die weiten Maschen schlüpfen läßt, so daß sie weiter morden und stehlen können.

Protest ist immer gut, aber er wird besser erst erhoben, wenn man die Tatsachen kennt. Bedenklich ist, daß Leute, die angesichts der Ungeheuerlichkeiten des Batista-Regimes kein Wort des Protestes fanden, heute gegen die erste freie Regierung, die Kuba je in seiner Geschichte gehabt hat, so großmäulig auftreten. Wenn die Regierung Castros die Verbrecher des Batista-Regimes nicht bestraft, so wird die kubanische Bevölkerung, die heute so zurückhaltend ist, die Bestrafung selbst in die Hand nehmen, und was dann folgt, wird nicht erbaulich sein.

Ich habe nie ein Wort zugunsten der Gewalt geäußert. Immer sprach ich gegen Gewaltanwendung, doch möchte ich die Regierenden warnend daran erinnern, daß vorenthaltenes Recht oder andauernd geübtes Unrecht immer Gewaltanwendung provoziert, damit dem Unrecht Halt geboten werde. Das ist ein Naturgesetz und darum auch der Wille der Vorsehung, und alles Predigen dagegen ist zwecklos. Wenn Menschen ihre Häuser auf den Abhang eines Vulkans bauen, so mag ich sie wohl auf ihre Torheit und Unvorsichtigkeit hinweisen, das heißt aber nicht, daß ich damit den Ausbruch, der sie alle wegfegt, provoziert habe oder dafür verantwortlich bin. Hinzufügen möchte ich, daß Gewalt, wenn sie angewandt wird, um der Freiheit den Weg zu sperren und um Recht zu verweigern, um nichts moralischer ist als Gewalt, die geübt wird, um Freiheit zu gewinnen und Rechte zu sichern. *John Bright* (1811–1889)

Die Jahresversammlung der Religiös-sozialen Vereinigung

wurde zusammen mit der Vereinigung «Freunde der Neuen Wege» am 26. April im «Haus zum Korn» abgehalten. Der Vormittag war einem Referat von Dr. Arnold N i e d e r e r gewidmet über «Gegenseitige Hilfe in Vergangenheit und Gegenwart». Da er in diesen Heften nächstens abgedruckt wird, wollen wir hier den Inhalt des schönen und eindrucksvollen Vortrages nur andeuten.

Kampf gegeneinander und Hilfe füreinander – b e i d e s ist dem Menschen mitgegeben. Falsch ist es, nur den Kampf oder nur die Hilfe als Prinzip des Zusammenlebens zu sehen. Die Rechtfertiger des Krieges, die sich auf den Kampf im Naturreich berufen, unterschlagen die andere Hälfte der Wahrheit, die großartigen Erscheinungen gegenseitiger Hilfe, die wir in der Natur vorfinden, wie es Fürst Kropotkin in seinem Buche aufgezeigt hat.

Die Diskussion zeigte den starken Eindruck, den das Referat auf die Zuhörer gemacht hatte. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß die gegenseitige Hilfe geradezu die Grundlage des echten Sozialismus sei, der mehr ist als Gerechtigkeit, der in religiösem Ursprung wurzelt. Aber diese Hilfe schließt den gegenseitigen Wettstreit oder den Kampf nicht aus, sie kann sich sogar mit ihm verbinden. Der Votant führte als Beispiel die Episode zweier Arbeitergruppen in einem chinesischen Bergwerk an, die bei einem von zwei Seiten vorgetriebenen Stollen zwar miteinander wetteiferten, sich dabei aber auch halfen, derart, daß wenn die eine Gruppe einen Vorsprung erreicht hatte, sie der anderen half, ihn aufzuholen.

Der Nachmittag war den ordentlichen Jahresgeschäften gewidmet. Fräulein Sofie Zoller und Fräulein Trudi Spillmann erstatteten Bericht über die Lage der «Neuen Wege», die sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert hat. Alle Freunde sind aufgerufen, nach Möglichkeit neue Abonnenten zu werben.

Sodann wurde der Versammlung Bericht erstattet über die Korrespondenz der Vereinigung mit dem Internationalen Bund religiöser Sozialisten. Wir sind der Auffassung, daß der Bund sich nicht auf das Programm irgendeiner politischen Partei festlegen solle. Über diese Kontroverse ist noch nichts Endgültiges zu berichten.

Es wurde beschlossen, das Flugblatt der Schweizerischen Zentralstelle für Friedensarbeit mitzuunterzeichnen. Dieses richtet sich gegen den Zivilschutz, weil er ein Einlullen der Öffentlichkeit ist gegenüber der ungeheuren Gefahr eines modernen Krieges.

R. H. Jeanneret berichtete über die sehr erfreulich verlaufene «Journée romande des socialistes chrétiens» vom 26. Oktober 1958 in Yverdon. Es ist kennzeichnend, daß diese Tagung, die in Haltung und Besuch international orientiert war, durch die Fassade von Namen und Ideologien hindurch zum Kern der Sache vorstieß – Gerechtigkeit und brüderliche Liebe als Leitgedanken unseres Daseins. Sie vertrat damit (manchmal ohne es zu wissen) die Einstellung von Leonhard Ragaz, der im Kampf um die Sache des Reiches Gottes nationale Schranken und Parteiideologien gering achtete.

Gegen Ende der Tagung brachte ein Votum von Prof. Gertrud W o k e r noch einen Höhepunkt. Sie berichtete von dem Verbot des Bundesrates gegen einen geplanten Frauenkongreß in Lausanne, das in fataler Weise an das Verbot des Anti-Atomkongresses in Basel erinnert. – Die Veranstalter haben sich gegen das Verbot mit einem Brief an Bundesrat Wahlen gewendet und gewärtigen seine Antwort.

Die Mitteilungen von Gertrud Woker und die Kraft und Leidenschaft, mit der die über Achtzigjährige diese Sache vertrat und zum ganzen Atomwahnsinn Stellung nahm, waren erschütternd für uns Jüngere und brachten uns die Notwendigkeit unseres weiteren Kampfes bedrückend, aber auch erhebend, noch tiefer zum Bewußtsein.

H. H.

Mourir pour Berlin! Wenn dieses Heft der «Neuen Wege» unsere Leser erreicht, wird die Genfer Außenministerkonferenz bereits begonnen haben. Aber eigentlich erwartet niemand viel von dieser Zusammenkunft. Die westmächtlichen Diplomaten gehen nur ganz widerwillig und dazu ziemlich uneinig nach Genf; müßten sie nicht ihren Völkern wieder einmal «beweisen», daß die Russen nur die Sprache der Atombomben verstehen, so würden sie viel lieber zu Hause bleiben und den Kalten Krieg «wie gehabt» fortsetzen, in der ebenso unbestimmten wie grundlosen Hoffnung, irgendwie doch einmal ans Ziel ihres Strebens zu kommen und den Russen ihren «Frieden» diktieren zu können.

Die Verhandlungsunwilligkeit und innere Uneinigkeit der Westmächte hat freilich ihre guten Gründe. Sie wissen sehr wohl, daß ihr Kalter Krieg gegen die Sowjetunion — und nun auch gegen China — längst eine völlig verzweifelte Angelegenheit geworden ist, jener Krieg, der offiziell am 23. April 1945 begann, als der frischgebackene Präsident Truman den sowjetischen Außenminister Molotow, der auf dem Weg zur Gründungstagung der UNO eine Friedensbotschaft nach Washington bringen wollte, in der beleidigendsten Form abkanzelte, offenbar im Vollgefühl des amerikanischen Alleinbesitzes der Atombombe, von der sich der Kreis um Truman, Vandenberg, Forrestal usw. Wunderwirkungen auf die Russen versprach. Die Politik der Einschüchterung und Erpressung der Sowjetunion durch die westmächtliche Militär- und Wirtschaftskraft ist dann in verschiedenen Formen vierzehn Jahre lang weiterbetrieben worden — aber heute ist es jedem verantwortlich denkenden Beobachter auch in den Westländern klar, daß auf diesem Wege nur noch ein Ziel erreicht werden kann: die Verwandlung des Kalten in den Heißen Krieg, das heißt also die Selbstvernichtung der gesitteten Menschheit in einer atomaren Weltkatastrophe. Und doch bringen die Westmächte und ihre Trabanten nicht den Mut und die Ehrlichkeit auf, diese Tatsache anzuerkennen und die gescheiterte «Politik der Stärke» durch eine Politik friedlichen Wettbewerbs mit den Oststaaten zu ersetzen. Wohl wächst in ihren Reihen die bessere Einsicht, allein die Interessen, die mit der Weiterführung des Kalten Krieges verknüpft sind, haben sich bisher als derart übermächtig erwiesen, daß sich aus dem Widerstreit der Meinungen und Strebungen im Westlager noch lange kein einheitlicher Wille zur Beschreitung des neuen Weges ergeben hat, der aus der Sackgasse herausführen könnte.

Macmillans «bewegliche Taktik» hat sich in den zahllosen, wirren Verhandlungen, die seit seiner Moskaureise unter den Westmächten gepflogen wurden, auf jeden Fall bisher nicht durchzusetzen vermocht.

Und auch das nun endgültig gewordene Ausscheiden des schwerkranken Mr. Dulles aus der Leitung der amerikanischen Außenpolitik wird im Grund an den Widerständen, auf die der britische Ministerpräsident stieß, vorerst nichts zu ändern vermögen, so wenig wie der Rückzug Adenauers aus dem Kanzlerpalais ins Schloß des Bundespräsidenten, der noch vor dem Herbst Tatsache sein wird. Und dennoch ist das — nicht zufällig fast gleichzeitig erfolgte — Bersten dieser beiden Säulen der westlichen Gewaltpolitik ein Zeichen dafür, daß im Innern der Völker Kräfte am Werk sind, die über kurz oder lang den ganzen riesigen und so kunstvoll aufgerichteten Bau des kriegerischen Antikommunismus zum Einsturz bringen werden.

Wie sehr es im Gebälk kracht, hört man auch aus dem — freilich sorgfältig abgedämpften — Konflikt zwischen de Gaulles Frankreich und den übrigen NATO-Mächten heraus. Gewiß: Auch de Gaulle ist in der deutschen Frage «stahlhart»; er geht mit Bonn durch dick und dünn. Aber w i e Europa gegen die Kommunisten verteidigt werden soll, das schreibt e r vor. Und ohne Frankreich gibt es eben keine alliierte Einheitsfront, eine Lage, die das neue Regime in Paris kräftig ausnützt, um Frankreichs «Souveränität» und Prestige in altem Glanz wiederherzustellen. «De Gaulle verlangt», so schreibt «U. S. News and World Report» (6. April), «daß Frankreich über alle französischen Streitkräfte verfüge. Er will nicht, daß die Amerikaner und Engländer ihnen Befehle erteilen. Die ‚Zusammenarbeit' in Kriegszeiten wird so weit gehen, wie e r gehen will. Die Schwierigkeit ist nur, daß der Grundgedanke der NATO die Zusammenfassung a l l e r Streitkräfte unter e i n e m Kommando ist . . . De Gaulle übt einen starken Druck auf Amerika aus. Dies ist's, was er verlangt: Ein französisches Einspruchsrecht gegenüber der Verwendung von Kernwaffen überall in der Welt; Gleichstellung mit Amerika und England in bezug auf die erdumspannende Strategie und Diplomatie; amerikanische Hilfe für die Erhebung Frankreichs zur Atommacht. Das sind die Forderungen, die den amerikanischen und den NATO-Regierern schlaflose Nächte bereiten.»

Kann es bei solchen Zielen Herrn de Gaulle ernst sein mit der Entschlossenheit, es über Berlin nötigenfalls zum Kriege kommen zu lassen? Als Hitler seinerzeit Danzig, die damalige Freie Stadt, haben wollte und mit Krieg drohte, falls er es nicht sonst bekomme, hieß es in Frankreich: «Mourir pour Dantzig? Jamais!» Und jetzt sollen die Franzosen «mourir pour Berlin», falls sich die Amerikaner den ungehinderten Zugang zu Westberlin mit Waffengewalt sichern wollen? Schon jetzt probieren die Amerikaner ja aus, was sie den Russen alles zumuten können, indem sie plötzlich, entgegen der bisherigen Uebung, ihre Flugzeuge durch den Luftkorridor nach Berlin in mehr als 3000 Meter Höhe fliegen lassen. Geben die Russen das nach verschiedenen papierenen Protesten schließlich doch zu, dann ist für den Westen «bewiesen», daß man nur kühn und fest aufzutreten braucht, um die

Sowjets einzuschüchtern. Wehren sie sich aber unter Einsatz militärischer Mittel, dann haben die amerikanischen Militärführer den besten Grund, um ihrerseits mit Gewalt zu antworten — und der dritte Weltkrieg kann beginnen. Ist man in Frankreich, ist man vor allem in England wirklich bereit, dieses unverantwortliche Spiel mitzumachen — auf jede Gefahr hin? Es ist schwer auszudenken!

Bedingungen der Entspannung Man sagt nun natürlich, es gehe ja gar nicht bloß um Berlin; die Russen hätten es auf ganz Westdeutschland, ja auf Westeuropa überhaupt abgesehen, und in Berlin müsse man eben den Anfängen wehren, wenn man nicht von vornherein verloren sein wolle. Der alte Trug! Allein selbst ein Mann wie Walter Lippmann, der vielgelesene und wirklich nicht des «Kryptokommunismus» verdächtige amerikanische Journalist, gibt in einem kürzlich erschienenen Buch («Die kommunistische Welt und die unsrige») von einer langen Unterredung mit Chruschtschew den bestimmten Eindruck wieder, daß es der Sowjetführung nicht um eine gewaltsame Eroberung des Westens zu tun sei. Sie wolle zwar, ohne von den Westmächten behindert zu sein, die Konkurrenz mit der kapitalistischen Welt in Europa wie in Asien und Afrika durchstehen, aber ausschließlich mit friedlichen Mitteln, und fürchte nichts mehr als einen westmächtlichen Präventivkrieg, in dem ein neugerüstetes und besonders mit Atomwaffen versehenes Westdeutschland eine entscheidende Rolle zu spielen hätte. Diese Gefahr abzuwehren — so muß man wohl im Sinne Lippmanns folgern —, ist der ganze Sinn des diplomatischen Vorstoßes, den Moskau im vergangenen Spätjahr unternommen hat und der nun wenigstens einmal zu der Genfer Ministerkonferenz führen wird.

Ähnlich wird die Lage weitherum auch sonst im Westen beurteilt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang nicht zuletzt ein Artikel von Paolo Vittorelli in «Mondo Operaio», der ausgezeichneten Monatsschrift der (links-)sozialistischen Partei Italiens (Nr. 1/2, 1959), in dem es heißt: «Das grundlegende Prinzip der Außen- und Militärpolitik der Sowjetunion in dieser Nachkriegszeit ist die Absicht gewesen, zu verhindern, daß sich mitten in Europa wieder eine militärische Großmacht bilde, die imstande wäre, die Grenzen des Sowjetblockes zu bedrohen ... Die Sowjetregierung, die die Einbeziehung Westdeutschlands in den Atlantikpakt und die Wiederaufrichtung einer konventionellen deutschen Wehrmacht nie gern gesehen hat, scheint entschlossen, sich auf alle Art der atomaren Wiederaufrüstung Deutschlands zu widersetzen. Warum heute und nicht schon gestern oder erst morgen? Weil heute, und nicht gestern oder morgen, die Bonner Regierung ... der atomare Hauptverbündete der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Festland ist und diese Eigenschaft ihr eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung der militärischen Strategie und Taktik des Westens verleiht ... Die Kriegs-

gefahr entspringt in Wirklichkeit nicht der Lage in Westberlin, sondern dem Willen, die atomare Wiederaufrüstung Bonns auch mit Gewalt zu verteidigen. Die richtige Fragestellung ist für uns im Westen also die: Sind wir bereit, Krieg zu führen, um es der Bonner Regierung zu ermöglichen, über Atomwaffen zu verfügen und eine Entatomisierung des Gebietes der beiden Deutschland, Polens und der Tschechoslowakei zu umgehen? Auf diese Frage lautet die Antwort eines großen Teiles der öffentlichen Meinung im Westen unbedingt verneinend.»

Was verhindert aber, daß der Westen als G a n z e s zu der so gestellten Frage nein sagt? Zunächst natürlich die jeden Tag von der Presse, vom Radio, von der ganzen modernen Massenpropaganda künstlich genährte Angst, ohne Westdeutschlands atomare Aufrüstung (der sich ja nach dem Willen unserer Militärs auch die Schweiz anschließen soll) würden unfehlbar «die Russen kommen». Aber je länger, je mehr wird — unsere alte Erkenntnis — die westliche Kriegsrüstung selber zum großen Hindernis für eine internationale Entspannung. Dieser unheimlichen Erscheinung geht — neben andern Fragen — eine Sondernummer der «liberalen» Neuyorker «Nation» (28. März 1959) in höchst aufschlußreicher Art nach. Professor Paul A. Baran von der Stanford-Universität faßt die Tatsachen eindrucksvoll zusammen: «Die Hersteller militärischer ‚Dauergüter' — die Fabrikanten von Flugzeugen, Raketen, elektronischen Apparaturen usw. — stellen heute, vielleicht zum erstenmal in der amerikanischen Geschichte, einen machtvollen, wohlgegliederten Interessenblock dar, dessen Fortbestand von der Weiterführung des Rüstungsprogramms abhängt . . . Noch schlimmer: Man kann viel für die Behauptung vorbringen, daß eine echte internationale Entspannung wie ein echtes Abrüstungsprogramm auf heftigen Widerstand bei denen stößt, deren Interessen am besten mit der Fortsetzung des Wettrüstens gewahrt werden. Diejenigen, die unsere gegenwärtige Haltung gegenüber China beibehalten wissen wollen, diejenigen, die ständig bereit sind, uns im Nahen Osten oder in Deutschland an den Rand des Krieges zu führen, sind weder Baumeister des Friedens noch Vorkämpfer einer friedlichen Koexistenz. Peter F. Drucker hat den Finger auf den Kern der Sache gelegt: ‚In den internationalen Angelegenheiten . . . ist es durchaus möglich, daß eher die Militärtechnik die Grundursache der internationalen Spannung ist, als daß die Spannung an unseren militärischen Anstrengungen schuld ist.' Es ist tatsächlich reine Heuchelei, eine Beilegung der internationalen Konflikte zu verlangen als Vorbedingung für die Abrüstung. Es kann weder Frieden noch auch nur eine fruchtbare Bemühung um den Frieden geben, solange ein Rasseln mit H- und A-Bomben als das beste Mittel der Diplomatie gilt . . . Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und die Ausführung eines phantasievollen, langfristigen Planes für einen Umbau unserer Wirtschaft sind die Grundvoraussetzungen für die Ausbildung einer freien, de-

mokratischen Gesellschaft. Sie werden nicht erfüllt werden, bevor sie nicht der Kampfruf von Millionen amerikanischer Arbeiter, amerikanischer Bauern und amerikanischer Liberaler auf allen Lebensgebieten werden.» Amerikanischer und europäischer Arbeiter, Bauern und Liberaler, wollen wir hinzufügen!

Im Orient Natürlich hat — neben dem hier vor allem beteiligten Ölkapital — die Rüstungsindustrie ihre Hand auch um den Brandherd herum, der Orient heißt, sehr kräftig im Spiel. Wenn die Engländer Zypern als Militärstützpunkt erster Ordnung beibehalten, wenn Engländer und Franzosen schnell nach dem Suezkanal greifen, wenn die Amerikaner im Libanon und die Briten in Jordanien ihre Streitkräfte einsetzen oder sich in Persien breit machen, um reaktionäre Regierungen zu stützen und je nachdem die arabisch-nationalistische oder die kommunistische Gefahr für ihre Herrschaftsstellung abzuwehren, so haben die «marchands de la mort» alles Interesse daran, die Drohung für die «freie Welt» möglichst lebensgefährlich erscheinen und gegebenenfalls die Kriegsflamme hell auflodern zu lassen. Die Unstetigkeit und Wandelbarkeit der Lage im Orient erleichtert ihnen die Arbeit ja auch ganz beträchtlich. Um die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 1210) zu zitieren:

«Das mittelöstliche Kaleidoskop bringt die erstaunlichsten Wendungen. Zur Zeit der Suezkrise schilderte Eden Oberst Nasser als eine sowjetische Marionette, und heute klagt Kairo Großbritannien an, es sei in Bagdad dem internationalen Kommunismus behilflich. Auch Jordanien, dessen junger König zurzeit in London auf Besuch weilt, steht ganz anders da als vor einem Jahr. Damals mußten britische Truppen eingreifen, um Hussein und Samir Rifai vor dem Sturz zu retten. Jetzt können sich König und Ministerpräsident wochenlang nach Washington und London begeben, ohne daß die Revolution ausbricht, weil Oberst Nasser und General Kassem gegenwärtig so sehr von ihrem eigenen Streit absorbiert sind, daß Jordanien im Schatten der Militärmacht Israels eine Atempause genießt. Hauptprotektor Jordaniens ist heute nicht mehr England, sondern Amerika, das auch die wichtigsten Subventionen übernommen hat.»

Der Streit zwischen Nasser und Kassem, dem irakischen Diktator, beherrscht zurzeit in der Tat den vorderasiatischen Schauplatz weithin. Offen ausgebrochen ist er anläßlich des Aufstandes in Mosul gegen die Regierung von Bagdad, jenes Aufstandes, der nicht, wie man zunächst annehmen konnte, vom ausländischen Ölkapital finanziert wurde — es braucht vorläufig keine Verstaatlichung der Öllager zu befürchten —, sondern seine treibende Kraft im Widerstand gegen die Bodenreform der Regierung Kassem hatte. Bei der letzten Betriebszählung (1951), die die Hälfte Iraks umfaßte, nahmen die Großgüter von über 250 Hektaren mehr als 67 Prozent der gesamten Bodenfläche

ein; manche Güter hatten bis zu 1200 Hektaren. Das neue Bodengesetz ist keineswegs revolutionär, läßt es doch den Scheiks ihren Besitz, soweit er 250 Hektaren nicht bewässerten Bodens nicht übersteigt (in Syrien und Ägypten ist die Besitzgrenze 80 Hektaren) bei weitgehender Entschädigung für das enteignete Land. Dennoch stieß es auf die erbitterte Gegnerschaft der Betroffenen, die — und das ist nun das Entscheidende — wirksame Unterstützung nicht nur in den Reihen der Armeeoffiziere, sondern vor allem von seiten Nassers fanden. Der Einfluß des ägyptischen Diktators war schon bisher gering in Saudi-Arabien und Jordanien, und nun zeigt sich mehr und mehr, daß auch Syrien aus der Verbindung mit Ägypten wenig Vorteile zu ziehen vermag und besonders wirtschaftlich viel mehr zu Irak neigt als zu Ägypten, so daß Nasser fürchten muß, die Führung des allarabischen Blockes mit der Zeit an Irak übergehen zu sehen. Darum sein Eingreifen in die Mosul-Revolte, deren rasche Unterdrückung für seine hochfliegenden Pläne ein schwerer Schlag gewesen sein muß. Dies um so mehr, als die kommunistische Bewegung in Irak viel stärker ist als in irgendeinem anderen arabischen Land und die Sowjetunion sich offen hinter die Regierung Kassem stellt, die Chruschtschew als «das Zentrum eines fortschrittlichen und demokratischen Nationalismus» bezeichnete, auf dessen Boden «die arabische Welt einmal ihre Einheit finden» werde. Das war eine klare Herausforderung Nassers, der denn auch seither nicht aufhört, die Sowjetführung als «Feind Nr. 1 des arabischen Nationalismus» zu brandmarken. Wie weit es ihm mit diesem seinem Kampf gegen Moskau, über dessen Wirtschafts- und Finanzhilfe er froh genug sein mußte, wirklich Ernst ist, bleibe dahingestellt; fürs erste ist der Bruch zwischen Kairo und Moskau ebenso Tatsache wie die Wiederannäherung zwischen Kairo und London, die nach allem, was geschehen ist, doch etwas grotesk wirkt. Aber schließlich — was haben Grundsätze und gar Gefühle in einer Politik zu suchen, die so stark durch reine Machtziele und handgreifliche Wirtschaftsinteressen bestimmt ist wie diejenige des kapitalistischen England und des einstigen Führers der ägyptischen Sozialrevolutionäre?

Tibet, China, Indien Auf jeden Fall schmeicheln sich die Westmächte, im Ringen um den Nahen und Mittleren Osten wieder einige Punkte gewonnen zu haben. Und erst recht hoffen sie, aus dem Aufstand in Tibet Kapital für ihren Kalten Krieg gegen die Welt des Kommunismus schlagen zu können. Es hat ja im Westen — auch in der Schweiz — wirklich nicht an Versuchen gefehlt, einen Tibet-Kreuzzug à la Ungarn aufzuziehen und die Unterdrückung der tibetanischen Revolte durch die Chinesen als «ruchlose Zerstörung von alten Freiheitsrechten eines Volkes» hinzustellen, «das in erster Linie durch seine Gläubigkeit und Freiheitsrechte gekennzeichnet ist» («Neue Zürcher Zeitung», Nr. 1189). Nur eignet sich Tibet denkbar schlecht für ein solches Unternehmen. Nicht

nur ist Tibet eben seit 1951 wieder in aller Form ein Bestandteil Chinas, auch wenn ihm von Peking aus seine «innere Selbstverwaltung» gewährleistet wurde, so daß sich niemand wundern kann, wenn ein Versuch, Tibet gewaltsam von China loszureißen, mit militärischer Gegengewalt beantwortet wurde. Wichtiger ist, daß die Rede von den «freiheitsliebenden» Tibetanern, die von den Kommunisten brutal versklavt würden, eine offenkundige Propagandalüge ist. Unsere Leser erinnern sich vielleicht an einen Aufsatz des indischen Tibet-Reisenden Chandola, der, zuerst im «New Statesman» erschienen, im Oktoberheft 1958 auch von den «Neuen Wegen» auszugsweise wiedergegeben wurde. Darin finden sich zwei heute besonders wesentliche Feststellungen. Erstens: Der vielgenannte Nomadenstamm der Khampas rebelliert überlieferungsgemäß gegen j e d e Obrigkeit, und die Chinesen haben ihr Möglichstes getan, um in seinem Gebiet einigermaßen geordnete Zustände herzustellen. Zweitens: Die Chinesen sind sehr vorsichtig vorgegangen, um Tibet etwas zu modernisieren, Straßen zu bauen, die Landwirtschaft zu verbessern, den Wucher abzuschaffen und nicht zuletzt die hergebrachte Zwangsarbeit aufzuheben, «eine revolutionäre Wandlung, da früher die Mehrheit der Tibetaner in Klöstern und im Dienste der Großgrundbesitzer, der Vornehmen und der Beamten verhungerte und versklavt war». «Kurz, Tibet wird aus den Klauen einer sehr rückständigen, despotischen, feudalen Kirchenherrschaft befreit und bewegt sich auf der Bahn des Fortschritts.» Chandola verschweigt nicht sein tiefes Bedauern darüber, daß diesem Fortschritt ein gutes Stück altererbten tibetanischen Volkstums geopfert wird. Aber ist das wirklich die Schuld der Chinesen, die anderwärts in ihrem Riesenreich auf die kulturelle Eigenart der nationalen Minderheiten sorgsamst Rücksicht nehmen und namentlich auch — ich habe das in China immer wieder beobachten können — die religiösen Überlieferungen und Überzeugungen der buddhistischen und mohammedanischen ebenso wie der christlichen Bevölkerungsteile großzügig achten und schonen? Daß sie in Tibet anders verfahren sein sollen, will mir nicht in den Kopf; die nächstliegende Erklärung für den tragischen Zusammenstoß vom Frühjahr 1959 besteht wohl darin, daß trotz aller Vorsicht der Chinesen das Eindringen moderner Ideen in Tibet angesichts der phantastischen Abergläubigkeit des tibetanischen Volkes doch als Bedrohung, ja Zerstörung des alten Glaubens empfunden wurde und daß diese Stimmung von der feudalkirchlichen Oberschicht zum Zwecke der Erhaltung der längst überalterten Gesellschaftsverfassung ausgebeutet wurde.

Die Einbeziehung Tibetes in die Modernisierung Asiens ist auf jeden Fall unvermeidlich, und die Frage ist nur, ob von der b e r e c h t i g t e n Eigenart Tibets soviel in die neue Zeit herübergerettet werden kann als überhaupt möglich ist — ein Problem, das sich ja auch China als Ganzem und allen anderen «Entwicklungsländern» stellt. Sicher ist, daß der Versuch, den Khampaaufstand und die

Mönchsrevolte (die von Tschiang Kai-scheks Formosaregime ausgiebig mit Waffen beliefert wurden) als edelste Freiheitsbewegung auszugeben — und Indien gegen China aufzuhetzen, ebenso einfältig wie gefährlich ist. Kingsley Martin hat nur zu sehr recht, wenn er im «New Statesman» (12. April) davor warnt, Feindschaft zwischen Indien und China zu säen und so Indien zu Militärausgaben zu veranlassen, die ihm die Lösung seines Hungerproblems noch mehr erschweren würden, als dies schon bisher der Fall ist. «Indien würde dann ein Land werden, in dem ein Besitzbürgertum, das amerikanische Bomberstützpunkte verlangte, Kommunisten gegenüberstünde, die die empörenden Tatsachen der Bauernarmut ausbeuten würden. Es sind wirklich Narren — in unserem Land wie in Amerika oder Indien (und in der Schweiz! H. K.) —, die froh wären, wenn sie Nehru gezwungen sähen, Indiens Neutralität aufzugeben und sich in einen Vorkämpfer des Kalten Krieges zu verwandeln.»

Gewaltsozialismus! Beim Überblick über die im Vorangehenden umrissenen Entwicklungen kommt einem so recht wieder zum Bewußtsein, wie sehr wir uns heute in einer ausgesprochen revolutionären Lage befinden. Man hat nicht umsonst die nationalen und internationalen Erschütterungen unserer Zeit, die auf die mannigfaltigste Art miteinander zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen, als «Klassenkampf im Weltmaßstab» bezeichnet. Ich würde lieber von einem weltweiten Aufstand gegen die kapitalistische Klassenherrschaft, besonders auch gegen ihre kolonialistischen und imperialistischen Ausdrucksformen, reden, einem Aufstand, der die Versuchung zur gewaltsamen Gegenrevolution ebenso nahelegt wie diejenige zur Anwendung revolutionärer Gewaltmittel. Es ist – neben dem Nationalismus der unterentwickelten Völker und mit ihm stark verbunden – vor allem die sozialistische Bewegung im weitesten Sinne, die sich immer wieder vor die alte Frage gestellt sieht, ob und in welchem Geist und Ausmaß der Gebrauch von Gewaltmethoden für die Erreichung ihrer Ziele notwendig ist.

Die klassische Form revolutionärer Gewaltsanwendung – zum Zwecke des Sturzes einer unerträglich gewordenen feudalen und kapitalistischen Gewaltherrschaft – ist heute freilich sehr in den Hintergrund getreten, mindestens in den industriell und politisch fortgeschrittenen Ländern, deren Staats- und Militärapparat viel zu stark geworden ist, als daß er ohne entscheidende Mitwirkung internationaler Erschütterungen durch revolutionäre Verschwörungen und Aufstände zerbrochen werden könnte. In den «zurückgebliebenen» Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bieten sich solcher Gewaltrevolution immer noch erhebliche Möglichkeiten, besonders wenn der Aufstand gegen die innere Klassenherrschaft mit der Bewegung zur Abschüttelung kolonialistisch-imperialistischer Fremdherrschaft zusammenfließt. Das bedeutendste Beispiel ist China.

Um so größere Aufmerksamkeit beanspruchen andere, modernere Formen sozialistischer und allgemein demokratischer Gewaltanwendung. Zunächst der bewaffnete Widerstand gegen einen unmittelbar drohenden Faschismus. «Der Faschismus», so schrieb Nehru in einem Brief vom 22. Juni 1933 an seine Tochter, «entsteht dann, wenn die Klassenkonflikte zwischen einem vordringenden Sozialismus und dem in die Enge getriebenen Kapitalismus in ein kritisches und entscheidendes Stadium treten ... Solange sich der Kapitalismus des Apparates demokratischer Einrichtungen bedienen kann, um an der Macht zu bleiben und die Arbeiterklasse niederzuhalten, wird es der Demokratie gestattet, zu florieren. Ist das nicht mehr möglich, dann schafft der Kapitalismus die Demokratie ab und bedient sich der offen faschistischen Methoden der Gewalt und des Terrors. Der Faschismus besteht in verschiedenen Schattierungen in allen Ländern Europas mit Ausnahme Rußlands.» Die krassesten Beispiele für diesen Vorgang sind natürlich das Italien Mussolinis, das Deutschland Hitlers und das Spanien Francos. Während aber die Demokratie – die bürgerliche wie die sozialistische – in Italien und Deutschland keinen organisierten bewaffneten Widerstand leistete, tat sie es in Spanien – und wurde ebenso besiegt wie die österreichische Résistance gegen die Diktatur Dollfuß.

Sollen wir also, so wird nun gefragt, gegen die Gefahr einer neuerlichen faschistischen Gegenrevolution nicht von langer Hand den militärischen Widerstand der Arbeiterklasse und ihrer bürgerlichen Freunde ins Auge fassen und organisieren? Denn daß diese Gefahr groß ist, liegt ja wirklich auf der Hand. Das militärische und wirtschaftliche Eingreifen der Vereinigten Staaten in West- und Südeuropa wie in verschiedenen Teilen Asiens war und ist nichts anderes als verschleiert faschistische Gegenrevolution, die namentlich in Westdeutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland und im Nahen Osten die alten kapitalistischen und feudalen Herrschaftsmächte erneut ans Ruder gebracht oder sie vor dem Sturz bewahrt hat. In der Tschechoslowakei gelang die geplante Zurückwerfung der revolutionären Kräfte und die Hinüberziehung des Landes ins westmächtliche Lager dank besonderen Umständen nicht; statt dessen ergriff die Kommunistische Partei die Staatsmacht, wenn auch ohne Blutvergießen. Die kapitalistische Demokratie steht jedenfalls – wie hier immer wieder gezeigt wurde – in Westeuropa auf schwachen Füßen und kann je nach der Lage schon recht bald in eine offen reaktionäre Gewaltherrschaft umschlagen. In Frankreich ist es bereits geschehen – und die sozialistisch-demokratischen Kräfte haben keinen ernsthaften Widerstand geleistet. Werden sie auch in den übrigen Ländern der kapitalistischen Demokratie die wehrlosen Opfer der fortschreitenden Gegenrevolution werden? Und werden sich die Völker ebenso widerstandslos in den von den Herrschenden vorbereiteten Atomkrieg jagen

lassen? So fragen viele und empfehlen die Vorbereitung des bewaffneten Widerstands gegen alle faschistischen Umsturzgelüste.

Die heute verbreitetsten Formen sozialistischer Gewaltanwendung sind aber der Schutz revolutionärer Staatswesen gegen innere und äußere konterrevolutionäre Bewegungen und – damit verbunden – der revolutionäre Zwang zum Zwecke der einheitlichen Durchführung von Sozialisierungsmaßnahmen. Im Kampf gegen die innerrussische Reaktion und gegen die vierzehn kapitalistischen Staaten, die ihre Interventionskriege gegen die junge Republik führten, hat vor allem die Sowjetunion ein ganzes System revolutionärer Gewalt-, ja Terrormethoden entwickelt, das sich im Kern bis auf diesen Tag erhalten hat. Dazu kam dann jene russische Methode forcierter Industrialisierung, Modernisierung und Rationalisierung, die seither zum Vorbild für alle unterentwickelten Länder geworden ist, die ihren Rückstand gegenüber den alten Industriestaaten so schnell wie möglich aufholen wollen, und die besonders von China in gewaltigstem Maßstab angewandt wird. «Radikale Sozialisierung durch Schaffung und Sicherung einer rücksichtslos durchgreifenden zentralisierten Staatsmacht unter Zurückstellung der persönlichen und politischen Freiheitsansprüche» – das ist die Formel, nach der nicht allein die kommunistisch gewordenen unterentwickelten Länder ihre wirtschaftliche und kulturelle Revolution durchführen wollen, sondern auch recht reaktionäre Diktaturen wie die Türkei und Pakistan oder bürgerlich-nationalistische Autoritätsstaaten wie Ägypten-Syrien und Indonesien. Und es ist noch sehr die Frage, wie lange Indien sein großes Entwicklungsprogramm ohne diktatorische Behelfsmittel durchführen und die Riesennot seiner hungernden Volksmassen auch nur entfernt so erfolgreich überwinden kann, wie dies das kommunistische China tut.

Zum eigenen Wesen zurück! Gewalttätigkeit in all ihren Formen, also auch im Dienste der sozialen Revolution, entspricht nur allzusehr dem Wesen des natürlichen Menschen, der sich seine guten oder bösen, richtigen oder falschen Ziele selbstherrlich setzt und zu deren Erreichung die ihm am zweckmäßigsten scheinenden Mittel gebraucht. Aber sie widerspricht aufs klarste der Forderung des Evangeliums an den Menschen, das alles eigenwillige Machen verwirft, den Gehorsam gegen Gottes Willen lehrt und uns darauf vertrauen heißt, daß uns beim Trachten nach der Herrschaft Gottes und seiner Gerechtigkeit «all das andere obendrein gegeben» werde. Auch im Gemeinschaftsleben, dessen Unterstellung unter den Willen Gottes die gewaltigste Revolution wäre, die überhaupt denkbar ist. Das gesellschaftliche Unrecht und alles Böse überhaupt wird hier nicht auf dessen eigener Ebene und mit dessen typischen Mitteln bekämpft (wodurch es erst Macht und Dauer bekommt), sondern so, daß sich die Gemeinde Jesu über

das Böse stellt, ihm mit den Waffen der Wahrheit, Liebe und Heiligkeit entgegentritt und damit seinen Sturz herbeiführt. Praktisch-politisch schließt das ein Nichtmitmachen mit den Methoden der Welt in sich, besonders mit dem Betrieb des Gewalt- und Militärstaates und der Profit- und Ausbeutungswirtschaft, anderseits Aufbau einer auf freiwillige Brüderlichkeit und geistige Lebensrichtung gegründeten menschlichen Gemeinschaft.

Dem Sozialismus liegt dieser christliche Weg grundsätzlich fern. Er gehört einer Welt an, die sich längst von Gott und gar Christus losgesagt hat und ihre eigenen Wege geht, so sehr er auch in seinen besten Erscheinungen ganz bewußt sittliche Ziele verfolgt. (Karl Marx im besonderen steht ja durchaus auf den Schultern der altjüdischen Propheten und ihrer revolutionären Verkündigung.) Der Sozialismus erstrebt wohl eine Ordnung der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens, aber eben ganz auf menschlicher Ebene und mit nur menschlichen Mitteln. Er geht d i r e k t auf die Änderung der bestehenden Einrichtungen mit den wirksamsten materiellen Methoden aus, zu denen nach seiner Überzeugung namentlich auch politischer Zwang und militärische Gewalt gehören, deren Rechtmäßigkeit er immer anerkannt hat. Kurz, er ist höchstens Altes Testament, nicht aber evangelische Botschaft und Praxis. Und wenn wir uns nicht einfach auf die Verkündigung und Betätigung der christlichen Botschaft beschränken und den Sozialismus sich selber überlassen wollen, falls er nicht hören und umkehren wolle, dann müssen wir eben versuchen, seiner Weltlichkeit Rechnung zu tragen und ihn von s e i n e m Standpunkt aus weiterzuführen – möglichst weg von den Gefahren, die ihm auf dem Gewaltweg drohen. Wir werden ihn nicht zur Bergpredigt bekehren wollen und ihm den Weg des Kreuzes zumuten – dafür fehlen ihm allzusehr die Voraussetzungen –, aber wir werden uns bemühen, ihn zu seinem tiefsten Wesen zurückzuführen, von dem er so vielfach und so verhängnisvoll abgekommen ist.

Zu diesem seinem eigensten Wesen aber gehört, grundsätzlich gesprochen, unbedingt die Ablehnung der Gewalt, soweit sie als Vergewaltigung menschlichen Rechtes, menschlicher Freiheit und menschlicher Würde auftritt. Er lebt völlig aus dem Willen zur Schaffung einer Ordnung, in der endlich der Mensch zu seinem Recht kommt, in der der unendliche Wert, ja die Heiligkeit des Menschen anerkannt ist und Unterdrückung, Ausbeutung und Sklaverei jeder Art keinen Platz mehr haben – nicht nur in den wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen der Menschen, sondern auch im Verhältnis des Einzelmenschen und Bürgers zu seinem Staat. (Ich kann hier nur in Stichworten reden; der Leser greife aber wieder einmal zu der meisterhaften Schrift von Leonhard Ragaz: «Sozialismus und Gewalt», die vor vierzig Jahren über die tiefe Unvereinbarkeit des Gewaltprinzips mit dem Grundwesen des Sozialismus Endgültiges gesagt hat.)

Dieses sittliche Lebenselement des Sozialismus ist nun freilich in

der sozialistischen und Arbeiterbewegung als Ganzem nie in irgendwelcher Reinheit und Kraft zur Geltung gekommen. Bei Marx verband es sich zwar auf originelle Weise mit dem Interessenkampf und Machtstreben des unterdrückten Proletariats zu einer theoretischen Einheit. Aber in der Praxis des Klassenkampfes trat die sozialistische Gesinnung mehr und mehr hinter dem proletarischen Macht- und Interessenmotiv zurück, und damit wurden auch in der Theorie, um Hendrik de Man anzuführen, «Fragen der Gewaltanwendung bloß vom Standpunkte der unmittelbaren empirischen Zweckmäßigkeit beurteilt. Der Zweck heiligt die Mittel . . . Der Weg zum Sozialismus erscheint als ‚Weg zur Macht', die soziale Revolution wesentlich als Umkehrung der sozialen Machtverhältnisse» – eine Entwicklung, die im Leninismus und Stalinismus in Lehre und Leben ihre verhängnisschwere Vollendung erfuhr und den Sozialismus seines sittlichen Gehaltes weithin entleerte.

Natürlich hat die bürgerlich-kapitalistische Welt keinerlei Recht, dem Sozialismus diese Wendung zum Vorwurf zu machen, huldigt sie doch noch viel hemmungsloser – gerade auch im Kampf gegen die soziale Revolution und den Kommunismus – dem Grundsatz, daß der gute Zweck auch das schlechteste Mittel, bis hin zur Atombombe, heilige, und eine verbürgerlichte Sozialdemokratie folgt ihr darin getreulich. Sie hat damit die Befreiungsbewegung der proletarischen Klassen und Völker mit Gewalt – im wörtlichen Sinne – dem militarisierten Kommunismus in die Arme getrieben und kann sich nicht beklagen, daß i h r e Kampfmethoden nun auch vom Klassengegner übernommen wurden. Aber eben darum, weil der revolutionäre Sozialismus mindestens mit den Mitteln, die er für die Erreichung seines Zieles gebraucht, die alten Herrschaftsklassen nachahmt und ihrer Sache damit in den Augen einer kurzsichtigen Welt einen Schein von Recht verleiht, ist die Tragödie so groß, in die er sich verstrickt sieht. Und darum kann es für ihn keine lebenswichtigere Aufgabe geben, als den sittlichen Grundcharakter der Bewegung, deren Fahnenträger er ist, wieder in aller Klarheit und Entschiedenheit herauszuarbeiten und ihm entsprechende Kampfmethoden und Verwirklichungsformen auszubilden. Auch wenn man ihm nicht zumuten darf, den Weg Christi zu gehen, soll der Sozialismus doch etwas von den Kräften spüren, die den Menschen auf diesem Weg zuwachsen. «Er gehört», wie Ragaz in der genannten Schrift sagt, «doch mehr zu der neuen als zu der alten Welt, also mehr zum Geist als zur Gewalt, mehr zum Menschen als zum Tier, mehr zu Christus als zu Cäsar. Weil die Gewalt nur zu natürlich ist, muß er dafür sorgen, daß das Gegengewicht desto stärker werde . . . Denn woher stammt die M a c h t , mit der er zuletzt auftreten konnte? Nicht aus den materiellen Interessen, dem Klassenegoismus des Proletariates, die dieses sich organisieren hießen, sondern aus all dem Glauben und Wagen, Dulden und Kämpfen, Opfern und Entsagen der großen und kleinen Vorkämpfer des Sozia-

lismus, denen dieser, materiell betrachtet, nur Nachteil brachte.» Das ist heute noch so wahr wie im Jahr 1919, da es geschrieben wurde – ja heute, angesichts der ganzen Entwicklung des Sozialismus und der Weltlage, eher noch wahrer.

Von der Bändigung der Dämonen Was bedeutet das alles aber für den täglichen Kampf des Sozialismus um die Schaffung einer neuen Welt? Nun – Fritz Brupbacher, der Zürcher Anarchist, hat seinen Lebenserinnerungen («60 Jahre Ketzer») das etwas zynische Motto vorangesetzt: «Ich log so wenig als möglich.» So sollte der kämpfende Sozialist sich mit allem Ernst vornehmen: «Ich will so wenig als möglich mit der Gewalt zu tun haben.» Auch darüber hier nur einige Andeutungen.

Zunächst werden wir zugeben müssen, daß es für den Sozialisten echte Not- und Zwangslagen geben kann, in denen er v o n s e i n e m S t a n d p u n k t a u s keine andere Wahl zu haben glaubt, als selbst zur Gewalt zu greifen, wenn er sich nicht fremder Gewalt unterwerfen will, und zwar ohne daß er das als Schuld empfindet (wie der Christ, der j e d e Gewalthandlung als Schuld empfindet, in die er sich vielleicht schon durch vergangene Fehler verstrickt hat); der nichtchristliche Sozialist würde es sich im Gegenteil als Verschuldung anrechnen, wenn er in einer solchen Lage n i c h t Gewalt anwendete, so sehr sich auch sein Inneres dagegen sträuben mag. Eine Zwangslage dieser Art führte zum Beispiel die russischen Bolschewiki zum bewaffneten Aufstand gegen die Regierung Kerenski und zur Aufnahme des Bürgerkrieges – mitten im katastrophalen Zusammenbruch jeglicher Ordnung als Folge des verlorenen Krieges, unmittelbar vor der Drohung eines gegenrevolutionären Gewaltstreiches und dann nachher wieder im Angesicht des militärischen Eingreifens der ausländischen Reaktion, die das werdende neue Rußland durch Waffengewalt wie durch wirtschaftliche Sperre an den Rand des Unterganges führte. In dieser Lage den russischen Revolutionären den Weg Tolstojs oder auch nur der politischen Demokratie zuzumuten, wäre widersinnig gewesen; dafür waren sie und ihr Volk in keiner Weise reif. Ähnliches gilt von dem bewaffneten Kampf der chinesischen Kommunisten gegen die japanische Besetzungsmacht und das von den Amerikanern großzügig unterstützte Regime Tschiang Kai-schek.

Es gilt aber auch von der Notwendigkeit, die Industrialisierung und Modernisierung unterentwickelter Länder, besonders solcher, die dem Sozialismus zustreben, mit den Mitteln einer zentralistischen Diktatur durchzusetzen, zumal wenn das kapitalistische Ausland diesen Ländern jede irgendwie ausreichende Wirtschafts- und Finanzhilfe versagt oder ihre Gewährung an unmögliche Bedingungen knüpft. G. D. H. Cole, der verstorbene große englische Sozialist, stellt mit Recht fest (in seiner programmatischen Schrift «World Socialism

restated»): «Es ist wirklichkeitsfremd, sich vorzustellen, daß die Revolution in Rußland oder in anderen Teilen Osteuropas und Asiens mit den Methoden einer ‚liberalen' Demokratie hätte durchgeführt werden können – einer Demokratie, für die in jenen Ländern keine Überlieferung und keine Grundlage bestand, oder daß diese Länder am Tag nach der Revolution unter liberal-demokratischen Regierungsformen westlicher Art hätten einen geordneten neuen Zustand finden können ... Wer da sagt, Rußland oder China hätten nicht ‚kommunistisch werden' sollen, der sagt tatsächlich, die russische und die chinesische Revolution hätten überhaupt nicht gemacht werden sollen. Aber weit entfernt, dies zugeben zu können, sehe ich diese beiden Revolutionen als die größten Leistungen der modernen Welt an ... Ich bin nicht bereit, die Revolutionen zu verurteilen wegen der Mißbräuche, die bei ihnen vorgekommen sind; das wäre reinster Verrat an der Sache des Weltsozialismus.»

Wenn das gesagt ist, muß aber gerade vor der Begehung solcher Mißbräuche aufs eindringlichste gewarnt werden. Zum ersten: Nicht vorschnell oder leichtfertig das Bestehen einer Not- und Zwangslage anerkennen, die den Gebrauch von Gewaltmitteln rechtfertige, vielmehr alles tun, um das Eintreten einer Zwangslage zu v e r h i n d e r n ! Das wird und wurde jedoch immer wieder schuldhaft unterlassen. In Italien und Deutschland, in Spanien und Österreich zum Beispiel wären der Faschismus und Nazismus nie aufgekommen, wenn es eine geschlossene und entschlossene sozialistische Bewegung gegeben hätte, die nicht nationalistisch verseucht und höchstens noch bürgerlich-reformistisch gesinnt gewesen wäre oder nicht einem falschen, putschistischen Revolutionarismus gehuldigt hätte. Die gegenrevolutionären Diktatoren fanden so einen nur zu gut vorbereiteten Boden vor und zugleich eine sozialistische Bewegung, die innerlich wie äußerlich gelähmt und auf die Länge widerstandsunfähig war, auch wenn sie zuerst zu kämpfen bereit war. Das wiederholte sich in Frankreich, zuerst beim Versagen der Volksfront vor dem Zweiten Weltkrieg, dann nach dem Krieg, als die Résistance auseinanderbrach, und zuletzt im vorigen Sommer, als der Verrat der Sozialdemokratie, die Starrheit der «rechtgläubigen» Kommunisten und der Nationalismus der weithin für den Algerienkrieg eingenommenen Arbeiter und bürgerlichen Republikaner jede ernste Gegenwehr wider den gaullistischen Halbfaschismus verunmöglichte. Wenn die sozialistische Bewegung Westeuropas aus dieser Erfahrung zu lernen vermag und einen charaktervollen, im besten Sinne revolutionären Sozialismus entwikkelt, dann braucht sie vor einem drohenden Neufaschismus keine Angst zu haben und gerät nicht in eine Zwangslage, die ihr nur die Wahl zwischen schimpflicher Kapitulation und aussichtslosem Kampf mit militärischen Mitteln läßt.

Mit m i l i t ä r i s c h e n Mitteln! Denn es gibt ja – und das ist das Zweite – auch im sozialen und innerpolitischen Kampf einen Wi-

derstand o h n e Gewaltmittel, den gewaltlosen Widerstand, dessen Hauptform der Generalstreik ist. Das scheint man in der sozialistischen Bewegung fast ganz vergessen zu haben. Wie leidenschaftlich wurde einst in allen Ländern die Diskussion über den Generalstreik als revolutionäre Kampfwaffe geführt! Und was ist heute daraus geworden! Um so nötiger ist es, aufs neue mit allem Ernst nach Möglichkeiten zu suchen, um einer drohenden gegenrevolutionären Gewaltherrschaft – auch einem «kalten» Faschismus – mit anderen Mitteln als mit gewaltsamem Widerstand zu wehren und vorher alle, wirklich alle besseren, das heißt menschlicheren, sittlicheren Kampfmöglichkeiten zu erschöpfen, bis man sich entschließt, «zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr verfängt», zu greifen. Und wenn bei uns auch die geistige Vorarbeit noch nicht geleistet ist, die der gewaltlosen Befreiungsbewegung Gandhis und seiner Freunde ihren großartigen Erfolg sicherte, so kann diese Bewegung uns doch in eine Richtung weisen, die uns auf unsere westlich-sozialistische Art zum Ziel einer unblutigen gesellschaftlichen Umwälzung führt.

W e n n aber in einer wirklich unvermeidlich gewordenen Notlage keine andere Methode mehr übrig bleibt als die gewaltmäßige Abwehr der Gegenrevolution und die Zwangssozialisierung, dann wird sich der Sozialist – das sei als Drittes wieder in äußerster Knappheit gesagt – stets des d ä m o n i s c h e n W e s e n s a l l e r G e w a l t ü b u n g tief bewußt bleiben. Das war wirklich der Fall bei einem Fritz Adler, der sich gezwungen fühlte, den Grafen Stürgkh, den damaligen österreichisch-ungarischen Ministerpräsidenten, zu töten, aber in seiner berühmten Verteidigungsrede das «Untermenschliche» seiner Tat freimütig anerkannte. Das war der Fall auch bei einem Gustav Landauer, einem Kurt Eisner, einem Karl Liebknecht, einer Rosa Luxemburg und all den anderen sozialistischen Revolutionären, die nur mit erschütterter Seele den Weg der Gewalt beschritten. Sie wußten, was heute wiederum vergessen scheint, daß nicht der hohe Zweck das niedrige Mittel heiligt, sondern das gemeine Mittel den edelsten Zweck entheiligt und daß die Sache der Revolution durch die Gewalt, die sie übt, schwer belastet, ja oft bis ins Mark verdorben und entstellt wird. Die ganze Geschichte der sozialistischen Revolutionen unserer Zeit bestätigt diese Wahrheit bis auf den heutigen Tag. Und das heiße Streben der Revolutionsträger in den Diktaturstaaten sollte darum auf das Ziel gerichtet sein, die Sache des Sozialismus und Kommunismus vom Fluch des Gewaltwesens zu lösen, den sittlichen Grundcharakter des Sozialismus ins helle Licht zu stellen und für seine Verwirklichung möglichst freiheitliche, volkstümliche Formen zu finden.

Daß solch eine Wendung ihre Gefahren hat, soll unbestritten bleiben; aber die Gefahren, die mit der Fortsetzung eines auch noch so «maßvollen» zwangs- und gewaltmäßigen Aufbaus der sozialistischen

Ordnung verbunden sind, übersteigen j e n e Gefahren bei weitem, nicht zuletzt darum, weil die bürgerlich-kapitalistische Welt, die alles getan hat und weiterhin tut, um die soziale Revolution auf den Gewaltweg zu stoßen und darauf festzuhalten, aus dem Zwangscharakter des «östlichen» Sozialismus immer neue Antriebe für ihren weltweiten gegenrevolutionären Kreuzzug schöpft. Den Christen und den sich demokratisch heißenden Sozialisten aber obliegt die heilige Pflicht, die Sache der radikalen gesellschaftlichen Umwälzung in den Ländern, die von ihr ergriffen sind oder für sie reif werden, zu der ihrigen zu machen und so mitzuhelfen, daß durch die Einstellung der Bekriegung des sozialistischen Aufbauwerkes die Versuchung gemindert wird, ja überhaupt wegfällt, den Sozialismus mit Gewaltmethoden zu verwirklichen.

22. April. *Hugo Kramer*

Zivilschutz?

Unsere Verteidigung besteht weder in Rüstungen noch in der Wissenschaft, noch im Verkriechen unter die Erde. Unsere Verteidigung besteht in Gesetz und Ordnung.

Albert Einstein, 1946

*

Viele Gebäude in den Städten weisen noch heute Pfeile auf mit der Inschrift: «Zu den Luftschutzräumen.» Sie könnten heute geradesogut beschriftet sein: «Zu den Todesfallen.» Die Satellitenländer so gut wie die freien Nationen Westeuropas sind heute wahrscheinlich schutzlos gegen Atomangriffe aus der Luft und können auch nicht verteidigt werden.

E. Rabinowitch, im «Bulletin of the Atomic Scientists», (USA), Nr. 1, 1956.

*

Sicherheit wird es für die Schweiz erst geben, wenn die ganze Welt gesichert ist.

Die Macht der Vergebung im Zusammenleben der Völker Europas

Vom 16. bis 19. April trat die Christliche Friedenskonferenz zu ihrer zweiten Sitzung in Prag zusammen. Wir nehmen vorerst die zweite Sitzung der Christlichen Friedenskonferenz zum Anlaß, unsere Leser mit einem Vortrag von Professor Hromadka, dem Initiator der Christlichen Friedenskonferenz, bekannt zu machen, den er 1958 auf dem Kongreß des Christlichen Friedensdienstes in Berlin-Weißensee hielt. Der Vortrag ist nach einer Bandaufnahme von Ruth Schmidt, Berlin, bearbeitet.

Meine lieben Freunde, meine lieben Brüder und Schwestern, ich möchte Ihnen für die Einladung danken und Sie zugleich im Namen unseres Friedenskreises in der Tschechoslowakei herzlichst begrüßen. Es gibt viele Menschen in unserer Kirche, die in ihrem Herzen und in ihrem Denken mit Ihnen hier eng verbunden sind. Ob sie mit allem, was hier gesagt werden wird, einverstanden sein werden oder ob wir einander völlig verstehen werden, das ist eine andere Frage. Es gibt so viele Vorurteile und Mißverständnisse unter uns, gegen die wir unablässig ringen und kämpfen müssen. Und das ist eigentlich das Große an der Friedensarbeit, auch an diesem Kreis hier, daß wir so von vornherein bereit sind, einander zu hören und zu verstehen. Ich unterstreiche das, weil es sich nicht von selbst versteht, daß wir heute morgen in dieser Atmosphäre der Brüderlichkeit und des gegenseitigen Vertrauens arbeiten dürfen.

Bruder Propst Grüber hat darauf hingewiesen, daß die Stadt Berlin in einer sehr schwierigen Lage ist, daß sie keine Brückenstadt, sondern eine Stadt vieler Gefahren ist. Vielleicht hat vieles, was uns beunruhigt und worunter wir leiden, in dieser Stadt seinen Ursprung. Ich sage das in keiner Selbstgerechtigkeit, ich würde darüber auch sprechen, wenn wir, jeder von uns, die Verantwortung für die Schuld auf uns nehmen müßten. Es ist nur nicht selbstverständlich, daß wir gerade in dieser Stadt zusammenkommen. Auch ich komme aus einem Staat, der sich direkt an der Grenze zwischen dem Osten und dem Westen befindet. Auch wir spüren in unserem Lande alle die unterirdischen Strömungen und Versuche, die positive Arbeit für die Befriedung der Welt zu unterhöhlen und zu liquidieren. Es ist sehr wichtig, daß Sie auch mich verstehen.

Die Solidarität des Christen seit der sündigen Welt

Ich bin tief verwurzelt in meinem eigenen Land. Ich fühle mich solidarisch mit meinem Volk in seinem Aufbau, und ich möchte in keiner Minute, unter keinen Umständen mich irgendwie von meinem Volk lossagen oder isolieren. Denn ich fasse das Evangelium auf als wirklichen Weg einer völligen Solidarität mit dieser sündigen Welt, auch mit meinem sündigen Volk; und ich bin niemals versucht, die Grenzlinie zwischen den gerechten Christen und den ungerechten Weltkindern zu ziehen und die Verantwortung für das, was geschieht, auch

bei uns, nur auf die Kommunisten oder auf diejenigen Männer zu schieben, die heute für die Leitung unseres Landes verantwortlich sind. Nein, ich selbst bin für alles verantwortlich. Ich bin auch für unseren kommunistischen Präsidenten, für unsere kommunistische Regierung verantwortlich. Und wenn auch vieles gegen mein Rechtsgefühl verstößt, so möchte ich mich doch nicht auf den Richterstuhl setzen, bevor ich nicht in der tiefsten Tiefe mir meine eigene Schuld und meine eigene Verantwortung zum Bewußtsein gebracht habe. Die größte Schuld der Kirche heute in der Welt besteht darin, daß sie sich auf die Ebene der machtpolitischen Kämpfe herabziehen läßt und vergißt, daß das Zeugnis und die Gemeinschaft des christlichen Glaubens und die Arbeit der Kirche auf einer ganz anderen Ebene liegen. Ich möchte es das Dialektische nennen: daß ich mich einerseits ganz mit meinem Volk, seiner Schuld und seinem Elend, solidarisch fühle und daß ich andererseits die Ebene des Evangeliums und der Kirche Jesu Christi von der Ebene der Völker trenne. Dies, glaube ich, müssen wir durchdenken und in dieser Richtung miteinander sprechen.

Das Wunder der Vergebung

Damit möchte ich zu dem eigentlichen Thema übergehen. Es lautet: «Die Macht der Vergebung im Zusammenleben der Völker Europas». Es ist für mich befreiend und erfreuend, daß gerade das Thema der Vergebung an die Spitze dieser Konferenz gestellt worden ist. Denn wenn wir, die wir hier sind, nicht von der Tatsache der Vergebung in Jesus Christus ausgehen, dann können wir uns nicht verständigen, denn die Mißverständnisse, die Differenzen zwischen uns – nationale, soziale, ethische, weltanschauliche – sind sehr tief. Ich habe leider das Gefühl, daß in der heutigen ökumenischen Arbeit nicht immer genügend von dieser realen Tatsache des Evangeliums ausgegangen wird. Wir sind aber verloren, wir Kommunisten und Nichtkommunisten, wir östlichen und westlichen Europäer, wenn wir bei unseren Gesprächen nicht von der Vergebung ausgehen.

Das Evangelium ist für mich wirklich das Evangelium der Vergebung; keine Lehre von der Vergebung, die man durch dogmatische Kategorien festhalten kann, sondern die Botschaft von der immer tätigen, vergebenden Liebe dessen, der in die Not und in das Elend und in die Verdorbenheit unseres Menschenlebens hinabgestiegen ist und der nun in unserem Elend, in unserer Not an derselben Stelle steht, an der wir stehen. Er ist mit uns im Grabe. Er ist mit uns in all den Schwierigkeiten, mit denen wir zu tun haben. Das ist ein Geheimnis, ein Wunder, das jeden Tag neu geschieht und das wir tatsächlich in der tiefsten Tiefe unseres Herzens im Glauben erleben müssen und erleben dürfen. Im Glauben! Ich spreche von keiner sentimentalen Erlebnisfrömmigkeit, sondern von einer ganz nüchternen, aber kräftigen Glaubensfrömmigkeit, welche unsere Herzen, unsere ganze menschliche Substanz verwandeln muß. Die Frage an uns lautet: Ge-

hören wir dieser Vergebung oder nicht? Leben wir in der Versöhnung mit Gott in Jesus Christus oder nicht? Das ist eine sehr ernste Frage nicht nur an uns, sondern auch an unsere Kirchen.

Der Christ weiß aber davon, daß er auch von der Vergebung seiner Mitmenschen lebt. Die Kluft der Schuld existiert auch zwischen Mensch und Mensch. Wir sind nicht in der Lage, die uns von Gott trennende Kluft in ihrer Tiefe und Schrecklichkeit zu verstehen, ja überhaupt zu erleben, wenn wir uns nicht der Kluft, die uns von unseren Mitmenschen trennt, bewußt werden. So wie ich nicht ohne die Vergebung Gottes leben kann, so kann ich auch nicht ohne die Vergebung meiner Mitmenschen bestehen.

Von daher muß unsere Bereitschaft erwachsen, denen zu vergeben, unter denen wir leben. W e n n das geschieht, ist es ein Wunder. Wir schleppen mit uns die Erinnerung an all das, was unsere Mitmenschen uns angetan haben. Wir sind nicht in der Lage, zu vergessen, auch wenn wir von Vergebung sprechen. In der tiefsten Tiefe vergeben wir nicht. Wir schleppen die Erinnerung mit, nicht nur als Einzelmenschen, sondern auch als Völker und Nationen. Memoria, das Gedächtnis, ist eine Gabe Gottes. Es gehört zu unserem Menschsein. Schon die alten Theologen, Augustin und andere, haben von ihm als einer menschlichen Substanz gesprochen. Aber das Gedächtnis kann auch, eben weil es zur menschlichen Substanz gehört, ein Instrument dämonischer Kräfte werden. Es kann für uns eine schreckliche Anfechtung sein, wenn wir nicht in der Lage sind, zu vergessen; wenn wir immer wieder darauf hinweisen, was uns angetan wurde, dann kann von keiner wirklichen Gemeinschaft im Glauben, in der Liebe und in der Hoffnung gesprochen werden.

Vergeben bedeutet aber nicht, die Schuld zu ignorieren oder zu verharmlosen. Ich persönlich bin tief in der anselmischen Theologie verwurzelt: «Nondum considerasti, quanti ponderis sit peccatum»; Du bist dir noch nicht bewußt geworden, was wirklich Schuld und Sünde ist, welches Gewicht die Sünde hat (oder: wie schwer die Sünde wiegt). Dieses anselmische Wort ermahnt uns, die Schuld, die uns von Gott und den Menschen trennt, ernst zu nehmen. Die Sünde ist eine unheimliche Tatsache, die unser Leben vergiftet und die auch für die Nöte verantwortlich ist, durch die wir jetzt gehen müssen. Je mehr wir unser Leben im Lichte des Evangeliums ansehen, desto ernster und schwieriger erscheint es uns. Gerade als Friedenskämpfer möchte ich betonen, daß es mit einem oberflächlichen Pazifismus nicht getan ist. Das wirkliche Ringen um den Frieden kann nur in der Tiefe der menschlichen Schuld, der menschlichen Vorurteile und der menschlichen Gebrochenheit geschehen.

Christus, der Herr der ganzen Welt

Wir Christen sind in der heutigen Lage vielleicht deshalb so schwach und manchmal hilflos, weil wir nicht den ganzen Christus vor Augen

haben. Auch wir Protestanten, die wir immer wieder auf die Bibel hinweisen, haben aus der Bibel nur eine Teilwahrheit herausgeholt und sie zur Doktrin gemacht. So ist das großartige Zeugnis von der Rechtfertigung durch den Glauben der Christenheit zum Schicksal und zum Verhängnis geworden. Ich möchte alle Mißverständnisse vermeiden: ohne die Lehre von der Rechtfertigung durch den Glauben kann man das Evangelium nicht verstehen. Aber der Herr ist nicht nur der rechtfertigende Herr, sondern auch der auferstandene Herr. Das Evangelium ist die majestätische Botschaft von der Königsherrschaft Jesu Christi über das ganze Leben der einzelnen und Völker, der Staaten und Zivilisationen. Es ist aber keine abstrakte Herrschaft, sondern ein ganz konkretes Eingreifen Gottes in Jesus von Nazareth in konkrete, empirische Verhältnisse der Menschen. Das müssen wir heute im Auge behalten, um mit dieser Fülle zu ringen und einander in dieser Fülle des Evangeliums zu helfen. Es ist unsere große Aufgabe, unsere Kirchen dazu zu rufen. Denn die Schwierigkeiten, welche die Kirchen heute zu überwältigen drohen, stecken viel mehr in der Kirche selbst als in der Welt. Wenn die Kirche nicht zum wirklichen Werkzeug Jesu Christi wird, wenn sie innerlich nicht frei ist von all dem, was sie bedroht, wenn sie falsche Fronten bildet, dann wird sie nicht in der Lage sein, die sie bedrohenden Gefahren zu überwinden und siegreich – menschlich gesprochen – vorwärts zu schreiten. Die Frage nach der Vergebung als der Macht im heutigen Europa ist eine Frage an unsere Kirchen. Die Kirchen leben heute viel zu sehr von den Gewohnheiten und Traditionen, sie haben sich zu sehr den alten Lebensweisen und den verschiedenen Vorgängen des öffentlichen, politischen und ökonomischen Lebens angepaßt, so daß die Kirchen nicht mehr frei im Evangelium sind, um wirklich den armen Menschen in der Welt zu helfen. Denn diejenigen Völker, die heutzutage die Macht in ihren Händen haben, sind arm. Das sage ich in ganzer Nüchternheit und Offenheit. Wenn ich die Staatsmänner und Politiker, auch in unserem Land, anschaue, so habe ich nicht das Gefühl, daß sie Macht haben. Ich habe immer das Gefühl: Das sind arme Menschen, welche die Last der Verantwortung auf sich genommen haben, eine Last, die sie vielleicht nicht imstande sein werden zu tragen. Was tun wir, um diesen armen Menschen zu helfen? Nicht zum Kampf gegen sie, sondern zum Dienst der Vergebung und der wirklich helfenden Liebe sind wir berufen!

Der Dienst der Kirche an der Welt

Man spricht darüber, daß wir Christen im Osten viel zu politisch denken, daß wir unsere Kirchen verpolitisiert haben. Ich möchte hier ein Zeugnis von dem ablegen, was im Hintergrund aller unserer Arbeit steht: Unsere positive Einstellung unseren heutigen Machthabern und unseren heutigen Staaten gegenüber ist nicht die Haltung der bedingungslosen Unterwerfung, sondern die Einstellung der wahren dienenden Liebe des Evangeliums. – Ich gehörte nie einer politischen Partei

an und werde nie einer politischen Partei angehören. Ich war in meiner politischen Einstellung immer frei von allen Parteien. Wenn ich mit meinen westlichen Freunden und Brüdern spreche und wenn ich leise Vorwürfe höre, daß ich vielleicht viel zu politisch denke, sage ich immer wieder: Nein, tatsächlich bin ich inwendig viel weniger politisch als ihr alle. Ich bin frei. Und ich ringe um diese inwendige Freiheit, nicht um Verantwortungslosigkeit, sondern um eine Freiheit für Verantwortung und den Dienst. Denn, meine lieben Freunde, Jesus Christus, der Gekreuzigte und Auferstandene, ist gekommen, um sich an die Stelle zu stellen, an der wir stehen, und nicht, um menschliche, auch nicht, um kirchenpolitische oder konfessionelle Fronten gegen die Welt aufzurichten. Diesen Fehler aber machen wir immer wieder, weil wir das Evangelium nicht recht verstanden haben und nicht im Lichte dieses Evangeliums gearbeitet haben.

Die Völker Europas trennt:
1. Die Unfähigkeit, Schuld zu vergeben

Was wir von der Not der Schuld und dem Wunder der Vergebung gesagt haben, wollen wir nun auf das Zusammenleben der Völker Europas beziehen. Ich bin sehr froh, daß wir unser Thema auf die Völker Europas beschränkt haben, denn wir wissen, wie eng wir mit unseren Ländern und Völkern verbunden und wie tief wir in ihren Traditionen verwurzelt sind. Wir sind aber Europäer in einer Zeit, in der das alte Europa nicht mehr existiert. Zu welchem Europa bekennen wir uns heute? Zu einem Westeuropa oder zu dem Osteuropa, zu einem noch nicht existierenden Europa oder zu dem alten, nicht mehr existierenden Europa? Die Völker Europas sind heute vielfältig voneinander getrennt, nicht nur der Osten vom Westen. Wir dürfen nicht vergessen, daß auch im Westen tiefe Differenzen bestehen und daß das Erbe des neunzehnten beziehungsweise achtzehnten Jahrhunderts noch nicht überwunden ist. Auch das christliche Abendland muß achtgeben, daß es sich nicht zerreißt und nicht einmal wieder in naher oder ferner Zukunft in einen Kampf untereinander gerät. Auch in dem sozialistischen Block, dem ich angehöre, bestehen noch alte Differenzen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir alle noch von dem nationalistischen Erbe des neunzehnten Jahrhunderts leben. Diese nationalistischen Vorurteile stehen noch immer als eine Mauer zwischen uns. Das Jahr 1945 hat eine neue, schreckliche Kluft aufgerissen. Es war ein Abgrund, und damals – ich muß es leider selbst bekennen – war ich nicht sicher, ob es je gelingen würde, diese Kluft zwischen unseren Völkern zu überbrücken. Jetzt sind wieder Wunder geschehen, und einige der hier anwesenden Brüder können bezeugen, daß wir einen Anfang gemacht haben, uns mit unseren deutschen Brüdern zu verständigen und mit ihnen zu arbeiten. Aber wir stehen noch in den allerersten Anfängen dieser Arbeit. Sie ist noch beschränkt auf einige kleine Gruppen von Brüdern in Deutschland und der Tschechoslowakei. Sie ist noch nicht

in unsere Gemeinden eingedrungen und hat unsere Völker noch nicht erfaßt. Wir Tschechoslowaken müssen noch darum ringen, die Deutschen im Lichte der größten Errungenschaften der deutschen Geschichte zu verstehen und nicht im Schatten des Schrecklichsten, was in der deutschen Geschichte geschehen ist. Das zu tun, sind wir dann in der Lage, wenn wir etwas vom Evangelium verstanden haben und wenn wir uns dessen bewußt werden, daß wir uns mit unseren deutschen Brüdern nur dann treffen und verstehen können, wenn wir als Sünder zu ihnen kommen und als Sünder miteinander sprechen: als Sünder, die dieselbe Gnade der Vergebung brauchen. Solange wir Tschechen uns für die «beati possidentes» halten, solange wir glauben, es liege an uns, ob wir den Deutschen vergeben oder nicht, solange werden alle Versuche fehlschlagen. Erst wenn wir einmal begreifen, daß wir das Schuldbekenntnis mit unseren deutschen Brüdern zusammen sprechen müssen, kann etwas geschehen. Das bedeutet nicht, daß wir verharmlosen, was geschehen ist, im Gegenteil, es bedeutet, daß wir durch das Erlebnis der gegenseitigen Schuld stark werden, dem Evangelium zu folgen und einen neuen Anfang zu machen. Ich habe heute immer noch das unheimliche Gefühl, daß wir im heutigen Europa diesen neuen Anfang noch nicht gemacht haben und daß wir einander immer wieder mit den alten Fragen angreifen. Wenn Menschen aus dem Osten mit Menschen aus dem Westen zusammentreffen, hört man so viele irrelevante, gleichgültige Fragen und kommt nie zur eigentlichen Hauptsache. Hier liegt die große Aufgabe auch dieses Friedenskreises. Wir müssen das große Erbe des neunzehnten Jahrhunderts richtig verstehen; wir müssen in die Tiefe des geschichtlichen Lebens hinabsteigen und dort im Lichte des Evangeliums das Verhängnisvolle überwinden und das Große reinigen und dem heutigen Menschen wieder darbieten.

2. *Mangelnde Erkenntnis der Schuld*

Die große Weltkatastrophe, die 1914 begonnen hat, ist noch nicht zu ihrem Ende gekommen. Wir stehen noch mitten in der Katastrophe oder dem Weltumbruch, wie immer man es nennen mag. Wir Christen haben uns noch nicht recht zum Bewußtsein gebracht, daß wir Christen für diese Katastrophe verantwortlich sind, wir christlichen Nationen, das christliche Europa. Lassen Sie uns jetzt nicht über die Nazisten und über die Faschisten, über Demokraten und Kommunisten sprechen und auch die Schwierigkeiten, in denen wir jetzt stehen, nicht denen vorwerfen, die uns nicht lieb sind oder denen wir mißtrauen. Keine Heiden, keine Kommunisten haben die Weltkatastrophe verursacht. Wir selbst sind verantwortlich. In dem alten Europa war etwas verfault und böse. Vielleicht wäre das alte Europa auch ohne Hitler zugrunde gegangen. Wer weiß? Ich möchte die Verantwortung nicht auf Hitler oder andere totalitäre Regimes abwälzen. In der Seele, im Herzen, in der Substanz des alten Europas ist etwas Schreckliches geschehen. Und weil ich mit meinen westlichen Freunden spreche, darf ich vielleicht

diese Warnung erheben: Paßt auf, ob ihr nicht über dem Abgrund steht! Paßt auf – nicht nur wir im Osten, sondern auch ihr im Westen müßt aufpassen –, daß ihr euer Vertrauen nicht auf etwas aufbaut, das nicht mehr existiert. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben. Wir müssen der geschichtlichen Realität ganz klar in die Augen schauen, mutig, ohne Angst und Zittern.

3. Das Ausweichen vor der geschichtlichen Realität

Dazu gehört auch der Blick auf die sozialistische Revolution vom Jahre 1917 und ihre tiefen Auswirkungen, die sowohl horizontal als auch vertikal die europäischen Völker trennen. Die vertikale Trennung ist heute allen deutlich, dagegen ist – wenigstens in Europa – die horizontale Trennung nicht so klar erkennbar. Die große Oktoberrevolution von 1917 – ob wir sie billigen oder nicht – hat eine solche Umwälzung, einen solchen tiefen Umbruch herbeigeführt, daß wir uns damit nicht nur irgendwie abfinden, sondern daß wir uns damit auseinandersetzen müssen. Nur eine Frage möchte ich stellen. Bedeutet diese Revolution das Ende des kulturellen klassischen Erbes? Oder bedeutet die Revolution eine Ausdehnung Europas in die asiatischen und afrikanischen Länder? Bedeuten nicht zum Beispiel auch die Sozialisierung und Humanisierung Rußlands, Sibiriens, Chinas und der anderen Länder eine Verwestlichung dieser Länder in einer Art und Weise, wie sie die kapitalistischen oder liberal-demokratischen Länder zu verwirklichen nie in der Lage waren und sein werden? Ich kenne etwas von der Welt; ich habe China und andere Länder besucht, und es kommt mir so vor, als ob die Revolution von 1917 auch in ihrer Auswirkung auf diese Länder betrachtet werden müßte, um sie richtig zu verstehen, namentlich heute, in der Zeit der technischen und wissenschaftlichen Fortschritte. Bis 1948, vielleicht bis 1950, hat man vielerorts gedacht, daß das Jahr 1917 liquidiert werden könnte. Heute weiß man, daß das nicht möglich ist. Deshalb müssen wir uns mit dieser Tatsache in der richtigen Weise auseinandersetzen. Was werden wir tun, um dem Teil von Europa, der heute kommunistisch regiert wird, oder um Asien die Dynamik, die Ziele des Evangeliums richtig darzubieten und diesen Völkern durch die Kraft des Evangeliums zu helfen? Durch Kreuzzüge und antikommunistische Fronten ist nichts getan. Dieses Bekenntnis möchte ich mit aller Schärfe ablegen. Das sage ich auf Grund meiner Erfahrungen seit wenigstens zwanzig Jahren. Durch Kreuzzüge oder durch sogenannte christliche Fronten gegen die Bolschewisten oder die Kommunisten werden wir uns selbst das Grab bereiten.

Ich will eine kleine Geschichte aus der Tschechoslowakei erzählen. Vor sechs oder sieben Jahren war ich in einer Kirchengemeinde meiner evangelischen Kirche der Böhmischen Brüder in Ostböhmen, und als ich am Samstagabend mit dem Presbyterium zusammenkam, fragte mich einer der Presbyter: «Bruder Hromadka, glaubst du, daß sich alles

ändern wird, daß wir wieder zu der alten Lebensweise, zu der alten Struktur zurückkehren werden, oder glaubst du das nicht? Kommt es zu einem Krieg oder nicht?» Er meinte, daß wir von den Kommunisten befreit werden könnten, wenn es zu einem Krieg käme. Ich habe ihm – es war einer der ältesten – geantwortet: «Ich verstehe deine Frage. Aber eines möchte ich euch ans Herz legen: Spekuliert nicht, arbeitet! Die Vergangenheit wird nicht zurückkehren, der Weg zurück ist – menschlich gesprochen – unmöglich. Wenn du darauf spekulierst, daß sich vielleicht etwas ändern wird, wirst du alle deine Kraft verlieren und in der entscheidenden Zeit nicht stark genug sein, dich zu behaupten, nicht nur ökonomisch, sondern überhaupt als Mensch.» Am nächsten Tag sprach er mich vor meiner Predigt an: «Bruder Hromadka, ich habe nicht schlafen können.» «Warum denn nicht?» «Nun ja, du hast uns alle Hoffnung genommen.» «Bist du böse?» habe ich gefragt. «Aber nein, nein, ich bin nicht böse, im Gegenteil, ich bin froh. Ich hatte mich falschen Hoffnungen hingegeben, und jetzt sehe ich ein, daß ich von diesen falschen Hoffnungen erlöst und befreit werden muß.» Vor drei Monaten habe ich diesen Bruder wieder getroffen. Er war ganz anders: fröhlich, freudig an der Arbeit; er spekuliert nicht mehr auf die Wiederkehr der alten Verhältnisse; er spekuliert nicht mehr auf die Möglichkeit, daß das Jahr 1917 geschichtlich liquidiert wird.

Die echte Front der Christen

Liebe Brüder, ich sage das in keinem Gefühl der Freude und Erleichterung, obwohl ich selbst immer radikal sozial gesinnt war. Denn ich weiß, was es bedeutet, wenn wir Christen jetzt den Ländern unter der kommunistischen Herrschaft helfen sollen. Aber das Helfen ist unsere Aufgabe. Wir werden nur dann in der Lage sein, die schlechten Folgen und Konsequenzen des Jahres 1917 und der Weltkatastrophe von 1914–1958 zu überwinden, wenn wir die anderen Völker in ihrer geistigen Struktur, in ihrem historischen Erbe, in ihrer Not und Hoffnung erfassen und die echtesten, positivsten, erhabensten Ziele ihres Lebens koordinieren und integrieren. Einen wirklichen Dienst aber werden wir nur dann leisten können, wenn wir vom Evangelium, von den Füßen des Gekreuzigten und Auferstandenen her den Anfang machen. Die Kirchen haben in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren – in der Zeit nach 1945 – so viel Kraft an unnötigen Fronten verbraucht. Der Friedensdienst kann Unermeßliches tun, wenn er seine Arbeit in der Kraft und Dynamik der exousia, in der wirklichen Autorität und Macht des Evangeliums tut, wenn er den Mut hat, an denjenigen Stellen zu ringen, an denen es sich wirklich lohnt, und wenn er andere, nebensächliche Fronten beiseite schiebt. Es ist ein großer Kampf, der in unseren Kirchen anfangen muß. Unsere Front muß eine Front sein des Ringens um die wirkliche Kirche Jesu Christi über die Grenzen der Konfessionen hinweg, ohne diese zu ignorieren oder zu verharmlosen. Wir müssen alle bereit sein, in Buße und Reue, im Sünden-

bekenntnis unsere Arbeit zu tun. Aber wir müssen unsere Arbeit auch an den Menschen in der Welt leisten. Wir müssen uns immer wieder die Frage stellen, auf die es ankommt: Bist du bereit, auch denjenigen Menschen in deinem Land, die dir nicht so angenehm sind, in der dienenden Liebe gegenüberzutreten oder nicht? Nur wenn wir die Arbeit aus der Fülle des Evangeliums, in der Macht der Vergebung und der Dynamik des auferstandenen Jesus Christus tun, kann etwas Großes daraus werden. Meine lieben Freunde, die heutige Zeit ist die Zeit der Gerichte Gottes. Aber es ist auch die Zeit einer unermeßlichen Gnade. Ich danke Gott dafür, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, gerade in dieser Zeit zu leben. Wir Christen werden noch manches Mal dieser Welt zum Schauspiel werden müssen (vgl. 1. Kor. 4, 9; Hebr. 10, 33); aber das tut nichts. Im Glauben an die Auferstehung Jesu Christi und in der Freude und Hoffnung auf den endgültigen Sieg Jesu Christi dürfen wir ohne Angst unsere Arbeit tun.

Joseph L. Hromadka
(«Stimme der Gemeinde», 1. Mai 1959)

Grundsatzerklärung

des niederländischen «Konvents für ein neues politisches Ethos»
(Amsterdam, im Mai 1959)*

1. Der Konvent für ein neues politisches Ethos vereinigt Glieder verschiedener Kirchen. Sie wissen sich verbunden in der Überzeugung, daß der christliche Glaube für die Kirchen und ihre Glieder einen Weg für das politische Leben öffnet, den die Gemeinde mit Freude gehen kann. Der Konvent will den Kirchen und der Gesellschaft dadurch dienen, daß er Antwort auf die Fragen sucht, die die heutige Lage der Welt uns stellt. Es geht dabei darum, die rechte Weise zu finden, in der die Gemeinde, ohne der Welt gleichförmig zu werden, sich für ihren Herrn und die Menschen in der Welt zur Verfügung stellen kann.

---

* Mit der Ankündigung der Internationalen Konferenz des Bundes Religiöser Sozialisten (siehe dritte Umschlagseite dieser Ausgabe) erreicht uns obenstehende Grundsatzerklärung holländischer Gesinnungsfreunde. Wir haben sie, ihrer Bedeutung entsprechend, an den Anfang gestellt und bitten unsere Leser, sich damit vertraut zu machen. Professor Rasker, der Vorsitzende dieser Vereinigung, wird am 5. und 6. September anläßlich unserer Wochenendtagung in Zürich zu uns sprechen. Sein Thema lautet: «Die Macht der Versöhnung und die Ohnmacht der Gewalt». Es wird dann sicher auch Gelegenheit geben, über die Thesen des holländischen Konvents zu diskutieren. Bitte, lieber Leser, reservieren Sie das Wochenende vom 5. und 6. September. Genaue Angaben finden Sie in der nächsten Ausgabe der «Neuen Wege», Anfang August. Red.

2. Die Herrschaft Jesu Christi ruft die Kirche nicht aus der Welt, sondern stellt sie in die Welt. Der Auftrag, der der Gemeinde gegeben ist, duldet keine Scheidung des geistlichen und des irdischen Lebens. Er stellt das leibliche, irdische Dasein der Menschen unter die Verheißungen und Gebote des Herrn. Entscheidungen hinsichtlich des öffentlichen Lebens können darum dem Worte des Evangeliums und dem Gebote Gottes nicht entzogen werden.

3. Wir glauben, daß Gott der Vater die Menschen zur Beherrschung der Erde und der Welt berufen hat, zur Ehrfurcht vor dem von ihm geschaffenen Leben und insbesondere zum Dienst an der wahren Menschlichkeit. Was technisch möglich ist, darf darum nicht ohne weiteres für das menschliche Handeln bestimmend sein. Denn alle Formen der Weltbeherrschung, die der Ehrfurcht vor dem Leben und dem Dienst an der Menschlichkeit widersprechen, sind wider seinen Willen.

Wir fühlen uns besonders gedrängt, vor einem blinden Vertrauen auf alle technischen Mittel zu warnen, die zur Erreichung und Vollendung der Weltbeherrschung gebraucht werden. Das technisch Mögliche droht die Bedeutung einer Norm alles Handelns zu erlangen. Der Raubbau an der Natur unter dem Zwang des Primats der Produktion, die Unsicherheit des modernen Verkehrs und die Entfremdung der Arbeit und der Ruhe von der Menschlichkeit zugunsten der Apparate und Organisationen sind hierfür herausfordernde Beispiele, für die eine Antwort der Kirche und der Christen in Wort und Tat nicht länger hinausgeschoben werden darf.
Dies gilt namentlich von der heutigen unbegrenzten Entwicklung der Kriegsmittel, durch die die Vernichtung, wenigstens die fast totale Verstümmelung alles Lebens auf der Erde, eine technische Möglichkeit geworden ist. Der Krieg in Gestalt des Krieges mit Kernwaffen kann heute nur in offenbarem Ungehorsam gegenüber dem seiner Schöpfung treuen und dem Menschen gnädigen Schöpfer vorbereitet und geführt werden. Er ist in dieser Form eine Antastung der Schöpfung selber. Kein einziges Ziel kann deshalb den Gebrauch dieser Vernichtungsmittel rechtfertigen, selbst nicht als Mittel zur Abschreckung, weil Abschreckung die Bereitschaft zum wirklichen Gebrauch einschließt.

4. Wir glauben, daß wir in Jesus Christus von allen Mächten befreit sind, die gegen Gott streiten, befreit zu einem neuen Leben mit dem Nächsten. Die Freiheit in Christus ist der feste Grund dessen, was uns politisch teuer ist, wie die Freiheit des Gewissens, des Denkens und des Glaubens, durch die uns ermöglicht wird, Mensch zu sein im Zusammenleben mit dem anderen. Darum dürfen wir aus einer Hoffnung leben, die nicht beschämt und die befreit von der großen Angst, welche das politische Leben unserer Tage durchzieht.

Wir widerstehen darum einem leeren Freiheitsbegriff, der so formal geworden ist, daß man ihn behaupten zu können meint, indem

man aufhört zu denken, das Gewissen abstumpfen läßt und den Glauben der Ideologie der freien Welt hörig macht, einer Freiheit, die niemand mehr zu etwas verpflichtet. So erachtet man die geistige Verantwortung für die Werte dieser Welt nicht mehr für notwendig.

Obwohl wir die Freiheit für ein hohes Gut halten und bereit sind, unser Leben dafür einzusetzen, können wir doch nicht gemeinsame Sache machen mit denen, die für eine Ideologie der freien Welt alles, selbst die Existenz des Menschen und seine Menschlichkeit, aufs Spiel zu setzen wagen.

5. Wir glauben, daß Gottes heiliger Geist der Geist der Liebe und der Versöhnung ist und daß wir durch ihn in allen menschlichen Verhältnissen frei werden dürfen von Mißtrauen, Unversöhnlichkeit und Haß und guten Mut haben dürfen, unsern Mitmenschen so zu begegnen, daß ein neues Vertrauen, eine neue Gemeinschaft, eine Wiederherstellung der durch Gott gewollten Menschlichkeit entstehen kann, nicht nur im Verhältnis zwischen den Einzelmenschen, sondern auch und besonders zwischen Rassen, Klassen und Völkern.

Wir weigern uns, zu glauben, daß der Möglichkeit der Versöhnung Grenzen gesetzt seien, die durch Gottes Geist nicht überwunden werden könnten. Wir glauben vielmehr, daß es Gottes Wille ist, daß wir aus der Versöhnung ein größeres Abenteuer machen, als die Menschheit es jemals aus Krieg und Streit gemacht hat. Sicher gibt es immer Gründe genug, dem Gegner zu mißtrauen. Wir widerstehen aber in der Politik der Forderung, daß die andre Partei u n s nur vertrauen müßte, während wir der andern durch unsre Haltung und Propaganda ständig neuen Anlaß zum Mißtrauen geben, ohne daß wir uns dessen immer bewußt werden.

Wir widersetzen uns der Meinung, daß die politischen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Vergangenheit eine ausschlaggebende Norm dessen seien, was heute oder in der Zukunft möglich oder unmöglich ist. In solchen Gedankengängen wird der heilige Geist als eschatologische Gabe, die immer der Welt voraus ist, verkannt. Nur durch den heiligen Geist wird es möglich, den Weg der Versöhnung zu gehen und die Opfer zu bringen, die nötig sind, um diesen Weg zu finden und auf diesem Weg zu bleiben. Durch den heiligen Geist wird uns die Bereitschaft geschenkt, unser Leben, auch in seiner wirtschaftlichen Struktur, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit dienstbar zu machen.

6. In diesem Glauben halten wir die Verteidigung der christlichen und menschlichen Freiheiten durch Mittel, die mit der Güte Gottes, mit der Liebe und der Versöhnung im Widerstreit stehen, für einen für die christliche Gemeinde ungangbaren Weg und das Vertrauen auf diese Mittel für eine gefährliche Ketzerei, ja für einen Aufstand gegen die Absichten Gottes. Wir glauben, daß es eine Sache des praktischen

Glaubens ist, es zu wagen, mit unserm Gott im öffentlichen Leben zu stehen. Im Gehorsam des Glaubens werden uns neue Wege, die eine schöpferische Lösung verheißen, sichtbar werden.

Ketzerei und Abgötterei drohen in unsrer Zeit nicht in erster Linie auf dem Gebiet der Überzeugungen, die in Worten ausgesprochen werden, sondern vor allem im Bereich der praktisch-politischen Entscheidungen. Wir sehen die Gefahr namentlich da, wo man alles politische Geschehen als ein Schicksal hinnimmt und selbst mit dem Gedanken spielt, daß die Menschen selber einmal das Feuer entfachen könnten, durch welches nach Gottes Willen der Geschichte der Menschheit ein Ende gesetzt wird. Das Evangelium verbietet uns auch, die Schuldverhaftung des menschlichen Handelns zu einem Freibrief zu machen, um in der Politik alle sittlichen Entscheidungen auszuschalten oder bewußt gegen Gottes offenbarten Willen zu handeln. Wir verwerfen die Suggestion, als müsse man die politischen Entscheidungen ausschließlich den politischen Fachleuten überlassen. Wir weigern uns vor allem, anzunehmen, daß ihre Weisheit nicht auch befreit werden könne und müsse durch die Torheit Gottes.

7. Auf Grund des Vorhergehenden halten wir es für dringend nötig, daß die Kirche ihr Zeugnis der Welt vorlebt. In ihrer Predigt und in ihrem Unterricht wird sie immer wieder den Weg der Versöhnung weisen müssen als den von Gott gebotenen Weg. In ihrer eigenen Mitte wird sie diesen Weg suchen müssen im Verhältnis von Mensch zu Mensch und von Gruppe zu Gruppe. Die Kirche wird sich stets mit größtem Ernst und mit unermüdlicher Beharrlichkeit fragen müssen, wie sie im Gehorsam gegen ihren Herrn für die Welt zur Verfügung stehen kann und welche neue Gestalt ihr Dienst in der Welt jeweils neu wird annehmen müssen. Ihre ökumenische Verbundenheit über alle Trennung hinweg wird ein Zeugnis und eine Verheißung für die Gemeinschaft der Völker sein dürfen.

Sie wird die wahre geistliche Wehrhaftigkeit, die im Glauben und im Vertrauen auf Jesus Christus gegeben ist, neu lernen müssen und jede falsche Verbindung mit irdischen Mächten zerbrechen müssen. Sie wird die Bereitschaft lernen müssen, Opfer zu bringen und wenn nötig das Leiden auf sich zu nehmen im Vertrauen auf Gottes Verheißung allein.

8. Ein neues politisches Ethos, für das wir eintreten, kann sich zeigen

a) in der Bereitschaft, aufeinander zu hören und ein Gespräch miteinander zu führen, in dem eine wirkliche Begegnung stattfindet. Frei von aller Propaganda und in ehrlichem Gegenüber müssen wir bereit werden, eigene Schuld zu sehen, anzuerkennen und gutzumachen;

b) in einer Politik der Versöhnung zwischen Menschen, Klassen, Rassen und Völkern und im Verwerfen der Meinung, daß aus gegenseitiger Bedrohung jemals Friede und Sicherheit entstehen könnten;

c) in einer neuen Gesinnung auf internationalen Konferenzen, die durch erfinderische Phantasie und durch die Bereitschaft gekennzeichnet ist, das Risiko des Friedens für besser zu halten als das Risiko des Kalten Krieges, in der Abkehr von einer falschen Findigkeit im Dienst der Fortdauer internationaler Spannungen;

d) im Suchen nach Mitteln, die heutige Gefahr der Atombewaffnung und der Atomtechnik überhaupt zu bannen;

e) im Suchen – insbesondere hinsichtlich der Niederlande – nach einem neuen Verhältnis zu Indonesien, wobei wir die Schuld des Bruchs in der jüngsten Vergangenheit nicht ausschließlich der einen Partei aufbürden dürfen, sondern unsre Schuld in der jüngeren und älteren Kolonialgeschichte erkennen, bekennen und bereit werden müssen, in Verhandlungen eine Lösung des Status von Neuguinea zu finden, wobei nicht von vorneherein die Möglichkeit ausgeschlossen werden darf, daß Neuguinea sich auf die Dauer mit Indonesien vereinigen kann;

f) im Führen einer internationalen Politik, die nicht das Leben mit der Atombombe als Schicksal hinnimmt, sondern das Zusammenleben in Frieden (die Koexistenz) auch mit den kommunistisch regierten Ländern als eine dringende Aufgabe ansieht, damit ungerechte Zustände in der ganzen Welt auf friedliche Weise verbessert werden können, wobei der Westen dem Osten die Zeit lassen muß, die er selber nötig gehabt hat, um eine lebenswürdige Existenz für große Massen von Menschen in einem wachsenden Maße von Freiheit zu garantieren; in dem Legen und Stärken wirtschaftlicher und kultureller Kontakte zwischen Ost- und Westeuropa;

g) in der Unterstützung und Hilfe für die Entwicklungsländer, damit der Wohlstand in der Welt soweit wie möglich auf alle verteilt wird; im Kampf für eine soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, damit alle Menschen, welcher Rasse oder Klasse sie auch angehören, ein menschenwürdiges Dasein führen können;

h) im Bewahren und Erhalten der Toleranz in der westlichen Welt, die geistig sich selbst bedroht, dadurch, daß die substantielle Realität von Werten wie Freiheit und Gerechtigkeit durch ideologische Aushöhlung und Erstarrung bedroht wird; im Abweisen des totalitären Kommunismus und jeder andern Form einer geistigen oder politischen Diktatur.

Namens des Arbeitsausschusses des Konvents:

Prof. Dr. Rasker (Vorsitzender), Dr. Bolkestein (Sekretär), Prof. de Graaf, Pfr. Meuzelaar u. a.

C. A. Loosli ist gestorben

«Hast du nicht alles selbst vollendet,
Heilig glühend Herz?» Prometheus

Die Nachricht, daß C. A. Loosli am 22. Mai, 82jährig, in seinem Heim in Bern-Bümpliz gestorben ist, hat Freund und Feind erschüttern müssen. Hat sich doch jeder, der etwas von ihm weiß, in dem Augenblick Rechenschaft geben müssen, daß wir um einen Mann ärmer geworden sind, der, nehmt alles nur in allem, zum Begriff für Charakter und Mut geworden ist.

C. A. Loosli war ein schweizerischer Sonderfall, wie Karl Kraus im österreichisch-deutschen Raum ein Sonderfall gewesen ist. Loosli hat sich in seinen schriftdeutschen und berndeutschen Dichtungen, Romanen, Novellen und Essays als bedeutender Schriftsteller ausgewiesen. Er hätte sich damit zufrieden geben können und würde dann wohl auch die gebührenden Ehren bei den offiziellen Königsmachern gefunden haben. Das vierbändige Werk über Ferdinand Hodler hatte dem jungen Loosli europäischen Widerhall gebracht, sein Versband «Mys Ämmitaw», eines der schönsten und menschlichsten Werke im bernischen Schrifttum, den schweizerischen Schillerpreis. Aber dann folgte jahrzehntelanges Totschweigen seines Schaffens. Denn Loosli, der durch die Hölle und Bitternis einer Verdingbuben- und Anstaltsbubenjugend hindurchgegangen war, hat als junger, erfolgreicher Schriftsteller und Publizist jene Ärmsten und Wehrlosesten nicht vergessen. Mit einem Wahrheitsmut ohnegleichen ist er zum Ankläger des damaligen Anstaltswesens geworden. Sein «Ich schweige nicht», die Antwort auf den Sturm seiner getroffenen Feinde, haben diese ihm mit einem Totschweigen seiner Bücher vergolten. «Die Schattmattbauern», ein bernischer Justizroman, «Ewige Gestalten», «Der Mutzlikeller», seine Novellen und Anekdoten «Samsons Gehilfe», «Satiren und Burlesken», «Aus Zeit und Leid», die Dichtungen «Trunkene Demiurgen», «Jaldabaot», die Verse zum Andenken an seine tapfere Lebensgefährtin, seine «Erinnerungen an Carl Spitteler» sind, wie seine berndeutschen Werke «Mys Ämmitaw», «Mys Dörfli», «Wie's öppe geit», in ihrem sprachlichen und geistig-menschlichen Gehalt ein Lebenswerk, das nichts zu tun hat mit der landläufigen «Heimatdichtung». Sein Rang ist dort, wo die Überlegenheit des freien, unabhängigen Geistes anfängt und das Geschriebene vom Mitleiden mit jeglicher Kreatur und vom Verstehen alles Menschlichen und Allzumenschlichen diktiert wird. So ist Loosli, statt zu kapitulieren und sich anzupassen, der Freund und Helfer der Armen und Unterdrückten, der Kämpfer ohne Furcht und Tadel für Recht und Gerechtigkeit geworden. Die Unglücklichen, denen er beigestanden ist mit Rat und Tat, sind Legion. Alle Anfeindungen konnten nicht verhindern, daß Looslis unerbittliche Kämpfe auch Widerhall fanden, ihn zum Anreger und Mitschöpfer der ersten

kantonalen Jugendrechte, der ganzen Anstaltsreform und des Jugendrechts im schweizerischen Strafrecht machten. Gar manche Anstaltsprojekte und gar manche Gesetzesvorlage sind zuerst in Looslis unvergeßlicher Arbeitsklause beraten worden. Großartig war auch sein Kampf gegen den Kriegschauvinismus der deutschen Junker und Ruhrbarone im Ersten Weltkrieg, den er zusammen mit dem deutschen Publizisten Dr. Rösemeier, mit Rusch und anderen in der «Freien Zeitung» geführt hat. Aber nie hat uns Loosli mehr imponiert als in jenen Tagen höchster Machtfülle des Hitlertums, als auch unsere Fünfte Kolonne Morgenröte witterte und er im Berner Assisensaal, vor einem internationalen Forum, im sogenannten «Zionistenprozeß», das Rosenberg-Frick-Streichersche Fundament für die späteren millionenfachen Morde an jüdischen Menschen, «Die Protokolle der Weisen von Zion», als Fälschung entlarvte. Sein tagelanges Duell mit dem Erzpriester des Antisemitismus, dem Nazi-«Experten» Fleischhauer, war eine wahrhaft sokratische Abrechnung mit dem untermenschlichen Barbarismus des Dritten Reiches. Die Nazi-Koryphäe Fleischhauer hat die Walstatt als jämmerliches Wrack verlassen müssen. Die ganze Nazipresse schäumte vor Wut über die Niederlage.

Das ganze lange Leben Looslis hat aus Proben solcher Zivilcourage bestanden. Er hat sie teuer bezahlt. Mit Einsamkeit, mit Not und Sorgen. Aber er ist C. A. Loosli geblieben. Nur die Seinen durften ihn zum Grab begleiten. Er wollte keine verspäteten Lobreden. Und doch wird selten einer so vermißt und so betrauert werden wie er, der große, gute C. A. Loosli. *Emmy Moor*

Gegenseitige Hilfe in Vergangenheit und Gegenwart*

Gegenseitige Hilfe und gegenseitiger Kampf

Gegenseitige Hilfe und gegenseitiger Kampf sind zwei Grundtendenzen in der Geschichte der menschlich-gesellschaftlichen Entwicklung. Es wäre falsch, sie einander starr gegenüberzustellen und etwa beweisen zu wollen, daß die gegenseitige Hilfe älter sei als der Kampf oder daß der Krieg – wie Heraklit sagt – der Vater aller Dinge sei. Gegenseitige Hilfe und gegenseitiger Kampf sind eng miteinander verbunden, wie Liebe und Haß. Ein Kind liebt seine Mutter, weil sie ihm Nahrung und Geborgenheit gibt, es kann sie aber zugleich hassen, weil sie ihm den für seine Erziehung notwendigen Zwang auferlegen muß. Ähnlich verhält es sich mit dem Für- und Gegeneinander der Menschen.

Wenn ein Lötschentaler Bergbauer eine neue Alphütte erstellen läßt, hilft ihm das ganze Dorf dabei, das Bauholz auf die etwa sieben-

* Vortrag, gehalten anläßlich der Jahresversammlung der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz vom Sonntag, 26. April 1959.

hundert Meter über dem Dorf gelegene Alpsiedlung zu tragen. Für den fremden Betrachter ist ein solches Holztragen ein erhebendes Schauspiel, und ein Basler Finanzmann, der auf der Lauchernalp in den Ferien war, soll dabei ausgerufen haben: «Lauter Kommunisten habt Ihr da!»

Dem aufmerksamen Beobachter wird beim Betrachten dieses Schauspiels, das mehr an ein Fest als an Arbeit erinnert, nicht entgehen, wie die jungen Leute bei ihren Leistungen wetteifern. Jeder Bursche will unbedingt allein den stärksten Balken tragen, um den staunenden Kameraden und nicht zuletzt den Mädchen seine Kraft zu zeigen. Man hat dafür im Tal sogar einen eigenen Ausdruck: e i n ä r r u, das heißt «den Balken allein tragen». Denn in der Regel nehmen bei diesem Arbeitsbrauch immer vier zusammen einen Balken, wobei je zwei mit einem Arm fest umschlungen die schwere Last auf ihren Schultern tragen.

Beim gemeinsamen Mähen der Gemeindematten versuchen die Mähder einander «auszumähen», das heißt jeder will so rasch vorankommen, daß er den Kameraden aus der Reihe der Mähder verdrängen kann. In «Anna Karenina» hat Tolstoj ein solches Gemeinschaftsmähen, wo jung und alt um die Wette mäht, beschrieben. Er sagt dort von dem jungen Mischka, er sei sichtlich bereit gewesen, eher zu sterben, als zuzugeben, wie sehr er sich anstrengen mußte. Für alle diese Arbeitsgemeinschaften ist jedoch charakteristisch, daß das Kooperative darin eindeutig überwiegt. Der enge Zusammenhang zwischen gegenseitiger Hilfe und Kampf zeigt sich auch im Krieg. Man weiß, wie er die kämpfenden Gruppen innerlich zusammenschmiedet. Unter dem Druck des Antisemitismus des zwanzigsten Jahrhunderts wurde aus dem utopischen Zionismus des neunzehnten Jahrhunderts eine mächtige nationale Bewegung, die zur Gründung eines Staates führte und die im Kibbuz ein modernes Beispiel sozialer Organisation auf der Grundlage gegenseitiger Hilfe geschaffen hat.

Wettbewerb, also Kampf, kann geradezu ein notwendiger Bestandteil gegenseitiger Hilfe sein. So sind die Arbeiter in den sowjetrussischen Betrieben gezwungen worden, miteinander in ihren Leistungen zu wetteifern, denn je größer das Sozialprodukt, desto größer ist in der sozialistischen Wirtschaft die Wohlfahrt der Arbeiter im gesamten. Die Tatsache des Stachanowismus, mit der die Revolutionäre von 1917 nicht gerechnet hatten, zeigt, wie falsch wir beraten wären, wenn wir uns die sozialistische Wirtschaftsordnung ohne das Element des Wettbewerbs vorstellen würden. Oder müssen wir noch auf die tragischen Erfahrungen mancher utopischer Gemeinschaften hinweisen, die von Menschen gegründet worden waren, die glaubten, man könne allein nach dem Grundsatz gegenseitiger Hilfe und unter Ausschaltung allen Kampfes miteinander leben. Keine dieser Gemeinschaften hat sich auf die Dauer behaupten können, ohne Kompromisse mit dem Konkurrenzprinzip zu schließen.

In dieser Beziehung sind auch die Genossenschaften in Israel aufschlußreich. Die von kollektivistischen Idealen erfüllten Pioniere entwickelten seinerzeit den Kibbuz, die landwirtschaftliche Siedlung, in der alles der Gesamtheit gehört und wo man sich kollektiv verpflegt und unterhält. Auch dort stellen die neuesten Beobachter eine langsame Abkehr von der radikalen Form fest und berichten von dem zunehmenden Wunsch der Genossenschafter nach privatem Leben, wenn auch die Wirtschaft vorläufig noch kollektivistisch geblieben ist. Es heißt, daß die Kibbuzim es schwer haben, neue Einwanderer für sich zu gewinnen, so daß sie bereits gezwungen sind, Lohnarbeiter einzustellen, obschon dies ihren Prinzipien radikal widerspricht.

Wie wir gesehen haben, lassen sich gegenseitige Hilfe und gegenseitiger Kampf, Solidarität und Konkurrenz nur in der Theorie, nicht aber in der Praxis voneinander trennen. Aber es kommt darauf an, welche der beiden Strebungen das Gesicht der Zeit bestimmt. Betrachten wir in dieser Hinsicht zunächst den kapitalistischen Westen. Fern sind hier die Zeiten der frohen Arbeit, wie sie etwa Karl Bücher in seinem um die Jahrhundertwende erschienenen bekannten Werk «Arbeit und Rhythmus» beschrieben hat: «Hier ist die Arbeit keine Last, kein schweres Lebensschicksal, keine Marktware, ihre Organisation kein Ergebnis kalter Kostenberechnung ... Überall Spiel und Lust, Sang und Klang, Geselligkeit und Hilfsbereitschaft.» Gewiß gab es bis tief ins neunzehnte Jahrhundert hinein und gibt es heute noch Spuren jener entschwundenen Welt der gegenseitigen Hilfe überall dort, wo sich die Worte des Kommunistischen Manifestes noch nicht erfüllt haben, wonach die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen ist, kein anderes Band zwischen den Menschen übriggelassen habe als das nackte Interesse, die gefühllose bare Zahlung.

Es ist begreiflich, daß in einem Zeitalter der totalen Herzlosigkeit wie dem unsrigen alle diejenigen, welche die menschlichen Beziehungen entscheidend verändern wollen, immer wieder zurückschauen in die vorkapitalistischen Zeiten und Räume und darauf hinweisen, daß die gegenseitige Hilfe in einem unendlich viel längeren Zeitraum das Leben und Tun der Menschen bestimmt habe als der moderne Geist der Konkurrenz. Die darwinistische Lehre vom harten und erbarmungslosen Kampf ums Dasein, der von jedem Tier gegen alle andern Tiere, von jedem sogenannten «Wilden» gegen alle andern «Wilden» und von jedem zivilisierten Mitbürger gegen alle seine Mitbürger geführt wird, wurde nicht zufällig gerade in der Zeit des beginnenden Hochkapitalismus verbreitet. Wenn in der Natur der Kampf das vorherrschende Prinzip ist und wenn nur der für den Kampf Geeignetste überlebt, so muß dies auch für die menschliche Gesellschaft zutreffen. So folgerten die damaligen Ideologen. Damit war die Herzlosigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems zum Naturgesetz erhoben und wissenschaftlich gerechtfertigt. Jetzt konnte sich das christliche Ethos ruhig

aus der Wirtschaft zurückziehen, für sie gab es keinen Sündenfall mehr, es sei denn der Vertragsbruch unter Geschäftspartnern. Nehmen Sie irgendeine klassische ökonomische Abhandlung jener Zeit zur Hand: die humane und geistige Seite der Arbeit kommt darin überhaupt nicht zur Sprache.

Arnold Niederer

(Schluß folgt)

Zu zwei Initiativen über atomare Bewaffnung

Die Initiative der Schweizerischen Bewegung gegen atomare Bewaffnung lautet:

«Neuer Artikel 20 bis der Bundesverfassung: Fabrikation, Einfuhr, Transit, Einlagerung oder Verwendung atomarer Waffen wie der Bestandteile atomarer Waffen jeder Art sind auf dem Gebiete der Eidgenossenschaft verboten.»

Die Initiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz lautet:

«Neuer Artikel 20 bis der Bundesverfassung: Der Beschluß über die Ausrüstung der schweizerischen Armee mit atomaren Waffen irgendwelcher Art ist dem Volke zur Annahme oder Ablehnung zu unterbreiten.»

Wir vergleichen

1.

Die Initiative der Schweizerischen Bewegung gegen atomare Bewaffnung appelliert an das Volk, um einen grundsätzlichen Entscheid zu erwirken: Keine nuklearen Waffen bei uns!

Ein solcher Appell verträgt sich nicht mit einer Rückzugsklausel. Er vermeidet so die Enttäuschung der Leute, die die zweite Chevalier-Initiative unterschrieben.

Diese Initiative trägt die Diskussion direkt ins Volk. Sie fordert auf zur Achtung vor unseren Traditionen, sie erinnert an die Pflichten eines neutralen Landes, das Sitz der Rotkreuzorganisation ist. Sie zeigt die Gefahr, die für eine kleine Nation – wie für die

2.

Die Initiative der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei nimmt zur atomaren Bewaffnung gar nicht Stellung. Sie überläßt den Entscheid den Behörden und verlangt, daß das Volk ihren Entscheid entweder bestätige oder ablehne.

Die sozialdemokratische Initiative ist mit einer Rückzugsklausel versehen, die ermöglicht, daß dreizehn Initianten die Initiative zugunsten eines Gegenvorschlages der Bundesversammlung zurückziehen können. Unter den Initianten mag erwähnt werden H. Leuenberger, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und Unterzeichner der «Erklärung der

ganze Welt – entsteht, wenn man in einem so entscheidenden Moment diese Bewaffnung wählt. Schließlich ist es das einfache Volk, das diese Initiative mit seinem Einsatz und Opfer ermöglichte. Es wollte damit seinen Friedenswillen demonstrieren und dem Land seine humanitären Überlieferungen erhalten. Die Initiative ist ein Glaubensbekenntnis.

35», die sich für die atomare Bewaffnung der Schweiz aussprach.

Die sozialdemokratische Initiative wäre nicht lanciert worden, wenn die andere nicht existiert hätte. Sie ist darum dazu bestimmt, der Initiative der Schweizerischen Bewegung das Bein zu stellen. Sie ist das Werk von gewissen leitenden Persönlichkeiten der SPS. Der Text der Initiative würde es den Bundesbehörden ermöglichen, das Volk vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Initiative sucht Zeit zu gewinnen und die Geister zu verwirren. Sie ist ein politischer Kompromiß und ist gekennzeichnet durch eine Vorsicht, der jede Überzeugungskraft abgeht.

Unsere Schlußfolgerungen

Sicher ist, daß das Volk den Entscheid fällen soll. Aber dazu gehört, daß es rechtzeitig angehört wird. Es besteht ein Malaise über gewisse Machinationen, die zeigen, wie sehr unsere Neutralität schon angefressen ist: Transit von atomarem Kriegsmaterial durch schweizerisches Gebiet, Vorführung eines Fliegerabwehrgeschützes modernster Konstruktion vor militärischen Führern der NATO, skandalöse Konferenzverbote, militaristische Propaganda usw. Also: Standhalten in Grundsatztreue, eingedenk unserer persönlichen und der Verantwortung des Landes vor der Menschheit. Denken wir daran, daß wir in diesem Antiatomkampf nicht allein sind, denn überall in der Welt marschiert man zum Protest, überall entstehen Organisationen, um den Scheußlichkeiten, der Angst und dem Unsinn des Krieges ein Ende zu setzen.

Arthur Villard in «Contacts»

Gegen eine schwedisch-schweizerische Zusammenarbeit für Atomwaffenproduktion

Am 24. Mai 1959 tagte der Arbeitsausschuß der Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung und nahm mit Befriedigung Kenntnis vom Abschluß der Unterschriftensammlung für die Volks-

initiative für ein verfassungsmäßiges Verbot der Atomwaffen. Er beauftragte sein Büro, die Aufklärungsarbeit im Volk fortzusetzen. Er fordert alle Kreise – ob pro, kontra oder unentschieden – auf, die Frage der atomaren Aufrüstung weiterzudiskutieren und vor allem einen Weg zu beschreiten, welcher der Schweiz, ihrer Neutralität, ihrer Verantwortung für das Rote Kreuz und ihrem Friedenswillen besser als die atomare Aufrüstung gerecht wird. Der Arbeitsausschuß dankt den Unterzeichnern für die bisherige Unterstützung und für ihre zukünftige Hilfe. Er fordert vom Bundesrat die Behandlung unserer Verbotsinitiative, bevor irgendwelche Schritte in der Frage der atomaren Aufrüstung unternommen werden. Er lehnt ganz entschieden die aus Militärkreisen vorgetragene Idee einer der Neutralität widersprechenden schweizerisch-schwedischen Zusammenarbeit für Atomwaffenproduktion ab. Er stellt erneut fest, daß bereits Durchfuhren atomaren Waffenmaterials durch schweizerisches Territorium erfolgt sind, und fordert, die Bundesbehörden möchten inskünftig solche Vorkommnisse unterbinden. *Hansjörg Braunschweig*

WELTRUNDSCHAU

Erstarrte Fronten Als ich am Tag der Eröffnung der Genfer Außenministerkonferenz eine lang geplante Reise in die Tschechoslowakei antrat, hatte ich gar nicht das Gefühl, etwas zu versäumen, wenn ich die diplomatischen Verhandlungen nicht aus der Nähe verfolgen könne; es werde ja, sagte ich mir, bei dem ganzen Theater doch nicht viel herauskommen. Die Erwartung hat nicht getrogen; die Konferenz hat sich einen vollen Monat nur im Kreis herumgedreht und wird im besten Fall so viel kleine Zugeständnisse der einen Seite an die andere bringen, daß die berühmte Gipfelkonferenz dieses Jahr doch noch abgehalten werden kann. Ich kann es mir darum wirklich schenken, auf den kunstvoll verschlungenen Gang der Genfer Verhandlungen hier im einzelnen zurückzukommen, und will den Hauptteil meiner Rundschau diesmal lieber einer gedrängten Darstellung meiner tschechoslowakischen Eindrücke widmen.

Daß die west-östliche Außenministerkonferenz keine Wendung zum Guten in den Beziehungen der beiden Machtlager gebracht hat, ist nur zu begreiflich. Sie war ja von der Sowjetunion mit der Absicht durchgesetzt worden, erstens die ständige, von ihr als immer unerträglicher empfundene Schädigung der DDR und des Ostens überhaupt von Westberlin her aus der Welt zu schaffen und zweitens mit Deutschland einen Friedensvertrag zustande zu bringen, der die wachsende Gefahr des neuen deutschen Nationalismus und Militarismus bannen

könnte. Die Westmächte denken aber gar nicht daran, ihre so glänzende Vorzugsstellung in der Westberliner Enklave preiszugeben oder gar auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik als Druckmittel gegenüber dem Osten zu verzichten, so daß für eine die Russen, Polen, Tschechoslowaken usw. irgendwie befriedigende Regelung der deutschen Frage einfach kein genügender Spielraum bleibt. Die «Politik der Stärke», an die sich der Westen immer noch klammert, wird von seiner Seite stur und starr weiterbetrieben werden, solange es überhaupt geht, und der Osten wird darauf auch fernerhin so antworten, wie er es bisher getan hat: mit Gegenrüstung, Gegendruck und gesteigerter Machtkonkurrenz.

Daß es in diesem Stil weitergehen wird, ist neuerdings durch zwei bemerkenswerte Vorgänge erhärtet worden. Einmal durch den Entschluß des westdeutschen Bundeskanzlers Adenauer, nun doch seine Kandidatur für die Präsidentschaft zurückzuziehen und in seinem «angestammten» Amt zu bleiben, wo er seinen Scharfmacherkurs gegen den Osten am wirksamsten fortsetzen kann. Darüber ist nichts mehr weiter zu sagen, als daß dieser Entschluß für Adenauer ebenso blamabel ist, wie dessen Billigung durch die regierende CDU-Partei, die mit dem «Führer» das eine Mal hüst, das andere Mal hott geht, verächtlich ist. Untertanengeist!

Der andere Vorgang, der zu denken gab, war die Art und Weise, wie im Westlager der Tod von Staatssekretär Dulles politisch nutzbar gemacht wurde – nämlich für eine erneute Kundgebung des Willens zur bedingungslosen Fortsetzung seiner Politik. Worin bestand diese Politik? Nach der sehr maßgebenden «New York Times» darin, daß Dulles «unentwegt eine Neugeburt der Freiheit unter Gott suchte – und zwar im echten Lincolnschen Sinn, wenn auch nicht in der Art Lincolns». Mit Recht erwidert die Neuyorker «Monthly Review» (Juniheft 1959) darauf: «Was für ein Schimpf für den guten Namen Lincolns! Und was für eine phantastische Verzerrung der Wirklichkeit! Es war kein Geheimnis, was Dulles schon seit Beginn seiner diplomatischen Laufbahn in den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg wollte. Er wollte in der Wiege die sozialistische Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts ersticken, die 1917 in Rußland begann und drei Jahrzehnte später in China einen großen Schritt nach vorwärts machte. Er wollte die alte Ordnung mit ihrer imperialistischen Herrschaft und ihrer Kolonialsklaverei wiederherstellen . . . Beide Ziele fanden schließlich ihre Verkörperung in Amerikas späterer Außenpolitik: ‚Befreiung' Osteuropas, ‚Einigung in Freiheit' für Deutschland, Nichtanerkennung des revolutionären Chinas und rückhaltlose Unterstützung für das verfaulende Regime Tschiang Kai-scheks. Wahrlich, eine Wiedergeburt der Freiheit unter Gott!»

Dulles glaubte steif und fest, daß der Kommunismus unter dem übermächtigen Druck der «freien Welt» früher oder später zusammenbrechen werde, und hielt auch an diesem Glauben fest, als sich die

kommunistisch regierten Länder des Ostens wirtschaftlich, politisch und militärisch immer mehr festigten und die Druck- und Drohpolitik der Vereinigten Staaten in Europa und Asien, im Orient und in Afrika von einem Mißerfolg zum andern führte. Gewiß war Dulles ein besonders brauchbares Werkzeug der Weltpolitik seiner Klasse, aber seine persönliche Verantwortung bleibt doch, wie auch in der «Monthly Review» hervorgehoben wird, außerordentlich groß, sogar vom Standpunkt der großkapitalistischen Oberschicht Amerikas aus, die ihre langfristigen Interessen schlecht verstand, als sie sich auf den «harten» Kurs der Truman und Acheson, der Dulles und Eisenhower einließ. Das muß der Wahrheit zulieb festgehalten werden, auch wenn man die persönliche Tragik, in die John Foster Dulles' Leben und Sterben eingetaucht ist, vollauf würdigt. Wichtigste Gelegenheiten, den Kalten Krieg zu beendigen und zu Roosevelts Politik der friedlichen Zusammenarbeit mit der neuen Welt des Ostens zurückzukehren, sind durch die Mitschuld des Außenministers von Präsident Eisenhower versäumt worden; die Feindseligkeit zwischen den beiden Lagern hat sich während seiner sechsjährigen Amtszeit so verschärft, daß nach dem eigenen Geständnis von Dulles und unter seiner Mitwirkung die Welt mehr als einmal am Rand einer neuen Kriegskatastrophe stand; die Fronten sind unheilvoll erstarrt und werden sich vielleicht nur unter dem Druck von Entwicklungen lockern und lösen, die selbst wieder schwerste Gefahren in sich bergen.

Der Kampf um Sizilien Sizilien, die altberühmte große Mittelmeerinsel, ist nur ein begrenzter Nebenschauplatz der Zeitgeschichte. Der Kampf, der sich dort gegenwärtig abspielt, verdient aber wegen seiner typischen Bedeutung doch auch an dieser Stelle einmal beleuchtet zu werden. Er hat sich in den letzten Wochen und Monaten auf eine politische Auseinandersetzung der neugegründeten Christlichsozialen Union Siziliens und ihres Führers Milazzo mit der alten Christlich-Demokratischen Partei (die seit langem die Regierung im italienischen Mutterland stellt) zugespitzt und bei den jüngsten Wahlen zum sizilianischen Landesparlament zwar die Christlichdemokraten wieder an die erste Stelle gebracht, aber doch nur so, daß die Kommunisten die zweitstärkste Partei wurden und zusammen mit den Linkssozialisten, den Neufaschisten und der Partei Milazzos eine merkwürdige Koalition bilden können, die wohl die neue Landesregierung tragen wird.

Hinter dieser politischen Neugruppierung steht, wie einem Artikel von Bruce Renton im «New Statesman» (6. Juni) zu entnehmen ist, eine doppelte Tatsache. Zunächst: Sizilien ist ein armes, verwahrlostes Land wie wenige in Europa. Das Durchschnittseinkommen des Sizilianers ist rund 720 Schweizer Franken im Jahr. Um die Arbeitslosigkeit auch nur auf den Stand des gesamtitalienischen Durchschnitts zu senken, brauchte es 600 000 neue Arbeitsplätze in Sizilien. Eine geradezu

orientalische Armut und Schmutzigkeit macht sich neben den von norditalienischen Kapitalgesellschaften erstellten neuen Fabriken und Ölraffinerien breit. «Die Männer reiten immer noch auf Maultieren zwanzig Meilen (über dreißig Kilometer) weit, um zu ihren undankbaren Äckern zu kommen; die Kindersterblichkeit ist die höchste in Europa . . . In Palermo leben 150 000 Menschen von der Hand in den Mund, von einem Tag auf den andern; eine typische Mahlzeit ist eine gesottene Artischocke und eine gesottene Kartoffel . . . Vor dem Haus von Danilo Dolci in Partinico schreien die barfüßigen Kinder in alle Winde hinaus, daß alle ihre Väter im Gefängnis sitzen.»

Auf der andern Seite führen die sizilianischen Industriellen, die geschlossen hinter Milazzo stehen, einen erbitterten Kampf gegen die «Confindustria», die monopolistische Organisation der norditalienischen Industriellen, die die italienische Wirtschaft weithin beherrscht. «Diese Monopolisten», so schreibt der englische Journalist, «möchten Sizilien auf kolonialer Grundlage industrialisieren . . . Die sizilianischen Industriellen hingegen erklären, daß der italienische Staat bei der Schaffung sizilianischer Industrien (Stahlwerke, Chemiefabriken usw.) mithelfen sollte, um den Lebensstandard des Volkes von Sizilien sofort zu heben . . . Die sizilianischen Industriellen kämpfen auch für ihre Befreiung aus den Klauen des italienischen Elektrizitätsmonopols, das für seine Kraftlieferungen phantastische Preise verlangt.»

So verbindet sich der Kampf gegen das soziale Elend mit dem Kampf gegen die kolonialistische Ausbeutung Siziliens durch das norditalienische Großkapital auf eine ganz eigenartige Weise. «Es besteht eine Vereinbarung zwischen den sizilianischen Kapitalisten und den sizilianischen Kommunisten, die der Agitation in der Industrie ein Ende gemacht hat. Der Antikommunismus ist von der sizilianischen Industriellenklasse aufgegeben worden. Der Führer der sizilianischen Kommunisten, Macaluso, erklärt, die wichtigste Aufgabe der Marxisten in Sizilien sei heute die Unterstützung der örtlichen Kapitalisten in ihrem Kampf gegen die Monopole. Ohne diese Grundlage wären die Bedingungen für die Bildung einer neuen katholischen Partei und für die Milazzoregierung selber nie herangereift. Das mag sich recht wohl als Fingerzeig für das kommende Italien erweisen.»

Sozialismus in der Tschechoslowakei Und nun also einiges von dem, was ich in der Tschechoslowakei gesehen und erlebt habe. Ich habe auf meiner Reise, die mich während zweieinhalb Wochen fast durch die ganze Republik geführt hat, immer wieder eine gewisse Genugtuung darüber empfunden, daß ich mich im Februar 1948, als die Kommunisten die Macht übernahmen, nicht zu jenen allzuvielen geschlagen habe, die auch in der Schweiz zeterten, jetzt habe sich «Dunkel» über das Land Masaryks und Beneschs herabgesenkt, und dieser «unglücklichen», ja «versklavten» Nation ich weiß nicht was für Unheil prophezeiten. Mehr als

je bin ich heute überzeugt, daß es damals für die Tschechoslowakei gar keinen anderen Weg gab als denjenigen, den sie gegangen ist. Hätte sie sich widerstandslos von den wirklich dunklen Kräften treiben lassen, die Anno 1948 am Werk waren, so stünde sie heute innenpolitisch ungefähr dort, wo jetzt Frankreich oder Italien steht, und sähe eine politisch wie sozial höchst unheilvolle kapitalistische Reaktion an der Macht; außenpolitisch aber wäre sie dem Westblock eingegliedert worden und wäre nicht nur eine Ausfallbastion im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion geworden, sondern stünde in Gefahr, aufs neue die sogenannten sudetendeutschen Gebiete an Deutschland zu verlieren, die Hitler «heim ins Reich» geholt hatte. Wie ernst diese Gefahr ist, zeigte gerade jüngst der große sudetendeutsche Truppenzusammenzug in Wien, an dem trotz der mächtigen Erstarkung der Tschechoslowakei die alten Befreiungsparolen der ehemaligen Henleinbewegung – wenn auch natürlich etwas vorsichtiger – erneut ausgegeben wurden, unter dem erbitterten Protest aller Tschechoslowaken, mit denen ich darüber gesprochen habe. Daß das tschechoslowakische Volk schon vor elf Jahren das Heraufkommen eines neuen deutschen Nationalismus und Militarismus witterte und sich mit aller Kraft dagegen anstemmte, war seine Rettung; es erklärt auch weithin die Einmütigkeit, mit der es den Umschwung hinnahm und sich, statt an die Westmächte, an die Sowjetunion anlehnte. Bisher hatte es diesen Entschluß nicht zu bereuen.

Anderseits gab das tschechoslowakische Volk damals den Weg frei für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Daß dieser Aufbau unter kommunistischer Führung erfolgen sollte, war freilich für viele Tschechoslowaken eine schwere Belastung. Aber war denn etwas anderes zu erwarten? Wo waren denn die Kräfte, die einen freiheitlichen, aber radikalen Sozialismus auch nur gewollt hätten? Sie waren im Ernst nirgends zu finden – wohl aber Kräfte, die zurück zu einem «radikaleren» Kapitalismus, zur offenen Gegenrevolution hinstrebten. Es ist einfach nicht zu leugnen, daß damals die kommunistische Bewegung die einzige organisierte Widerstandskraft im Kampf gegen die Reaktion war und daß sie allein wußte, was sie wollte, während die fortschrittlichen Kräfte im Bürgertum wie der Großteil der Sozialdemokraten lahm und unklar waren. Ein nichtkommunistischer, aber zum neuen Regime durchaus positiv eingestellter christlicher Tschechoslowake, der im Leben seiner Nation eine bedeutsame Rolle spielt, führte im Gespräch mit mir eine Äußerung Jan Masaryks, des letzten Außenministers der ersten Republik, an, der sechs Wochen vor seinem tragischen Tod bekannte, die Kommunisten hätten viele gute Ideen, und sie arbeiteten zielsicher und fleißig für deren Verwirklichung; «wir aber», sagte er wörtlich, «sind faul.» Jan Masaryk selber, der ein Skeptiker war und sich der westlichen Welt zu eng verbunden fühlte, hatte nicht die Kraft, sich tätig dem Neuen zu öffnen, das da kommen sollte, obwohl er seine Notwendigkeit einsah. An diesem Widerspruch ist er zugrunde gegangen. Zdenek

Fierlinger und mit ihm der Großteil der tschechoslowakischen Sozialdemokraten hatte die Kraft wie die Einsicht und trug damit ganz wesentlich zur Rettung der Lage bei. Er wird darum noch heute als «Quisling» und «Verräter» beschimpft, wie alle, die seinen Weg gingen. In Wahrheit hätte die Ablehnung des neuen Regimes damals die Ablehnung der sozialen Umwälzung überhaupt und den Triumph der Gegenrevolution bedeutet.

Die Industrialisierung Die soziale Revolution in der Tschechoslowakei stellte sich – wie sie es überall in der Welt tut – zwei Hauptziele: die Überwindung von Armut, Not und Unwissenheit, die Hebung des Lebensniveaus des ganzen Volkes, besonders die «Menschwerdung» der besitzlosen Masse der Lohnarbeiter und Angestellten, durch planmäßige Industrialisierung und Rationalisierung der Wirtschaft, und anderseits die Schaffung einer klassenfreien Gesellschaft, in der möglichst große Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit herrschen solle. Im Vordergrund stand und steht zunächst natürlich die erste Aufgabe. Wieweit ist sie in den elf Jahren, die seit dem Umschwung verflossen sind, erfüllt worden?

In erstaunlich hohem Maße, muß ich antworten. Es ist in der Tat einer der stärksten Eindrücke, die man heute aus der Tschechoslowakei mitnehmen kann, daß die Industrialisierung und Modernisierung des Landes mächtig voranschreitet. Wohin man sieht und kommt: überall schießen neue industrielle und gewerbliche Betriebe wie Pilze aus dem Boden; Staudämme und Kraftwerke werden nach großzügigem Plan errichtet; Volkswohnungen werden gebaut; die Bahnen werden rasch elektrifiziert; das Straßennetz wird verbessert und erweitert. Man gehe etwa nach Ostrawa (Mährisch-Ostrau), ins Zentrum der tschechoslowakischen Kohlen- und Schwerindustrie (das freilich in neuen «Kombinatsstädten» wie Gottwaldov seine «Rivalen» bekommen hat), um einen Begriff von dem riesigen Ausmaß und den Fortschritten der tschechoslowakischen Industrialisierung zu gewinnen. Die «Neue Hütte Clemens Gottwald» in Ostrawa mit ihren Hochöfen, Walzwerken, Gießereien usw., die ich besuchte, ist beispielsweise in nur sechs Jahren auf seinen heutigen Stand gebracht worden. Sie beschäftigt schon jetzt über 12 000 Arbeiter und Angestellte und umfaßt ein Areal von neun Quadratkilometern mit 60 Kilometern Straßen und 100 Kilometern Eisenbahnen, ist aber erst der drittgrößte Betrieb in Ostrawa.

Am sichtbarsten ist die Industrialisierung und allgemeine Modernisierung wohl in der Slowakei, die früher ein typisch unterentwickeltes Land, eines der klassischen Auswanderungsgebiete war, heute jedoch in voller Erschließung und Aufwärtsentwicklung begriffen ist. Im Raum von Košice (Kaschau) wird ein Hüttenwerk entstehen, das bei vollem Ausbau vier Millionen Tonnen Roheisen produzieren soll, doppelt so viel wie jetzt die Clemens-Gottwald-Hütte.

In der ganzen Tschechoslowakei stand der Index der industriellen Produktion, wenn man 1948 mit 100 ansetzt, schon 1957 auf 270, und er ist seither weiter gestiegen. Im Jahr 1965 soll die Industrialisierung sechsmal höher sein als 1937, unter der ersten Republik, in der Slowakei allein etwa dreizehnmal höher als damals. 1948, als das neue Regime begann, waren 1 508 000 Menschen in der Industrie beschäftigt, 1957 bereits 2 050 000 Menschen.

Imponierend ist auch der Ausbau der Kraftwerke und Stauanlagen. Ich habe deren eine Reihe angesehen, besonders an der Moldau und Elbe; wenn der Entwicklungsplan einmal voll durchgeführt ist, wird ein ganzes System von Talsperren vom Oberlauf der Moldau bis zur ostdeutschen Grenze (in der Nähe der Sächsischen Schweiz) bestehen, das die beiden Flüsse bis weit hinauf schiffbar machen, den Wasserstand regulieren und Elektrizität in Menge liefern wird. Zwischen 1948 und 1957 ist die Erzeugung elektrischer Kraft von 7515 Millionen auf 17 720 Millionen Kilowattstunden gestiegen, und 1965 sollen ungefähr 38 Milliarden Kilowatt erreicht sein, über zwölfmal mehr als 1930.

Ein Sorgenkind der Tschechoslowakischen Republik (CSR) ist immer noch die Landwirtschaft. Wie überall, sträubte sich der konservative Sinn der Bauern auch hier zuerst gegen Neuerungen, gegen Rationalisierung und Modernisierung. Aber das Mißtrauen schwindet doch mehr und mehr, so daß heute die starke Mehrzahl der Bauern in voll kollektivierten Produktivgenossenschaften vereinigt ist, die den Landwirtschaftsbetrieb immer rationeller zu gestalten vermögen. Ein Drittel der Bauern verharrt noch im Einzelbetrieb, wird aber vom Staat weitgehend mit Saatgut, Kunstdünger, Maschinen usw. versorgt. Wie großzügig und planvoll die tschechoslowakische Landwirtschaftspolitik arbeitet, konnte ich auf einem staatlichen Großgut von 800 Hektaren Bodenfläche beobachten, das als wissenschaftliche Forschungs- und Versuchsanstalt für Viehzucht eingerichtet ist und die erstaunlichsten Methoden zur Verbesserung beispielsweise der Schweinezucht entwickelt hat. All die so erarbeiteten neuen Methoden in Viehzucht, Ackerbau, Obst-, Gemüse und Weinbau usw. werden systematisch in die Genossenschaften hinausgetragen und sollen die landwirtschaftliche Produktion alljährlich um mehr als 4 Prozent steigern, so daß sie im Jahr 1965 um beinahe 40 Prozent höher sein soll als 1957. Der Besuch einer Gemüsebaugenossenschaft in der Nähe von Bratislava (Preßburg), die einen vorbildlichen Stand aufweist, lehrte mich, was für Erträgnisse erzielt werden können, wenn rationeller Betrieb mit persönlichem Fleiß und Können vereinigt sind. Nebenbei: Da auch die Frauen der Genossenschafter zum Teil mitarbeiten, ist ein Kindergarten eingerichtet worden, mit einer staatlich angestellten Lehrerin, die die Kleinen tagsüber trefflich betreut. Im gemeinsamen Speisesaal können die Leute um den Spottpreis von etwa 3 Kronen (kaum einem Schweizer Franken) gut zu Mittag essen. Ihr Verdienst – 2000 Kronen und mehr im Monat – erlaubt ihnen eine recht gehobene Existenz.

Lebenshaltung und Lebenssicherung Ähnlich steht es bei Arbeitern und Angestellten in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr, Verwaltung usw. Unter 1500 Kronen monatlich dürften nur verhältnismäßig wenige verdienen; die meisten, über die ich mich erkundigt habe, verdienen mehr. So beträgt im Hüttenwerk Gottwald in Ostrava der Durchschnittslohn etwa 1900 Kronen; ein tüchtiger Hochofenarbeiter, den ich befragte, gab 2200 Kronen an und versicherte, andere brächten es auf mehr. In der benachbarten Arbeiterstadt Poruba sprach ich mit einem Bergwerksarbeiter (nicht unter Tag arbeitend), der 2000 Kronen bezieht; ein Nachbar verdient über 2000 Kronen. Und so fort. Die wöchentliche Arbeitszeit ist auf höchstens 46 Stunden beschränkt. Die Ferien betragen, bei voller Bezahlung, in den ersten fünf Arbeitsjahren zwei Wochen, dann drei bis fünf Wochen. Die Bahnfahrt in einen Erholungsort kostet nur die Hälfte des normalen Tarifes; für Unterkunft und Verpflegung bezahlt man ganze 10 Kronen täglich. Um einen Begriff von der Kaufkraft der Löhne zu geben, sei erwähnt, daß zum Beispiel ein Liter Milch 2 Kronen kostet, ein Männerhemd mittlerer Güte etwa 50 Kronen, ein paar gute Männerschuhe 100 bis 150 Kronen, ein Päckchen Zigaretten (20 Stück) 4,40 Kronen.

Bei all dem ist aber dreierlei sehr zu beachten. Erstens: Etwa 40 Prozent der Frauen sind erwerbstätig; entsprechend erhöht sich der Stand der Lebenshaltung einer Familie. Zweitens: Eine Reihe von Ausgaben, die bei uns sehr «ins Geld laufen», sind in der CSR sehr niedrig, so für Ferien (wie soeben bemerkt), für Steuern (ein Prozent vom Lohn), für Theater, Konzerte, Kino und besonders für Wohnungsmiete. Die beiden vorhin genannten Arbeiter in Poruba zum Beispiel bezahlen für ihre modern ausgestattete Wohnung (Zentralheizung, Boiler usw.), bestehend aus zwei Zimmern mit Wohnküche, der eine 114 Kronen, der andere (in einer ganz neuen Siedlung) 154 Kronen monatlich, das sind 6 bis 7 Prozent des Lohnes. Die Wohnungsnot ist auch in der Tschechoslowakei groß, aber es wird auch sehr viel gebaut. In den nächsten acht Jahren soll die Bevölkerung 629 000 neue Wohnungen bekommen. Schon jetzt gibt es ganze neue Arbeiterstädte.

Drittens aber sind alle Gesundheitsdienste und Versicherungsleistungen völlig beitrags- und kostenfrei, so wie auch der Unterricht auf allen Stufen kostenlos ist (die Hochschulstudenten bekommen sehr weitgehende Stipendien, die ihnen den Lebensunterhalt sichern). Das ist natürlich besonders wichtig, wenn man an die oft horrenden Ausgaben denkt, die bei uns für diese Dienste und Leistungen nötig sind. «Sozialversicherung», «Krankenversicherung» und dergleichen sind eigentlich irreführende Ausdrücke; es handelt sich tatsächlich um beitragsfreie Leistungen des Staates an die Bezugsberechtigten, das heißt an alle Arbeiter und Angestellten, Mitglieder landwirtschaftlicher Produktivgenossenschaften, Hochschüler, Schriftsteller, Künstler und Rentner mit ihren Familienangehörigen. Sie

alle haben Anspruch auf kostenfreie Heilfürsorge, auf ärztliche und fachärztliche Behandlung, auf Operationen, auf Spitalpflege, Sanatoriums- und Erholungsaufenthalt, Zahnbehandlung, Arzneien, Prothesen usw. Für Mütter ist vor und nach der Niederkunft großzügig gesorgt, ebenso für die Kinder aller Altersstufen. Besonderer Wert wird auf vorbeugenden Gesundheitsschutz gelegt (regelmäßige Untersuchungen usw.), so daß der Gesundheitszustand der ganzen Bevölkerung sich zusehends hebt, zahlreiche Krankheiten im Erlöschen begriffen sind, die Sterblichkeit sinkt und die Lebensdauer zunimmt. Seit Kriegsende hat sich die Zahl der Ärzte fast verdoppelt, und die Zahl der Polikliniken, Beratungsstellen, Krankenhäuser, Heilstätten und Erholungsheime wächst beständig. Ich habe eine Reihe von Bezirks- und Betriebspolikliniken, Sanatorien, Erholungsstätten und dergleichen besucht, habe mich in den westböhmischen Badeorten und im großen Kurgebiet der Hohen Tatra umgesehen und konnte überall nur mein Erstaunen ausdrücken über die bis ins kleinste gehende gewissenhafte Fürsorge für Leben und Gesundheit des Volkes, über die Modernität der Einrichtungen, über die reichen Mittel, die der Staat dafür zur Verfügung stellt. Wie beneidete ich die Tschechoslowakei um die soziale Großtat, die diese Ordnung der Gesundheitsdienste darstellt! Wie weit sind wir in der Schweiz noch von solcher Volkssolidarität entfernt!

Ähnliches gilt von der Altersfürsorge. Alle Bürger der Tschechoslowakei beziehen Altersrenten, die Arbeiter und Angestellten wie die Bauern (ob in Genossenschaften organisiert oder selbständig) und die Angehörigen freier Berufe und sonstigen Selbständigerwerbenden, samt ihren Familienangehörigen. Die Altersrente wird nach 20jähriger Beschäftigung den Männern nach Erreichung des 60., den Frauen, Bergarbeitern, Fliegern usw. nach Erreichung des 55. Lebensjahres ausbezahlt. Sie beträgt 55 bis 80 Prozent des früheren Durchschnittsverdienstes, im Jahr 1957 im Mittel 790 Kronen monatlich. Die Witwen- und Waisenrenten sind weitherzig geordnet. Daß die Sicherstellung bei Unfällen und Invalidität mit der Kranken- und Alters«versicherung» zweckmäßig verbunden ist, versteht sich von selbst. Welche Wohltat, alles in allem, diese Verwirklichung der sozialen Sicherheit für das Volk der Tschechoslowakei bedeutet, ist kaum zu ermessen. Vor Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und Alter hat heute in der Tschechoslowakischen Republik niemand mehr Angst – wenigstens nicht aus wirtschaftlichen Gründen.

Die geistige Revolution Die Sozialisierung ist in der Tschechoslowakei sehr weit getrieben. Sie erfaßt nicht nur die Groß- und Schwerindustrie, die Banken, den Groß- und Außenhandel in Form der Verstaatlichung, sondern auch die Mittel- und Kleinindustrien, die, ebenso wie weithin das Handwerk und der Kleinhandel, genossenschaftlich organisiert sind oder als Gemeindeunternehmungen betrieben werden, also kommunalisiert sind. Ähnlich

ist die Landwirtschaft teils nationalisiert – in Form von Staatsgütern – und teils vergenossenschaftlicht mit gemeinsamem Besitz und Betrieb; wie lange sich der Privatbesitz und -betrieb noch wird halten können, bleibt abzuwarten.

Daß dieses Regime den Volkswohlstand schon jetzt bedeutend gehoben hat und ihn weiter heben wird, sofern der Frieden erhalten bleibt, daran habe ich keinerlei Zweifel – bei allen Schäden und Gefahren, welche eine zwangsweise vorgenommene Sozialisierung mit sich bringt, mindestens in der ersten Zeit. Sicher ist auch, daß das neue Regime die Volksbildung mächtig fördert und erweitert wie vertieft und daß das Unterrichtswesen gegenüber der ersten Republik entscheidende Fortschritte gemacht hat, nicht zuletzt auf der Hochschulstufe, kamen doch in der CSR im Jahr 1957/58 auf 100 000 Einwohner rund 560 Studenten, in der Schweiz nur 238. Auch die Kunstpflege steht auf hoher Stufe; das musikalische Leben zum Beispiel ist in den großen Städten, soviel ich beobachten konnte, allermindestens so rege wie irgendwo im Westen, und in Prag gibt es nicht weniger als 14 größere Theater, in Brünn auch deren acht. Von einem «zivilisatorischen Rückgang» in der Tschechoslowakei zu sprechen ist unter diesen Umständen einfach lächerlich.

Aber ich habe auf diesem ganzen Gebiet nur Stichproben machen können und möchte darum hier nicht weiter darauf eintreten. Hingegen sei gefragt, ob und wieweit es unter dem neuen Regime möglich war, der Erreichung der sittlichen Ziele des Sozialismus – die für uns von seiner materiellen Seite untrennbar sind – näher zu kommen: der gesellschaftlichen Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit. Wir stoßen hier natürlich sofort auf das Problem der Diktatur. Die Tschechoslowakische Republik ist ein Diktaturstaat, und ihre Träger und Anhänger denken nicht daran, es zu bestreiten. Das heißt freilich nicht, daß sich die Bevölkerung terrorisiert fühle oder sich nur «in ängstlichem Flüsterton» zu unterhalten wage, wie dies ein Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» in Prag festgestellt haben will. Alle Zeichen sprechen vielmehr dafür, daß die übergroße Mehrheit des tschechoslowakischen Volkes, wie im Jahr 1948, so auch heute fest hinter dem neuen Regime steht und bei aller Kritik, die an Einzelheiten geübt werden mag, keine Rückkehr zu dem alten Zustand oder zu irgendeiner Form der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie ersehnt. Aber die Tatsache bleibt dennoch bestehen, daß in der heutigen Tschechoslowakei kein grundsätzlicher, organisierter Widerstand gegen das sozialistisch-kommunistische Regiment geduldet wird und daß infolgedessen die in der Verfassung «verbürgte» Freiheit der Meinungsäußerung, der Vereinigung, der persönlichen Rechte ihre festen Schranken an der herrschenden Ordnung findet. Die übliche Begründung dafür ist, wie man weiß, die Notwendigkeit, den Aufbau der sozialistischen Ordnung so stark zu sichern, daß er weder von innen

her ernstlich gestört noch vom feindlichen Ausland her erschüttert oder zerstört werden kann – ungefähr die gleiche Begründung also, die auch die bürgerlichen Revolutionen durch Jahrhunderte hindurch für ihre Diktaturmaßnahmen angeführt haben.

Darin steckt gewiß ein gutes Stück Wahrheit, das ich nach Lage der Dinge und im Blick auf die ganze Denkweise und Lebensart der Revolutionäre durchaus anerkennen muß. Und doch halte ich dafür, daß eine wesentliche Lockerung der Diktatur auch in der Tschechoslowakei nicht nur nötig, sondern auch möglich ist – wie etwa in Polen, wo seit 1956 eine bedeutende Erweiterung der Informations- und Diskussionsfreiheit stattgefunden hat, ohne daß damit dem sozialistischen Aufbau dauernder Schaden zugefügt worden wäre, ja zum großen Nutzen der neuen Ordnung, die ohne fortschreitende Liberalisierung nicht lebensfähig sein wird. In der Aufrechterhaltung des Diktaturapparates, die nur zu leicht Selbstzweck wird, liegt, so wie ich es ansehe, die größte Gefahr für das sozialistische Regime in den osteuropäischen Ländern ganz allgemein und im besonderen auch in der Tschechoslowakei. Die Gefahr wird freilich gemildert durch die frei ausgeübte Möglichkeit, ausländische Radiosendungen abzuhören, durch den Bezug westlicher Zeitungen und Zeitschriften, den sich eine geistige Oberschicht zunutze macht, durch den ungeheuren Lesehunger weiter Volkskreise, der durch glänzend ausgestattete und westliche Literatur in großem Umfang führende Buchhandlungen und Leihbibliotheken gestillt wird, wie sie bis in die kleinen Landstädtchen hinein zu finden sind. Auch hat sich nicht nur in der Slowakei, die staatlich eine gewisse Sonderstellung einnimmt, sondern auch in den tschechischen Gemeinden, Bezirken und Kreisen in Form der sogenannten Nationalausschüsse doch eine nicht zu verachtende Selbstverwaltung entwickelt, so wie auch die Wahlen zu den örtlichen, regionalen und nationalen Volksvertretungen, obwohl zuletzt nur ein Bestätigungsakt, erst nach langer, oft stark umstrittener Kandidatenauswahl innerhalb der politischen, beruflichen und sonstigen Bevölkerungsgruppierungen vor sich gehen können. Aber das Ziel muß trotzdem unverrückt festgehalten werden, die soziale Demokratie durch eine ihr entsprechende politische Demokratie zur Volldemokratie zu machen und ihr erst dadurch die dauerhafte Grundlage und Kraft zu geben.

Das ist das eine. Das andere ist, daß die sozialistische Ordnung, um fruchtbar und lebendig zu bleiben oder zu werden, überhaupt der geistigen und sittlichen Kräfte bedarf, die tatsächlich hinter ihren revolutionären Lösungen und Forderungen stehen. Ich habe mich in der Tschechoslowakei tief gefreut, daß ich sehen und fühlen durfte, wie hier wirklich eine neue, höhere Lebensform im Werden ist, wie die Klassenschranken mit all ihrer verderblichen, den Menschen erniedrigenden Wirkungen mehr und mehr fallen, wie der Profit-

und Ausbeutungsgeist schwindet, wie eine Gesellschaft von Gleichen heranwächst, wie die Frau zunehmend innere Sicherheit und Freiheit gewinnt, wie die Jugend zum Einstehen für bessere Ideale erzogen wird, als die kapitalistische Welt sie kennt. Aber ich habe auch den verhängnisvollen Widerspruch empfunden, der darin liegt, daß die kommunistische Staatspartei mit ihrem betonten Atheismus und philosophischen Materialismus eine Lebensanschauung predigt, die der Verwirklichung des tiefsten Sinnes allen Sozialismus völlig zuwiderläuft. Die auf dem Boden des Sozialismus stehenden Christen haben unter diesen Umständen auch in der Tschechoslowakei einen schweren Stand. Sie bemühen sich aber nur um so mehr, von ihrem Glauben aus ihre Treue zu einem entschlossenen und echt revolutionären Sozialismus zu beweisen, statt in verbitterter Unfruchtbarkeit eine negative Opposition zu einem Regime zu betreiben, das nur darum möglich, ja notwendig wurde, weil die Christenheit vor der sozialen Frage so traurig versagt hat.

In der Hussitenbewegung des 15. Jahrhunderts hat die sozialrevolutionäre Kraft der christlichen Wahrheit einen ersten mächtigen Ausdruck von größter geschichtlicher Bedeutung gefunden, und ich bin in Tabor ergriffen vor den Zeugnissen dieser Bewegung gestanden, die hier einen ihrer denkwürdigsten Brenn- und Höhepunkte gehabt hat. Nicht nur das tschechische Land, sondern halb Europa wurde ja damals von ihr erfaßt, und die Kreuzfahrerheere, die Kaiser und Papst immer wieder gegen sie aufboten, konnten die Gegenreformation und Gegenrevolution erst zum Sieg führen, als innere Unentschlossenheit und utopische Überspanntheit ihre Elementarkraft zu lähmen und zu zersplittern begonnen hatten. Als geistiger, politischer und sozialer Gärungsstoff wirkte aber das Hussitentum durch die ganze tschechische Geschichte hindurch weiter, und es war nicht zuletzt sein Einfluß, der die Autorität der katholischen Kirche derart schwächte, daß sie – abgesehen vielleicht von der Slowakei – bis zum heutigen Tag keine ernsthafte Gefahr für die freiheitliche und sozialistische Bewegung der CSR werden konnte. Möge der Geist des Hussitentums aufs neue in der Tschechoslowakei lebendig durchbrechen und ihr – frei von dem Gewaltglauben, der damals sein tragisches Schicksal besiegelte – die sittlichen Kräfte zuführen, deren sie für die Dauerhaftigkeit ihres großen Aufbauwerkes so dringend bedarf!

12. Juni. *Hugo Kramer*

*

In Prag ist, wie wir vernehmen mußten, Anfang Mai Professor Dr. *Fritz Linhart* nach langem Leiden verschieden. Die «Neuen Wege» und ihre Sache haben in ihm einen treuen, hellsichtigen Freund verloren. Wir hoffen, im nächsten Heft einen Nachruf auf ihn bringen zu können.

Am 8. Juni dieses Jahres ist anderseits Professor Dr. *J. L. Hromadka*, Dekan der Evangelisch-theologischen Comeniusfakultät in Prag, 70 Jahre alt geworden. Wir gratulieren dem verehrten Vorkämpfer eines lebendigen und charaktervollen, die soziale Revolution in sich einschließenden Christentums auch hier zu diesem Tag und wünschen ihm herzlich Kraft und Klarheit für seine weitere, so wichtige Arbeit im tschechoslowakischen wie im ökumenischen Feld.

H. K.

Unsere Öffentlichkeit, unser Staat mögen jeden Namen beanspruchen, der ihnen begehrenswert erscheint. Nur: sich christlich zu nennen, haben sie kein Recht. Und niemand hat ein Recht dazu, der das Bestehende hinnimmt. *Reinhold Schneider*

Ich kenne Ungläubige, die sind viel gläubiger als die Gläubigen. Gerade die Gläubigen sind in Gefahr, Ehre zu suchen und mit ihrer Frömmigkeit vor den Menschen zu glänzen und zu allen «ja, ja» zu sagen. Es gibt manche, die nehmen keinen Bibelspruch in den Mund; aber sie kämpfen für Gott, für Wahrheit, Liebe, Gemeinschaft; sie nehmen Gott gar nicht in den Mund, aber sie werden hören: «Geht ein zu eures Herrn Freude!» – «Ich weiß ja gar nicht, daß ich dir gedient habe!» – «Ja, du hast mir gedient; was du getan hast, daß sich das menschliche Elend hebe; was du irgendwie gesorgt hast, daß es besser werde auf Erden, das hast du mir getan.» Und wer weiß, ob nicht gerade diese Ungläubigen die Mehrzahl werden, die ins Himmelreich eingehen. *Christoph Blumhardt*

Herausforderung unseres Glaubens

Mit gewaltiger Gestaltungskraft schafft eine Bewegung, die Kraft und Klarheit aus den Erkenntnissen des dialektischen Materialismus schöpft, eine neue Gesellschaftsordnung. Können, dürfen – ja müssen nicht vielleicht – wir Christen hier mitarbeiten? Kann es unserm Glauben Schaden tun, wenn wir uns in diese werdende Wirklichkeit hineinstellen? Oder ist auch in dieser Wirklichkeit unser Gott am Werke? Wird unser Glaube durch dies Geschehen zu einer Auseinandersetzung aufgerufen, die ihn lehrt, unsern Herrn Jesus Christus und seine Botschaft in neuer Klarheit zu hören und in neuer Kraft zu vertreten? Werden wir vielleicht aufgerufen zu einer christlichen Haltung, durch die wir jene Vorurteile innerhalb des Marxismus überwinden sollen und können, die eine gesellschaftlich falsche Haltung der christlichen Kirchen so verhängnisvoll schuf und förderte? Es ist meine feste Überzeugung, daß wir diese Fragen mit Ja beantworten müssen. *Emil Fuchs*

Um die Ehre Gottes

Der tiefste Grund

Wir sind in unserm christlichen Denken, Sprechen und Handeln oft viel zu egozentrisch. Unsere eigenen Interessen stehen im Mittelpunkt, und es handelt sich letzten Endes um u n s e r Heil und um u n s e r Glück. Wir sagen: Es ist gut und nützlich, zu tun, was das Evangelium vorschreibt, denn hierdurch wird dem Frieden gedient und das menschliche Zusammenleben ermöglicht.

Ich will der letzte sein, der die Wahrheit dieser Beweisführung bestreitet. Es ist richtig; darüber besteht kein Zweifel.

Und doch ist dies nicht der tiefste Grund, warum wir wirklich nach Frieden verlangen und Taten der Versöhnung zeigen wollen. Es ist alles viel zu viel ausschließlich auf uns selbst, auf unsere Interessen und unsere Zukunft bezogen.

Es ist daher heilsam und gesund, uns selbst und anderen vorzuhalten: der tiefste Grund für unseren Pazifismus, der tiefste Grund unseres Strebens nach Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung ist in die Worte «Es gilt die Ehre Gottes» zusammenzufassen.

Gott ehren

In der Bibel bedeutet der Ausdruck «Gott ehren»: erkennen, daß Gott wirklich G o t t ist. Das bedeutet: Ihn preisen, weil Er ist, wie Er ist; Ihn loben, Seine Glorie und Seine Herrlichkeit besingen.

Dies beschränkt sich keineswegs nur auf ein Wort, das der Mensch ausspricht oder singt. Es bedeutet im Gegenteil in erster Linie die Tat, die der Mensch vollbringt. «Gott ehren» bedeutet: Ihn loben, indem wir Ihm gehorchen, Ihm folgen und Ihm dienen. Wort und Tat, Hymne und Aktion, Liturgie und Prophetie sind in dieser Lobpreisung wesentlich miteinander verbunden. Einmal wird das eine Element, dann wieder das andere etwas stärker akzentuiert, aber eines ist niemals ohne das andere ein Ganzes.

Dies ist uns wichtig: Gott darf und muß die Ehre erwiesen werden, die Ihm zukommt. Er ist es wert. Seine Liebe, die in Christus zu uns kam, überrascht uns immer wieder bis zur Verlegenheit. Dieser Gott muß geehrt und gepriesen werden. Die Glorie d i e s e s Gottes muß besungen werden: Seine Herrlichkeit liegt in Seiner Demut.

Te Deum laudamus, Te Dominum confitemur:
Dich, Gott, loben wir — Dich, Gott, bekennen wir.

«Abschreckung»

Viel wird heute über «Deterrent», die Abschreckung, gesprochen. In einem Zeitungsartikel las ich kürzlich: «Deterrent» heißt: «Durch Drohung mit Vernichtung wird die Freiheit aufrecht erhalten.» In diesem Artikel wurde über das Hauptquartier des strategischen Luftkommandos in Ohama (am Ufer des Missouri) geschrieben. Alles ist dort

bis ins Kleinste geregelt. Das Alarmsystem wird fortgesetzt verbessert. Man rechnet mit Sekunden. Dem Zeitungsreporter wurde eine Uhr gezeigt, die erst zu laufen beginnt, wenn die Kriegsstunde geschlagen hat: «Diese Uhr wird dann genau die Sekunde zeigen, wenn Moskau nicht mehr existiert», so sagte der Führer zu dem Korrespondenten.

Vielleicht ist hierbei einiges übertrieben. Das ist nicht einmal nötig; sicherheitshalber möchte ich es aber annehmen. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß all dies in einer Zeitung geschrieben werden kann, die auch von sehr vielen kirchlichen Christen gelesen wird.

Können wir wirklich ernstlich annehmen, daß Gott geehrt wird, wenn wir so sehr davon durchdrungen sind, daß der Zweck jedes Mittel heiligt? Wird durch solche Vorbereitung zur Massenvergeltung und -vernichtung Gottes Glorie besungen? Wird ihm auf diese Weise durch unsern Gehorsam Lob erwiesen? Wo ist in solch einem auf Übermut basierenden System des Handelns — und der Übermut besteht in erster Linie in der «Sicherheit», daß «keine Fehler den Krieg hervorrufen können» — noch ein Echo von Gottes Demut zu vernehmen?

Wenn wir uns gegen die «Deterrent»-Ideologie unserer Tage wenden, so geschieht das in erster Linie darum, weil es sich um Gottes Ehre handelt. Und Gott will durch das geehrt werden, was Menschen tun.

Ich könnte noch allerlei Dinge anführen. Überall, wo der Terror herrscht — im Osten sowohl wie im Westen —, erhält Gott nicht, was Er wert ist und was Ihm zukommt: die Anerkennung, die Ehre, die Lobpreisung. Wenn in Ungarn (im November 1956) Gewalt und Lügen ihr erbarmungsloses Spiel spielen; wenn in Algerien dasselbe geschieht; wenn ... Aber ich will diese Reihe nicht fortsetzen. Es wäre so vieles zu ergänzen.

Eines steht fest: Wenn alle diese Dinge geschehen, wird Gott nicht geehrt, wie es Ihm zukäme. Der Mensch preist Ihn nicht — im Gegenteil: der Mensch kehrt sich von Ihm ab. Der Mensch lobt Gott nicht, er geht seine eigenen Wege, weg von Gott. Gott wird keine Ehre erwiesen. Er wird allein gelassen. Der Mensch wendet sich anderen Göttern zu. Eigentlich findet dies alles darin seine Ursache, daß man dem ersten Gebote ungehorsam ist, das befiehlt: «Du sollst keine anderen Götter neben mir haben.»

«Ehre sei Gott» und «Friede auf Erden» sind eng miteinander verbunden. Aber es ist unbestritten wahr, daß «Unheil, Deterrent, Untergang auf Erden» damit zusammenhängen, daß Gott keine Ehre erwiesen wird.

Um die Ehre Gottes

Das aber steht eindeutig fest: Gott wird nicht geehrt, wenn wir eine H-Bombe abwerfen. Gott wird auch nicht geehrt, wenn wir bereit sind, eine H-Bombe abzuwerfen.

Gott wird aber wohl geehrt — auf schwache Weise zwar und unvollkommen, aber immerhin «geehrt» —, wenn Menschen die Herrlichkeit Gottes in Taten der Gerechtigkeit, der Versöhnung, der Intervention und des Aufbaus widerspiegeln (II. Kor. 3:18), wo die Freiheit anerkannt wird, wo Hunger gestillt, wo wirklich mit Freude gedient wird, wo im Namen Christi etwas gewagt wird, wo man seine Feinde nicht haßt, sondern ihnen unbefangen begegnet.

Bei allem, auch bei unsern Entscheidungen und Handlungen auf internationalem Gebiet, muß immer gefragt werden: Wird Gott geehrt, wenn wir dieses oder jenes tun? Können unsere Nächsten, weit weg in Asien und Afrika, aber auch in Westeuropa und Rußland, wenn sie unsere Taten erblicken, dazu gebracht werden, Gott zu ehren?

In Ostdeutschland gibt es Christen, die in christlicher Unbefangenheit den Kommunisten entgegentreten. Sie haben von Gott nicht eine kleine Vorstellung. Sie glauben, daß Gott im letzten Augenblick noch eine Tür öffnen kann, irgendwo, wo erst kein Durchgang zu erblicken war. Sie wissen: Es handelt sich um Gottes Ehre. Auch wenn sie leiden müssen, selbst dann werden sie noch etwas von der «Herrlichkeit Gottes widerspiegeln».

Wichtig ist, daß Christen, auch in den häufig so komplizierten internationalen Angelegenheiten, wissen:

Ein Ding ist wichtig, über allem:
Es gilt die Ehre Gottes.
Es handelt sich darum, daß
Sein Name geheiligt werde,
Sein Reich komme,
Sein Wille geschehe.

Dr. Kr. Strijd

Aus der Evangelischen Kirche in Berlin und der DDR

Im Februar dieses Jahres hat die Synode der Evangelischen Kirche der Union* ein «Notwort» beschlossen. Es hat folgenden Wortlaut:

* In der Evangelischen Kirche der Union sind folgende Landeskirchen zusammengeschlossen, in denen das lutherische und das reformierte Bekenntnis sowie auch neuere Unionsbekenntnisse gleichermaßen Raum und Recht haben: Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg, Pommern, Restschlesien (ehemalige Provinz), Sachsen, Westfalen, Rheinland. Zur Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland gehören jene Landeskirchen in der Bundesrepublik und in der DDR, in denen ausschließlich das lutherische Bekenntnis gilt: (Land) Sachsen, Hannover, Bayern, Schleswig-Holstein, Thüringen, Mecklenburg, Hamburg, Braunschweig, Lübeck, Schaumburg-Lippe.

«Berlin, den 13. Februar 1959

Die Synode der Evangelischen Kirche der Union ist in einer Situation versammelt, die nicht nur für die Zukunft des gespaltenen deutschen Volkes und seiner geteilten Hauptstadt, sondern für den Frieden in der Welt Gefahren von unabsehbarer Tragweite in sich birgt. Die Synode weiß wohl um ihre Ohnmacht und um die Unmöglichkeit, bestimmte politische Wege im Namen Gottes zu proklamieren. Aber wir können die zahllosen Stimmen äußerer und innerer Not nicht überhören. Sie fordern uns in unserer Verantwortung vor Gott den Versuch ab, für die Menschen unseres Volkes und den Frieden in der Welt einen politischen Notdienst zu wagen. In dieser Verantwortung bitten wir alle, die es angeht, folgende Einsichten und Vorschläge mit uns in dem Ernst zu bedenken, den die Not gebietet, der wir alle miteinander verhaftet sind.

1. Unser eigenes Volk sollte sich gerade im Blick auf die Frage des Friedens und der Wiedervereinigung daran erinnern, daß der gegenwärtige Zustand immer noch die bittere Frucht aus der Wurzel seiner eigenen Schuld ist. Aus dieser Erkenntnis heraus sollte es dem Wiederaufkommen jenes Nationalismus, der uns und eine ganze Welt in den Abgrund riß, in allen seinen Erscheinungsformen wirksam widerstehen und einen Beitrag zur Versöhnung der Völker leisten. Ohne solche aktive Umkehr wird es den Frieden weder nach innen noch nach außen gewinnen.

2. Unser Volk sollte der Versuchung widerstehen, unter Ausnützung von Machtbündnissen eine Gewaltpolitik treiben zu wollen.

3. Es sollte sich mit einer kontrollierten Begrenzung seines militärischen Potentials einverstanden erklären. Insbesondere ruft die Synode, die nach wie vor zu ihrer Verwerfung der Massenvernichtungsmittel steht, erneut zum Verzicht des deutschen Volkes auf jede atomare Bewaffnung.

4. Jede deutsche Regierung sollte sich verpflichtet wissen, in ihrem Bereich das Nebeneinander verschiedener Weltanschauungen und Lebensformen in Freiheit und gegenseitiger Duldung zu ermöglichen.

5. Das deutsche Volk sollte in seinen beiden staatlichen Bereichen bei dem Kalten Krieg nicht mitmachen. Der Kalte Krieg ist aus Angst, Mißtrauen und ideologischem Machtstreben geboren und ist mit seiner Schändung der Ehre des Gegners wie in seiner verlogenen Propaganda die teuflische Vorbereitung des «heißen» Krieges. Die Synode spricht das aus in dem Bekenntnis, daß unter uns Christen selbst das Freund-Feind-Denken des Kalten Krieges um sich zu greifen droht und damit die Einheit der Christenheit schwer gefährdet wird.

6. Unser Volk muß sich endlich in allen seinen Schichten darüber klar werden, daß weder der Friede noch die Wiedervereinigung ohne große eigene Opfer zu gewinnen sind. Wir können nicht Rechte gegen-

über den anderen Mächten geltend machen, wenn wir nicht zu Opfern bereit sind, die auch einem neuen Zusammenleben der Völker dienen.

Die Mächte, die mit der bedingungslosen Kapitulation unseres Volkes eine eigene Verantwortung für dasselbe übernommen haben, bitten wir, folgende Vorschläge um des Friedens willen ernstlich zu erwägen:

1. Wir bitten die Weltmächte, die beiden Teile Deutschlands nicht länger als das Vorfeld ihrer militärischen und weltanschaulichen Machtpolitik zu behandeln.

2. Wir bitten sie, bei den begonnenen Verhandlungen auf den Wegen der Verständigung und des Vertrauens nicht müde zu werden. Eine Politik der gegenseitigen Abschreckung im Teufelskreis der Angst droht an Stelle des von den Völkern sehnlichst erhofften Friedens eine unvorstellbare Weltkatastrophe heraufzuführen.

3. Wir bitten die Mächte, dem deutschen Volk zum Frieden und zur Wiedervereinigung zu helfen und unserm Volk, das wir zu Verzichten und Opfern rufen, das Selbstbestimmungsrecht in der Freiheit nicht vorzuenthalten, die zu den allgemein anerkannten Menschenrechten gehört.

4. Endlich bitten wir die Mächte, zur Voraussetzung eines Friedensvertrages die Wiederherstellung der uneingeschränkten und rechtlich gesicherten Kommunikation aller deutschen Menschen innerhalb der gegenwärtigen Grenzen unseres Vaterlandes zu machen. Der staatspolitischen Wiedervereinigung, deren Wege aufzuweisen nicht Sache der Synode ist, müßte die menschliche Wiedervereinigung vorangehen. Für diese Vorgabe der menschlichen Wiedervereinigung einzutreten, weiß sich die Synode in ihrer Verantwortung für die Not deutscher Menschen und für den Frieden der ganzen Welt verpflichtet.»

Dieses Notwort ist im westdeutschen Christentum nicht überall gut angekommen. Im Bericht der «Nachrichten der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern» über die Synode in Berlin wird es überhaupt nicht erwähnt. Das von Landesbischof D. Lilje herausgegebene «Sonntagsblatt» (Hamburg) brachte einen Kommentar des Inhalts, daß das Notwort «unsere Besorgnis, ja Bestürzung hervorruft»; es könne als «ein Zeichen der ständig wachsenden Uneinigkeit des deutschen Protestantismus» erscheinen; «noch schlimmer aber ist, daß hier eine eindeutige politische Stellungnahme, nämlich die Forderung einer einseitigen atomaren Abrüstung Deutschlands, mit dem vollen Gewicht der christlichen Gewissensentscheidung versehen wird». Während Verteidigungsminister Strauß versichert, daß alle atomare Munition unter amerikanischem Verschluß sei, das heißt faktisch eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr noch nicht vorliegt, unterstellt das «Sonntagsblatt», wenn es im Notwort die Forderung einer einseitigen atomaren Abrüstung Deutschlands erblickt, eine bereits eingetretene atomare Ausrüstung. Der Gedanke, daß Atomwaffen Sünde sind und daß also auch eine politische Stellungnahme, die sie einbezieht, Sünde ist und

daß auch noch so gewichtige politische Überzeugungen daran nichts ändern, scheint dem «Sonntagsblatt» fremd zu sein. Ob seine Kritik wohl ebenso negativ ausgefallen wäre, wenn das Notwort ein Versuch geworden wäre, eine politische Stellungnahme im Sinne der atomaren Abschreckungspolitik christlich zu rechtfertigen? Nachgerade aufgebracht über das Notwort zeigte sich das Blatt des «Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU». Es bezeichnet die Verwerfung der Massenvernichtungsmittel, den Verzicht auf jede atomare Bewaffnung, die Nichtbeteiligung am Kalten Krieg als «den ganzen Jargon ferngesteuerter* Aufweichungspolitik», es empfindet das Notwort als «Extrakt einer zeitüblichen Paulskirchenrede», nennt es das «Dokument schmerzlicher Verwirrung», «die Proklamation einer politisierenden Kirche, die sich selbst zerstört, die Verkündigung unglaubwürdig macht und die Gemeinde um den echten Gottesfrieden bringt». Dieser kann wohl nach der Auffassung jenes christlichen Blattes anscheinend nur durch die Bejahung der Massenvernichtungsmittel verwirklicht werden.

Dem Leser wird es nicht schwerfallen, zu prüfen, aus welchem Geist das Notwort geboren wurde und welcher Geist so heftige negative Reaktionen auslöste, die teilweise sogar in Zynismus ausarten! Zur Klarheit und rechten Beurteilung und Entscheidung kann uns wieder einmal Luther helfen. Er sagt in seiner Psalmenauslegung: «Man muß entweder den Großen in der Welt die Wahrheit gar nicht sagen, so würde die göttliche Majestät (= Gott) beleidigt, oder wenn man sie sagt, so wird man beschuldigt, als ob es nicht um der Wahrheit willen, sondern um die (göttliche) Majestät zu beleidigen und die Gewalt zu schwächen geschähe. So muß notgedrungen ein Prediger der Wahrheit allezeit entweder bei Gott oder den Hohen dieser Welt Anstoß erregen!» Der Anstoß, den man an diesem Notwort genommen hat, zeigt sicherlich, wie notwendig – um Gottes willen – es gewesen ist.

Bei weitem nicht so konkret, aber doch etwa in der Grundrichtung des Notwortes rief das «Wort der Landessynode Sachsen zur politischen Lage» (6. April) zur Abhaltung von Fürbittgottesdiensten für den Frieden am Sonntag Rogate auf.

Der Rat der Evangelischen Kirche der Union (also ihr Leitungsgremium) hat im April in einem Communiqué seine Besorgnis über die drohende Verschlechterung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche ausgedrückt. Diese wurde anscheinend durch die Rede von Ministerpräsident Grotewohl ausgelöst, die er am 23. März vor Ostberliner Kulturschaffenden gehalten hat und die nach Auffassung des Rates eine einseitige Festlegung des Sozialismus der DDR auf den Atheismus bedeutet. Bischof D. Dibelius hat alsdann in einem Offenen

* Gemeint ist nach dem Zusammenhang des Kommentars vermutlich: ferngesteuert von Christen, die sich zu Kollaborateuren oder doch Mitläufern des «roten Imperialismus» machen ließen. Diese beliebten Verdächtigungen zeigen: Wo das Fünfte Gebot nicht ernst genommen wird, da verfällt auch die Achtung vor dem Achten Gebot.

Brief an Ministerpräsident Grotewohl entsprechend dem erwähnten Communiqué auf die tiefe Beunruhigung der christlich gesinnten Bevölkerung in der DDR über die atheistische Politik der Zonenregierung und den zunehmenden Gewissenszwang hingewiesen und darüber geklagt, daß die Christen in der Zone als Bürger zweiter Klasse behandelt würden. Ministerpräsident Grotewohl hat dazu erklärt, er werde den Offenen Brief nicht beantworten, da er dazu diene, die Atmosphäre auf der Genfer Außenministerkonferenz zu vergiften, zudem würden die Behauptungen Bischof Dibelius' durch das Leben in der DDR ad absurdum geführt.

Ebenfalls in einem Brief an Ministerpräsident Grotewohl vom 13. April 1959 hat sich der Thüringer Landesbischof D. Mitzenheim positiv zur Deutschlandpolitik der DDR-Regierung geäußert. Wie die Presse meldete, hat sich später der Mecklenburgische Landesbischof D. Beste der Ansicht D. Mitzenheims angeschlossen. D. Mitzenheim schreibt in seinem Brief an Ministerpräsident Grotewohl: «Die Kirchen haben durch verschiedene Gremien wiederholt ausgesprochen, daß ein neues Verhältnis der Menschlichkeit und des Vertrauens zwischen den Völkern wachsen müsse, um unsere kranke Welt zu heilen... In Ihrem Schreiben (Ministerpräsident Grotewohl an Bundeskanzler Adenauer) sehe ich einen Ausdruck dieses neuen Ethos.» D. Mitzenheim rechtfertigte seinen Brief vor der Thüringischen Synode. Im Brief Grotewohls hatte es geheißen, «daß die große Mehrheit des deutschen Volkes fühlbare Maßnahmen zur Schaffung eines Klimas der Verständigung erwartet». Dies sei, so sagte D. Mitzenheim, eine Forderung, die die Kirchen seit mindestens zehn Jahren und in jüngster Zeit verstärkt erhoben hätten. Die Thüringische Synode billigte das Verhalten ihres Bischofs und bat ihn und seine Mitarbeiter, weiterhin dafür zu wirken, daß die Arbeitsmöglichkeiten der Kirche im Volk unter den sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnissen gewahrt und gesichert bleiben.

Schließlich ist zu berichten, daß die Kirchenleitung der Provinzialsynode Berlin-Brandenburg (also einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche der Union) ein Kirchengesetz vorbereitet hatte, das die organisatorische Ausklammerung Westberlins aus der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg als vorsorgliche Maßnahme für den Fall vorsah, daß die Staatsgrenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands eines Tages so durch Berlin gehen würde, daß eine Kommunikation nicht mehr möglich sei und also auch die kirchliche Leitung der Berlin-Brandenburgischen Kirche faktisch in Westberlin keinen Zugang mehr finde. Das Plenum der Provinzialsynode hat jedoch dieser Vorlage nicht zugestimmt, sondern die Kirchenleitung lediglich zum Erlassen einer Notverordnung ermächtigt, die es ermöglichen soll, den Dienst im Bereich der Berlin-Brandenburgischen Kirche im Falle einer gewaltsamen Spaltung der kirchlichen Einheit fortzusetzen. Dazu schrieb die «Frankfurter Rundschau» (4. Mai 1959): «Nur den beschwörenden Worten des

Theologieprofessors Heinrich Vogel und Propst Grübers gelang es, diesen Kurzschluß (des vorbereiteten Kirchengesetzes) zu verhindern. Es ist gewiß kein Zufall, daß der Protest von den beiden Männern ausging, die den Unsegen der Spaltung Berlins seit Jahren tagtäglich am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Beide arbeiten in Ostberlin und wohnen in Westberlin. Beide wissen, daß selbst das lose Band, das heute noch die beiden Teile Berlins verknüpft, tausendmal besser ist als eine legalisierte Teilung. Hatte man in der Kirchenleitung schon vor Beginn der internationalen Konferenzen jede Hoffnung auf eine vernünftige Berlin-Lösung aufgegeben, daß man sich bereits heute (Anfang Mai!) auf einen Notfall einzurichten beginnt? Meinte man Maßnahmen der Ostberliner Regierung zuvorkommen zu müssen, um zu verhindern, daß gegen den Willen der Kirchenleitung personelle Entscheidungen von Staats wegen getroffen oder angeregt werden? Es gibt Situationen, in denen man Entscheidungen nicht vorwegnehmen, sondern sich ruhig aufdrängen lassen soll, um den eigenen moralischen Anspruch zu unterstreichen. Die Kirchenleitung ist kein Generalstab.»

Es ist teilweise widerspruchsvoll, was dieser Bericht aus den letzten Monaten der kirchlichen Lage in der DDR und Berlin verzeichnet. Zweifellos spiegeln sich in den verschiedenen Verlautbarungen auch verschiedenartige Reaktionen und disparate Strömungen, und es ist kaum möglich, die innerkirchliche Weiterentwicklung zu übersehen. Was der Sache nach in Bischof Dibelius' Offenem Brief berechtigt ist, hat auch Kirchenpräsident D. Niemöller in seinem Synodalbericht bestätigt, als er darauf zu sprechen kam, daß der Grund zur Flucht aus Mitteldeutschland heute vorwiegend «seelische Not und Verzweiflung über die zunehmende Unfreiheit und den Gewissenszwang» bilde und der Versuch der SED, die «Bewußtseinsumwandlung» der Bürger der DDR rücksichtslos zu erzwingen. Aber auch D. Mitzenheim erinnerte daran, daß er ständig für die Glaubens- und Gewissensfreiheit eingetreten sei und es auch in Zukunft tun werde, auch er habe zu manchen Äußerungen und Maßnahmen der Obrigkeit seine Kritik angemeldet. Unvereinbar erscheint allerdings die Haltung, in der D. Dibelius und die, in der D. Mitzenheim zur Zonenregierung stehen. Denn was D. Mitzenheim da von einem neuen Ethos schreibt, das er bei der DDR-Regierung sich ausdrücken sieht, wird, soweit ich sehe, von D. Dibelius in entgegengesetztem Sinne beurteilt. Die Lage der evangelischen Kirche in der DDR scheint also insofern in ein neues Stadium zu gelangen, als sich nunmehr innerhalb der Kirche selbst immer deutlicher zwei verschiedene Auffassungen abzeichnen, wie das Verhältnis zum kommunistischen Staat zu beurteilen und zu finden sei. – Präses D. Wilm-Bielefeld richtete anläßlich der Synode der Evangelischen Kirche der Union im Februar in Berlin ein Wort an die «Brüder und Schwestern in der DDR». Darin sagte er: «Wir streben und sehnen uns nach mehr und stärkerer Kommunikation mit Euch wie Ihr nach der mit uns und werden sie immer wieder suchen und versuchen ... Wir versprechen

Euch, soweit es möglich ist, Eure Last mitzutragen, dafür Opfer auf uns zu nehmen und unseren Gemeinden diese Verantwortung immer neu aufs Herz zu legen. Auch das, was jetzt auf die Menschen in Berlin gelegt ist, tragen wir mit und wollen bei Euch stehen . . .» Das sagte er im Namen der Brüder und Schwestern aus Westdeutschland. Es ist sicher, daß die Christen drüben nur diejenigen von uns zu Brüdern und Schwestern haben, auf die diese Worte zutreffen. *W. Dignath*

(Abgeschlossen 13. Mai 1959)

William Penn und der Geist der Vereinten Nationen

Mr. Andrew Cordier, Exekutiv-Assistent von Dag Hammarskjöld, erinnerte in einer Rede (1957) an die große Gestalt des Quäkers William Penn, der vor 275 Jahren Philadelphia (die Stadt brüderlicher Liebe) gründete. Penns politische Weisheit hat auch uns viel zu sagen. Man darf hinzufügen, daß die wertvollsten Persönlichkeiten im Führungsgremium der Vereinten Nationen noch heute in seinem Geiste zu wirken suchen, wie nachstehende Ausführungen Cordiers zeigen.

«Wenn William Penn heute noch lebte, würde er sein Äußerstes tun, Konflikte zu lösen, Spannungen zu mildern und Zusammenarbeit zu fördern. Mit einem Wort, er würde die Kräfte aller Einwohner für den konstruktiven Aufbau und die Wohlfahrt des Gemeinwesens einsetzen. Er würde, wenn er noch lebte, die Vereinten Nationen auf das entscheidendste unterstützen und wäre möglicherweise einer ihrer Hauptführer, denn was er vertrat und was die Vereinten Nationen vertreten, stimmt zum größten Teil überein.

William Penn schloß sich den Quäkern an, als er noch ein Jüngling war, und er entwickelte sich zu einem der großen Staatsmänner seiner Zeit. Er hatte einen tiefen religiösen Glauben. Seine Religionsphilosophie fand ihren Ausdruck in einer Abscheu vor dem Krieg und einer absoluten Hingabe an die Sache des Friedens. Seine Duldsamkeit hatte nichts Abstraktes an sich, sie war ihm Lebensnotwendigkeit, die sich täglich in den Beziehungen der Menschen untereinander auswirkte. Seine rechtliche Gesinnung, seine Toleranz und Brüderlichkeit gründete vor allem auf seinem Glauben an Gott und die geheiligten Rechte der Persönlichkeit, die daraus erwuchsen. Es war dieses Gefühl für die Unantastbarkeit des Individuums, seiner Rechte und seines Lebensweges, das Penn bewog, den Indianern eine so viel edlere Behandlung zuteil werden zu lassen, als sie von vielen seiner Zeitgenossen erfuhren.

Als William Penn in die Diskussion über die Probleme seiner neuen Regierung in Philadelphia verwickelt wurde, kam er auf Argumente,

wie man sie im Leben jeder neuen Regierung trifft, wie man sie auch heutzutage in der Frage der Vereinten Nationen hört. Lag damals die Schwäche in der Form der Verfassung oder anderswo? Liegen die Schwierigkeiten, mit denen die Vereinten Nationen zu kämpfen haben, in ihrer Satzung oder muß man sie anderswo suchen? William Penns bündige Antwort auf diese Frage lautete: «Es gibt kaum eine Verfassung in der Welt, und wäre sie noch so schlecht abgefaßt, die nicht in tauglichen Händen ein gutes Instrument würde.»

Diese Feststellung mag trivial tönen, aber sie trägt den Stempel einer großen Wahrheit.

In den Jahren meiner diplomatischen Tätigkeit ist mir klar geworden, daß trotz der scheinbar überwältigenden Macht großer und unnachgiebiger politischer Gruppen die Zusammenarbeit einzelner, einer Sache sich voll widmender Persönlichkeiten, manchmal sogar der Einsatz eines einzigen Menschen im geheimen Kampf zwischen Krieg und Frieden einen solchen Einfluß ausübt, daß dadurch die Entscheidung für Friede und Verhandlung fällt. Gutes und wirksames Regieren hat zu allen Zeiten verläßliche, fähige, hingebungsvolle Menschen erfordert. Die Vereinten Nationen hatten und haben glücklicherweise eine Anzahl solcher Führer, aber ich könnte an Situationen erinnern, in denen weitere führende Persönlichkeiten aus verschiedenen Teilen der Welt, selbstlose, tüchtige und der konstruktiven Lösung einer Krise verpflichtete Menschen eine große Hilfe gewesen wären.

Ich möchte auf diesen Punkt besonderes Gewicht legen, weil wir in einer Welt leben, in der die Macht den Ausschlag zu geben scheint, eine Macht, die so groß ist, daß mehr und mehr Menschen versucht sind, zu glauben, die Bemühungen des Einzelnen kämen nicht mehr auf gegen die Wucht geballter Kräfte. Wenn sich die Menschheit dieser Auffassung ergibt, so ist sie tatsächlich verloren, und die atomare Zerstörung wird die Krönung menschlicher Anstrengungen bilden.

Leider bleibt ein großer Teil der Leistungen der Vereinten Nationen der Öffentlichkeit unbekannt. Sie haben mehr Erfolge aufzuweisen, als man allgemein glaubt, wenn auch weniger als die Völker, die zwei Weltkriege erlitten haben, verdienen.

Wenn die Erfolge bedeutender sind, als uns im allgemeinen bewußt ist, so rührt dies zum Teil daher, daß die aufbauende Arbeit der Vereinten Nationen selten einer großen Aufmachung in der Presse würdig erachtet wird. Spannungen und Auseinandersetzungen ergeben Schlagzeilen und vermögen unsere Aufmerksamkeit viel leichter zu fesseln. Maßnahmen, die dazu dienen, Konflikte beizulegen, sind weniger dramatisch und ihrer Natur nach schwieriger in eine Form zu bringen, die Beifall findet. Für mich und für viele andere, wie ich glaube, ist jedoch die undramatische Arbeit der Beilegung von Konflikten und Streitfällen und der Milderung von Spannungen faszinierend, gerade weil es aufbauende Arbeit ist, die zum Wohlergehen der Menschheit beiträgt.»

Gegenseitige Hilfe in Vergangenheit und Gegenwart

(Schluß)

Peter Kropotkin

In den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts erschien ein Buch, das die populäre Lehre vom Kampf aller gegen alle erschütterte. Es ist das Werk des russischen Anarchisten Peter Kropotkin (1842–1921) «Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt».

Kropotkin stellte den Darwinisten zunächst zwei Fragen:

1. Mit welchen Mitteln wird dieser Kampf geführt?
2. Wer ist in diesem Kampf der Geeignetste, also der Überlebende?

Er zeigte in seiner Antwort, daß dieser Kampf nicht so sehr innerhalb der Arten als vielmehr zwischen den Arten stattfindet, sich aber überhaupt in erster Linie gegen die Lebensnot, das heißt die feindlichen Umstände der Natur und des Klimas, richtet. Als eine der stärksten, wenn nicht die stärkste Waffe im Kampf ums Dasein bezeichnete er den sozialen Trieb zur gegenseitigen Hilfe, der bei vielen Arten geradezu die Hauptbedingung für das Leben überhaupt ist. Die stärksten und somit die am zahlreichsten überlebenden Arten sind diejenigen mit dem stärksten sozialen Trieb. Sozial organisierte Säugetiere, wie Hirsche, Gazellen, Büffel, Antilopen usw., sind dank ihrem Herdentrieb weit zahlreicher als die asozialen Raubtiere, wie Löwen, Tiger und Leoparde.

Aus der Tierwelt steigt Kropotkin in seiner Betrachtung hinauf in die Menschenwelt und weist nach, daß die gegenseitige Hilfe in der Entwicklung der Menschheit ein bedeutender Faktor ist, obschon in den Geschichtsbüchern, die wir der Jugend vorlegen, wenig davon geschrieben steht. «Die Geschichtsschreiber», sagt Kropotkin, «übermitteln der Nachwelt die eingehendsten Beschreibungen jedes Krieges, jeder Schlacht und jedes Scharmützels, jedes Streites und jeder Gewalttat, aber sie enthalten kaum eine Spur von den zahllosen Akten gegenseitigen Beistandes und der Hingebung.»

Mit besonderer Liebe beschreibt Kropotkin die gegenseitige Hilfe in der altrussischen Feldgemeinschaft, dem Mir:

«Ein gewisser Teil des Gemeindelandes wird noch jetzt in vielen Fällen gemeinsam bestellt, entweder zum Nutzen der Armen oder um die gemeinsamen Speicher neu zu füllen oder um den Ertrag für die religiösen Feste zu verwenden. Die Bewässerungskanäle werden gemeinsam gegraben und ausgebessert. Die Gemeindewiesen werden von der Gemeinschaft gemäht; und der Anblick einer russischen Gemeinde, die eine Wiese mäht – wie die Männer wetteifern bei ihrem Vorwärtsgehen mit der Sichel, während die Frauen das Gras umdrehen und es zu Haufen schichten –, das gehört zum Hinreißendsten, was man sehen kann; es zeigt, was Menschenarbeit sein könnte und sein sollte. Das Heu wird in solchen Fällen unter die einzelnen Haushaltungen verteilt,

und es versteht sich von selbst, daß keiner das Recht hat, Heu von der Miete seines Nachbars zu nehmen, wenn der es nicht besonders erlaubt hat; aber die Einschränkung dieser letzten Regel unter den kaukasischen Osseten ist sehr bemerkenswert. Wenn der Kuckuck ruft und verkündet, daß der Frühling kommt und die Wiesen bald mit Gras bedeckt sein werden, dann hat jeder, dem es mangelt, das Recht, von der Miete eines Nachbarn das Heu zu nehmen, das er für sein Vieh braucht. Das alte Gemeinderecht hat sich so geltend gemacht, wie um zu zeigen, wie entgegen der ungezügelte Individualismus der menschlichen Natur ist.»

Für das Volk war denn auch der Mir etwas Heiliges. Mir heißt nämlich Gemeinde und Welt. Die Verehrung für den Mir drückte der Russe in Sprichwörtern aus: «Vom Mir ein Faden wird für den Nackenden ein Hemd.» – Keiner, der auf der Welt ist, kann sich vom Mir lossagen.»

Ein hervorstechender Zug im Geiste des Mir war die Seligpreisung der Armut. Nicht der Erfolgreiche war der Auserwählte, sondern der Arme. Vom Kulaken (das bedeutet «dem Mann mit der Faust») sagte man, er verschlinge den Mir, er verleugne Gott. Der Mir war eine Gemeinschaft der Schwachen. Manche slawische Denker sahen in ihm die Grundlage zur Verwirklichung einer großen Weltgemeinschaft. Die von Lenin und den russischen Sozialdemokraten heftig bekämpfte Richtung der «Volkstümler» (Narodniki) verherrlichte den Agrarkommunismus des Mir und lehrte, daß Rußland die Epoche des Kapitalismus vermeiden könne, wenn es die in der Seele des Volkes verwurzelte Tradition des Mir als Grundlage zur Verwirklichung des Sozialismus übernehme. Lenin dagegen hielt den aufkommenden Kapitalismus für eine progressive Erscheinung, weil der Kapitalismus die Proletarier erzeugte, auf die sich Lenin in seinem Kampfe stützte.

Im Jahre 1906 gab eine große Agrarreform den russischen Bauern das Recht, aus dem Mir auszutreten und ihren Anteil als Privatland auszuscheiden. Zu Beginn der Revolution bemächtigten sich die Mir wieder des ausgeschiedenen Privatlandes. Die ersten Agrargesetze von 1917 proklamierten die Verstaatlichung des Bodens unter Beibehaltung der Dorfgemeinschaft. Doch griff der neue Sowjetstaat bald in deren Autonomie ein; 1929 ging sie im Zuge der allgemeinen Kollektivierung der Sowjetlandschaft ganz unter.

Kropotkin kommt auch auf unser Land zu sprechen, das er aus eigener Anschauung kannte. «Die Abendversammlungen zum Nüsseschälen, die abwechselnd in jedem Haushalt stattfinden, die Abendgesellschaften, um die Aussteuer einer Braut zu nähen, die Berufung von Hilfskräften, um ein Haus zu bauen oder die Ernte einzubringen oder sonst für irgendeine Arbeit, die ein Mitglied der Gemeinde verlangen kann, die Gewohnheit, Kinder unter verschiedenen Kantonen auszutauschen, damit sie zwei Sprachen, Französisch und Deutsch, lernen, usw. – all das ist weitverbreitete Sitte.»

Untergang des Gemeineigentums

Die Dorfgemeinschaften blieben bis weit ins neunzehnte Jahrhundert hinein ein im wesentlichen nichtkapitalistischer Raum. Aber der ungeheuren Dynamik der kapitalistischen Warenwirtschaft vermochten sie sich auf die Dauer nicht zu entziehen. Die Allmenden, die vor allem den armen, landlosen Bauern ein Auskommen gesichert hatten, wurden allenthalben aufgeteilt. Es kam die Zeit, da auch auf dem Lande alles unter dem Gesichtspunkt der Warenwirtschaft angesehen wurde. Der Blick für die menschliche Bedeutung des Gemeineigentums ging verloren. Nur die Interessen der wirtschaftlich Mächtigen standen im Vordergrund, und diese wollten ihren Erwerbssinn nicht durch irgendwelche Interessen der Allgemeinheit einschränken lassen. Das Privateigentum sollte ins Unendliche wachsen können. So nahm man der Gemeinde ihre Güter weg und gab ihr die verarmten Bürger zur Unterstützung zurück, als sie die wirtschaftlich Mächtigen durch allerlei Druck und List um ihren Allmendanteil gebracht hatten. Wenige Jahre nach der Teilung brach die eigentliche große Armennot über die Schweiz herein. Eine Armennot, die um so schlimmer war, als man die Gemeinden durch die Allmendaufteilung der Mittel beraubt hatte, für ihre Armen zu sorgen. Man mußte Armenanstalten bauen und hatte keinen Boden.

Leonhard Ragaz

Wir wissen aus dem autobiographischen Werk von Leonhard Ragaz «Mein Weg», wie tief die Wurzeln seines Denkens und Lebens hinunterreichen in den Boden seiner Jugendheimat Tamins, wo, wie er selbst sagt, «mehr von Gott und den Menschen da war, wo etwas vom Reich Gottes verkörpert war». Für ihn war das Tamins der vorkapitalistischen Zeit eine Welt organischen Lebens und organischer Arbeit, wo die Gemeinschaft dafür sorgte, daß jeder ihrer Angehörigen nach Möglichkeit sein Auskommen hatte und wo das Prinzip der Solidarität aufs strengste durchgeführt war. «Dieser ganze umfassende Gemeinbesitz mußte auch gemeinsam verwaltet werden. Das geschah durch gemeinsame Arbeit, welche ‚Gemeinwerk' hieß. Es erstreckte sich besonders auf die Anlage oder Pflege von Alp- und Waldwegen – während für die Wege im Tal mehr ein Werkmeister sorgte –, auf den Bau von Wuhren gegen die Gefahr der Wildbäche sowie auf Ausrodung und Anpflanzung von Wald. Zu diesem ‚Gemeinwerk' wurden die Männer am Abend vorher durch Ausrufen aufgeboten. Auch Frauen hatten sich, wo die Männer fehlten, daran zu beteiligen.» Daran schließt Ragaz folgende wichtige Bemerkung: «Man hält denen, welche die kapitalistische, rein private, am individualistischen Gewinninteresse orientierte Wirtschaftsordnung durch eine mehr kollektivistische, auf das Gemeininteresse aufzubauende ersetzen wollen, gerne entgegen, daß dies die menschliche Natur verkennen heiße, welche nun einmal vorwiegend auf das private Interesse eingestellt sei; auf die Verwal-

tung von Gemeingut und die Arbeit dafür würden nicht der nötige Eifer und die nötige Gewissenhaftigkeit verwendet. Die Erfahrungen mit unserm Dorfkommunismus widerlegen diese Annahme ganz gründlich. Bei uns war das Gegenteil der Fall: Es war selbstverständlich, daß an das Gemeingut und die Gemeinarbeit viel mehr Eifer und Treue gewendet wurde als an das eigene Gut und die eigene Arbeit. – Die menschliche Natur ist eben nicht ein so festes Gebilde, wie man immer wieder anzunehmen beliebt, wo man eine Änderung der Verhältnisse nicht gern sieht und nicht gern daran glaubt, sondern sie wird selbst weitgehend durch die Verhältnisse bestimmt. Eine auf den Egoismus abstellende Ordnung erzieht selbstverständlich zum Egoismus, eine auf das Gemeinschaftsprinzip abstellende aber ebenso selbstverständlich zur Gemeinschaft.» («Mein Weg», I, S. 46/47 und S. 48.)

Diese Welt der intakten Gemeinschaft, wo die gegenseitige Hilfe bei der Arbeit, aber auch in allem andern, besonders in den Notlagen, selbstverständlich war, erinnerte ihn an die Zustände in der urchristlichen Gemeinde und an die Gesellschaftsordnung des Mittelalters, die geprägt war durch den großartigen Versuch, das Gottesreich auf Erden durchzusetzen. Durch die christlichen Formen des Mittelalters ist für Ragaz die vorkapitalistische Wirtschaftsform in großen Teilen bestimmt. (Markus Mattmüller: «Leonhard Ragaz».) Mag das Mittelalter noch so viel Unordnung und düstere Schatten aufweisen, sein Geist der gegenseitigen Hilfe zeigt, wie weit es vom Heidentum entfernt war. Der christliche Grundsatz, das Schwache zu schützen und zu pflegen, statt es, wie es bei den Heiden Brauch war, auszurotten, hatte sich im christlichen Mittelalter in erstaunlichem Maße durchgesetzt.

Leonhard Ragaz war es klar, daß die Taminser Idylle seiner Jugendzeit unterging und daß der Kapitalismus die letzten Reste mittelalterlicher Lebensformen zerstören würde. Markus Mattmüller hat in seiner gründlichen und wohldokumentierten Arbeit über Ragaz dessen geistige Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus ausführlich dargestellt und gezeigt, wie Ragaz dabei durchaus dialektisch vorging. «Einerseits sah er im Aufkommen des Kapitalismus die Zerstörung der mittelalterlichen Lebensformen, anderseits aber eine notwendige Entwicklungsstufe, über die der Gang der Geschichte emporsteigen mußte.» (Markus Mattmüller.)

In seiner Kritik des Kapitalismus stieß Ragaz auf das Problem des Zur-Ware-Werdens der menschlichen Arbeit und behandelte es vor seinen Studenten mit einer Weite und Tiefe, wie wir sie nur bei wenigen sozialistischen Autoren finden. Wo andere nur wirtschaftliche Probleme sahen, erkannte Ragaz den dem kapitalistischen System ausgelieferten Lohnarbeiter in seiner seelischen und geistigen Verstümmelung. Ganz vom Ethischen und vom Religiösen her kommend, zeigte er, wie im Zeitalter des Kapitalismus die ursprüngliche Solidarität der Menschen zerfällt und wie aus Genossen Rivalen werden. Das ist die tiefe Gottlosigkeit dieser Ordnung. Echt dialektisch sah Ragaz die kom-

mende neue Ordnung als Wiederherstellung der Genossenschaftlichkeit, als Überbietung des vorkapitalistischen Zustandes. Sozialismus ist eine Wirtschaftsordnung, die durch das Prinzip der Solidarität die Wirtschaft dem Menschen dienstbar machen will. Er ist für ihn die Rückkehr zu einem früheren, harmonischeren Wirtschaftssystem in mächtigerer Form und auf höherer Stufe. Mit Recht hebt Markus Mattmüller hervor, wie sehr der religiöse Sozialismus bei Ragaz das geistige Produkt schweizerischer Verhältnisse ist.

Organische und mechanische Solidarität heute

Wohin müssen wir uns wenden, um noch den Geist gegenseitiger Hilfe und wahre menschliche Solidarität zu finden? Bei uns im kapitalistischen Westen haben sie sich, wie Religion und Moral überhaupt, ganz zurückgezogen in den Bereich der Familie. Der in Lohnfragen zähe, unnachgiebige Arbeitgeber ist ein zärtlicher Familienvater, der den Seinen nichts vorenthält. Seine Freunde bezeichnen ihn als sehr großzügig. Der Manager, der tagsüber seine Mitmenschen ausschließlich nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Nützlichkeit betrachtet und behandelt, hört am Abend in seinen vier Wänden die Neunte Sinfonie oder liest in Eckermanns «Gesprächen mit Goethe».

Wenn sich Religion und Moral ganz in den Bereich des Privaten zurückgezogen haben, so ergreift andererseits das Ökonomische immer weitere Lebensbereiche (Weihnachtsgeschäft, Muttertag, «St. Valentine's Day» usw.). Dieser Dualismus zwischen der Herzlosigkeit des Wirtschaftslebens und der Sentimentalität des Privatlebens ist typisch für viele Menschen unserer Zeit.

Wir haben gesagt, die organische Solidarität, die gefühlsbetonte, freundliche Mitmenschlichkeit habe sich in unserm Zeitalter in den Bereich der Familie zurückgezogen. Ihr Ersatz in den zwischenmenschlichen Beziehungen ist die kühle, berechnende Höflichkeit, die Kunst, «Unangenehmes angenehm zu sagen», wie es in den Anleitungen für den Umgang mit Untergebenen heißt. Weil die Bindungen der Menschen nach außen hin so schwach und oberflächlich sind, besteht die Tendenz, sich im Schoße der Kleinfamilie vor der Kälte der Außenwelt zu schützen. Wir erleben deshalb heute zum Teil eine innere Stärkung der Familie. Aber nur teilweise. Dort, wo sich die Menschen unter dem Druck der großstädtischen Lebensweise schon auf Betäubung eingestellt haben und dem rastlosen Vergnügungstaumel erlegen sind, ist die Familie nicht viel mehr als eine Stätte der Unterkunft und des gelegentlichen Sichtreffens. Die dürftigen Menschen, die nach einem überhetzten Tag übrigbleiben, haben am Abend nichts mehr zu verschenken, denn zur Gemeinschaft braucht es Zeit, viel Zeit und überschüssige seelische Kraft.

Aber die Familie allein kann die frühere mitmenschliche Solidarität nicht ersetzen, vor allem deshalb nicht, weil die moderne Familie sehr klein ist und nicht mehr wie die frühere Großfamilie einen großen Ver-

wandtenkreis umfaßt. Im Wallis zum Beispiel sah das Armengesetz von 1898 noch die Unterstützung durch die Verwandten und Verschwägerten bis zum achten Grad vor. Das Schweizerische Zivilgesetzbuch hat diesen Kreis viel enger gezogen und so einer sozial wertvollen, aber offenbar nicht mehr haltbaren Einrichtung den rechtlichen Boden entzogen. Das alte System hatte den Vorteil, daß der einzelne nur wenig belastet wurde.

Wo findet denn der Bedrängte, der Arme in einer Welt ohne wahres Mit- und Füreinandersein die Hilfe, die er braucht. Nun, es gibt heute zum Glück die mechanische, abstrakte Solidarität der Versicherungen, es gibt die Einrichtungen des modernen Wohlfahrtsstaates, es gibt die Gewerkschaften. Was einst mitmenschlich und gefühlsmäßig gebunden war, ist nun staatlich oder sonstwie bürokratisch organisiert. Diese Einrichtungen, von der jetzt aussterbenden Generation der Arbeiterschaft unter unsäglichen Opfern aufgebaut oder dem bürgerlichen Staat abgezwungen, von den Jungen als selbstverständlich benützt, aber nicht mehr von ihnen getragen, wollen wir nicht geringschätzen. Werke wie unsere AHV, wie der unentgeltliche Gesundheitsdienst in England sind die Kathedralen unserer Zeit. Solange der Wohlfahrtsstaat von den Ideologen der Reaktion gelästert wird, müssen wir unbedingt zu ihm stehen. Allerdings nimmt sich in diesem Zusammenhang die schweizerische «Kathedrale» neben derjenigen mancher ärmerer Länder recht bescheiden aus, verwenden wir doch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil unseres Volkseinkommens für soziale Aufgaben.

Wir müssen uns im Zeitalter der «mechanischen Solidarität» davor hüten, in die romantische Sehnsucht nach idyllischen Zuständen, wie sie etwa die vorher geschilderte Dorfgemeinschaft kennzeichnen, zurückzufallen. Die Enge dieser Dörfer wäre manchem von uns unerträglich, obschon sie nicht enger war als manches verbürgerlichte Arbeitermilieu von heute. Aber die Verherrlichung des idyllischen Dorflebens mit seiner Genügsamkeit ist entweder romantische Träumerei oder der unausgesprochene reaktionäre Wunsch nach genügsamen und daher billigen Arbeitskräften, die den ganzen Tag arbeiten, um nicht mehr als das tägliche Brot zu verdienen, nach solchen, die von der sogenannten «Begehrlichkeit der Massen» noch frei sind.

Wer die versteinerten Formen vergangener Zeiten künstlich erhalten will, liebt die Vergangenheit nicht um ihrer lebendigen Wahrheit willen. Wir wollen, wie Ragaz sagt, die inneren Werte jener Lebensformen auf einer höheren Stufe der geschichtlichen und technischen Entwicklung anstreben.

Solidarität ist die Stärke der Schwachen

Immer werden die Schwachen, die Armen, die Unterdrückten der Solidarität näher stehen als die Reichen und Mächtigen. Immer wieder werden die Schwachen gezwungen werden, sich solidarisch zu verbinden, wenn sie ihr Los verbessern wollen. Die Solidarität ist für das

soziale Leben der arbeitenden Schichten von ebenso großer Bedeutung wie Egoismus, Berechnung und Konkurrenz für das Bürgertum und den Mittelstand. Die Erkenntnis dieser Tatsache ist leider im gegenwärtigen Augenblick der Hochkonjunktur nicht überall vorhanden. Man sieht, wie junge Leute in der heutigen Konjunktur mit vagen Hoffnungen auf etwaige Glückschancen politisch interesselos drauflos leben in der Meinung, daß ihnen grundsätzlich alle gesellschaftlichen Kreise offenstehen und daß sie überall mitreden können. Es genügt aber, einen Blick auf die Auslandsmeldungen über Streiks in Frankreich, England, Italien oder Belgien zu werfen, um zu erkennen, daß ohne Solidarität nichts Entscheidendes für den Arbeiter erreicht werden kann. Jede Lohnsenkung, jede Stunde Arbeitslosigkeit, jede Teuerung trifft den Arbeitnehmer höchst unmittelbar; diese Erscheinungen zeigen sich bei ihm nicht nur wie beim Unternehmer in den Blättern der Buchhaltung.

Alle sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte waren direkte Früchte der Solidarität. Kropotkin schreibt darüber: «Wenn ich in den letzten vierundzwanzig Jahren ein Tagebuch geführt hätte und darin all die Hingebung und Aufopferung gebucht hätte, die ich in der sozialistischen Bewegung erlebt habe, so müßte dem Leser eines solchen Tagebuches das Wort ‚Heroismus' fortwährend über die Lippen kommen. Aber die Männer, von denen ich gesprochen hätte, waren keine Helden, es waren Durchschnittsmenschen, die von einer großen Idee entflammt waren. Jede sozialistische Zeitung hat dieselbe Geschichte von jahrelanger Aufopferung ohne Hoffnung auf Entschädigung und in der überwältigenden Mehrheit der Fälle sogar ohne persönlichen Ehrgeiz . . . Jeder verkaufte Stoß Zeitungen, jede Versammlung, jede hundert Stimmen, die bei einer sozialistischen Wahl gewonnen werden, stellen eine Menge Energie und Opfer dar, von denen kein Außenstehender die geringste Vorstellung hat. Und was jetzt von Sozialisten getan wird, ist in der Vergangenheit in jeder politischen und religiösen fortschrittlichen Volkspartei geschehen. Aller Fortschritt der Vergangenheit ist durch solche Männer und solche Hingebung hervorgebracht worden.»

Am Schlusse seines Werkes zeigt Kropotkin, wie sich die Grundidee des Solidaritätsprinzips jedesmal, wenn man dazu zurückkehrte, erweitert hat. Von der Sippe dehnte es sich zur Völkerschaft aus, dann zum Bund der Völkerschaften und schließlich zur ganzen Menschheit. Und er fordert die Menschen auf, sich in ihren Handlungen durch das Bewußtsein der Einheit mit jedem Menschen leiten zu lassen. Er stellt fest, daß in dem ethischen Fortschritt der Menschen der gegenseitige Beistand – nicht der gegenseitige Kampf – den Hauptanteil gehabt hat, und in seiner umfassenden Betätigung erblickt Kropotkin die beste Bürgschaft für eine noch stolzere Entwicklung des Menschengeschlechtes. Die gleiche Auffassung von der fortlaufenden Verwirklichung und Ausweitung des Weltgesetzes der Solidarität finden wir auch bei Ragaz.

Die Gedankengänge des russischen Anarchisten und des schweizerischen Theologen trafen sich an einem bestimmten Punkte, damals nämlich, als Ragaz das Weltgesetz der Solidarität, wie er es nennt, noch naturrechtlich begründete. Das war im Wintersemester 1908/09. Später hat Ragaz die Solidarität religiös begründet. Mattmüller hat diese Wende in seinem Ragazbild sehr eingehend dargestellt: «Für das Gotteskind ist der Mitmensch Bruder; Gottesdienst ist Bruderliebe. Nach dem Willen Jesu darf der Mensch nur mit dem Bruder vor Gott treten. Wir sind zu unbedingtem Helfen und Dienen verpflichtet und mitschuldig an dem, was den Bruder trifft, an seiner Not und Sünde.» (L. Ragaz.)

Was sollen wir tun?

Woher wir auch das Gesetz der Solidarität, zu dem wir uns hier bekennen, herleiten – das sind persönliche Glaubenssachen –, so sind wir doch alle darüber einig, daß wir aufgerufen sind, ihm im weitesten Rahmen zum Durchbruch zu verhelfen. Im weitesten Rahmen heißt vor allem auch: Solidarität mit den unterdrückten und ausgebeuteten farbigen Völkern, wie sie Albert Schweitzer in Lambarene verwirklicht hat. Er hat wie kaum ein zweiter das großartige Gleichnis vom barmherzigen Samariter verstanden und vorgelebt. «Ein gewisser Mensch ging von Jericho hinab und fiel unter die Räuber.» Wie großartig, daß es nicht heißt, ein Mann, eine Frau, ein Jude, ein Mohr, sondern ganz einfach e i n M e n s c h, und daß dieser Mensch als Nächster bezeichnet wird und daß uns geboten wird, diesen Nächsten zu lieben wie uns selbst! Wie hoch erhaben über alle bloße Familien-, Gruppen- und nationale Solidarität ist doch dieses Gebot in seiner absoluten Allgemeinheit!

Was können wir in unserm nähern und weitern Umkreis zur Verbreitung des Solidaritätsgedankens tun? Was kann zum Beispiel der Lehrer in der Schule tun?

Unsere Schule und unsere Schüler stehen noch ganz unter der Tradition der Konkurrenz. Unsere Schule hat fleißige und folgsame Qualitätsarbeiter zu erziehen. So ist denn auch der angespannte Fleiß die Kardinaltugend und verführt die jungen Menschen nur allzu leicht zu einer kleinlichen und subalternen Gesinnung, der die Rangunterschiede zwischen Wichtigem und Unwichtigem verlorengehen und die den Menschen in einer alltäglichen Geschäftigkeit festhält, ihm keine Zeit zum Überblick läßt. Der Wettbewerb steht im Vordergrund. Dem ursprünglichen Trieb der Kinder nach dem Miteinander wird zuwenig Raum gelassen. Es ist aber wichtig, ihn zu üben, so daß möglichst viele Kinder ihn später in ihr Erwachsenenleben hinübernehmen.

Seit einigen Jahrzehnten setzen sich Lehrer immer wieder für den Gruppenunterricht ein, der das gegenseitige Sichhelfen entwickeln will. Die Schüler arbeiten in einem Arbeitskreis von drei oder vier Schülern, sie achten aufeinander, ob jeder verstanden hat, worum es geht. Sie

lernen dabei, nicht sofort auf das Negative, das den andern Herabsetzende loszusteuern, sondern zuerst auf das Gute und Anerkennenswerte zu achten und dieses herauszuheben. Es gibt da Helfer und Paten für schwache Schüler. Für diese wird alles leichter, weil es auch kindsgemäßer erklärt wird. Kameradschaftliches Helfen erlangt seine volle Ehre in solchen Klassen. (Peter Petersen: «Führungslehre des Unterrichts», Westermann 1955.)

Viel kann auch getan werden, indem wir in der Geschichte, im Deutsch- und Fremdsprachunterricht die Helden der Menschlichkeit den Schülern nahebringen. Alice Descœudres hat in ihren «Vies Héroiques» vorzügliche Unterlagen für solchen Unterricht geschaffen. Es gibt da ausgezeichnete Lesestücke über Helden der Menschlichkeit, wie Franz von Assisi, Pestalozzi, Tolstoj, Gandhi, Nansen, Albert Schweitzer, Saint-Vincent de Paul, Florence Nightingale, das Ehepaar Curie, Peter Kropotkin und andere mehr.

Kein Lehrer sollte vergessen, die Jungen für das großartige Werk des Internationalen Zivildienstes zu begeistern.

Aber all das ist nicht genug. Es wäre eine Illusion, zu glauben, daß das Erwachsenenleben durch die Ausstrahlungen der Schulstube wesentlich betroffen würde. Jede Gesellschaft schafft sich ihre Schule, die jene Menschen heranzieht, die die Gesellschaft braucht. Druck und Gewalt jeder Art, Mechanisierung des öffentlichen Lebens sind viel zu stark, um auf diesem Wege überwunden zu werden. Der Erzieher wird gut tun, an einer Bewegung für soziale Umgestaltung, internationale Verständigung und Frieden, kurz in einer aufwärts führenden politischen oder religiösen Bewegung mitzuarbeiten. Und das gilt für jeden andern Beruf, vor allem für den des Arbeiters. «Es gibt eine Traurigkeit des Arbeiterlebens», sagt der französische Arbeiterschriftsteller Georges Navel, «von der einen nur die Teilnahme am politischen Leben heilen kann.»

Arnold Niederer

An unsere Abonnenten!

Dieser Nummer unserer Zeitschrift liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten unsere Abonnenten höflichst, denselben zur möglichst baldigen Bezahlung des Abonnementsbetrages für das zweite Halbjahr 1959 oder für das dritte Quartal 1959 zu benützen. Wir danken allen, die uns durch freiwillige Beiträge, Geschenkabonnements usw. bisher unterstützt haben recht herzlich und bitten, dies weiterhin zu tun. Unsere arme Kasse bedarf dessen sehr.

Der Einzahlungsschein liegt aus technischen Gründen der ganzen Auflage bei.

Der Vorstand der Vereinigung «Freunde der Neuen Wege»

Biologische Kriegführung: Wir verlangen Auskunft

erklärt Dr. Brock Chisholm, vormals Direktor der Welt-Gesundheits-Organisation (WHO). Er nahm an der ersten und an der dritten Pugwash-Konferenz teil und veröffentlichte im «Bulletin of the Atomic Scientists», Mai 1959, nachstehenden Alarmruf.

Die aktive Erforschung und Entwicklung biologischer Waffen setzte schon 1936 in Deutschland ein. Heute unterhalten mindestens fünf Regierungen Versuchsanstalten auf diesem Gebiet, und doch ist erst in den letzten Monaten die Forderung nach Auskunft über die Art dieser Forschung erhoben worden.

Der Zweite Weltkrieg

Es finden sich Militärbehörden, die behaupten, sie könnten ihre Zivilbevölkerung verteidigen, sie geben jedoch keinerlei Anhaltspunkte über ihr Verhalten einem biologischen Angriff gegenüber. Normale militärische Abwehr auf jeden Fall wäre ganz zwecklos. Während des Zweiten Weltkrieges rechnete man auf alliierter Seite mindestens zweimal mit Angriffen durch biologische Waffen — das eine Mal als die Japaner im Laufe weniger Monate etwa 10 000 Ballone über den Pazifik treiben ließen, die zum Teil tief in die USA eindrangen (bis Chicago), ein weiteres Mal erwartete man diese Art Angriff, als man der Kanalküste entlang die Stellungen entdeckte, von deren Abschußrampen später die V 1 gegen England abgefeuert wurden. In jedem dieser Fälle hätte der Gebrauch biologischer Waffen, falls sie denen englischer und amerikanischer Laboratorien ähnlich waren, bei den Alliierten verheerend gewirkt. Aus Furcht vor Angriffen dieser Art wurden etwa 235 000 Dosen eines Anti-Botulin-Mittels aus Kanada nach der europäischen Front übergeführt und an die Truppen verteilt. Zugleich wurde diese Nachricht in die deutschen Spionagekanäle eingeschleust mit der Androhung von Gegenangriffen gleicher Art, falls Deutschland die biologische Waffe benütze.

Es gibt viele Typen biologischer Waffen. Botulin dürfte die bekannteste sein, doch hat man daneben mit Erregern von Influenza, Brucillone, Tularemia, Papageienkrankheit, Maul- und Klauenseuche, Pest, Cholera, Pocken, Typhus und Weizenrost experimentiert. Es ist theoretisch wie vielleicht auch praktisch möglich, durch gewisse Laboratoriumsprozesse die Virulenz einiger dieser Erreger so zu steigern, daß sie selbst die durch Impfung erzeugte Immunität durchbrechen. Ob dieser Durchbruch durch den Immunitätsschutz schon Tatsache ist, ist nur ganz wenigen Eingeweihten bekannt.

Es ist jedoch kein Geheimnis, daß in Porton (England), in Fort Detrick in den USA und in Suffield (Kanada) große Laboratorien sich mit der Entwicklung biologischer Agenzien und der Schutzstoffe da-

gegen befassen; aber was an Angriffswaffen bekannt ist und wie wirksam der Schutz dagegen tatsächlich ist, erfährt die Öffentlichkeit nicht. Ebensowenig ist bekannt über Schutzmaßnahmen für den Fall, daß durch Unfälle, Sabotage, Erdbeben, Flugzeugabsturz oder Bomben biologische Waffen in lokalem oder größerem Umfang die eigene Bevölkerung gefährden.

Möglichkeiten der Verbreitung

Das Hauptproblem in der Praxis biologischer Kriegführung ist natürlich das Herantragen der biologischen Waffe an den Feind. Die Transportmethode hängt von den charakteristischen Eigenschaften der biologischen Waffe ab, von der Art des Ziels und vom Zweck des Angriffs. Die Methode wird sich anpassen, je nachdem Vernichtung der Bevölkerung mit oder ohne nachheriger Besetzung des Territoriums beabsichtigt ist, ob eine Regierung für längere Zeit aktionsunfähig gemacht werden soll, oder ob Ernten und Viehbestand zerstört oder mehrere dieser Zwecke verbunden werden sollen. Versprühen von biologischen Agenzien von Unterseebooten aus über sehr große Gebiete der USA ist schon durchgeführt worden, in welcher Konzentration, wurde nicht bekanntgegeben. Eine weitere praktisch erprobte Möglichkeit ist die Verbreitung von Agenzien in Form eines feinen blütenstaubähnlichen Pulvers über große Distanzen. Diese Methode der Verbreitung würde sich besonders gut eignen für Botulingift. Dieses durch Bakterien erzeugte Agens ist außergewöhnlich stark, oxydiert aber in der Luft innerhalb von zwölf Stunden und ist so nicht imstande, den Boden zu verseuchen. Auch ist Botulin kein lebender Organismus, der sich vermehrt, sondern ein Gift. Eingeatmet oder absorbiert durch Lippen und Augen, in fester oder flüssiger Nahrung, wirkt es auch in mikroskopisch kleinen Mengen tödlich, und zwar schon innert sechs Stunden. Es greift das Zentralnervensystem an, so daß es zu einem furchtbaren Todeskampf kommt.

Nehmen wir an, ein x-beliebiger Staat oder unter Umständen eine Gruppe von Leuten — unter ihnen ein tüchtiger Biologe und einige in biologischer Produktion (Penicillin z. B.) versierte Techniker und vielleicht hundert Verteiler — kämen zum Schluß, man müsse den Amerikanern mehr Respekt vor andern Völkern beibringen und Botulingift wäre dazu vielleicht nicht ungeeignet. Eine Möglichkeit wäre, etwa hundert dieser Leute oder mehr — alle zuvor durch Antitoxin immunisiert, nach den USA und Kanada zu schicken, was durchaus nicht schwierig wäre.

Jede dieser Personen würde in einem Gürtel einige Pfund Botulinstaub auf sich tragen, ohne Gefahr, entdeckt zu werden. Sie würden sich auf alle großen Städte, auf Kraftwerke, Industriegebiete, Eisenbahnzentren, militärische und Flottenstützpunkte jeder Art verteilen und zu verabredeter Zeit, vorzüglich bei Tagesanbruch, in leicht zu

sichernden Privatflugzeugen ihre «Mission» ausführen. Mit einer einfachen Apparatur könnte jede Stadt in kürzester Zeit «bestäubt» werden. Botulinstaub ist unsichtbar und verbreitet sich leichter als DDT, das gelegentlich in der Malariabekämpfung vom Flugzeug aus verbreitet wird.

Je nach Bevölkerungsdichte und anderen Faktoren dürfte der Wirkungsgrad 40 bis 100 Prozent erreichen. Weitere Verluste würden eintreten durch Panik und die Flucht allfällig Überlebender. Sicher ist, daß das Transportsystem gelähmt würde. Jede Verbindung mit Bevölkerungszentren und mit militärischen oder polizeilichen Kontrollen dürfte sistiert sein. Im Falle der Verwendung von Botulingift ist es allerdings denkbar, daß gewisse Kategorien von Leuten, immunisiert gegen solche Angriffe, eine Abwehr versuchen könnten. Falls jedoch Bakterien oder Viren besonderer Virulenz zur Anwendung kämen, könnte sich die Infektion von den erzeugten Herden aus wohl über den ganzen Kontinent ausbreiten. Falls das Land, das den Angriff einleitete, sich nicht zu seiner Tat bekennen sollte, was wahrscheinlich ist, würde ziemlich sicher die Sowjetunion dafür verantwortlich gemacht, und die vorbereiteten atomischen Geschosse würden, falls noch möglich, von den vorgeschobenen Stützpunkten gegen den präsumptiven Feind abgeschossen. Der Vergeltungsschlag würde automatisch und mit dem Resultat der Vernichtung der Zivilisation über die ganze Erde erfolgen.

Angesichts solcher Möglichkeiten versichert man uns immer wieder, daß unsere militärischen Einrichtungen so beschaffen seien, daß sie uns gegen jeden Feind verteidigen könnten. Uns will scheinen, daß sie im besten Fall zurückschlagen könnten, nachdem die meisten von uns tot wären. Natürlich ist auch die Idee eines Präventivkrieges wieder aufgetaucht. Nach diesem Plan, der das letzte an Absurdität darstellt, sollen die Westmächte imstande sein, einen Angriff in allen Details geheim vorzubereiten und einen überwältigenden Schlag zu führen, ohne das Risiko eines Präventivschlags der Sowjets fürchten zu müssen.

Die Bevölkerung muß um die Gefahr wissen

Wenn unsere Regierung eine wirksame Abwehr gegen einen Geheimangriff mit biologischen Waffen kennt, so muß sie sich doch die Bereitschaft aller Volksschichten sichern. Wir müssen wissen, was wir dabei zu tun haben. Oder erwartet man, daß wir, ohne Geschichten zu machen, einfach sterben? Die offizielle Broschüre der amerikanischen Zivilschutzorganisation «Was man von biologischer Kriegführung wissen sollte», überzeugt uns keineswegs davon, daß es eine wirksame Abwehr gibt.

Unsere Regierung soll nicht glauben, daß sie mit der Geheimtuerei, mit der sie die Tatsachen biologischer Kriegführung umgibt, einen potentiellen Feind narren kann. Unsere Regierung narrt damit

nur uns, ihr eigenes Volk, sonst niemand. Und dies offenbar in der Absicht, den Mythus aufrechtzuerhalten, daß militärische Stärke unsere Sicherheit verbürge.

Die Völker unserer Welt sind keine Kinder. Wir sind nicht bereit, auch nicht für unsere Kinder, uns mit einer Zukunft ständig erneuerter Angst und Furcht abzufinden, von Krise zu Krise zu taumeln, immer wieder den Abgrund des Krieges vor uns. Ebensowenig haben wir übrig für die Einstellung unserer Regierung dem Volke gegenüber, für ihre Beschwichtigungsversuche und ihre Mahnung, nur ruhig Blut zu behalten und keine unbequemen Fragen zu stellen. Solche Einstellung beleidigt unsere Intelligenz und unser reifes Urteil. Wir haben das Recht, die Gefahren, über die man uns im unklaren läßt, zu kennen. Wir haben weiter das Recht, zu erfahren, was unsere Regierung angesichts dieser Bedrohung tut oder zu tun gedenkt. In einem demokratischen Gemeinwesen sind wir sodann berechtigt, unsere Meinung zu äußern und damit in unseren nationalen und internationalen Entscheidungen mitzureden. Um dies tun zu können, müssen wir vorerst volle Auskunft haben, Informationen, die wir heute von unseren eigenen Angestellten im Verteidigungsministerium nicht bekommen.

Selbst die Gesetzgeber wissen nicht Bescheid

Es scheint, daß selbst unseren gesetzgebenden Körperschaften, unseren Kongressen und Parlamenten vorenthalten wird, was in der gefährlichen Domäne biologischer Kriegführung vorgeht. In Unkenntnis solcher Tatsachen sind sie gehalten, Verteidigungsmöglichkeiten einzig in konventioneller oder atomarer Bewaffnung zu erblicken, ohne Berücksichtigung ihres Wertes oder Unwertes gegen biologische Waffen.

Falls unsere Regierungen uns nicht größere Gewißheit geben, als dies bis anhin geschehen ist, daß sie den Frieden wahren können oder uns mindestens wirksam zu verteidigen imstande sind, so müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß Regierungen weder heute noch je in der Zukunft ein annehmbares Maß von Sicherheit für ihre Völker sichern können. Falls sich aber diese Erkenntnis aufzwingt, so müssen wir zum weiteren Schluß kommen, daß mindestens gewisse Teile unserer sozialen oder politischen Einrichtungen — vielleicht auch beide — überholt sind und geändert werden müssen. Die Bewährung menschlicher Lebensweise liegt darin, daß sie den Fortbestand der Menschen, die ihr anhängen, sichert oder wenigstens nicht gefährdet. Wenn dies für Einzelwesen nicht immer gilt, so scheint es sich doch für Kulturen zu bewahrheiten.

Wenn nationale Rüstung sich nur als Drohung gegen andere Nationen auswirkt, und indem sie sie anspornt, selbst zu rüsten, ohne daß dadurch Friede oder Sicherheit gewonnen werden kann — und dies ist heute der Fall —, so müssen wir uns nach anderen Möglich-

keiten umsehen. Führerschaft in nationaler Abrüstung ist unter gegenwärtigen Bedingungen nicht zu erwarten. Großbritannien rüstete zwischen den beiden Weltkriegen fast vollständig ab, aber kein Land scheint heute die Verantwortung solchen Vorangehens in der Abrüstung möglich oder politisch vorteilhaft zu erachten. Man hat den Eindruck, daß zuvor eine neue Art von Polizeitruppe geschaffen werden muß, die keine Nation der Welt aufzustellen in der Lage ist noch sein dürfte. Das würde bedeuten, daß es zu einer Weltföderation der Regierungen kommen muß, die die Ordnung in der Welt aufrecht erhält. Erst dann können wir Hoffnung auf wirkliche Abrüstung der Nationen haben, auf ein Nachlassen der Spannungen und ein Aufatmen nach dem Druck, der heute auf uns lastet.

Die Menschheit will leben

Wenn unsere Regierungen nicht nachweisen können, daß unser heutiges System nationaler Rüstungen und internationaler Anarchie wirklich Frieden schafft, und dies bald, so liegt uns ob, unsere unausweichliche Verpflichtung gegenüber dem künftigen Leben auf unserem Planeten zu erfüllen. Diese Verpflichtung verlangt, daß wir andere Möglichkeiten der Existenz erforschen und dann den Weg einschlagen, der für das Fortbestehen der menschlichen Rasse die beste Hoffnung gewährt, ohne Rücksicht darauf, was es uns kosten mag, unseren Lebensstandard preiszugeben und von den Anschauungen unserer Freunde wie unserer Vorfahren abzuweichen.

Wir tun unsern großen Pionieren und Propheten keinen Dienst, wenn wir uns verbieten, über sie hinauszuwachsen. Sie waren alle Rebellen, sei es in ihren sozialen Grundsätzen, als Erzieher, auf wirtschaftlichem Gebiet, als Militärs oder in religiöser Beziehung. Sie wären heute Rebellen, wenn sie noch lebten. Ihre Bedeutung für uns liegt nicht so sehr in einzelnen Schritten, die sie taten, wie weise und ihrer Zeit angemessen sie gewesen sein mochten, als vielmehr in ihrer Überzeugung, daß eine bedeutungsvolle Entwicklung der äußeren Umstände auch eine drastische Wandlung der Denk- und Lebensgewohnheiten erfordern mag. Es wird mit jedem Tag klarer, daß die Vorstellungen unserer Vorfahren, nach welchen jede Nation — allein oder in Verbindung mit andern — für ihre Verteidigung besorgt war, heute ungeheuer gefährlich für uns alle geworden sind. Die Aussicht, nur noch von heute auf morgen zu existieren, und zwar mit Hilfe eines Systems von Drohungen und Gegendrohungen, wird immer mehr als unerträglich empfunden. Die Forderung ergeht darum an unsere Regierungen, daß sie sich den Tatsachen stellen, daß sie die Bevölkerung über die Art der in Frage kommenden Waffen und ihre Verwendung aufklären und — da keine wirksame Abwehrmöglichkeit dagegen besteht — ihre Vorschläge zur Erreichung des Weltfriedens durch Weltgesetze zur Diskussion stellen.

Der Frauen-Kongreß von Brunate

Das in Brunate vom 10. bis 12. Juli 1959 durchgeführte Treffen der Frauen europäischer Länder stand im Zeichen der Verantwortlichkeit der Frauen im Atomzeitalter.

Die Vorgeschichte

Das Treffen, das da in luftiger Höhe über dem Comersee stattfand, war nicht das erste seiner Art. Von der vorbereitenden Zusammenkunft in Straßburg — im Februar 1958 — abgesehen, ging ihm am kritischen Wochenende im Mai/Juni des vergangenen Jahres ein erstes Frauentreffen in Paris voraus. Ausgelöst durch den verzweifelten Hilferuf von Dortmunder Frauen über die Errichtung von Raketenabschußrampen in der Nähe ihrer Stadt, folgte demselben im April dieses Jahres eine Zusammenkunft in Lausanne, an der französische, schweizerische und vor allem eine Anzahl namhafter italienischer Frauen teilnahmen. Obschon ostdeutsche Frauen überhaupt nicht anwesend waren, hinderte dies unsere «gelenkte» Presse und unser ebenso gesteuertes Radio nicht, die Schauermär zu verbreiten, ostdeutsche Frauen hätten versucht, in Lausanne einen Kongreß gegen die schweizerische atomare Bewaffnung zu arrangieren. Diese «sehr ernste Angelegenheit», wie sich Herr Redaktor Dürrenmatt («Basler Nachrichten») am Schluß seiner Sendung für die Auslandschweizer äußerte, hat dann wohl dem Bundesrat als Grundlage seines Verbots der für Lausanne vorgesehenen vorbereitenden Konferenz für das geplante Frauentreffen gedient. Das für die letztere ad hoc gewählte Initiativkomitee wurde umsonst schriftlich und mündlich vorstellig beim zuständigen Justiz- und Polizeidepartement. So kam es eben wiederum, wie beim Verbot des Basler Kongresses gegen die atomare Aufrüstung, zu einem Prestigeverlust des Bundesrates, zu einem Manko in der Vertrauensreserve, die die Schweiz der Staatskunst früherer Generationen verdankt. Das Vertrauen, das die Völker, die in zwei Weltkriegen unsäglich gelitten haben, bisher der Schweiz als Friedensinsel entgegenbrachten, wird dauernd durch solche ungerechtfertigten, die Grundrechte in Frage stellenden Verbote erschüttert.

Für das geplante Frauentreffen und seine Vorbereitung bedeutete das bundesrätliche Verbot die Verschiebung der vorbereitenden Konferenz nach Rom und des Kongresses selbst nach Brunate, das letztere, nachdem sich das zuerst ins Auge gefaßte Stresa als durch andere Kongresse besetzt erwies.

Das Frauentreffen selbst — Seine Prinzipien

Was dem Treffen, wie schon den früheren auf gleicher Grundlage aufgebauten Konferenzen die charakteristische Note verlieh, war

das völlige Fehlen jeder ideologischen oder klassenmäßigen Diskriminierung. Frauen der verschiedensten europäischen Länder, solche mit Regierungen kommunistischer und solche kapitalistischer Prägung, Frauen von Ost und West, Frauen aller politischen Richtungen, Organisationen und Bewegungen, Frauen aller Bekenntnisse und philosophischen Auffassungen, Frauen der verschiedensten Berufszweige: Wissenschafterinnen aus den Gebieten der Physik, Biologie und Medizin, eine amtierende Pfarrerin (aus Holland), Lehrerinnen, Arbeiterinnen, Familienmütter und Hausfrauen, sie alle fanden sich zusammen in dem einen Ziel, ein furchtbares Geschick von der Menschheit abwenden zu helfen, das der Mißbrauch der Atomenergie zu Kriegszwecken schon in allen seinen Vorbereitungen zwangsmäßig in sich schließt. Die Völker und ihre Regierungen müssen aufgerüttelt werden durch die einfache Feststellung der Tatsachen, die die ungeheuerliche, ständige Gefahr darstellen, in der sie sich in ihrer Gesamtheit befinden. Die Gefahr erkennen, heißt sie beseitigen durch den geweckten Lebenswillen der Völker selbst. Über sie kann nicht hinweggeschritten werden durch einen zu ihrer Ausrottung stets bereiten Militarismus. Die breiten Massen der gefährdeten Bevölkerungen fordern den Frieden.

Ist das Überleben der Menschheit durch die Erreichung dieses Zieles gesichert, dann ist den Differenzen zwischen den Völkern und Volksteilen, zwischen den Menschen verschiedener ideologischer Prägung, der Giftstachel genommen, der Tod und grauenvolles Dahinsiechen bedeutet. Aber in Anbetracht der guten Kameradschaft, die die gemeinsame Arbeit, das gemeinsame Ziel automatisch mit sich bringt, ist man wohl zu der Hoffnung berechtigt, daß sich diese Gegensätze überbrücken lassen. Das sich von selbst ergebende freundschaftliche Gespräch und die gegenseitige Respektierung abweichender Auffassungen aller Art wird zu einem verständnisvollen Nebeneinanderleben anstelle eines furchtbaren Miteinandersterbens führen. Natürlich will diese doch so einfache menschliche Auffassung jenen Fanatikern nicht in den Kopf, die ihren Lebenszweck in der Verfemung Unschuldiger sehen, die zufällig jenseits der eigenen Blockgrenzen geboren sind, oder deren politische oder religiöse Überzeugung sie auf andere als die eigenen ideologischen Bahnen weist. Aber die Frauen, die in Brunate versammelt waren, haben den Mut und die Kraft, vor solchem Fanatismus nicht zurückzuweichen. Ins politische Leben eingetreten, sehen sie nicht ein, warum sie alle Dummheiten nachahmen sollen, deren nur ein einseitiger Männerstaat fähig ist, und der uns so weit gebracht hat, daß heute das Leben auf der Erde selbst in Frage steht. Diese Frauen verwahren sich gegen die militaristischen Konzeptionen, die das Leben des eigenen Landes auf den Tod des Nachbarlandes oder der Nachbarländer einstellen und die, so wie die Dinge im Zeichen der atomaren Bewaffnung heute liegen, zugleich die Vernichtung des eigenen Lan-

des bedeuten. Wirkliche Landesverteidigung heißt im Atomzeitalter Kriegsprophylaxe. Nur in der Kriegsverhinderung liegt heute die Rettung der Menschheit. Der Weg dazu ist die allgemeine vollständige Abrüstung, angefangen mit denjenigen Waffen, die die größte Gefährdung der Bevölkerungen durch Versuchsexplosionen und Manövrierung darstellen. Zugleich muß die Ausmerzung der Atomwaffen im Sinne des Rapacki-Planes, zuerst in den im Falle eines Kriegsausbruches meist gefährdeten Zonen, erfolgen. Das Verbot der Atomwaffen muß die Fabrikation ebenso wie die Anwendung in allen ihren Formen betreffen, wie die Zerstörung der Vorräte in den Arsenalen. Diese Prinzipien kamen in verschiedenen der einstimmig gefaßten Resolutionen und Appelle des Kongresses zum Ausdruck, so in der Resolution, die im Anschluß an das Referat von Frau Prof. Dr. Renate Riemeck gefaßt wurde, und im Appell an die in Genf tagende Expertenkommission über die Feststellung von Versuchsexplosionen. Das erwähnte Referat trug den Titel: «Die ständige Gefahr eines Atomkrieges in der derzeitigen europäischen Lage.»

Die Arbeit des Kongresses

Nach der Begrüßung der Versammlung durch die Tagespräsidentin, Frau Bernasconi (Como), folgte eine allgemeine Einführung, die die Berichterstatterin (Woker) die Ehre hatte, dem Kongreß vorzulegen. Dann zeichnete Frau Dr. med. Simone Laborde, Präsidentin der dem Minister für das Gesundheitswesen Frankreichs beigeordneten Subkommission für den Schutz gegen die ionisierenden Strahlen, mit großer Sachkenntnis das furchtbare Bild dessen, was die Versuchsexplosionen den Menschen schon angetan haben und was sie ihnen noch antun werden, selbst wenn es zu keinen neuen Versuchsexplosionen mehr kommt. Denn es werden Jahre vergehen, bis alles, was noch in der Stratosphäre über uns hängt und die Erde in einer Bahn umkreist, die ungefähr in der Mitte zwischen Pol und Äquator der nördlichen Hemisphäre liegt, zur Erde gefallen sein wird. Entsprechend ihrem Thema: «Die Gefahren der Versuchsexplosionen für die Kinder, für die kommenden Generationen» zeigte Dr. Laborde, wie die Nahrung des Kleinkindes, die Milch, radioaktiv verseucht wird durch das Strontium 90 der radioaktiven Niederschläge, das von dem grasenden Weidvieh in seinen Organismus aufgenommen wird und mit der Milch zur Ausscheidung gelangt. Das Strontium 90, das nach 28 Jahren erst die Hälfte seiner Radioaktivität eingebüßt hat, wird dann in den wachsenden Knochen der die Milch genießenden Kleinkinder niedergeschlagen, was nicht etwa (wie der Basler Ordinarius für Physik an der Tagung des Bundes Schweizer Frauenvereine den Frauen als Beruhigungspille in der Diskussion durchblicken ließ) gleichbedeutend ist mit Unschädlichmachen. Wie Dr. Laborde hervorhob, «sind die Kinder dadurch in besonders hohem

Maß an der beträchtlichen Vermehrung von Leukämie und Knochenkrebs beteiligt». Seit drei Jahren ist die Konzentration an Radiostrontium in den Knochen der kleinen Kinder um das Doppelte, in bestimmten Gegenden sogar um das Vierfache gestiegen und droht auf diese Weise, irreparable Schäden zu verursachen. *Gertrud Woker*

(Schluß folgt)

Von der Welt der «Ungläubigen» aus gesehen

Anläßlich der Verleihung des Internationalen Lenin-Friedenspreises hielt Chruschtschew am 16. Mai eine Rede, *in der er sich zur Frage der «Religion» äußerte.* Anwesend waren Vertreter von Friedensverbänden aus aller Welt, unter anderem auch der Inder Pandit Sunderlal, der hier persönlich angesprochen wird. — Die Rede ist in der Ausgabe der «Prawda» vom 17. Mai 1959 enthalten. Die Übersetzung fertigte Professor Johannes Harder.

Ich möchte gern sagen, daß in der so blendenden und herrlichen Rede des Vertreters des uns befreundeten indischen Volkes, Pandit Sunderlal, ein Moment enthalten ist, mit dem ich nicht einverstanden bin. Aus Ihrer Ansprache könnte der Schluß gezogen werden, daß ich, ein Atheist, glaubende Menschen nicht liebte. Sie sagen mit Recht, ich sei ein ungläubiger Mensch und Sie seien gläubig. Doch folgt aus alledem keineswegs, daß zwischen uns Mißgunst oder Feindschaft bestehen müßten. Bekanntlich bekennen die glaubenden Menschen nicht nur e i n e Religion. Es gibt in der Welt viele Völker und viele Religionen. Und zwischen diesen Religionen herrscht kein Friede, sondern geht ein Kampf; die Geschichte weiß von Fällen religiöser Kriege.

Wir als Atheisten nähren durchaus keine Mißgunst den Glaubenden gegenüber. Niemals haben wir aufgerufen und werden wir aufrufen zur Feindseligkeit unter Menschen auf religiöser Basis und zu Kriegen zwischen den Regierungen wegen ideologischer Meinungsverschiedenheiten.

Wir sind nicht nur duldsam, sondern verhalten uns gegenüber denen, die gläubig sind, sogar voller Achtung. Wir kämpfen lediglich dann, wenn man die Religion dazu gebraucht, um dem Menschen Schaden zuzufügen. Dann freilich führen wir einen Kampf. (Beifall.) Als in alten Zeiten die Regierung des zaristischen Rußlands die Kirche sich unterordnete und sie in den Dienst der Kapitalisten und Gutsbesitzer stellte, nutzten die herrschenden Klassen die Kirche gegen das Volk aus, unter anderem auch gegen die, die gläubig waren — wir haben uns bemüht, den Menschen deutlich zu machen, daß man die religiösen Gefühle nicht gegen die Interessen des Volkes lenken darf. Natürlich, wir haben unsere eigenen Ansichten über das Weltall, wir haben unsere eigene materialistische Philosophie. Aber auch ihr, die

Vertreter verschiedener Religionen, habt eure Ansichten, die mit den Ansichten anderer Völker, die andere Religionen bekennen, auch nicht harmonieren.

Wir möchten, daß alle Glaubenden und Nichtglaubenden ihre Kräfte im Kampf um die Hauptsache vereinten — für den Frieden, dafür, daß alle Völker wie Brüder lebten, daß die Völker keine Kriege führten, sondern in Freundschaft und Frieden lebten. (Stürmischer Beifall.)

. . . Der Mensch ist nicht dazu geschaffen, um seinesgleichen zu vernichten. Seiner Natur, seinen seelischen Eigenschaften nach ist dem Menschen das Bestreben zum Totschlagen von Menschen nicht eigen . . . Um einem Volk den Krieg gegen ein anderes Volk zu befehlen — obgleich diese Kriege den Schaffenden nichts als Armut und Zerstörung brachten —, haben die Ausbeuter sich verschiedene falsche «Theorien» erdacht, die so weit gehen, daß sie den Krieg als einen «natürlichen Zustand» der Menschheit erklärten. Sie haben sich nicht gescheut, sogar die Religion für ihre Ziele auszunutzen. Ungeachtet des christlichen Gebots «Du sollst nicht töten!» haben die herrschenden Klassen Priester zum Kriegsdienst einberufen, die mit Kreuz und Gebeten zugunsten der Interessen dieser Ausbeuter die Menschen zur Schlachtbank führten.

. . . Unser Land tritt als Fahnenträger der humansten Ideen der Gegenwart auf. Der barbarischen Ideologie einer Ausmerzung stellen wir die Ideologie des Friedens und der Freundschaft unter den Völkern entgegen . . . In unseren Tagen ist der Kampf für den Frieden eine heilige Pflicht für jeden Menschen geworden . . .

Erinnert euch an die ersten Tage, als endlich der vieljährige Alpdruck des Krieges aufgehört hatte. Bei der Feier des Sieges glaubten Hunderte Millionen von Menschen, daß dies der letzte Krieg gewesen sei, daß der unheilvolle Schatten des Krieges nie wieder ihr Leben verdunkeln würde. Millionen von Menschen hatten ihr Leben auf den Schlachtfeldern hingegeben, und ihre letzte Hoffnung war es, daß die am Leben Gebliebenen in Frieden leben möchten, ohne Sorgen, ohne Angst um ihren morgigen Tag. Für alle, die die Schrecken des Krieges überlebten, kann es keine größere und segensreichere Aufgabe geben als die Verwirklichung dieser Sehnsüchte und Hoffnungen der Menschen auf einen soliden und dauerhaften Frieden!

Vierzehn Jahre nur sind seit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges vergangen, und schon längst lebt die Menschheit wieder unter der Drohung eines neuen Krieges. Seit vielen Jahren gehen das Wettrüsten und der «Kalte Krieg» mit unermüdlicher Macht weiter. Sie verschlingen gewaltige materielle Werte. Eine riesige Masse von Menschen — nach der Aufstellung der Nationalökonomen über hundert Millionen — ist von einer friedlichen Arbeit losgerissen und in größerem oder kleinerem Maße in die Kriegsvorbereitungen hineingezogen,

während die Summe der Ausgaben für die Kriegsvorbereitungen in aller Welt so hoch angelaufen ist, daß man mit diesen Mitteln in kurzer Zeit ein neues Land mit modernen Städten, Fabriken, Gärten errichten könnte, in dem für mehr als hundert Millionen Menschen ein hoher Lebensstandard sichergestellt wäre . . .

Darum ist es notwendig, ohne Zeitversäumnis die Tätigkeit aller, die den Frieden wünschen, mit noch größerer Aktivität zu vereinigen, ohne Energien zu schonen, damit heute der Zusammenfluß der Anstrengungen aller Menschen auf dem Erdball zu einem einzigen Strom erreicht wird, damit schon jetzt ein unbezwinglicher Wall gegen die Entfesselung des Krieges zustande kommt. Die Völker der sozialistischen Länder erkennen das sehr wohl. Breite Massen von Menschen in Japan, England, in Westdeutschland, Frankreich und ebenso in den Vereinigten Staaten von Nordamerika beginnen, dies immer mehr zu erkennen. Einen großen Beitrag zur Sache, zur Verhinderung eines Krieges, leisten Indien und andere friedliebende Länder, die sich von kolonialer Abhängigkeit befreit haben . . . Auf den Völkern Westdeutschlands, der USA, Englands, Frankreichs, Japans, Italiens liegt für die Lösung dieser Frage eine besonders große Verantwortung.

Wenn wir unseren westlichen Partnern gelegentlich unangenehme, scharfe Reden widmen, so tun wir das nur mit einer einzigen Absicht: um auf die schnellste Weise zu einem Einvernehmen über das Verbot der Atom- und Wasserstoffbombenversuche zu kommen. Wir glauben fest daran, daß wir das erreichen; die Völker werden zu ihrem Recht kommen, und die Verseuchung der Luft wird endlich ein Ende nehmen . . . (Aus: «Stimme der Gemeinde», 15. Juli 1959.)

WELTRUNDSCHAU

Zähes Ringen in Genf Nun ist also, während diese Zeilen geschrieben werden, die Genfer Außenministerkonferenz nach ihrem dreiwöchigen Unterbruch aufs neue in vollem Betrieb, der freilich bald wieder in eine richtige Sackgasse geführt hat. Das Markten und Seilziehen geht, bei wachsender Ermüdung des Publikums, im schönsten diplomatischen Stil weiter, vor und hinter den Kulissen. Weiter geht aber namentlich auch das Bemühen der Westmächte, für den kritischen Verlauf der Verhandlungen in erster Linie oder ausschließlich die Russen verantwortlich zu machen, die eben darauf ausgingen, die Streitkräfte der «freien Welt» aus Westberlin zu vertreiben und Westdeutschland selbst militärisch wehrlos zu machen, um es ebenfalls ihrem Herrschaftsbereich einzugliedern, während die Vertreter Amerikas, Englands und Frankreichs in Genf nichts anderes täten, als diesem tücki-

schen Unterfangen so einig und unnachgiebig entgegenzutreten, als es unter den obwaltenden Umständen überhaupt möglich sei.

All diesen täglich fortgesetzten Verneblungsversuchen gegenüber muß immer wieder die wirkliche Sachlage klargestellt werden. Sie ist für jeden Sehenwollenden zum Greifen deutlich. Worauf die Sowjetunion in Wahrheit ausgeht, das ist die Ausschaltung der immer bedrohlicher werdenden Gefahr des neuen westdeutschen Militarismus und Imperialismus, der schon zwei Weltkriege auf dem Gewissen hat und einem dritten anscheinend mit größten Hoffnungen — weil diesmal mit den Westmächten im Rükken — entgegensteuert. Die Sowjetunion sucht deshalb mit den Westmächten ins reine zu kommen, bevor die Bundesrepublik wieder voll aufgerüstet ist und Atomwaffen besitzt und bevor Westdeutschlands kapitalistische Wirtschaft so erstarkt ist, daß sie ganz Westeuropa beherrschen kann, wozu sie jetzt mit der Montanunion, dem Gemeinsamen Markt, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft usw. auf dem besten Weg ist. Die Westmächte aber, von Bonn aus immer offener aufgestachelt, lehnen das mit verblendeter Hartnäckigkeit ab. Sie sind entschlossen, Westdeutschland weiterhin gegen den Osten aufzurüsten und mit H-Bomben zu versehen, Westberlin als Propaganda- und Militärstützpunkt zu behaupten und die Anerkennung der ostdeutschen Republik zu verweigern in der Hoffnung, die Einigung Deutschlands durch den einfachen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik und damit an den Westblock herbeiführen zu können, der dann bis zur Oder und Neiße vorgeschoben wäre. Kurz, sie halten krampfhaft an der Politik der gewaltsamen Zurückdrängung, ja Zerschlagung des Ostblocks fest, wie sie seit Roosevelts Tod planmäßig entwickelt wurde, obschon sich die Lage seit der schönen Zeit, da Amerika im Alleinbesitz der Atombombe war, gründlich geändert und das west-östliche Kräfteverhältnis sich durch die wirtschaftliche Erstarkung der kommunistisch regierten Staaten und durch den Beitritt Chinas zum Ostblock wesentlich verschoben hat. Gegen diese Tatsache kommt kein Freiheitsgeschrei auf, wie es, als Maskierung der westlichen Machtpolitik, namentlich von Westberlin aus immer und immer wieder erhoben wird; es wirkt nur heuchlerisch, solange die Notwendigkeit, die neue deutsche Gefahr endlich zu beseitigen — eine Lebensnotwendigkeit nicht nur für die Ostvölker, sondern für ganz Europa, ja die Welt —, beharrlich geleugnet oder verkannt wird.

Natürlich haben die Russen bald erkannt, daß mit den Westmächten über diese Notwendigkeit einfach nicht zu reden ist. Die bürgerliche Welt braucht eben die Lüge von der sowjetischen Kriegsdrohung, die nur durch atomare Abschreckung zu bannen sei, um die Völker von der immer dringlicher werdenden sozialen Umwälzung abzuhalten und die alte, angeblich auf Freiheit und Menschenrecht aufgebaute gesellschaftliche Ordnung zu stützen, und um anderseits

durch dauernd höher getriebene militärische Rüstungen die kapitalistische Wirtschaft vor Krise und Versagen zu schützen. Die Sowjetunion beschränkt sich deshalb in Genf darauf, die DDR gegenüber der Bundesrepublik und dem Westen überhaupt zu stärken (was sie bei der Unbeliebtheit des Regimes Ulbricht sehr nötig hat!), die diplomatische Anerkennung des ostdeutschen Teilstaates zu erlangen und der Vergiftung des Verhältnisses zwischen West- und Ostdeutschen durch den Westberliner Propagandaapparat entgegenzuwirken. Sie hat in diesem Sinn schon mancherlei Zugeständnisse gemacht, so indem sie dem dummen Geschwätz von einem Ultimatum, das sie den Westmächten gestellt habe, durch die Erklärung begegnete, sie werde so lange als möglich über Berlin verhandeln und nur im Notfall eigenmächtig vorgehen, also ihre Truppen aus Ostberlin zurückziehen, die Kontrolle des militärischen Verkehrs zwischen Westdeutschland und Westberlin der DDR übergeben und einen Sonderfrieden mit Ostdeutschland abschließen. Das sollte wirklich die Gefahr eines gewollten oder ungewollten Krieges um Berlin ausschalten und wenigstens eine Zwischenlösung der Berliner Frage erleichtern. Allein die Westmächte finden all diese und andere Zugeständnisse der Gegenseite ungenügend und versteifen sich darauf, daß die Russen sich förmlich verpflichten, den doch einfach unhaltbar gewordenen Stand der Dinge in Westberlin aufrechtzuerhalten, daß die Regierung der DDR nicht anerkannt werden dürfe und daß die Einigung Deutschlands durch die berühmten «freien Wahlen» herbeigeführt werden müsse. Wie da die Konferenz zu einem auch nur halbwegs befriedigenden Ende gebracht werden soll, ist schwer zu sagen; doch scheint sich — wie im Augenblick die Dinge liegen — immerhin die Möglichkeit abzuzeichnen, die Vorarbeit für eine Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten auf irgendeinen «gesamtdeutschen Ausschuß» unter Mitwirkung der vier Besetzungsmächte oder eine «Viermächtekommission» unter deutscher Mitwirkung abzuschieben und die Verkehrskontrolle an der Grenze Westberlins ostdeutschen Beamten als «Agenten der Sowjetunion» zu überlassen. Ein solcher oder ähnlicher Kompromiß würde wenigstens die Möglichkeit schaffen, die große Konferenz der Staatsoberhäupter einzuberufen, auf die Moskau — ich verstehe nicht recht warum — so unermüdlich drängt und die auch der britischen Regierung im Hinblick auf die bevorstehenden Unterhauswahlen willkommen wäre. Durch eine diplomatische Mäßigung seiner oft so hemmungslos groben Sprache könnte der sowjetische Diktator dazu ein Erhebliches beitragen.

Das neue Alldeutschtum Von Westdeutschland aus wird selbstverständlich ganz dreist bestritten, daß es so etwas wie eine deutsche Gefahr für den Frieden überhaupt gebe. Es ist das gleiche Lied, das wir schon vor dem Ersten und dann wieder vor dem Zweiten Weltkrieg gehört haben. Keine noch so schwere Erfahrung, weder der Zusammenbruch des Kaiserreiches noch

die Katastrophe des Hitlerreiches hat die Westdeutschen belehrt, daß ihr ganzer bisher begangener weltpolitischer Weg von Grund auf falsch war und nur eine völlig entschlossene Umkehr, die nicht mehr rückwärts schaut, den dritten, endgültigen Zusammenbruch des deutschen Machtstrebens abwenden könnte. Friedrich Wilhelm Foerster, der seit den Tagen des Ersten Weltkrieges unermüdlich und tiefernst wie kein anderer die Deutschen wie die anderen Völker gewarnt und gemahnt hat, ruft auch jetzt wieder — er hat kürzlich in Neuyork, verarmt und fast erblindet, seinen 90. Geburtstag begehen können — zur hellsten Wachsamkeit gegenüber der deutschen Gefahr auf. «Es ist kaum wahrscheinlich», so schreibt er in seinen Lebenserinnerungen, «daß der Nazismus, der an die Person Hitlers gebunden war, wieder zur Macht kommt, oder daß das, was man den preußischen Militarismus nennt, eine neue Führerrolle übernehmen könnte. Diesmal wird er dienen und nicht herrschen.» Wem wird er dienen? fragt Foerster. Und antwortet: «Einer neuen deutschen geopolitischen Führerschaft», das heißt einem machtmäßig und wirtschaftlich ausgerichteten neuen Imperialismus mit weitgesteckten Zielen, wie Foerster sie auf Grund eindeutiger Dokumente und Erklärungen einiger ihrer Hauptvertreter geschildert hat. «Eine solche neue nationalistische Konsolidierung wird sich in Deutschland durchsetzen und offene Tore in die weite Welt hinaus finden, wenn sich nicht in letzter Stunde weit stärkere Gegenwirkungen zur Geltung bringen, als es diejenigen des liberalen oder des christlichen Deutschlands sind, deren dem Nationalismus entgegengesetzte weltpolitische Orientierung bisher ohne hinreichende programmatische Klarheit und Sicherheit gewesen ist. Was jenen neuen geopolitischen Nationalismus betrifft, so würde er, gemäß den oben berichteten Plänen, zunächst darauf ausgehen, sich zum Herrn von Deutschland und dann zum Herrn von Europa zu machen, sodann Afrika (als Rohstoffgebiet) in seine Gewalt zu bringen, um dann von solcher Grundlage aus mit Hilfe einer zur letzten Vollendung gebrachten Zerstörungstechnik einen großzügigen Versuch zu wagen, die russisch-asiatische Welt niederzuzwingen — welcher Versuch dann zweifellos mit dem Untergang Deutschlands enden würde. Sind doch die Deutschen mit jener Art von Schachspielern zu vergleichen, die sich geniale Schachzüge ausdenken, aber keine Phantasie haben, um die Gegenzüge des Gegenspielers richtig und umsichtig vorauszusehen. Diese blinde Überschätzung des eigenen Potentials und diese Mißachtung fremder Kraftreserven und fremden Lebenswillens hat den Deutschen schon zwei Katastrophen eingebracht: die dritte würden sie nicht überleben.»

Ein Streiflicht auf das, was sich vorbereitet, wirft die Art und Weise, wie die Führung der neuen westdeutschen Armee aufgebaut wird. «Wie sieht diese Armee aus? Jeder Demokrat gilt den westdeutschen Militaristen als suspekt. Darum sind 100 Prozent der Offiziere der Bundeswehr aus der Hitler-Armee übernommen. Das Gewaltinstru-

ment des Bonner Staates wird kommandiert durch ein von Demokraten chemisch gereinigtes Offizierskorps, in dem es keinen Antifaschisten, keinen Arbeiter gibt . . . Alle Generale und Admirale der Bundeswehr haben sich an den Überfällen auf Deutschlands Nachbarn und England beteiligt und wurden dafür von Hitler mit höchsten faschistischen Orden dekoriert. 45 von ihnen bekleideten bereits unter Hitler den Generalsrang, und sieben von ihnen figurierten auf Kriegsverbrecherlisten und wurden abgeurteilt . . .

Der westdeutsche Kriegsminister Franz Josef Strauß hat die Beförderung der hochgestellten Aktivisten der Hitlerschen Invasionskriege zum System erhoben. Die von ihm in den letzten Monaten zu Generalen beförderten Obersten setzten sich ausnahmslos als Spezialisten des Hitlerschen Generalstabs und führende Teilnehmer seines Krieges ein.»

So schreibt Albert Norden in der «Weltbühne» (Nr. 23/1959) und belegt es mit einer Liste von Namen, deren Zuverlässigkeit kaum angezweifelt werden wird. Im Bereich der Westmächte und ihrer Parteigänger macht man gegenüber solchen Erscheinungen, genau wie gegenüber den Foersterschen und anderen Warnungen, bewußt Augen und Ohren zu. Aber wird sich der Westen mit seiner Unterstützung der militärischen (und wirtschaftlichen!) Wiederaufrüstung Westdeutschlands zuletzt nicht doch ins eigene Fleisch schneiden? Wird sich die Führerschaft der Bonner Republik, wenn sie einigermaßen fertig zu sein glaubt, nicht selbstbewußt und anmaßend gegen den gleichen Westen kehren, der sie in den Sattel gehoben hat — vielleicht zunächst auf Grund einer Verständigung mit der Sowjetunion, die man dann, wenn der erste Streich gelungen wäre, wie 1941 selbst anpacken würde? Die westlichen «Staatsmänner», die jetzt so fest und treu zu Adenauer, Strauß, Brandt & Cie. stehen, täten gut, sich solche Fragen einmal in allem Ernst auch zu stellen . . .

Geteiltes Amerika Wenn sie das heute noch n i c h t tun, so liegt das eben daran, daß die Solidarität der kapitalistischen Reaktion aller Länder sie immer nur auf die Gefahr einer sozialen Umwälzung von Osten her starren läßt, die sie mit Hilfe der künstlich erzeugten Russenangst der Westvölker bannen zu können hoffen, während sie die w i r k l i c h e Gefahr, die dem Frieden vom neudeutschen Imperialismus her droht und die auch die kapitalistischen Interessen der Weststaaten schwer in Mitleidenschaft zieht, einfach übersehen oder doch sehr geringschätzen. Das gilt vor allem von den regierenden Kreisen der V e r e i n i g t e n S t a a t e n. «Regierende Kreise» ist zwar etwas viel gesagt, hat man doch nicht zu Unrecht bemerkt, daß es in Washington gegenwärtig zwar eine Verwaltung gebe, aber keine Regierung. In der Tat, Präsident Eisenhower mag alles Mögliche sein, aber ein politischer Führer ist er nie gewesen, und

seit dem erzwungenen Ausscheiden seines innenpolitischen Ratgebers Sherman Adams und dem Tod von John Foster Dulles, dem er blindlings die ganze Außenpolitik überließ, steht er hilfloser da als je; denn Vizepräsident Nixon, der auf Eisenhowers Nachfolge rechnet, wird wegen seines ehrgeizigen Scharfmachertums von der Umgebung des Präsidenten sehr energisch zurückgebunden und kann vorderhand die Zügel der Regierung doch nicht wirklich ergreifen. Was übrig bleibt, ist so ein Regieren «von der Hand in den Mund», ein Fortwursteln im bisherigen Stil, das heißt außenpolitisch der Weiterbetrieb des üblichen Antikommunismus und der Rüstungsmaschinerie, wobei die Geschäftsinteressen der von der Aufrechterhaltung einer internationalen Dauerspannung lebenden Industrie- und Finanzkreise eine besonders hervorragende Rolle spielen.

Das unterstreicht sehr stark Professor Paul Baran (von der Universität Stanford, Kalifornien) in der Neuyorker «Nation», wenn er (Nr. 13/1959) feststellt: «Die Fabrikanten militärischer ‚Dauerwaren' — Flugzeuge, Raketen, elektronische Apparaturen usw. — bilden heute vielleicht zum erstenmal in der amerikanischen Geschichte einen machtvollen, wohlgegliederten Interessenblock, dessen Fortbestand von der Weiterführung des Rüstungsprogramms abhängt. Die Gegenkraft derjenigen, die sich für Vernunft, Nüchternheit, Erziehung, Gesundheit, Erneuerung des Stadtlebens und Hilfe für verelendende Völker einsetzen, kommt leider gegen die modernen ‚Kaufleute des Todes' und ihre bewußten oder unbewußten Verbündeten nicht auf. ... Noch schlimmer: Man kann viel vorbringen für die Behauptung, daß eine echte Lösung der internationalen Spannungen wie auch ein echtes Abrüstungsprogramm auf den heftigsten Widerstand derjenigen stoßen, deren Interessen durch die Fortsetzung des Wettrüstens am besten gewahrt werden. Diejenigen, die unsere gegenwärtige Haltung gegenüber China unterstützen, diejenigen, die ständig bereit sind, uns im Nahen Osten oder in Deutschland an den Rand des Krieges zu führen, sind weder Baumeister des Friedens noch Vorkämpfer einer friedlichen Koexistenz. Peter F. Ducker hat den Finger auf den Kern der Sache gelegt, wenn er sagte: ‚Auf internationalem Gebiet ... ist möglicherweise die Militärtechnik die Grundursache für die internationale Spannung, und es ist nicht umgekehrt so, daß die Spannung schuld wäre an unseren militärischen Anstrengungen.' Es ist tatsächlich Heuchelei, eine Beilegung der internationalen Konflikte zu verlangen als Vorbedingung für die Abrüstung. Es kann weder Frieden noch auch nur eine fruchtbare Bemühung um den Frieden geben, solange das Rasseln mit A- und H-Bomben als die beste diplomatische Methode gilt.»

Die Gegenkräfte, von denen Professor Baran redet, sind zwar im Augenblick gewiß noch ohne spürbaren Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik, aber da sind sie eben dennoch und arbeiten sehr zielklar.

Es braucht nur, nach der vorläufigen Erholung von der «kleinen Krise» der letzten zwei Jahre, eine wirkliche Erschütterung der amerikanischen Wirtschaft zu kommen, etwa im Gefolge der fortschreitenden Automation, die Millionen von Arbeitskräften lahmzulegen droht, ohne daß (im Kapitalismus!) anderweitig für sie gesorgt werden kann, oder es mag die amerikanische Wirtschaftsausdehnung an der Absperrung der bisher unterentwickelten Völker von der kapitalistischen Welt ihre Grenzen finden — und der militärischen Druck- und Drohpolitik der Vereinigten Staaten wird der Boden bald entzogen sein. Schon jetzt beginnt der lebhafter werdende Reiseverkehr zwischen Amerika und der Sowjetunion, verbunden mit Veranstaltungen wie der USA-Ausstellung in Moskau und der sowjetischen Ausstellung in Neuyork, ein Klima zu schaffen, in dem die Panikmacher und Aufrüster nicht mehr so leichte Arbeit haben wie bisher. Wenn das ein Jahrfünft so weitergeht, ohne daß die noch keineswegs erledigten Präventivkriegsspekulanten zum Zuge kommen, dann mag, zusammen mit einer entsprechenden Änderung der Wirtschaftslage und des internationalen Kräfteverhältnisses, doch die Voraussetzung für jene Wendung des außenpolitischen Kurses der Vereinigten Staaten geschaffen werden, ohne die es keinen friedlichen Wettbewerb zwischen der westlichen und der östlichen Welt gibt.

Der lateinische Block Am bösartigsten gebärdet sich zurzeit die kapitalistisch-nationalistische Reaktion in Frankreich. Das «neue» Regime ist nun schon mehr als ein Jahr am Ruder, aber es wäre blutiger Hohn, wollte man behaupten, es habe wirklich so etwas wie eine nationale Erneuerung zustande gebracht oder auch nur angebahnt. Ja, nationale Prestigepolitik betreibt de Gaulle bis zum Überdruß. Er läßt es dabei sogar auf ziemlich ernste Konflikte mit Frankreichs Verbündeten ankommen. Nachdem er die französische Mittelmeerflotte dem Einheitskommando der NATO entzogen hatte, machte er auch Miene, dem NATO-Kommando, das heißt den Amerikanern, die Verfügung über die in Frankreich gelagerten Atomwaffen zu verweigern, so daß General Norstad kurz entschlossen mehr als zweihundert Bombenflugzeuge, die bisher in Frankreich stationiert waren, nach Westdeutschland und England verlegte, während Frankreich seinerseits die Herstellung eigener Atombomben beschleunigt. Ob die Regierung de Gaulle mit diesem Pochen auf die Großmachtstellung Frankreichs wirklich ein verstärktes Mitspracherecht innerhalb der NATO zu erzwingen imstande ist, mag zweifelhaft erscheinen; immerhin hat sie erreicht, daß sich die Vereinigten Staaten nunmehr in aller Form für die Unterstützung der französischen Algerienpolitik in der UNO erklärt haben, wo sie dauernd scharfen Angriffen namentlich von seiten der afrikanischen und asiatischen Staaten ausgesetzt ist.

Der Algerienkrieg selber geht inzwischen so mörderisch weiter wie bis anhin. Er fordert nach den Angaben einer Denkschrift, die 21 afrikanische und asiatische UNO-Delegationen dem Vorsitzenden des Sicherheitsrats überreicht haben, Monat für Monat rund 4000 Todesopfer. «Die französischen Streitkräfte», so heißt es in dem Schriftstück, «setzen sich weiterhin über die Genfer Abkommen zum Schutz der Gefangenen hinweg. Etwa eine Million Menschen wurden (in Algerien) gegen ihren Willen aus ihren Heimstätten verschleppt und leben unter elenden Bedingungen.» Wo ist aber die öffentliche Meinung der «freien Welt», die sich gegen diese nun jahrelang fortgesetzten Greueltaten auch nur mit entfernt ähnlicher Heftigkeit auflehnen würde, wie sie es angesichts der Unterdrückung des ungarischen Aufstandes durch die Sowjetarmee getan hat? Und wo ist in Frankreich selbst, im «Lande der Menschenrechte», die Volksbewegung, die Scheußlichkeiten unmöglich machte, wie sie jetzt wieder in der (natürlich von der französischen Regierung verbotenen und nun heimlich verbreiteten) Denkschrift «La gangrène» («Das Brandgeschwür») enthüllt werden? Wenn man liest, welch unsagbarer Grausamkeit und Quälsucht französische Beamte und Offiziere in Paris und an anderen Orten gegenüber algerischen Gefangenen fähig sind, so leben die ärgsten Erinnerungen an die Untaten der Folterknechte Hitlers wieder auf, die das Gewissen der ganzen gesitteten Welt so maßlos empört haben.

Und das ist nicht alles. Die gleichen Gewaltmenschen und Abenteurer, die den algerischen Staatsstreich organisiert und dann de Gaulle zur Macht geführt haben, bereiten jetzt planmäßig den Übergang zum vollen Faschismus vor, dem sich de Gaulle anscheinend noch widersetzt. Der Pariser «Expreß» hat unlängst Auszüge aus einem 15seitigen Rundschreiben veröffentlicht, das in Tausenden von Exemplaren an französische Offiziere verschickt wurde und in dem General de Gaulle als «alter Schwächling» behandelt wird, der «von einer Bande Verräter umgeben» sei und beseitigt werden müsse. Die Generäle Massu und Challe (der zweite ist Oberkommandierender in Algerien) sollen, wie Marschall Juin mitteilte, erklärt haben, die französische Armee müsse die ganze Nation auf eine kommende «große Kraftprobe zwischen Ost und West» hin drillen. «Wir schmieden jetzt», so sagen sie, «eine Armee, die auf einer Front kämpfen wird, welche sich vielleicht ununterbrochen von Brest bis zum Ural erstrecken wird ... Wir müssen Atombomben haben, sobald wir sie nur bekommen können.» Mag die Ankündigung der großen Abrechnung mit dem Osten auch nur Mittel zum Zweck der Erregung einer nationalistischen Panikstimmung sein — die Aussicht auf ein innerfranzösisches Regime, das alle politischen Rechte und Freiheiten vollends ganz unterdrückt, ist um so ernster zu nehmen. Der durch den Mobilisierungsbefehl an 175 000 Eisenbahner erzwungene Widerruf des Eisenbahner-

streiks, der auf den 16. Juni angesetzt war, und ähnliche, wenn auch nicht so dramatische Maßnahmen zur Erstickung des Widerstandes gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung nehmen sich wie Vorspiele zu den weit böseren Dingen aus, die da kommen werden, wenn es den Scharfmachern auf der Rechten gelingt, sich endgültig durchzusetzen und den «senilen» de Gaulle an die Wand zu drücken.

Kein Wunder freilich, daß sich «mon général», wie sein Besuch in Italien gezeigt hat, eifrig bemüht, die Freundschaftsbande, die das reaktionär-nationalistische Frankreich mit der gleichgesinnten lateinischen Schwester verknüpfen, zu stärken, und auch alles tut, um das Spanien Francos endlich zum geehrten Vollmitglied des Bundes freier Nationen machen zu lassen. Die riesigen Kapitalien, die die Vereinigten Staaten in Spanien angelegt haben — zu wirtschaftlichen wie zu militärischen Zwecken — und die kürzlich erfolgte Aufnahme Spaniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft werden gewiß mithelfen, um die endliche Erreichung auch dieses Hochziels aller Edlen sicherzustellen . . .

Indien in Bewegung Daß unter solchen Umständen an eine Abkehr des Westens vom kriegerischen Antikommunismus und an ein tätiges Erwachen zur Abwehr der deutschen Gefahr vorderhand nicht zu denken ist, liegt auf der Hand. Es ist wie vor dem Zweiten Weltkrieg: Alle Warnungen vor der wirklichen Friedens- und Lebensbedrohung, die von Deutschland ausging, prallten ab an der Solidarität der Interessenten des Weltkapitalismus und an dem verblendeten Willen, im Bund auch mit den radikalsten Diktaturen der Rechten das Bollwerk des Weltkommunismus zu zerstören. Erst als es schon zu spät war, merkten die westlichen Demokratien, wo der gemeinsame Feind von West und Ost saß: im (europäischen) Reich der Mitte. Soll sich die Tragödie wiederholen? Man könnte es fast meinen, wenn man sieht, wie jetzt sogar Israel mithilft, die Deutsche Bundesrepublik wiederaufzurüsten. Es hat zwar eine gewisse Entschuldigung dafür in der Erwägung, «daß die Waffenlieferungen an Deutschland für Israel neue Möglichkeiten eröffnen, selbst mit notwendigen Waffen (gegen die arabischen Staaten H. K.) beliefert zu werden, und daß Frankreich die Beziehungen zwischen Israel und Bonn für notwendig ansehe» («Neue Zürcher Zeitung»). Aber daß solche «Realpolitik» sich ebenso rächen muß wie der im Komplott mit Frankreich und England angezettelte Präventivkrieg Israels gegen Ägypten, wird sich früher oder später mit völliger Sicherheit erweisen. Doch lassen wir die etwas verwickelten Vorgänge im Orient — auch das zähe Ringen zwischen arabischem Nationalismus und kommunistischem Revolutionarismus im Irak — für einmal beiseite und werfen wir einen Blick auf die weder dem kapitalistischen

Westen noch dem kommunistischen Osten verpflichteten Länder Süd- und Südostasiens, deren bedeutendste Indien und Indonesien sind.

Indien kämpft einen verzweifelten Kampf gegen den Hunger. Nicht erst heute freilich; auf die 34 sehr großen Hungersnöte der neueren Weltgeschichte entfallen 18 auf Indien; die letzte war 1943 mit etwa zwei Millionen Toten in Bengalen. Aber während sich in den meisten übrigen Ländern die Versorgung mit Nahrungsmitteln ständig verbessert, erweitert sich in Indien die Kluft zwischen Bevölkerungswachstum und Nahrungsmittelerzeugung in bedrohlicher Weise. «Indien», so schreibt René Dumont, der als Landwirtschafts-Sachverständiger kürzlich Indien bereiste, im «France-Observateur» (29. Mai 1959), «Indien erklärt sich seit seiner Geburt als ‚Wohlfahrtsstaat', begreift aber nicht genügend, daß die unterentwickelten Völker den unbedingten Vorrang den wirtschaftlichen Engpässen, den hauptsächlichen Produktionskräften geben muß: also vor allem der Bodenverbesserung, den Bewässerungsanlagen in der Landwirtschaft und sodann den Fabriken für Stickstoffdünger.» Indien habe auf diese Art jede wirkliche Landreform versäumt, die ohne ein gewisses Maß von Zwang nun einmal nicht durchzuführen sei. «Ergebnis von dem allem: Wenn man die gegenwärtigen Kurven der Nahrungsmittelerzeugung und der Bevölkerungsvermehrung weiterzieht, sieht man, daß sich ohne völlige und rasche Änderung von Methoden und Strukturen die Lage nur verschärfen kann. Die erste Kurve steigt vielleicht um ein Prozent im Jahr, und auch das ist nicht sicher; die zweite wird bald zwei Prozent übersteigen . . . Im Jahr 1965 wird Indien 480 Millionen Einwohner haben, aber nur eine Produktion, um 360 Millionen ordentlich zu ernähren.» Und Dumont schließt mit der vielsagenden Feststellung: «Der landwirtschaftliche Wettbewerb China-Indien ist bereits von China gewonnen.» Das heißt: Wenn Indien sein Bevölkerungs- und Nahrungsproblem lösen will, so muß es irgendwie den Weg Chinas gehen.

Und nun ereignet es sich, daß gerade derjenige Gliedstaat Indiens, der am ehesten geneigt ist, diesen Weg zu gehen, in den letzten Monaten den schwersten Anfeindungen von innen und außen her ausgesetzt ist. Keine Angst: der südwestindische Staat Kerala hat sich auf durchaus demokratische Art (so wie es der Westen versteht), durch allgemeine freie Volkswahl, ein mehrheitlich kommunistisches Parlament und eine kommunistische Regierung gegeben, die mit dem früheren korrupten Parteisystem aufgeräumt hat. Er hat, wiederum in ganz gesetzmäßigem Verfahren, höchst vorsichtige Reformen, auch auf landwirtschaftlichem Gebiet, an die Hand genommen, die in einem westlich-demokratischen Land kaum angefochten werden könnten. Und doch setzen jetzt die Nutznießer des früheren Zustandes alle Hebel in Bewegung, um durch außerparlamentarischen Druck die Regierung zu stürzen, mit Mitteln also, wie man sie als undemokratisch und gewalttätig den Kommunisten sonst zum schwersten Vorwurf

macht! Es ist besonders das neue Unterrichtsgesetz, das den Anlaß zu den jüngsten bitteren Kämpfen zwischen Regierung und Opposition bot, weil es das Schulmonopol der Katholischen Kirche (die in Kerala sehr stark ist) zu beseitigen suchte. Aber hinter der Katholischen Kirche stehen als noch mächtigere Gegner des neuen Regimes die Plantagengesellschaften, die übrigen größeren Grundbesitzer und die Angehörigen der Hindu-Kasten, während die kastenlosen «Unberührbaren», die den Hauptteil des Proletariats bilden und die Unterstützung der Regierung gegenüber den Kastenmitgliedern und den Grundbesitzern genießen, natürlich das kommunistische Regime verteidigen.

Wie der Konflikt gelöst werden wird, ist noch nicht abzusehen; die indische Zentralregierung in Delhi und besonders Nehru scheuen vorerst vor einem diktatorischen Eingreifen in Kerala zurück. Aber es kann wohl sein, daß die dortige Regierung dem von allen Seiten auf sie ausgeübten Druck schließlich erliegt und zurücktreten muß, worauf dann Neuwahlen, die unter dem gleichen Druck der vereinigten Opposition vorzunehmen wären, die gewünschte «demokratische» Bestätigung des verfassungswidrigen Regierungswechsels zu erbringen hätten. Man sieht: Auch in Indien versteht man sich ausgezeichnet darauf, einen «Volkswillen» gegen ein Regime zu fabrizieren, das daran geht, Klassen-, Kasten- und Konfessionsvorrechte zu beseitigen! Ob diese Methode auch auf die Dauer Erfolg haben wird, ist eine andere Frage. Schließlich ist Kerala einer der fortgeschrittensten und aufgeklärtesten Staaten Indiens, in dem 97 Prozent der Jugend zwischen 7 und 20 Jahren und 50 Prozent der Erwachsenen lesen und schreiben können, während im gesamtindischen Durchschnitt noch immer 80 Prozent der Bevölkerung Analphabeten sind. Das Beispiel Chinas hat so alle Aussicht, auch in Kerala seine Wirkung auszuüben.

„Gelenkte Demokratie" in Indonesien Dem «chinesischen Weg» nähert sich immer mehr bereits Indonesien an. Seit seiner Befreiuung von der politischen Oberherrschaft der Niederlande ist ja Indonesien von einer Krise in die andere geraten. Eine Hauptursache dafür ist wohl darin zu suchen, daß trotz der Beseitigung der politischen Fremdherrschaft das wirtschaftliche Kolonialsystem großenteils weiterbesteht, mit arger Korruption des öffentlichen Lebens, schlechten Lebensbedingungen der Bevölkerung und ständigen Klassen- und Interessenkämpfen. Der Bürgerkrieg wurde sozusagen zur normalen Lebensform der Nation; reaktionäre Umsturzversuche wurden immer wieder durch diktatorische Unterdrückungsmaßnahmen abgelöst, bei denen demokratisch-freiheitlicher Geist nicht aufkommen konnte. Insbesondere Staatspräsident Sukarno war von jeher überzeugt, daß die westlich-bürgerliche Parlamentsdemokratie in Indonesien keinen Platz habe und nur allen zerstörenden und fortschrittsfeindlichen Kräften Spielraum schaffe. So trat er schon 1956 mit dem Plan einer Abschaffung

aller Parteien hervor. Als er damit nicht durchdrang, schlug er 1957 eine autoritäre Regierung der vier größeren Parteien vor, eingeschlossen die Kommunisten, die aber nicht «in dem Ding» sein wollten. Dafür fand dann seine Idee einer «gelenkten Demokratie» Anklang, mit einem Nationalen Rat, bestehend aus Vertretern beruflicher und gesellschaftlicher Volksgruppen (Arbeiter, Bauern, Militär, Frauen, Jugendliche, Intellektuelle usw.), als begutachtender Körperschaft an der Seite der Regierung. Eine Verfassunggebende Versammlung sollte gleichzeitig ein neues Grundgesetz ausarbeiten, das einige Gewähr für eine geordnete Entwicklung des jungen Staates bieten könnte. Sie kam damit aber nicht weit; von einer Weltreise zurückgekehrt, schlug Präsident Sukarno nämlich die Wiedereinführung der Verfassung von 1945 vor, mit einer nur dem «Volkskongreß» verantwortlichen, vom Parlament unabhängigen und mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteten Regierung. Die Nationalversammlung, in der die beiden mohammedanischen Parteien der Masjumi und der Nandatul Uiama die Mehrheit hatten, lehnte indessen den Plan ab (nachträglich haben die genannten Parteien ihm dann doch zugestimmt), so daß Sukarno ihn auf dem Verordnungsweg, das heißt diktatorisch, in Kraft setzte und die Verfassunggebende Versammlung auflöste.

Das Vorgehen des Präsidenten fand diesmal von vornherein die Unterstützung der Kommunistischen Partei, die, gestützt auf die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen, eine starke Stellung in Indonesien errungen hat und es von 4000 Mitgliedern, die sie im Jahr 1948 hatte, bis 1957 auf 1 800 000 Mitglieder gebracht hat. Doch ist es unwahrscheinlich, daß die Kommunisten in absehbarer Zeit maßgebenden Einfluß auf die Regierung erlangen werden; Präsident Sukarno ist jedenfalls überzeugt, daß er sie seinerseits in der Hand behalten werde, zumal die Armee, mit dem Generalstabschef Nasution an der Spitze, entschieden hinter ihm steht, wenn sie ihn nicht sogar selber lenkt. Sukarnos Plan ist nun, im Lauf von fünf Jahren die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen für eine ungestörte Entwicklung Indonesiens zu einem modernen, dem Sozialismus zustrebenden Industriestaat zu schaffen und inzwischen ein neues Wahlgesetz durchzubringen, das eine fortschrittliche Volksvertretung bringen und das politische Leben in ruhige Bahnen leiten könnte. Man wird sehen, wie weit sich diese Absicht verwirklichen läßt. Auf jeden Fall ist es nicht die Demokratie in ihrer westlich-kapitalistischen Prägung, die sich in Indonesien durchsetzen wird, sondern zunächst ein autoritär-diktatorisches Regime, das bei der ganzen wirtschaftlichen und geistigen Verfassung des indonesischen Volkes unvermeidlich erscheint, aber — so ist wenigstens zu hoffen — nur den vielleicht langwierigen Übergang zu einer s o z i a l i s t i s c h e n Demokratie bilden wird, wie sie in den «fortgeschrittenen» wie den «zurückgebliebenen» Ländern immer stärker zur Notwendigkeit wird.

China, Tibet und der Sowjetblock Völlig offen für den «chinesischen Weg» ist nun nach der Niederwerfung des Frühjahrsaufstandes natürlich Tibet. Allerdings wird sich, wie Horst Andel in der «Stimme der Gemeinde» (Darmstadt, 15. Juni) bemerkt, «ein Teil der Tibetaner noch beträchtliche Zeit den chinesischen Versuchen widersetzen, das Dasein des um Jahrtausende zurückgebliebenen Volkes modernen Vorstellungen anzugleichen. Den Widerstand reicher Klöster und einer Handvoll adeliger Grundbesitzer gegen die beabsichtigte Landaufteilung, die ihre bis dahin eifersüchtig gewahrte unangefochtene Machtstellung unterhöhlen mußte, als Freiheitskampf eines Volkes hinzustellen, konnte nur der phantasielosen westlichen Propagandabürokratie einfallen, die ihr Unwissen mit rücksichtsloser Demagogie kompensiert und nicht einmal merkt, wie sehr sie der eigenen Sache schadet. Die Auseinandersetzung zwischen Tibetern und Chinesen ist ein Teil des immer wieder bestürzenden, aber notwendigen Kampfes zwischen sterbenden und werdenden Kulturen, wie er die ganze Menschheitsgeschichte durchzieht.»

Im Mittelpunkt der Reformen, die jetzt in Tibet durchgeführt werden, steht naturgemäß die Aufhebung der an Hörigkeit grenzenden Abhängigkeit der Bauern von den Grundherren und ihre Ausbeutung durch unerträglich hohe Pacht- und Zinssätze. Nach der «Peking Review» (14. Juli) werden dieses Jahr die Bebauer von Boden, der nicht am Aufstand beteiligten Grundbesitzern gehört (nach Abzug des Saatguts), 80 Prozent der Ernte behalten dürfen, die früher zum weitaus größten Teil den Herren zufiel. Alle Wucherschulden, die bis Ende 1958 auf den Bauern lasteten und sie oft völlig erdrückten, sind gestrichen; für neue Anleihen darf nur ein Prozent Monatszins erhoben werden. Aber auch sonst wird die Lage der Bevölkerung in jeder Weise verbessert. Wege werden gebaut, Schulen eröffnet, Kraftwerke angelegt, neue landwirtschaftliche Betriebsmethoden eingeführt, die Arbeitslosigkeit bekämpft und was dergleichen Maßnahmen mehr sind. So ist doch zu erwarten, daß die Wunden, die der Aufstand und seine Unterdrückung dem Volk von Tibet geschlagen hat, allmählich verheilen und das Land einer gedeihlichen Zukunft ohne die untermenschliche Armut und Unwissenheit der Vergangenheit entgegengeht.

China selber geht seinen Weg mit Aufbietung aller Kräfte erfolgreich weiter, dauernd unterstützt durch die Sowjetunion, ohne die der Fortschritt der großen ostasiatischen Volksrepublik wesentlich mühsamer gewesen wäre und bleiben würde. Und nun werden neuerdings auf sowjetischer Seite sehr ernsthaft Pläne studiert, um alle kommunistisch regierten Länder zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper zusammenzufassen, der einer ausgleichenden Lenkung im Kontinentalmaßstab unterstünde. Im kapi-

talistischen Lager tut man diese Pläne überlegen ab; «US News & World Report» zum Beispiel (15. Juni) meint, nur wenige westliche Volkswirtschafter glaubten daran, daß der Sowjetblock «solch eine Herausforderung der Wirtschaft der freien Welt riskieren» könne. Isaak Deutscher, der im «New Statesman» (4. und 11. Juli) ebenfalls darüber berichtet, ist anderer Meinung. Er gibt zu, daß die sowjetischen Wirtschaftsplaner vorsichtig arbeiten müßten, um die nationalen Empfindlichkeiten in den anderen kommunistischen Ländern nicht zu verletzen. Aber der «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe», der vor zehn Jahren in Moskau gebildet wurde, so stellt er fest, nehme an Bedeutung immer mehr zu und entwickle sich allmählich zu einer Art internationaler Planungsbehörde. «Die Internationalisten in Moskau und anderwärts sehen den ganzen Sowjetblock samt China als eine mögliche einzige Wirtschaftseinheit und Marktgemeinschaft, fünf- oder sechsmal größer als der nordamerikanische Markt und doppelt so groß, als ein gemeinsamer amerikanisch-westeuropäischer Markt wäre.» Was für Möglichkeiten sich innerhalb eines derart riesigen Wirtschaftsraumes, in dem es keine Konkurrenz und keine Schutzzölle gäbe, für den technischen Fortschritt, für die Steigerung der Arbeitsergiebigkeit, für genormte Massenproduktion usw. bieten müßten, kann man sich heute noch kaum vorstellen. Die erwähnten «westlichen Volkswirtschafter» und ihr Publikum könnten sich mit ihren Voraussagen über die Lebensfähigkeit eines kommunistischen Weltwirtschaftskörpers ebenso täuschen, wie sie sich über die sozialistische Planwirtschaft ganz allgemein und ihre Leistungskraft auch getäuscht haben und weiter täuschen.

Sozialismus und Abrüstung! Die Lage ist jedenfalls schon heute so, daß sich nicht die kommunistischen Länder fürchten müßten, die Wirtschaft der kapitalistischen Welt zum Wettbewerb herauszufordern, sondern daß umgekehrt die Vertreter des kapitalistischen Systems allen Grund haben, die wirtschaftliche und kulturelle Überlegenheit des Kommunismus, wie sie sich namentlich den unterentwickelten Völkern darstellt, zu fürchten. Es ist doch einfach eine Tatsache, von der es Kenntnis zu nehmen gilt, daß die kommunistisch regierten Länder von Jahr zu Jahr stärker werden und ein Recht zu der Erwartung haben, in absehbarer Zeit die Lebenshaltung ihrer Völker mindestens auf den gleichen Stand zu bringen, den die altindustrialisierten Nationen — teilweise schon lange — erreicht haben, sofern nur der Frieden gesichert bleibt. Die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaftsform anderseits geht, besonders in Westeuropa, offenkundig ihrem Ende entgegen. Sie war schon am Schluß des Zweiten Weltkrieges zur Ablösung durch sozialistische Ordnungen reif, und nur das massive Eingreifen der Vereinigten Staaten, die wirtschaftlich-finanziell wie politisch-militärisch (Atombom-

benmonopol!) auf dem Höhepunkt ihrer Macht angekommen waren, hat diese natürliche Entwicklung noch einmal aufgehalten. Aber die Zeit der kapitalistischen Wiederherstellung und der mit dieser verbundenen politischen Reaktion läuft ab; darüber kann auch die scheinbare Festigkeit der konservativen Regimes in England und Frankreich, in Westdeutschland und Holland, in Belgien, in der Schweiz, in Österreich usw. nicht hinwegtäuschen. Ja sogar in Nordamerika steht das mammonistische System tatsächlich auf viel schwächeren Füßen, als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist.

Noch glauben die herrschenden Klassen freilich, durch Erregung und Wachhaltung der Angst vor einem kommunistischen Eroberungskrieg ihre Völker in den alten, überlebten Ordnungen festhalten zu können, einer Angst, die auf der geflissentlich verbreiteten falschen Vorstellung beruht, das eigentliche Wesen des Kommunismus sei zynische Unmenschlichkeit, Herrschgier und Tyrannei; alles andere, was er zu bieten habe, sei nur Lockmittel und trügerischer Schein. In Wahrheit ist es aber gerade umgekehrt: Der eigentliche Zweck des Kommunismus ist die soziale und nationale Befreiung der unterentwickelten Völker und Klassen, welche die westliche Demokratie und Christenheit nicht bewerkstelligen konnte, ja meistens nicht einmal w o l l t e. Und die Diktatur mitsamt der ganzen ihr dienenden materialistischen Welt- und Lebensanschauung ist nur das Mittel dazu, das dem natürlichen Menschen am nächsten liegt. So kommt durch die Wirksamkeit des antikommunistischen Propagandaapparates bei den westlichen Völkern eine völlig verzerrte Schau der Weltlage zustande, die, statt den Kommunismus Abbruch tun zu können, die sich frei nennenden Nationen nur hindert, die Aufgabe, die sich der Kommunismus zur Lösung stellt und die er mindestens klar erkennt, besser zu erfüllen, als es der Kommunismus vermag. Denn jetzt handelt es sich längst nicht mehr darum, eine im ganzen richtige und brauchbare Gesellschaftsordnung und Lebensform vor dem Einbruch eines freiheits- und menschenfeindlichen Barbarentums zu retten; es geht vielmehr darum, eine im ganzen falsche, ungerechte und zum schweren Hindernis für Recht und Freiheit, Frieden und Volkswohlfahrt gewordene Ordnung zu überwinden und zu einer neuen, menschlicheren und gerechteren Volks- und Völkergemeinschaft durchzustoßen. Was jetzt über die unbedingte und vordringliche Notwendigkeit gesagt wird, «die Freiheit» als Voraussetzung des Friedens zu verteidigen oder wiederherzustellen, ist wirklichkeitsfremdes Gerede, ist im besten Fall nur eine halbe Wahrheit ohne die Erfüllung der Grundnotwendigkeit, die bürgerlich-kapitalistischen Ordnungen aufs entschlossenste zu zerbrechen, und ist darum schlimmer als eine ganze Lüge.

Ob der westliche Sozialismus diese Lage klar genug erfaßt, um sie meistern zu können, ist die Schicksalsfrage, die an ihn gerichtet ist. Vielleicht daß doch ein neuer Zug in die Weltpolitik käme, wenn in

Großbritannien, in Westdeutschland, in Frankreich, in Italien die sich zum Sozialismus bekennenden Parteien maßgebenden Einfluß auf die Regierung bekämen. Sieht man sich freilich gewisse «revidierte» (nach rückwärts revidierte) Programme sozialdemokratischer Parteien an, etwa dasjenige der westdeutschen Sozialdemokratie, das wie das neue Programm der schweizerischen Sozialdemokratie nicht nur den Marxismus, sondern den Sozialismus selber über Bord wirft, und liest man die meist jämmerlich schwächlichen Resolutionen, die am Kongreß der Sozialistischen Internationale in Hamburg gefaßt wurden, dann möchte man alle Hoffnung verlieren, daß aus der kleinbürgerlich-militärgläubigen Sozialdemokratie noch irgendein wirklicher, starker Antrieb zur Schaffung sozialistischer Lebensformen hervorgehen könne. Da müssen schon die Völker selbst aufstehen und den Durchbruch zu der neuen Welt vollziehen, die wir ersehnen. Es muß die Bewegung gegen die atomare wie die «konventionelle» Aufrüstung ganz andere Mächtigkeit gewinnen als bisher und über Halbheiten, ja Unwahrheiten klar hinauskommen, wie sie jetzt zum Beispiel die britische Labourführung praktiziert, indem sie vorgibt, sofort für den Verzicht Englands auf Atomwaffen einzustehen, wenn es sicher sei, daß auch alle anderen in Betracht kommenden Länder einen solchen Verzicht aussprechen. Als ob es nicht umgekehrt sicher wäre, daß sowohl Frankreich als Westdeutschland um jeden Preis ihre Atombomben haben wollen, und als ob nicht die Gefahr bestünde, daß dann auch Ägypten und Pakistan, Südkorea und Japan Kernwaffen in die Hand bekommen und dann ein allgemeiner Atomkrieg von jedem Abenteurer entfesselt werden könnte. Nein, es muß endlich einmal ein Land und Volk einseitig vorprellen und auf jedes Risiko hin die Atomwaffen verpönen — ein Risiko, das ungleich geringer ist als die Fortsetzung und Ausdehnung des atomaren Wettrüstens, aber die Verheißung in sich trüge, daß das Beispiel des bedingungslosen Verzichtes auf Atomwaffen bei anderen Völkern Nachahmung fände und eine Abrüstungsbewegung auslösen würde, der nichts mehr zu widerstehen vermöchte.

Die Völker haben heute wahrhaftig andere, lebenswichtigere Aufgaben als die Weiterführung des Kalten Krieges. Sie haben entscheidende gemeinsame Interessen, die sie nur durch gemeinsames Handeln in friedlicher Koexistenz wahren können. Sie werden auf die Länge gar nicht imstande sein, die noch immer steigenden Rüstungslasten zu tragen, die ein verrücktes Militärdenken ihnen auferlegt (in unserer kleinen Schweiz haben sie bereits die phantastische Kostensumme von mehr als einer Milliarde Franken im Jahr erreicht), und ihre wirkliche Existenzsicherung im gemeinsamen Krieg gegen Hunger, Armut und Not einer unheimlich schnell wachsenden Weltbevölkerung finden müssen. Dr. G. Barraclough, der den Lehrstuhl für internationale Angelegenheiten an der Universität London innehat, sagt (in «The Na-

tion» vom 29. Juni) wohl mit Recht, daß innert 25 Jahren die Bevölkerungsfrage wahrscheinlich die wirkliche Herausforderung an den Westen wie an die kommunistische Welt darstellen und alle lebendigen Kräfte zur Tat aufrufen werde, und fügt hinzu: «Unsere Aufgabe ist heute, Zeit zu schaffen, damit diese Kräfte wirken können. Im Vergleich zu den Zielen, die sich die westliche und die östliche Diplomatie setzt und die ganz und gar unmöglich zu erreichen sind, ist das weder eine utopische noch eine unmögliche Aufgabe.» Werden wir angesichts des Bankrotts der Diplomatie und aller militärischen Machtpolitik bereit sein, uns dem wahren Kampf für das Weiterleben des Menschen auf unserer Erde hinzugeben, der uns aufgetragen ist?

23. Juli *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNGEN

Mit Macmillan in die Sowjetunion

«Wenige Leute, außer Kommunisten, haben von den Leistungen der Sowjetunion begeisterter gesprochen als Macmillan», schreibt Emrys Hughes in seinem Büchlein «Pilgerfahrt in Rußland». Hughes erhielt Gelegenheit, mit dem Premier und dem englischen Außenminister all jene Städte — Moskau, Kiew, Leningrad — zu besuchen, die auf dem Reiseprogramm standen. So kommt es, daß er, als einer der unentwegtesten Gegner Macmillans im Unterhaus, heute, einige Monate später, die Reise als «eines der bedeutenden diplomatischen Ereignisse der letzten zehn Jahre, als Meilenstein in den Beziehungen zwischen dem Westen und der kommunistischen Welt» vor uns erstehen lassen kann.

Das Büchlein, mit 12 Karikaturen von Vicky und einigen Photos der Taß-Agentur vom Peace-News-Verlag herausgebracht, gibt uns Gelegenheit, Hughes' Reise mitzuerleben. Er spricht Russisch und kennt das Land aus mehreren Aufenthalten. Zudem war er als Spezialkorrespondent der «Tribune» und Parlamentsmitglied für sein Unternehmen besonders gut placiert.

Was für uns von besonderem Interesse sein muß, ist Hughes' Versuch, eine Alternative zur Politik des Kalten Krieges zu entwerfen. Selbst Macmillan schien zu fühlen, eine solche Alternative sei fällig als er beim Besuch der Universität auf dem Lenin-Hügel in Moskau sagte: «Wir haben zwei Kriege durchgemacht, und ich weiß, daß nur der Friede den Fortschritt bringt.» «Er hatte sich von der Stimmung der lebensfrohen jungen Studenten mitreißen lassen», fügt Emrys Hughes hinzu. «Wir haben manchmal Mühe, uns zu verstehen, es gibt Schwierigkeiten und Hindernisse, doch ist es die Aufgabe der Staatsmänner, alles in ihrer Macht Liegende zu tun, um solche Hindernisse

auszuebnen.» Der diese Worte sprach, war der Mann, der bereit war, Deutschland wieder aufzurüsten, ihm ein neues Heer und die modernsten Waffen anzuvertrauen.

Macmillans Rede auf der Britischen Botschaft, die folgenden Passus enthielt: «Das Tempo und die Qualität der Leistung, die euren Fortschritt auszeichnen, sind wahrhaftig erstaunlich und wie ich glaube einmalig in der Geschichte», entlockt Hughes die Bemerkung: «Waren dies wirklich die Worte des Premiers oder hatten wir sie — von Wein und Wodka übernommen, nur geträumt?»

Von der großen Feier zum 200. Geburtstag des großen schottischen Dichters Robert Burns — solche Feiern fanden in ganz Rußland statt — fühlte sich der Schotte in Macmillan besonders angesprochen. Er war erfreut über die Achtung, in der der Dichter beim Sowjetvolk steht. Er selbst, sagte Macmillan, liebe in Burns vor allem den grenzenlosen Glauben an den Wert und die Würde menschlicher Persönlichkeiten. Hughes wohnte während seines Moskauer Aufenthaltes im Heim Samuel Marshaks, des Verfassers von Geschichten für Kinder, der auch die Gedichte von Burns übersetzt hat. Als Hughes zum Sprechen aufgefordert wurde, schloß er auf russisch, wie Marshak mit Burns' Worten: «Es kommt, es kommt, trotz alledem, daß Mensch den Menschen aller Welt wird Bruder sein — trotz alledem.»

In der Atmosphäre des Leningrader Sonntags, als Macmillan in der Stadt herumspazierte und sich unter das Volk mischte, «schienen wir alle zu Pazifisten geworden zu sein», sagt Hughes. Macmillan hatte es sogar über sich gebracht, Chruschtschews diplomatischen Affront, den die britische Presse so ausschlachtete, zu übersehen. Er hatte die andere Backe geboten. Es wäre zu wünschen, meint Hughes, Eisenhower und Dulles täten desgleichen. Macmillan schien tatsächlich bereit, «Frieden statt Krieg zu spielen».

Es folgte Macmillans Rede vor dem Moskauer Fernsehschirm, die Möglichkeit, zu zehn Millionen Russen über England und das britische Commonwealth zu sprechen. Er pries den britischen Lebensstandard als den höchsten in Europa, die Freiheit der britischen Völker in aller Welt usw. Seine Hörer schienen allerdings nicht so ganz überzeugt zu sein. Wenn die britischen Völkerschaften so glücklich seien, meinte einer von ihnen, woher dann die Schwierigkeiten in Kenia, Rhodesien und Nyassaland? Und ist denn Südafrika nicht auch im britischen Commonwealth?

Auf der Rückreise nach England ließ Hughes seine Erlebnisse noch einmal an sich vorbeiziehen. Da war also Macmillan nicht nur in der Sowjetunion auf Besuch gewesen, nein, er war von Ort zu Ort gereist und hatte den Leuten jeden erdenklichen Erfolg gewünscht. Aber waren denn die Russen nicht Kommunisten? War es möglich, den Kalten Krieg zu beenden und Verständnis und Freundschaft mit Rußland herbeizuführen? Bewegte sich vielleicht Macmillan in dieser Richtung?

«Wenn wir im Westen überleben sollen», fügt Hughes hinzu, «dann muß es bei uns zu einer neuen politischen Einstellung kommen.»

Und — wie ein Echo des Buches von B e r n a l : «Es sind in jedem Land mächtige Interessen des Rüstungskapitals und der militärischen Hierarchie, die die Fortführung der jetzigen Rußlandpolitik des Westens verlangen, dasselbe kann gesagt werden von der internationalen Interessengemeinschaft, die sich um die NATO herum gebildet hat. Macmillan muß von dieser Seite den zähesten Widerstand gegen einen Abbau des Kalten Krieges erwarten.»

Hughes hält daran fest, daß der Kalte Krieg überwunden werden kann. Die Russen nehmen die Zukunft mit Fünf- und Sieben-Jahres-Plänen in Angriff. «Warum sollten wir ihnen nicht gegenübertreten mit einem Zehnjahresplan für die Welt, in welchem der Reichtum und die Energie, die heute für Kriegsvorbereitungen vergeudet werden, zum Einsatz kommen in der Überwindung von Hunger und Krankheit und Not, mit einem Plan, in welchem sich die industriellen Erfahrungen Amerikas und Westeuropas zusammenfinden mit dem russischen und chinesischen Anlauf zur Schaffung einer neuen Gesellschaft. Zusammen könnten sie eine neue Zivilisation schaffen.» *Millicent Furrer*

«Friedensvertrag mit Deutschland» ist der Titel einer Broschüre des Dr.-Richard-Elsner-Verlages in Göttingen. Dr. Elsner, der Verfasser, fordert den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 als Vorbedingung einer friedlichen Entwicklung im mitteleuropäischen Raum. Das wiedervereinigte Deutschland soll sich, nach Elsner, aus freiem Antrieb von militärischen Bindungen nach Ost oder West freihalten.

Eine selbstgewählte Neutralisierung Deutschlands wäre tatsächlich im Interesse der Befriedung Europas und der Welt zu wünschen. Nur steht sie leider zu den Realitäten der westdeutschen Politik in krassestem Widerspruch. Schon allein der Umstand, daß die hohen Chargen der neuen deutschen Wehrmacht von Hitler-Offizieren besetzt sind, ist ein Indiz, daß die Deutschen, die heute die Weichen stellen, keineswegs mit der Politik der Gewalt gebrochen haben. Hunderte von Nazi-Richtern, die die Bluturteile Hitlers unterschrieben und dennoch weiter amten, Ministerialräte und andere hohe Beamte der alten Garnitur, unter ihnen Globke, der Verfasser der Nürnberger Judengesetze, alle diese üblen Gestalten sind kennzeichnend für das geistige Bild des heutigen Deutschland. Begleiterscheinungen, wie die schändliche Zurücksetzung der Naziopfer und die antisemitischen Ausbrüche, bestätigen den Eindruck, daß die kleine Minderheit von Deutschen, die für eine neue Einstellung kämpft, mit allzu schwachen Kräften gegen den neuen Nationalismus des deutschen Bürgertums anrennen muß. Daß sich diese Schicht beim heutigen Stand der Dinge bereitfinde, auf die Gedanken des Verfassers einzugehen, halten wir für eine Illusion. *Red.*

Evangelium und Wirklichkeitsgestaltung

Der Mensch ist ein «zoon politikon», ein gesellschaftliches Wesen. Der einzelne Mensch kann weder materiell noch geistig außerhalb der Gesellschaft existieren. Karl Marx spricht mit Recht davon, daß man die Wirklichkeit begreifen muß vom Standpunkt der menschlichen Gesellschaft oder des «vergesellschafteten Menschen» aus.

«Der Bien», der Bienenstock, ist auch ein gesellschaftliches Wesen; keine einzelne Biene kann sich aus ihm lösen. Sie geht sofort zugrunde. Aber zwischen ihr und dem Menschen, zwischen Bienenstock und menschlicher Gesellschaft sind Unterschiede:

Der Mensch entwickelt diese Gesellschaft weiter. Immer neue Möglichkeiten der Gestaltung, der Arbeit, der Werkzeuge, der Methoden findet er, und von ihnen aus wird auch das Wesen dieser Gesellschaft, die Art, wie die einzelnen Menschen zusammengehören, umgebildet.

Der zweite Unterschied ist, daß der an diese Gesellschaft gefesselte Mensch in tiefsten Gegensatz zu dieser Gesellschaft geraten kann. Er kann sich in enttäuschtem Egoismus von ihr isolieren, ihr die Arbeit leisten, durch die er seine Existenz verdient, darüber hinaus aber nur sich selbst gehören — oder sogar um seines Egoismus willen die Gesellschaft ausnutzen, schädigen, gefährden.

Im Gegensatz zur Biene muß der Mensch also innerlich an die Gesellschaft gebunden sein. Er muß erkennen, was ihm diese Gesellschaft bedeutet, muß lieben, was sie ihm bietet, muß sich innerlich, in eigener Bestimmung, das heißt in Freiheit einordnen in ihr Wirken und Wollen; dann erst gehört er wirklich dazu.

Aber der Mensch kann gerade auch von seinem tiefsten Menschsein aus in Gegensatz zur bestehenden Gesellschaft geraten, weil er dies Menschsein in sich und anderen gefährdet und zertreten fühlt durch das, was die Gesellschaft ist und tut. In einer solchen Situation des Gegensatzes zwischen Mensch und Gesellschaft entstehen nun im Geiste des Menschen neue Zielsetzungen, neue Ideen, die ihn schauen lassen, was geschehen müßte, damit er sich wieder einordnen kann in diese Gesellschaft, welche Formen er schaffen müßte, damit er ihr wieder zugehören kann.

Hier ist nun der Punkt, wo Marxismus und Christentum das Geschehen verschieden deuten. Beide werden zugeben können, zugeben müssen, daß dieser Widerspruch immer wieder geschaffen wird von den wirtschaftlichen Verhältnissen, den Produktionsverhältnissen und ihrem Widerspruch zu den Produktivkräften. Entstehen nun aber auch die vorausschauenden Ideen, die das revolutionäre Streben der Menschen in Bewegung setzen, aus diesen wirtschaftlichen Verhältnissen? Oder entstehen sie nicht vielmehr aus dem Menschen, der sich von diesen Verhältnissen zerstört fühlt und nun Neubildungen der Gesellschaft sucht, ausdenkt, schaut, in denen dies Zerstören seines Wesens nicht mehr geschieht?

Hier sieht nun der Marxist das Schaffen der Materie. Sie schafft in der Biene und hat sie so gebildet, daß sie dem Stock dient, und hat mit ihr den Punkt erreicht, wo kein Weiterschaffen mehr möglich ist. Und so schafft die Materie im Menschen, treibt durch seine Erfindungsgabe neue Werkzeuge, neue Möglichkeiten, gewaltige Veränderungen hervor und sucht durch diesen Menschen, durch sein Gehirn, die Möglichkeiten, das Neue produktiv zu seinem und der ganzen Gesellschaft Wohle neu zu gestalten. Auch die Ideen sind für den Marxisten ein Stück des dialektischen Prozesses, in dem sich alles Geschehen vollzieht. In diesem Prozeß sind wir die Werkzeuge der Materie, und den Gesetzen dieses Prozesses sind wir untertan; diese bestehen als vom menschlichen Subjekt unabhängige Wirklichkeit, die wir Materie nennen. Sie bildet uns und diese Gesellschaft, und sie ist es auch, die durch uns die Gesellschaft weiterbildet.

Wir Christen haben keine Ursache, zu bestreiten, daß dieser dialektische Prozeß sich so zwischen Basis und Überbau vollzieht, daß also alles Ethos der Gesellschaft entsteht als ein Antworten des Menschen auf die Aufgaben, die ihm das fortschreitende Arbeitsleben in seinen Nöten und Kämpfen stellt. Von ihm getrieben, muß er immer neue, Menschsein tragende und fördernde Ordnungen erstreben, in denen er als Mensch sich einordnen kann.

Aber wir glauben in diesem Ordnen und Sicheinordnen einen Vorgang zu erkennen, in dem uns erst des Menschen Sein und Wesen wirklich erschlossen wird. In diesem Vorgang wird sich nämlich der Mensch dessen bewußt, daß er es selbst ist, der entscheiden kann, sich dem Trieb seines Vorteils und Genusses hinzugeben oder dem zu dienen, was mehr ist als er, der Gesellschaft. Und wie es der Mensch ist, der in persönlicher Verantwortung entscheidet, so ist es für den Christen nicht eine bloße aus der Materie geborene, das heißt durch eine bestimmte Gesellschaftsordnung und deren Nöte bedingte Idee, der gegenüber er sich zu entscheiden hat, sondern es ist ihm, dem persönlich Entscheidenden, auch ein persönlicher Anruf, von dem er zur Entscheidung aufgefordert wird, es ist der Ruf des persönlichen Gottes. Dieser Ruf geht durch alles Menschsein von der Schöpfung her, und er ist dem Menschen mitgegeben als das ewige Wort, durch das Gott ihn und die Welt schuf.

Immer wieder hat dieser Ruf Gottes die Menschheit weitergetrieben. Als sie in Sklaverei, in selbstzerstörender Üppigkeit, in egoistischer Machtgier und Sinnlichkeit zu versinken drohte, hat der Ruf Starke und Lebendige aufgerüttelt. Viele fühlten sich als Propheten eines Gottes, andere nur als Staatsmänner und Denker. Aber sie weckten die Leidenden und Gequälten zu neuer Schau und neuem Willen.

Natürlich war der vom Ruf Gottes getroffene Mensch gebunden durch die Geschichte der Gesellschaft, in der er stand und die er weiterentwickelte. Man kann nicht aus einem Zustand herausspringen in den, den man wünscht. In langsamem Ringen und Gestalten von Stufe

zu Stufe nur kann das Neue erreicht werden. Immer wieder brechen negative Kräfte in die Gestaltung ein. Und so steht eines Tages der Mensch vor dem, was er gestaltet hat, und erkennt, daß es ihm nicht gelungen ist, sein Sehnen zu erfüllen. Das Gewordene ist immer noch nicht das, was er in jenen Entscheidungen und Einsätzen begehrt und gewollt hat. Der Ruf Gottes, der ein heiliges Ziel in ihm geweckt hatte, war nicht verwirklicht worden. Er war der Ruf zum Unbedingten, zum Ganzen, zum Vollkommenen. Er war nicht mit den bestimmten Forderungen einer bestimmten werdenden Gesellschaftsordnung identisch, sondern er wies über sie hinaus. Er war nicht ein bloßer Überbau für die zukünftige, im Hoffen schon gegenwärtige Basis. Er war nicht durch die gesetzmäßige Entwicklung der Materie bedingt. Aber die Gestaltung, die sich im Gehorsam gegenüber diesem Ruf vollzog, unterlag den Möglichkeiten, die die bisherige gesellschaftliche Entwicklung in sich trug. Es konnte stets nur so viel verwirklicht werden, als entsprechend den gesellschaftlichen Gesetzen möglich war. Hier ist es, wo wir Christen die Tragik des Menschen sehen. In der Verheißung leuchtet ihm ein heiliges Ziel seines Seins und seiner Gesellschaftsgestaltung. Aber es ist dem Menschen nicht gegeben, dies Ziel in Reinheit zu verwirklichen. Der Ruf, der ihn trifft, ist Ruf zum Unbedingten und zum Vollkommenen. Die Gestaltung, die er schafft unter der Wirkung des Rufes, ist immer von der menschlichen Sünde und Unvollkommenheit mitbedingt, und deshalb gibt es kein Stehenbleiben bei erreichtem Ziel; sondern sofort muß er weiterringen zu dem noch Höheren, zu dem Ganzen, das ihm ahnend gezeigt ist und das er nicht erreicht. So vollzieht sich das Leben des einzelnen. So vollzieht sich das Leben der Menschheit. Es ist ein Ringen um das Geschaute.

Das, was als Verheißung über diesem Ringen steht und immer wiederkehrt, ist das Evangelium, deutlich geworden in Jesus Christus. Das, was die Menschen schaffen, wenn sie um eine neue Ordnung ihrer Gemeinschaft und Arbeit ringen, ist immer wieder das Gesetz. Sie glauben die fertige Gestaltung des Ersehnten zu haben und verfestigen sie in Gesetzen und Ordnungen.

Dies Gesetz wird dann die Grundlage für alle, die das Bestehende wollen und es deshalb als das Fertige idealisieren und zur höchsten Autorität gestalten. Aber dies Gesetz trägt auch immer etwas von jenen Energien in sich, die es schufen, und ruft deshalb immer wieder den Willen wach, «es zu erfüllen», dem Ausdruck zu geben in Tat, Leben, Gestaltung, was durch es hindurch und über es hinaus ruft. Deshalb ist es auch immer die Macht, die das Bewußtsein der Sünde weckt und Erzieher ist auf Christus, auf die Verheißung hin.

So erhebt sich uns über der Geschichte der Menschheit die gewaltige Schau dessen, der diese Geschichte in Bewegung setzte und in sie hinein jenes Wort legte, das als Verheißung sie ihrem Ziele zutreibt.

Dem allem steht der Marxismus mit dem Versuche gegenüber, dies alles als Utopie zu sehen und die Vorgänge selbst zu erklären, ohne

jene Macht des Sinnes zu schauen, die uns da deutlich wird, wo der Mensch als das Wesen erscheint, das, in sich selbst zur Entscheidung gerufen, der Verheißung begegnet und sich darin als das geheiligte Wesen erkennt, dem ewiges Ziel gezeigt und Ewigkeit verheißen ist.

Aus: Emil Fuchs «Christliche und marxistische Ethik», Koehler & Amelang, Leipzig 1958.

Zu einem Aufsatz über Leonhard Ragaz

Im Sinne der Verfasserin entnehmen wir der «Zürichsee-Zeitung» vom 5. August 1959 nachstehende Erwiderung auf den Artikel von Walter Nigg.

Schon am 16. Mai 1959 ist in der «Zürichseezeitung» ein Aufsatz von Walter Nigg «Die Tragik im Leben von Leonhard Ragaz» erschienen, der mir leider erst jetzt in die Hände gekommen ist. Ich glaube, daß es auch heute noch nicht zu spät ist, ein Wort darauf zu erwidern, das unbedingt gesagt werden muß.

Ich erinnere mich an einen Aufsatz von Ludwig Köhler in der «NZZ» nach dem Tode von Ragaz. Er, ein langjähriger Freund von Ragaz, hat ihn in diesem Aufsatz keineswegs geschont. Dennoch hat er sich am Ende vor ihm als vor einem großen Menschen verneigt.

Wenn dies bei Nigg nicht der Fall ist, so mag es vor allem daran liegen, daß er Ragaz nicht persönlich gekannt und von seinen Schriften nur einige wenige gelesen hat. Aber wir, die ihm im Leben nahegestanden haben, möchten uns die Größe, die Tiefe und das Schöpferische seines Wesens bewahren.

Es liegt nach meiner Überzeugung der ganzen Arbeit des sonst so fein- und scharfsinnigen Nigg ein Mißverständnis zugrunde. Er geht aus von der Besprechung zweier Arbeiten von Andreas Lindt und Markus Mattmüller, in denen die Ehrfurcht vor der großen Gestalt Ragaz gewahrt ist. Vielleicht hat aber gerade das unbedingte Ja dieser beiden Schriften die Kritik des immer wachen Nigg hervorgerufen. Vielleicht kann man auch zur Not begreifen, daß ein Religionsforscher ganz anderer Art und Richtung dieser schrankenlosen Anerkennung sich entgegengewendet hat.

Dennoch: war es nötig, war es sinnvoll, die Worte, die der Hausvater des theologischen Alumneums über den jungen Studenten Ragaz ins Hausbuch geschrieben hat, hier als maßgeblich anzuführen? Gerade weil der junge Ragaz so eigentümlich und verschlossen war, war doch noch jede Entwicklung seines Wesens möglich.

Gewiß war seine eigentliche Begabung nicht die spezifisch denkerische. Dennoch hat er wahrhaft große Gedanken gehabt, die freilich schon ihrer Art nach das bloß Denkerische überschritten. Man braucht nur sein großes Bibelwerk, die herrliche Arbeit über die Gleichnisse Jesu, oder die über Israel, Judentum und Christentum in die Hand zu nehmen, um die Mächtigkeit seines Geistes zu spüren,

die freilich nicht im bloßen Verstand, sondern in einem unmittelbaren Wissen um Leben und Tod, Schöpfung und Offenbarung, ihre letzten Wurzeln hatte.

Selbstverständlich ist in dem, was Nigg hier sagt, auch manches Richtige enthalten: er hat das gläubige Verhalten von Ragaz zum Christentum klar gesehen und gewußt, daß in ihm der Christ das erste war. Aber daß dem Christen «der Politiker auf dem Fuße folgte», daß zwischen diesen beiden kein Spannungsverhältnis bestand, wird ihm hier vorgeworfen. Und doch ist ja auch dies ein Zeichen, wie sehr sein ganzes Sein und Wirken mit religiöser Wahrheit durchtränkt war. Ja, gerade an dieser Stelle darf auch das Wort «prophetisch» fallen, das Nigg als unangemessen verwirft. Die vollkommene Identifikation mit der einem Menschen auferlegten Sache ist es ja, die die prophetische Wahrheit von der nur erkenntnismäßigen trennt. Nur sieht in der eigenen Zeit eine solche Identifikation anders aus als in der Ferne der Geschichte und Vorgeschichte, und selbst ein tiefblickender Zeuge sieht die Schlacken im Leben des Menschen, der ganz mit seiner Botschaft eins ist, in der Gegenwart deutlicher, als es in der Vergangenheit möglich ist. Menschen aber, die mit ihrer Botschaft identisch sind, können nicht wie bloße Denker «in guten Treuen über ihre Probleme diskutieren», und mir scheint gerade das, was Lindt in seiner Arbeit ausgesprochen hat: daß Ragaz jede entgegengesetzte Meinung seiner Nächsten als Verrat und Untreue empfunden hat, die prophetische Art seiner Wahrheit zu bestätigen.

Immer ist mit einer solchen Auserwählung auch ein Negatives verbunden. Die von Nigg so bitter gerügte Eitelkeit kann man Ragaz vielleicht nicht ganz absprechen, aber es ist doch völlig unmöglich, hier von einer «gespreizten Eitelkeit» zu reden. Eitelkeit — wenn man sie überhaupt so bezeichnen darf — war bei Ragaz wie eine Wunde, weil er an dem nicht vollkommenen Erfolg der ihm aufgegebenen Sache litt, an dem übrigens, wie Nigg selbst es weiß, keineswegs allein Ragaz, sondern auch die geschichtliche Lage die Schuld trug. Aber nirgends fällt auch nur ein Wort über die tiefe Bescheidenheit, mit der Ragaz sich allem unterordnete, was er als größer denn das Eigene empfand.

Deutlich sieht Nigg dann aber wieder, daß Ragaz seiner Sache große Opfer gebracht hat, ja er sagt ausdrücklich: «Für die religiös-soziale Bewegung hat keiner mehr getan denn Ragaz.» Er erwähnt auch, daß Ragaz seine Wohnung am Zürichberg und die Professur an der Universität aufgegeben hat und in ein Quartier in Außersihl gezogen ist, um unmittelbar auf die Arbeiter wirken zu können, und er erkennt die ganze Größe und Bedeutsamkeit dieses doppelten Opfers weitaus besser, als Köhler sie erkannte. Aber Nigg übersieht nicht den ganzen Weg von Ragaz, der keineswegs nur Mißerfolge gehabt hat, dem nicht nur als Münsterpfarrer in Basel, sondern auch während des Ersten Weltkrieges ein ungemeiner Erfolg beschieden war.

Die realen dynamischen Kräfte, die Nigg für die Beeinflussung der

Arbeiter fordert, hat Ragaz ganz gewiß besessen. Aber es war — und auch dies weiß Nigg — die geschichtliche Stunde selbst, die ihm den Weg zu der damaligen Arbeiterschaft verschloß, die, rein marxistisch geschult, eine religiöse Botschaft zu jener Zeit nicht aufnehmen konnte.

Daß Ragaz seinen Kampf für das Proletariat nicht als Politik, sondern als Nachfolge verstand, auch das gehört zu der vollen Identifizierung mit seiner Sache. Gewiß hatten die damaligen Arbeiter für diese Botschaft taube Ohren; daß sie aber den «Genossen Ragaz» gelegentlich als «Aushängeschild» benützten, zeigt doch, daß sie seine Bedeutung und etwas von seiner Überlegenheit ahnten. Manche fanden sich aber auch regelmäßig bei seinen Vorlesungen ein.

Und wie kann man die Worte vom Reich und dem lebendigen Gott, die Ragaz vielleicht dieser Arbeiterschaft gegenüber wirklich zu unvermittelt gebrauchte, gerade bei ihm für bloße Worte halten? In ihnen lag die ganze Gewalt einer aus dunklen Lebenstiefen ans Licht drängenden Persönlichkeit. Sein leidenschaftliches Eintreten für den Frieden der Völker, sein Ringen um eine erneuerte Schweiz, die ihm so sehr am Herzen lag, sprechen eine ganz andere Sprache. Seine seherisch-erhellenden, ganz vom Glauben geprägten politischen Aufsätze, gerade auch während der beiden Weltkriege, werden von Nigg überhaupt nicht erwähnt.

Unbestreitbar an dieser Kritik ist nur das eine, daß die letzte Arbeit von Ragaz, seine Autobiographie «Mein Weg», die er schon in schwerer Krankheit, in Hast und ohne die Korrektur noch lesen zu können, hingeworfen hat, weit hinter all seinen anderen Arbeiten zurücksteht. Wenn ich allein daran denke, mit welcher Lebendigkeit er einmal mündlich seine Bündner Jugend beschrieben hat, die an das großartige Buch von Renner «Der goldene Ring über Uri» erinnert, in dem die uralten Sagen der Bergler auf einzige Weise mit dem Christentum verschmolzen sind, so wird der ganze Unterschied zwischen den flüchtigen Aufzeichnungen des Schwerkranken und der gelebten Wirklichkeit seines Lebens klar. Gerade diese Erzählung seiner Jugend hat mir viel von dem kraftvoll Leidenschaftlichen und oft wunderbar Ursprünglichen seines Wesens erklärt.

Nigg kritisiert auch die religiös-soziale Bewegung, die von Ragaz mitbegründet wurde, und er spricht die Schuld daran, daß sie ihr Ziel nicht erreicht hat, paradoxerweise gerade dem Manne zu, der am meisten für sie getan hat; darin sieht er die Tragik des Lebens von Ragaz. Aber nicht Ragaz hat die Bewegung «in eine Sackgasse hineinmanövriert», geschweige denn daß er «zu ihrem Totengräber» geworden ist, sondern es war ein geschichtliches Verhängnis, an dem mehrere Menschen gemeinsam die Schuld trugen.

Nigg spricht auch von den vielen Spaltungen in der religiös-sozialen Bewegung. Während des Lebens von Ragaz hat es keine solche Spaltung gegeben. Freilich aber gegen das Ende seines Lebens eine schwerwiegende Differenz zwischen ihm und seinen zwei nächsten

Mitarbeitern, die seine letzten Jahre verdüstert hat. Diese eine Differenz war es auch, die nach der letzten, vielleicht großartigsten Rede von Ragaz dann unmittelbar nach seinem Tode die Bewegung in der Tiefe gespalten hat.

Es gibt jetzt zwei religiös-soziale Bewegungen, die beide sich im Dienst von Blumhardt und Ragaz verstehen. Diese Spaltung ist bitter zu beklagen, aber es ist unmöglich, die Schuld an ihr Ragaz aufzubürden. Es ist im Kleinen dieselbe Spaltung, die heute im Großen die Welt durchzieht.

So ist es unmöglich, bei dem, was die religiös-soziale Bewegung heute noch vertritt, von «Sektiererei» zu sprechen, da diese Bewegung auch heute wie einst um die geschichtlichen und politischen Entscheidungen geht. Die wesentlich von Ragaz begründeten «Neuen Wege», die weiter die eine Seite der religiös-sozialen Bewegung vertreten, sind gewiß nicht weniger lebendig, als sie in ihren Anfängen waren. Man braucht nur das letzte Heft der «Neuen Wege» in die Hand zu nehmen, um die Lebendigkeit und Aktualität der darin enthaltenen Arbeiten zu sehen, um das Lebendige dieser ganz im Geiste von Ragaz gehaltenen Problemstellungen zu erkennen. Daß dieser Zuschrift ein Erfolg in weiteren Kreisen versagt geblieben ist, sagt sicher nichts über ihren Wert oder Unwert aus. Der Erfolg ist ja immer ein zweifelhaftes Kriterium — ganz gewiß in einer Zeit wie der unseren, die mit dämonischen Kräften geladen ist, welche die Menschen entgegengesetzter Richtungen nicht mehr dieselbe Sprache sprechen lassen. Auch die Zeitschrift der anderen, uns zum Teil entgegengesetzten Gruppe, der «Aufbau», bringt lebendige und interessante Beiträge.

Nigg betrachtet die religiös-soziale Bewegung trotz der großen Namen ihrer Begründer: Kutter, Blumhardt, Ragaz, als gescheitert. Er spricht dies Scheitern aus in der Frage der biblischen Männer bei Jesaja: «Hüter, ist die Nacht bald hin?» Aber ist das nicht die Frage jeder weltgeschichtlichen Stunde und erfolgt auf sie in einer unerlösten Welt nicht immer wieder dieselbe mitternächtliche Antwort: «Kommt ein anderes Mal und fragt wieder.» *Margarete Susman*

Zum Gedenken an Professor Franz Linhart

(7. Oktober 1882 bis 18. April 1959)

Der Name Linhart ist vielleicht nicht allen Lesern der «Neuen Wege» bekannt, es ist aber das Verdienst von Linhart, daß wir in der Tschechoslowakei die «Neuen Wege» kennen. Und das ganze Werk und Schaffen von Leonhard Ragaz. Darum gedenken wir seiner in Dankbarkeit als des Mannes, der sein Stück Verantwortung eines gläubigen Christen für die Welt auf sich nahm.

Geboren in einer römisch-katholischen Familie in Mähren, blieb

er selbst bis zu seinem 29. Lebensjahr in der katholischen Kirche, die er im Jahre 1911 verließ, um Mitglied der evangelisch-reformierten Kirche zu werden. Als den Tag seines Übertrittes wählte er den 6. Juli, den Gedenktag des Meisters Johannes Hus. (Das Feiern des Gedenktages von Hus war in der Österreichisch-ungarischen Monarchie verboten.) Daß sich der junge Linhart auf diesen Schritt schon längere Zeit vorbereitet hatte, beweist die 1912 erfolgte Veröffentlichung seines ersten Buches unter dem Titel «Die tschechische Reformation». Ohne Einfluß ist dabei auch die modernistische Bewegung in der katholischen Kirche nicht geblieben. Ihre Verurteilung durch den Papst und der «antimodernistische Eid», den die katholischen Priester im Jahre 1910 ablegen mußten, haben viel Aufsehen erregt, und manche, die nicht gegen ihr Gewissen handeln wollten, haben lieber den Austritt aus der Kirche gewählt.

Linhart, ein Gymnasiallehrer (er lehrte die tschechische und die deutsche Sprache), widmete sich dem Studium der Philosophie und der Religion, und diesem Fach blieb er für immer treu. Im Jahre 1914 schrieb er in die «Philosophische Zeitschrift» eine Grundstudie: «Rundschau über die Religionsphilosophie».

Der Erste Weltkrieg brachte eine große Verwandlung seines ganzen Lebens, nicht nur im politischen, sondern auch im sozialen und religiösen Sinne. Die Österreichisch-ungarische Monarchie wurde zerschlagen. Auf den Trümmern des alten Reiches der Habsburger sind neue Staaten, unter ihnen auch ein selbständiger Staat der Tschechen und Slowaken, die Tschechoslowakische Republik, entstanden. Der nationale Gedanke stand natürlich im Vordergrund und spielte eine Rolle auch in den evangelischen Kreisen. Die Generalversammlung der evangelischen Kirchen beschloß 1918 um Weihnachten, daß sich Lutheraner und Calvinisten zu einer einzigen Kirche vereinen, welche den Namen Tschechisch-brüderliche evangelische Kirche annahm. Über 100 000 neue Mitglieder sind aus der katholischen in die neue Kirche übergetreten, die heute etwa 250 000 Anhänger zählt. Auf das Gesuch der Kirche um eine selbständige Fakultät für die Erziehung der Geistlichen hatte die Regierung 1919 die Hus-Fakultät errichtet. Um die Dozentur bewarb sich der gerade promovierte Doktor der Karls-Universität, Franz Linhart, mit einer Habilitationsarbeit: «Die Grundlage und die Methode der heutigen Religionsphilosophie». Mit dem Wintersemester 1921/22 verließ Linhart die Mittelschule und widmete sich der Tätigkeit an der Fakultät. Zuerst für die evangelischen Studenten, bald darauf auch für Studenten der tschechoslowakischen Kirche, unter denen er viele Freunde gewann.

Die tschechoslowakische Kirche wurde am 8. Januar 1920 auf einer Versammlung der katholischen Priester gegründet, nachdem der Papst Reformen der römischen Kirche abgelehnt hatte. Sie war ein Protest gegen die enge Verbindung von Hierarchie und Monarchie, aus welcher das Mißtrauen des Volkes gegen die Kirche wuchs. Als Ziel

hatte sich die Kirche die Verkündigung des Evangeliums Jesu an den modernen Menschen, der in neuen politischen und sozialen Verhältnissen lebt, gestellt. Die Betonung der sozialen Seite des Evangeliums hatte der neuen Kirche viel Verständnis in der Arbeiterklasse gewonnen. (Bei der ersten Volkszählung im Jahre 1921 hatte sie schon über eine halbe Million Mitglieder, davon 54,9 Prozent Arbeiter.) Ihre Studenten bereiten sich auf der Hus-Fakultät — zusammen mit den evangelischen — vor. Einige Professoren haben sie gemeinsam, unter ihnen war auch Prof. Linhart.

Die soziale Frage und ihre Lösung — das war das wichtigste Problem schon am Anfang der Tschechoslowakischen Republik. Aber das offizielle Christentum hatte vor der sozialen Frage versagt. Die christlichen Worte Liebe, Gerechtigkeit, Wahrheit und Hoffnung waren durch die Praxis der Kirchen entleert worden. Wo sollte die breite Masse ihre Hilfe suchen?

Professor Linhart kannte die Lage. Schon 1918 informierte er die tschechische Öffentlichkeit über die religiös-soziale Bewegung von Leonhard Ragaz in der Schweiz. Als gläubiger Christ und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei bemühte er sich um eine Annäherung des Christentums und des Sozialismus nach dem Beispiel seines Freundes und Lehrers Leonhard Ragaz.

Zuerst mußte er aber die Grundlagen seines Faches, der Religionsphilosophie, legen. In der evangelischen Revue «Kalich» (Kelch) veröffentlichte er:

Die Grundlage der Religionsphilosophie (1922), Das Problem der religiösen Erkenntnis (1922), Moralität und Religion (1923), Die Substanz der Religion (1925), Kants Einfluß auf das religiöse Denken (1924).

Im Jahre 1927 nimmt er am VIII. Internationalen Kongreß für den Fortschritt in der Religion teil (Prag, September), dessen Botschaft über die Notwendigkeit einer lebendigen Religion, die den Problemen des modernen Lebens nicht ausweicht, ihn in seiner Richtung gestärkt hatte.

Der Einfluß der Theologie von Karl Barth in seiner Kirche zwang ihn zu einer Diskussion über die Theologie überhaupt. Er wünschte eine Theologie, die auf Erfahrung gegründet war, eine «empirische» Theologie. Für diese Diskussion schrieb er: «Theologische Schule Barths und ein neuer Kampf um Schleiermacher» (1926).

Mit den wachsenden sozialen Kämpfen in der Ersten Republik, besonders in der Krisenzeit nach 1932, trat die soziale Frage in das Zentrum des Interesses von Professor Linhart. Er gründete die Vereinigung der religiösen Sozialisten in der Tschechoslowakei und wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Er publizierte das Büchlein «Leonhard Ragaz, ein Prophet unserer Zeit». Er übersetzte das Buch von Ragaz «Von Christus zu Marx — von Marx zu Christus» (1935). Ein Jahr später veröffentlichte er das Buch von John MacMurray

«Creative Society. Study of the Relation of Christianity to Communism» (1936).

Im Jahre 1936 erscheint die erste Nummer der Zeitschrift «Nová cesta» (Der neue Weg) mit der Zielsetzung im Untertitel «Ein Blatt für die religiöse und soziale Erneuerung». Die Zeitschrift bringt grundsätzliche Artikel über das Verhältnis von Religion und Politik, verbreitet das Programm der religiös-sozialen Bewegung, informiert über die politische Entwicklung in der Welt, speziell über die Zustände in Deutschland nach Hitlers Machtübernahme. Alle Formen des Faschismus, besonders in der Form des Nationalsozialismus, wurden von Prof. Linhart tapfer bekämpft. Die «Nová cesta» wurde gleich nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Deutschen 1939 verboten.

Als die Zeit zum Kriege reift und alle Anstrengungen, den Krieg zu vermeiden, scheitern, gibt er das Buch von Leonhard Ragaz und Otto Bauer «Der neue Himmel und die neue Erde» heraus (1938). Im Vorwort schreibt er: «Wir sind überzeugt, daß gerade in der heutigen Zeit, wo es immer mehr klar wird, daß die ganze alte Welt (zu der auch das offizielle Christentum und der offizielle Sozialismus gehören) sich im Zerfall befindet, hat die religiös-soziale Bewegung etwas zu sagen — der Welt und auch unserer Nation, welche nach der heurigen tragischen Erschütterung (gemeint ist das Münchener Abkommen, durch das die Tschechoslowakei von den westlichen Großmächten an Hitler ausgeliefert wurde), bewirkt durch die Kräfte der alten Welt, ihr neues nationales Leben jetzt auf neuen Grundlagen bauen muß . . .»

Während der Okkupation schrieb Linhart in die evangelische Revue «Kalich» und gab ein Buch «Die Bedeutung Jesu in der Geschichte» heraus, in welchem er die antike und die biblische Denkweise gegenüberstellt. Linhart wandte sich darin gegen die Spiritualisierung des christlichen Glaubens und die Tendenz, das Gottesreich als nur geistige Größe anzunehmen. Im Sinne von Lukas 17, 21, der Stelle, die ja meistens mit «inwendig in euch» anstatt mit «unter euch» übersetzt wird.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in den neuen politischen Verhältnissen der volksdemokratischen Tschechoslowakischen Republik, entfaltet Prof. Linhart eine vielseitige Tätigkeit durch Vorlesungen und Beiträge in verschiedenen Zeitschriften der kirchlichen und politischen Presse.

Die Leser der «Neuen Wege» werden sich vielleicht an seinen Artikel: «Zur Lage des religiösen Sozialismus in der Tschechoslowakei» erinnern (1946). In einem umfangreichen Vortrag vor der theologischen Konferenz der Geistlichen der tschechoslowakischen Kirche (1946): «Der dialektische Materialismus und das Christentum», bemüht sich Linhart um eine Versöhnung, ja sogar um eine Synthese der beiden Größen, des Christentums und des Kommunismus, was ihm Kritik von beiden Seiten einbringt.

In seinem Buche «Religion und Weltanschauung» (1949) finden sich wieder die Worte von L. Ragaz vom Evangelium Jesu als dem Anfang einer Weltrevolution, gegen die das kirchliche Christentum eine Konterrevolution ist. «Es ist heute notwendig, die große Konterrevolution des historischen Christentums zu überwinden und die Weltrevolution, die Jesus angefangen hatte, fortzusetzen. Es endet ein großer Zeitabschnitt in der Geschichte der Menschheit und ein neuer beginnt. Die Aufgabe unserer und der kommenden Zeit ist, die Weltrevolution zu Ende zu führen. Darum kann sich diese Revolution nicht nur auf das politische, soziale und wirtschaftliche Leben beschränken; es muß auch eine Revolution des Denkens und der Kultur, des Geistes und der Moral, es muß eine Revolution des ganzen Lebens sein, also in diesem Sinne eine religiöse Revolution» . . . «Die Aufgabe unserer und der kommenden Zeit ist es, nach der Bildung einer universalen menschlichen Gesellschaft zu streben, die gegründet ist auf der Gemeinschaft aller Menschen und Völker. Das ist im Grunde eine religiöse Aufgabe, das ist der Sinn der Religion . . .»

Wo immer Linhart alle seine Kräfte für die sozialistische Gesellschaft einsetzte, da war immer die Sache des Gottesreiches in seinem Herzen, und diese stand über der Politik und über der Religion.

Mit der Schweiz fühlte sich Linhart durch die Freundschaft mit Ragaz sehr verbunden. Ich erinnere mich an zwei besondere Erlebnisse. Einmal war es seine große Freude, als L. Ragaz gegen den Naziüberfall auf die Tschechoslowakei protestierte. Das war eine Stimme von außen, die zeigte, daß wir nicht verlassen waren.

Ein zweites Erlebnis war sehr traurig. Das war in Verbindung mit der internationalen religiös-sozialen Konferenz in Holland (1949). Ein Pfarrer aus der Schweiz hatte sich damals geäußert, daß es gut sei, daß die tschechoslowakische Delegation nicht teilnehmen konnte (Nichterteilung des Visums), weil man entweder für sie oder für die Wahrheit Angst haben müßte. Prof. Linhart war sehr betrübt, denn die Wahrheit und Wahrhaftigkeit waren eine Grundbedingung für alles, was er tat.

Sein langes Leiden hatte Prof. Linhart seit Jahren der Zusammenarbeit entzogen. Und nun ist er still von uns gegangen.

In Dankbarkeit für das Leben und Schaffen unseres Bruders Franz Linhart schreibe ich diese Zeilen. Dankbar auch persönlich für alles, was ich von ihm als meinem Lehrer auf der Fakultät bekommen habe. In manchem waren wir verschiedener Meinung, aber das hat uns nie getrennt.

Ich sehe ihn vor mir. Das Blatt seiner Vorlesung dicht vor den Augen, denn er war sehr kurzsichtig. Doch sah er weit in die Zukunft, und sein Gesicht strahlte, wenn er über das freudige Leben der menschlichen Gemeinschaft unter Gottes Walten sprach.

Miroslav Novák

Der Frauenkongreß von Brunate

(Schluß)

«Was das Cäsium 137 (des radioaktiven Ausfalls) betrifft», so sagte Dr. Laborde weiter, «so stellt es mit Sicherheit eine genetische Gefährdung dar, da es sich in den Reproduktionsorganen festsetzt und daselbst, infolge seiner stark durchdringenden Strahlung, Mutationen der Erbmasse veranlaßt», die, vom Moment ihres Erscheinens an, Erbschäden setzen. Es scheint keinen Schwellenwert für die Strahlung zu geben, und jede Dosis, so gering sie auch sein mag, wirkt sich mutationserzeugend aus.

Nach dem Genetiker der Sorbonne, Professor L'Héritier, ist die Mutationsquote mit 5 zu multiplizieren. Das bedeutet also fünfmal mehr Bluter, Taubstumme, Herzkranke, Geisteskranke und Erbschäden aller Art. «Wir stehen also hier einer ernsten Bedrohung gegenüber, einer Bedrohung von langer Auswirkung, mit der die Versuchsexplosionen die Menschheit belastet haben.»

Die Behauptung, wonach die radioaktive Gefahr bei der als «saubere Bombe» bezeichneten Wasserstoffbombe vermieden werde, ist ein «Mythus». Die Wasserstoffbombe, im Gegensatz zur Atombombe, wie sie in Hiroshima verwendet wurde, beruht nicht auf der Spaltung (Fission) bestimmter schwerer Atome, sondern auf der Vereinigung (Fusion) der Atomkerne bestimmter leichter Atome. Die Gewinnung der mehrere Millionen Grad betragenden Temperatur, bei der die nahezu 800 Quadratkilometer zerstörende Wasserstoffbombe explodiert, verlangt als Zünder die Verwendung einer gewöhnlichen Atombombe, deren Explosion mit der Bildung der erwähnten gefährlichen radioaktiven Spaltprodukte verknüpft ist.

Wie Dr. Laborde hervorhob, «bildet sich außerdem bei der Explosion dieser beiden Bomben eine Menge von Neutronen, die einen Teil des Luftstickstoffes in Kohlenstoff 14 verwandeln, dessen Radioaktivität in 5000 Jahren nur auf die Hälfte zurückgeht.»

«Dadurch wird eine der gefährlichsten radioaktiven Substanzen erzeugt. Von den Pflanzen — und in der Folge vom menschlichen Organismus — aufgenommen, gelangt der Kohlenstoff 14 in die reproduktiven Zellen und vermag in dieser Weise genetische Wirkungen hervorzurufen, deren Umfang uns noch unbekannt ist.»

Seit einem Jahr sind die Versuchsexplosionen, dank der Physikerkonferenz von Genf, suspendiert. Sollten sie wieder aufgenommen werden, so ist es sicher, daß sich allmählich eine allgemeine, immer bedeutender werdende Verseuchung der Luft, des Wassers, des Erdbodens und als Folge derselben aller lebenden Wesen entwickeln wird. «Wenn wir warten wollen, bis die Versuchsexplosionen bei unseren Kindern Verwüstungen hervorgebracht haben, die jeder konstatieren kann, dann wird es zum Protestieren zu spät sein.»

Dr. Laborde schloß ihren hochbedeutenden Vortrag mit den aufrüttelnden Worten Einsteins: «Wir können nicht nachlassen in unseren Anstrengungen, den Völkern der Welt und vor allem ihren Regierungen das unerhörte Unheil ins Bewußtsein zu bringen, das sie mit Sicherheit veranlassen werden, wenn sie nicht ihr Verhalten zueinander und ihre Art, die Zukunft zu erfassen, ändern.» Sie knüpfte daran den Wunsch, daß die Völker gegen den Rüstungswettlauf revoltieren, der das Vorspiel einer Katastrophe ohnegleichen ist.

Noch unterstrichen wurde die Gefahr, in der sich die Völker der ganzen Erde heute befinden, durch Frau Dr. Küpferle, die sich am Radiologischen Institut der Universität Freiburg i. Br. mit der Wirkung der ionisierenden Strahlen auf den Organismus befaßt. «Es ist furchtbar, zu denken, was wird, wenn die Versuche nicht aufgegeben werden. Alles muß zurückstehen gegenüber der biologischen Gefährdung», sagte sie, die selbst als Mutter eines ohne Beine zur Welt gekommenen Kindes und eigener nicht zur Ausheilung kommender Strahlenschäden ein Opfer dieser Gefährdung ist. Der Grad der letzteren erweist sich als um so größer, je weiter die wissenschaftliche Forschung über die Zusammensetzung des radioaktiven Ausfalls der Versuchsexplosionen Aufklärung zu geben vermag. So wurde im vergangenen Jahr an der Universität Freiburg i. Br. ein neues Isotop, das Wolfram 185, im «fall out» aufgefunden, das sich in unserem Organismus anreichert und noch weit stärkere biologische Wirkungen besitzt als das Strontium 90. Heute schon ist festgestellt, daß die Neugeborenen weniger stark sind als früher. Es gibt Stoffe, die die Strahlenwirkung beeinflussen. So wird der Effekt der den Gammastrahlen der radioaktiven Substanzen nahestehenden X-Strahlen durch Barbitursäure verdoppelt, und Äther bewirkt den sicheren Tod. (Von Wichtigkeit bei der Verbreitung der Barbitursäurepräparate als Schlafmittel und des Aethers als Bestandteil zahlreicher Kosmetika. Die Ref.)

In der von der Berichterstatterin über das betreffende Gebiet geleiteten Kommission beantwortete Frau Dr. Laborde noch von den Teilnehmerinnen gestellte Fragen. In ihren Antworten betonte sie:

. . . daß es keinen Schutz gegen Atomstrahlen gibt;

. . . daß man versucht, die Gefährdung durch sie zu bagatellisieren;

. . . daß schon jetzt die Zahl der Leukämiefälle um das Zehnfache gegenüber der Norm gestiegen ist;

. . . daß außerdem Starerkrankungen und Hautverbrennungen häufige Folgen sind;

. . . daß zu der tatsächlichen Gefahr diejenige der Kriegsvorbereitung kommt, die gewissermaßen das Vorspiel darstellt zu der entsetzlichen Katastrophe eines Atomkrieges.

Die von Frau Dr. Laborde geleitete Kommission faßte zum Schluß ihre Arbeit in einer Resolution zusammen, die mit folgenden bemerkenswerten Sätzen schließt:

«Darum besorgt, ihre Kinder zu beschützen, haben die Frauen die Pflicht, sich alle mit dem Ziel zu vereinigen, die Atomgefahr zu beseitigen. Sie verlangen eine internationale Verständigung über die sofortige Einstellung der durch nichts zu rechtfertigenden Versuchsexplosionen, die nicht allein eine Vorbereitung auf den Atomkrieg, sondern zugleich eine ständige Gefahr für die Gesundheit und eine Bedrohung für die Entwicklung der künftigen Generationen darstellen.

Die endgültige Einstellung der atomaren Versuchsexplosionen irgendwelcher Art wird der erste auf eine allgemeine Abrüstung hinzielende Schritt sein, die alle Bevölkerungen anstreben.»

Außerdem wurde an die Expertenkommission für die Sistierung der Kernversuche ein Appell gerichtet, der mit folgendem Absatz schließt:

« Sie (die in Brunate zusammengekommenen Frauen) verlangen von den in Genf versammelten Wissenschaftern, daß sie ihr Wissen und ihre Autorität benutzen, um die sofortige Einstellung der durch nichts zu rechtfertigenden Kernversuche zu fordern, die nicht allein eine Vorbereitung auf den Atomkrieg darstellen, sondern zugleich eine dauernde Gefahr für die Gesundheit ihrer Kinder, eine Bedrohung der Entwicklung der zukünftigen Generationen repräsentieren.»

Resolution und Appell wurden im Plenum einstimmig angenommen und beschlossen, dieselben, wie die Resolutionen der anderen Kommissionen, durch eine Delegation des Kongresses in Genf überreichen zu lassen.

Gertrud Woker

Vom Internationalen Bund religiöser Sozialisten

Vom 3. bis 8. August tagte der Internationale Bund religiöser Sozialisten, der normalerweise alle drei Jahre seine Konferenzen abhält, auf der Boldern ob Männedorf. Aus Westdeutschland, Holland, Schweden und der Schweiz waren rund 30 Abgeordnete der Landesvereinigungen und sonstige Teilnehmer erschienen; dazu kam eine ganze Reisegesellschaft aus Schweden, Mitglieder unserer dortigen Organisation, die als Gäste den Verhandlungen beiwohnten und alle Vorträge und Voten fortlaufend übersetzt erhielten.

Mein Eindruck von der Tagung ist zwiespältig. Der herrliche Naturrahmen, das schöne Wetter, die gastfreundliche Unterkunft in der neuen, gediegenen Heimstätte der Reformierten Kirche des Kantons Zürich, die gemeinsamen Ausflüge und der anregende Verkehr unter den Konferenzteilnehmern — das alles schuf eine Atmosphäre, in der man sich wohlfühlen konnte. Und doch konnte unsereinen der sachliche Verlauf der Tagung nicht befriedigen. Das Gesamtthema «Unsere Aufgabe in der sozialistischen Bewegung» hätte zwar die Möglich-

keit geboten, die chronische Krise des westlichen Sozialismus, die sich von Jahr zu Jahr verschärft, gründlich zu beleuchten und vom evangelischen Boden aus Wege zu ihrer Überwindung zu zeigen, in Hinsicht auf die wirtschaftlichen, sozialen und innerpolitischen Fragen wie auf die internationalen Spannungen. Aber die Beschränkung der Vorträge auf die «sozialen Strukturänderungen im Zeitalter des Wohlfahrtsstaates» und ihren Einfluß auf Denken und Verhalten der Menschen, ergänzt durch einen Vortrag über die Neugestaltung der Bildungsarbeit, dazu die Auswahl der Referenten (Pfarrer Zetterberg, Schweden, Professor Max Weber, Schweiz, Dr. E. Thier, Deutschland, Dr. van Biemen, Holland) und die Art und Weise, wie die meisten von ihnen ihre Aufgabe angriffen, setzte einem solchen Unterfangen von vornherein enge Grenzen. Und wer etwa trotzdem einen Versuch machte, die Aussprache auf die konkreten, brennenden Fragen der sozialistischen Bewegung und auf unseren Beitrag zu ihrer Bewältigung zu lenken, fand insgesamt nur schwachen Widerhall. Das Wesentliche, das gerade wir, als christlich ausgerichtete Sozialisten, in die heutige Weltlage hinein sagen müßten, blieb so ungesagt und kam höchstens in den Diskussionen am Rande der Konferenz zur Geltung.

Der Grund dafür braucht nicht weit gesucht zu werden. Die meisten Landesvereinigungen unserer Internationale sind so eng mit «ihren» sozialdemokratischen Parteien verbunden — die große schwedische Organisation ist sogar gesamthaft der schwedischen Arbeiterpartei angeschlossen —, daß sie, wie sich schon an der Frankfurter Konferenz des Bundes von 1955 gezeigt hatte, einer Kritik an der Haltung dieser Parteien aus christlicher Sicht möglichst aus dem Wege gehen, wenn sie sich nicht gar entrüstet über solche Ketzerei aufhalten. Aufs neue hat sich uns so bestätigt, wie verhängnisvoll es war, daß sich der Internationale Bund religiöser Sozialisten in seiner 1952 revidierten Prinzipienerklärung ausdrücklich auf die «Grundsätze für die Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus» beruft, die im Programm der Sozialdemokratischen Internationale von 1951 enthalten sind. Unsere religiössoziale Vereinigung hatte diesen Abschnitt vergeblich schon an der internationalen Konferenz von Nykoeping (Schweden) bekämpft, hatte dann in Frankfurt 1955 ebenso vergeblich einen Antrag auf Streichung der für uns anstößigen pauschalen Bezugnahme auf das Programm einer politischen Partei verteidigt und schlug nun auch auf Boldern deren Ersetzung durch eine Formulierung vor, die einfach erklärte, daß wir «in Übereinstimmung mit den Grundsätzen eines freiheitlichen Sozialismus nach größerer Wohlfahrt und sozialer Gerechtigkeit, nach Freiheit und Frieden der Welt streben» wollen. (Der ursprüngliche Wortlaut unseres Antrages war zugunsten dieser Formulierung im Sinn eines Entgegenkommens an die «andere Seite» fallen gelassen worden.) Wir betonten neuerdings, daß wir vor allem grundsätzlich keinerlei Bindung an das Programm irgendeiner Gruppe von politischen Parteien anzuerkennen vermöchten, die ja von

ganz anderen Grundauffassungen ausgehen als wir religiösen Sozialisten. Aber auch der sachliche Inhalt des Programms der Sozialistischen Internationale — so legten wir dar — kann von uns keineswegs als Ganzes übernommen werden, ist es doch ein ausgesprochenes Erzeugnis des Kalten Krieges und durch die seit 1951 eingetretene Entwicklung der Weltlage noch mehr überholt, als dies schon damals der Fall war. Wir wollen den einzelnen Landesvereinigungen unseres Bundes keine Vorschriften für ihre Beziehungen zu den sozialdemokratischen Parteien machen, lehnen es aber auch für uns ab, auf die Ideologie dieser Parteien festgelegt zu werden.

Die Aussprache offenbarte deutlich die Verlegenheit, in der sich eine Reihe von Delegierten und anderen Konferenzteilnehmern in bezug auf die Frage der Unabhängigkeit von allen politischen Parteien befanden. Schließlich wurde aber unser Antrag, der auch die Unterstützung der Fédération Romande des Socialistes religieux und der durch sie mitvertretenen französischen Gruppe fand, mit vier gegen drei Stimmen abgelehnt. (Jedes Land hat zwei Stimmen; da in der Schweiz neben unserer Religiössozialen Vereinigung noch die Neue Religiössoziale Vereinigung besteht, hat jede dieser beiden Gruppen je eine Stimme, während die welsche Gruppe nur dank der Abwesenheit einer französischen Delegation Stimmrecht hatte.) Die beiden deutschschweizerischen Vereinigungen und die romanisch-französische Föderation stimmten für unseren Antrag, je eine holländische und schwedische Stimme sowie die beiden deutschen Stimmen wurden gegen unseren Antrag abgegeben, während sich, wenn wir nicht irren, ein holländischer und ein schwedischer Delegierter der Stimme enthielten.

Wir stellten nach der Abstimmung die Frage, ob Vereinigungen, die die Prinzipienerklärung des Internationalen Bundes in einem wichtigen Punkt nicht anerkennen, auch weiterhin Bundesmitglieder bleiben könnten. Die Konferenz als solche gab darauf keine klare Antwort, doch meinte der Präsident, er sehe keinen Grund dafür, daß diese Landesvereinigungen nun aus dem Bund austreten müßten. Es wird also Sache der betreffenden Gruppen sein, sich über ihre weitere Zugehörigkeit zum Bund auszusprechen.

Die übrigen Traktanden gaben keinen Anlaß zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen. Die Deutschen, die heftige und wenig sachliche Kritik an der Bundesleitung übten, werden für die nächsten drei Jahre den neugeschaffenen Posten eines zweiten Vizepräsidenten zu besetzen haben, während das Präsidium des Bundes, das seit acht Jahren in den Händen von Professor Willem Banning (Holland) lag, gemäß einmütigem Beschluß auf den bisherigen Sekretär, Dr. Adrian van Biemen, übergeht, der ja mit allen Fragen, die die Tätigkeit (oder Untätigkeit?) des Bundes angehen, aufs beste vertraut ist. *H. K.*

Vierzehnter internationaler Kongreß der IFFF in Stockholm vom 27. bis 31. Juli 1959

Der von der schwedischen Sektion ausgezeichnet organisierte Kongreß der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit fand im Reichstagsgebäude statt, auf welchem die Flaggen der aus sechzehn Ländern anwesenden Delegierten gehißt waren. Im Stadthaus, einem in seiner harmonischen Verbindung von Stein, Gold und Farbe eigenartig schönen Bau, bereitete die Behörde den 250 Kongreßteilnehmern einen offiziellen Empfang.

Wir Schweizerinnen schätzten diese freundliche Einstellung einer Friedensorganisation gegenüber ganz besonders. Auch haben alle schwedischen Zeitungen von Belang den Kongreß angezeigt, und am Rundfunk wurde eine halbstündige Pressekonferenz übertragen. Das sonnige Wetter und die gelöste Atmosphäre bildeten im Gastland den äußern Rahmen für die mit Arbeit ausgefüllten Tage.

Das Thema des Kongresses «Andere Mittel als die Gewalt» wurde in drei Arbeitsgruppen: a) Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten; b) Politische Lösungen; c) Weltentwicklung und Weltabrüstung, behandelt. Den Teilnehmerinnen waren schon vorher gründlich vorbereitete Unterlagen zum jeweiligen Thema zugestellt worden.

Der amerikanische Atomwissenschafter und Nobelpreisträger L i n u s P a u l i n g war der Einladung der IFFF und anderer Organisationen, nach Stockholm zu kommen, gefolgt, wo er am Kongreß und am darauffolgenden Tag an einer öffentlichen Versammlung sprach. Seine schlichten, von großem Ernst getragenen Ansprachen zeigten mit letzter Deutlichkeit, w i e gefährlich die den Weltfrieden gefährdenden Mächte sind. Im wesentlichen sagte er: Die Welt kann nur gerettet werden, wenn der einzelne Mensch wieder denken kann und will und nicht einfach die jetzige Situation als gegeben hinnimmt. Die Wissenschafter sind sehr aktiv, und dank ihnen bahnt sich jetzt eine Wendung an. Töten ist jetzt billig geworden, mit drei Kilo Sprengmaterial kann man 100 000 Menschen umbringen; mit 300 Bomben — die Herstellung der Superbombe ist jetzt ganz billig — kann die ganze Bevölkerung von Amerika vernichtet werden, und mit dem bestehenden Bombenvorrat der USA und Rußlands könnte die gesamte Weltbevölkerung fünfzehnmal ausgerottet werden. Die Rüstungsausgaben betragen zwei Drittel des Gesamteinkommens der Welt. Persönliche Freiheit ist wichtig, aber Krieg, Nationalismus, Militarismus sind Feinde der Freiheit des Individuums, und daher muß z u e r s t der Militarismus bekämpft werden. Der Krieg kann infolge eines psychologischen oder technischen Irrtums ausbrechen, und dann wird die ganze Zivilisation zerstört. Die Gründung eines Forschungszentrums für den Weltfrieden, wo Tausende

von Wissenschaftern versuchen, Vorschläge für Lösungen der gegenwärtigen Probleme zu finden, ist notwendig. Die Kosten für ein solches Institut würden nur einen Prozent der heutigen Militärausgaben ausmachen. Verhandlungen, internationale Vereinbarungen, ein internationales Gesetz müssen anstelle von Krieg treten. Es hat lange gedauert, bis der Referent begriffen hat, daß Regierungen, Nationen unmoralisch sein können, denn sie sagen: Du sollst nicht töten, und im gleichen Augenblick befehlen sie zu töten. Es stellt sich daher die Frage, ob ein moralischer Mensch seine Nation noch vertreten kann. Durch die Vernunft muß der Mensch erkennen, daß die Aufrüstung mit Nuklearwaffen zum Krieg führen muß. Die neuesten Zerstörungswaffen müssen die Nationen zwingen, moralisch zu werden. Daß die IFFF, die seit ihrer Gründung im Jahre 1915 die totale Abrüstung in allen Ländern fordert, den Atomforscher Linus Pauling unterstützt, muß wohl nicht betont werden.

Bei Selma Lagerlöf, Ehrenmitglied der schwedischen Sektion der IFFF, lesen wir: «Die erste Pflicht der Frau ist, die Welt vor Zerstörung zu bewahren.» Dafür setzten sich diese Frauen aus den fünf Erdteilen ein, die sich bemühten, in gegenseitiger Respektierung verschiedener politischer Auffassung mit all ihren zur Verfügung stehenden Fähigkeiten, Kräften und Erfahrungen, Möglichkeiten ausfindig zu machen, die zu einer Entspannung der verfahrenen politischen Weltlage führen könnten. Aus den Diskussionen ergab sich, daß Drohungen nicht länger als Weg zu Lösungen betrachtet werden können, weil sie unbrauchbar und unmoralisch sind. Als das Thema «Gewaltlosigkeit» zur Sprache kam, sagte die erste Vorsitzende der Kommission für politische Lösungen, die in Indien als Ärztin tätige ehemalige Sekretärin von Gandhi, daß schon zur Zeit Buddhas Gewaltlosigkeit die Gemüter der einzelnen Menschen stark beschäftigt habe. Tolstoj habe an Gandhi geschrieben, gewaltloses Vorgehen könne mit Erfolg auf nationale und internationale Probleme angewendet werden. Wer sich für diese Kampfart, wie Fasten, Protestaktionen, Nichtbeachtung gewisser Gesetze, entscheidet, muß bereit sein, Brutalitäten ohne Furcht und Zorn über sich ergehen zu lassen. Gandhis Mut und Selbstaufopferung brachte die Inhaber der Macht zum Nachdenken, und die Praxis des Dreinschlagens wurde in Frage gestellt. Die Technik des gewaltlosen Vorgehens wird jetzt an der Universität von Michigan studiert und ebenso in Oslo am Forschungszentrum für den Frieden, wo Galtung, der Verfasser des Buches «Verteidigung ohne Waffen» Vorlesungen hält. Wenn das Vertrauen in den Erfolg der Gewaltlosigkeit wächst, wird Nansens Wort «Das Unmögliche ist ganz nahe beim Möglichen» sich bewahrheiten.

Es wurde empfohlen, die Charta der Vereinten Nationen zu studieren und den Internationalen Gerichtshof, wie die UNO, als Organisation, die am ehesten imstande ist, nationale und internationale Konflikte zu schlichten, aufs entschiedenste zu unterstützen. Die aus der

Presse kaum ersichtliche aufbauende Arbeit der UNO und ihrer Zweigorganisationen wurde sichtbar aus den Berichten der internationalen permanenten Beraterinnen der UNO. Die IFFF gehört als eine nicht-gouvernementale Organisation (NGO) als beratendes Mitglied dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), der UNESCO und der Internationalen Arbeits-Organisation (ILO) an und hat somit die Möglichkeit, durch direkte Eingaben und andere Mittel ihren Standpunkt zu vertreten. Die am Kongreß vorgelegten Berichte werden als Unterlagen für zukünftige Arbeit in den Sektionen benützt. Eine Mitarbeiterin aus USA, die einen Bericht vorlegte «Wie nicht-gouvernementale Organisationen in den Vereinigten Staaten arbeiten, um die nationale Politik für bessere Ost-West-Beziehungen zu fördern», sagte: «Ich habe entdeckt, daß, wenn es einem ganz daran gelegen ist und man hart genug arbeitet, es möglich ist, die Einstellung der Senatoren, der Repräsentanten und der Regierungsbeamten zu beeinflussen. Die Senatoren und Repräsentanten sind sehr darauf aus, mit den NGO zu sprechen. Sie schätzen ihre Auskünfte, Vorschläge und Unterstützung. Viele Politiker wollen eine aufbauende Politik betreiben, und es ist ihnen sehr an der öffentlichen Meinung gelegen. Die Erkenntnis nimmt in den USA immer mehr zu, daß Hunger, Armut, Krankheit, Unwissenheit die größten Feinde der Menschen sind und bekämpft werden müssen. Unermüdlich arbeiten die NGO, und ihre Anstrengungen, die Gesetzgebung zu beeinflussen, sind nicht immer umsonst.»

Aus dem Bericht von Gertrud Baer, der Vertreterin an der UNO in Genf, sieht man, wie intensiv der Einsatz ist. Unermüdlich werden die verantwortlichen Politiker, die Delegierten der internationalen Konferenzen bearbeitet. Der Bericht gab Aufschluß über die Arbeit der internationalen Mitarbeiterin in den letzten drei Jahren. Im wesentlichen umfaßte er folgende Punkte: Seerechtskonferenz, Viermächtekonferenz, Verbot der Kernwaffenversuche, Befreiung der Welt von Hunger, Staatenlosigkeit, Sklaverei, Diskrimination, Automation und Mediation.

An der UNO kommt immer mehr die Meinung auf, wie falsch es sei, China außerhalb dieser Organisation zu lassen. Gertrud Baer legte dem Kongreß eine von ihr verfaßte Resolution über die Aufnahme der Chinesischen Volksrepublik in die Vereinten Nationen vor, die angenommen wurde. Die im September tagende Generalversammlung der UNO wird dringend ersucht, diese Angelegenheit als Verhandlungsgegenstand aufzunehmen. Eine weitere von Gertrud Baer verfaßte Resolution über die Abrüstung wurde auch angenommen.

Die Kongreßarbeit und die am dringendsten zu lösenden Aufgaben spiegeln sich in den zwanzig angenommenen Resolutionen wider. Sie handeln von: Weltabrüstung, Einstellung der Kernwaffenversuche, friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten, Gewaltlosigkeit an Stelle von Krieg, bakteriologische Kriegführung, Kampf dem Elend,

Flüchtlingsjahr 1960, Forschungsinstitute für den Frieden, Stipendienfonds für internationale Arbeit, Recht auf Selbstbestimmung der Völker, Unterstützung der nicht entwickelten Völker, Internationalisierung der Antarktis.

Ein aktives Mitglied der IFFF ist die unermüdliche Kämpferin Professor Dr. Gertrud Woker. In Artikeln, Schriften, an Konferenzen zeigt sie, ihren Gegenstand von wissenschaftlicher Seite her beleuchtend, immer wieder die verheerende Auswirkung der nuklearen, der biologischen und der chemischen Waffen. Ihr Bericht über chemische Waffen, Massenzerstörung und die heutige Weltsituation wurde mit großer Anerkennung entgegengenommen.

Was die Schweizer Sektion in den vergangenen drei Jahren vor allem auch gegen den Mißbrauch der Atomenergie unternommen hat, berichtete die schweizerische Präsidentin Dr. Helene Stähelin, die Nachfolgerin von Clara Ragaz, der Gründerin der Schweizer Sektion der IFFF. Während im Ausland die Organisation wächst, Sektionen neu belebt oder gegründet werden, wie in Holland, Italien, Australien, Neuseeland, nimmt der Schweizer Zweig zahlenmäßig ab. Die Berichte der Sektionen der verschiedenen Länder zeigten den Einsatz für die Ziele der IFFF. Vieles, was nützlich ist für die zukünftige Arbeit, war zu lernen. Auch die Besucherinnen aus Polen, Ostdeutschland und Rußland brachten ihre Botschaft vor, und im persönlichen Gedankenaustausch konnte sich Ost und West treffen, und zusammen Wege suchen, die helfen, den Frieden zu erhalten.

In einer Kundgebung im Freien, veranstaltet von der IFFF in Stockholm, hatten Vertreterinnen aus den fünf Erdteilen Gelegenheit, sich an ein zahlreich erschienenes Publikum zu wenden. Ihre mit Schwung und begeisterter Überzeugung für die gute Sache in englischer Sprache gehaltenen Ansprachen wurden — ins Schwedische übersetzt — durch den Rundfunk übertragen. Die Stimme aus Asien würdigte Schwedens materiellen Wohlstand. Daß nicht dieser allein das zu erstrebende Ziel sei, drückte sie aus, indem sie darlegte, wie Gandhi auf eine einfache Lebensführung und klares Denken Gewicht gelegt habe. Wahre Zivilisation bestehe nicht in der Befriedigung immer neuer Wünsche, sondern im freiwilligen Verzicht und Herabsetzen derselben auf ein Minimum. Asien hoffe, daß es in seinem Kampf für wirtschaftliche Prosperität imstande sein werde, von den Erfahrungen und den Fehlern des Westens zu lernen. Osten und Westen müssen zusammen die materiellen und geistigen Werte in Einklang bringen. Und in sich trägt — ob er will oder nicht — jeder für den Frieden kämpfende Mensch das Wort der Nobelpreisträgerin und Gründerin der IFFF, Jane Addams: «Nichts könnte schlimmer sein, als zu früh zu verzagen und eine Anstrengung unterlassen zu haben, die der Welt von Nutzen sein könnte.» *Helen Kremos*

Bricht das Eis! Das politische Weltgespräch bildet in diesen Wochen natürlich Chruschtschews bevorstehender Besuch in Amerika und der Gegenbesuch Eisenhowers in der Sowjetunion. Hochgespannte Hoffnungen auf ein nahes Ende des Kalten Krieges knüpfen sich an diese Austauschmissionen, obgleich man von vornherein weiß, daß sie nur «klärenden Gesprächen» gelten sollen, nicht der Vorbereitung von weittragenden Beschlüssen. Anderseits wünschen — wenigstens im Westen — nur allzuviele und allzu einflußreiche politische Wettermacher ganz offenkundig einen Mißerfolg der amerikanisch-sowjetischen Annäherungsversuche und warnen mit besorgter Miene vor «gefährlichen Illusionen», denen man sich hingebe, wenn man erwarte, daß sich der Kommunismus durch bloße diplomatische Verhandlungen von seinen «Welteroberungsplänen» abbringen lasse.

Der Schreibende zählt sich eher zu den Hoffenden, sieht aber zu deutlich die Gegenkräfte gegen ein baldiges wirkliches Auftauen des Kalten Krieges, als daß er seinerseits Illusionen irgendwelcher Art nachhängen könnte. Tatsache scheint ihm vor allem, daß in den Vereinigten Staaten etwas Neues durchgebrochen ist oder — um vorsichtig zu sein — etwas Neues doch durchbrechen will. Noch vor recht kurzer Zeit wäre eine Vereinbarung des USA-Präsidenten mit dem sowjetischen Premierminister von der Art, wie sie — allem nach schon vor Nixons Reise nach Moskau — Eisenhower in die Wege geleitet hat, einfach undenkbar gewesen. Chruschtschew im Weißen Haus — das wäre ja für die gläubigen Scharen des westlichen Antikommunismus einfach «der Teufel im Weihwasserkessel» gewesen. Aber trotz allen Protesten, die sich in der amerikanischen Öffentlichkeit gegen den Besuch des sowjetischen Diktators auch jetzt erheben, muß sich im Denken und Empfinden des Volkes der Vereinigten Staaten doch etwas Wesentliches geändert haben, wenn die Senatoren und Abgeordneten, die doch so hellhörig für die Publikumsstimmung sind, in ihrer großen Mehrzahl dem Besuchsaustausch Eisenhower – Chruschtschew zustimmen. Auch die Demokratische Partei, die von sich aus niemals eine Einladung Chruschtschews gefordert hat, findet sich jetzt mit der Initiative Eisenhowers durchaus ab und denkt nicht daran, sie bei der Präsidentenwahl von 1960 gegen den Kandidaten der Republikaner auszuwerten. Ja, der frühere demokratische Präsidentschaftskandidat Stevenson hat sogar kaltblütig seine offenbar freudige Überraschung darüber ausgesprochen, daß Eisenhower «so schnell die Politik von Dulles aufgegeben» habe, und mit Befriedigung festgestellt, daß Vizepräsident Nixon nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion nur das erzählt habe, «was wir (wer «wir»?) schon vor zehn oder fünfzehn

Jahren über die wachsende Wirtschaftsmacht der Sowjetunion gesagt haben» . . .

Mit dem Antikommunismus, Stil McCarthy, sind jedenfalls in den Vereinigten Staaten keine Geschäfte mehr zu machen, das hat schon die Niederlage der Scharfmacher beider Parteien bei den Novemberwahlen 1958 gezeigt; und wenn Nixon zum Nachfolger Eisenhowers gewählt oder auch nur als republikanischer Kandidat aufgestellt werden will, so wird er zwischen sich und den rabiaten Kommunistenfressern einen ganz dicken Strich machen müssen. Man öffnet eben in weiten Kreisen Amerikas doch allmählich die Augen für die neue Wirklichkeit im Verhältnis zu der kommunistischen Welt. Man gibt sich mehr und mehr davon Rechenschaft, daß die Zeiten endgültig vorbei sind, wo man im Alleinbesitz der Atombombe den Sowjets drohen konnte, man werde sie bis hinter den Ural zurückjagen. Man betrügt sich nicht mehr so leicht mit der Hoffnung auf ein wirtschaftliches Versagen der Sowjetunion und auf ihren «unvermeidlichen» inneren Zusammenbruch, zumal hinter der Sowjetunion die bestürzend rasch anwachsende Weltmacht China steht. Und es ist doch bezeichnend, daß es ein Mann des Krieges ist, der seinem Volk die unausdenkbaren Fürchterlichkeiten eines atomaren Aufeinanderprallens der beiden Machtblöcke ersparen will, indem er sein ganzes, noch immer starkes Ansehen einsetzt, um im Rahmen des zur Zeit in der amerikanischen Innen- und Außenpolitik Möglichen die berüchtigte «Politik der Stärke» endlich zu liquidieren.

Gegenkräfte Dieses Mögliche ist freilich sehr eng begrenzt. Die Kräfte der Beharrung in den alten Gleisen sind noch immer außerordentlich stark und gut verschanzt. Der Antikommunismus ist auch in Amerika noch weit davon entfernt, abdanken zu wollen. Denn — so konnte man letzthin in einer vielgelesenen Wochenzeitung lesen — «die Kommunistische Partei, die in allen Weltteilen am Werk ist, wird voraussichtlich ihr Geschäft weiterbetreiben wie üblich, ohne Unterlaß, auch während des gegenwärtigen Tauwetters». Überall, in Laos und Indien, in Irak und auf Kuba, in Ägypten und Guatemala wühle der Kommunismus, und Amerika müsse ihm nach wie vor energisch entgegenwirken. «Der Kalte Krieg wird nicht plötzlich aufhören. Die Rüstungsausgaben werden in absehbarer Zukunft nicht zurückgeschraubt werden. Die amerikanischen Überseestützpunkte werden nicht aufgegeben werden . . . Diese Weltlage wird sich durch Gespräche zwischen Staatsmännern nicht auf einmal ändern.» («U. S. News & World Report», 17. August.) Ähnlich tönt es aus zahllosen andern Äußerungen der amerikanischen und internationalen «Unversöhnlichen». Man lese nur etwa die «Neue Zürcher Zeitung» . . .

Hinter der amerikanischen Außenpolitik — und ähnliches gilt von derjenigen der Weststaaten überhaupt — steht eben nicht bloß hart-

näckiges ideologisches Vorurteil und blinde Gehässigkeit gegenüber dem Kommunismus und noch weniger geistige und sittliche Überlegenheit über den atheistischen Materialismus des Ostens; es stehen dahinter vor allem zähe, festsitzende materielle Interessen, besonders das Streben nach Absatzmarktausweitung, Rohstoffquellen und Kapitalanlagemöglichkeiten in die Länder jenseits der Meere, da der Binnenmarkt und die einheimischen Absatz- und Produktionsgebiete eine viel zu schmale Grundlage für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus sind, der ein dynamisches, explosives Wirtschaftssystem ist. Und da mit dem Aufkommen und der Ausbreitung des Kommunismus der freie Raum, in dem sich der Kapitalismus ausleben kann, immer mehr zusammenschrumpft, wird für die bürgerlich-kapitalistischen Länder — oder doch ihre Oberschicht und die geistig von ihnen beherrschten Volksteile — der Kommunismus der Weltfeind Nr. 1, der im Namen der Freiheit und der Menschenrechte, tatsächlich aber vor allem im Namen des «freien Unternehmertums» mit allen Mitteln, besonders mit militärischer Gewalt und Gewaltdrohung, niedergerungen werden muß. «Das Amerika von heute», so schreibt darum der englische Sozialwissenschafter Ralph Miliband in der «Monthly Review» (Juli-August-Heft 1959), «steht überall auf der falschen Seite. Es ist nicht der Führer der freien Welt. Es ist der Führer der alten Welt ... Amerikas Verbündete sind das unheimlichste Menschenkonglomerat — vom Perserschah bis zu Syngman Rhee, von Adenauer bis zu Tschiang Kai-schek, von Franco bis zu Ibn Saud, von de Gaulle und Harold Macmillan bis zu jedem Gangsterdiktator oder Diktatorenanwärter in Lateinamerika. Wo auch immer die Führer und Sprecher der großen internationalen Gesellschaft des Reichtums und des Vorrechts, der schmarotzerhaften Raffgier, der Korruption und des Verfalls zu finden sind, da werden auch die besten Freunde oder mindestens die treuesten Kunden der Vereinigten Staaten zu finden sein.»

Und doch sind die USA mit ihrem Kampf um die Sicherung der Welt für das kapitalistische Profitmachertum in eine Sackgasse geraten. Wie aus ihr wieder herauszukommen ist — das ist die Frage, vor die sich ihre herrschende Klasse gestellt sieht und um deren Lösung sie sich jetzt bemüht. Darum auf der einen Seite das Tasten nach Möglichkeiten friedlichen Zusammenlebens mit der nichtkapitalistischen Welt, auf der andern aber die Widerstände gegen eine solche grundsätzliche Umstellung. Im gleichen Heft der soeben aufgeführten Neuyorker Zeitschrift skizziert Professor W. A. Williams fünf Möglichkeiten, die vor der amerikanischen Staatsführung liegen. Die erste ist ein Präventivkrieg gegen die kommunistische Welt, hervorgehend aus der Erkenntnis, daß der Kapitalismus im friedlichen Wettkampf mit dem Sozialismus und Kommunismus nicht bestehen kann. Eine zweite Möglichkeit ist: Fortwursteln wie bisher. Angesichts des Friedenswillens der sowjetischen Politik mag das für ein weiteres Menschenalter gelingen, aber nachher wird die Krise nur mit um so grö-

ßerer Schärfe ausbrechen. Die Planer der amerikanischen Politik können aber auch einsehen, daß es mit dem Kapitalismus zu Ende zu gehen droht. Dann stehen ihnen zwei andere Wege offen: entweder den Übergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung selber in die Hand zu nehmen oder die Vereinten Nationen anzuspannen, um die Ausdehnung des Kapitalismus ohne Gewaltmittel zu erreichen, mit der Gefahr freilich, daß dadurch schließlich doch der friedliche Übergang zum Sozialismus befördert würde. Als letzte Möglichkeit bleibt die offene Anerkennung der sozialistisch-kommunistischen Welt, die sich als immer stärker und unbesiegbarer erweist. Das schlösse aber den Verzicht auf den ganzen Kalten Krieg in sich — ein Entschluß, zu dem weder die Führungsschicht der Vereinigten Staaten noch diejenige der übrigen «freien Nationen» schon reif ist.

„Lieber tot als rot"! Angesichts der Ratlosigkeit, in der sich die alte Welt mit ihrer immer unmöglicher werdenden «Politik der Stärke» befindet, kann es nicht überraschen, daß der verzweifelte Gedanke eines vorbeugenden Vernichtungsschlages gegen die Mittelpunkte des Weltkommunismus neuerdings wieder gefährlich an Suggestionskraft gewinnt. Bezeichnend dafür ist der große Erfolg, den jetzt das (in Zürich verlegte!) Buch «Die Grenzen des Wunders — ein Bericht über Deutschland» von William S. Schlamm hat. (Bevor er amerikanischer Bürger wurde, hieß sich der aus Österreich stammende Mann schlicht Willy Schlamm.) Ich habe das Buch nicht gelesen, gedenke es auch nicht zu tun; aber einer, der sich durch dieses hindurchgearbeitet hat, erklärt es als «das furchtbarste Untier, das uns seit Hitlers Tagen zu Gesicht gekommen ist». (Herbert Werner in der «Stimme der Gemeinde», 15. August 1959.) Schlamms Buch macht es in der Tat jedermann, der es noch nicht gewußt haben sollte, völlig klar, wohin die Logik des Kalten Krieges der «freien Welt» mit unausweichlicher Notwendigkeit führen muß, wenn nicht noch rechtzeitig die große Wendung eintritt: zum Präventivkrieg gegen den Osten. Der Gedankengang des Verfassers ist einfach genug. Er stellt unumwunden fest, daß «die zentrale Absicht aller kommunistischen Strategie die Vermeidung eines militärischen Konfliktes (ist)». Der Kommunismus sei zwar entschlossen, die Welt für sich zu gewinnen, «aber er bleibt ebenso entschlossen, einen großen Krieg zu vermeiden». Die große Gefahr sei darum, daß die westlichen Völker immer weniger geneigt seien, die Rüstungslasten zu tragen. Wenn man aber abrüste, dann werde der Kommunismus unfehlbar gewinnen und die «freie Welt» sei verloren. Die Staatsmänner des Westens würden also zwischen zwei gleicherweise unpopulären Haltungen zu wählen haben: «Entweder eine sinnlose Rüstung gegen ein zunehmend stürmisches Massen-Veto durchzusetzen, oder eine obstinat pazifistische öffentliche Meinung resolut von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß der Kommunismus siegen

wird, wenn der Westen nicht die Offensive ergreift.» Kurz — der präventive Angriffskrieg kann allein noch die Welt vor dem Kommunismus retten.

Das ist wenigstens klar gesprochen. Wir wollen dafür dem Mister Schlamm dankbar sein. Er sagt gerade heraus, was zweifellos viele Antikommunisten denken und doch nur selten zu bekennen wagen, wie es unlängst immerhin der westdeutsche General Zimmermann tat, der dem Londoner «Sunday Expreß» gegenüber ebenfalls mit einem vorbeugenden Krieg gegen den Osten spielte. Wir unserseits haben immer wieder an dieser Stelle auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß der Westblock, ohne Vertrauen zu einem friedlichen Wettkampf mit dem aufstrebenden kommunistischen Drittel der Erde, versucht sein könnte, die Entscheidung auf militärischem Boden zu suchen, wo er sich noch einigermaßen ebenbürtig fühlt. Wir können es deshalb nur lebhaft begrüßen, wenn das Nachgeben gegen diese Versuchung nunmehr mit solch zynischer Brutalität, wie sie sich bei Schlamm bekundet, als die einzige Rettungsmöglichkeit für den «freien» — lies: kapitalistischen — Westen erklärt wird. Nur werden dem Tapferen hoffentlich auch von denjenigen, für die er sein Buch geschrieben hat, nicht viele auf dem Weg zum Atomkrieg folgen, auf dem er sie mitnehmen will. Denn die Art und Weise, wie unser Präventivkrieger die Schrecken eines Totalkrieges mit Kernwaffen zu verkleinern sucht und die Naturforscher beschimpft, die vor diesen Schrecken warnen — er bezeichnet ihr Auftreten als den «schändlichsten intellektuellen Skandal unserer Zeit» —, stempelt seine These doch allzu offensichtlich zum Niederschlag eines verbrecherischen Wahnsinnes, als daß Menschen von Vernunft und Gewissen sie überhaupt in Betracht ziehen könnten. Wie gänzlich unfähig Atomwaffen sind, um irgendein wenn auch noch so wertvolles Gut zu verteidigen, spricht neuerdings mit vorbildlicher Klarheit und Wahrhaftigkeit der britische Oberstleutnant Lort-Phillips aus, der in der «Nation» (15. August) an die Aussage von General Gavin vor dem amerikanischen Senatsausschuß für Wehrmachtsfragen erinnerte, der zugab, daß bei einem Atomkrieg allein in den Vereinigten Staaten etwa hundert Millionen Todesopfer schon in den ersten 24 Stunden zu erwarten seien. «Das ist», fügt Lort-Phillips bei, «kein Krieg. Das ist Selbstmord . . . Gegen einen Feind, der mit Kernwaffen ausgerüstet und entschlossen ist, sie einzusetzen, können wir uns im eigentlichen Sinn dieses Wortes nicht mehr verteidigen. Und das ist eine neue, schmerzliche und äußerst bestürzende Lage, die in der Geschichte beispiellos dasteht.»

Aber auch zur bloßen Abschreckung eines angriffslustigen Feindes sind, wie der Verfasser darlegt, Atomwaffen ungeeignet. «Abschreckung mit Kernwaffen ist ein riesiger Bluff . . . Wenn wir nicht die Absicht haben, sie einzusetzen, stellen sie auch keine wirkliche Drohung dar; durch unsere drohenden Vorkehrungen wird sich niemand einschüchtern lassen . . . und wir können den ganzen Apparat ato-

marer Abschreckung gerade so gut demontieren.» Sind wir dennoch bereit, «im Notfall» Atomwaffen einzusetzen, dann sind wir auch bereit, Selbstmord zu begehen, und laufen Gefahr, daß verantwortungslose, wahnwitzige Nihilisten einmal wirklich einen Atomkrieg auslösen, zumal wenn sich der Kreis der Kernwaffen besitzenden Staaten immer mehr erweitert. Auch den Trost, daß geographisch begrenzte Kriege, die nur mit taktischen Atomwaffen ausgetragen würden, immer noch sinnvoll und möglich seien — diese Vorstellung spielt ja in unserer schweizerischen Atomwaffendiskussion eine Hauptrolle —, zerstört der englische Militärfachmann erbarmungslos. Eine zum Angriff entschlossene Macht — sofern man die Möglichkeit eines solchen Entschlusses überhaupt voraussetzt — würde ja von vornherein die wirksamsten, also strategische Kernwaffen einsetzen und sich auch nicht auf die Besetzung einzelner Länder einlassen, sondern die anzugreifenden Länder samt ihrer Wehrmacht einfach vernichten.

Die Bedingungen eines Krieges, in dem atomare Waffen wirksam werden sollen, sind eben derart, daß der angreifende Teil von Anfang an aufs Ganze gehen m u ß , wenn er irgendwelche Aussicht auf Erfolg haben will. «In der Vergangenheit» — so sagt Lort-Phillips — «konnten wir die erste Schlacht verlieren und doch weitermachen, um den Krieg zu gewinnen. Wenn wir heute die erste Schlacht verlieren, können wir nur weitermachen, indem wir die Säulen des Tempels über unseren Köpfen zum Einsturz bringen.»

Hemmungen und Hindernisse Wenn die Einsicht, daß Krieg heute für jeden Beteiligten nur noch zur Vernichtung führen kann, erst so langsam und zögernd durchbricht, so ist daran nicht nur das Widerstreben des Menschen gegen die Preisgabe uralter, im Instinkt verwurzelter Anschauungen und Gewohnheiten schuld. Eine wesentliche Rolle spielen dabei auch — wie schon vorhin angedeutet — ganz materiell-wirtschaftliche Interessen, die sich gegen eine radikale Ausmerzung von Krieg und Kriegsrüstungen kehren. Als die Vereinbarung über die gegenseitigen Besuche von Eisenhower und Chruschtschew bekannt wurde, erlebte ja der Aktienmarkt an der Neuyorker Börse einen Einbruch wie nie mehr seit Eisenhowers gesundheitlicher Krise im Jahr 1955. So groß ist in den Kreisen der Rüstungsindustrie die Angst vor einem Ausbruch des Völkerfriedens! «Das ist», wie die Londoner «Peace News» kommentieren (21. August), «die Verrücktheit des Kapitalismus: Jeder friedliche Gegenvorschlag zum gegenwärtigen allverzehrenden Wettrüsten würde eine Panik erzeugen, die schnell eine Katastrophe der amerikanischen Wirtschaft nach sich zöge. Man hat in den Vereinigten Staaten keinen Plan, um solchen Entwicklungen zu begegnen. Die wirtschaftlichen Folgerungen, die aus der Abrüstung zu ziehen sind, sind noch nicht ernsthaft durchdacht worden. Was geschieht, wenn die Gipfelgespräche das Bedürfnis nach einer Abrüstung wecken sollten? Ent-

weder wird dieses Bedürfnis unehrlicherweise verdrängt und das Problem dadurch auf die Seite geschoben, oder wir würden bald eine Wirtschaftskrise erleben, die mindestens den Umfang derjenigen in den Zwischenkriegsjahren annähme. So groß ist heute der Produktionsüberschuß der Vereinigten Staaten — viel größer als vor dem Krieg —, daß nur Waffenfabrikation eine Massenarbeitslosigkeit abwenden kann . . . Solange die Produktion auf Profitmachen eingestellt bleibt, wird die Abrüstung eine Krise in Amerika verursachen, die sich ihrerseits auf die ganze Welt ausdehnen müßte. Das einzig mögliche Mittel, zur Abrüstung zu kommen, ist ein Systemwechsel: die Produktion muß auf die Weltbedürfnisse ausgerichtet werden statt auf Profitmachen. Und weil das die kapitalistische Grundlage der Gesellschaft zerstören würde, wird dieses Mittel nicht ergriffen.»

Aus dem gleichen Grund ist es so furchtbar schwer, dem populären Antikommunismus beizukommen. Man würde ja den Boden unter seinen Füßen wanken fühlen, wenn der Kapitalismus und die auf ihm ruhende Gesellschaftsordnung nicht mehr mit Waffengewalt gestützt werden könnte! Zwar merkt man allmählich doch, daß diese Stütze je länger, um so brüchiger wird, und sucht nach zuverlässigeren Fundamenten. Wie der frühere konservative Außenminister von Dänemark, O. B. Kraft, in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2428) schreibt: «Nur eine reale und totale Neugestaltung der Welt, für die wir jedes Opfer bringen, um Ordnung zu schaffen, wo irgendwelches Unrecht geschieht, wird den Kommunismus überflüssig machen. Kompromisse, weder auf politischem noch moralischem Gebiet, und Flickwerk an der bestehenden Ordnung werden das nicht erreichen.» Wahr genug! Nur — reicht der Opferwille des Herrn Kraft und seiner Freunde von der «Moralischen Aufrüstung» wirklich aus, um die ganze kapitalistische Profit- und Ausbeutungswirtschaft mit ihrem namenlosen Unrecht, in den Mutterländern wie in den Kolonien und den halbentwickelten Staaten, überwinden zu helfen? Ich zweifle. Und wie will man den Kommunismus und seine Gewaltpraxis — auf die es seine bürgerlichen Gegner ja vor allem abgesehen haben — «überflüssig machen», wenn die nichtkommunistische Welt selber so völlig gewaltbesessen ist, wenn sie voller autoritärer, freiheitswidriger, halb- und ganzfaschistischer Regierungssysteme steckt, wenn sie als erste Atombomben hergestellt und abgeworfen hat und nun aus der Sackgasse ihrer «Politik der Stärke» nur noch durch einen Präventivkrieg herauskommen kann, falls sie dem Rat ihrer konsequentesten Vertreter folgt? Die Hindernisse gegen eine klare Abwendung des Westens vom Kalten Krieg sind auch von dieser Seite her noch übergroß.

Aber auch schon den vorsichtigen Entspannungsversuchen Eisenhowers und der hinter ihm stehenden Kräfte erwachsen innerhalb der mit Amerika verbündeten Nationen starke Hemmungen. Am ehesten finden sie natürlich in Großbritannien Unterstützung, dessen — konservative! — Regierung schon seit Stalins Tod und Churchills

Amerikabesuch im Jahr 1953 eine Annäherung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten betrieben hat. Churchill stieß zwar mit seiner Empfehlung einer Gipfelkonferenz noch auf Ablehnung, aber Eden brachte 1955 immerhin ein solches Treffen in Genf zustande, wenn auch dessen Früchte dann an der folgenden Außenministerkonferenz infolge des Widerstandes von Dulles nicht unter Dach gebracht werden konnten. Dulles und unter seinem Einfluß Eisenhower machten auch noch zu Beginn dieses Jahres aus ihrem Mißvergnügen über Macmillans Reise nach Moskau kein Hehl, aber der britische Ministerpräsident hat jetzt die Befriedigung, daß nach dem Hinschied von Dulles das Weiße Haus doch auf seine Linie eingeschwenkt ist. Man hat in den Vereinigten Staaten bisher gern darauf hingewiesen, daß die britische Außenpolitik mit ihrem Streben nach Verständigung mit der Sowjetunion stark durch die Bedürfnisse der konservativen Wahlpolitik bestimmt sei. Aber nun hat ja auch Eisenhowers Republikanische Partei alles Interesse an einem Erfolg der Entspannungspolitik ihrer höchstgestellten Führer. Und schließlich — ist es etwa unehrenhaft, wenn eine Regierung dem Drängen ihres Volkes nach Einstellung des Kalten Krieges und Abbau der Rüstungslasten Rechnung trägt? I. F. Stone, der bedeutende amerikanische Journalist und Herausgeber von «Stone's Weekly», stellt mit Recht fest: «In Großbritannien wie anderswo ist der Friede die Frage, mit der man Wahlen gewinnt.» (10. August.)

Paris und Bonn Das wird sich auch in Frankreich zeigen. Vorerst ist freilich das Regime de Gaulle an der Weiterführung des Kalten Krieges interessiert. Seine Großmannssucht, sein Begehren nach eigenen Atombomben und sein Unvermögen, aus eigener Kraft mit dem Freiheitskampf des algerischen Volkes fertig zu werden, so viele Tausende von «Rebellen» auch von den französischen Zivilisationsbringern allmonatlich «liquidiert» werden — das alles bringt Frankreich in noch immerzu schärfer werdenden Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, denen Ministerpräsident Debré nun schon wiederholt in aller Öffentlichkeit drohend zugerufen hat: «Niemand, der ein Bündnis mit uns wünscht, darf unsere Politik in Algerien anfechten oder ihr widersprechen.» Allein es ist fraglich, ob sich die Vereinigten Staaten durch dieses ganze hysterische Getue auf die Länge einschüchtern lassen. Die Mehrheit der kommenden UNO-Generalversammlung wird sich bestimmt nicht einschüchtern lassen, auch wenn es nicht zu der Zweidrittelsmehrheit reichen sollte, die nötig ist, um Algerien auf die Tagesordnung der Versammlung zu setzen. Der Algerienkrieg wird inzwischen auch für das französische Volk selber, das sich ihn bis tief in die Arbeiterschaft hinein aus romantisch-nationalistischen Gefühlsgründen immer noch gefallen läßt, mehr und mehr unerträglich werden, zumal das Leben für die Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung, aber auch für viele mittel-

ständische Familien immer schwieriger wird und auf den Winter Lohnkämpfe großen Ausmaßes zu erwarten sind. Wenn de Gaulle und seine Leute mit dem Austritt aus der NATO spielen, falls die Verbündeten ihm nicht zu Willen sein sollten, so kann es wohl sein, daß man ihnen kühl sagen wird: «Geht nur; wir können es auch ohne euch machen, vielleicht sogar besser, als wenn ihr uns fortwährend in die Quere kommt!» Wie der Londoner «New Statesman» (29. August) bereits ungeschminkt bemerkte: «Frankreichs einziger Verhandlungstrumpf ist Erpressung mit den NATO-Stützpunkten. Es wäre schwierig, aber nicht unmöglich — und bei der gegenwärtigen Stimmung Frankreichs nicht notwendigerweise unerwünscht —, den Aufmarschplan der NATO auf Grund einer Nichtbeteiligung der Franzosen umzugestalten. Das einzige jedenfalls, was de Gaulle mit seinen wiederholten Drohungen bewiesen hat, ist, daß Frankreich immer noch ein entbehrlicher Bundesgenosse ist.» Aber auch ohne daß es so weit kommt, wird die Friedenssehnsucht im französischen Volk so übermächtig werden, daß dagegen all der nationalistische Zauber und der ganze reaktionäre Unterdrückungsapparat der gaullistischen «Renaissance» nicht mehr aufkommen wird.

Und Westdeutschland! Die Regierung Adenauer gehört natürlich zu den Hauptantreibern des Kalten Krieges und leistet demgemäß allen «Aufweichungsversuchen» und «Lokkungen» , die vom Osten her die Einheitsfront des Westens bedrohen, heldenhaften Widerstand. «Fast steht zu treu die Wacht am Rhein», spöttelte letzthin ein westdeutsches Blatt nicht ohne Grund in einem Kommentar zu Eisenhowers Besuch in Bonn. Der amerikanische Gast zeigte sich in der Tat nicht nur über die plumpen Versuche der alldeutschen Propaganda, seine Aufmerksamkeit auf die 1945 an Polen, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion verlorenen Gebiete zu lenken, etwas verstimmt; er dürfte trotz den üblichen Beteuerungen der «vollkommenen Einigkeit» zwischen den Gesprächspartnern dem «eisernen Kanzler» Nr. 2 deutlich genug zu verstehen gegeben haben, daß es mit der Aufrüstung nicht mehr so hemmungslos weitergehen dürfe wie bisher und zum mindesten der Versuch gemacht werden müsse, mit den Russen zu einer wenn auch noch so begrenzten Verständigung über die schwebenden Streitfragen zu kommen.

In Westdeutschland ist freilich die Furcht weit verbreitet, Amerika und Rußland könnten über die deutschen Dickköpfe weg eine Politik planmäßiger Entspannung einleiten und damit all die Träume von einem dritten Germanenzug nach Osten schnöde zunichte machen. Vorderhand ist diese Furcht noch gegenstandslos. Aber daß sachlich eine völlige Umkehr der amerikanischen und westalliierten Deutschlandpolitik nötig ist, liegt längst klar auf der Hand und wird mehr und mehr auch in der amerikanischen Öffentlichkeit anerkannt. Man hat letzthin den 20. Jahrestag von Hitlers Kriegseröffnung «gefeiert».

Aber nur in den wenigsten Betrachtungen darüber ist deutlich genug ausgesprochen worden, daß das Dritte Reich sein Riesenverbrechen nie hätte wagen können, wenn nicht die westlichen «Demokraten» nach dem Ersten Weltkrieg das alte, unbekehrte Deutschland planmäßig wiederaufgerichtet und wiederaufgerüstet und es nach Hitlers Aufkommen auf den Eroberungsweg nach Osten und Südosten gewiesen hätten. Siehe München!

Denn die kapitalistisch-antisowjetische Politik, die schon in den zwanziger und noch ausgesprochener in den dreißiger Jahren die Westmächte betrieben — s i e war es ja, die Hitler den Weg bereitet und die vor allem von der Sowjetunion unermüdlich geforderte Organisierung einer kollektiven Sicherheit gegen die nazistische Gefahr verhindert hat, so daß sich der «Führer» — wie er meinte — ohne großes Risiko entschließen durfte, die polnische Frage mit Gewalt zu lösen. Man hat diesen Zusammenhang in den Erinnerungsartikeln und -reden zu den Ereignissen vom Spätsommer 1939 zu verschleiern gesucht, indem man aufs neue den Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges verantwortlich machte, wie es beispielsweise der westdeutsche Wehrmachtsminister Strauß in einem Aufsatz tat, den die «Neue Zürcher Zeitung» (in Nr. 2609) veröffentlichte. «Hitler entschloß sich», so heißt es darin, «erst zum Kriege, als er sich durch den Pakt mit Stalin vom 23. August 1939 der Unterstützung der Sowjetunion versichert hatte und — angesichts der lautstarken pazifistischen Propaganda in England und Frankreich — glauben durfte, daß die Westmächte nicht kämpfen würden.»

Das ist notorisch falsch. Wie längst feststeht, hat sich Hitler schon mindestens sechs Wochen vor dem 23. August zum Angriff auf Polen entschlossen (Fr. W. Förster hatte bereits Ende Juni 1939 Kenntnis davon bekommen, wie er in seinen Lebenserinnerungen mitteilt, und alarmierte sofort die französische und britische Regierung); es handelte sich für ihn nur noch darum, die Sowjetunion zu neutralisieren, was diese so lange ablehnte, bis es völlig klar war, daß weder Polen noch Frankreich oder England mit der Sowjetunion zusammen sich dem deutschen Kriegswillen entgegenzustellen bereit war. Erst dann trat Moskau auf den deutschen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes ein in der Absicht, zu retten, was zu retten war, und durch Festsetzung einer Frontlinie in Polen die deutsche Armee wenigstens davon abzuhalten, bis unmittelbar an die russische Grenze vorzustoßen und die Ukraine zu bedrohen.

D a s sind die Tatsachen. Sie beweisen unwiderleglich, daß die reaktionären «Münchner» — und nicht die Pazifisten — auch in der Augustkrise von 1939 den Abwehrwillen Frankreichs und Englands lähmten, so wie sie schon in den vorausgegangenen Jahren, mit amerikanischer Finanzhilfe, die deutsche Kriegsmaschine wiederaufbauen geholfen und eine gemeinsame Verteidigung Europas gegen die handgreif-

lich gewordene deutsche Gefahr sabotiert hatten. Alle Mahnungen, dem neuen deutschen Herrschaftsstreben die Einheitsfront des Westens und Ostens entgegenzusetzen, verhallten damals ungehört — bis es zu spät war und nur die äußerste Not Westeuropa und die Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion zusammenführte. Soll der nach Roosevelts Tod aufs neue durchbrochene gegenrevolutionäre Antikommunismus mit seiner abermaligen Wiederaufrichtung und Wiederaufrüstung des alten, machthungrigen Deutschlands jetzt den gleichen furchtbaren Fehler wieder machen dürfen und eine dritte Kriegskatastrophe heraufbeschwören, die, wenn nicht m e h r , den sicheren Tod eines einigermaßen gesitteten Europas bewirken müßte? Die Frage ist vor allem an die westlichen Völker und ihre Staatsmänner gestellt. Ob wohl Präsident Eisenhower eine Ahnung von ihrer schicksalhaften Schwere, ja auch nur davon hat, daß sie überhaupt gestellt ist?

China wartet Wenn Eisenhower und Chruschtschew miteinander reden, wird aber hoffentlich auch die Frage nach dem künftigen Verhältnis Amerikas zu C h i n a aufgeworfen werden. Denn das ist klar: Ohne die Einbeziehung Chinas in das «Konzert der Mächte», und das heißt vor allem einmal ohne die Aufnahme Chinas in die Organisation der Vereinten Nationen, kann von einer Beendigung des Kalten Krieges keine Rede sein. Wenn beispielsweise die atomare Abrüstung ernsthaft an die Hand genommen werden soll, muß auch China begrüßt, also endlich von Amerika diplomatisch anerkannt werden. China ist außerdem der große Verbündete der Sowjetunion; wie könnte der sowjetische Ministerpräsident mit seinem amerikanischen Partner eine weltumfassende Entspannung ins Auge fassen und dabei die Bedürfnisse, die Lage und die Lebensnotwendigkeiten seines ostasiatischen Alliierten ignorieren? China ist heute schließlich die viertgrößte, wenn nicht schon — vor England — die drittgrößte Weltmacht, und sein Gewicht wird von Jahr zu Jahr zunehmen. Kein Problem, das in Asien auftaucht, kann schon heute ohne China gelöst werden, und es wird sich mehr und mehr zeigen, daß auch die europäischen Probleme, die eine friedliche Verständigung zwischen Ost und West verlangen, die gleichberechtigte Mitwirkung des kommunistischen Chinas für ihre Bewältigung voraussetzen.

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten hat sich bisher der Einsicht in diese Notwendigkeiten beharrlich verschlossen. Amerika hat schon während des Zweiten Weltkrieges mit ungeheuren Kosten das gegenrevolutionäre Regime Tschiang Kai-scheks gegen die große Freiheitsbewegung der Bauern und Arbeiter unterstützt. Es hat im Koreakrieg, als MacArthur sich anschickte, in die Mandschurei einzubrechen, das Eingreifen der Pekinger Republik gegen diese Bedrohung ihrer Lebensinteressen herausgefordert und dann diese Selbstverteidigung zum Vorwand genommen, um China durch die

NATO als Angreifer brandmarken zu lassen, mit dem es keinerlei politischen oder wirtschaftlichen Verkehr gebe. Und Amerika hat sich, bis hin zur unmittelbaren Kriegsdrohung, mit allen militärischen und finanziellen Kräften so vorbehaltlos hinter Tschiang Kaischeks Formosaregierung gestellt, daß an seinem Willen, die chinesische Volksrepublik zu stürzen, kein Zweifel mehr walten konnte.

Diese ganze chinafeindliche Politik der Vereinigten Staaten ist längst ebenso widersinnig und aussichtslos geworden, wie es ihre Druck- und Drohpolitik gegenüber der Sowjetunion ist. Je länger sie betrieben wird, um so mehr drängt sie China an die Seite der Sowjetunion, verstärkt also die Schlagkraft und den Zusammenhalt des Ostblocks, um so mehr zwingt sie China zur Entwicklung seiner wirtschaftlichen und militärischen Machtmittel, und um so mehr verbaut sie den Vereinigten Staaten die künftigen Möglichkeiten, mit der gewaltig aufsteigenden ostasiatischen Welt in ein ersprießliches Verhältnis zu kommen. Auch finanziell wird für Amerika der Kampf gegen das kommunistische China eine immer schwerere Last. Nach der Neuyorker «Nation» (23. Mai 1959) haben die Vereinigten Staaten allein seit 1950 nahe an drei Milliarden Dollar für die Unterstützung des Regimes Tschiang Kai-schek ausgegeben; jetzt opfern sie dafür jährlich gegen 600 Millionen Dollar — rund fünfzigmal mehr je Kopf der Bevölkerung von Formosa, als die Sowjetunion an Chinahilfe — ebenfalls je Kopf berechnet — ausgibt. Dabei sind in dieser Summe die Kosten für die amerikanischen See-, Land- und Luftstreitkräfte in und um Formosa, die ebenfalls in die Milliarden Dollar gehen, noch gar nicht inbegriffen.

Und doch ist die Aussicht gering, daß sich an der amerikanischen Chinapolitik in der nächsten Zeit etwas Entscheidendes ändern werde; viel zu starke Prestigegründe und materielle Interessen stehen dem im Weg, mindestens solange Eisenhower noch Präsident und die Republikanische Partei offiziell am Ruder ist. Ja, die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber China hat sich in den letzten Monaten noch weiter versteift. Es hängt dies mit dem allgemeinen Ausbau der amerikanischen Stellungen in Ost- und Südostasien zusammen, haben doch die Vereinigten Staaten ihren Einfluß auf Thailand (Siam), Südvietnam, Südkorea, die Philippinen und Japan neuerdings erheblich zu verstärken vermocht. Dazu kommt jetzt noch besonders eine recht bedeutende wirtschaftliche und militärische Unterstützung von L a o s , eines der nun «unabhängig» gewordenen Königreiche Vietnam, Kambodscha und Laos, die früher unter französischer Oberherrschaft Indochina bildeten. Da sich aber im Nordzipfel des Landes immer noch kommunistische Partisanentrupps behaupten, die an Nordvietnam und China einen Rückhalt haben, und anscheinend die schwache, amerikahörige Regierung ernstlich bedrohen, so hat sich mit Laos als Zankapfel die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und China abermals verschärft, ohne daß

bisher ersichtlich wäre, wie sie — etwa durch ein Eingreifen der UNO oder der von der Genfer Konferenz 1954, beim Abbruch des Indochinakrieges, eingesetzten, aber inzwischen eingeschlafenen Internationalen Kommission — gelöst werden könnte.

Zum Überfluß hat sich China auch noch an der indischen Nordgrenze unliebsam bemerkbar gemacht. Die am Südhang des Himalaja gelegenen Pufferstaaten Nepal, Sikkim und Bhutan, dazu Teile der indischen Provinz Assam und der von Indien beanspruchten, zu Kaschmir gehörigen Provinz Ladakh sollen, wie in Tibet und Indien gesagt wird, Gegenstand chinesischer Begehrlichkeit sein, und letzte Woche sollen chinesische Patrouillen sogar bereits auf indisches Gebiet in Assam vorgedrungen sein und indische Grenzposten überfallen haben. Das hat in Indien natürlich viel böses Blut gemacht und selbst den gewiß geduldigen, friedliebenden Nehru, der auf korrekte Beziehungen zu China größten Wert legt, zu Verteidigungsmaßnahmen veranlaßt, die in der ganzen chinafeindlichen Welt mit größter Genugtuung aufgenommen worden sind und als grundsätzliche Schwenkung der indischen Chinapolitik ausgelegt werden.

Was in diesen weltabgelegenen, großenteils völlig weglosen und entsprechend unscharf abgegrenzten Gebirgsländern tatsächlich vorgeht, ist von hier aus schwer festzustellen. Insbesondere ist es unklar, was die Chinesen veranlaßt haben könnte, Indien herauszufordern — gerade in einem Augenblick, da sie dessen Unterstützung für ihr Begehren um Aufnahme in die UNO nötiger hätten als je, und da sich auch Chruschtschew zweifellos vorbereitet, die Chinafrage bei Eisenhower zur Sprache zu bringen. Möglicherweise will China, wie letztes Jahr bei der Beschießung der Küsteninseln vor Formosa, einfach daran erinnern, daß es da ist und daß es mit seinem Ausschluß aus dem Rat der Weltmächte unmöglich so weitergehen kann wie bisher. Das neue China wartet nun schon ein volles Jahrzehnt darauf, daß es bei der Regelung der asiatischen und der übrigen internationalen Angelegenheiten als Gleichberechtigter sein Wort sagen darf — das mindeste, was es heute verlangen kann. Es wird, wenn es nach Amerikas Willen geht, noch viel länger warten müssen — aber es kann auch einmal die Geduld verlieren und mag dann zu Handlungen greifen, die wir bedauern müßten, für die aber die hochmütigen Westmächte, vorab die Vereinigten Staaten, moralisch in erster Linie verantwortlich wären. Jedenfalls erträgt die westöstliche Spannung gerade jetzt eine Verschärfung weniger als je. Die Scharfmacher in aller Welt und die Höllengeister jeder Art lauern ja nur darauf, daß die neu versuchte Annäherung zwischen den Vormächten des Ost- und des Westlagers, wie sie sich in der russisch-amerikanischen «Besuchsdiplomatie» äußert, mit einem Fehlschlag endige und damit wiederum «bewiesen» werde, daß die Kommunisten nur die Sprache der rücksichtslosen Gewalt verstehen. Sollen sie wirklich diesen Triumph erleben?

1. September. *Hugo Kramer*

Versöhne dich mit deinem Bruder

(Matth. 5, 17, 23–26)

Wir sind Professor A. J. Rasker herzlich dankbar, daß er uns sein Vortragsmanuskript zum Abdruck in den «Neuen Wegen» zur Verfügung stellte, stand doch die Wochenendtagung vom 5./6. September im Naturfreundehaus auf dem Albis ganz unter dem Eindruck seiner starken und lauteren Persönlichkeit. Die Religiössoziale Vereinigung, als Veranstalterin des Treffens, hatte die große Genugtuung, auf Grund des Vortrages festzustellen, daß in Professor Rasker ein Mann aus einem vom schweizerischen sehr verschiedenen Erfahrungskreis eine ethische und politische Einstellung vertritt, die mit unserer Überzeugung weitgehend übereinstimmt. Für eine Minderheit, die ohne Rückhalt an politischen Parteien ihren Weg durch den Widerstreit der Meinungen sucht, bedeutet der Kontakt mit jedem Menschen, der sich bemüht, «de vivre sa vérité», eine große Hilfe.

Für die Redaktionskommission: *P. F.*

Da beschreibt Jesus die Situation, die wahrscheinlich öfters vorgekommen ist, daß jemand zum Tempel geht, um ein Opfer zu bringen. Während er auf dem Wege ist zum Altar, zum Gebet, denkt er: «Da ist etwas zwischen meinem Bruder und mir, er hat etwas gegen mich.»

Jesus sagte nicht: «Wenn du hingehst und du bedenkst, daß in deinem Herzen Bosheit gegen deinen Bruder ist, mußt du etwas tun», sondern: «wenn er etwas gegen dich hat». Wir denken: Ich habe doch nichts Falsches getan, e r soll sich ändern, ich bin ja freundlich genug. Jesus geht nicht darauf ein, er sieht ganz ab von der Schuldfrage. Er sagt nur: Wenn er etwas gegen dich hat, ist es d e i n e Sache, zu ihm zu gehen, denn du kannst nicht vor Gott kommen mit dem Wissen, daß zwischen euch etwas ist und daß du nicht das Deine dazu getan hast, es zu ändern. Schließlich könnte es ja sein, daß dein Bruder etwas gegen dich hat, ohne daß du dir eines Grundes bewußt bist, und dennoch könntest du ihn gekränkt, enttäuscht haben. Es kann auch nur ein Mißverständnis sein. Dann ist es deine Pflicht, dem Bruder aus diesem Mißverständnis herauszuhelfen.

Das gilt natürlich auch für unsere Zeit. Wir gehen in die Kirche oder kommen auf eine andere Weise vor Gott mit unserer Religiosität, unseren Absichten, Idealen; und dann merken wir, daß unser Bruder nicht mitgehen will, nicht weil er etwas gegen Gott hat, sondern gegen uns. Jesus sagt: Gehe zu deinem Bruder, versöhne dich mit ihm, fülle die Kluft, die dich von ihm und ihn von dir trennt. Das ist unsere Aufgabe, so sicher als Versöhnung der Weg ist, durch den Gott die Welt gerettet hat, indem er in Jesus in die Kluft getreten ist. Versöhnung bedeutet, daß wir in seiner Nachfolge das gleiche tun.

Das gilt nicht nur für das persönliche Leben, sondern es handelt sich um genau das gleiche bei den menschlichen Verhältnissen in größerem Umfang. In der Zeit unserer Urgroßeltern, da war die Lage auch so. Es waren damals viele, die zum Altar gingen, um zu Gott zu beten, und die ganz gut wußten, daß die Brüder etwas gegen sie hatten. Diese

Brüder waren die Menschen, die bei der industriellen Revolution zwischen die Räder geraten waren und die das Gefühl hatten, daß die anderen ihr Problem nicht nur nicht lösten, sondern es nicht einmal sahen. Man ging in die Kirche, während die benachteiligten Brüder draußen blieben, und man sagte sich: Was können wir dafür – Gott hat nun einmal Arme und Reiche gemacht. Der Bruder wurde nicht versöhnt, weil man kein Opfer für die Versöhnung bringen wollte, und dann ging er nicht mehr zum Altar. Wie viele Brüder gehen seitdem nicht mehr mit!

Ragaz gehört zu denen, die das Versäumnis der Christen und der Kirchen in der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts gesehen haben, und seine Einsichten haben die Theologie beeinflußt. Die Theologen sind jetzt alle sozial eingestellt, alle christlichen Parteien haben soziale Programme, und wir denken, wir machen es gut, der Bruder habe jetzt keinen Grund mehr, wegzubleiben.

Wir sollten nicht glauben, daß wir damit (durch Wohlfahrt und soziale Programme) das Problem gelöst haben, das unsere Großeltern nicht gesehen und nicht gelöst haben. Wir sehen nicht, daß wir genau dasselbe Problem jetzt wieder haben, nur in größerem Ausmaß. Die sozialen Probleme sind tatsächlich mehr oder weniger gelöst, aber was wir national ungefähr zu einer befriedigenden Lösung gebracht haben, das steht jetzt in den internationalen Verhältnissen gefährlich, riesengroß vor uns. Unsere Brüder haben etwas gegen uns, die Asiaten, die Japaner, die Chinesen, die Indonesier, die Russen, die Afrikaner, die Algerier. Wir im sogenannten christlichen Westen sind nur eine kleine Gruppe, die zum Altar geht. Wir sagen wie unsere Großeltern: Warum haben die etwas gegen uns, wir meinen es ja gut, wir helfen in den Entwicklungsgebieten, warum sollten sie etwas gegen uns haben? Wir vergessen, daß sie viele Gründe haben, über uns enttäuscht und gekränkt zu sein, Gründe, unsere Sache als eine harte und egoistische Sache anzusehen. Jesus sagt: Besinne dich erst, gehe nicht zum Altar, wenn du etwas gegen den Bruder hast, versuche, dich mit ihm zu versöhnen. Versuch es immer wieder, dann könnt ihr zusammen an den Altar kommen. Das ist Gott wohlgefällig.

Nun will ich Sie, meine Freunde, nicht ermutigen, zu meinen: Wir Religiössozialen sind anders, wir sind besser als alle andern, die heute in die Kirche gehen. Laßt uns aufpassen, denn des Menschen Herz weiß immer wieder Gründe, sich selbst zu rechtfertigen.

Was ich Ihnen vorlegen wollte, ist nur dies, daß dieses ganze Wort Jesu von der Versöhnung, von der Liebe, dem praktisch christlichen Leben und dem Opfer, das vor dem Gebet kommt, auch heutzutage gilt – daß es auch für Sie gilt: einerseits um Ihnen Mut zu machen und zu sagen: Geht auf dem Weg zu dem Bruder, zu den vielen Brüdern, die etwas gegen uns haben; anderseits um Sie zu warnen und zu sagen: Prüft euch immer wieder, denn auch euer Herz ist ein arglistig Ding. Sobald ihr denkt: Wir können ruhig zum Altar gehen, denn der Bru-

der hat keinen Grund mehr, sich über uns zu beklagen, dann ist es falsch gemacht.

Das Ende des Weges der Versöhnung werden wir nie erreichen. Und sollte es geschehen, daß wir zum Altar gehen, auch unversöhnt, was ja immer und immer vorkommt, laßt uns dann auch eilig zurückgehen zum Bruder, sozial, national, international. Laßt uns nicht uns selbst rechtfertigen, sondern laßt uns das andern sagen, was wir gesehen haben, laßt uns damit den andern Mut machen, damit wir zusammen die Brüder finden und zusammen den Weg gehen, den Jesus uns gewiesen hat. *Albert J. Rasker*

Unser Wochenendkurs auf dem Albis

Das Wochenende vom 5./6. September, zum dem die Religiös-soziale Vereinigung und die Freunde der «Neuen Wege» eingeladen hatten, war für uns ein ermutigendes Erlebnis. Eine erfreulich große Schar unserer Mitglieder und Freunde fand sich im Naturfreundehaus auf dem Albis zusammen, von dem aus man einen unvergeßlichen Blick auf die Landschaft des Zürichsees und – bei klarer Fernsicht, die uns freilich trotz warmem Sonnenschein nicht beschieden war – in die Bergwelt hinein hat. Die Veranstaltung war vor allem durch das Zusammentreffen mit Professor Dr. A. J. Rasker aus Oegstgeest in Holland gekennzeichnet, dessen Vortrag über «Die Macht der Versöhnung und die Ohnmacht der Gewalt» in ihrem Mittelpunkt stand. «Zusammentreffen» ist hier nicht nur im äußerlichen Sinn gemeint; das Entscheidende für uns war vielmehr, daß wir immer deutlicher sahen, wie sich hier ein Mann, den bisher nur die wenigsten unter uns kannten und der auch von uns und unserer Sache nicht viel wußte, mit uns auf dem gleichen Boden traf, auf dem wir selbst stehen, und der namentlich auch, bis in Einzelheiten hinein, die gleiche Schau wie wir von den Weltereignissen hat, die sich um uns herum abspielen und um deren geistige Bewältigung wir ringen. Da der Vortrag in seinen wesentlichen Teilen nun auch in den «Neuen Wegen» erscheint, ist es nicht mehr nötig, an dieser Stelle näher darauf einzutreten. Es sei nur gesagt, daß die Art und Weise, wie Professor Rasker in evangelischer Sicht die heutige Lage in der Völkerwelt beurteilte und unsere Aufgaben und Möglichkeiten ihr gegenüber aufzeigte, uns allen tiefen Eindruck machte. Die Aussprache, die sich daran schon am Samstagabend knüpfte und die am Sonntagvormittag, nach einer biblischen Betrachtung Dr. Raskers, wie zu Beginn des Nachmittages fortgesetzt wurde, war denn auch lebendig und stets aufs Wesentliche gerichtet. Sie gab dem Vortragenden Anlaß, eine Reihe von Fragen, die in uns aufgetaucht waren, von seiner – und unserer – Grundstellung aus zu beleuchten und zu ihrer Klärung und Lösung mitzuhelfen.

Wir sind Professor Rasker überaus dankbar für alles, was er uns geboten hat, und hoffen, mit ihm auch künftig wieder in Fühlung zu kommen. Daß Menschen in verschiedenen Ländern unabhängig voneinander und im Gegensatz zu den vorherrschenden Tagesmeinungen zu den gleichen Einsichten und Schlüssen gelangen, ist immer ein Zeichen für deren Wahrheitsgehalt und geeignet, unsere Überzeugungstreue zu stärken, unseren Kampfesmut zu mehren.

Am Sonntagnachmittag sprach dann noch der Schreibende über die Konferenz des Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten, die anfangs August auf der Baldern ob Männedorf stattgefunden hat. (Siehe unseren Bericht darüber im Septemberheft der «Neuen Wege».) Auch daran schloß sich eine längere Aussprache, die sich besonders auf unsere fernere Haltung gegenüber dem Bund bezog. Beschlüsse konnten nicht gefaßt werden; das ist Sache der Mitgliederversammlung unserer beiden Vereinigungen. *H. K.*

Die Macht der Versöhnung und die Ohnmacht der Gewalt

A. Die Ohnmacht der Gewalt

I. Unsere heutige Rüstungspolitik ist abgestimmt auf die heidnische Losung der alten Römer: Si vis pacem para bellum – Wenn du den Frieden willst, so bereite dich zum Kriege vor. Aber was man vorbereitet, bekommt man. Darum ist auch, und gerade heute, das Leben mit dieser Losung eine äußerst gefährliche Sache: ein Leben mit dem Risiko eines absolut vernichtenden und selbstmörderischen Krieges.

Das christliche Abendland hat sich diese Losung weithin angeeignet. Wie sehr, kann man täglich in unseren Zeitungen lesen. Wir wollen Frieden, aber lassen uns immer mehr antreiben zur Kriegsvorbereitung. Wir wollen Sicherheit, aber machen die Welt immer unsicherer.

Die atomare Rüstung hat seit dem 6. und 9. August 1945 einen großen Symbolwert. Damals ist die neue Waffe zum ersten Male auf Menschen abgeworfen worden, da hat sich der enorme Schrecken auf die Menschheit gelegt, den wir nicht wieder loswerden. Da ist eine qualitativ neue Waffe eingesetzt worden, deren Gewalt praktisch unbegrenzt ist und durch die das ganze Leben auf Erden mit Untergang bedroht wird. Dies ist der Unterschied zu allen früheren Waffen, daß diese Waffe zu groß ist für die zu klein gewordene Welt.

Man sagt, wir könnten diese Waffen noch in der Hand behalten, es liege an uns, zu entscheiden, daß es nur beschränkte Kriege gebe; wir machen auch taktische Atomwaffen und «reine» H-Bomben; wir sollten uns mit den Russen darüber einigen, daß die großen Waffen nicht gebraucht werden, die wollten wir nur zur Abschreckung in Vorrat halten. Als ob glaubhaft wäre, daß die Partei, die im Begriffe

wäre, zu verlieren, nicht zuletzt auch nach der größten Waffe greifen würde, und wäre es auch mit der zynischen Gewißheit, daß es Selbstmord bedeutet! Merkwürdig und unbegreiflich übrigens, daß dieselben Staatsmänner und Militärs, die jahrelang nicht mit den Russen haben verhandeln wollen wegen deren Unzuverlässigkeit, in dieser Beziehung eine solche Abmachung als möglich erachten. Und anderseits: gerade wo der Westen immer behauptet hat, wir brauchten die nuklearen Waffen, weil wir sonst der russischen und andern kommunistischen Übermacht mit konventionellen Waffen nicht gewachsen seien: wie kann man da noch gleichzeitig erwarten, daß die Russen unsere Versicherung glauben, wir wollten keine größeren Waffen verwenden als sie?

Es bleibt also dabei, daß wir Waffen bereit haben – und in immer größeren Mengen bereit haben –, deren beschränkte Anwendung eine unvorstellbare Massenvernichtung und deren unbeschränkte Anwendung das Ende der Menschheit bedeuten würde. Und dennoch lassen wir uns dazu antreiben, die Gefahr täglich noch größer zu machen. Es hat damit angefangen, daß Amerika sich ziemlich sicher fühlte durch den alleinigen Besitz der A-Bombe und daß es in dem Bewußtsein dieser Überlegenheit sogar die Roll-back policy (Politik des Zurückdrängens) formulieren konnte. Seitdem die Russen, schneller als man erwartet hatte, auch die A-Bombe herstellten, seitdem sie zum großen Schrecken des Westens Amerika voraus waren im Besitz einer praktisch verwendbaren H-Bombe – und etwas später ebenfalls im Besitz des Sputniks und also der Technik der internationalen Rakete –, ist das sichere Übergewicht des Westens zur drohenden Gefahr des nuklearen Gleichgewichts geworden. Aber weil die Technik unaufhaltsam voranschreitet und die Staaten mit enormen Teilen ihres Budgets dieses Voranschreiten beschleunigen, wird dieses Gleichgewicht des Schreckens eine tatsächlich immer entsetzlichere Sache. Wir bedrohen uns zwar gegenseitig; das Dilemma, vor dem wir stehen, ist aber, daß wir entweder die Drohung nicht verwirklichen können oder zusammen mit dem Gegner, mit allen unseren Gütern, die wir verteidigen wollen, zugrunde gehen. Wenn die Drohung nicht ernst gemeint ist, hat sie keinen Zweck; ist sie ernst gemeint, so schießt sie über ihren Zweck hinweg in das infernalische Nichts. Und dennoch machen wir die Gefahr täglich größer.

Von West- und Mitteleuropa als Schlachtfeld eines solchen Krieges würde nichts anderes als ein Haufen radioaktiver Asche übrigbleiben. Das ist wohl sicher, allen bei militärischen Manövern gemachten Fiktionen zum Trotz. Es ist schon gut, daß mit den Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung nicht mehr Ernst gemacht wird, weder in Deutschland noch in den Niederlanden noch in den meisten andern Ländern. Was uns da vorgemacht wird über die Möglichkeit, in Unterständen zu überleben, wenn man nur schnell genug hinuntergehe, über Schutz gegen Strahlungsgefahr, über Tee als Mittel gegen Strontium-90-

Verseuchung, ist zu einfältig, als daß es gegenüber der Realität der Bedrohung ernst genommen werden könnte. Die amerikanische Atomkommission, die immer wieder darauf aus ist, die Gefahr dieser Rüstung zu bagatellisieren, hat kürzlich mit folgenden Zahlen bekanntgegeben, daß die USA einen Atomkrieg überstehen können: Nach einem hypothetischen Angriff mit 263 nuklearen Waffen von einem bis zehn Megaton (also kleineren und mittelgroßen H-Bomben) auf wichtige amerikanische Städte würden fünfzig Millionen Amerikaner sterben, zwanzig Millionen ernsthaft verwundet werden, die Hälfte der Bevölkerung würde obdachlos werden; Strahlung würde Millionen von Sterbefällen verursachen und Nahrung und Wasser verseuchen. Demgegenüber würden hundert Millionen Menschen unversehrt bleiben. Durch zweckmäßige Maßnahmen des Zivilschutzes würde die Zahl der Opfer bis auf drei Prozent verringert werden. Dieser zweckmäßige Bevölkerungsschutz existiert aber b i s j e t z t n o c h n i c h t ! Über das Chaos im Verkehrswesen, in der Verwaltung, der Industrie, der Ernährung, der gesamten Wirtschaft, über die totale psychische und moralische Zerrüttung wird n i c h t s gesagt. Amerika kann es überleben, wird gesagt. Eine andere Frage ist, ob die hochgeschätzte bürgerliche Freiheit es überleben würde, ob die total desorganisierten Massen noch durch etwas anderes als durch irgendeine Form von Kommunismus einigermaßen in Ordnung und Disziplin gehalten werden könnten. Und dabei war hier die Rede nur vom e r s t e n Tag eines Atomkrieges.

Auf welch gefährlichem Felsgrat wir uns dabei befinden, wird klar, wenn wir bedenken, daß man notwendigerweise annimmt, ein großer Krieg werde ohne Kriegserklärung ganz plötzlich anfangen. Gerade weil jede Partei die Möglichkeit hat, die andere, wenn nicht ganz, so doch sicher beinahe, zu lähmen und zu vernichten, handelt es sich darum, wenn der Angriff beginnt, s o f o r t zurückzuschlagen, und zwar mit allen verfügbaren Mitteln. Darüber muß in kürzester Zeit entschieden werden, denn wenn beide Parteien einmal interkontinentale Raketen in genügender Anzahl zur Verfügung haben, ist die Zeitspanne zwischen Warnung durch das Radarnetz und Einschlag der Bomben weniger als zwanzig Minuten! Es wird die Zeit kommen, wo elektronische Apparate entscheiden, ob und wann der Moment des Gegenangriffs gekommen ist. Aber wenn so wenig Warnungszeit zur Verfügung steht und die Beurteilung der Umstände menschlichem Entscheid faktisch entzogen ist, wo bleibt dann schließlich der Unterschied zwischen defensiven Vergeltungsmaßnahmen und Präventivkrieg?

In diesem Zusammenhang wird auch der Vorschlag der Atomkommission des Weltkirchenrates töricht und sinnlos erscheinen, der besagt: 1. Die Christen sollen nur einem beschränkten Krieg zustimmen. 2. Sollte ein totaler Krieg ausbrechen, so sollen sie auf die sofortige Beendigung des Krieges dringen, wenn nötig unter Annahme der Bedingungen des Feindes. 3. H-Bomben sollen nur als Abschreckmittel

vorhanden sein, nach der Meinung eines Teiles der Kommission n i e praktisch angewandt werden, nach der Meinung eines andern Teils n u r, wenn der Feind sie zuerst gebraucht hat.

Zu was für einer Entmenschlichung des Menschen sind wir gekommen – wir, denen es schwerfällt, einen Toten zu sehen, denen es bei einem Eisenbahnunglück kalt über den Rücken läuft, aber die wir für die ersten Tage eines Krieges mit Hunderten von Millionen Toter rechnen, als ob es nur um abstrakte Zahlen gehe – zu was für einer Entmenschlichung des Menschen sind wir gekommen, und das mit der Behauptung, es gehe uns gerade darum, die Menschheit und Menschlichkeit zu bewahren! Wer kann das eigentlich noch glauben?

Was ist das für ein Rückschlag nach dem Glauben an den technischen Fortschritt im 19. Jahrhundert! Wir haben auf den Menschen und seine Möglichkeiten vertraut und sind daran zuschanden geworden. Wir haben Ideale gehabt und sind zynisch geworden. Was für Kräfte haben uns dabei getrieben, Kräfte aus dem Abgrund, aus dem Nihilismus, aus dem zynischen Willen zur Macht! Wie ist es dazu gekommen, daß wir so wenig Phantasie zu einer andern Begegnung mit den Mitmenschen aufbrachten als die Phantasie, die mit der Hölle seiner und unserer Vernichtung spielt? Und wie haben wir dabei den Namen Gottes gebrauchen können, indem wir sagten, es handle sich um die Verteidigung des christlichen Abendlandes!

Man kann ohne Zweifel behaupten, daß die Kriege, die die Menschheit in der Vergangenheit geführt hat, nicht alle zwecklos und sinnlos gewesen sind. Man kann sagen: «Wenn Amerika im Zweiten Weltkrieg nicht eine kriegführende Nation . . . geworden wäre, so wäre meiner Meinung nach der größte Teil der Welt außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten, vielleicht sogar einschließlich des größten Teils von Lateinamerika, heute zwischen dem Dritten Reich und einem japanischen wirtschaftlichen Einflußbereich aufgeteilt worden. Hätte Amerika nach Beendung des Zweiten Weltkrieges nicht weiterhin eine führende politische und militärische Rolle in der Westpolitik übernommen, so stünde heute, wie ich glaube, der größte Teil der übrigen Welt unter russischer und chinesischer Herrschaft.» (Toynbee.) Man kann das für wahr halten und dafür dankbar sein, daß wir heute noch unter der P a x a m e r i c a n a leben dürfen – und dennoch behaupten, daß die Mittel, mit denen diese P a x a m e r i c a n a umgeht, je länger um so bedenklicher werden.

Die Tatsache, daß die Welt durch einen beinahe totalen Krieg und eine bedingungslose Kapitulation vor einer großen Gefahr gerettet worden ist, besagt noch nicht, daß dieses Mittel und diese Errungenschaft einwandfrei sind und daß sie deshalb, und zwar in unermeßlich gesteigerter Form, auch in Zukunft unser Vertrauen und unsern Einsatz verdienen. Es könnte ja sein, daß die Schuld, die wir durch diesen Krieg und durch alles, was zu ihm geführt hat, auf uns geladen haben, nicht Anlaß sein sollte, es mit seinen Methoden noch einmal zu wagen

und alle Phantasie auf deren Verbesserung zu verwenden, sondern, umgekehrt, nach ganz andern Methoden zu suchen und daran mit einer noch viel größeren Phantasie zu arbeiten.

Wir sprachen von Schuld. Es ist auch nicht unangebracht, von einer Art Nihilismus zu reden, aus dem unser Wille zur Macht entstanden ist und zu dem dieser Wille zur Macht hinführt. Warum haben wir solch einen Willen zur Macht, und warum erwarten wir von der Macht Sicherheit und Zukunft? Nach Nietzsche entsteht der Wille zur Macht dadurch, daß die alten Werte verlorengegangen sind, daß die obersten Werte sich entwerten; es fehlt das Ziel, es fehlt die Antwort auf das Warum. Die Tatsache, daß wir die Macht motivieren mit dem Bedürfnis, unsere überlieferten Werte – Religion, Freiheit, Persönlichkeit, Menschlichkeit – zu verteidigen, soll weder uns noch andere darüber täuschen, daß gerade diese Werte uns weithin abhanden gekommen sind und daß das Vertrauen auf Macht auch die letzten Werte noch antasten wird. Das ist das Wesen unseres Entsetzens, daß der moderne westeuropäische Mensch, der sein Leben behalten möchte, so wenig weiß, was eigentlich «das Leben» ist, was der Sinn des Lebens ist; daß vielmehr «die Kultur des Westens gelähmt wird durch das Bewußtsein von Sinnlosigkeit. Und zugleich will sie mit aller Gewalt jene Güter und Werte behalten, die sie sich erworben hat in Jahrhunderten, wo der Glaube an die Zukunft sie noch zu großen Taten befähigte.» (Berkhof.)

«Während er Atome sprengt und Gestirne stürmt, wird der Mensch sich selbst zum Rätsel.» (G. W. Locher.) Man merkt das vielleicht ganz besonders auch an unserer heutigen desorientierten und gequälten Jugend. Für was für eine Zukunft ziehen wir sie groß? Oder für was für Ideale bringen wir ihre Zukunft in Gefahr?

II. Als politische Weisheit ist die Politik der Stärke ein vollständiger Fehlschlag. Wir im Westen haben mit ihr das Vertrauen des größten Teils der Menschheit schon verspielt. Unser Christentum ist eine fragwürdige Sache. Der Kommunismus zieht in aller Welt die Sympathien an sich, und das ist unvermeidlich, wenn wir es auch nicht verstehen.

Wir im christlichen Abendland haben das Vertrauen des größten Teils der Menschheit schon verspielt. Wer der Welt am besten dient, das wird nun einmal nicht mehr in Europa ausgemacht – das sollen wir Europäer wohl bedenken, sowohl die Deutschen, denen immer noch die Teilung Deutschlands, Berlin, die Oder–Neiße-Linie und dergleichen als die wichtigsten Punkte der internationalen Politik vorkommen, Probleme, zu deren Lösung ihr Anschluß an die NATO-Politik übrigens weniger als nichts beigetragen hat oder in Zukunft beitragen kann, als auch die Schweizer, die Holländer und andere, die noch immer meinen, daß Amerika um unserer Freiheit oder unserer Ideale willen einen Atomkrieg mit Rußland riskieren will. Wir können wohl Schlachtfeld für Amerikas Interessen werden; Amerika wird nicht leicht Schlachtfeld für unsere Interessen werden wollen.

Ich meine aber, daß die eigentlichen Probleme des Zusammenlebens der Völker sich besonders konzentrieren auf die Frage nach dem Verhalten Asiens und Afrikas zwischen den beiden Mächten, den beiden Machtblöcken, die sich um Amerika und Rußland scharen. Und dann sehen wir, daß die Völker außerhalb des NATO-Gebietes – also die Völker Asiens und Afrikas – alle eines gemeinsam haben, was sie von uns unterscheidet und vor uns auf der Hut sein läßt: 1. Es sind die seit einigen Jahrhunderten vom Westen entweder kolonisierten oder ökonomisch ausgebeuteten Völker. 2. Es sind die im Vergleich zum Westen armen Völker, die außerdem mit mehr oder weniger Recht geneigt sind, den Gegensatz zwischen ihrer Armut und unserm Reichtum dem genannten Kolonialismus oder der Ausbeutungswirtschaft zuzuschreiben. 3. Es sind die farbigen Völker, die schon durch die Tatsache ihrer Hautfarbe und ihrer Rasse sich zurückgesetzt fühlen. 4. Es sind die Völker, die nur zu einem geringen Teil Christen sind, während sie sich dem Westen als der christlichen Kultur, dem christlichen Abendland gegenüberstehen fühlen.

Nun ist ihnen durch die zuerst genannten drei Faktoren – Kolonialismus, Ausbeutung, Farben- oder Rassengegensatz – die Christlichkeit der christlichen Welt zweifelhaft geworden. Es ist ihnen von der Zeit der westlichen Expansion seit dem 16. Jahrhundert viel mehr in der Erinnerung geblieben, als uns lieb sein kann. Wir behaupten zwar gern, diese Völker hätten kein Geschichtsbewußtsein; aber sie haben ein unverbrauchtes Gedächtnis, in dem von allen üblen Erfahrungen, die sie in vier Jahrhunderten mit uns gemacht haben, in Legenden und Vorstellungen viel bewahrt geblieben ist, was als Anklage und Schuld lebensgroß gegen uns aufsteht.

Der Westen hat seit dem 16. Jahrhundert ökonomische Expansion mit Mission verbunden, und er hat im Grunde nicht verkehrt gehandelt, als er den Völkern das äußere Gewand seiner Kultur nicht ohne den religiösen Kern bringen wollte. Wir wollen den Wahrheitsgehalt dieses theokratischen Kulturbewußtseins, das sowohl die katholischen (Spanier, Portugiesen) als auch die reformierten (Engländer, Holländer) Kolonisatoren gehabt haben, nicht verkennen. Aber seit den traurigen Erfahrungen, die die Indianer mit den Spaniern machten, und denen, die die Bevölkerung der Insel Banda mit Jan Pieterszoon Coen machte, über das säkularisierte 19. Jahrhundert, wo der christliche Westen aus den Kolonien Reichtümer verdiente, aber die Mission den schwachen Kräften und Mitteln privater Gesellschaften überließ, bis in unsere Zeit, wo diese Völker in ihrer neuerworbenen Freiheit zwar vielerlei Hilfe aus dem Westen bekommen können, aber meistens unter Bedingungen militärischer und politischer Bindung im Interesse des Westens, ist diese unsere Christlichkeit eine unglaubwürdige Sache geworden. Wir reden zwar viel von Liebe und Barmherzigkeit, von Opfer und Kreuztragen und Nachfolge in der Armut Christi, aber in unserer Praxis merken sie mehr von Eigennutz und Härte, von Vorteil-

suchen und Liebe zu Luxus und Wohlstand. Sie merken es wohl, daß ihnen die heute säkularisierte Mission in Form von Hilfe an Entwicklungsgebiete keineswegs uneigennützig gegeben wird, daß der amerikanische Kongreß zur Auslandhilfe meistens nur mit der Begründung bereit ist, daß damit militärischen Zwecken gedient ist, Auslandbasen garantiert werden oder, in der allerletzten Zeit, daß die Völker dadurch von der Anziehung durch den Kommunismus abgehalten werden. Wir sehen jetzt zwar ein, daß unsere Großeltern im 19. Jahrhundert fälschlich das Recht der Revolution verneint und die soziale Frage nicht gesehen haben, aber jetzt sind wir im Weltmaß genau so konservativ, wie sie es auf nationaler Ebene waren.

Kolonialismus in einer schlimmen Form sind wohl die Versuchsexplosionen gewesen, die zunächst die Luft und das Trinkwasser in Japan, die Wasser des Stillen Ozeans und die Fische und Meerpflanzen, die den Japanern als Nahrung dienen, verseucht haben – Versuchsexplosionen, deren Gefahr immer wieder geleugnet oder bagatellisiert wurde trotz einwandfreien Feststellungen japanischer Gelehrter. Es ist bekanntgeworden, daß gerade unter der japanischen Jugend eine Abwendung vom Christentum stattgefunden hat; ich erwähne nur beispielsweise den Brief, den vor kurzem ein junger Japaner, der sechs Jahre in Europa studiert hat und dann vom Christentum zum Buddhismus zurückkehrte, an seine Mutter schrieb. Darin steht unter anderem: «Man kann wohl sagen, daß alle nichtchristlichen Völker aller Zeiten zusammengenommen nicht so viel Blut vergossen haben wie die Christen in den zweitausend Jahren ihrer Existenz. – Mir fiel das Wort Jesu ein: An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen. Ich habe sie erkannt und habe mich von ihnen gelöst.»

Demgegenüber übt der Kommunismus eine große Anziehungskraft auf die nichtwestlichen Völker der Welt aus. Die etwas dumme amerikanische Antwort: Wir sind viel reicher als die Kommunisten und können euch mehr bieten – verfängt nicht, um so weniger als Rußland dem Westen nicht mehr viel nachsteht in seinem industriellen Vermögen. Die andere Antwort: Wir bieten euch Freiheit, der Kommunismus Unfreiheit – verfängt nicht, weil diese Asiaten von den westlichen Völkern nie viel Respekt für ihre wirklichen individuellen und nationalen Freiheiten erfahren haben, und weiter auch, weil nicht Freiheit als politischer Begriff, wohl aber Freiheit von Armut und Hunger, von Krankheit und Naturkatastrophen ihr wirkliches Verlangen ist. Und was sie am meisten interessiert, ist dies: daß in den Russen ein Volk zu ihnen kommt, das a u c h schlechte Erfahrungen mit dem Westen gemacht hat – die Angst vor dem Westen, von der Zeit der Kreuzzüge über den Napoleonischen Krieg 1813, vom Interventionskrieg 1918 bis 1920 bis zum Hitlerkrieg 1941 bis 1945, steckt sehr tief im russischen Volk –, das eine ökonomische Konkurrenz mit dem Westen aufgenommen hat und aus eigener Kraft mit geplanter Wirtschaft schnell vorankommt: all das fasziniert die Asiaten und Afrikaner, und daher sehen

sie über die Härten des Kommunismus, von denen sie noch wenig erfahren haben, gerne hinweg.

Hier ist die wirkliche Bedrohung, die der Kommunismus für uns bedeutet: daß er den Völkern Asiens und Afrikas neuen Mut für die Zukunft machen kann, daß er ihnen nicht nur Vertrauen zu ihm, sondern auch Selbstvertrauen schenkt, daß er die Dynamik besitzt, die ihnen Hoffnung auf eine bessere Welt gibt, daß er ihnen Idealismus beibringt und durch Idealismus neues Leben einflößt. Das hat wenig zu tun mit der Frage, ob sie kommunistisch werden wollen, wohl aber damit, daß der Kommunismus an einer sich fortbewegenden Welt interessiert ist, während der Westen konservativ geworden ist, Stabilität bevorzugt und vor jedem politischen Wandel als vor einer Drohung zurückschreckt. Die merkwürdige Statik der westlichen Politik, ihre Versuche, bei allen Verhandlungen gerade den Status quo zu bewahren und Änderungen nur zögernd zuzugeben, steht zu dieser kommunistischen Dynamik, an der die farbigen Völker gern Anteil nehmen, sehr im Gegensatz.

Aber die Welt ist in Bewegung geraten, und die Bewegung wird sich nicht aufhalten lassen, ob es nun um Berlin geht oder um die Anerkennung der DDR, um Formosa oder um die Anerkennung Volkschinas; die Welt ist in Bewegung, und diejenigen, die aus Selbstverteidigung diese Bewegung aufhalten wollen, werden nur selber unter die Räder geraten, sonst nichts.

Solange unser Hauptaugenmerk immer noch darauf gerichtet ist, das, was wir haben, zu behaupten, und wir uns fürchten, die Dynamik einer neuen Zeit mitzumachen, solange wir uns davor genau so fürchten, wie unsere Großeltern sich vor den sozialen Umwälzungen auf nationaler Ebene gefürchtet haben, werden wir nur, und zwar in eiligem Tempo, ins Hintertreffen geraten. Aber vielleicht ist nichts anderes möglich, weil wir nun eben unsere Zeit gehabt haben und jetzt andere an der Reihe sind. Das beste wäre für uns dann, daß wir uns entschließen könnten, mutig und wirklich uneigennützig mitzumachen und so an einer neuen Zeit ehrenvoll teilzuhaben. Sollten wir uns nicht dazu entschließen, sondern in unserer konservativen defensiven Haltung verharren, dann werden wir, die weiße Rasse, der Ausläufer des christlichen Abendlandes, Westeuropa und Nordamerika, im günstigsten Fall, ein kulturelles Reservat werden, eine Art Museum, wohin Besucher aus Rußland und China und Afrika kommen, um zu sehen, wie es in einer geschichtlich interessanten Zeit einmal gewesen ist, so wie wir heutzutage Rom oder Athen besuchen.

III. Wir sind unter dem Druck der Umstände in der letzten Zeit zögernd auf andere Gedanken gekommen. Das ist aber noch nicht echte Bekehrung. Von der Ohnmacht der Gewalt sollen wir uns radikal abwenden und unser Vertrauen in die Macht der Versöhnung setzen.

Erfreulicherweise haben wir in den letzten Monaten eine deutliche Umkehr im internationalen Verhalten des Westens feststellen können.

Unter dem Druck der Umstände, das heißt der faktischen Macht- und Einflußverlagerungen, hat der Westen deutlich eine größere Bereitwilligkeit gezeigt, mit den Russen zu verhandeln, nicht nur in dem Sinne, daß man ihnen immer nur Frieden zu unseren Bedingungen anbot, sondern jetzt in dem Sinne, daß man es mit Geben und Nehmen versucht, daß man bereit ist, sich über kleine Fortschritte zu freuen, daß man die Bedenken und Sorgen der Gegenpartei auch gelten lassen und damit rechnen will, daß sie sich von unserer Rüstung genau so bedroht fühlt wie wir uns von der ihren.

So haben denn nicht nur die Konferenzen über die Versuchsexplosionen nach langem Verhandeln ein weitgehendes gegenseitiges Entgegenkommen gezeitigt, sondern, was ebenso wichtig ist, der Termin der Einstellung der Versuche ist verlängert worden; das bedeutet auch, daß die Vernunft der Wissenschafter und die Vorsicht der politischen Verhandler sich durchgesetzt haben gegen das Drängen der Atommanager. So haben Macmillan und Montgomery, Mikojan und Chruschtschew, Nixon und Eisenhower das Eis gebrochen, und es macht den Anschein, daß zwar nicht eine Gipfelkonferenz die Lösung der Probleme bringen werde, wohl aber, daß eine Reihe von Gesprächen und Besuchen höherer und höchster wie auch bescheidenerer gegenseitiger Vertreter schließlich eine Atmosphäre schaffen wird, die zur Entspannung und Verständigung führen kann. Zur großen Freude vieler, denen es um Frieden in der Welt zu tun ist, hat Adenauer wirklich zum 1. September in seiner Radioansprache die Schuld der Deutschen nicht verschwiegen. Das hat uns ganz anders in den Ohren getönt als Worte, die wir aus demselben Munde vor nicht so langer Zeit gehört haben, und wir dürfen wohl sagen, daß dieses Wort am 1. September bessere Politik, höhere politische Weisheit gewesen ist.

Das hängt vielleicht auch zusammen mit dem Besuch Eisenhowers in Bonn, und dies wiederum mit dem neuen Kurs in der USA-Politik, die in den letzten Wochen Foster Dulles' sich angebahnt zu haben scheint und seitdem immer deutlicher eingehalten wird. Dulles' «Brinkmanship», sein gefährliches Sichbewegen am Rande eines Krieges – wir nennen nur Korea, Quemoi, Vietnam, Berlin –, hat jetzt Raum gemacht für die Ansichten und Meinungen von Männern wie der Senatoren Mansfield, Fulbright. Charles E. Bohlen, der 1957 als amerikanischer Botschafter aus Moskau abberufen wurde, weil er im Gegensatz zu Dulles meinte, daß Rußland keine territorialen Ambitionen mehr habe und daß es sinnvoll wäre, mit Rußland eine Vereinbarung über die Abrüstung zu treffen, ist vor einigen Wochen von Eisenhower zum Leiter der Abteilung Rußland im amerikanischen Außenamt ernannt worden.

Das Drängen vieler in allen Völkern auf ein wirkliches Streben nach Entspannung und nach wirklichen Verhandlungen, das Mahnen vieler Sachverständiger zum Atomstopp wegen der immer größeren

Gefahren der radioaktiven Verseuchung von Wasser und Luft und Nahrung der Völker hat schließlich einigen Erfolg gehabt. Es ist jetzt ein Anfang gemacht mit der Erfüllung der Wünsche, die in Deutschland Männer wie Erler und Heinemann, die kirchlichen Bruderschaften, die SPD, in England die Labourparty, in meinem Land meine Gesinnungsgenossen und Sie in der Schweiz schon seit Jahren ausgesprochen haben und um welcher willen man uns als Defaitisten, Fellow-travellers oder Kryptokommunisten verdächtigt hat. Wir wollen uns freuen, nicht weil wir recht bekommen haben, sondern weil die Welt einen sichereren Weg geht, und wir wollen die Staatsmänner und Völker nur ermutigen, auf diesem Wege weiterzugehen.

Es ist dann aber noch einiges zu bemerken – Besinnung auf die Frage tut nämlich not, ob wir es bei dieser Umkehr mit einer wirklichen Bekehrung zu tun haben oder nur mit einer taktischen Umschaltung unter dem Druck der Umstände, unter dem man begriffen hat, daß Gleichgewicht eine aussichtsreichere Möglichkeit ist als einseitiges Übergewicht, worauf dann ein weiterer Schritt folgt in der Erkenntnis, daß Gleichgewicht des Entgegenkommens mehr Verheißung für die Welt bietet als Gleichgewicht der Bedrohung und des Schreckens.

Es gibt in der Ethik ein berühmtes Problem: ob das gute Verhalten unter den Menschen nur ein Gleichgewicht gegenseitiger Drohung, gegenseitigen Egoismus sei oder ob es seinen Ursprung finde in einer diesem Gleichgewicht überlegenen Güte, einer ursprünglichen Liebe; ob das Zusammengehenwollen der Menschen nur aus der Krisis ihrer Egoismen herkomme oder der eigentliche Sinn ihrer Existenz sei. Erst diese letztere Erkenntnis würde in den menschlichen Verhältnissen und dann auch in der Politik so etwas wie eine Bekehrung sein.

B. Die Macht der Versöhnung

IV. Christlich würde die Losung sein: Si non vis bellum para pacem – Wenn du keinen Krieg willst, so bereite dich zum Frieden vor. Das ist der Weg der wahren Gerechtigkeit, der mit Schuldbekennen, Versöhnung und Opfer zu tun hat. Der Weg des Schuldbekennens ist voller Verheißung. Versöhnung ist eine große Macht und hat die Möglichkeit eines neuen Anfangs. Viel Eigennutz und Prestige muß dafür geopfert werden, aber der Gewinn ist, daß Menschen sich in wahre Menschlichkeit zurückfinden werden.

Christlich würde es sein, statt der Losung «Si vis pacem para bellum» zu sagen: «Si non vis bellum para pacem» – Bereite den F r i e d e n vor, wirke auf den Frieden hin, und dann nicht auf einen Frieden, der nur das Nichtsein von Krieg bedeuten würde, ein Gleichgewicht aus Furcht oder aus Eigennutz, sondern einen Frieden, in dem es uns wirklich um den andern zu tun ist. Das ist U m k e h r , ein neues Einander-begegnen-Wollen; aber aus gegenseitigem Schrecken entsteht das bestimmt nicht.

Das Für-den-andern-Dasein ist, was die Bibel die G e r e c h t i g k e i t nennt. Die Gerechtigkeit Gottes besteht darin, daß Er für den Menschen dasein will; das ist eine bewahrende, helfende Gerechtigkeit,

und die Gerechtigkeit des Menschen besteht dann darin, daß Gott für ihn da ist und daß er deshalb für den andern Menschen dasein darf. Prüfen Sie das einmal nach, namentlich in den Psalmen und bei Propheten wie Amos und Jesaia. Diese Gerechtigkeit ist nicht im Widerstreit mit der Liebe des Neuen Testamentes, sondern sie ist genau derselbe Begriff – der Liebe, die ja nicht eine Sache des Gefühls, sondern des Willens ist, der Verantwortlichkeit für das Leben und Dasein des Nächsten; sie besteht darin, daß wir ihm Ant-wort, Wider-wort geben auf die Frage, die von seinem Leben ausgeht, auf die Not seines Lebens. (Weil d a s Gerechtigkeit ist, ist es so schade, daß Lasserre in seinem Buch «Krieg und Evangelium» das Alte Testament ganz übergeht und sich nur mit dem Neuen Testament befaßt.)

Diese Gerechtigkeit, die Liebe ist, ist etwas ganz anderes als der Gerechtigkeitsbegriff, mit dem in der Politik so oft operiert wird, der Gerechtigkeitsbegriff, bei dem es einem jeden vor allen Dingen darum zu tun ist, das Seine zu behalten. – Diese politische oder heidnische Gerechtigkeit kann mit Egoismus sehr gut zusammengehen, er ist nicht viel mehr als das Gleichgewicht der Egoismen, während die biblische Gerechtigkeit allen Egoismus, alle «Rechthaberei» unterminiert, zuschanden macht.

Das ist aber, was wir befürworten, was wir hoffen und wofür wir beten: daß die Bekehrung zu dieser Gerechtigkeit auch im politischen Leben durchdringen möchte und daß diejenigen, die sich Christen nennen, es wagten, den Anfang zu machen. Es ist nicht wahr, daß wir Pazifisten Frieden wollen auf Kosten der Gerechtigkeit, wie uns etwa vorgeworfen wird. Wir wollen Recht, wir wollen aber zunächst die Ohren und Augen dafür öffnen, zu hören und zu sehen, was in Wahrheit Recht ist: nicht der Eigennutz, sondern was dem andern zukommt (Phil. 2, 4). Die Militaristen reden von Recht und fordern auch Opfer dafür; wir tun das auch, aber wir reden von einem besseren Recht und von Opfern, die mit größter Gewißheit nicht umsonst sein werden. Rechtsordnungen sollen der Erhaltung des menschlichen Lebens dienen, das menschliche Leben soll nicht einem abstrakten Rechtsbegriff geopfert werden.

Dann nur wäre unsere Bereitschaft, mit den Kommunisten zu verhandeln, nicht ein Nachgeben auf Druck und Drohung, sondern eine innere Bereitschaft, mit dem andern Menschen wirklich Mensch zu sein vor dem Antlitz des Gottes, dem wir in der Bibel, im Alten und im Neuen Testament, begegnen. Dann nur würde auch wirklich erfüllt werden, was Erler gesagt hat auf dem Münchner Kirchentag im August 1959 über das Verhalten zum politischen Gegner: «Mit dem politischen Gegner wird gerungen. Deshalb lehne ich die Definierung des Politischen als Freund–Feind-Verhältnis ab. Sie entmenschlicht die Politik.» Erler hat recht, und das gilt nicht nur in der Parteipolitik auf nationaler Ebene, sondern auch international. Wie weit wären wir, wenn wir dem Gegner, dem andern, dem, dessen Sorgen und Ideale

den unsern entgegengesetzt sind, nicht als Feind, sondern als Mitmensch begegnen könnten und dem andern Volk als Mitvolk um des einen Herrn der Welt willen!

Wenn wir nun die Wahrheit der Losung anerkennen: Si non vis bellum para pacem, so sind wir nicht gefragt, was wir an Kriegsvorbereitung tun, damit kein Krieg entstehe, sondern, positiv, was wir an Friedensvorbereitung tun, damit der Friede wirklich Friede sei. Wir nennen dafür in diesem Zusammenhang drei Hauptbegriffe: Schuldbekennen, Versöhnung und Opfer.

1. Schuldbekennen. Mit Schuldbekennen muß es ohne Zweifel anfangen, damit, daß wir die Schuld, unsern Anteil an der Schuld für die heutige Weltlage, auf uns nehmen. All die Gegensätze, all das Mißtrauen ist nicht ohne Schuld. Es ist so merkwürdig, daß Christen, die in der Kirche regelmäßig ihre Schuld bekennen, die mit dem Wort des Apostels Paulus sagen: «Wir haben alle gesündigt und ermangeln der Ehre vor Gott», im politischen Leben so selbstgerecht sein können. Dann haben plötzlich die andern, immer wieder die andern alles falsch gemacht, und wir haben immer nur das Gute vorgehabt. Laßt uns doch nicht vergessen, daß wahrhaftig Bosheit und Torheit auch in unserem Idealismus und in unserem Gelingen ebensosehr oder mehr noch als in unserem Versagen gelegen sein kann (Karl Barth). Laßt uns doch nicht vergessen, daß auch der Nationalsozialismus ein Kind unserer säkularisierten christlichen Kultur gewesen ist und daß auch der Kommunismus «ein Blatt aus dem Buche der Christenheit, ein herausgerissenes und falschgelesenes Blatt ist» (Toynbee). Wenn uns das deutlich geworden ist, dann verstehen wir nicht, wie die Bewegung der Moralischen Aufrüstung, die sonst immer so viel spricht von Schuldbekennen als Bedingung für Versöhnung unter den Menschen und als Zugang zu einem neuen Zusammenleben, sich seit kurzem so in einen antikommunistischen Kreuzzug, gegen Koexistenz kehren kann. Mit dem naiven, aber äußerst gefährlichen Ausspruch, Moralische Aufrüstung sei im Krieg gegen das Böse, wenn wir mit dem Kommunismus koexistieren, würden wir mit dem Bösen paktieren, versucht Caux sich gegen die Annäherungsversuche Chruschtschews zu wenden und stellt sich de facto auf die Seite der (aussterbenden) Politik der Härte.

Wir möchten eine andere Haltung befürworten. Wir möchten uns lieber freuen über die schüchternen Versuche Adenauers in seiner Rede an Polen am 1. September und hätten uns noch mehr gefreut, wenn darin deutlicher von der deutschen Schuld an Polen gesprochen worden wäre und wenn eine Erwähnung der russischen Mitschuld dabei nicht stattgefunden hätte. Auch Rußland gegenüber wäre ja ein anderer Ton als der einer Beschuldigung aus deutschem Munde passender gewesen. Es ist mir die Weise lieber, in der Johannes Hamel davon schreibt in «Christentum unter marxistischer Herrschaft» unter dem Titel «Gehorsam nimmt Schuld auf sich und verzichtet auf Ansprüche».

Ich weiß als Niederländer nur zu gut von der Schuld meines Landes an Indonesien und bedaure die Politik der Härte, die wir diesem ehemaligen kolonialen Gebiet gegenüber seit der Unabhängigkeitserklärung in verschiedener Hinsicht geübt haben und die dann im Jahre 1957 zu der letzten, für beide Parteien äußerst schädlichen Krise geführt hat. Ich habe mich aber auch sehr gefreut über einen Brief, den ich aus Indonesien empfing, in dem eine Frau, die dort eine verantwortungsvolle Stelle im kirchlichen Leben innehat, mir schrieb: «Wir in Indonesien müssen auch lernen, Schuld zu bekennen, aber wir wagen in dieser Hinsicht nicht so viel wie Sie und einige andere in den Niederlanden. Dennoch läßt Gott uns nicht los, und darum hoffe ich weiter, daß es noch einmal zu einer Versöhnung zwischen unsern Völkern kommen wird.»

Ich denke – auch als Niederländer, dessen Leben, wie man sagt, der Hiroshima- und der Nagasakibombe zu verdanken ist – mit Dankbarkeit daran, daß ich im April dieses Jahres in der Zweiten christlichen Friedenskonferenz in Prag meine Zustimmung habe geben dürfen für den Bußruf wegen Hiroshima; denn wenn ich es auch nicht bin, der die Bombe geworfen hat, so habe ich mich doch damals über sie gefreut, weil sie mich und meine Familie aus dem Konzentrationslager erlöste.

2. Versöhnung. Der Weg des Schuldbekennens ist voller Verheißung; er und nur er kann zu einem neuen Anfang führen. Ich nenne ein Beispiel, das ich vor wenigen Tagen las und das mir großen Eindruck machte. Der Mann, der am 6. August 1945 die erste Atombombe auf Hiroshima warf, Claude Eatherly, Major der amerikanischen Luftwaffe, ist, nachdem es ihm zum Bewußtsein gekommen war, was er getan hatte, ein psychisch, moralisch und körperlich gebrochener und zerrütteter Mensch geworden. Die Ärzte, die ihn psychiatrisch betreuen und dabei vor einer unlösbaren Aufgabe stehen, haben jetzt eine Hilfe aus Japan bekommen. Der Japanische Versöhnungsbund schrieb ihm vor kurzer Zeit einen Brief: «Wir wünschen, daß Sie wissen, daß wir Sie als ein Kriegsopfer betrachten und daß wir für Ihre völlige Genesung beten.» Ein zweiter Brief wurde ihm neuerdings geschickt von den überlebenden Hiroshima-Mädchen, die als Kinder von der Bombe verbrannt und verwundet wurden, in dem diese ihm eine Botschaft der Vergebung und des guten Willens überbrachten.

Wir können nur still werden, wenn wir so etwas vernehmen, denn das ist die Antwort auf eine Schuld, die nicht Haß, sondern Versöhnung bringt, nicht ein Ende, sondern einen neuen Anfang verspricht. Dasselbe gilt von den sechzig deutschen Pfadfindern aus Offenbach, die einen total verwilderten jüdischen Friedhof betreuen wollen – eine Aufgabe, die viele deutsche evangelische Gemeinden auf sich genommen haben. Es ist nur sehr zu bedauern, daß denen, die solches vorhaben, oft mehr Mißbilligung als Anerkennung von seiten ihrer Landsleute zuteil wird, die offensichtlich nicht zu Schuldbekennt-

nis und zu einer Tat pietätvoller Reue, die die Schuld sühnen könnte, bereit sind.

Schuldbekennen und Versöhnung im Kleinen und im Großen würden vieles in der Welt verwandeln. Sie würden den Westen auch zugänglich machen für die Ängste des Ostens. Sie würden im Umgang mit Russen sowie mit Asiaten zum Bewußtsein bringen, daß diese Völker gemäß ihrem Charakter auf Mißtrauen und Brüskierung viel empfindlicher sind als wir: Kränkung ihrer Ehre können sie äußerst schwer überwinden. Wer das bedenkt, würde sicher einen andern Ton in den Verhandlungen versuchen, würde sicher auf eine Anerkennung von Volkschina und seine Aufnahme in die UNO hinarbeiten, würde sicher als Niederländer mehr Verständnis für Indonesien aufbringen.*

Der Versöhnung wird auch dadurch gedient werden, daß gegenseitige Besuchsreisen gemacht werden. Wir sollen verstehen, daß die Russen gegen Besuche lange Mißtrauen und Minderwertigkeitsgefühle gehabt haben und nicht geneigt waren, ihr Land mit seiner großen Armut und seinen unerfreulichen Zuständen offen zu zeigen. Jetzt fängt das an, anders zu werden, das russische Selbstvertrauen wächst durch die neuen Errungenschaften, und man vernimmt, daß Amerikaner und Russen sich in ihrer ganzen Lebenshaltung und ihrem praktischen Idealismus, in ihrer Vorliebe für technische Höchstleistungen und ihrem (uns Westeuropäern schon etwas abhanden gekommenen) Fortschrittsglauben sehr ähnlich sind.

3. Es ist aber auch sicher, daß Schuldbekennen und Versöhnung Opfer von uns verlangen können. Opfer an geliebten Ideen und Vorurteilen wären wohl das wenigste. Opfer an Prestige, wie das zum Beispiel für mein Land in der Neuguinea-Frage gilt; Opfer an Wohlstand, wie ersichtlich wurde, als bei der Ankündigung der Begegnung Eisenhower–Chruschtschew sofort die Kurse der Aktien der Rüstungsindustrie spürbar sanken; Opfer an nationaler Größe, wenn es zum Beispiel für Deutschland ganz gewiß ist, daß es Friede und Wiedervereinigung nur um den Preis militärischer Neutralisierung und Aufgabe der Gebiete jenseits der Oder–Neiße-Linie erreichen kann. Aber dann gilt auch wieder, daß die Bereitschaft zu solchen Opfern die andere Partei entgegenkommend macht und daß die menschlichen Verhältnisse gerade da, wo man von politischen oder territorialen oder ökonomischen Ansprüchen absehen will, sich in unerwarteter Weise verbessern können.

Warum sollten wir zu solchen fruchtbaren Opfern nicht bereit sein, die neue Verhältnisse, neue menschliche Begegnung ermöglichen? Jesus

---

* Vgl. Dr. A. Philips, 1943, im Interview in «Knickerbocker's Weekly»: «Russen sind sehr empfindlich gegen Mißtrauen. Wer mit ihnen Geschäfte tätigt, muß viel von seinen eigenen Ideen aufgeben. Es ist besser, ihnen ganz deutlich zu machen, daß man ihnen aufs Wort glaubt, als ein Schriftstück als Garantie zu fordern. Ich habe gelernt, daß Russen besonders treu sind demjenigen gegenüber, der sich ihrer Freundschaft wert erwiesen hat.»

hat gesagt, daß, wer sein Leben behalten wolle, es verlieren werde, wer es aber verlieren wolle um Christus und um des Evangeliums willen – wer es auf dem Wege des Kreuztragens hinter Christus her verlieren wolle –, der werde es finden. Das gilt ganz sicher auch in der Politik.

Warum sollten wir für militärische Zwecke und Methoden immer die größten Opfer fordern – in unserer Zeit eine Opferbereitschaft so groß, daß, wenn sie realisiert wird, möglicherweise kein Mensch überleben wird, um die Frucht dieses Opfers zu genießen –, und sollten wir für die Militia Christi, die eine Verheißung hat für das geistige und für das weltliche Leben, nicht Opfer fordern dürfen? Ich zitiere noch einmal Toynbee: «Wir können gewiß sein, daß morgen der ‚ritterliche Krieg' entweder entarten wird in einen Militarismus ohne eine Spur von Tugend, Tapferkeit und Schönheit oder aber umgewandelt wird in eine Militia Christi, in welcher der physische Krieg des einen Menschen gegen den andern umgekehrt wird in eine geistige Kriegführung aller Menschen zusammen im Dienste Gottes gegen die Mächte des Bösen.»

Wir dürfen aufrufen zu der Bereitschaft, Opfer zu bringen für die Versöhnung der Völker. Diese haben zu tun mit dem Kreuz Christi. Wir kennen das Kreuz vom Evangelium, von Golgatha her. Wenn uns aber die Augen dafür aufgehen, so dürfen wir wissen, daß das Kreuz in der ganzen Schöpfung schon vorgezeichnet ist. Der holländische Theologe J. H. Gunning jr. schrieb am Ende des vorigen Jahrhunderts: «Ich bin gewiß, daß das Gesetz des Opfers, der ewigen Liebe, das in jenem Kreuze sichtbar wird, auch das höchste Weltgesetz ist, das das Gebiet der Natur und des Geistes in seiner ganzen Ausdehnung durchzieht und die Einheit, das heißt den Sinn davon, ausmacht.» Und Ch. E. Raven schreibt in unserer Zeit: «Wenn der gekreuzigte Christus die eine vollkommene Offenbarung Gottes an uns ist, so dürfen wir erwarten, vorausgehende Abschattungen davon in jedem Stadium des schöpferischen Prozesses zu finden.»

Opfer und Leiden sind Kräfte, aus denen das Leben wachsen kann; ohne diese wächst aber nichts. Diese Regel der Gnade Gottes ist auch in der Natur und auch im geschichtlichen Leben zu finden. Wie sollte es anders sein, wenn Gott selbst die Welt in seinem Bunde geschaffen hat und wenn die Menschlichkeit, das Hinabgehen zum Menschen, die Liebe und das Opfer seinem Wesen nicht fremd sind? Aber wie sollten wir, die wir an einen solchen Gott glauben, dann meinen, anders als durch Opfer, durch Kreuztragen, durch Aufgeben unseres Selbst der Welt und uns selbst das Leben und die Zukunft sicherstellen zu können?

V. Wir dürfen aus dem Frieden ein größeres Abenteuer machen, als es der Krieg je war. Das ist keine Sache politischer Berechnung, sondern ein Wagnis des Glaubens und der Liebe. Die Gemeinde Jesu Christi ist berufen, davon in priesterlichem Dienst und prophetischem Wort Zeugnis abzulegen, und das ist die einzig mögliche, aber unentbehrliche Theokratie.

Was wir befürworten, verheißt also nicht ein bequemes Leben. Diejenigen aber, die eine immer höher gesteigerte Rüstungspolitik befürworten als Mittel, ihre ruhige Existenz zu garantieren, sollten wissen, daß diese Ruhe Schein und diese Garantie trügerisch ist. Das Leben sicherstellen wollen auf einem Weg, wo man von Schuldbekennen, Versöhnung und Opfer nichts wissen will, das muß früher oder später auf einen Untergang in Schuld, Haß und Elend hinauslaufen – ohne Zweck, ohne Aussicht. Auch die in meinem Lande einmal ausgesprochene Behauptung, daß das nicht so schlimm sei, weil doch das himmlische Leben Zweck und Hauptsache sei, ist Irrlehre; denn es ist Gott um dieses unser irdisches Leben zu tun, darin sollen wir Liebe und Gerechtigkeit üben, daran will er sich freuen, und wer ihm darin so radikal ungehorsam ist, hat keinen Grund, auf ein seliges Jenseits zu rechnen.

Hier auf der Erde haben wir unsere irdische Aufgabe in der Gerechtigkeit Gottes und in der Nachfolge Christi, die nicht ohne große Verheißung ist. Wir sind darum aber dazu aufgerufen, aus der Sache des Friedens ein größeres Abenteuer zu machen, als die Menschheit je aus dem Krieg gemacht hat. Wir sind aufgerufen, Milites Christi zu sein, aber in einem andern Sinn als das ritterliche Ideal des Mittelalters, in dem germanische Fechtlust und Nachfolge Christi zusammengefügt wurden zu einer Einheit, die charakteristisch gewesen ist für das abendländische Corpus christianum von der karolingischen Zeit bis in unsere Tage. Das ist ja die Gefahr der westlichen Theokratie gewesen, daß ihre heidnische Komponente ihren Charakter zumeist bestimmt hat, daß sie Christus zum Garanten gemacht hat für ihr heidnisches Selbstbewußtsein! Wir sind aber in dieser unserer Zeit dazu aufgerufen, es von neuem und ganz anders zu machen.

Ob das gelingen wird, ist eine Sache des Glaubens, nicht der politischen Berechnung. Obgleich wir schon mit Händen greifen können – zum letztenmal in der Weltgeschichte –, daß die Gewalt eine ohnmächtige Sache ist, ist damit nicht bewiesen, daß die Versöhnung Macht hat. Das ist eine Sache des Glaubens, mit dem wir es wagen dürfen. Sie ist aber nicht ohne Verheißung, weil wir ja in mancherlei Weise – auch im persönlichen Leben, zum Beispiel in der Erziehung oder in der neuzeitlichen Behandlung von Verbrechern – wohl Gelegenheit haben, zu erfahren, daß Liebe überwindet, wo Haß und Mißtrauen fehlgehen. Versöhnung ist eine Macht, weil sie dem Leben neuen Inhalt gibt. Gewalt ist Ohnmacht, weil sie auf Nihilismus und Zynismus hinausläuft.

Von der Macht der Versöhnung dürfen die Christen zeugen durch ihren Dienst (Rückkehr der Kirche in die Diakonie, in den Dienst an der Menschheit, fordert Alfred Delp in seiner Schrift «Im Angesicht des Todes»), durch ihre persönliche Fürsorge und Opferbereitschaft, durch ihr prophetisches Wort, das warnt und verheißt. Die Kirche kann zum Leiden um das Wort, aber auch zum Regieren mit dem

Wort gerufen sein, je nachdem, wie es Gott gefällt. Zu beidem soll sie bereit sein, denn sie lebt unter einer Verheißung, die Israel geschenkt worden ist und die sie mit Israel teilen darf, wenn sie wahrhaftig in das Erbe Israels getreten ist (Jesaia 2, 2–4).

Von dieser Verheißung darf sie zeugen, dieses Wort Gottes darf sie der Welt vorhalten, und sie darf glauben, daß die Letzte Zeit irgendwie jetzt schon angebrochen ist. Es ist falsch, zu meinen, daß das alles erst für später einmal gelte und daß wir bis dann mit unserer Gottlosigkeit, unserem Heidentum, unserer praktischen Ketzerei und unserem Aberglauben fortfahren dürfen. Es ist, seit Jesus Christus gekommen ist, immer die Letzte Zeit, das Ende der Tage, und der Herr will, daß wir es mit ihm wagen, und Er versichert uns, daß dadurch die Welt sich erneuern und Bestand haben will. Aber wenn wir es mit dieser Verheißung nicht wagen, dann ist auch das Urteil, das Jüngste Gericht, heute schon angebrochen.

Das haben wir also unsern Politikern ohne Aufhören zu sagen, damit dürfen wir sie warnen, damit dürfen wir sie ermutigen. Was sie praktisch damit ausrichten, wissen wir nicht, das ist in gewissem Sinne ihre Sache. Aber es geht dabei nur um die Fragen der Taktik, der täglichen Entscheidung. Was wir verlangen dürfen, ist, daß die tägliche Entscheidung wirklich auf jener einen großen Entscheidung beruhe, aus der einen Entscheidung neu erwachse, die Gott traf, als er uns Versöhnung und Opfer, Liebe und Kreuztragen als die einzige, aber zuverlässige Weise der Rettung des Lebens, der Menschen und der Menschlichkeit schenkte. *Albert J. Rasker*

WELTRUNDSCHAU

Es taut «Bricht das Eis?» fragte ich hier vor Monatsfrist, als die Amerikareise des sowjetischen Ministerpräsidenten bevorstand. Inzwischen hat das «große Ereignis» stattgefunden, und Präsident Eisenhower hat selbst erklärt, Chruschtschews Besuch habe «dazu beigetragen, daß das Eis des Kalten Krieges zu schmelzen beginne». Das ist wohl der allgemeine Eindruck, den die Begegnung der beiden Staatsmänner in der öffentlichen Meinung der Welt hinterlassen hat. Der Zweckpessimismus, den die Propagandisten und Nutznießer des Kalten Krieges zur Schau getragen hatten, ist mindestens vorläufig durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt worden. Der Großteil der amerikanischen Zeitungen und die hinter ihnen stehenden Kräfte wie auch gewisse Washingtoner Regierungskreise selber taten zwar ihr Bestes, um das Klima des Kalten Krieges aufrechtzuerhalten, unterstützt insbesondere von der katholi-

schen Kirche der Vereinigten Staaten und einem wesentlichen Teil der Demokratischen Partei mit Altpräsident Truman an der Spitze. Und Chruschtschews Empfang durch die Bevölkerung war denn auch anfangs alles andere als warm und herzlich, wobei die häufig sehr undiplomatische Art, wie der Sowjetführer auf die Herausforderungen und Angriffe seiner Feinde antwortete, den Urhebern der Störaktionen nur noch in die Hände arbeitete. Aber im zweiten Teil seiner Rundreise, von Los Angeles an, wo er am übelsten hergenommen worden war (besonders von den Vertretern der Gewerkschaftsverbände), schlug die Temperatur beim Publikum mit merkwürdiger Plötzlichkeit um, und wenn Chruschtschew nur Zeit gehabt hätte, länger in den USA zu bleiben, so wäre sicher auch im Osten das künstlich geschaffene Packeis in Bewegung gekommen. Auf jeden Fall taten dann die Aussprachen, die Chruschtschew mit Eisenhower hatte, das Ihrige, um das Experiment seiner Amerikareise zu einem Erfolg zu machen – nicht nur für ihn persönlich, sondern auch für die Sache des Friedens.

Offenbar haben die beiden Männer zueinander Vertrauen gefaßt. Beide scheinen überzeugt, daß der andere keine versteckten Angriffsabsichten habe und ehrlich einen Krieg unter den heutigen Umständen für vollendeten Wahnsinn, ja für eine bare Unmöglichkeit halte. Auf amerikanischer Seite mögen zu dieser Einsicht, die sich auch in der Bevölkerung immer mehr durchsetzt, die jüngsten sensationellen Leistungen der Russen in der Raketentechnik («Beschießung» und Umkreisung des Mondes durch ferngelenkte Raketen) nicht wenig beigetragen haben, während anderseits Chruschtschew trotz aller Oberflächlichkeit seiner Besichtigungen vielleicht doch einen wirklichkeitsgemäßeren Eindruck von der Machtfülle der Vereinigten Staaten und vom Kampfwillen ihres Volkes gewonnen hat. Wie dem auch sei, die beiden Staatsführer haben wenigstens einen ernsthaften A n f a n g gemacht, um die zwischen Ost- und Westblock liegenden Streitfragen friedlich zu schlichten. Chruschtschew hat mit seiner Versicherung, die Sowjetunion werde keinerlei einseitige oder gar gewaltmäßige Lösung der B e r l i n e r F r a g e versuchen, das stärkste psychologische Hindernis beseitigt, das auf westlicher Seite einem Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis des Ostens in bezug auf Berlin im Wege stand. Und Eisenhower hat seinerseits anerkannt, daß die Lage Berlins «abnormal» sei und als Frucht des Waffenstillstandes von 1945 keinen Dauercharakter haben könne – was ja eigentlich alles ist, um Verhandlungen über die Normalisierung des Verhältnisses Westberlins zur DDR, in deren Gebiet es eingeschlossen ist, in Gang zu bringen. Darüber hinaus haben Eisenhower und Staatssekretär Herter öffentlich der Sowjetunion das Recht zugesprochen, «einen Friedensvertrag mit Ostdeutschland zu unterzeichnen, vorausgesetzt daß er die Rechte der Westmächte nicht antastet». Damit ist mindestens angedeutet, daß man in Washington eine vorläufige Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten in Form einer losen Föderation ins

Auge faßt, ja vielleicht sogar die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die dann zu weiteren Abrüstungsschritten führen könnte. Überhaupt hat man mehr und mehr den Eindruck, daß Eisenhower und sein Kreis die Lösung der deutschen Frage durchaus im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer internationalen Abrüstung suche – eine Aussicht, die in Bonn und Umgebung wahre Bestürzung hervorrufen muß. Auf jeden Fall sieht Eisenhower nach seinen Besprechungen mit Chruschtschew das Terrain soweit vorbereitet, daß mit begründeter Hoffnung auf einen Erfolg die berühmte Gipfelkonferenz einberufen werden könne, auf die von sowjetischer Seite schon so lange gedrängt wird.

Kontrollierte Abrüstung! Die Probe aufs Exempel, die die Ernsthaftigkeit der beidseitigen Friedenswilligkeit beweisen müßte, bleibt freilich die Bereitschaft zu wirklicher, massiver Abrüstung. Chruschtschew hat auch tatsächlich der UNO-Versammlung in New York einen fast schwindelerregenden Abrüstungsplan vorgelegt, der innert vier Jahren zur vollständigen Abschaffung aller Armeen und sonstigen Kriegsmittel führen solle. Natürlich haben die abgebrühten Zyniker, die die Weltpolitik machen, und ihre Trabanten in der Presse ganz automatisch wieder «Propaganda, reine Propaganda» gemurmelt. Und der sowjetische Ministerpräsident selber wußte ja auch genau, daß noch nirgends – auch im Ostlager nicht – der Wille zum radikalen Verzicht auf Kriegsvorbereitungen stark genug ist, um die Trägheit und Kurzsichtigkeit des eingewurzelten Waffendenkens zu überwinden; er hat daher seinem Maximalplan gleich auch einen Plan für eine Teilabrüstung angehängt, die sofort an die Hand genommen werden könne. Aber daß der verantwortliche Regierungschef einer Weltmacht es wagen konnte, überhaupt die internationale Gesamtabrüstung für einen nahen Zeitpunkt als höchst erstrebenswertes, ja lebensnotwendiges Ziel aufzustellen, das ist doch ein bedeutsames Zeichen unserer Lage. Und das allein schon wird mithelfen, den Gedanken der Totalabrüstung nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen, bis er seine Verwirklichung gefunden hat. Solche Gedanken wirken von selbst weiter, auch wenn sie zunächst als reine Utopie, ja als Propagandamanöver erscheinen.

Schon jetzt ist zu hoffen, daß die neuen Verhandlungen, die in Genf über die Einstellung der atomaren Versuchsexplosionen aufgenommen werden sollen, zu einem guten Ergebnis führen werden. Und auch die Abrüstungskommission der UNO, die in Bälde zusammentreten wird, dürfte ein günstigeres Klima vorfinden, als es vor den Besprechungen zwischen Eisenhower und Chruschtschew bestand. Aber das gegenseitige Mißtrauen von Ost und West ist in den Völkern – ständig geschürt durch die Propaganda – noch so stark, und die materiellen Interessen, die am ganzen Militärbetrieb hängen, sind noch so fest verankert, daß nicht abzusehen ist, wie der entscheidende

Schritt zur Abrüstung unter den heutigen Umständen getan werden soll. Namentlich die NATO-Generäle erklären unaufhörlich, daß der Weltkommunismus nur in Schach gehalten werden könne, wenn der Westen seine Kriegsbereitschaft aufs höchste steigere und fest entschlossen bleibe, sofort Atomwaffen einzusetzen, auch wenn zunächst nur ein begrenzter Krieg mit nichtatomaren Waffen ausbrechen sollte. Er sei überzeugt, sagte vor nicht langer Zeit der NATO-Befehlshaber in Europa, General Norstad – einer der gefährlichsten Männer der Welt –, daß auch jeder «beschränkte Zwischenfall» im Gebiete der NATO sich sehr schnell zu einem größeren Krieg ausweiten würde; die Westmächte hätten darum längst ihre Pläne bereit, um «allen Eventualitäten der Berliner Krise zu begegnen». Und der Stabschef der amerikanischen Luftwaffe, Thomas White, suchte einem Senatsausschuß klarzumachen, daß Europa mit sogenannten konventionellen Waffen nicht verteidigt werden könne, weshalb die atomare Aufrüstung unentbehrlich sei; die amerikanische Luftwaffe sei der Ansicht, «daß die entscheidende Phase in einem Kernwaffenkonflikt in zwei bis vier Tagen überschritten werden könne».

Wie planmäßig die Westmächte bei der Aufrüstung vorgehen, ist neuerdings aus der Eröffnung eines NATO-Stützpunktes in Trapezunt, am Nordufer des Schwarzen Meeres, ersichtlich geworden. «Trapezunt», so bemerken dazu die Londoner «Peace News», liegt so nahe der russischen Grenze wie nur möglich. Es ist der östlichste Hafen der Türkei, genau 107 Meilen (etwa 170 km) von Rußland entfernt. Es könnte keinen provozierenderen Stützpunkt an der ganzen Küste des Landes geben. Hier ist dasjenige Gebiet auf der Welt, wo NATO und Sowjetunion längs einer gemeinsamen Grenze aufeinanderstoßen. Hier wetteifern die beiden Riesen in phantastischen militärischen Rüstungen an der Türschwelle Rußlands. Der jüngste NATO-Stützpunkt kann diese Spannung nur erhöhen, und früher oder später werden wir den vollen Preis dafür zu bezahlen haben. Überall, wo militärische Arsenale fieberhaft ausgebaut werden, wird der Keim zu Konflikten gesät ... Trapezunt, so hieß es bei der Einweihung des neuen Stützpunktes, sei der jüngste Vorposten des Verteidigungssystems der NATO. Wir würden nicht vergessen, wie wichtig die Türkei strategisch als unentwegtes Mitglied der Gemeinschaft friedliebender Nationen sei, die entschlossen seien, ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen. Wie würde aber wohl Washington reagieren, wenn ein ‚unfreundlicher' Staat einen Militärstützpunkt auf den Bahamainseln eröffnete, gerade 107 Meilen von der Küste von Florida entfernt?»

So wird eben weiterhin ein Pulverfaß an das andere gereiht – und wenn dann eine irgendwo passierende Entzündung die unvermeidliche Kettenreaktion auslöst, dann haben wir die Weltkatastrophe, die natürlich keiner herbeiführen wollte – wie Wilhelm der Zweite, der auf einem Schlachtfeld des Ersten Weltkrieges, als er sah, was seine

«schimmernde Wehr» angerichtet hatte, bedrückt ausrief: «Ja, das habe ich nicht gewollt!» Das Mißtrauen und der Haß der einen Seite gegen die andere ist heute noch größer als damals. Gibt es einen anderen Weg, gegenseitiges Vertrauen und den Willen zum Zusammenleben zu schaffen, als daß irgendein Staat – es kann auch ein kleiner sein – von sich aus, einseitig, dem ganzen Rüstungsbetrieb den Abschied gibt und damit eine Kettenreaktion radikaler Abrüstungsmaßnahmen auslöst? Ich weiß keinen.

Gegenkräfte Derjenige Staat, dem man am ehesten den Verzicht auf neue Kriegsrüstungen zumuten könnte, wäre eigentlich die Deutsche Bundesrepublik. Und nach dem Zweiten Weltkrieg schien es auch eine Zeitlang, als habe man in Westdeutschland endgültig genug von allem, was Krieg und Kriegsrüstung heißt. Auch Adenauer, Heuß und all die anderen Politiker, die heute an der Spitze der Aufrüster stehen, erklärten pathetisch, Westdeutschland werde nie und nimmer wieder eine Armee auf die Beine stellen. Man weiß, wie schnell der Umschwung kam und wie planmäßig das Volk, das nach allen Anzeichen in seiner großen Mehrheit zuerst gegen jede neue Kriegsrüstung war, bearbeitet wurde, bis es wieder willig, wenn auch nicht begeistert, die ganze neue Rüstungspolitik mitmachte. Die Kräfte, die Deutschland in zwei Kriegskatastrophen gestürzt hatten, kamen aufs neue obenauf; der Bund von Kapitalismus, Nationalismus, Militarismus und Klerikalismus feierte frischfröhlich seine Auferstehung und gewann besonders durch Schürung der Angst vor der russischen Invasion und vor der drohenden Bolschewisierung des «freien Westens» die Volksmassen für die «Politik der Stärke», als deren ragender Träger und Garant Konrad Adenauer fast unbegrenzte Autorität errang, trotz – nein, gerade wegen der Primitivität seines Denkens und seiner Beweisführung.

Aber aus sich selber wäre Westdeutschland ja nicht wieder zu dem geworden, was es heute ist: die stärkste Kriegsgefahr in Europa. Der Londoner «Daily Express» (der schon seit den Jahren des Zweiten Weltkrieges in der Beurteilung Deutschlands eine Sonderstellung in der westalliierten Presse einnimmt) hat vollauf recht, wenn er letzthin feststellte: «Die eigentliche Quelle der Unruhe in Europa ist die Wiederbewaffnung der Deutschen durch die Amerikaner. Die ganze Welt weiß aber aus langer Erfahrung, daß Deutschland als militärischer Faktor gleichbedeutend ist mit einem Deutschland, das in den Krieg zieht. Die Sowjetunion weiß das! Das eigentliche Schlüsselproblem zwischen Eisenhower und Chruschtschew ist gar nicht Berlin oder die Wiedervereinigung. Es ist die Lage, die durch die Entschlossenheit Amerikas geschaffen wurde, Deutschland wiederzubewaffnen (wie nach dem Ersten Weltkrieg), und durch die Entschlossenheit der Sowjetunion, dies mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.»

Anscheinend wacht man aber in den Vereinigten Staaten doch mehr und mehr zur Erkenntnis der Gefahr auf, die vom neuen deutschen Ausdehnungs- und Herrschaftsdrang her dem Frieden droht, und gibt sich davon Rechenschaft, daß es nicht Eroberungslust und Weltherrschaftsstreben ist, was die Außenpolitik der Sowjetunion bestimmt, sondern einfachstes Sicherheitsbedürfnis – nach einem wiederum von Deutschland entfesselten Krieg, der über die Sowjetunion, ihr Land und ihr Volk, unerhörtes Unglück gebracht hat. Man beobachtet darum in Westdeutschland die beginnende Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mit äußerstem Mißtrauen und fürchtet nicht ganz ohne Grund – trotz allen Washingtoner Beschwichtigungsversuchen –, daß sich die amerikanische Politik auf die Länge durch das westdeutsche Geschrei wegen Westberlins und des «Pankowregimes» doch nicht abhalten lassen werde, dem Wettrüsten ein Ziel zu setzen und planmäßig auf eine Abrüstung hinzusteuern. Wir müssen uns also darauf gefaßt machen, daß von Bonn aus heftig gegen jede wirkliche Entspannung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses intrigiert und manövriert wird, lebt doch die ganze westdeutsche Außenpolitik von der ungeschwächten Fortsetzung des Kalten Krieges, dessen Ende auch das Ende der Träume von einem neuen, weltweiten deutschen Imperium darstellen müßte.

Die Bonner «Stärkepolitiker» hatten bisher immerhin den Trost, daß sie bei ihrem Scharfmachertum wenigstens Frankreich auf ihrer Seite hätten, das unter de Gaulle ebenfalls ein internationales Klima braucht, in dem Macht- und Prestigepolitik, Kolonialismus und Imperialismus gedeihen können. Aber seit man in Paris sowohl diplomatisch als finanziell auf die Vereinigten Staaten angewiesen ist, um mit dem Algerienproblem auch nur einigermaßen fertig zu werden, hat sich dort die Lust, Opposition gegen Washington zu machen, erheblich vermindert. Die Achse Bonn–Paris bietet so zurzeit nicht gerade viele Manövriermöglichkeiten, auch wenn sie nach Rom (dem geistlichen wie dem weltlichen) und Madrid hin verlängert wird. Dies um so weniger, als die britische Außenpolitik schon längst auf die west-östliche Koexistenz ausgerichtet ist und sich auch in Zukunft energisch hinter die neue Politik Eisenhowers stellen dürfte – zum großen Ärger Bonns, das sich so mehr und mehr isoliert fühlt und um den Verlust seiner Schlüsselstellung in der Weltfront gegen den Kommunismus in wachsender Sorge ist.

Diese antikommunistische, besser: antisozialistische, gegenrevolutionäre Weltfront besteht freilich nach wie vor in ihrer ganzen Breite und Tiefe weiter. Sie hat sich auch neuerdings wieder bei der Ablehnung der Bemühungen, die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen auch nur auf die Tagesordnung der UNO-Versammlung zu setzen, als durchaus zuverlässig erwiesen, obwohl es auf der Hand liegt, daß ohne Einbeziehung der Chinesischen Volksrepublik in die Abrüstungs- und Entspannungsverhandlungen der Kalte Krieg weder

in Europa noch in Asien überwunden werden kann. Allem voreiligen Optimismus gegenüber muß eben immer wieder festgehalten werden, daß die Macht der im Alten beharrenden Kräfte im ganzen genommen noch ungebrochen ist und die jüngsten Versuche, die Organisation der Völkerwelt der neuen, revolutionären Massenvernichtungstechnik anzupassen, noch viel zu wenig Wurzeln in den sozialen und wirtschaftlichen Ordnungen geschlagen haben. «Man kann nicht Trauben lesen von den Dornen noch Feigen von den Disteln!» Da hat der italienische Kommunistenführer Togliatti (der jetzt selbst stark in Optimismus macht) doch klarer gesehen als mancher Friedensenthusiast, wenn er im Septemberheft der «Rinascita» schrieb: «Die kapitalistische Welt scheint großenteils und vor allem auf dem europäischen Kontinent auf die Wendung, die sich ihr mehr oder weniger zwingend aufdrängt, noch ganz und gar nicht vorbereitet zu sein ... Wir sind fast zu einer Kristallisation eines politischen Blockes gekommen, der nicht anders als der Liquidierung des Kalten Krieges feindlich und heute der Hauptgegner der Demokratie wie einer Friedenspolitik sein kann ... Das verhindert, daß der Entspannungsprozeß einsetzt und fortschreitet – nicht mit bloßen Zusammenkünften, sondern mit wirklichen Taten, die allmählich nicht allein das Klima, sondern die Wirklichkeit des Kalten Krieges beseitigt und die objektiven Bedingungen eines dauerhaften Friedens schafft. Kommt man nicht zu solchen wirklichen Taten, so wird eben die Entspannung ein bloßes Wort bleiben, ein Wunschbild oder nicht viel mehr.»

Labours Niederlage und Chance Gerade während ich das schreibe, kommt nun die Meldung vom eindeutigen Wahlsieg der britischen Konservativen. Ich bin der letzte, den die schwere Niederlage der Labourpartei überrascht. Warum sollte sich denn auch das britische Volk eine andere Regierung geben? Es ging ja bei diesem Wahlkampf gar nicht um Grundsätzliches, etwa um den Gegensatz von Sozialismus und Kapitalismus. Die Labourpartei hat längst aufgehört, eine sozialistische Bewegung und Kraft zu sein – wenn sie es je gewesen ist. Ihr Unterschied von den Konservativen ist nicht ein solcher des Prinzips, sondern nur des Grades. Nicht zu Unrecht hat ein englischer Nationalökonom die Labourpartei «die neokapitalistische Partei par excellence» genannt, so wie auch Richard Crossman, der immer noch einigermaßen radikale Labourpolitiker, in den «Neuen Fabierabhandlungen» feststellte, Labour laufe Gefahr (daraus ist längst Wirklichkeit geworden), «nicht die Partei des Fortschrittes, sondern die Verteidigerin der bestehenden Ordnung in der Nachkriegszeit zu werden». Die Labourpartei hat darum auch in diesem Wahlkampf nicht die Grundstellungen des Kapitalismus angegriffen, sondern in der Hauptsache nur ein wirksameres Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft, eine Erhöhung ihrer Produktionskraft, gefordert, wenn

dazu auch das Verlangen nach einem Ausbau des Wohlfahrtsstaates kam, der (wie Peter Townsend jüngst erneut im «New Statesman» klar machte) nicht verhindert hat, daß es in Großbritannien immer noch 5 bis 10 Millionen Menschen gibt, die u n t e r dem gesellschaftlichen Existenzminimum leben.

Gewiß, die wirtschaftliche Hochkonjunktur mit annähernder Vollbeschäftigung, deren sich Großbritannien seit Jahren erfreut, war der stärkste Trumpf im Spiel der Konservativen; Millionen von Wählern sind überzeugt, daß es mit dem «freien Unternehmertum» viel besser gehe als mit «sozialistischen Experimenten». Aber gerade das hätte die Labourpartei veranlassen sollen, doppelt eindringlich vor dem Irrglauben zu warnen, daß der Kapitalismus nun wirklich und dauernd krisenfest geworden sei und über die schweren inneren Widersprüche hinweggekommen sei, die mit Marx die Sozialisten aller Richtungen immer an ihm festgestellt haben. Es hätte sie veranlassen müssen, die ganze Unvernunft und Ungerechtigkeit des Kapitalismus, die Unvereinbarkeit der sich in ihm vollziehenden Zusammenballung wirtschaftlicher und politischer Macht mit Demokratie und Friedenssicherung ins Licht zu setzen und zu einer entschlossenen Abkehr von den zu einem neuen Weltkrieg drängenden Kräften des kapitalistischen Imperialismus aufzurufen. Die Labourführung hat das nicht getan; sie hat dem herrschenden System unausgesprochen selbst weithin recht gegeben und sich damit von vornherein der stärksten Trümpfe beraubt, die sie in diesem Wahlkampf gehabt hätte.

In der Außenpolitik ist der Unterschied der Labourpartei von den Konservativen deutlicher. Die Labourpartei ist sehr entschieden von den imperialistischen Sünden der konservativen Regierung (Suezkrieg, Zypernterror usw.) und ihren afrikanischen Kolonialmethoden (Kenya, Rhodesien, Nyassaland usw.) abgerückt; sie ist für die endgültige Einstellung der Kernwaffenversuche eingetreten und hat eine beschleunigte Annäherung an die Oststaaten gefordert. Aber auf die Herstellung britischer Atombomben hat auch sie nicht verzichten wollen und erst recht nicht auf die enge Bindung Englands an Amerika. Im Grunde hat auch sie die Politik des Kalten Krieges durchaus mitgemacht, hat nicht den Imperialismus und Kolonialismus, sondern den Kommunismus als den Feind Nummer eins erklärt und sich damit auf die Verteidigung der kapitalistischen Ordnungen des Westens festgelegt oder zum mindesten der Schaffung einer sozialistischen Ordnung tatsächlich entgegengearbeitet.

Wie hätte sich da die Wählerschaft für die Notwendigkeit eines Regimewechsels erwärmen können? Von den Konservativen wußte man wenigstens, wo sie stehen; trotz ihren Fehlgriffen und Sünden hatte man das Gefühl, sie hätten dem Land Wohlstand und Frieden gesichert, zumal Macmillan sich – zum Teil gewiß mit Recht – ein Hauptverdienst an der Brechung der Eisdecke des Kalten Krieges zuschrieb. Wenn die Labourpartei gegen die Konservativen aufkommen

wollte, wenn sie die zwei Millionen Wähler und Wählerinnen aus der Arbeiterklasse, die bei den Wahlen von 1955 konservativ gestimmt hatten, zu sich herüberziehen und die anderthalb Millionen Arbeiterwähler, die damals zu Hause geblieben waren, wieder für sich gewinnen wollte, dann hätte sie mit einem klar und entschlossen sozialistischen und pazifistischen Programm vor die Wählerschaft treten müssen, statt darauf auszugehen, durch «staatsmännische» Mäßigung und «patriotische» Haltung die schwankenden Wählerschichten aus dem Mittelstand zu überzeugen, daß Labour es noch besser verstehe, die herrschende Ordnung lebensfähig zu machen und den Frieden zu befördern.

Ob sie nun wenigstens aus ihrer Niederlage etwas lernt? Die Chance dafür hat sie. Ob ihre Führung auch die Einsicht und die Kraft aufbringt, um die notwendige Wendung zu vollziehen, erscheint zweifelhaft, obwohl die beginnende Abkehr vom Kalten Krieg der Labourpartei auch größere Selbständigkeit gegenüber der Aufrüstungspolitik der NATO geben könnte. Der Wille zum Sozialismus ist eben in der Labourpartei und besonders im Großteil der Gewerkschaften allmählich so schwach geworden, der Glaube an die Möglichkeit eines fortschreitenden Aufstiegs der Arbeiter- und Angestelltenschaft innerhalb des Kapitalismus ist so weitverbreitet, daß der «linke» Flügel der Labourbewegung vor einer schweren Aufgabe steht, wenn er die Gesamtpartei für einen neuen Kurs gewinnen will. Und wie notwendig wäre es doch, daß insbesondere die Sache des Weltfriedens und der Abrüstung gerade jetzt von einer kraftvoll vorwärtsdrängenden britischen Labourpartei her nachhaltige Unterstützung, ja wegleitende Führung bekäme!

Französische „Communauté" Es wurde oben erwähnt, daß de Gaulles Frankreich sich in der Europapolitik erhebliche Zurückhaltung auferlegen muß, solange es mit dem Algerienkrieg belastet ist. Wie stark diese Belastung ist, liest man auch aus einer «Richtigstellung» algerischer Angaben heraus, die der französische Propagandadienst kürzlich veröffentlicht hat. Danach beträgt die Zahl der französischen «Ordnungskräfte» (richtiger: Unordnungskräfte) ungefähr 550 000 Soldaten und Offiziere. Die Zahl der Verhafteten überschreite 110 000 nicht, und die Zahl der Todesopfer sei «niedriger als 150 000». Man darf überzeugt sein, daß mindestens die beiden letzten Zahlen weit untersetzt sind; aber 150 000 Tote als bisheriges Ergebnis des Algerienkrieges sind noch immer etwas Schreckliches, von den Hunderttausenden vertriebener und verelendeter Algerier gar nicht zu reden. Und der Krieg wird weitergehen! General de Gaulle hat zwar den kämpfenden Algeriern ein «großmütiges» Friedensangebot gemacht, indem er ihnen das Selbstbestimmungsrecht versprach, falls sie die Waffen niederlegten. Aber gleichzeitig knüpfte er daran die weitere Bedingung, daß Frank-

reich das Recht haben müsse, die Sahara (und anscheinend auch die wohlhabenden Küstenstriche) von Algerien abzutrennen, seine Armee bis zur Volksabstimmung in Algerien zu belassen und das Ergebnis der Abstimmung gutzuheißen oder zu verwerfen. Es ist klar, daß damit das ganze Selbstbestimmungsrecht der Algerier hinfällig würde, und die algerische Exilregierung hat denn auch in Paris wissen lassen, daß eine Niederlegung der Waffen nur als Ergebnis von Verhandlungen mit der algerischen Befreiungsfront in Frage komme, daß an eine Abtrennung algerischer Gebietsteile durch die französischen Kolonialisten nicht zu denken sei und daß eine freie Volksabstimmung unmöglich sei, solange in Algerien die französische Armee mit ihrem ganzen Terrorapparat regiere. Das mußte sich zwar de Gaulle von vornherein selber sagen; aber er sagte sich eben auch, daß schon der Schein eines Friedensangebotes genüge, um die Vereinigten Staaten und ihre Parteigänger in der UNO-Versammlung von einer Verurteilung der französischen Algerienpolitik abzuhalten – und darin hat er sich auch nicht getäuscht. Vielleicht trägt das Manöver de Gaulles auch etwelche Verwirrung in die Reihen der algerischen Widerstandsbewegung; aber auch wenn deren Kampfmüdigkeit vorerst zunehmen sollte, so wird das algerische Volk den Widerstand gegen die französische Kolonialherrschaft nicht aufgeben, bevor nicht seine nationale Unabhängigkeit gesichert ist. Nicht einmal ein Verbleiben in der «Communauté française», dem als Gegenstück zum britischen Commonwealth gedachten Bund selbständiger Staaten des französischen Kulturkreises, dürfte für Algerien mehr in Frage kommen; die Kluft zwischen «Mutterland» und mohammedanischem Algerien ist schon viel zu breit geworden.

Inzwischen lockert sich die französische Communauté auch sonst immer mehr. Guinea hat schon im letzten Jahr als einziges bisheriges Kolonialland seine Unabhängigkeit erklärt, bei Aufrechterhaltung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Verbindung mit Frankreich freilich. Und im nächsten Jahr werden Senegal und der französische Sudan als selbständiger Bundesstaat Mali nachfolgen. Wie lange dann die übrigen westafrikanischen Kolonien Frankreichs – Mauretanien, Niger, Elfenbeinküste, Dahomey, Haute Volta, Kamerun usw. – als «Teilhaber der Communauté» mit der nur inneren Selbstregierung zufrieden sein werden, steht dahin. Die Unabhängigkeitsbewegung wird allmählich aber unaufhaltsam ganz Afrika erfassen; jeder weiße Widerstand kann nur zu furchtbaren Explosionen der Rassen- und Klassengegensätze führen, wie sie sich besonders in der Südafrikanischen Union vorbereiten.

Zehn Jahre neues China Zehn Jahre Existenz sind auch in unserer jubiläumsfrohen Zeit für gewöhnlich noch kein Grund, Feste zu feiern. Man wird es aber den Chinesen kaum verdenken können, wenn sie den Abschluß des

ersten Jahrzehnts ihrer Volksrepublik besonders festlich begangen haben – und die Chinesen verstehen es ja auch sonst wie kaum ein anderes Volk, Feste zu feiern. Denn was die junge Republik in diesen zehn Jahren an revolutionär-sozialistischer Um- und Aufbauarbeit geleistet hat, das steht, soweit meine Kenntnisse reichen, ziemlich einzig in der Geschichte da.

1949 war China ein von Bürgerkriegen und ausländischen Invasionen völlig zerrüttetes und erschöpftes Land. Der Großteil seiner 600-Millionen-Bevölkerung litt chronischen Hunger. Die Bauern wurden von einheimischen Grundherren, die Arbeiter von einheimischen und ausländischen Kapitalisten schändlich ausgebeutet. Die Sterblichkeit war riesig groß. Die chinesische Frau war nicht viel mehr als eine Haussklavin. Die Masse der Bevölkerung konnte weder lesen noch schreiben. Regierung, Verwaltung und Justiz waren verdorben bis ins Mark. Kurz, China zählte zu den rückständigsten, am meisten verwahrlosten und jeder kolonialen und imperialistischen Beherrschung fast schutzlos ausgelieferten Ländern der Erde. Heute ist China wirtschaftlich und politisch die erste Großmacht Asiens und hinter den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion mindestens die vierte Weltmacht. Seine Industrie hat einen riesenhaften Aufschwung genommen, der durch die großzügige Hilfe, welche die Sowjetrepublik ihm gewährt, kaum an Bedeutsamkeit verliert. Seine Landwirtschaft ist modernisiert und der Boden den Bauern zurückgegeben worden. Der Hunger ist besiegt. Gegen Dürre und Überschwemmungen wird ein von Jahr zu Jahr erfolgreicherer Kampf geführt. Volksbildung und Volksgesundheit haben einen Stand erreicht wie in Asien kaum in einem anderen Land. Verkehrs- und Mitteilungsmittel – Bahnen, Straßen und Flugzeuge, Radio, Fernsehen, Kino, Presse usw. – stehen auf der Höhe moderner Technik. Der Sport ist so volkstümlich wie irgendwo in der Welt. Die Frau steht völlig gleichberechtigt neben dem Mann. Der Staatsorganismus arbeitet sauber, genau und wirksam. Künste und Wissenschaften blühen. Die Lebenshaltung steigt von Jahr zu Jahr. Und sozusagen das ganze Volk arbeitet mit unglaublicher Hingebung und Emsigkeit am Aufbau der neuen Ordnung, willig die Führung der regierenden Schicht annehmend, die sich mit dem Volk eins weiß und in seinem Dienst aufgeht. Die Europäer und Amerikaner, die das alte China gekannt haben, versichern uns, daß sie in eine ganz neue Welt zurückkehren, wenn sie das befreite und erneuerte China wiedersehen; aber auch wer China zum erstenmal sieht – wie es dem Schreibenden vergönnt war –, steht überwältigt vor der schöpferischen Kraft des verjüngten und erneuerten China und glaubt es den Chinesen, die zu u n s kommen, gern, wenn sie sagen, daß wir ihr Land kaum mehr kennen würden, wenn wir es j e t z t wiederbesuchten.

Das neue China ist von berechtigtem Stolz und Selbstbewußtsein im Blick auf seine Riesenleistungen erfüllt. Und so wenig es in der asiati-

schen Völkerwelt als feindseliger Konkurrent der Sowjetunion auftreten wird, so wenig ist es ihr Satellit. Es nimmt die noch immer wachsende Hilfe der Sowjetunion bei seinem Aufbau dankbar entgegen und weiß, wieviel es von ihr lernen kann. Aber es geht dennoch seinen eigenen, ihm durch Überlieferung und Gegenwartslage vorgezeichneten Weg. «In den Augen der chinesischen Theoretiker», so schreibt François Fejto im «France-Observateur» (1. Oktober), «kann die Sowjetunion ein brauchbares Muster für die Sozialisierung verhältnismäßig vorgeschrittener Länder liefern; für die Aufrichtung des Kommunismus in einer vorkapitalistischen Umwelt aber muß der ‚chinesische Weg' als Vorbild dienen.»

Diktatur und Demokratie Also die Diktatur? Bis zu einem gewissen Grade – ja. Es wäre völlig wirklichkeitsfremd, wollte man die Demokratie im westlich-bürgerlichen Sinn Völkern aufpfropfen, die noch gar nicht die materiellen und geistigen Voraussetzungen dafür aufweisen, und erst dann (wenn überhaupt) die soziale Umwälzung an die Hand nehmen. Das sehen auch praktische Amerikaner ein. Mr. Garst zum Beispiel, der Besitzer der Maisfarm im Staate Iowa, die Chruschtschew besuchte, meinte zu einem Journalisten (vgl. «U. S. News & World Report», 14. September): «In Ländern wie Rußland und Indien gibt es zweierlei Arten des Vorgehens. Die eine Art ist, wie es Chruschtschew macht. Die andere besteht darin, die Leute verhungern zu lassen, weil man sich vor rücksichtslosem Vorgehen scheut, wie man das sicher in Indien sehen kann. Nehru ist eben ein gütiger, sanfter, netter Kerl – aber ohne die Lebensmittel, die wir in den letzten zehn Jahren nach Indien schickten, hätte Indien wahrscheinlich durch den Hungertod zehnmal mehr Menschen verloren, als nach den tollsten Behauptungen, die man hören kann, Stalin und Chruschtschew umgebracht haben.»

Diktatorische Zwangsmaßnahmen und zentralistische Wirtschaftslenkung sind also in unterentwickelten Ländern als Notbehelf kaum zu umgehen, wenn durchgreifend industrialisiert, modernisiert und sozialisiert werden soll. Ist aber einmal die neue Ordnung gesichert und die Gefahr organisierter Gegenrevolutionen beseitigt, dann ist ein Abbau der Diktatur nicht nur möglich, sondern auch notwendig. W a n n dieser Zeitpunkt erreicht ist, das ist eine Ermessensfrage; die Gewährung demokratischer Freiheiten ist dann eine Erziehungsaufgabe. Im Zweifelsfall müßte lieber zu früh als zu spät mit der Demokratisierung und Liberalisierung begonnen werden. Nur wenn man ins Wasser gelassen wird, wird man schwimmen lernen.

Nun schreibt uns freilich ein holländischer Leser der «Neuen Wege», angeregt durch unsere Bemerkungen über die Diktatur in der Tschechoslowakei, nach seiner Ansicht liege überhaupt keine Diktatur vor, wenn die Mehrheit eines Volkes (nach durchgeführter Umwäl-

zung) auf seiten der Regierung stehe, auch wenn diese strenge Gesetze verordne, «falls die Gesetze dieser Diktatur vernünftig und gerecht sind». «Ich glaube deshalb, daß es falsch sei, sich für einen ‚Abbau' solcher Diktatur einsetzen zu wollen. Man soll sich im Gegenteil einsetzen für ihre Entwicklung und Perfektion. Die Diktatur soll immer vernünftiger, immer wissenschaftlicher werden, immer mehr gegründet auf wissenschaftliche Untersuchungen und wissenschaftliche Diskussion, damit immer mehr Menschen ihr zustimmen können.»

Ich kann dem nicht beipflichten. Auch in einer solchen «wissenschaftlichen» Diktatur wäre die Meinungsfreiheit der «gewöhnlichen» Bürger aufgehoben und alle Opposition verboten – solange mindestens, bis das ganze Volk Ja und Amen zu dem sagt, was die Regierung ihm vorsagt. Das ist dann aber keine «perfektionierte» Demokratie mehr, sondern nur Massendressur. Mit welchem Recht will denn eine Regierung dem Volk gerade i h r e Auffassung als vernünftig und gerecht eintrichtern? Einfach auf Grund ihres Anspruchs, kraft ihrer «wissenschaftlichen» Erkenntnis – also wohl des dialektischen Materialismus nach Marx und Lenin – die Wahrheit über den allein richtigen Weg zum Sozialismus zu besitzen? Das wäre unerträgliche Anmaßung; es gibt wahrlich noch andere Auffassungen vom Sozialismus als den Marxismus-Leninismus, die mindestens das gleiche Recht haben wie der orthodoxe Kommunismus. Aber auch wenn man zugeben wollte, daß die betreffende Regierung dank vorausgegangener «wissenschaftlicher Diskussion» wirklich im Alleinbesitz der Wahrheit wäre, so hätte sie kein Recht, diese Wahrheit dem Volk durch Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit vorzuschreiben. Darauf hat, wie man weiß, namentlich John Stuart Mill größten Nachdruck gelegt. Es sei, so schrieb er in seiner berühmten Abhandlung «Über Freiheit», immer zu bedenken, daß die offiziell allein anerkannte Lehre, «so wahr sie auch sein mag, nur als ein totes Dogma und nicht als lebendige Wahrheit betrachtet wird, wenn sie nicht völlig, wiederholt und ungescheut erörtert wird . . . Statt einer lebhaften Vorstellung und eines lebendigen Glaubens bleiben nur einige gewohnheitlich eingewurzelte Phrasen übrig; oder wenn dennoch etwas zurückbleibt, so sind es nur Schalen und Hülsen der Meinung, während die besseren Bestandteile verloren gehen. Das große Kapitel, welches diese Tatsachen in der menschlichen Geschichte einnehmen und ausfüllen, kann nicht ernst genug durchforscht und durchdacht werden.» Vielleicht nimmt unser Freund wieder einmal den alten Mill zur Hand und führt sich seine (hier nur angedeuteten) Erwägungen zu Gemüte; ich wenigstens halte sie für unwiderleglich. Es bleibt so, wie das französische Wort sagt: «Du choc des idées jaillit la vérité», aus dem Zusammenstoß der Ideen entspringt die Wahrheit. Oder wie Thomas Masaryk es bündig ausdrückte: «Demokratie ist Diskussion» – und das verlangt eben praktisch den A b b a u der ihr begrifflich

radikal entgegengesetzten Diktatur, sobald das irgendwie möglich ist, nicht ihre logische Weiterentwicklung, bis gar kein Bedürfnis für selbständiges, von der Meinung der Regimeträger abweichendes Denken mehr da ist. Das letztere ist freilich das Ideal aller in irgendeiner Rechtgläubigkeit festgefahrenen Diktatoren; aber seine Erreichung wäre das Ende aller lebendigen Entwicklung der Menschheit, also auch das Ende alles echten Sozialismus.

9. Oktober *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNG

Fragen und Frager. Christ und Marxist heute. Von Konrad Farner. Progreß-Verlag, Düsseldorf. Fr. 2.80.

Dr. Farners Schrift gibt sich als «Gespräch auf der Leiter» zwischen Christen und Marxisten (beziehungsweise Kommunisten), das zu einer besseren Verständigung zwischen beiden Seiten helfen solle. Allein diese «Verständigung» ist sehr einseitig gedacht. Gewiß hat der Verfasser durchaus recht, daß er — wie schon viele vor ihm — den Christen ins Gewissen redet und von ihnen ein Eintreten für die echten, tiefsten Anliegen der Kommunisten fordert, wenn es uns auch befremdet, daß er etwas verächtlich davon redet, daß «die meisten ‚Ragazianer' diesseits des Vorhangs» von der anderen Seite nichts wissen wollten und sie sogar mit sehr unragazischen Schlagworten bekämpften. Das ist einfach nicht wahr, so wenig wie die immer wiederkehrende umgekehrte Behauptung gewisser Leute, wir hätten uns dem «russischen Kommunismus» verschrieben. Anderseits ist es erfreulich, daß Farner auch den Kommunisten empfiehlt, ihre Haltung gegenüber den Christen einer Nachprüfung zu unterziehen, einer Nachprüfung freilich, die er sehr vorsichtig formuliert und die natürlich nicht zu einer Revision der materialistisch-atheistischen Philosophie des Marxismus führen dürfe. Der Boden für eine «Verständigung» zwischen Christen und Marxisten ist also von vornherein sehr eng begrenzt. Dies um so mehr, als Farner den Gegensatz zwischen Christentum und Marxismus (auf Seite 19/20) viel zu abstrakt-theoretisch behandelt und dabei notwendigerweise allerlei Halbwahrheiten oder sehr mißverständliche Formulierungen, ja völlige Irrtümer vorbringt, wie in seiner Bezugnahme auf die nicht urtümlich christliche, sondern aus der Philosophie Platos stammende Lehre von der Unsterblichkeit der Seele. Ein Gespräch über s o l c h e «Gegensätze» führt nicht viel weiter. Fruchtbarer wäre eine Auseinandersetzung über die w i r k l i c h e n, praktisch-persönlichen und politisch-sozialen Trennungspunkte, die im Verhältnis von Kommunismus und Christentum bestehen: Bestimmung und Aufgabe des Menschen, sittliche Lebensführung, geistige und materielle Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung, Klassenkampf, Gewaltanwendung, Demokratie und Diktatur und so weiter. Über s o l c h e Fragen möge das Gespräch zwischen Christen und Marxisten walten — aber dann wird es eben den Kommunisten nicht mehr so leicht fallen, die Überlegenheit ihrer Welt- und Lebensanschauung zu beweisen, wie das möglich ist, wenn man die Auseinandersetzung auf den von Dr. Farner gewählten Boden schiebt. *H. K.*

Die Wahrheit

Matth. 5, 33–37

Die Wahrheit ist eine unbedingte und unendliche Verpflichtung; sie ist so unbedingt und unendlich wie Gott selbst.

Wir sollen vor Gott ganz und gar die Wahrheit reden und sein; die Wahrheit aber ist klar und einfach.

Man kann so sein von dort aus, von wo auch die Forderung kommt: von Gott dem Herrn und Vater; er macht wahr und gibt die Kraft, der Wahrheit zu gehorchen.

Man muß überall wahr *sein*. Aber die *Art*, wie die Wahrheit angebracht wird, muß *auch* wahr sein. Sie ist aber nur wahr, wenn sie verstanden und geheiligt wird. Sie darf nicht angeworfen werden. Sie wird gelegentlich durch Verschweigen mehr geehrt als durch Aussprechen. Und sie muß immer mit der *Liebe* verbunden sein, aus der Liebe fließen. Es gibt keine Wahrheit ohne Liebe. Aber freilich auch keine Liebe ohne Wahrheit. Kurz, das *Wesen* der Wahrheit muß, vor dem heiligen Gott und gütigen Vater überall sein, aber in der *Form* ihrer Anbringung waltet Gottes Freiheit. Die Wahrheit ist nie eine starre Schablone, sondern eine lebendige Macht; sie ist nie ein fertiges Rezept, sondern eine stets neu zu findende Einstellung des ganzen Menschen durch das Wort und durch die Tat – ganz besonders durch die Tat.

Es kommt in der Übung der Wahrheit nicht bloß auf das einzelne Wort und die einzelne Tat an, sondern auf die ganze Haltung und Einstellung. Wir sollen nicht nur in bestimmten Fällen die Wahrheit sagen und tun, sondern sollen wahr *sein*, in allen Reden und allem Tun. Das ist zunächst schwer, obschon auf die Länge die Wahrheit immer das Leichteste ist. Aber es ist so: Wir sollen wahr sein nicht nur im Reden, sondern auch im Tun, und zwar in allem Reden und Tun. Unsere ganze *Existenz* muß wahr sein. Wir dürfen keine unwahren, zweideutigen Situationen dulden. Die Wahrheit ist unteilbar. Sie will uns ganz, wie Gott, der die Wahrheit ist, uns ganz will. Darum dürfen wir nicht sagen, wir seien wahr, weil wir in bestimmten Fällen nicht lügen. *Darum ist unsere Wahrheit nie etwas Fertiges, sie ist ein Streben, ein Trachten, ein Kampf.* Damit ist aber auch alle Selbstgerechtigkeit aufgehoben; denn es ist unmöglich, das Gebot der Wahrheit ganz zu erfüllen, wir bleiben hinter der Unendlichkeit der Wahrheit immer unendlich zurück.

Das ist drückend, aber nur als Gesetz. Nicht als Evangelium. Denn hier heißt es: «Selig sind, die da hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.» Zur Gerechtigkeit des Reiches aber gehört vor allem die Wahrheit. Wir sollen satt werden dadurch, daß wir Gott haben, den Herrn und Vater, und in ihm die ganze Wahrheit, die unbedingte, die unendliche. Ist das nicht frohe

Botschaft? Ist das nicht Erlösung von allem unwahren und damit unfreien, knechtenden Wesen?

Das Gebot «Du sollst nicht lügen» ist auch insofern zu enge, weil es, als Gesetz, bloß *negativ* ist. Von Gott her aber, dem Herrn und Vater, vom Unbedingten und Unendlichen her, kommt das Gebot: *«Du sollst nicht bloß die Wahrheit sagen, statt die Unwahrheit, sondern du sollst die Wahrheit sagen*, das bedeutet: Du sollst die Wahrheit *anerkennen*, wo sie dir begegnet, weil dir dann Gott begegnet. Du sollst die Wahrheit *bekennen*, wo es nötig ist. Du sollst der Wahrheit *gehorchen* im Reden und im Tun, ohne Rücksicht auf die Folgen. Wenn du das nicht tust, bist du nicht wahr – lügst du. Diese Lüge führt vom bloßen Schweigen und Zusehen über die Verleugnung durch Wort und Tat bis zum Verrat, von den fliehenden Jüngern über das «Ich kenne den Mann nicht» des Petrus bis zu Judas; das Sagen der Wahrheit aber, das Anerkennen, Bekennen, Gehorchen führt auf dem Wege der Nachfolge bis zu Christus selbst. Aber vielleicht zu seinem Kreuze! ... Martyrium heißt ja Wahrheitszeugnis. Wer Gott und seinem Reiche dienen will, muß auch dazu bereit sein. Es ist das Schönste, was es gibt; es ist die Krone des Lebens.

Die Wahrheit muß immer der Liebe dienen. Aber auch die Liebe der Wahrheit. Gott, der Herr und Vater, ist die Wahrheit und die Liebe. Wer richtig, in *seinem* Namen und *seinem* Geiste, der Wahrheit dient, der dient auch der Liebe. Wer aus falscher Liebe die Wahrheit verleugnet, der zerstört auch die Liebe. Die Liebe ist die Speise der Menschen, aber die Wahrheit das Salz dieser Speise.

Rechtes Schweigen ist nur die andere Seite des rechten Redens, rechtes Nichttun nur die andere Seite des rechten Tuns. Die Wahrheit ist ein Heiligtum; hütet es wohl! Aber sie lebt zuletzt doch nicht vom Schweigen und Nichttun, sondern vom Reden und Tun. Eine Überzeugung und Gesinnung, die sich nicht auch nach außen kund tut, wird schwach, sie verwelkt und erstickt zuletzt in sich selbst, wie sie umgekehrt durch das Bekenntnis sich verstärkt und vermehrt. Darum ist das freie Wort für das Gewissen des einzelnen wie für die Gemeinschaft so notwendig wie der Sauerstoff für das Leben.

Wo zu reden ist und wo zu schweigen, das sagt uns des Vaters Geist (Matth. 10, 19–20). Nur eins ist nie zu vergessen: Auch Schweigen und Nichttun muß ein *Bekennen* sein, darf nicht wie ein Ausweichen sein, wie Verleugnen oder gar wie Verrat. Es muß so schwer sein wie Reden und Tun.

Es gibt Menschen, die meinen, die Wahrheitspflicht sei damit erschöpft, wenn man da, wo es drauf ankommt, die Wahrheit sage und nicht die Unwahrheit, wo man in allem Aussagen und allem Tun es mit der Wahrheit genau nehme. Sie sind treu gegen dieses einzelne Wahrheitsgebot. *Aber sie verkennen die Wahrheit als Ganzes.* Sie sehen sie nicht, suchen sie nicht, eifern nicht für sie, legen nicht Zeugnis für sie ab, erkennen sie bei andern nicht. Sie stehen nicht im tota-

len Wahrheitsdienst. Mit andern Worten: Sie vertreten wohl die *kleine* Wahrheit, aber nicht die *große*. Andere mag es geben, welche die große anerkennen und üben, aber die kleine vernachlässigen. Das ist zwar ein geringerer Fehler, der mit einer Tugend zusammenhängt, aber doch ein Fehler. Die große und die kleine Wahrheit gehören zusammen. Die kleine soll aus der großen fließen und soll umgekehrt diese stützen. «Denn wenn ihr nicht im Kleinen treu seid, wie kann euch das Große anvertraut werden?» (Luk. 16, 10.) Aber meinet auch nicht, daß ihr wahr sein könnt, wenn ihr nur im Kleinen die Wahrheit ehrt und übt!

Wenn die Wahrheit unendlich ist wie Gott selbst, so folgt daraus, daß wir sie nie bloß *haben*, sondern immer auch *suchen* müssen, so wie wir ja auch *Gott* nie bloß haben, sondern immer auch suchen müssen. Es gilt auch hier das Gesetz der *Armut*. Wir dürfen nie meinen, wir hätten die ganze Wahrheit, sondern müssen stets offen sein für Gottes größere Wahrheit, müssen nach ihr hungern und dürsten und reines Herzens sein, auf daß wir Gott schauen. Wir müssen sie auch in allem Irrtum noch zu erkennen trachten. Wir müssen sie auch beim Gegner anerkennen, das heißt Gott, den Herrn und Vater, anerkennen, der auch mit ihm zu tun hat.

Diese Einstellung aber hat gewaltig revolutionäre Folgen. Sie schließt auch auf dieser Linie alle Selbstgerechtigkeit aus. Sie schließt die *Orthodoxie* aus, weil sie über alle Dogmen hinausgeht, die Gottes Wahrheit in Formeln fassen wollen; aber sie schließt auch den bloßen Gegensatz zur Orthodoxie, wenn er auch zum Dogma wird, aus. Sie schließt auch allen *Doktrinarismus* aus; denn Gott ist größer als alle Doktrinen und seien es die schönsten. Sie überbietet alle bloßen Ismen, heißen sie auch Pazifismus, Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus, Antimilitarismus, Vegetarismus und so fort: der Bürger des Reiches lebt aus Gottes Freiheit, nicht aus menschlichen Theorien, die eben immer Menschensatzungen sind. Sie verhindert allen *Fanatismus*, der wirklich solcher ist. Gott ist auch größer als unser Herz, nicht nur größer als unser Verstand. Es ist damit aber auch alle Knechtschaft der *Tradition* überwunden. Die Wahrheit des lebendigen Gottes durchbricht den Bann des Gewesenen für das Kommende, des Seienden für das Seinsollende. Der Prophet tritt in seinem Namen dem Priester entgegen. Gott macht das Herz groß und gibt ein Auge, das weit sieht. Er gibt der Wahrheit die Größe und Freiheit, die Jesus hat und ist . . .

Von Gott aus kommt auch die Unerbittlichkeit der Wahrheit, die Unbedingtheit der Wahrheit, die Schärfe der Wahrheit. Geduld und Strenge, Verständnis und Gericht, Weite und Schärfe gehören zusammen; sie fließen alle aus Gott, dem Vater und dem Herrn. Was die Menschen gesetzlich, verstandesmäßig, schablonenhaft trennen, ist in ihm eins, ist die polare Art und Bewegung seiner Wahrheit.

Das alles ist nur ein Hinweis auf diesen Teil der neuen Gerechtigkeit: die Wahrheit im Sinne Jesu. Dieses Prinzip ist weit wie der Himmel und tief wie das Meer – es ist nicht nur größer als unser Herz, sondern auch größer als unsere Gedanken.

Gott der Lebendige, der Heilige, der Unendliche und Unbedingte, nicht irgendein Gesetz oder eine Instanz des Gesetzes, das ist die Quelle der Wahrheit. Aus *Leonhard Ragaz, Die Bergpredigt Jesu*

Eine Stimme ist uns voll heiligen Geistes,
Es gibt ein Denken, Reden und Tun,
Als ob du vor Gottes Angesicht ständest.
Da hast du selige Ewigkeit,
Und Himmel und Erde liegen dir zu Füßen.

Höre auf diese Stimme,
Rede, was sie dir eingibt; tue, was sie gebietet,
Und dein Denken ist Wahrheit.
Aber das wisse: der Wahrheit pochendes Herz ist Gott.

Ja, Gott, du bist das Rufen dieser Stimme,
Du, der Gleiche innen und außen,
Um mich die Erde erschaffend,
Sie schmückend mit lieblichen Fluren.
Du fragst nur: ist es gut? und dann gibts du ihm Sein.

Darin scheidet der Bessere sich vom Bösen,
Daß er auf die Stimme hört.
Hier ist der Kreuzweg der Geister,
Nichts gilt da Armut, nichts Reichtum und Macht.
Hilf dem Guten, zertritt das Böse.

Denn die Stimme,
Dieses heiligen Geistes Stimme lügt nicht.
Und wenn sie das Böse um sich sieht,
Spricht sie ein donnerndes: Nein!

Denn einst, da wird sie die lodernde Flamme sein,
Wo alle Wirklichkeit Wahrheit wird.
Dann wird sie scheiden das Bessere vom Bösen,
Verbrennen wird sie und leuchtend erheben.
Heut mahnt sie noch gütig –
O höret!

Zarathustra

Was ist Friede?

Es ist schon recht viel über das in Wien vom 26. Juli bis 4. August abgehaltene kommunistische Weltjugendfestival geschrieben worden.

Auf den großen Zusammenkünften (vor allem in den sogenannten Seminaren) war oft kein Platz für eine breite und freie Diskussion. Die Vorträge waren im Geist der kommunistischen Ideologie gehalten – und so wurde auch die Diskussion geleitet.

Während des ganzen Festivals war nur *ein* Tag, an dem eine *wirklich* freie Diskussion möglich war – das war am Samstag, dem 1. August, als im «Metro-Kino» ein «Treffen junger Christen» stattfand. Leiter der Zusammenkunft war Rev. Ralph Richard Keithahn aus Indien. Es wurden kurze Ansprachen gehalten von Pfarrer Mochalski aus Darmstadt, dem englischen Pfarrer Michael Scott, Dr. Hildegard Goß-Mayr und dem Unterzeichneten.

Meine Ansprache folgt nachstehend. *Kr. Strijd*

I. *Das Christentum*

a) Sowohl im Alten wie im Neuen Testament – also im ganzen Buch des Christentums – ist «Friede» nicht in erster Linie eine persönliche Angelegenheit, eine gewisse Disposition des menschlichen Geistes, sondern eine Weltangelegenheit. Es handelt sich um einen neuen Zustand der *Welt*: es herrscht Harmonie, Einheit der Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Wahrheit. Innerhalb dieses großen Ganzen findet der persönliche Friede seinen Platz.

«Friede» hat mit dem Reich Gottes zu tun. Wenn einer der Propheten über diese Zeit des vollkommenen Glückes spricht, dann greift er nach dem (gemäß unserm «geistigen» Begriff so «materialistischen») Bild der messianischen Mahlzeit, an der viel gegessen und getrunken wird (Jesaja 25:6).

Wir müssen lernen, auf so «christlich-materialistische» Weise über «Frieden» zu sprechen – gerade auch in unserer Zeit.

b) Das Neue Testament verkündigt: Was «Friede» ist, ist uns in Jesus Christus offenbart worden. «Er ist unser Friede» (Eph. 2:14). Es gilt für die *Welt*: «Friede auf Erden» (Lucas 2:14).

Wenn Christen von «Frieden» sprechen, dürfen wir niemals vergessen, daß «Friede» mit Jesus Christus, Seinem Kreuz, Seiner Auferstehung, Seinem Sieg, Seinem Reich verbunden ist.

c) Leider haben die christlichen Kirchen diese biblische Auffassung des Begriffes «Friede» verinnerlicht. «Friede» wurde die Bezeichnung eines geistigen, individuellen, innerlichen Zustandes. Höchstens wurde der «Friede» auf einige nicht zu weit vom persönlichen Leben liegende Kreise ausgedehnt.

Dadurch hat die Kirche auch so viel mehr Zeit vertan, um den «gerechten Krieg» zu verteidigen und zu führen, als sie jemals für den Aufbau eines gerechten Friedens aufgewendet hat.

Dadurch, daß wir Christen vergaßen, daß «Friede», und also auch Fragen von Gerechtigkeit und Friede, wesentlich, sachlich und praktisch mit Jesus Christus zu schaffen haben, betrugen und betragen wir uns in der internationalen Situation nur allzu oft gemäß dem

Prinzip: «Der Zweck heiligt die Mittel» – (man denke an die heutigen Kriegsmittel). Dies gilt für die Kirchen im Westen und im Osten.

Wir Christen haben vergessen, daß die Mittel zur Verwirklichung eines echten Friedens auch wirklich mit dem Frieden – das bedeutet: mit Jesus Christus – zu schaffen haben müssen. Ich kann meine Uhr nicht mit einem Hammer reparieren lassen. So kann auch kein Friede mit Mitteln, wie wir sie jetzt gebrauchen und in der Zukunft zu gebrauchen beabsichtigen, herbeigeführt werden.

II. *Der Kommunismus*

a) «Friede» ist beim Kommunismus nicht eine Sache der persönlich-geistigen Erfahrung, sondern eine «materialistische» Angelegenheit. Gemäß der Lehre des dialektischen Materialismus ist in der Menschheitsgeschichte eine Entwicklung vom Kapitalismus über den Sozialismus zum Kommunismus zu konstatieren. «Friede» hat mit der klassenlosen Gesellschaft zu tun.

In diesem Zusammenhang von «Friede» und klassenloser Gesellschaft höre ich ein Echo der biblischen Stimme des «Friedens». Marx war ein Jude; vermöge seiner Abkunft hatte er einen intuitiven Sinn für die Botschaft der alttestamentlichen Propheten.

b) Beim Kampf um eine klassenlose Gesellschaft spielt – so lautet die kommunistische Lehre – das Proletariat eine messianische, erlösende Rolle. Beim Kampf um die Verwirklichung des Friedens heiligt der Zweck die Mittel. Mit Lenins Worten: «Wir sagen, daß unsere Moral vollkommen den Interessen des Klassenkampfes des Proletariats untergeordnet ist.»

Beim Kommunismus sieht man auch nicht, daß eine Uhr nicht mit einem Hammer repariert werden kann. Dadurch ist die Verteidigung des Friedens für die Kommunisten nicht unvereinbar mit der Vorbereitung des Krieges, ja, auch nicht mit der Teilnahme am Kriege.

c) «Friede» ist in der kommunistischen Ideologie ein Friede ohne Gott.

Mit der Veränderung des wirtschaftlichen «Unterbaues», der Basis, wird sich der ideologische «Überbau» schneller oder langsamer verändern. Auf diese Weise wird die Religion verschwinden. Vorläufig wird die Religion noch toleriert, aber das Wort von Marx und Lenin bleibt die letzte Wahrheit: «Religion ist Opium für das Volk.»

Ich verwerfe diesen «Frieden ohne Gott», nicht aus erbaulichem Konservatismus, sondern vor allem aus der Überzeugung, daß kein Weltfriede denkbar ist, wenn nicht mit Gott und mit der evangelischen Botschaft gerechnet wird.

III. *Unsere Haltung*

Neulich hörte ich, wie jemand die Haltung des Christen wie folgt umschrieb: Es handelt sich um drei Worte – Ja, Nein, Ja. Ich will mich gern an diese deutliche Einteilung halten.

a) Zuerst: *Ja.*

Das bedeutet: Wir bekennen uns, mit Zagen und Entschiedenheit, zum Evangelium von Jesus Christus. Das schließt auch ein, daß wir alles, was wir über «Frieden» sagen, und alles, was wir für den «Frieden» tun, mit Ihm in Verbindung bringen. Wir vertrauen, daß Er uns den wirklich guten Weg weist und uns die Kraft gibt, darauf zu wandeln.

b) Dann sagen wir: *Nein.*

Nein gegenüber allen Gewaltmitteln, die den Mitmenschen vernichten. Nein gegenüber allen totalitären Methoden, ob sie nun im Osten oder ob sie im Westen angewendet werden. Nein gegenüber Rassendiskrimination. Nein gegenüber der Knechtung eines Volkes, das in Freiheit und Selbständigkeit leben will – das gilt für Algerien und das gilt für Ungarn.

c) Schließlich wieder: *Ja.*

Wir sagen Ja gegenüber allem, was mit wirklichem Frieden zu tun hat, mit dem Frieden, der mit Christus und dem Reich Gottes verbunden ist.

Dabei denke ich zum Beispiel an die wirtschaftlich-sozialen Veränderungen, die in Indien durch eine Bewegung wie die des Vinoba Bhave verwirklicht werden. Ohne Gewalt. Unser Vorsitzender, Rev. Keithahn, könnte uns hierüber viel erzählen.

Ich denke an den gewaltlosen Kampf der Neger von Alabama (Amerika) unter Leitung von Martin Luther King gegen die Rassendiskriminierung in den Autobussen.

So könnte man noch vieles aufzählen.

d) Wir haben in dieser Welt «Friede und Freundschaft» dringend nötig. Im Osten sowohl wie im Westen.

Als ich Sonntagabend im großen Stadion die Tausende «Friede, Freundschaft» rufen hörte, vernahm ich darin etwas von einem urmenschlichen Verlangen, das sicher auch mit dem Christentum im Zusammenhang steht. Ich würde genau dasselbe sagen, wenn eine Menge von überwiegend westlich denkenden Leuten dasselbe rufen würde.

Eines möchte ich nicht zu sagen vergessen – und das gilt für den Westen wie für den Osten: Friede und Freundschaft werden niemals kommen, wenn wir uns irgendwie auf Atombomben verlassen (als Verteidigungs- oder Abschreckungsmittel). Ich wiederhole: Ich kann meine Uhr nicht mit einem Hammer reparieren lassen.

Christen müssen ohne Furcht sagen: Wir wollen *den neuen Weg* beschreiten, den Weg, den Christus uns zeigt. Er wird uns auch die Kraft geben, ihn zu gehen.

Das gilt für Christen im Westen wie im Osten.

Wenn hier vielleicht unter den mehr westlich Orientierten welche sind, die denken: «Das ist in einem Land, das ein kommunistisches Regime hat, nicht möglich», dann sage ich: Ich kenne das national-

sozialistische Regime der Besetzungsjahre 1940–1945 in Holland, und selbst damals war es doch für Christen möglich, den neuen Weg zu gehen. Mit Fallen und Aufstehen. Aber sie gingen ihn.

Darum: Junge Christen im Osten und Westen werden aufgerufen, den Weg von Christus zu gehen.

Das ist ein Weg voller Risiko.

Aber auch der einzige, der eine Zukunft hat.

's Hertogenbosch (Holland) *Dr. Kr. Strijd*

Erziehung im Zeitalter der Wissenschaft

Zu diesem Thema sprach an der Pugwash-Konferenz in Kitzbühel (Österreich) vom September 1958 der bekannte Wiener Atomphysiker Professor *Hans Thirring*. Vor einem Gremium von berühmten Wissenschaftern aus Ost und West legte er dar, wie verhängnisvoll die geistige Entwicklung der Menschen als Individuen und als Gesellschaft gegenüber einer in atemraubendem Tempo vorwärts stürmenden Wissenschaft zurückgeblieben ist. Anschauungen vom Zusammenleben der Klassen, der Völker, wie sie unsern Großvätern eigen waren, führte Professor Thirring aus, seien nicht dazu angetan, unsere gesellschaftlichen Aufgaben zu lösen, sie versagten aber besonders verhängnisvoll vor dem Zentralproblem unserer Generation, der Friedenssicherung. Ausgaben für Kriegsvorbereitungen im Umfang von zwei Milliarden Dollar pro Woche für die ganze Welt seien der sichtbare Ausdruck dieser überlebten und heute äußerst gefährlichen Einstellung.

Woher rührt diese geistige oder, richtig gesagt, psychologische Rückständigkeit unserer Generation und wie ist sie zu überwinden? Sicher nicht indem man nach groß aufgezogenem Prozeß einzelne hochgestellte Vertreter einer besiegten Nation als Kriegsverbrecher hinrichtet. Schließlich gehorchten sie einer zum logischen Ende verfolgten Kriegstradition, die von der Nation geteilt und gebilligt wurde.

Was erforderlich ist, sagt Thirring, ist darum eine radikale Umstellung unserer Erziehungstradition. Einwände gegen die Möglichkeit solch entscheidender Wandlung, die Behauptung der Marxisten, daß allgemeiner Friede nur auf kommunistischer Grundlage zu erreichen sei, lehnt Thirring ab, ebenso die Auffassung der Psychanalyse, wonach die meisten Konflikte individueller oder gesellschaftlicher Art auf irrationale, unbewußte Impulse zurückgehen und folglich durch den Appell an die Vernunft nicht zu erreichen seien.

Er ist der Überzeugung, daß einige einfache Grundwahrheiten, eine Art ABC elementarer Weisheit oder praktischer Philosophie, dem Menschen im formativen Alter nahegebracht, ihn so nachhaltig beeinflussen würden, daß er zu einem besseren Verständnis seiner selbst

und seiner Mitmenschen gelangte, daß er weiter in den Stand gesetzt würde, die verschiedenen menschlichen Probleme, Pflichten und Verantwortlichkeiten nach ihrer wirklichen Bedeutung einzuschätzen und schließlich wahrzunehmen, wie sehr die Menschen geneigt sind, die Fragen, die an ihrem begrenzten Horizont auftauchen, als die allein wichtigen zu betrachten. Es handelt sich, nach Professor Thirring, darum, den jungen Menschen die Augen so weit zu öffnen, daß sie klar sehen sollen, wofür sie sich einsetzen, und nicht mehr blind um sich schlagen.

Eine der grundlegenden Tatsachen, für die Professor Thirring die Einsicht der jungen Generation gewinnen möchte, ist die innere Gegensätzlichkeit des Menschen, die Tatsache, daß kein Individuum einfach gut oder böse ist, daß es vielmehr die verschiedensten Eigenschaften, gute und böse, aufweist, von denen jede wieder je nach Umwelteinflüssen oder den Beziehungen zum Nächsten sich ändern kann. Für junge Leute, die geneigt sind, das Menschenbild in Schwarz oder Weiß zu sehen, das makellose Ideal gegenüber dem Tier aus dem Abgrund, kann diese Tatsache gar nicht zu eindrücklich gemacht werden, ist sie doch von eminenter Bedeutung auch für das politische Leben. Sie wird verhindern, daß wir Menschen, die einer vielleicht mit Recht verhaßten Ideologie anhängen, als Menschen verabscheuen, nur weil sie einen Glauben oder Grundsätze vertreten, die uns verhaßt sind. In jeder Gruppe oder Partei findet sich eine ganze Stufenleiter von Charakteren – von der tiefsten bis zur höchsten –, und Werturteile über Menschen auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit erweisen sich in der Regel als völlig ungerecht.

Für eine weitere Illustration dieser Gegensätzlichkeit, die sich auf die Schulerziehung bezieht, möchte ich Professor Thirring im Wortlaut zitieren: «Sie wird dazu beitragen, daß wir die Achtung vor unserem humanistischen Erbe verbinden lernen mit dem Mut zu radikaler Umstellung. Es liegen gewiß ewige Werte in den sittlichen Eigenschaften der Menschen, und unsere Achtung vor dem Verdienst einer Persönlichkeit, die uneigennützig gute Arbeit leistete, wird immer bleiben. Der Fall liegt jedoch ganz anders, wenn es sich um wissenschaftliche Erkenntnis handelt, denn die letztere ist das Ergebnis aufbauender Forschung. Die Kenntnisse selbst eines mittelmäßigen Wissenschafters der Gegenwart sind selbstverständlich weit umfassender und richtiger als die eines klassischen Denkers der Epoche von Pythagoras, Euklid oder Plato. Unsere Bewunderung für ihren Genius sollte uns nicht zögern lassen, auszusprechen, daß die meisten ihrer Theorien über Naturvorgänge falsch waren.»

«All dies mag selbstverständlich erscheinen, aber wenn wir an die Schulerziehung denken, wo entsprechende Verhältnisse vorliegen, werden nur wenige bereit sein, zuzugeben, daß ihr Unterricht in Geschichte und Bürgerkunde ein verzerrtes Bild von historischer Größe, patriotischen Pflichten und sozialer Verantwortlichkeit vermittelte.»

Man stelle sich die Frage: Ist die rücksichtslose Aggression der Achsenstaaten im Zweiten Weltkrieg einfach darauf zurückzuführen, daß die Bürger jener Länder brutaler sind als alle andern? Der historische Materialismus gibt die Antwort auf Fragen dieser Art in rein wirtschaftlichen Argumenten. Menschliche Konflikte sind jedoch das Ergebnis von Wirkungen und Gegenwirkungen vieler Faktoren, von denen die Wirtschaft nur einer ist. Wie kam es, daß der Kriegsausbruch 1914 in Deutschland, zum Beispiel, einen Sturm der Begeisterung auslöste, und dies bei Volksschichten, die unmöglich aus einem Krieg etwas Gutes für sich erhoffen konnten? Warum konnte der totale Krieg sich Jahre hinziehen ohne Revolution? Die Antwort liegt im geistigen Drill (conditioning), dem besonders die Jugend Deutschlands seit Generationen ausgesetzt gewesen war, im Training, das bei der Jugend irgendeiner andern Großmacht das gleiche Resultat gezeitigt hätte. Auch hier soll Professor Thirring wieder selbst zu Worte kommen:

«Es hieße die Dinge zu sehr vereinfachen, wollte man behaupten, die Indoktrinierung, die die deutschen Soldaten bis Stalingrad führte, sei einzig dazu berechnet gewesen, die niedrigen und grausamen Triebe aufzustacheln und dem Heer die benötigten fanatisierten Massen zuzuführen. Der Vorgang ist komplizierter. Man kann ihn bezeichnen als eine eigenartige Vermengung von edlen Gefühlen und Urinstinkten, die durch die traditionelle Erziehung seit Generationen begünstigt worden war.

Ein jugendlicher Ehrgeiz ist, ein geachteter Mann oder sogar ein Held zu sein. Anderseits wohnen im jugendlichen Menschen die unbewußten Urtriebe des Kampfes, der Überlistung des Gegners, Triebe, die im gewöhnlichen Leben unterdrückt werden. Krieg jedoch und die Anonymität des Soldatenlebens bieten eine einzigartige Möglichkeit, *Held und Scheusal* zugleich zu sein.»

Die geistige Bearbeitung (indoctrination), verstärkt durch die einseitige Darstellung der Geschichte als einer Chronologie militärischer Erfolge und das daraus sich ergebende nationale Prestige, erzeugten so den Kriegsgeist und den engstirnigen Nationalismus, den wir kennen.

Wie können wir brechen mit dieser Vergangenheit?

Was Professor Thirring dem Curriculum aller Mittelschulen einverleibt sehen möchte, sind einige Erfahrungen, die der jungen Generation durch die neueste Geschichte vordemonstriert werden.

Eine der ersten Lehren, die sich einem Betrachter einprägen muß, ist die Vergänglichkeit sogenannter Kriegsziele. Deutschland und Österreich bekämpften Italien und Japan im Ersten Weltkrieg, und doch verließen sie sich 25 Jahre später auf eine Allianz mit denselben Staaten. Rußland war der Verbündete Deutschlands von 1939 bis 1941, worauf es von eben diesem Verbündeten überfallen wurde. Das Bündnis zwischen Rußland und dem Westen brach wenige Jahre nach

dem Sieg (der Alliierten) zusammen, aber Deutschland und Italien, die im Kriege Millionen ihrer Söhne opferten, sind jetzt eng mit dem Westen verbunden und bereit, gegen ihren früheren Verbündeten, Rußland, anzutreten.

Eine weitere, nicht zu leugnende Wahrheit, daß Aggression sich nicht bezahlt macht, dürfte durch das Schicksal Mussolinis und Hitlers bestätigt worden sein.

Was aber den Machtpolitikern und den andern Ewig-Gestrigen, die noch in vielen Regierungen sitzen, schwerfällt, der jungen Generation zu gestehen, ist dies: Was bis 1914 immer wieder zustande gekommen war – der Ausgleich zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen –, ist seit dem Zweiten Weltkrieg verlorengegangen. Nachdem die Verteidigung heute im besten Falle noch einige der Angriffsraketen im Flug zerstören kann, während der Rest vollkommen genügt, um das Land zu zerstören, ist es sinnlos, von der eigenen Armee Sicherheit vor Invasion und Zerstörung zu erhoffen. Nach einem Dritten Weltkrieg würden nur total zerstörte Länder übrigbleiben.

Wer gehört nach Thirring in die Heroengalerie der Geschichte? Offenbar keine Eroberer und Kriegshelden – aber neben den Begründern der großen Religionen, Sozialreformer, die der Öffentlichkeit noch kaum bekannt sind, einige der großen Revolutionäre, große Denker und Forscher, die uns die Umwelt offenbarten und uns die Naturkräfte beherrschen lehrten. Geschichte als Geschichte der Beherrschung der Naturkräfte – oder der soziologischen Entwicklung – würde offenbar eine der Triebkräfte des Krieges, den machtlüsternen Ehrgeiz eines Hitler, eliminieren.

Weiter – meint Professor Thirring – sollte jungen Leuten an Beispielen demonstriert werden, wie unser Geist immer wieder den Umfang, den Wert und die Bedeutung unserer Erfahrungen und auch unserer Wünsche verzerrt, daß sie also dazu kommen müssen, die nötigen Korrekturen anzubringen, um so der Überwertung zu steuern und die äußeren Ereignisse in ihren wirklichen Proportionen zu sehen. Wir reagieren subjektiv auf Erfahrungen – daran ist nichts zu ändern –, aber wir sollten uns dessen bewußt sein und spüren, wann die Verzerrung den kritischen Punkt erreicht. Denken wir, zum Beispiel, an die Überempfindlichkeit des Nationalisten. In Gegenden, die von zwei Nationalitäten bewohnt sind, genügt es manchmal, daß Wegzeichen in zwei Sprachen beschriftet sind, um den Eindruck unerträglicher Provokation bei einer Partei zu machen und, unter Umständen, zu einer Kettenreaktion von Tätlichkeiten und Repressalien zu führen. Unendlich viele Beispiele wären zu erwähnen, wo belanglose Zwischenfälle unter dem verzerrenden oder übertreibenden Einfluß unserer persönlichen Sicht zu tragischen Konflikten auswuchsen. Gegenseitige Ansteckung kann sich dieser Verzerrung bemächtigen, so daß eine Frage, die dem einzelnen unwichtig erschien, Bedeutung an-

nimmt einfach dadurch, daß sie allgemein diskutiert wird – bis schließlich der einzelne wie die Menge zu fühlen beginnt und die Überwertung der Frage mitmacht.

Eine andere Form der verzerrenden Wirkung unserer individuellen Sicht ist die sogenannte «functional autonomy», die zum Ausdruck bringt, daß eine Tätigkeit, die einem bestimmten Zweck dienen sollte, zum Selbstzweck wird. Wie die Geschichte zeigt, hat die Menschheit Unsägliches gelitten, weil das Kämpfen gewissen Führern so «zur zweiten Natur» wurde, daß darob das Ziel des Kampfes vergessen wurde. Professor Thirring erwähnt als Parallele dazu das Geldverdienen, das aus einer zweckdienlichen Tätigkeit – dem Kampf gegen die Not – zum Selbstzweck wird; die Tätigkeit, sei es nun Geldverdienen oder sonst etwas, wird sich selbst zum Gesetz, geht ziellos weiter und wirkt sich manchmal als Gegenteil dessen aus, was bezweckt worden war.

Nach der Auffassung des Vortragenden richten solche Degenerationserscheinungen des Denkens in fanatisierten Massenbewegungen viel mehr Unheil an als Tuberkulose und Cholera. «Aber niemand kümmert sich», so fährt er fort, «um Diagnose und Behandlung dieser Kinderkrankheit unserer immer noch recht infantilen Menschheit.»

Das Trägheitsmoment, das die einmal begonnene Bewegung im Fluß erhält, wirkt sich auch als Widerstand aus, sobald versucht wird, eine ruhende Masse in Bewegung zu setzen. Im geistigen Bereich, für den das Trägheitsgesetz genau so gilt wie für den psychischen, stellen wir fest, wie zähe wir an unserer Lebensweise, unseren Denkgewohnheiten festzuhalten suchen, selbst wenn sie mit den Bedingungen einer sich verändernden Umwelt in Widerspruch geraten. «Kriegerische Ideologie hatte einen Sinn vor Hunderten von Jahren, als kleine städtische Gemeinwesen von Nomaden oder räuberischen Nachbarn bedroht wurden. Jene Umweltbedingungen machen es verständlich, daß eine soldatische Haltung, blinder Gehorsam den Menschen erst zum guten Bürger machten.» Was sich seither geändert hat, die radikale Umwälzung der Waffentechnik, ist uns, trotz unserem theoretischen Wissen darum, noch nicht so zum geistigen Bestand geworden, daß wir unser Denken und Handeln den neuen Verhältnissen anpassen würden. «Im Bewußtsein Unzähliger sind nationale Eitelkeit, militärischer Ehrgeiz und antike Vorstellungen von Heldentum und Bürgersinn im Atomzeitalter noch genau so fest verankert wie zur Zeit eines Leonidas vor über zweitausend Jahren.»

Ist es nur Phantasielosigkeit, die uns die altehrwürdigen, doch heute so sinnlosen Redensarten von der «Politik der Stärke», vom «Frieden, den man durch den Krieg vorbereiten muß» usw. noch immer wiederholen läßt? Man muß daran zweifeln, wie man sich auch fragen wird, ob Professor Thirrings sokratische Lehrgespräche, die er übrigens in Buchform veröffentlicht hat («Die Kunst des menschlichen Zusammenlebens»), genügend mit den Hindernissen rechnen, die einer

radikalen geistigen Anpassung an die heutige Lage entgegenstehen. Wir denken da nicht allein an die «vested interests», das heißt an die auf Grund der früheren machtpolitischen Einschätzung in Rüstungen angelegten Kapitalien, obwohl deren konservativer Einfluß in allen Lebensbereichen spürbar ist. Professor Thirring – um konkret zu bleiben – hofft durch die Verbreitung vorstehenden Gedankenguts bei der heranwachsenden deutschen Jugend hauptsächlich dazu beizutragen, daß der ideelle Rückstand ihres Volkes aufgeholt wird, bevor eine neue nationalistische Revanchestimmung die Erinnerung an die «zwölf Jahre» wegschwemmt. Das setzt aber voraus, daß sich Erzieher finden, die in Thirrings Geist vorurteilslos und schonungslos die Fehler auch des eigenen Volkes in Vergangenheit und Gegenwart erörtern. Soviel sich aus der Presse, aus pädagogischen Fachzeitungen und persönlichen Kontakten ergibt, ist gerade die historische Analyse des nationalsozialistischen Regimes ein Thema, das in die Schule hineinzutragen die deutschen Erzieher sich scheuen. Ebensowenig wie die Lehrer sind, mit wenigen Ausnahmen, die Eltern der jungen Generation zu solch offener Diskussion bereit. Zuviel Schuld und persönliches Versagen müßten da vor kritischen Augen ausgebreitet werden, als daß nicht der Wunsch übermächtig würde, alles Übel, alles Unerledigte der Vergessenheit zu überliefern. Selbst die evangelische Kirche Deutschlands, die kirchlichen Bruderschaften rühmlich ausgenommen, ist ängstlich bemüht, den Strich unter die Vergangenheit zu ziehen und unter dem Mantel des Wirtschaftswunders sich möglichst gut zu organisieren. Weder von den offiziellen evangelischen Kirchen noch von der katholischen Hierarchie ist angesichts ihrer engen Verflechtung mit den Staatsinteressen eine Neuorientierung in bezug auf das Zusammenleben der Völker und die Überwindung des Krieges zu erwarten. Wenn aber selbst der Weltkirchenrat der Christenheit Anweisung gibt, «nur beschränkten Kriegen seine Zustimmung zu geben», so kann man über so sträfliche Verirrung nur staunen.

Eine Welt ohne Krieg, für die jeder aufrechte Mensch und Christ kämpfen wird, bleibt das Ziel. Widerstände materieller und vor allem geistiger Art türmen sich auf. Wir können uns vorläufig nicht der Hoffnung hingeben, von den Trägern der Macht entscheidende Hilfe für das Wagnis des Friedens zu erhalten, dazu sind sie zu sehr in den Gedankengängen der Vergangenheit – si vis pacem, para bellum usw. – befangen. Was wir im besten Fall von ihnen erwarten können, ist, daß sie in gefährlichen Situationen so eingreifen, daß noch ein Zurück möglich ist. Das ist ein erster Schritt. Der Kampf für einen wirklichen Frieden, der mehr als ein Ausbleiben von Waffengängen bedeutet, bleibt den sich immer erstarkenden Scharen der Friedensfreunde, Männer und Frauen, in allen Ländern vorbehalten. Die Worte des Wissenschafters mögen dazu beitragen, sie in ihrem geistigen Kampf zu unterstützen. *Red.*

Regierung und Regierte

Unsere Leser wissen von den Untersuchungen gegen unamerikanische Betätigung, die mit dem Namen Senator McCarthys verbunden sind. Obschon McCarthy tot ist, gehen die Untersuchungen weiter, angeblich um kommunistischen Umsturzversuchen auf die Spur zu kommen – in Wirklichkeit um die Kritik an amerikanischen Institutionen, Auffassungen und Mißständen zu unterbinden.

Nachstehend veröffentlichen wir den Appell eines amerikanischen Bürgers an seine Landsleute. Dr. Burlingame ist Zahnarzt und ein überzeugter Kämpfer für Wahrheit und Frieden. Dank seiner festen Haltung und dem persönlichen mutigen Einstehen für ihre Rechte, das Tausende Amerikaner gleich ihm bewiesen, ist es heute viel weniger leicht, Leute, völlig berechtigter Forderungen wegen, des Kryptokommunismus zu bezichtigen und sie wirtschaftlich und sozial zu ruinieren. *Red.*

Vor nicht so vielen Jahren herrschte ein Mann namens Adolf Hitler in Deutschland. Er erklärte, daß man, wenn man Glauben finden wolle, den Leuten eine handfeste Lüge erzählen müsse. Das tat er denn auch: Er sagte den Deutschen, sie seien eine überlegene Rasse, dazu bestimmt, die Welt zu beherrschen, und alle ihre Schwierigkeiten und Sorgen seien Kommunisten und Juden zuzuschreiben. Und die Leute glaubten es. Auf alle Fälle schlugen die meisten von ihnen, die nicht Kommunisten oder Juden waren, die Absätze zusammen und brüllten «Heil Hitler!», wie dies von hypnotisierten «Jasagern» zu erwarten war. Diejenigen von ihnen, die überhaupt noch überlegten, schienen den Standpunkt zu vertreten, daß Jasagen ein billiger Preis sei für die Konjunktur und Vollbeschäftigung, die man Hitlers Autobahnen und Rüstungsprogramm zu verdanken hatte.

Hitler predigte nun nicht Gleichheit und Zusammenarbeit, sondern deutsche Überlegenheit und Deutschlands Zwang, sich auszubreiten und Lebensraum zu gewinnen auf Kosten seiner «minderwertigen» Nachbarn. Also ging die Welt bald wieder einmal in Flammen auf und triefte von Blut, um dem Ehrgeiz eines Übermenschen und seiner taktschrittklopfenden Anhänger zu genügen, Leuten, denen er die gefährliche und unsinnige Doktrin eingeimpft hatte, sie seien ein einzigartig begabtes und auserwähltes Volk. Die nicht auserwählten Deutschen – *die Sündenböcke von Kommunisten und Juden* – gingen natürlich in die Konzentrationslager und Gaskammern. Grauenhafte Verbrechen wurden innerhalb Deutschlands von dieser sogenannten christlichen Nation begangen. War das Volk damit einverstanden? Auf alle Fälle geschah, was geschah.

Welches Land litt am meisten unter Hitlers Angriff? Die Vereinigten Staaten? Nein, wir verloren nur ungefähr die gleiche Zahl von Opfern, die jedes Jahr die Verkehrsunfälle fordern. Tatsächlich erreichte der Krieg unser Land überhaupt nie. Im Gegenteil, wir erfreuten uns seit Jahren zum erstenmal wieder der Vollbeschäftigung, und unser Volk legte sich einen hübschen Sparbatzen an, der als Initialzündung für eine sehr erfreuliche Nachkriegskonjunktur gerade recht kam. Waren es vielleicht Großbritannien, Frankreich, Italien oder

Japan, die am meisten litten? Nein. Sie litten schwer, aber unser Verbündeter Rußland hatte die schwersten Schläge zu tragen.

Millionen und aber Millionen von Russen wurden getötet oder verwundet, und Rußland als Natjon erlitt materielle Verluste und Zerstörungen, wie wir sie uns nicht vorstellen können. Überdies war dies nicht das erstemal, daß Rußland vom Westen her überfallen worden war. Es machte diese Erfahrung 1941 zum drittenmal – und zum zweitenmal in einer Generation. Man darf wohl annehmen, daß Rußland ebensowenig ein drittes Mal solches erleiden möchte, als Japan ein zweites Hiroshima wünscht! Hatte vielleicht unser früherer Verteidigungsminister Wilson doch Recht, als er sagte: «Meine Überzeugung ist, daß die Russen eine viel größere Angst haben vor uns als wir vor ihnen und daß ihre Rüstung der Verteidigung dient.»

Sollte es stimmen, daß man uns, wie früher das deutsche Volk, belog und daß auch wir als Marionetten an den Fäden der großen Lüge manipuliert werden? Man wird vielleicht fragen: «Was hätte das für einen Zweck?» Denkt daran, welche Fortschritte unser Volk Franklin Roosevelt und seiner Politik des «New Deal» verdankte. Vergeßt vor allem nicht, welch krankhaften Haß der verstorbene Präsident zu ertragen hatte von Leuten, die jene Besserstellung des kleinen Mannes ebensowenig ertrugen wie die wachsende Macht der Gewerkschaften. Sie mochten sich sagen: «Wäre nicht eine geschickt geleitete Panik vor einer kommunistischen ‚Verschwörung', verbunden mit einer Hexenjagd nach Verdächtigen, ein probates Mittel, um solch unerwünschtem Fortschritt Einhalt zu gebieten? Proteste freiheitlich Gesinnter könnte man zum Schweigen bringen, indem man irgendeine schmierige Verleumdung gegen sie vorbrächte. Etwas bliebe immer hängen, nicht wahr?» Ist es nicht genau so herausgekommen?

Präsident Truman soll einmal gesagt haben, diese kommunistische Verschwörung diene nur der Ablenkung. Später bestritt er, so etwas gesagt zu haben. Aber wenn er diese Worte nicht geäußert hat, so hätte er sie doch äußern und dazu stehen *müssen*, denn eine Irreführung war und ist es tatsächlich und dazu eines der schmutzigsten politischen Manöver. Präsident Truman gelang es jedoch nicht, dieses politische Manöver vor der Öffentlichkeit als Ablenkung festzunageln, während Präsident Roosevelt dies zweifellos gekonnt hätte, wäre er am Leben geblieben. Und da Truman der Reaktionäre nicht Herr wurde, ging er zu ihnen über und schenkte uns den Korea-Krieg, den er als «Polizeiaktion» hinstellte. Die Wahrheit kam bald darauf mit der nötigen Deutlichkeit an den Tag, als der südkoreanische Botschafter bei seinem Fernseh-Auftreten sich verplapperte: «Darum vor allem fingen wir den Krieg an.» Aber trotz diesen «patriotischen» Kniefällen vor den Profitaltären folgte später die Anklage: «Die 20 Jahre demokratischer Regierung seien 20 Jahre des Verrats gewesen», und das amerikanische Volk brachte es fertig, sich eine Regierung des Monopolkapitalismus auf den Nacken zu setzen, die unsere Wirtschaft nur

mühsam in Gang gehalten hat, indem sie uns immer wieder an den Rand des Krieges führte.

Krieg war schon immer grauenhaft und unmoralisch. Heute ist der Gedanke an einen Krieg überhaupt unmöglich, außer für Leute, die das Leben hassen oder die nach dem Tode nur zu einem reicheren und besseren Leben zu erwachen hoffen. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist die zerstörende Kraft der Bomben fast unvorstellbar gesteigert worden. Sowohl Rußland wie die Vereinigten Staaten haben *heute schon* genug Wasserstoffbomben aufgestapelt, um unsere Welt innerhalb von 30 Minuten zu zerstören, wenn alle Mittel in einem Angriff eingesetzt werden. Und obwohl das Wissen um die vergiftende Wirkung radioaktiver Asche auf alles organische Leben nach *bloßen Bombenversuchen* im weiten Umfang bekannt ist, versichern uns Politiker und Wissenschafter (im Solde der Regierung), daß solche Versuche weitergeführt werden müssen! Warum? Ist es, damit wir unsere Überlegenheit über die Russen beweisen können und stark genug werden, um die ganze Zivilisation in vielleicht bloß 20 Minuten zu zerstören? Oder nur 10?

Die todbringende Macht der großen Lüge scheint tatsächlich um uns zu schweben. Ist es vielleicht, daß wir ihren Gestank nicht wahrnehmen, wie die Deutschen vor Jahren ihn nicht wahrnahmen? Könnte es sein, daß unsere Kultur so durchtränkt ist vom stagnierenden, übelriechenden Schlamm der Verstellung und Heuchelei – der Lüge und des Betruges –, daß unser sittliches Unterscheidungsvermögen ganz verlorengegangen ist? Man hat schon gesagt, die Lüge tue ihre Wirkung nur, wenn man spüre, daß die Gesellschaft selbst auf einer Lüge begründet sei und keine allgemeine Wahrheit mehr anerkannt werde. Der Ausspruch hat etwas für sich.

Betrachten wir einige Anzeichen amerikanischer Unzurechnungsfähigkeit – wie sie heute besteht. Im Reichtum an Konsumgütern stehen wir an der Spitze aller Nationen. Wir haben riesige Vorräte an Nahrung, die wir unter großem Kostenaufwand lagern, während gleichzeitig unzählige Menschen im In- und Ausland unterernährt sind. Es scheint also einer der Vorzüge unserer von Gruppeninteressen beherrschten Regierung zu sein, daß er einigen von uns Steuerzahlern ermöglicht, genug Geld zu verdienen, die Lagerspesen zu bezahlen, um den Hungernden ihre Nahrung vorzuenthalten.

Trotz großen Fortschritten in der Medizin bedürfen wir eines umfangreichen Forschungsprogramms für Herzkrankheiten, Krebs, Arthritis, Zahnkaries und andere Übel. So betteln wir um Beiträge bei Privaten und Geschäftsfirmen und setzen im Bundesbudget sozusagen nichts ein für diesen Zweck, weil man von gewisser Seite (Medical Association of America) deutlich zu verstehen gab, staatliche Maßnahmen dieser Art seien unamerikanisch.

Anderseits finden wir es sinnvoll, *pro Jahr 40 bis 50 Milliarden Dollar* für unsere sogenannte nationale Sicherheit zu budgetieren,

welche Summe angesichts der Tatsache, daß Krieg heutzutage gleichbedeutend ist mit Selbstmord, einzig dazu dient, Beförderungen im Pentagon zu finanzieren und großen Rüstungskonzernen fette Gewinne zuzuschanzen. Wer auch die Finger in diese Tasche steckt, das sind einige hundert Galonierte der obersten Ränge, die sich mit Pensionen von ihren Posten zurückziehen, die das Mehrfache eines amerikanischen Durchschnittseinkommens ausmachen. Als Berater von Rüstungskonzernen beziehen sie zu ihrer Retraite opulente Saläre für Rüstungsaufträge, die sie ihren Auftraggebern unter Ausschaltung der Konkurrenz sichern. Und wer ist der Todfeind, der für diese Situation verantwortlich ist? Wer anders als die «verruchten» Russen, die den Lebensstandard ihres ganzen Volkes heben, obschon ihre Führer unseren Glauben an einen übernatürlichen Einfluß auf menschliches Tun nicht teilen.

Wir brauchen mehr Schulen und bessere Schulen, Lehrer, Ärzte, Zahnärzte, Psychiater, Spitäler, Wohnhäuser und Bibliotheken. Doch *diese* können wir uns nicht leisten. Nein, wir müssen statt dessen, was wir haben, in das hungrige Maul des militärischen Molochs stopfen, den wir geschaffen haben, um uns mit einem imaginären Feind herumzuschlagen, nur weil wir eine Lüge nicht als Lüge erkennen. Wir haben noch nicht eingesehen, daß unsere wirklichen Feinde Armut, Unwissenheit und Frömmelei sind und daß sie nicht nur im Ausland, sondern auch bei uns in Amerika wohnen.

Und wer ist verantwortlich für dieses verrückte Tun? Wer anders als du, amerikanischer Bürger, wenn doch die Macht unserer Regierung auf der Zustimmung der Regierten beruht. Hast du nicht auch den Deutschen Schuld gegeben für das, was sich unter Hitler ereignete? Wirst *du jetzt* mit deiner Meinung herausrücken oder willst du gehorsam schlucken, was man dir durch jedes erdenkliche Mittel an Haß- und Furchtpropaganda serviert? Könnte es nicht sein, daß du von Leuten hinters Licht geführt wirst, denen mehr an der Sicherung ihrer Sonderrechte liegt als an der Förderung des Gemeinwohls? Wohl möglich, daß man dich ermuntert hat, soviel Initiative zu entwickeln, um dir im Dschungel unseres Wirtschaftssystems einige materielle Sicherheit zu erarbeiten, daß du jetzt ein Magengeschwür hast oder einen Herzinfarkt. Du kamest nie dazu, über die Bedeutung jener Frage nachzudenken, die man dem ersten mythologischen Mörder auf der Welt zuschreibt: «Bin ich denn meines Bruders Hüter?» Wenn du eine bessere Welt willst für deine Kinder – oder besser gesagt, wenn dir überhaupt noch etwas am Dasein liegt – denk über diese Dinge nach. Und dann schreib an deinen Kongreßmann und deinen Senator. Teile ihnen deine Ansichten mit. Schließlich sind sie dafür da, wie man sagt, dich zu vertreten.

Eines schönen Tages werden auch die Amerikaner politisch reif werden. Wenn die Zeit kommt, wird ihnen klar werden, was andere Völker schon lange inne waren, daß nämlich der sogenannte Senats-

Untersuchungsausschuß für unamerikanische Betätigung das Unamerikanischste ist, was es in unserem Lande gibt. Wenn es vernünftig ist, daß man einen Baum nach seinen Früchten beurteilt, wie ein großer Weiser einst riet, so wird offenbar, daß Zweck und Ziel dieses Justizmißbrauchs darin bestehen, vollkommen berechtigte Kritik an unseren politischen Institutionen und ihrer Tätigkeit zu unterdrücken und unsere Bürger dadurch zu zwingen, sich mit einem ungeeigneten, ungerechten Wirtschaftssystem abzufinden und hinzunehmen, daß es die Reichen und Mächtigen begünstigt und dazu unter einer Schuldenlast ächzt, die wahrscheinlich schwerer ist als die aller übrigen Länder zusammengenommen.

Freiheit ist unteilbar. Obschon schon oft das Gegenteil behauptet wurde, so hat doch kein Mensch noch eine Gruppe von Menschen ein Monopol auf die Tugend, und niemand hat eine Leitung, die für ihn persönlich die erfrischenden Wasser der Wahrheit direkt aus einem verborgenen himmlischen Quell heranführt. Ein wirklich freies Volk erträgt keine Zensur der Gedanken, denn wer ist so weise, daß er dekretieren dürfte, diese oder jene Auffassung sei unstatthaft, sei ihrem Wesen nach böse? Was als absolut und unfehlbar hingestellt wird, erfährt durch den Wandel der Zeiten oft eine peinliche Abwertung. Das ist wohl, was Felix Frankfurter, dem Richter am Obersten Gerichtshof, vorschwebte, als er die freiheitlichen Worte prägte: «Die Wahrheit ist eine ewige Jagd nach der Wahrheit. In der Geschichte des menschlichen Trachtens nach Wahrheit sehen wir, wie das Dogma von heute der Skepsis von morgen den Platz räumt. Und die Torheit von heute mag wohl zur Weisheit von morgen werden. Die Pfade zur Stadt Gottes müssen offen bleiben.» Daraus müssen wir wohl den Schluß ziehen, daß, wenn gewisse Leute sich anmaßen, anderen vorzuschreiben, wo die Grenzen der Wahrheit liegen, sie entweder an der Echtheit ihrer «Wahrheit» zweifeln oder die Fähigkeit ihrer Mitmenschen, diese Wahrheit zu erkennen und festzuhalten, verneinen wollen. Müssen wir darum nicht entweder die Bescheidenheit oder die Beweggründe eines Individuums in Frage stellen, wenn es sich herausnimmt, die freie Äußerung von Ideen nicht dulden zu wollen, weil sie unangenehm sind? Die größte aller Lügen liegt wohl in der pompösen Erklärung: «Hier liegt alle Tugend und Wahrheit.» Und die Erklärung dafür mag im Wort des Philosophen Barrows Dunham enthalten sein: «Gedanken beherrschen, heißt Menschen beherrschen.»

Alle Religionen erheben den Anspruch, die Wahrheit zu verkünden. Insoweit jede von ihnen allumfassende Liebe und Mitleid predigt, ist man geneigt, ihnen diesen Anspruch zuzugestehen. Auch wenn wir manche gute und etliche weniger gute Leute unter den Gläubigen der vielen Bekenntnisse finden, so folgt daraus wohl kaum, daß wir das Ideal verurteilen, weil ihm die Anhänger nicht entsprechen.

Im Grunde genommen bedeutet Religion «zusammenbinden», und es besteht kein Zweifel, daß viele Philosophien verschiedenen ethi-

schen Wertes einen solchen Zweck erfüllen. Solche Religionssysteme mögen die Idee einer übernatürlichen Macht, eines höchsten Schöpfers enthalten, der über alles gebietet; andere Religionen anerkennen keine überirdische Macht. Man tut gut daran, sich zu erinnern, daß Hitlers Herrenmenschen-Faschismus mit dem Großteil der christlichen Kirche im Einvernehmen war, um daraus zu schließen, daß der Glaube an das Übernatürliche nicht notwendigerweise mit einem hohen sittlichen Ideal verbunden sein muß. Doch nocheinmal, es ist unfair, das Christentum dafür verantwortlich zu machen, daß Menschen nicht seinen höchsten Grundsätzen nachleben.

Der Kommunismus ist ein weiteres philosophisches System, das, im Gegensatz zum Faschismus, Gleichheit lehrt. Kommunismus ist mit Recht oft als weltliche oder ausschließlich diesseitige Religion bezeichnet worden. Kein Zweifel besteht darüber, daß er Menschen zu überlegter und wirksamer politischer Aktion «zusammenbindet». Aber wenn er gefürchtet wird, insbesondere von Menschen, die die Welt erhalten möchten, wie sie ist, oder noch schlimmer, wie sie vor 20, 50 oder 100 Jahren war, so ist es dennoch um nichts genauer, ihn als Komplott oder Verschwörung zu bezeichnen, als wenn man das Christentum so benennen wollte. Der Kommunismus ist auch ein philosophisches Ideal, das in der praktischen Anwendung durch Ungerechtigkeit Schuld auf sich geladen hat. Aber können wir von diesem Ideal mit größerem Recht behaupten, es sei in seinem innersten Wesen böse, als wir dies von einem gewissen Typus von jenseitsgläubigem Christentum feststellen, der den sozialen Teil seiner Heilsbotschaft so schmählich vernachlässigt, daß unweigerlich etwas anderes sich auf dieses Vakuum stürzen muß? Vielleicht darf noch betont werden, daß die Religion, welche hauptsächlich lehrt, das Heil liege im jenseitigen Leben, und wenig von den großen sozialen Übeln dieses Lebens spricht, in Amerika Steuerfreiheit genießt. Man soll aber ja nicht glauben, diese Religion sei unpolitisch. Ihr politischer Einfluß zugunsten des status quo ist sogar sehr stark, verbindet sie doch die Menschen durch Unwissenheit und Aberglauben in einem System, das an Anarchie grenzt.

Es sollte nun klar sein, warum so viele Besitzer von Sonderprivilegien, Gratisaktienbezüger wie die Präsidenten von Großkonzernen, Plünderer von Naturschätzen, Ölmillionäre, Ausbeuter von Wanderarbeitern – Akademiker (auch Pfarrer), Unterdrücker rassischer Minderheiten – ich wiederhole, man muß verstehen, warum solche Leute so oft gemeinsame Sache machen in ihrem scheinheiligen Bekenntnis zum «Glauben an Gott» und ihrer Warnung vor «Umstürzlern *(Subverters = Roten), die eure Freiheiten zerstören* werden». Die Obenstehenden und ihre politischen Handlanger gehören nur zu sicher zu den heutigen Zerstörern der Freiheit und der Kommunismus ist nichts weiter als der Rauchvorhang, der ihre Angriffe auf die Freiheitsrechte in der amerikanischen Verfassung maskieren soll. Wenn du dies nicht

glaubst, lieber Freund, so verteile doch eine Handvoll von diesen Flugblättern und gib gut acht, aus welcher Richtung der Aufschrei der Empörung kommt.

«To subvert» heißt «etwas umstürzen oder auf den Kopf stellen.» Nun gibt es heute sicher politische Einstellungen und Praktiken in unserem Land – einige davon wurden geschildert –, die gerade diese Art von Behandlung verdienen. Es ist selbstverständlich dein Recht, dies zu glauben oder nicht zu glauben. Es ist auch deine Pflicht als guter Bürger, dich offen dazu zu äußern. Ich bin berechtigt, für die Rückkehr zur Freiheit unbehinderter, in Zeit und Ort freier Diskussion aller Fragen einzutreten. Da der erste Zusatzartikel, der Gedankenfreiheit, Rede- und Versammlungsfreiheit garantiert, noch immer in unserer Verfassung steht, hat kein Mensch gesetzliche Vollmacht, uns gerichtlich zu verfolgen, wenn wir diese Freiheiten für uns in Anspruch nehmen. Ganz besonders wenn es um das Recht geht, einer heilsamen Verachtung für Unsinn von der Art der «sauberen Bomben», von «beschränktem Krieg oder Präventivkrieg» Ausdruck zu geben. Wenn wir diese Freiheit nicht besitzen, so sind wir schon ein gutes Stück auf dem Weg zum Polizeistaat, den wir zu verabscheuen behaupten.

Wenn du noch nicht verstehst, was sich bei uns abspielt, tätest du besser es selbst herauszufinden, bevor unsere ganze Welt den falschen Göttern der Habsucht und des Fanatismus geopfert wird. Wenn du aber im Bilde bist und schweigst aus Furcht, so verdienst du die Vergessenheit, die den Feigling erwartet. Schließlich haben wir die Regierung, die wir verdienen, so wach auf und erkenne die große Lüge. Mach dir klar, daß wir heute eine Regierung des Geldes, durch das Geld und für das Geld haben. Und, wenn du das nicht magst, verlange, daß wir zurückkehren zu einer Regierung durch das Volk – durch die Zustimmung der Regierten.

Mitleid und Gerechtigkeit in der Welt sind die Summe des Strebens und der Standhaftigkeit jedes einzelnen.

«Nichts bekämpfen die Leute so bösartig und hartnäckig wie eine Wahrheit, die ihnen verhaßt ist» (Leonhard Ragaz). *R. F. Burlingame*

WELTRUNDSCHAU

Um die Abrüstung Langsam, aber anscheinend sicher strebt die west-östliche Diplomatie der ersten Gipfelkonferenz zu. Grundsätzlichen Widerstand leistet keine der beteiligten Regierungen mehr – und das ist schon ein großer Fortschritt; man verhandelt im Westlager nur noch über den Zeitpunkt des Treffens und die Taktik gegenüber der Sowjetunion. Es scheint sogar, daß auch

Bonn für einmal zurückgewichen ist, in der Hoffnung natürlich, bei erster Gelegenheit wieder offen vorprellen zu können. In Paris will man zuerst Chruschtschew empfangen, die Atombombe in der Sahara platzen lassen und womöglich zu einem Waffenstillstand in Algerien kommen, ehe man sich zur Gipfelkonferenz begibt. Aber auf den Frühsommer 1960 hin dürfte es doch soweit sein, nachdem im Dezember sowie im Frühling die westlichen Regierungshäupter und die NATO-Außenminister getagt haben werden.

Inzwischen drängt Chruschtschew zäh und zielbewußt vorwärts. «Wir sind beide zu stark, um noch gegeneinander Krieg führen zu können», verkündete er unermüdlich den Amerikanern auf seiner USA-Reise, und er sagt es weiterhin überall, wo er auftritt. Offenbar ist er auch überzeugt, daß die Vereinigten Staaten trotz allem fortdauernden antikommunistischen Betrieb – man muß in der Politik doch das Gesicht wahren! – eine Kraftprobe gegenüber der Sowjetunion gar nicht mehr wollen, selbst wenn sie sich dazu stark genug fühlten. Auf jeden Fall hat er selbst allen Grund, die *Abrüstung* mit vollem Ernst zu betreiben. Sein großes Ziel, für dessen Erreichung er alle Leidenschaft einsetzt, ist es, die materielle Lebenshaltung des Sowjetvolkes auf die amerikanische Höhe zu bringen, womöglich schon bis 1975. Und das ist, wenn überhaupt, so nur möglich, wenn die ungeheuren Kräfte und Mittel, welche die Sowjetunion nun für ihre Militärrüstung verwendet – verwenden *muß*, wie sie glaubt –, für die Herstellung von Verbrauchsgütern im weitesten Ausmaß freigemacht werden. Davon erwartet die Sowjetführung nicht allein Gutes für ihr eigenes Volk; sie erwartet auch, daß der so geleistete Beweis der Leistungsfähigkeit der Sowjetwirtschaft die Völker der übrigen Welt, mindestens diejenigen der unterentwickelten Länder, unwiderstehlich dem Kommunismus zuführen werde. Die friedliche Konkurrenz und Koexistenz könne dann nicht anders als mit dem Sieg der neuen Ordnung, unter der jetzt schon ein Drittel der Menschheit lebt, auf dem ganzen Erdenrund enden . . .

Die erste Gipfelkonferenz wird sich so – das scheint abgemacht – vor allem mit der Abrüstungsfrage zu befassen haben. Und bereits hat ja die Versammlung der Vereinten Nationen oder doch ihre Politische Hauptkommission mit den Stimmen aller Mitgliedstaaten – etwas ganz Außerordentliches! – jene Entschließung angenommen, die eine allgemeine und vollständige Abrüstung als die wichtigste Aufgabe der heutigen Welt erklärt und den schon früher eingesetzten Zehnerausschuß mit der Behandlung aller bisher eingereichten Abrüstungsvorschläge beauftragt. Es ist freilich ein bezeichnendes Zusammentreffen, daß ungefähr gleichzeitig Amerikas größte Rüstungsfirmen begonnen haben, Millionen von Dollar in die neue westdeutsche Rüstungsindustrie zu stecken. «Etwa eine Milliarde Dollar», so schreiben die Londoner «Peace News», «werden in den nächsten sechs oder sieben Jahren in der einst verfemten deutschen Industrie

angelegt werden . . . Unter den wohlbekannten Namen befinden sich General Electric, Bell Aircraft und Lockheed in den Vereinigten Staaten»; und in Deutschland Heinkel-Messerschmitt, Dornier und Krupp. Als Alfred Krupp aus dem Kriegsverbrechergefängnis in Landsberg entlassen wurde, verpflichtete er sich, nie wieder Waffen herzustellen. Jetzt erwartet man, daß Westdeutschland der führende Waffenlieferant der NATO wird.» Auch ein Kommentar zur Abrüstungsdiskussion!

Kapitalismus und Antikommunismus Es ist zwar durchaus denkbar, daß sich die bisherige Kriegsindustrie der Vereinigten Staaten auf Friedensproduktion umstellt, beispielsweise auf die Herstellung derjenigen Ausrüstungen, die für die «Eroberung des Weltraums» nötig sind, und noch mehr auf die planmäßige Entwicklung der wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebenen Länder. Aber Rüstungsgewinne sind eben viel leichter zu verdienen als Gewinne aus solcher Friedensproduktion, und insbesondere die Versorgung der unterentwickelten Völker im großen Stil setzt eine internationale Planwirtschaft voraus, die den Verzicht auf allen Kolonialismus und Imperialismus in sich schließen müßte – und davon ist der Weltkapitalismus noch siriusweit entfernt. Gewaltige Interessen hängen am Kalten Krieg, und es wird eines fortwährenden, wachsenden Druckes der Völker bedürfen, bis diese Interessen unschädlich gemacht sind.

Vor allem der *amerikanische* Kapitalismus ist, nach Überwindung der «kleinen Krise» der letzten paar Jahre, wieder so selbstbewußt und kräftig wie nur je und beherrscht den Regierungsapparat nach wie vor ziemlich unbeschränkt. Man sieht das erneut am großen *Stahlarbeiterstreik*, der über 500 000 Arbeiter der Stahlindustrie und allmählich gegen 200 000 Arbeiter in anderen Industrien erfaßt hat. Die Unternehmer hatten sich – wie übrigens auch die Stahlarbeiter – auf diesen Kampf umsichtig vorbereitet, einen Kampf, bei dem es weniger um Lohnfragen geht (die Stahlarbeiter gehören zu den bestbezahlten Arbeitern der USA und bringen es bis auf 7000 Dollar Jahresverdienst) als um Sicherheit und Regelmäßigkeit der Anstellung (auch im Blick auf die Automation) und um die Einführung einer ausreichenden Krankenversicherung in der Stahlindustrie. Aus den Rekordgewinnen des ersten Halbjahres 1959 konnten die Gesellschaften starke Reserven bereitstellen; ihre Lager waren aus der Vollbeschäftigung von Winter und Frühjahr her gut versehen, und im Weißen Haus hatten sie einen Verbündeten, auf den sie sich verlassen konnten. Präsident Eisenhower steht tatsächlich den Stahlmagnaten sehr nahe. Sein früherer Finanzminister, George Humphrey, einer seiner ständigen Ratgeber, und sein Golfpartner und Gutsnachbar George Allen gehören zu den führenden Männern der Stahlindustrie, und die meisten Stahlgesellschaften steuern freigebig zu den Propagandakosten

der Republikanischen Partei bei, haben also in der von dieser Partei gestellten Regierung ein gewichtiges Wort mitzusprechen. So konnte es nicht überraschen, daß Eisenhower auf Drängen der Stahlunternehmer, als ihnen der Streik doch zu lange ging, eine gerichtliche Verfügung erwirkte, durch die auf Grund des bösen Taft-Hartley-Gesetzes die Arbeiter nach fast vier Monaten Kampf gezwungen wurden, für mindestens 80 Tage die Arbeit wiederaufzunehmen. Und da es sehr schwer halten würde, den Streik nach Ablauf dieser Frist zu erneuern, heißt das eben wohl, daß die Stahlarbeiter in der Hauptsache verlieren und die Unternehmer ihren Willen durchsetzen werden. Ob dieses Ergebnis nicht dazu beitragen wird, die amerikanischen Gewerkschaften etwas zu radikalisieren, bleibt abzuwarten; jedenfalls fühlt sich das ganze kapitalistische Unternehmertum neugestärkt und siegesgewiß.

Aber die amerikanischen Arbeiter sind eben selbst schuld, daß es soweit gekommen ist. K. S. Karol, der die Amerikareise Chruschtschews mitgemacht hat, schreibt im «New Statesman» (7. November) unverblümt, sein Eindruck sei, daß «die wirklichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme Amerikas einfach unter die Decke des Antikommunismus und der ewigen Verherrlichung der amerikanischen Lebensform geschoben wurden. Der McCarthysmus ist zweifellos tot, aber der Antikommunismus (bei dem die amerikanischen Gewerkschaften in vorderster Reihe mitmachen. H. K.) bleibt die Lehre und Triebkraft der amerikanischen Gesellschaft». Jedermann in Amerika glaube, daß er in der besten aller möglichen Welten lebe; «niemand regt sich über die augenfällige soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit um ihn herum auf». So hat eben der amerikanische Kapitalismus und Antikommunismus auch in der Außenpolitik der USA freie Bahn. Ein sprechendes Beispiel: die Politik der Vereinigten Staaten in *Laos* und Südostasien überhaupt.

Das Genfer Abkommen von 1954 über die Beendigung des Indochinakrieges bestimmte, daß Laos und Kambodscha unabhängige und neutrale Staaten sein sollten, und obwohl die Nordprovinzen von Laos unter der Herrschaft der eng mit dem Vietminh verbundenen Widerstandsbewegung des Pathet Lao standen, sollten diese Provinzen nicht zu Nordvietnam geschlagen werden (das seither vom Vietminh regiert wird), sondern auf dem Wege der Verständigung dem neuen laotischen Staat einverleibt werden. Diese Verständigung kam denn auch zustande, obwohl es schwierig war, die feudal-reaktionäre Regierung von Laos und die Bewegung des Pathet Laos, die sich in eine normale politische Partei mit radikalen, ja kommunistischen Tendenzen umwandelte, unter einen Hut zu bringen. Mit der Zeit gewann nun der Pathet Lao immer mehr an Boden; bei den Wahlen von 1958 errang er die Mehrheit in den Nordprovinzen und brachte zwei seiner Führer in die Regierung. Da griffen aber die Vereinigten Staaten energisch ein. Unbekümmert um das Genfer Abkommen, das sie nicht

unterzeichnet hatten, hatten sie bereits im Herbst 1954 die als Bollwerk gegen den Kommunismus gedachte Südostasiatische Vertragsorganisation (SEATO) auf die Beine gestellt, der auch Laos angeschlossen wurde. Nun organisierten und finanzierten sie auch den innerpolitischen Kampf gegen Bodenreform, Sozialreform und Kommunismus, sorgten für die Ausstoßung der Pathet-Lao-Minister aus dem Kabinett und ermutigten die königliche Regierung zu einem planmäßigen gegenrevolutionären Unterdrückungsfeldzug.

Natürlich wehrte sich der Pathet Lao gegen diesen Bruch der Genfer Vereinbarung und nahm mit Unterstützung aus dem benachbarten Nordvietnam den Kampf gegen das reaktionäre Regime Sananikone auf. Das benützten die Vereinigten Staaten dazu, die Regierung von Laos zu einem Hilferuf an die UNO zu veranlassen. Die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Königreiches, so behauptete diese, sei von außen her schwer bedroht; «fremde Truppen» (gemeint war die Armee Vietnams) hätten «die Grenze überschritten und militärische Operationen eingeleitet». Die Absicht war, wenn nicht die UNO selbst zum militärischen Eingreifen nach Art des Koreakrieges zu bringen, so doch den Vereinigten Staaten eine Rechtfertigung für *ihre* gewaltsame, offene Einmischung in die Angelegenheit von Laos und damit für die Errichtung eines mächtigen Stützpunktes ihrer ganzen südost- und ostasiatischen Politik zu verschaffen, die auf die Zerschlagung der jungen kommunistischen Staaten am Rande des Pazifik – China, Nordkorea und Nordvietnam – gerichtet ist.

Der Plan scheiterte. Vor einem militärischen Eingreifen in Laos schreckte die UNO – nicht nur dank dem Einspruch der Sowjetunion – doch zurück, und die Kommission, die der Sicherheitsrat nach Laos entsandte, um die Lage an Ort und Stelle zu untersuchen, mußte bedauerlicherweise feststellen, daß von einem Einmarsch vietnamischer Streitkräfte in Laos keine Rede sein könne, vielmehr nur private Unterstützung des Pathet Lao aus Nordvietnam nachgewiesen werden könne – eine Unterstützung, die Amerika wahrhaftig dem Pathet Lao nicht als unzulässig ankreiden durfte, wo es doch selber die laotische Opposition gewaltsam zu unterdrücken mitgeholfen und so zum Widerstand direkt gezwungen hatte. Das Ganze ist nicht nur eine Blamage für die Vereinigten Staaten; es ist eine Niederlage ihrer gegenrevolutionären Politik in Südostasien überhaupt. Ob der UNO-Generalsekretär Hammarskjöld, der deswegen nach Laos geflogen ist, die Vereinigten Staaten und ihre Parteigänger in der UNO aus der Verlegenheit zu retten vermag, steht dahin. Auf jeden Fall lehrt der Fall Laos aufs neue, daß es mit bloß europäischer Entspannung nicht getan ist; auch Asien muß in die Politik friedlicher Koexistenz einbezogen werden, soll sie nicht unbefriedigende Halbheit – oder noch weniger als das – bleiben.

„Deutsche Pause"? Dabei ist es noch durchaus fraglich, wie weit die Entspannung in Europa selbst gehen kann. Das Haupthindernis ist – man muß das immer wieder sagen – die «Politik der Stärke», der sich die *westdeutsche Regierung* verschrieben hat. Ihr Ziel ist unter Adenauers Führung ein doppeltes: Schaffung eines katholisch-konservativ orientierten «Kleineuropas», das wirtschaftlich und politisch von Deutschland beherrscht wäre, und Einverleibung nicht nur der heutigen ostdeutschen Republik, sondern auch der 1945 verlorenen übrigen Ostgebiete, was die Zerschlagung des Sowjetblockes voraussetzt. Dieses zweite Ziel war bisher auch das der andern Westmächte. Der Bonner F. L.-Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» sagte es Ende Oktober recht offenherzig: «Die Lösung der deutschen Frage war für die westliche Politik der letzten Jahre nicht ein Selbstzweck gewesen. In ihr lag der Schlüssel für die Wiederherstellung einer menschenwürdigen Ordnung (mit dem Sturz des kommunistischen Regimes. H. K.) nicht nur im östlichen Teil Deutschlands, sondern in Osteuropa überhaupt.» Osteuropa müsse «bis zum Ural» befreit werden, war und ist noch jetzt ein maßgebendes Losungswort der westdeutschen Politik.

Bonns Ziele sind nun freilich durch die amerikanisch-britische Entspannungspolitik stark gefährdet. Wenn sich die Westmächte mit der Sowjetunion darüber verständigen, daß alle gewaltsame Umgestaltung der Machtverhältnisse in Europa in Zukunft ausgeschlossen bleiben müsse, dann ist es mit der ganzen westdeutschen Ausdehnungspolitik nach Osten hin Schluß. Um diese «Katastrophe» zu vermeiden, scheinen Adenauer und seine Leute vorläufig eine ausweichende, eine elastischere Haltung als bisher einnehmen zu wollen. Wenigstens ist jetzt die Rede von einer «deutschen Pause», die an Stelle des sturen Drängens nach Sofortlösungen treten soll. Die deutsche Frage soll danach in den West-Ost-Verhandlungen für einmal zurückgestellt und ein gewisses Maß von Rüstungsbegrenzung in Mitteleuropa erstrebt werden. Das werde, so hofft man, die Sowjetunion beruhigen und sie zur Preisgabe der DDR veranlassen, was dann ohne weiteres zum Anschluß Ostdeutschlands an die Bundesrepublik führen müsse.

Die Rechnung wird aber kaum aufgehen. *So* schnell wird die Sowjetunion ihre Hand nicht von der DDR abziehen; da müßte sie schon ganz andere Sicherheitsgarantien haben. Sodann fragt es sich sehr, ob England und gar Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen ein wiedervereinigtes Deutschland gern sehen würden. Die Spuren der deutschen Vergangenheit schrecken noch immer! Nicht einmal die mögliche Neuausdehnung Deutschlands über die Oder-Neiße-Grenze hinaus erweckt in Frankreich und England irgendwelche Begeisterung – im Gegenteil. Und stimmt es etwa nicht, daß de Gaulle mit dem Gedanken umgeht, seine Unterstützung für die Lösung der deutschen und der Berliner Frage im Sinne der Adenauerpolitik zurückzuziehen, falls es ihm gelänge, damit die Neutralität der

Sowjetunion in der Frage von Algerien zu erkaufen? Adenauer wird auf jeden Fall seine Schwierigkeiten mit de Gaulle haben, wenn er ihn demnächst in Paris besucht. Er wird es auch nicht leicht haben, nächste Woche in London besseres Wetter für sein Kleineuropa zu machen, von dem man bisher dort weder im politischen noch im wirtschaftlichen Sinn (mit dem «Gemeinsamen Markt» der sechs Festlandstaaten Frankreich, Westdeutschland, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg) viel wissen will.

Italienische Schwierigkeiten Ein unsicherer Kunde ist nicht zuletzt auch *Italien*. Seine führende Regierungspartei, die Democrazia Cristiana, ist von einer heftigen Krise erschüttert, die an ihrem jüngsten Kongreß in Florenz sehr offen zum Ausdruck kam. Auf der einen Seite stehen die Anhänger und Nutznießer des Regierungskurses um Ministerpräsident Segni, Außenminister Pella, Parteisekretär Moro und andere, die Sachwalter des Italien beherrschenden Dreibundes von Großgrundbesitz, Großkapital und Katholischer Kirche. Auf der anderen die Gruppe, die sich um den ehemaligen Ministerpräsidenten Fanfani, den Führer der katholischen Gewerkschaften Pastore und all diejenigen schart, die in der Zusammenballung der wirtschaftlichen und politischen Macht an wenigen Kommandostellen ein Krebsübel Italiens sehen und planwirtschaftliche Neigungen – wenn auch recht unklarer Art – hegen. Am Florentiner Parteitag hat die Rechte – die im Parlament auf die Unterstützung der Neufaschisten und Monarchisten angewiesen ist – zwar die Oberhand gewonnen, was keineswegs verwunderlich ist, da der linke Flügel eben doch grundsätzlich und weltanschaulich auf dem Boden der «Katholischen Aktion» steht und nur solche Reformen will, die durch eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten der Richtung Nenni, unter Ausschluß der Kommunisten – Italiens stärkster Partei –, erreichbar sind. Aber ob sich die gegenwärtige Regierungskoalition, der ja auch die Sozialdemokraten unter Saragat angehören, mit ihrer rein konservativen, die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse verteidigende Politik noch lange wird halten können, ist noch sehr die Frage.

Italien braucht eine Erneuerung an Haupt und Gliedern, eine radikale Neugestaltung von Wirtschaft und Staat – und wie das mit Hilfe eines Teiles der sogenannten Christlichen Demokraten, aber im Gegensatz zu der kommunistischen Massenpartei möglich sein soll, ist schwer zu sehen. Außer der Gruppe «Base», die entschieden links steht, ist, wie Lelio Basso in der «Critica sociale» (Nr. 18/1959) schreibt, «der ganze Rest der Democrazia Cristiana verzweifelt damit beschäftigt, Formeln zu suchen – neue oder alte –, um noch einmal das alte Gleichgewicht der Oligarchien aufrechtzuerhalten, und es kann nicht Aufgabe der Sozialisten sein, ihnen die Hand zu reichen. Aufgabe der Sozialisten, die geschichtliche Aufgabe der Sozialisten, ist

es, diese Krisenlage zu benützen, um das oligarchische Gleichgewicht umzustürzen und der Verfassung des demokratischen Italiens einen entscheidenden Ruck zu geben. Es ist die Aufgabe, vor der die Arbeiterbewegung sowohl in der ersten als in der zweiten Nachkriegszeit versagt hat.» Wird sich der italienische Sozialismus wenigstens jetzt auf der Höhe seiner Aufgabe zeigen? Wird er nicht nur die Kraft werden, die Italien aus sozialer Ungerechtigkeit, Not und Rückständigkeit heraushebt, sondern es auch zu einem festen Bollwerk der internationalen Friedenssicherung und Zusammenarbeit macht?

Afrika – Asien Welche Aufgabe bleibt allein die planmäßige und wirklich großzügige Hilfe an die ausgebeuteten, die halb- und ganzkolonialen Völker! Es ist ja wirklich so, wie letzthin (in Nr. 1215) die «Peace News» feststellten: «Die industriell fortgeschrittenen Länder werden reicher, während die meisten der ärmeren Länder kaum ihre bisherigen elenden Lebensbedingungen aufrechterhalten können. Das ist das Bild, das die Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen in ihrem letzten Jahresbericht entwirft, der sich auf 1958/59 bezieht. Es ist ein jammervolles Bild . . . Und doch könnten die reichen und mächtigen Staaten, die so viel von Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechten schwatzen, im Kampf gegen den Hunger in einem Ausmaß zusammenarbeiten, das vielleicht auf keinem anderen Gebiet möglich ist.»

Tun sie es? Sie denken nicht daran. Sie stemmen sich der Elementarbewegung der farbigen Völker, die nicht nur Freiheit von Fremdherrschaft, sondern vor allem Freiheit von Not und Armut ersehnen, immer noch entgegen, so sehr sie können, und suchen aus dem doch unausweichlichen Zusammenbruch des Kolonialismus zu retten, was überhaupt noch zu retten ist. Frankreichs frevelhafter Algerienkrieg ist nun bereits in sein sechstes Jahr eingetreten, ohne daß einigermaßen begründete Hoffnung auf ehrliche Anerkennung des Rechtes der algerischen Nation auf Unabhängigkeit bestünde. Auch in Britisch Zentralafrika – den beiden Rhodesien und Njassaland – wie in Ostafrika – Kenia, Tanganjika – klammern sich die weißen Herren zäh an ihre Vorrechtsstellung und lassen sich jedes Zugeständnis an die Afrikaner nur mit äußerstem Widerstreben abringen. Der belgische *Kongo* aber, der noch vor wenigen Jahren so ruhig schien, steht geradezu am Vorabend einer blutigen Empörung der schwarzen Volksmassen (12 Millionen Menschen!) gegen die dünne Oberschicht der 60 000 Weißen, falls in Brüssel nicht doch noch Vernunft und Rechtssinn durchbrechen.

Gewiß, der Plan des Kolonialministers Schrijver, der vor wenigen Tagen von der Kammer mehrheitlich angenommen wurde, kommt den kongolesischen Forderungen schon recht weit entgegen; aber alle großen Parteien der Afrikaner selbst verwerfen ihn dennoch als heute nicht mehr genügend, sei es offen, sei es, daß sie an seine Annahme

Bedingungen knüpfen, die der von den Katholischkonservativen und den Liberalen gebildeten belgischen Regierung unannehmbar scheinen. Vor allem besteht der Kongo darauf, daß noch vor den Wahlen, die im Dezember stattfinden sollen, Verhandlungen am Runden Tisch gepflogen werden, die über die Selbstverwaltung des Kongos und den Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung volle Klarheit schaffen müßten. Mit ihrer Weigerung, auf dieses Begehren einzutreten, hat die Brüsseler Regierung die Gefahr nahegerückt, daß die kolonialen Behörden im Kongo die Aufforderung zum Boykott der Wahlen als Rebellion betrachten und gewalttätig unterdrücken, woraus sich fast mit Sicherheit blutige Zusammenstöße im großen Maßstab entwickeln würden, in ihrem Charakter ähnlich den jüngsten Unruhen in Stanleyville, die eindeutig von der örtlichen Polizei verschuldet waren und rund 70 Menschen das Leben kosteten, aber an Ausdehnung und Heftigkeit unendlich größer als dieser eher lokale Zwischenfall. Es bedarf rascher und mutiger Entschlüsse in Brüssel, wenn dieser Gefahr rechtzeitig begegnet werden soll. Für halbe Maßnahmen, wie sie vor fünf Jahren noch genügt hätten, ist es jetzt auch im Kongo zu spät.

Aus den Ereignissen, die sich in Asien abspielen oder vorbereiten, sei heute nur der *chinesisch-indische Grenzstreit* herausgegriffen, der sich durch die Erschießung von neun indischen Grenzpolizisten bei einem chinesischen Vorstoß ins Gebiet von Ladakh noch weiter verschärft hat. Die Chinesen setzen sich, je länger der Konflikt dauert, nur immer mehr ins Unrecht. Sie können zwar geltend machen, daß China die umstrittene McMahon-Linie nie anerkannt habe, daß die wenigen Dörfer, die sich dort vorfinden, bisher als zu Tibet gehörend betrachtet worden seien, und daß der ganze Landstreifen für Indien wertlos sei, so wertlos, daß es die längste Zeit nicht einmal den Bau einer chinesischen Straße, der dort im Gang ist, bemerkt habe. Aber was für eine Bedeutung kann er dann für China haben? Wirtschaftlicher oder Gefühlswert kann ihm bei dem ungeheuren Ausmaß des noch so weithin unerschlossenen chinesischen Riesenreiches nicht zukommen. Strategische Bedeutung könnte er nur haben, wenn man annimmt, daß China von Indien her bedroht ist – ein völliger Widersinn. Und um nur eine Rolle im politischen Spiel der Kräfte zu spielen – etwa als Druckmittel, um die Aufnahme Chinas in die UNO zu erreichen –, dazu sind die chinesischen Vorstöße wirklich zu ernst, so richtig es auch sein mag, daß sich China nicht so weit vorgewagt hätte, wenn es im Rat der Vereinten Nationen Sitz und Stimme hätte. Wozu also der ganze, direkt vom Zaun gerissene Streit? Er hat China schon soviel Sympathien in der Welt gekostet, daß es seine rasche, für *beide* Teile annehmbare Beilegung selber wünschen müßte und auch Moskau über seinen großen asiatischen Bundesgenossen sichtlich verstimmt ist. Ob der neueste chinesische Vorschlag – sowohl China wie Indien sollten ihre Streitkräfte je 20 Kilometer hinter die McMahon-Linie zurückziehen – einer solchen schiedlich-friedlichen Lösung för-

derlich ist, steht dahin; auf alle Fälle muß das indisch-chinesische Verhältnis gründlich entgiftet werden, wenn nicht immer größeres, kaum wieder gutzumachendes Unheil angerichtet werden soll.

Wird sich der Sozialismus erneuern? Aber nun noch einmal zurück zu Westeuropa. Die Wahlniederlage der *britischen Labourpartei* – die eben viel mehr als eine bloße Wahlniederlage ist – wirft Fragen auf, die weit über die englische Erfahrung hinausreichen und die ganze sozialistische Bewegung, vor allem diejenige Westeuropas, angehen. Daß der internationale Sozialismus in einer tiefen Krise steht, ist ja schon seit Jahrzehnten offenkundig und gerade auch in den «Neuen Wegen» immer wieder ausgiebig zur Sprache gekommen. Aber es muß sich nun doch bald zeigen, ob diese Krise zum Tod oder zum Leben, zu einem neuen Leben, führen wird. Es muß sich das in Frankreich und Westdeutschland, in Holland und Belgien, in den nordischen Ländern und in Italien, nicht zuletzt auch in unserer *Schweiz* zeigen, wo die Sozialdemokratie Ende Oktober bei den Nationalratswahlen ebenfalls einen gewissen Rückschlag erlitten hat. Der Verlust von zwei Sitzen, den sie in Kauf nehmen mußte, wäre zwar an und für sich leicht erträglich; er gewinnt aber an Schwere sehr erheblich dadurch, daß er aufs neue die Unmöglichkeit eines weiteren Fortschritts der schweizerischen Sozialdemokratie auf dem von ihr gewählten Weg beweist, wie das schon seit Jahren erkennbar ist. So ist die sozialdemokratische Nationalratsfraktion von ihrem 1943, dank einer Vermehrung der Zahl der Abgeordnetenmandate, erreichten Höchststand von 58 Sitzen auf deren 51 zurückgefallen, bei einem gleichzeitigen Rückgang ihrer Wählerzahl um durchschnittlich fünf Prozent. (Die kommunistische Partei der Arbeit hat trotz Verlust eines Sitzes ihre Wählerzahl um 15 Prozent erhöht!) Für eine Partei, die die Schaffung einer von Grund auf neuen, einer sozialistischen Wirtschafts- und Staatsordnung durch Gewinnung einer klaren Volksmehrheit auf ihre Fahne geschrieben hat, ist solche Stockung, ja rückläufige Bewegung das Schlimmste, was ihr begegnen kann; es bedeutet, daß sie unter normalen Verhältnissen keine Aussicht mehr hat, eine Volksmehrheit für den Sozialismus zu gewinnen.

Aber das ist es ja gerade: die schweizerische Sozialdemokratie *will* gar nicht mehr im Ernst eine der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ihrem Staat radikal entgegengesetzte, sozialistische Ordnung aufgerichtet wissen; auf jeden Fall *kämpft* sie nicht dafür, richtet sich vielmehr immer behaglicher in der ehedem bitter befehdeten und angeklagten kapitalistischen Gesellschaft ein. Ähnliches gilt von den meisten Parteien der sozialdemokratischen Internationale. Und das ist nun eben ihre Krise, das heißt die Entscheidung, vor die sie gestellt sind: Wollen sie den Weg ihrer Verbürgerlichung, also der Anpassung

an den kapitalistisch-bürgerlichen Klassenstaat mit seiner ganzen Scheindemokratie, seinem Militarismus und Imperialismus weitergehen, oder wollen – und können sie noch – zum Sozialismus selbst zurückfinden, einem Sozialismus freilich, der nicht einfach die klassisch-marxistischen Formen und Formeln wieder aufnehmen darf, sondern darüber hinaus zu neuen, den geistigen und sittlichen ebenso wie den wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten unserer Zeit entsprechenden Verwirklichungen führen muß?

Es war die große Leistung von Marx und Engels, daß sie den Kampf der Arbeiter gegen Ausbeutung und Entwürdigung mit dem Streben nach einer *grundsätzlich* neuen, einer sozialistischen Gemeinschaftsordnung aufs engste verbanden. «Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft», so verkündeten sie in ihrem Kommunistischen Manifest, «kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.» Der Kampf der Arbeiter gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker – so heißt das – darf nicht *bloß* der Gewinnung einer materiell besseren und höheren Lebenshaltung dienen, er darf nicht *nur* Klassenkampf sein oder gar zu einer neuen Klassenherrschaft führen; er muß vielmehr als Kampf um eine *sittlich* höhere Lebensform, um eine neue Gesellschaftsordnung und Kultur, um die wirkliche Menschwerdung des sich selbst entfremdeten Menschen unserer Zeit verstanden und geführt werden. Der Sozialismus muß im Namen der Gerechtigkeit, der echten Freiheit, des Friedens unter den Völkern und Rassen verlangt werden – dann werden auch die materiellen Bedürfnisse und Notwendigkeiten, unter deren Druck die Opfer des Kapitalismus stehen, von selbst ihre Befriedigung und Erfüllung finden. Im tiefsten Grund also nichts anderes, als was im Mittelpunkt der Verkündigung Jesu steht: «Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, dann wird euch alles übrige obendrein gegeben werden!»

Die so geschaffene Verbindung zwischen Arbeiterklasse und Sozialismus, diese Einheit von Tageskampf und Endziel, von Reform und Revolution ist nun freilich im Lauf der Zeit in der sozialistischen und Arbeiterbewegung mehr und mehr verlorengegangen, ja schließlich oft ganz bewußt durchschnitten worden. Je mehr die Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung innerhalb des Kapitalismus selber materiell hinaufkam, um so mehr nahm sie auch die ganze Denkweise, die Lebensformen, Gewohnheiten und Ideale der bürgerlichen Gesellschaft an und ließ den Sozialismus, der ihr nichts mehr zu sagen hatte, abschätzig auf sich beruhen. Und die «sozialistischen» Parteien wie noch stärker die ihnen nahestehenden Gewerkschaften wandten sich tatsächlich, wenn auch nicht immer ausgesprochenermaßen, mehr und mehr von sozialistischen Zielsetzungen ab, begnügten sich mit bloßen sozialen und politischen Einzelreformen und wurden so zu den besten

Stützen der herrschenden «Ordnung», die aus eigenen Kräften niemals imstand wäre, sich zu behaupten, und längst zur Abdankung gezwungen wäre, wenn die sich sozialistisch heißenden Kräfte in klarem, entschlossenem Gegensatz zu ihr stünden. Das gilt nicht allein für Frankreich; es gilt auch für England, Westdeutschland, die Schweiz usw.

Den Lohn für diese ganze Charakterlosigkeit und Untreue bekommen die sozialdemokratischen Parteien nun immer vollgültiger ausbezahlt. Innerlich halt- und schwunglos geworden, vermögen sie keinerlei moralische Eroberungen mehr zu machen, ja kaum ihre bisherige Anhängerschaft zu behalten. Diejenigen Volksgruppen, die bei ihnen nur die Vertretung ihrer materiellen Interessen gesucht hatten, sind mehr oder weniger gesättigt; der Sozialismus war für sie nur eine Magenfrage – oder nicht viel mehr. Die Masse der übrigen Bevölkerung aber – warum in aller Welt sollte sich die zu den Sozialdemokraten halten? *Ihre* Interessen sind bei den offen bürgerlichen Parteien entschieden besser aufgehoben; mit ihrem Rest von marxistischer Ideologie sind ihnen die Sozialdemokraten nur verdächtig und spielen bei allen Bekenntnissen zur «Marktwirtschaft», zur bürgerlichen Demokratie, zur militärischen Aufrüstung in den Augen der konsequenten Bejaher des Bestehenden doch nur eine zweideutige Rolle. «Die Sozialdemokraten», so schrieben nach dem Sieg der Konservativen vom 8. Oktober die Londoner «Peace News», «haben keine Politik und kein Programm, womit sie den heutigen Bedürfnissen gerecht werden könnten. Sie haben sich fest auf den Boden materieller Notwendigkeiten gestellt, und nun, da Genosse Hunger im Westen nicht mehr ihre Reihen schwellt, stehen wir, wie Macmillan bemerkte, ‚am Ende des Klassenkampfes'. Der Kapitalismus hat sich (oft mit Unterstützung seiner ‚Kritiker') angepaßt, um über seine unausweichlichen Widersprüche wegzukommen, und die Konservativen vermögen das herrschende System besser in Gang zu halten als ihre politischen Konkurrenten. Wir ernten jetzt die volle Frucht des sozialistischen Verrats vor einem halben Jahrhundert. Als Brot-und-Butter-Politik und Nationalpatriotismus an die Stelle internationaler Bruderschaft und der Sorge um Menschenwürde und die schöpferischen Kräfte des menschlichen Lebens traten, da wurde die sinnlose Politik der heutigen Welt, vervollständigt durch Übermaterialismus, Weltkriege und Gleichgültigkeit der Massen, zur Gewißheit.» Und im «New Statesman» stellt Trevor Huddleston, der anglikanische Pfarrer und Missonar, mit nur zuviel Grund fest, daß christliche Gesinnung und Haltung im öffentlichen Leben Großbritanniens heute nur noch eine geringe Rolle spielen. Das konservative Schlagwort: «Wir haben es nie so gut gehabt wie heute» habe darum mächtig eingeschlagen. «Was mir als Christen bei dem ‚Rechtsrutsch' Kummer macht, ist nicht der Umstand, daß er eine konservative Regierung für die nächsten fünf

Jahre bedeutet. Es ist der Umstand, daß er die selbstgefällige, blöde Annahme der Vorstellung bedeutet, daß unser eigenes Wohlbehagen, unsere eigene bequeme, wohlgepolsterte Sicherheit den Vorrang vor allem anderen haben müsse . . . Ich glaube, es ist weniger wichtig, eine Wahl zu verlieren als seine Seele zu verlieren. Und es ist gut möglich, daß unser Land auf bestem Weg zu einem solchen Verlust ist.»

Damit ist bereits gesagt, daß es nicht genügt, «Zurück zu Marx!» zu rufen. Die bleibenden wissenschaftlichen Wahrheitserkenntnisse, die uns der Marxismus gebracht hat (und für die ich immer dankbar sein werde) gewinnen ja ihre Bedeutung und Kraft nur von den *sittlichen* Wahrheiten her, auf denen zuletzt aller Sozialismus ruht, die der Marxismus aber mehr und mehr verkannt und – besonders im Leninismus und Stalinismus – recht eigentlich verachtet und als reaktionär-bürgerlich verfemt hat. Marx selber, der späte Nachfahre der israelitischen Propheten, hatte diese Wahrheiten noch im Blut; für seine Schüler und Vergröberer waren und sind sie nichts Lebendiges mehr und verdienen nur noch Absterben oder Ausrottung. Und doch wird der westliche Sozialismus nur wieder zu Kraft und Leben kommen, wenn er sich neu auf seine tiefsten Wurzeln und Nährquellen besinnt und von hier aus den Kampf für eine neue Welt aufnimmt. Dann wird er klar sehen, wo jeweils sein Feind steht und wo der entscheidende Durchbruch geschehen muß – und dann wird er diesem Feind, gegen den er mit seiner jetzigen Haltung nie aufkommt, auch gewachsen, ja überlegen sein. Dann wird er den Trug des Neukapitalismus und seiner «Segnungen» leicht durchschauen und sich in keinem «Wohlfahrtsstaat» ausruhen, sondern sich mit nichts Geringerem als mit der Überwindung des *ganzen* Kapitalismus und Mammonismus, alles Militarismus und Imperialismus zufrieden geben, in was für Gewändern er auch auftreten mag. Er wird insbesondere die radikale Abrüstung zu seiner Sache machen, nicht nur als einen Hauptweg zum Frieden, sondern auch als Voraussetzung für Wohlfahrt und Freiheit der «fortgeschrittenen» wie der «zurückgebliebenen» Völker, deren Not nicht wirklich zu beheben ist, solange der Kalte Krieg fortdauert und phantastische Geldmittel und Menschenkräfte für die Kriegsrüstungen verschleudert werden.

In verschiedenen Ländern des Westens regt sich schon solch ein innerlich erneuerter Sozialismus, und wir werden sein Erwachen mit stärkster Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Aber im ganzen bietet besonders der europäische Sozialdemokratismus ein fast hoffnungslos stimmendes Bild. Vielleicht wird Westeuropa einfach vollends erstarren und zur geistigen Mondlandschaft werden; vielleicht wird es sich dem Kommunismus öffnen müssen, um überhaupt von Kapitalismus und Militarismus freizuwerden. Aber das Letztere wäre natürlich doch keine endgültige Lösung, denn der Kommunismus, der aus dem ma-

teriellen «Fortschritt» ebenso einen Götzen macht wie der Kapitalismus und Amerikanismus, wird sich früher oder später vor das gleiche Problem, vor die gleiche Entscheidung gestellt sehen wie heute der westliche Sozialismus und entweder über seine so primitiv materialistische Welt- und Lebensanschauung hinauskommen müssen oder sich zersetzen und zugrundegehen. Wer Ohren hat zu hören, der höre!

10. November *Hugo Kramer*

Mitteilung

Der Vortrag von Prof. Dr. A. J. Rasker *«Die Macht der Versöhnung und die Ohnmacht der Gewalt»*, erschienen im Oktoberheft der «Neuen Wege», kann als Sonderdruck zum Preise von Fr. 1.– bei der Administration der «Neuen Wege», S. Zoller, Manessestraße 8, Zürich 4, bezogen werden. Postscheckkonto VIII 8608.

Wir bitten um möglichst weite Verbreitung dieser bedeutsamen, das Chaos unserer Tage entwirrenden Äußerungen eines dazu besonders kompetenten Mannes.

An unsere Abonnenten

Wir bedürfen noch immer einer beträchtlichen Erhöhung der Abonnentenzahl, damit die «Neuen Wege» sich selber erhalten können. Deshalb bitten wir unsere Abonnenten höflichst, sich umzusehen, ob sie für 1960 einen neuen Abonnenten werben könnten. Vielleicht ist es dem einen oder andern möglich, auf Weihnachten jemanden mit einem Geschenkabonnement für 1960 zu erfreuen. Wir sind auch dankbar für freiwillige Beiträge in den Betriebsfonds.

Probehefte und Einzahlungsscheine stellt die Administration gerne zu.

Gebet

Herr unser Gott!
gedenke unser, Deiner Menschen, getrennt durch viele Ländergrenzen und Sprachen in dieser entscheidenden Zeit!
Erlöse uns von all den Übeln, die Dein Vorhaben mit uns zu verhindern drohen!

Von dem Fluch des Krieges und all seiner Ursachen:
von der Sünde der Lüge und der Sünde, an die Lüge zu glauben,
von dem Lügen über andere Völker,
von der Furcht und dem Mißtrauen gegen andere Völker,
von falschem Stolz und Ruhmrederei und Selbsttäuschung,
von der Gier nach Reichtum und Macht, die friedliche Völker auf die Schlachtbank treibt,
von unserem Vertrauen auf Kriegswaffen und unserem Mißtrauen in die Macht des Rechts und des guten Willens,
von jedem Gedanken und Wort und Tun, die die Menschenfamilie auseinanderreißen und sie von Deiner Liebe trennen,
erlöse uns, o Herr und Gott!

Wir flehen zu Dir, barmherzig die Gebete der Deinen zu erhören und ihnen Erleuchtung zu geben, zu fühlen und zu erkennen, was sie zu tun haben, und dazu die Kraft, in Geduld und Ausdauer zu beharren bis ans Ende!

A M E N

Übersetzt aus dem Grey Book,
Oxford University Press, New York

Das Kind und das Reich

Jesaja 9: 6, 7

Das bedeutet Weihnachten: daß diese dunkle Welt nicht eine hoffnungslose Sache ist; daß Gott *zu* uns *gekommen* ist, und daß darum unser Leben Zukunft hat.

Von diesem Kommen Gottes, von dieser Zukunft der Menschen durch das Kommen Gottes, wußte schon der Mann Jesaja, der merkwürdige Mann, der nicht in Reih und Glied gehen, sich nicht gleichschalten lassen wollte. Land und Volk Israel waren in größter Gefahr; auf seinem Gebiet stießen die Weltmächte von Ost und West aufeinander; es schien wieder einmal Schlachtfeld der Völker zu werden, so daß der Untergang gewiß war. Das Herz des Königs und seines Volkes bebte, wie die Bäume des Waldes beben vor dem Winde. War es nicht das einzig Vernünftige, aufzurüsten und ein Bündnis mit einer der beiden Mächte zu schließen?

Aber Jesaja sagt nein. Gott hat eine andere Weise, zu retten. Er verwendet nicht das Mittel gewaltiger Waffen, sondern er sendet ein Kind. – Weil das Kind geboren ist, geht über denen, die im Lande des Dunkels wohnen, ein Licht auf: «Ein Kind ist uns geboren . . . Groß wird die Herrschaft sein und des Friedens kein Ende . . . über seinem Königreiche, da er es festigt und stützt durch Recht und Gerechtigkeit . . .»

Was für eine merkwürdige Prophetie! Sie ist im Gegensatz zu allem, was vor Augen ist. Sie wagt es mit einer Macht, die wie Schwachheit aussieht. Mitten in der Drohung aller Gewalt kommt Gott zu uns in der unscheinbaren Gestalt eines Kindes.

Das ist genau die Weihnachtsbotschaft, die mit dem Kommen des Kindes Jesu erfüllt worden ist. Gott regiert – er macht einen neuen Anfang, anders als wir dachten. Gott regiert – er ist nicht tot, obwohl die Menschen soviel Lärm machen. Er ist nicht machtlos, obwohl diese so viel Vertrauen auf Macht gesetzt haben. Er überläßt die Welt und die Menschheit nicht ihrem bösen Geschick, dem sie sich ausgeliefert haben.

Er kommt zu uns – darum haben wir noch Zukunft. Aber er kommt zu uns anders, als wir erwartet hatten. Er kommt mitten in unseren Hochmut als ein Geringer. Er stellt vor unser Planen die Krippe. Er stellt sich vor unser Erwachsensein als ein Kind. Er stellt vor unsere Unternehmungslust ein Kreuz. Er stellt vor unsere Selbstbehauptung ein Opfer, sein Opfer.

Ein Kind ist uns geboren . . . und es wird genannt, dieses Kind, der Sohn, der in diesem Kind zu uns kommt, wird genannt: Wunderbarer, Ratgeber, starker Gott, ewiger Vater, Friedefürst . . . So kommt Gott zu uns, und nur in diesem seinem Zu-uns-Kommen kann unsere Rettung sein, die Rettung der Welt. Nur dadurch können die Völker, die in der Finsternis wandeln, ein großes Licht sehen.

Nun haben wir allerhand Einwände. Wir behaupten gerne, daß zwar die Propheten des Alten Testamentes ein Heil auf dieser Erde, ein politisches Heil sogar, erwarteten und daß Jesaja einer der großen Exponenten dieser Erwartung gewesen sei – daß wir Christen des Neuen Testamentes, daß wir Menschen der modernen Zeit das alles aber ins Geistige übersetzen sollen. Die Engel haben zwar auf Ephrats Hügeln von Frieden auf Erden gesungen – aber wir sollen sowohl Jesajas Erwartung als das Lied der Engel ins Seelische übersetzen. – Friede auf Erden heiße Frieden für die Seele, und das ewige Reich des jesajischen Kindes sei ein Reich des Innenlebens oder der himmlischen Ewigkeit. Mit dieser Welt und gar mit der Politik habe das Kind nichts zu tun.

Ist aber eine solche Meinung nicht eine Verleugnung des Gottes, der am irdischen Leben der Menschen seine Freude haben und darin

geehrt sein will, ist das nicht eine Verleugnung des Kindes, das nicht nur unsere Seele, sondern auch unser Fleisch und Blut angenommen hat und das Recht und Gerechtigkeit auf diese Erde, Versöhnung und Liebe für uns Menschen, wie wir sind, in all unserer Not und all unserer Sünde, in all unserem Hochmut und all unserer Angst gebracht und so sein unvergängliches Reich gegründet hat?

Wir Menschen sind so klug im Erfinden von allerhand Ausflüchten. Wir behaupten gerne, daß dieses Kind mit den Mächten dieser Welt nichts oder allenfalls nur wenig zu schaffen habe; die Mächte gehen ihre eigenen Wege, und mit diesen Mächten wollen wir fertig werden auf unseren eigenen Wegen, indem wir uns zu unserem (kurzfristigen) Vorteil die Methode dieser Mächte zu eigen machen.

Diese Mächte heißen Geld, Wohlstand, Technik, Fortschritt, Ökonomie, Rüstung. Sie tragen auch geheime Namen, wie Begierde, Egoismus, Überheblichkeit, Idealismus, Angst, Eitelkeit. Wir fürchten diese Mächte, und wir dienen ihnen dennoch, obgleich wir behaupten, uns von ihnen dienen zu lassen. Aber dem Kinde sagen wir: Ach, du liebes Kind, deine Methoden sind diesen Mächten nicht gewachsen; laß uns damit auf unsere Weise fertig werden; wir sind sogar gerne bereit, deine Sache mit diesen Mitteln sicherzustellen. Und so bauen wir um unsere Religion und unser Christentum, um die Krippe und das Kreuz eine Mauer von schrecklichstem, todbringendem, unsere eigene Existenz bedrohendem Feuer. – Mit aller Gewalt wollen wir den Frieden der Seele sichern, während wir am Frieden auf Erden verzweifeln; wollen wir der Sache dieses Kindes dienen, indem wir sie in Wahrheit verleugnen; indem wir sein Reich aus dem irdischen Gebiet in das himmlische, aus dem leiblichen in das seelische, aus dem politischen in das religiöse, aus dem öffentlichen in das private Leben verbannen.

Verleugnen wir damit aber nicht die Sache dieses Kindes und dieses Kind selber? Verleugnen wir damit nicht seine Krippe, indem wir an *seiner* Erniedrigung keinen Anteil haben wollen, verleugnen wir nicht sein Kreuz, indem wir nicht bereit sind, es hinter ihm her zu tragen, verleugnen wir nicht sein Reich, indem wir es für im praktischen Leben kraftlos, wirkungslos halten? Verleugnen wir ihn nicht, Gottes Sohn, wenn wir ihm anbieten, seine Sache mit unseren Mitteln sicherzustellen und nicht von ihm annehmen, daß er mit seinen Mitteln unsere Sache sicherstellen, ihr Zukunft geben will? Nun soll aber ja eins nicht vergessen werden: wenn er sich unserer Sache annimmt, dann kann sie ja nicht mehr *unsere* Sache sein, wenn er sich unseres Lebens annimmt, dann kann es nicht mehr unser Leben sein – dann hat er alles in seine Sache, sein Leben, seine Zukunft aufgenommen. Und das ist es ja eben, was wir in unseren geheimen Gedanken und in unserem offenen Tun *nicht wollen.*

Und dennoch ist uns ein Kind geboren, ein Sohn gegeben. Und dennoch werden wir daran wieder erinnert – mitten in dieser Welt voller Gewalt und Drohung und Angst. Dennoch werden wir wieder einmal aufgerufen, ob wir es mit ihm nicht wagen wollen! Er heißt ja *starker Gott*. Er ist nicht ein schwächlicher Idealist, über den die Mächte der Welt allzu leicht hinweggehen können. Er, seine Person, sein Wort, seine Tat, sein Kreuz, seine Auferstehung sind ja stärker als alle Wasserstoffbomben. Er heißt doch *wunderbarer Ratgeber*, seine Torheit ist ja weiser als alle Menschenweisheit. Er heißt ja *Ewiger Vater* – merkwürdig, dieses Kind ist unser Vater. – Er macht einen neuen Anfang mit uns; durch ihn werden wir von neuem geboren. Er heißt *Friedensfürst*: indem er allen Mächten der Gewalt wehrlos ausgeliefert zu sein scheint, ist er von allen Fürsten der Welt der einzige, der sich nicht zum Krieg, sondern der uns zum Frieden vorbereitet.

Mitten in unserem Leben steht Jesus Christus vor uns. Er will unser Leben zu seinem Leben, unser neues Jahr zum «Jahr des Herrn» machen. – Er ruft uns auf, ihm zu folgen – nach seinen Verheißungen und Geboten – auf seine Zukunft hin zu leben. – Was wollen wir ihm antworten? Unserer Macht begegnet er mit Ohnmacht; vor unsere Ideale stellt er sein Kreuz, vor unser Immer-recht-haben-Wollen sein Opfer, vor unser Erwachsensein steht er, ein Kind. Und er sagt: Folge mir nach. Wage du es auch, nicht nur bei meiner Krippe sentimental von Frieden zu singen, sondern bei meinem Kreuz Frieden zu finden und das Kreuz hinter mir her zu tragen; durch mein Opfer mit Gott versöhnt zu sein und so dich mit deinem Bruder zu versöhnen. Folge mir nach – sagt er. Das bedeutet nicht: tu so, wie ich tat, werde, wie ich war. Es wäre nur Anmaßung, wenn wir das wollten. Es bedeutet: laß an dir geschehen, was ich für dich tat, und lebe dann aus der Kraft meines Lebens.

Wollen wir dieses Kind als unseren König annehmen? Wollen wir sein Königtum auf uns nehmen und ihn als König in der Welt ausrufen? Das geht nicht von selbst, man wird es nicht von uns annehmen. Wir werden ja – wie Jesaja – nicht in Reih und Glied stehen; wir werden in der Welt eine befremdende Erscheinung sein. Es wird uns auch schwerfallen – niemand rühme sich seiner besseren Christlichkeit; denn die Sünde des frommen Hochmutes steht vor der Tür. Aber wir leben aus einer Verheißung, mit der wir es wagen können; denn seines Königtums – und nur des seinen! – wird kein Ende sein (Lukas 1: 33). Nur in diesem Königtum wird die Welt Bestand haben können, und sonst wird sie nicht mehr lange Bestand haben. Und es ist eine gute Sache, von dieser frohen Botschaft ergriffen zu sein und von ihr in der heutigen Welt zeugen zu dürfen. *Albert J. Rasker*

Pazifistische Realpolitik

Das klingt wie ein Widerspruch in sich selbst; denn seit Menschengedenken hat es sich der Pazifismus gefallen lassen müssen, als eine weltfremde, unrealistische Sache von weltfremden, unrealistischen Schwärmern betrachtet und behandelt zu werden.

Das herrschende Dogma besagte, daß der Krieg ein fester und unabänderlicher Bestandteil unseres menschlichen Daseins in dieser Welt sei und daß es deshalb bis ans Ende aller Tage Kriege geben müsse. Infolgedessen müsse auch alle Realpolitik diese letzte politische Möglichkeit «Krieg» ständig im Auge behalten und einkalkulieren, das heißt sich auf den möglichen Kriegsfall so früh und so gründlich wie nur möglich einstellen. – Der Krieg ist ein – wenn auch letztes, so doch – legitimes Mittel der Politik, er ist (nach dem bekannten Wort von Clausewitz) «die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln». – In dieser Feststellung ist ein Eingeständnis enthalten, das wir feststellen und festhalten wollen: Krieg ist nicht Politik, sondern Fortsetzung der Politik, das heißt er fängt da an, wo die Politik – ohne Krieg – am Ende ist, und er verfolgt dann (sonst wäre er nicht «Fortsetzung» der Politik) mit seinen, ihm eigenen Mitteln das gleiche Ziel oder die gleichen Ziele, die bis dahin die Politik verfolgt hat. Die Mittel des Krieges sind aber von denen der Politik verschieden; er arbeitet mit physischer Gewaltanwendung, die zugleich die Grenze aller Politik bezeichnet. Die Mittel der Politik reichen sehr weit, aber sie hören in dem selben Augenblick auf, wo die Gewaltandrohung in die Gewaltanwendung übergeht. In diesem Augenblick hört die Politik auf, bis der Krieg seine eigene Aufgabe erfüllt hat, bis nämlich festgestellt ist, welcher unter den beiden Gegnern sich als der schwächere erwiesen hat. Das ist der Punkt, an dem die Politik wieder in ihr Recht eintritt und die Frage wieder aufgenommen wird, um derentwillen es zum Kriege gekommen war. – Dies etwa ist die Aufgabe des Krieges nach dem allgemein geltenden Verständnis: das letzte Ziel ist das politische, die Wiederherstellung des Friedens, beziehungsweise die Erringung eines besseren Friedens, als er vor dem Kriege gewesen war. Alle Realpolitik hat sich – das ist die geltende Anschauung – in diesem Rahmen zu entfalten.

Der Pazifismus hat den Krieg als ein Mittel, auch als ein letztes Mittel der Politik stets abgelehnt und seine Notwendigkeit bestritten; und eben dies hat ihm den Ruf eingetragen, nichts anderes zu sein als eine weltfremde, unrealistische Schwärmerei. Und da der Pazifismus immer nur eine verschwindend kleine Minderheit darstellte, und da seine Vertreter überdies nach ihren Grundanschauungen und Motiven den verschiedensten weltanschaulichen, sozialen und politischen Lagern angehörten, und da es schließlich unter uns auch tatsächlich weltfremde, unrealistische Weltverbesserer gab und gibt, so ist der Pazi-

fismus ohne nachweisbaren Einfluß auf die Entwicklung der Dinge geblieben und hat sich damit begnügen müssen, der verhältnismäßig kleinen Gruppe seiner Anhänger eine Art Heimat unter Gleichgesinnten zu bieten. – Diese Gleichgesinnten waren und sind sich nämlich über einen Punkt eindeutig klar und einig bei aller Verschiedenheit unserer sonstigen Anschauungen: wir lehnen nicht nur das Dogma von der Unvermeidlichkeit des Krieges ab, sondern wissen uns auch gerufen, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um es zu keinem Krieg mehr kommen zu lassen, weil wir die gewaltsame Auseinandersetzung und insbesondere das Töten unter Menschen als eine untermenschliche und unmenschliche Barbarei ansehen müssen. – Wir sehen daher im Frieden, das heißt in jedem Zustand der menschlichen Gesellschaft, in dem Interessengegensätze zwischen einzelnen und Gruppen unter bewußtem Ausschluß von Gewaltanwendung behandelt werden, nicht nur einen vorübergehenden Zustand, der auch einmal durch den andern Zustand, den Krieg, abgelöst werden dürfte, sondern das eigentliche Ziel aller echten Politik zwischen Völkern, Staaten und Rassen wie auch die notwendige Voraussetzung für alles menschliche Zusammenleben in dieser Welt. Wir erheben damit also den Anspruch, daß nicht die anderen, die den Krieg als eine politische Möglichkeit betrachten, sondern daß wir, die wir nur den Frieden, das heißt die Welt ohne Krieg, für politisch möglich und sinnvoll halten, auf dem Boden der Wirklichkeit stehen und damit die Voraussetzung einer echten «Realpolitik» aufzeigen. – Und dieser Anspruch wird uns naturgemäß leidenschaftlich bestritten.

Nun sind freilich – ohne unser Zutun – in den letzten Jahren und Jahrzehnten Entwicklungen eingetreten, die den Pazifismus auch bei der Majorität, die mit der herrschenden Meinung geht, in einem ganz anderen und wesentlich besseren Lichte erscheinen lassen. Es ist nämlich zweifelhaft geworden, ob der Krieg überhaupt noch eine politische Aufgabe als «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» erfüllen kann. Wenn man genau hinsieht, so ist es diese Frage, die nun seit mehreren Jahren das völlige Durcheinander auf dem Schachbrett der «großen» Politik hervorgerufen hat. Die Waffentechnik, genauer gesagt: die Herstellung von Massenvernichtungsmitteln hat solch stürmische Fortschritte gemacht, daß alle bisherigen Maßstäbe unbrauchbar geworden sind. Man kann heute bekanntlich die ganze Menschheit vernichten, und die potentiellen Kriegsgegner von morgen – die Mächte also, die heute nach dem klassischen Schema der Politik den Krieg als die ultima ratio einkalkulieren müssen – haben beide bereits soviel derartige Munition aufgehäuft, daß sie – beide – in der Lage sind, diese Vernichtung der Menschheit herbeizuführen (wenn es denkbar wäre, sogar mehr als je einmal)! – Das heißt aber, zwischen diesen beiden politischen Konkurrenten kann der Krieg nicht mehr die klassische Aufgabe erfüllen, festzustellen, wer von ihnen der schwächere ist. Wenn es zur Gewaltanwendung kommt, so tritt nicht

nur eine Unterbrechung in der Politik ein, die nach Beendigung des Krieges unter den durch den Krieg geschaffenen neuen Voraussetzungen wieder aufgenommen werden würde; vielmehr bedeutet der Krieg – dieser Krieg – mit höchster Wahrscheinlichkeit das Ende beider Mächte, ihrer Völker und der übrigen Menschheit obendrein; das heißt aber: das endgültige Ende aller Politik. – Man kann diese an sich sehr simple und eigentlich jedem normalen Menschen einsichtige Tatsache gar nicht oft und gar nicht laut genug aussprechen, weil sie zwar nicht bestritten, aber beharrlich verschwiegen wird. – Die herkömmliche Politik, die heute noch mit dem Krieg als der äußersten politischen Möglichkeit rechnet, kann nicht mehr den Anspruch erheben, Realpolitik zu sein; sie ist auch nicht nur eine gewagte Katastrophenpolitik, die mit großer Wahrscheinlichkeit zum Untergang führen muß; sie ist im vollen Sinne des Wortes eine Wahnsinnspolitik, die mit Sicherheit in der Selbstvernichtung der Menschheit endet – wenn beibehalten.

So wird es geradezu zum Kennzeichen aller Politik, die zunächst einmal die realen Verhältnisse und Möglichkeiten berücksichtigt, die also den Anspruch erhebt, «Realpolitik» zu sein, daß sie den Krieg als Hilfsmittel für den Notfall bewußt und endgültig aus ihren Überlegungen und Planungen ausklammert; jede Realpolitik, die heute noch auf diesen Namen Anspruch zu erheben wagt, muß pazifistisch sein, das heißt sie muß selbst jeden Gedanken an eine kriegerische Auseinandersetzung als irrsinnig abweisen. – Wer aber politisch anders meint verfahren zu können, der ist im Blick auf die Realitäten, die uns heute umgeben, ein wirklichkeitsfremder Träumer und Phantast, er ist schlimmer: er ist ein Wahnsinniger, der auf jeden Fall daran gehindert werden muß, in seinem Wahnsinn zum Mörder des Menschengeschlechts zu werden. – Wir dürfen mit einiger Genugtuung feststellen, daß sich diese Erkenntnis schnell ausbreitet, so daß wir hoffen dürfen, daß dem Wahnsinn noch rechtzeitig gewehrt wird. – Unter den führenden Politikern der beiden Mächte dürfte es jedenfalls keinen einzigen mehr geben, in dessen Überlegungen der Gedanke an einen Krieg noch eine Rolle spielt.

Es wäre jedoch ein schlimmer Irrtum, zu meinen, daß mit dieser Erkenntnis, daß der Krieg politisch nicht mehr einkalkuliert werden kann, der entscheidende Schritt bereits getan sei. Das ganze politische Denken läuft ja bis heute trotzdem im alten Geleise weiter; es ist nur einer letzten Möglichkeit beraubt. Im Grunde geht es immer noch darum, dem politischen Partner Vorteile abzugewinnen, indem man ihn dem eigenen Willen gefügig macht: der Krieg hört auf, weil er aufhören muß, aber der Kampf wird – nur eben mit anderen Mitteln – fortgesetzt. Und zu diesen Mitteln gehört immer noch die Drohung mit der kriegerischen Gewaltanwendung. – Es liegt auf der Hand, daß es sich dabei um eine leere Drohung handelt, weil derjenige, der sie ausspricht, sich damit zugleich selber mit der sicheren Vernichtung

bedroht. Ob diese Drohung als «Druck» benutzt wird, um dem anderen Zugeständnisse abzunötigen, oder aber als «Abschreckung», um ihn von seinen Forderungen abzubringen, ob also aggressiv oder defensiv, bleibt sich gleich: jede Drohung mit Waffengewalt ist heute irreal geworden. Und daraus folgt zwingend, daß jede Realpolitik – und das wiederum heißt: jede pazifistische Realpolitik, weil es eine andere nicht mehr geben kann – die Rüstung und Vorbereitung zur Gewaltanwendung abbauen muß, weil sie die Gefahr und Versuchung zur Anwendung von Gewalt und damit zum Kriege in sich trägt. In dieser Hinsicht ist es bedeutsam, daß Eisenhower vor wenigen Wochen ausdrücklich die Frage aufgeworfen hat, wie lange es wohl bei dem gegenwärtigen Wettrüsten zwischen Ost und West noch dauern könne, bis der «Explosionspunkt» erreicht sei?! Er ist also der Meinung, die vor allem in militärischen Kreisen nicht allgemein geteilt wird, obgleich sie sich auf eine Reihe geschichtlicher Vorgänge berufen kann, daß ein fortdauerndes Wettrüsten an irgendeinem «Punkt» automatisch zur kriegerischen «Explosion» führen muß. – Aus diesem Grunde ist die Abrüstung – und zwar die möglichst vollständige Abrüstung – eine vordringliche, realpolitische Notwendigkeit, an der nicht etwa nur die Mächtegruppen Ost und West, sondern sämtliche Völker der Erde ein lebenswichtiges Interesse haben und haben müssen, weil die Rüstung, wie sie heute im Gange ist, sie alle bedroht.

Dies gemeinsame Interesse erschöpft sich aber keineswegs in der realpolitischen Notwendigkeit, Krieg und Rüstung zum Kriege nun endlich und entschlossen aus dem politischen Repertoire zu streichen. Eine Politik, die den Anspruch erheben will, Realpolitik zu sein, muß ein anderes Faktum in ihre Rechnung einstellen, das bislang kaum als reale politische Tatsache Anerkennung gefunden hat und dessen weitere Vernachlässigung unabsehbare Folgen haben muß, Folgen, die nicht weniger lebensgefährlich für die Gesamtheit sind als die Fortsetzung einer unrealistischen Kriegspolitik.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich die Erdbevölkerung zurzeit in einer bislang unerhörten Weise vermehrt. Man rechnet mit Verdoppelung in höchstens drei Jahrzehnten, wobei der Hauptzuwachs auf die nichtweißen Völker und Rassen entfällt, insbesondere auf die gelben und schwarzen Völker. Gleichzeitig vollzieht sich in diesen – wie in allen sogenannten «farbigen» – Völkern ein stürmischer technischer Fortschritt. Wir haben – dies nur zur Illustration! – in diesen Tagen gelesen, daß die Volksrepublik China in naher Zukunft ihren ersten Erdsatelliten zu starten gedenkt; und es wird keine Jahrzehnte mehr dauern, bis die meisten, von uns als technisch rückständig betrachteten Völker den Vorsprung der Weißen ebenfalls eingeholt haben werden. Hierzu kommt eine andere Tatsache, die zwar seit langem bekannt ist, aus der jedoch bislang keine Folgerungen realistischer Art gezogen wurden: Während sich der stürmische Ausgleichsprozeß auf technischem Gebiet vollzieht, hat der Angleichungsprozeß des Le-

bensstandards kaum begonnen: das Durchschnittseinkommen der weißen Völker ist etwa zehn- bis zwanzigmal so hoch als das der «farbigen» Majorität. Das bedeutet praktisch, daß heute die Mehrheit der Erdbevölkerung hungert, während sie sich gleichzeitig sprunghaft vermehrt. Wer diese Entwicklung realpolitisch sieht, muß sich die Frage stellen, wann denn hier der «Explosionspunkt» erreicht sein wird?! – Daß die ehemaligen Kolonialvölker in Kürze ihre Gleichberechtigung verwirklicht haben werden, duldet keinen Zweifel, und es ist unwahrscheinlich, daß sie nicht am Ende des Jahrhunderts bei einer zahlenmäßigen Überlegenheit von 5 zu 2 die Führung in der Weltpolitik haben sollten. – Wir können uns noch kein Bild davon machen, wie das in Wirklichkeit einmal aussehen wird; das eine aber ist klar, daß es dann mit der Vorzugsstellung der weißen Völker zu Ende ist, auch was den Lebensstandard angeht.

Es ist also nicht genug, wenn eine pazifistische Politik die Abschaffung des Krieges und die Beseitigung der Rüstungen betreibt, weil ein Weitergehen auf dem Wege der Gewaltanwendung nur noch im allgemeinen Selbstmord enden kann. Eine wirkliche Realpolitik muß die Frage des friedlichen Zusammenlebens unter den heutigen Verhältnissen konstruktiv in Angriff nehmen, weil zwar der Krieg automatisch kommt oder kommen kann, weil aber der Friede keineswegs damit garantiert ist, daß man der kriegerischen Gewaltanwendung entsagt. Vielmehr erfordert die Aufrechterhaltung und Stabilisierung des Friedens sehr ernsthafte, gründliche Arbeit.

Die Versuchung ist groß, sich mit dem Erreichten auf pazifistischer Seite zufrieden zu geben und sich mit dem Triumph zu begnügen, daß es endlich zu der längst fälligen Erkenntnis gekommen ist, daß Realpolitik nur noch auf pazifistischer Grundlage – das heißt aber: unter bewußter Absage an kriegerische Gewaltanwendung – betrieben werden kann. Es ist auch notwendig, diese Tatsache propagandistisch bekanntzumachen und in der öffentlichen Meinung zur Geltung zu bringen. Es ist einfach ein Stück dieser Realpolitik, die Menschen von heute wissen zu lassen, daß gerade die Sachverständigen, die mit den Realitäten Bescheid wissen, die Abkehr vom Gewaltdenken als unvermeidliche und unabdingbare Voraussetzung aller sinnvollen Politik betrachten und dementsprechend fordern; und es sollte dabei auch ruhig zugegeben werden, daß es – auch unter den wissenschaftlichen und militärischen Sachverständigen – noch einige Ausnahmen gibt. Wir haben im vergangenen Jahr die Stimme eines Kissinger gehört und noch vor wenigen Wochen die eines Professor Jordan; man sollte diese Stimmen nicht verschweigen, sondern weitestgehend bekanntmachen, gerade weil sie den Krieg als letztes Mittel zu rechtfertigen und zu retten versuchen; und gerade an diesen Versuchen wird deutlich, welch abstruse Hirngespinste und Phantasien nötig sind, um eine Politik, die den Krieg heute noch einkalkuliert, noch als Realpolitik erscheinen zu lassen; wenn also Kissinger uns glauben machen will, daß

man im Kriege die Anwendung der größten Vernichtungsmittel ausschließen und sich auf die sogenannten «taktischen» Atomwaffen (Hiroshima – 240 000 Tote) beschränken könne, oder wenn Professor Jordan die Möglichkeit vor eine erstaunte Menschheit hinzaubert, daß wir alle ruhig einmal fünf Jahre unter der Erde leben könnten, bis draußen «der Atomgestank abgeklungen» ist. – An solchen Beispielen wird eindeutig klar, daß es eine andere Realpolitik als eine solche, die sich pazifistisch orientiert, nicht mehr gibt und nicht mehr geben kann; und es ist gut, wenn diese Tatsache allgemein bekannt und anerkannt wird.

Es ist aber nicht genug! Wir wissen ja, daß die Bedrohung trotz allem Willen zu friedlicher Politik für alle Zukunft bleibt; denn seit 1954 gibt es in der Menschheit das Wissen und Vermögen totaler Selbstvernichtung. Wenn es irgendwo auf unserem Erdball zur gewaltsamen Auseinandersetzung kommt, so wird in naher Zukunft jeder der betroffenen Gegner in der Lage sein (und er wird sie auch nutzen), sich für den Fall seiner Niederlage die Vernichtungsmittel zu schaffen, die ihn in die Lage versetzen, auch den «Sieger» und mit ihm den Rest der übrigen Völker und ihrer Menschen mit in seinen eigenen Untergang hineinzuziehen. In dieser Tatsache liegt die zwingende, realpolitische Notwendigkeit, sich um die rechtzeitige (und das heißt: frühzeitige) Entschärfung solcher Gegensätze zu bemühen und darüber hinaus Zustände zu schaffen, die das Aufkommen solcher gefährlichen Gegensätze verhindern oder erschweren. – Bei solchem Bemühen wird in Zukunft ein Grundsatz beherrschend sein müssen, der erst in unseren Tagen zur realpolitischen Notwendigkeit geworden ist. Für die gesamte, jahrtausendealte Epoche, in welcher der Krieg eine politische Möglichkeit war, galt der Grundsatz: «Erst kommt mein Volk, dann all die andern, vielen; erst meine Heimat, dann die Welt!» – Dies ist (realpolitisch gesehen) heute ein unmöglicher Standpunkt, weil die Existenz meines «Volkes» und meiner «Heimat» nur noch innerhalb der «anderen, vielen» Völker und der ganzen «Welt» erhalten werden kann. Realpolitisch gesehen, ist deshalb jedes politische Verhalten töricht und unter Umständen verhängnisvoll, das nicht auf die Lebensnotwendigkeiten der gesamten Menschheit und Völkerwelt in jedem Augenblick Rücksicht nimmt. – Hier liegt ein weites, unbeachtetes Feld vor uns: Die eigentlich realpolitische Frage für die Staatsmänner von heute heißt: was hat zu geschehen, damit die rapide Bevölkerungszunahme wirtschaftlich – und besonders ernährungswirtschaftlich verkraftet werden kann, ohne daß es zu einer Explosion auf seiten der Minderbemittelten, der Hungernden und der Verhungernden kommt? Und hier muß vieles geschehen: sie müssen jeweils mit dem Nötigsten versorgt werden – wenn es nicht anders geht, auch durch eine entsprechende Zuteilung von seiten der wirtschaftlich bessergestellten Völker; sie müssen darüber hinaus in den Stand gesetzt werden, selber ihren Lebensunterhalt zu beschaffen und ihren Lebens-

standard zu verbessern; sie müssen also einmal die Möglichkeit zum Lernen bekommen und zum andern das erforderliche Investitionskapital, das ihre landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung erfordert. Es ist klar, daß schon zur Erreichung dieses Nahzieles (denn diese Aufgabe muß in wenigen Jahren gelöst sein) eine Fülle von Einzelaufgaben dringend anzufassen sind: Information und Anleitung der Bevölkerung, Ausbildung von Fachleuten und von qualifizierten Arbeitern usw. Dies liegt nicht etwa nur im Interesse der Inder oder der Bevölkerung Indonesiens oder der schwarzen Völker Afrikas, sondern hierbei geht es um den Frieden der Welt und damit um das Leben der gesamten Menschheit! – Und im Blick auf solche realpolitischen Notwendigkeiten mutet es ganz gespenstig und irreal an, wenn ein Vielfaches der hierfür erforderlichen Mittel Jahr um Jahr von den reichen und saturierten Völkern an sinnlose oder vielmehr sinnwidrige Rüstungen verschwendet wird. – Professor Linus Pauling, der vielen von uns kein Unbekannter ist, hat schlechterdings recht, wenn er die Forderung erhebt, daß wir endlich statt der zahllosen Kriegsakademien eine leistungsfähige große Friedensakademie schaffen sollten, in der die besten Köpfe darangehen, die Gefährdungen für den Frieden zu erforschen und Mittel zu suchen, wie ihnen zu begegnen ist, und darüber hinaus Wege ausfindig zu machen, wie der Friede und das friedliche Zusammenleben der Völker und Rassen in unseren Tagen gefördert und gefestigt werden können. Denn das heißt heute Realpolitik, während die sogenannte Realpolitik von gestern, die mit Kriegsakademien eine Weltkatastrophe verhindern zu können meinte, in eine ausweglose und für alle Zukunft hoffnungslose Sackgasse geraten ist. – Das Eigeninteresse der einzelnen Völker, Staaten und Rassen kann nicht mehr dem Gesamtinteresse der Menschheit übergeordnet werden; es muß ihm eingeordnet und im Konfliktsfall, das heißt wenn das Gesamtinteresse dem Eigeninteresse entgegensteht, dem Gesamtinteresse untergeordnet werden.

Wir sind keine Phantasten und träumen nicht von einem goldenen Zeitalter, in dem es keine Interessengegensätze unter Menschen und Menschengruppen mehr gibt, und wir meinen nicht etwa, daß dieses goldene Zeitalter mit dem heute offenbar gewordenen Bankrott des Krieges – des Krieges in jeder Form – angebrochen ist. Das aber glauben, nein: das wissen wir, daß die Zeit überreif dafür geworden ist, daß streitende Parteien ihren Streit nicht mehr auf eigene Faust austragen dürfen und daß der Zustand der Blutrache unter Völkern ebenso beseitigt werden muß, wie dieser Zustand unter Familien und Sippen seit Jahrhunderten in der «zivilisierten» Welt abgeschafft ist. Man soll uns nicht entgegenhalten, das sei eine unrealistische Vorstellung, weil es keine den souveränen Staaten übergeordnete Autorität gebe. Mit dem Haager Schiedsgerichtshof, mit dem Völkerbund, mit den Vereinten Nationen sind Ansätze und Anfänge gemacht worden, die einige Erfolge aufzuweisen haben; und diese Erfolge wurden er-

zielt, als die Souveränität der Einzelstaaten noch außerhalb allen Zweifels stand. Die Folgerung, die heute fällig ist, heißt eindeutig: jeder Streit gehört, weil er alle angeht, vor ein Forum, in dem alle vertreten sind. Und es wird höchste Zeit, daß dieses Forum geschaffen wird, wenn die Menschheit weiterleben soll.

In den christlichen Kirchen über die ganze Welt hin ist die Frage neu aufgebrochen, ob sich die kriegerische Gewaltanwendung eigentlich mit der Lehre Jesu und der christlichen Botschaft vereinbaren läßt, wie man das jahrhundertelang ohne viel Nachdenken als selbstverständlich angenommen hatte.

Der pazifistische, kriegsgegnerische und den Kriegsdienst verweigernde Vortrupp hat heute die Aufgabe, aus der Verborgenheit an die Öffentlichkeit zu treten und die hellhörig gewordene Generation unserer Tage zu warnen, daß sie sich nicht mehr einfangen läßt für einen Dienst, mit dem niemand gedient wird, und für eine Politik, die endgültig der Vergangenheit angehören muß, wenn Menschen leben sollen, und daß sie sich statt dessen dazu rüstet, Dienst am Frieden zu tun und den neuen Anfang zu fördern, der fällig ist: eine Politik, die nicht nur «Frieden» sagt, sondern auch Frieden tut und damit Frieden schafft!

Martin Niemöller

Aus «Stimme der Gemeinde», 15. November 1959

Moralische Aufrüstung

Unsere Welt wird immer schwerer zu verstehen. Die stürmischen Fortschritte der Naturwissenschaften, die eine neue, unbekannte und darum furchterregende Welt vor uns auftun, wie die damit parallel verlaufende, kaum mehr zu überschauende Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, all dies erzeugt in den Menschen ein Gefühl der Desorientiertheit und Vereinsamung. Das Verlangen nach menschlicher Gemeinschaft, nach einer sinnvollen Gestaltung des Lebens ist es aber, das geistig heimatlos gewordene Menschen zutiefst bewegt und sie in ihrer Verzweiflung Truggebilden, Sekten und falschen Propheten nachjagen läßt, die ihnen den Weg des Heils zu weisen scheinen.

Wer könnte bestreiten, daß die «Moralische Aufrüstung» es raffiniert versteht, solchen an ihrer gewohnten Welt irregewordenen Seelen die Illusion neuer Zuversicht und Geborgenheit zu verschaffen. Psychologisch nicht zu übertreffen sind allein schon die Forderungen nach absoluter Ehrlichkeit, Liebe, Reinheit und Selbstlosigkeit – Forderungen so unbedingt und einfach, daß sie sich von der Wortinflation des üblichen Religionsbetriebes wohltuend unterscheiden, und doch wieder so vage, daß jedermann sich darunter vorstellen kann, was er will. Wie geschickt kommt die «Moralische Aufrüstung» den

Vereinsamten entgegen, wie versteht sie es, durch die Aufmachung und die ausgeklügelte Technik der Veranstaltungen von Caux dem Selbstgefühl des kleinen Mannes zu schmeicheln. Wie wirkungsvoll, bald gesucht antisnobistisch, bald Titel und Stellung paradierend, erscheint der ganze Publizitätsdienst mit seiner Gegenüberstellung von Prominenten, Ministern, Wirtschaftsführern usw. mit ihren Gegnern oder einstigen Widersachern – Gewerkschaftsbonzen, Kommunisten. (Zugute halten müssen wir der «Moralischen Aufrüstung» an dieser Stelle, daß sie mit Rassenvorurteilen aufgeräumt hat. Mit besonderer Vorliebe sogar zieht sie die jungen Führer der Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika und Asien in ihr Netz, um sie vor östlichen Kontakten zu schützen.) Wie überwältigend einfach – beinahe wie durch Zauber – geschieht die Bekehrung durch die vier Grundsätze, worauf alle ein Herz und eine Seele sind. Besonderes Interesse verdienen schließlich die weltweiten Missionsfeldzüge des Moralischen Aufrüstungsteams und seiner Theatertruppe, die gelegentlich sogar Transportflugzeuge der amerikanischen Armee zur Verfügung haben (!), die glänzenden Empfänge und Aufführungen in Gegenwart der Würdenträger der Gastländer.

Alles dies, um die Ideologie der «Moralischen Aufrüstung», eben die vier absoluten Forderungen, in der ganzen «freien Welt» zu verbreiten und zu festigen. Anders gesagt, um dem Kommunismus ein Vordringen nach dem Westen zu verunmöglichen. Was bald zweitausend Jahre christlicher Tradition scheinbar nicht zustande brachten, das will die «Moralische Aufrüstung» mit ihrer Strategie, die sie durch «göttliche Initiative» empfangen hat, für den Westen sichern.

Was ist diese Strategie? In einem Wort: die Fortsetzung des Kalten Krieges. Der Westen muß weiter rüsten (sogar die Schweiz muß Atomwaffen haben, wie General Guisan in seinem Vorwort zur Broschüre sagt), doch soll er mit den militärischen die ideologischen Faktoren verbinden. Das bedeutet nach den erklärten Zielen der «Moralischen Aufrüstung», daß sich die Menschen aller Gesellschaftsschichten des Westens durch Annahme der vier Grundsätze so wandeln, daß im wirtschaftlichen wie im sozialen Bereich Friede und Einigkeit herrscht. Vor allem aber soll jeder geistige oder wirtschaftliche Austausch mit dem Osten, der nur der Verbreitung der kommunistischen Ideologie dient, vermieden werden. Politische Führer, wie Adenauer im Westen oder Tschiang Kai-shek im Osten, die eine klare antikommunistische Linie einhalten, sind Felsen, auf die sich der Westen stützen muß. Nun allerdings ist Amerika seit dem Tode Dulles' in verhängnisvoller Weise von der ideologischen Strategie, wie sie die «Moralische Aufrüstung» als nötig erachtet, abgewichen. «Amerikas Denken liegt in Trümmern», schreibt Dr. Buchman in der Broschüre, die kürzlich an alle Haushaltungen der Schweiz verteilt wurde.

Weitere Zitate aus dieser Flugschrift erübrigen sich. Von der

Überwindung des Krieges, vom Kampf gegen den Hunger, von jahrzehntelangen Bemühungen der Arbeiter um wirtschaftliche Besserstellung kein Wort. Noch ist es bis jetzt nicht gelungen, zuerst den Menschen und dann die Verhältnisse zu ändern, aber wenn man sich erinnert, daß Dr. Buchman, der Begründer der «Moralischen Aufrüstung», während des Tausendjährigen Reiches erklärte: «Ich danke Gott für einen Mann wie Adolf Hitler, der eine Abwehrfront schuf gegen den Antichrist Kommunismus» (The Psychology of Social Movements, The Oxford Group, von Hadley Cantril, Associate Professor of Psychology, Princeton University), so sieht man, daß der Oxfordgruppen-Bewegung, ebensowenig wie heute der «Moralischen Aufrüstung», an einer wirklichen Umwandlung der Verhältnisse liegt. Wofür sie arbeitet, ist vielmehr die Erhaltung des wirtschaftlichen und sozialen status quo.* Wie könnte sie sich sonst auf ein so korruptes Werkzeug einer korrupten Politik wie einen Tschiang Kai-shek stützen oder einen Dr. Theodor Oberländer, den Minister im Kabinett Adenauer, der von der Vereinigung deutscher Naziopfer schwerster Kriegsverbrechen bezichtigt wird, in ihr Album der Bekehrten einreihen? Nein, die Triebfeder der «Moralischen Aufrüstung» ist das schlechte Gewissen der Herrschenden und Bevorrechteten der «freien Welt», die nicht einsehen wollen, daß wir an einer Zeitenwende angelangt sind. Wehe uns, wenn wir westlichen Völker, die wir alle vor dem Forum der Welt als Bevorrechtete gelten müssen, in unserem Gewaltglauben beharren. Den Ausweg aus der Krise zeigen einzig die Worte der Bergpredigt und nicht das Theater der «Moralischen Aufrüstung». Auch der herkömmliche Kirchenbetrieb hat in Zeiten, wie wir sie heute erleben, nicht mehr viel zu bestellen. Die katholische Kirche schien in den «Arbeiterpriestern» einen Weg zu echter moralischer Aufrüstung zu weisen. Sie wagt ihn nicht zu gehen – er ist zu revolutionär. Wird die evangelische Kirche den Mut aufbringen, die erstarrten Formen zu brechen und in der Diakonie – in werktätiger Liebe – neue Wege zu gehen?

P. Furrer

Der Volkstrauertag 1959 in Nürnberg als Tag der Besinnung

Wenn man die milde Beurteilung von Kriegsverbrechen, das Aufkommen einer Art Neoantisemitismus, den wiedererwachten und von den Westmächten großgezogenen Militarismus, verbunden mit Revanchegelüsten den schmählich überfallenen Ostländern gegenüber, Revue passieren läßt, so mag es einem scheinen, als sei all das Grauen

* Der Ausspruch Dr. Buchmans über Hitler wird von der «Moralischen Aufrüstung» bestritten, unseres Erachtens nicht überzeugend.

der Hitlerzeit fast spurlos an unserem nördlichen Nachbarland vorübergegangen, ja als sei der Geist noch immer lebendig, der so Furchtbares vollbracht hat.

Um so sympathischer berührt einen daher ein Tag der Besinnung, wie ihn die Frauen Nürnbergs, auf die Initiative hin der vereinigten Friedensorganisationen von München – vor allem der Gruppen der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und der westdeutschen Frauenfriedensbewegung –, am Volkstrauertag, am Sonntag, dem 15. November, durchgeführt haben.

In einem stimmungsvollen Hain von Birken bezeichnen auf dem Friedhof von Nürnberg einige massive Gedenksteine die Massengräber, in denen viele Zehntausende zu Tode gemarteter Konzentrationslagerinsassen und hingemordete gefangene Russen ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Daselbst befinden sich auch die Massengräber der Opfer der Bombenangriffe auf Nürnberg. Ihnen allen galt der feierliche Zug der Trauernden und der für das, was man den Ermordeten angetan, stille Einkehr Haltenden.

Nur wenige Schritte von den Massengräbern entfernt, am sogenannten Glockenturm, erfolgte – jeweilen von einigen ergreifenden Worten begleitet – die Niederlegung der Kränze, die Frauen aus verschiedenen Teilen Deutschlands und dem erst kürzlich Deutschland wieder einverleibten Saarland mit sich gebracht hatten.

Der stillen, aber darum nicht weniger eindrucksvollen Feier auf dem Friedhof folgte diejenige im großen Saal des Gesellschaftshauses, an der in künstlerischer Umrahmung gewesenes und zukünftiges Geschehen den achthundert Teilnehmern an diesem Volkstrauertag zur Besinnung gebracht wurde. Das hervorragende Sivoriquintett sowie eine Schauspielerin des Rudolstädter Theaters, Herta Schwarz, hatten ihre Kunst aus freien Stücken in den Dienst der Feier gestellt, die das Quintett mit der «Alceste» von Gluck wundervoll einleitete. Dann folgte die Begrüßung der Anwesenden durch die Präsidentin der Münchener Gruppe der IFFF, Frau R o m b e r g , die in packenden Worten Sinn und Zweck der Veranstaltung hervorhob, eine Deklamation von Frau Schwarz und die unvorhergesehene Ansprache eines Lehrers, der dank der Vertagung eines «Landesverrats»prozesses, mit denen in der Bundesrepublik die der Remilitarisierung Widerstand leistenden Kräfte, zu Nutz und Frommen westlicher Kanonenfuttertaktik, lahmgelegt werden sollen, zugegen sein konnte. Eingerahmt zwischen zwei herrlichen Beethoven-Wiedergaben, Zeugen einer Kultur, die mit der Menschheit selbst durch einen Atomkrieg der Vernichtung preisgegeben ist, folgte meine eigene Ansprache. Wie aus denjenigen der Generalsekretärin der französischen Sektion der IFFF, Isabelle P o n t h e i l (ins Deutsche übertragen von Frau von Kühlmann), und einer Wiener Architektin, Frau Grete S c h ü t t e - Lihotzki – die das furchtbare Konzentrationslager Mauthausen aus dem eigenen Erleben kannte –, ergab sich daraus, noch verstärkt durch das erschütternde Gedicht

Tucholskys «Für den Graben», in gegenseitiger Ergänzung das Gesicht dieses Krieges. Schon in seinen Vorbereitungen, wie sie durch die atomare Aufrüstung gegeben sind, stellt er eine Gefährdung der europäischen, ja der Weltbevölkerung dar.

In ihrer Schlußansprache zog Frau Romberg die Konsequenzen für Deutschland, wie sie sich aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit und aus einer bisher befolgten Geistesrichtung ergeben, die nur zu einer neuen und diesmal endgültigen Katastrophe führen kann.

Mit Beethovens «Coriolan» schloß die wahrhaft erhebende Feier, von der Mademoiselle Pontheil, als künstlerisch anspruchsvolle Pariserin, begeistert erklärte, sie sei das Schönste, was sie noch erlebt habe. Nicht zum wenigsten möchte man dem Geist dieses Tages der Besinnung weltweite Gefolgschaft wünschen. *Gertrud Woker*

Gelenkte Demokratie?

«Erzieher könnten viel zur Abrüstung beitragen», erklärte ein Schulinspektor aus Neusüdwales am australisch-neuseeländischen Kongreß für internationale Zusammenarbeit und Abrüstung in Melbourne. In diesem Falle allerdings gehörte außer einem klaren Kopf eine gehörige Dosis Mut zur Teilnahme am Kongreß. Nicht nur hatten der Außenminister Casey und verschiedene seiner Kollegen, die anglikanische Kirchenbehörde und die katholischen Bischöfe zum Boykott des Kongresses aufgerufen, auch der Direktor des nationalen Sicherheitsdienstes, Mr. Spry, hatte verschiedene Persönlichkeiten, die mit ihrem Namen den Kongreß unterstützten, besucht und sie davor gewarnt. Mit dem Erfolg, daß der Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Sydney sich vom Kongreß distanzierte, daß weiter Sir Mark Oliphant, der weltberühmte Wissenschafter und Vorstand des Physikalischen Forschungsinstitutes von Canberra, der an allen Pugwash-Konferenzen von Wissenschaftern aus Ost und West teilgenommen und noch am 26. Oktober an die Australier appelliert hatte, den Kongreß n i c h t zu boykottieren, am nächsten Tage in der gleichen Zeitung unter der Schlagzeile «Oliphant gibt den Kongreß preis» seine Absage an den Friedenskongreß erscheinen ließ. In Tat und Wahrheit sprach Oliphant dann doch an dieser Veranstaltung über die Abrüstung und erklärte unter anderem, der Kongreß habe seinen Zweck erfüllt, wer immer für sein Zustandekommen verantwortlich gewesen sein mochte.

J. B. P r i e s t l e y , der britische Schriftsteller, war nicht so leicht einzuschüchtern. «Wenn Mr. Macmillan, der britische Premier, so hoch gepriesen wurde, weil er sich mit den Kommunisten in ein Gespräch einließ, sehe ich nicht ein, warum man mir hier meinen Meinungsaus-

tausch mit ein paar Kommunisten ankreiden sollte. Die Atmosphäre in Australien scheint mir denn doch gar zu hinterwäldlerisch zu sein. Ihr Australier kämpft immer noch den Kalten Krieg.» Vor einer Versammlung von zweitausend Personen erklärte er, die Nuklearwaffen seien der größte Feind der Demokratien, sie erzeugten ein totalitäres Klima mit Dossiers und Geheimpolizei. Er forderte die Australier auf, ihre Abrüstungskampagne unbeirrt weiterzuführen.

Linus Pauling, der Nobelpreisträger, der 1957 der UNO über neuntausend Protestunterschriften von Wissenschaftern aus aller Welt vorgelegt hatte und in Europa letzten Sommer über die Gefahr atomischer Kriegführung Vorträge hielt, erklärte, zwar sei die Überwindung der Hexenprozeßphase in Australien noch nicht gelungen, aber es sei offenbar doch so, daß die Australier im allgemeinen nicht begeistert seien für eine «dirigierte Demokratie». («New Statesman», 21. November.)

Mrs. Pauling erwähnte in ihrer Rede vor dem Kongreß als Tatsache, die nicht zu oft erwähnt werden könne, daß der Aufwand der Welt für Kriegsrüstungen dem Gesamteinkommen von zwei Dritteln der Weltbevölkerung gleichkommt.

Die gegen den Kongreß eingestellte Bevölkerung – unter ihnen viele Einwanderer aus Osteuropa in Nationalkostümen – organisierten in Melbourne gleichzeitig mit dem Friedenskongreß, was sie eine «Freiheitsdemonstration» nannten. Unter den Rednern waren der Marineminister wie einige Parlamentarier zu finden und als Hauptattraktion Mr. Ku Cheng-kang aus Formosa, der Präsident der antikommunistischen Liga der asiatischen Völker. Aus seiner Rede erfuhren die Australier, daß Formosa das Bollwerk der freien Welt darstelle und daß Generalissimo Tschiang Kai-shek nächstens in das chinesische Festland einmarschieren werde!

Als interessante Parallele zur offiziellen Unterstützung der Antikommunisten in Australien darf man vielleicht erwähnen, daß die Moralische Aufrüstung mit Hauptquartier in Caux an alle Haushaltungen der Schweiz eine 32seitige Flugschrift verteilen ließ, in der ebenfalls Klage darüber geführt wird, daß Tschiang Kai-shek als Verteidiger der Freiheit diskrediert und preisgegeben worden sei. Leider präsentiert sich die Broschüre der Moralischen Aufrüstung, «dieser geschickt getarnten Organisation der rechtsgerichteten Kreise in aller Welt» («Volksrecht», 1. August), mit einem Vorwort unseres populären schweizerischen Generals Guisan, der bei dieser Gelegenheit zu beweisen sucht, daß unser kleines Land nur mit Hilfe von «Verteidigungswaffen des Atomzeitalters» seine Freiheit bewahren kann.

In Australien verschaffte diese Art von Opposition dem Kongreß recht eigentlich den publizistischen Hintergrund. Es hängt von uns ab, ob die Flugschrift der Moralischen Aufrüstung eine ähnliche Wirkung auf die echte Friedensarbeit in der Schweiz zeitigen wird. *M. Furrer*

Der Fall Penzberg*

Unsere Leser wissen, welch wichtige Rolle Bundesdeutschland als Verteidiger der «freien Welt» zugedacht ist. Nachstehender Beitrag, der Zeitschrift «Geist und Zeit» entnommen, zeigt, daß auch einsichtige und mutige Deutsche in der Bundesrepublik den Zeitpunkt noch nicht als gekommen erachten, ihr Land als Vorkämpfer für Recht und Menschlichkeit vorzustellen.

Ein Kapitel aus unserer unbewältigten Vergangenheit ist der Fall Penzberg, den Heinz Becker-Trier zum Gegenstand seines neuesten Romans machte. Längst sind im breiten Publikum die Vorgänge selbst vergessen, so daß der Rezensent sie nennen muß: Am 28. April 1945, wenige Stunden vor dem Einmarsch der Amerikaner, wurden in dem oberbayerischen Städtchen Penzberg durch Angehörige der Wehrmacht und des Werwolfs unter Mithilfe von Penzberger Polizeibeamten vierzehn unschuldige Männer und zwei Frauen, darunter eine hochschwangere, bestialisch ermordet, erschossen und an Bäumen aufgehängt. Dieses Verbrechen wurde nie gesühnt, obwohl von 1948 bis 1951 drei Prozesse gegen die Mörder stattfanden und 1953 und 1956 einer der Hauptangeklagten, der ehemalige Oberstleutnant Ohm, noch zweimal vor dem Schwurgericht erscheinen mußte, bis auch er endlich freigesprochen wurde. Denn das war das Ergebnis all dieser Gerichtsverhandlungen: Bis auf den Werwolfführer Zöberlein sind alle Schuldigen an der Penzberger Mordnacht längst wieder frei und sogar rehabilitiert. Wie war das möglich? Im Vorwort des Verlages werden die Ursachen genannt. «Die zweite Tragödie von Penzberg, die sich vor den Schranken der bundesdeutschen Justiz abspielt, ist ein Spiegelbild der Restauration, eingefangen in nüchternen Originalprotokollen und Gerichtsurteilen . . . Im Verlaufe der politischen Restauration mit der Wiederverwendung nationalsozialistischer Juristen in ihrem Gefolge wurden nicht nur die Urteile, sondern auch die Begründungen von Revision zu Revision alarmierender. Im letzten Verfahren wurde ein Mann als Kronzeuge geladen, der wegen Massenerschießungen von Geiseln verurteilt war und dem das Nachkriegsdeutschland der ersten Jahre keine bürgerlichen Ehrenrechte zuerkannt hätte. Auf sein ‚fachmännisches' Gutachten gestützt, bescheinigte der Richter dem Hauptschuldigen, daß er ein ‚durchaus korrekter und anständiger Mensch' sei. Die Untugend des Kadavergehorsams ist wieder zur Tugend geworden. Die Mörder von gestern werden gelobt, die aktiven Gegner des Unrechtsstaates von seinen ehemaligen Dienern in einem Atemzug mit Verbrechern genannt.»

Politische Restauration, Wiederverwendung nationalsozialistischer Juristen, die Untugend des Kadavergehorsams und – fügen wir hinzu – die gefährliche Indifferenz, mit der ein großer Teil unseres Volkes die eigene Vergangenheit als etwas Lästiges von sich abschüttelt, die

* Röderberg-Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 1958. 181 Seiten.

alarmierenden Zeichen der Gegenwart nicht sehen will und in seinen beschränkten Alltag hineinspaziert, als ginge ihn das alles nichts an – hier liegen die Ursachen dafür, daß das Unrecht von gestern nicht gesühnt wird und daß sich für heute und morgen eine Situation anbahnen könnte, in der recht hat, wer die Macht hat, womit dann einer der wichtigsten Grundsätze der liberalen Demokratie, zu deren Verteidigung gegen irgendwelche vermeintlichen Gegner von außen wir ständig aufgerufen werden, von innen her angegriffen und auf kaltem Wege vernichtet würde: die Unabhängigkeit des Rechts.

Heinz Becker-Trier hat, gestützt auf alle erreichbaren Dokumente und in ständigem Kontakt mit der Bevölkerung von Penzberg, seinen Bericht so erschütternd lebendig gestaltet, daß wir hoffen, er möge breite Leserkreise erreichen, damit das wichtigste Vermögen eines demokratischen Menschen, durch alle Vernebelung hindurch das kritische Urteil über Gut und Böse, Recht und Unrecht sich zu bewahren, nicht gänzlich verlorengehe. *Ka*

Kann Militärdienstverweigerung aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen berechtigt sein?

Vor einigen Wochen wurde wieder einmal ein Bürger unseres Landes wegen Militärdienstverweigerung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Diese harte Strafe für einen Menschen, dem auch die Militärrichter die ehrenhaften Motive – er verweigerte den Dienst mit der Waffe aus Gewissensgründen – nicht absprechen konnten, erregte offenbar in der Öffentlichkeit mehr Anstoß, als dies ähnliche Urteile in der Regel zu tun pflegten. Eine Gruppe von politisch interessierten jungen Leuten nahm dieses Urteil zum Anlaß einer öffentlichen Auseinandersetzung mit obenstehendem Thema, die in der Zunft zur Schmieden in Zürich am 14. September stattfand.

In seinem einleitenden Referat befaßte sich Dr. Jürg Braunschweig, Sekretär der schweizerischen Gruppe des Internationalen Zivildienstes, ausschließlich mit der Dienstverweigerung aus religiösen Gründen und den landläufigen Argumenten, die dagegen angeführt werden. Sie aufzuzählen, erübrigt sich, sie sind den Lesern der «Neuen Wege» seit Jahren bekannt. Erwähnt werden darf immerhin, daß auch die enragiertesten Militärs heute nicht mehr behaupten, die 30 bis 50 Fälle von Waffendienstverweigerung pro Jahr führten zu einer Schwächung der Wehrkraft. Anderseits erhält man nicht den Eindruck, daß die Forderung nach einer Ersatzdienstleistung zum Wohl des Volksganzen, wie sie von einer Minderheit von Schweizer Bürgern seit Jahrzehnten erhoben wird, bei uns Aussicht auf baldige Verwirklichung hat. Die andern westeuropäischen Regierungen mit Ausnahme derjenigen von

Frankreich und Italien anerkennen längst, daß Gewissensnot ethisch hochstehende Menschen – und das sollten Christen doch sein – dazu führen kann, den Waffendienst zu verweigern, mit der Konsequenz, daß ihnen die Möglichkeit geboten wird, ihrem Land in anderer Weise, oft in schwerer körperlicher Arbeit, zu dienen. In der Schweiz aber wird noch heute von Militärrichtern erklärt: «Militärdienst ist Christenpflicht.» Eine Möglichkeit der Befreiung vom Waffendienst, die der Korreferent Dr. Bieri erwähnte, die sanitarische Ausmusterung, verdient noch zitiert zu werden. In der Praxis der Militärgerichte scheint sie neuerdings öfters zur Anwendung zu kommen, mit katastrophalen Folgen für den Militärdienstverweigerer, der vom Gericht als geistig nicht normal bezeichnet wird. Der Gesamtheit der «geistig nicht normalen» Schweizer Bürger, die den Militärdienst in jeder Form ablehnen, wurde als letzte und einzige Möglichkeit empfohlen, durch eine Verfassungsinitiative eine Änderung der schweizerischen Bundesverfassung in die Wege zu leiten.

Die Diskussion, die auf die beiden Referate folgte, ließ einen glauben, man lebe noch im 19. Jahrhundert. Wie da von Landesverteidigung gesprochen wurde – «mit der Waffe in der Hand» –, hätte man glauben können, die Bomben von Hiroshima und Nagasaki seien nie abgeworfen worden, noch sei das Wissen um die apokalyptische Bedrohung ganzer Kontinente durch Nuklearwaffen und biologischen Krieg bis jetzt in die Schweiz gedrungen. Erst die Voten zweier Pfarrer, mit ihrem Hinweis auf die gänzlich neue Lage, vor die uns die moderne Kriegstechnik stellt, brachte die Zuhörer auf den Boden der Wirklichkeit zurück und damit zur Einsicht, daß es heute nur einen Kampf geben kann, vor dem alle andern Probleme verblassen – den Kampf um den Frieden. *Red.*

WELTRUNDSCHAU

Jahr der Wende! Mehr denn je möchten wir jetzt, wo es dem Jahresschluß zugeht, in die Zukunft der Völkerwelt sehen. Wird 1959 als das Jahr der entscheidenden Wende vom Kalten Krieg zum friedlichen Nebeneinanderleben der westlich-kapitalistischen und der östlich-kommunistischen Staaten in die Geschichte eingehen? Wir wünschen es mit aller Kraft – aber wir sind davon noch keineswegs überzeugt. Wir verzeichnen mit wahrer Erleichterung alle Äußerungen beidseitig guten Willens, ein Wettrüsten einzustellen, das nur zum Ausbruch eines Krieges führen kann, der n i c h t ausbrechen darf, wenn nicht beide Parteien und die Neutralen dazu untergehen sollen. Aber wir können auch die Augen vor den

Gegenkräften nicht verschließen, die den Kalten Krieg fortzusetzen entschlossen sind und die Lüge von der Vorbereitung des Friedens durch Kriegsrüstungen noch immer aufrechterhalten und weiterverbreiten.

Wir glauben den Führern der Sowjetunion, daß es ihnen mit der Abrüstung ernst ist und daß sie mit ihrem Werben für eine friedliche Koexistenz und Konkurrenz der beiden entgegengesetzten Wirtschafts- und Sozialsysteme nicht die westliche Front «aufweichen» wollen, um sie desto leichter zu zerschlagen, sondern einfach eine Last abzuschütteln suchen, die sie schwer niederdrückt und sie am Aufbau ihrer neuen Ordnung aufs stärkste hindert. Und wir glauben es auch Präsident Eisenhower und seinen Beratern, daß sie den Widersinn, ja Irrsinn der «Politik der Stärke» erkannt haben, die der Westen seit Roosevelts Tod gegenüber der Sowjetunion betreibt, und ehrlich nach Wegen suchen, um zu einer echten Abrüstung zu kommen. Es sind überdies nicht nur die engsten Regierungskreise, die in den Vereinigten Staaten auf eine dauernde Entspannung im West-Ost-Verhältnis drängen; auch die öffentliche Meinung (die großenteils von den kapitalistischen Beherrschern der Massenpropagandamittel gemacht wird) ist schon recht weithin für die «neue Politik» eingenommen, die das Staatsdepartement seit dem Tode von Dulles betreibt. Ein Zeichen dafür ist, daß die möglichen Kandidaten sowohl der Republikaner als der Demokraten für die Präsidentschaft – im November 1960 sind die Wahlen fällig – bereits sehr sorgfältig die Koexistenzneigungen der Wählerschaft in ihre Rechnung einstellen. «Plötzlich», so schreibt Robert Spivack in «The Nation» (26. Oktober), «stellt jeder Präsidentschaftskandidat fest, daß das entscheidende Merkmal, nach dem er beurteilt werden wird, seine Fähigkeit ist, sich mit Chruschtschew auseinanderzusetzen, ohne vor den Russen in die Knie zu gehen oder den Kalten Krieg wiederaufleben zu lassen.»

Nicht minder bezeichnend ist, daß ein erheblicher Teil der Geschäftswelt offen für Koexistenz und Abrüstung wirbt, aus ganz materiellen Gründen natürlich, aber eben doch im Gegensatz zu denjenigen Wirtschaftskreisen, die ein Interesse an Kriegsrüstungen und Kommunistenhetze zu haben glauben. Zwei typische Beispiele dafür: «Nation's Business», das Organ der mächtigen Handelskammer der Vereinigten Staaten (etwa unserem Handels- und Industrieverein entsprechend), malte in seiner Oktobernummer die Folgen einer internationalen Entspannung mit geradezu verlockenden Farben aus: «Jede rasche Milderung des Druckes im Kalten Krieg» – so konnte man da lesen – «vermag dem Land einen wirtschaftlichen Aufschwung zu bringen und nicht den Rückschlag, den man uns mit Redensarten wie ‚Friedenspanik' einredet . . . Wir dürfen uns auf eine Erhöhung des zivilen Verbrauchs gefaßt machen, die über die Verminderung der Militärausgaben weit hinausgeht . . ., auf einen gewaltigen Aufschwung der Anlagen von Kapital in neuen Fabriken und Maschinerien, ein höheres

Einkommen für jedermann, eine höhere Lebenshaltung, weniger Steuern, weniger Arbeitslosigkeit.» Und so fort. Ähnlich pazifistisch äußert sich der frühere Präsident des Zentralverbandes der amerikanischen Industriellen, McClellan, Mitte Oktober in einer Ansprache vor dem Rotaryklub von Los Angeles: «Während meiner Lebenszeit haben wir tausend Milliarden Dollar für Kriegführung ausgegeben; wir haben unser Land gerettet, aber anderthalb Millionen Menschen verloren. Nach jedem Krieg wechseln wir unsere Verbündeten, und der Tanz beginnt von neuem. Jetzt stehen wir vor der Möglichkeit eines Ausrottungskrieges. Dieses Problem werden wir aber nicht mehr mit Galons auf unseren Achseln oder mit Haß im Herzen lösen.»

Finanzielle Erwägungen spielen nicht die letzte Rolle bei all diesen Abrüstungsplädoyers, gehören doch Budgetgleichgewicht, niedrige Steuern, Vermeidung unproduktiver Ausgaben und Zurückbindung von Staatseingriffen in die Wirtschaft zu den wichtigsten Glaubensartikeln besonders im Katechismus der jetzt regierenden Republikanischen Partei.

Auf der andern Seite sind aber die Kräfte, die hinter dem Kalten Krieg und der Aufrüstung stehen, vor allem in Amerika, außerordentlich stark (wie hier ja immer wieder gezeigt wurde) und immer noch sehr angriffslustig. Es gibt auch mögliche Präsidentschaftskandidaten – wie den Republikaner Rockefeller und den Demokraten Symington –, die durchaus die alte «Politik der Stärke» befürworten. Dazu kommen selbstverständlich die Rüstungsinteressenten selber, die Armeekreise, der Atomkraftausschuß mit seinen industriellen Hintermännern, der ganze Apparat der Wehrmachtspropaganda, der nicht weniger als 3000 Spezialisten der Werbetechnik beschäftigt, und nicht zuletzt die etwa 700 ehemaligen Generäle, Obersten, Admirale usw., die jetzt im Dienste der Rüstungsindustrie stehen und dank ihren Verbindungen mit Regierung und Wehrmacht Milliardenaufträge für ihre «Brotgeber» hereinholen, so daß gegenwärtig rund zehn Prozent des Rohertrags der Wirtschaft (46 Milliarden Dollar im laufenden Budgetjahr) an die «Landesverteidigung» gehen. Vielleicht am bedenklichsten ist bei alldem, wie Claude Bourdet auf Grund einer jüngsten Amerikareise im «France-Observateur» (26. November) auseinandersetzt, die weitverbreitete Angst, daß bei einer Umstellung auf reine Friedensproduktion die ganze Wirtschaft der Vereinigten Staaten aus den Fugen gehen werde, wenn dafür nicht ein gut vorbereiteter, durchführbarer Gesamtplan bestehe, von dem aber bisher noch so gut wie nichts zu bemerken ist. Diese Angst beherrscht nicht nur unzählige mittlere und kleine Unternehmer, die der großen Rüstungsindustrie Hilfsdienste leisten, sondern namentlich auch die Arbeitermassen, die um ihren «Job» bangen; kein Wunder, daß die amerikanischen Gewerkschaften überwiegend zu den heftigsten Gegnern jeder Verständigung mit den kommunistischen Staaten gehören und oft «päpstlicher

sind als der Papst», das heißt als das Unternehmertum selber. (Ist es in Europa, auch in der Schweiz, bei den in Frage kommenden Arbeitern und ihren Sprechern etwa anders? . . .)

Immer noch Kalter Krieg In der außeramerikanischen Welt geht inzwischen der Kalte Krieg ebenfalls weiter. Die Vorstellung, daß die Sowjetunion nur durch stärkste Gegenrüstungen von einem Angriff auf die «freie Welt» abgehalten werden könne, wird bei den Völkern planmäßig aufrechterhalten und perfid ausgenützt, natürlich auch in der Schweiz. «Das ganze Geschwätz von Friede und Koexistenz», so konnte man zum Beispiel letzthin (Nr. 3399) in der «Neuen Zürcher Zeitung» lesen, «dient nur der Einschläferung des Westens . . . Eines muß jedem klar sein: Im Osten braut sich etwas Unheimliches zusammen. Wird es zu uns kommen? Das ist nicht vorauszusagen. Aber sicher und unumstößlich steht die Tatsache, daß wir bereit und wachsam sein müssen.» Auch der Präsident der zürcherischen Kirchensynode glaubte in diesem Sinn vor «Koexistenzillusionen» warnen zu müssen, die «dem Westen drohen». Und erst recht die sogenannte Moralische Aufrüstung hat mit ihrem an anderer Stelle dieses Heftes gewürdigten Massenflugblatt wieder einen eigentlichen Kreuzzug gegen den Kommunismus zu eröffnen gesucht. Das politische Klima Westeuropas ist so bisher kaum wesentlich anders geworden, als es seit Beginn des Kalten Krieges war. UNO und NATO werden nach wie vor in den Dienst des «bereiten» und «wachsamen» Antikommunismus gestellt. Darum die neue Mobilisation der Vereinten Nationen gegen Ungarn (zu einer Verurteilung Frankreichs wegen seiner algerischen Kolossalverbrechen langt es dort noch immer nicht). Darum auch die Klage Spaaks, des Generalsekretärs der NATO: «Während wir vom Kalten Krieg zur friedlichen Konkurrenz übergehen, wächst die Bedrohung durch den Kommunismus. Das NATO-Bündnis . . . läuft nun Gefahr, in einer Periode der friedlichen Koexistenz zusammenzubrechen.» Und darum das «Geständnis» des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Mitteleuropa, des Generals Jean Valley, an einer Pressekonferenz in Fontainebleau, das NATO-Kommando könne «die Tatsache nicht mehr verbergen, daß wir unsere Mission nicht durchführen können», wenn «die moralische Entspannung einiger Mitglieder der NATO» andaure und nicht der sowjetischen Drohung endlich ausreichende militärische Kräfte des Westens entgegengestellt werden.

Zum gleichen Schluß kommt Generalmajor a. D. Max Johnson, den die Neuyorker Wochenschrift «US News and World Report» eigens für zwei Monate nach Europa geschickt hatte. «Es kostet verhältnismäßig viel», so schreibt er (16. November), «die NATO-Streitkräfte so stark zu machen, daß sie ihre Aufgabe erfüllen können. Aber trotz den höchsten Anstrengungen tüchtiger, gewissenhafter amerikanischer Militärführer in Europa haben wir sonst keine andere Wahl,

als die alliierte Verteidigung Europas auf einem Stand zu belassen, der einfach nicht ausreicht, um einen konventionellen wie auch einen atomaren Angriff Rußlands abzuwehren. So wie die Dinge stehen, kann ein Angriff in Europa nur aufgehalten werden, wenn wir den allgemeinen Atomkrieg erklären – also gerade das tun, was mit der Schaffung der NATO vermieden werden sollte.» Solche Wahngebilde entspringen noch immer den Militärgehirnen, deren «Logik» durch keine Ahnung von der strategischen Lage erschüttert ist, die entstehen müßte, wenn wirklich der allgemeine Atomkrieg entfesselt würde! Es gibt dann ja überhaupt keine «strategische Lage» mehr, sondern nur noch totale Massenvernichtung und radioaktive Verseuchung auf beiden Seiten. Aber das merken die über ihren Militärkarten brütenden Herren nicht einmal von ferne. Nur so ist es auch zu erklären, daß unsere schweizerischen Armeeführer immerzu von einer «Atomlücke» reden, die in der Westfront klaffen würde, wenn nicht auch die Schweiz Kernwaffen bereitstellte. Da gehörte nun wirklich eine ganz gründliche «Gehirnwäsche» her – um so gründlicher, je höher der an schwerster Déformation professionnelle leidende Rüstungsgläubige steht!

Nun sollen freilich die Abrüstungsverhandlungen erneut aufgenommen werden, und gleichzeitig gehen die Vorbereitungen für die Gipfelkonferenz fort, die im Laufe des nächsten Jahres in Genf stattfinden soll. Aber auch die Verschleppungs- und Sabotagebemühungen gehen weiter. Herr Adenauer hat zwar bei seinem Besuch in London offenbar nicht viel erreicht, obwohl die britische Regierung ihre mindestens moralisch sehr beträchtliche Macht lange nicht in dem Maße zugunsten der west-östlichen Entspannung in die Waagschale wirft, wie sie das könnte und sollte. Dafür setzt der westdeutsche Bundeskanzler um so größere Hoffnungen auf de Gaulle und dessen romantisch eingekleidete Machtpolitik. Allein es bleibt trotz allem «innigen Einverständnis» zwischen Bonn und Paris dennoch fraglich, ob Frankreich an der Seite Westdeutschlands durchhält, wenn die Vereinigten Staaten und Großbritannien mit der Sowjetunion zusammen über den Kalten Krieg wirklich hinauskommen wollen. Was von Paris aus in der letzten Zeit über die Berliner Frage und die Oder-Neiße-Grenze verlautete, hat jedenfalls das westdeutsche Mißtrauen erneut geweckt und läßt nur zu deutlich erkennen, daß de Gaulle dem Traum von einer Wiederaufrichtung der germanischen Großmachtherrlichkeit die nüchterne Wirklichkeit entgegenzusetzen bereit ist, sobald er nur das Algerienproblem halbwegs hinter sich gebracht hat und mit Chruschtschew in persönlicher Aussprache zu einer Verständigung gelangt ist. Der sowjetische Ministerpräsident scheint zwar neuerdings wieder auf allerlei Widerstände gegen seine Entspannungspolitik bei der alten stalinistischen Garde zu stoßen, die so wenig abgerüstet hat wie die amerikanische Scharfmacherpartei, zumal sie bei den Führern der Chinesischen Volksrepublik kräftige Unterstützung findet. Aber der Kurs Chruschtschews entspricht doch so sehr den Notwendigkeiten

des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und dem mächtigen Friedensverlangen der Sowjetvölker, daß ein Herumwerfen des Steuers der russischen Außenpolitik in Richtung Kalter Krieg nicht denkbar ist, es sei denn, im Westen breche zuvor die alte Politik der gewaltsamen Zurückwerfung der Sowjetunion auf ihre «natürlichen» Grenzen und der Zerschlagung des ganzen kommunistischen Regimes wieder durch. Die Feindseligkeit der Vereinigten Staaten gegen China und ihre auf Japan, Formosa, Südkorea, Thailand, Südvietnam usw. gestützte antikommunistische Ostasienpolitik bleibt zwar immer eine schwere Belastung aller Koexistenzbemühungen. Und Peking hilft ja mit seiner Herausforderung Indiens und neuerdings Indonesiens (das die zahlreichen chinesischen Kleinhändler in seinen ländlichen Gebieten entweder einbürgern oder zur Aufgabe ihres Berufes zwingen will, aber sich dabei amtlichen Widerstandes von chinesischer Seite zu erwehren hat) selber noch Wasser auf die amerikanische Mühle leiten. Aber ohne die gänzliche Liquidation der Reste des westlichen Kolonialismus und Imperialismus geht es nun eben einfach nicht. Solange es reiche und arme, ausgebeutete und ausbeutende, fortgeschrittene und zurückgebliebene Völker gibt, wird kein Frieden, kein haltbares Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Staaten in der Welt sein. Das gilt von Ost- und Südostasien; es gilt aber ebenso von Vorderasien, wo die Konkurrenz zwischen Nasser und Kassem, dem irakischen Diktator, um die Führung der arabischen Einheitsbewegung das viel größere Problem der Befreiung aller Völker des Orients vom einheimischen Feudalismus und ausländischen Kapitalismus allzusehr verdeckt. Und es gilt erst recht von Afrika, vom braunen wie vom schwarzen, das den weißen Völkern keine Ruhe lassen wird, bis es sein volles Menschenrecht erkämpft hat, aber nicht weniger von Lateinamerika, das schon seit anderthalb Jahrhunderten von europäischer Fremdherrschaft frei geworden, dafür jedoch weithin unter die Herrschaft des nordamerikanischen Kapitalismus geraten ist, der es, im Bunde mit dem einheimischen Industriekapital und Großgrundbesitz, als Rohstoff- und Geldanlagekolonie nach Noten ausbeutet.

Und die Völker! Damit dem Kapitalismus und Kolonialismus ein Ende gesetzt werde, bedarf es freilich eines immer stärker werdenden Druckes von unten auf die herrschenden Klassen, ja einer eigentlichen Revolution, die nicht notwendig gewaltsam sein muß. Wo aber, so fragen wir immer wieder, entwickelt sich ein solcher Aufstand der irregeführten, den Interessen der Geldmächte dienstbar gewordenen Völker? In A m e r i k a sicher nicht. Es müßte schon eine tiefe Wirtschaftskrise kommen, damit, wie in den dreißiger Jahren, so etwas wie eine Radikalisierung der Arbeiterbewegung erfolgte. Vielleicht, daß die fortschreitende Automatisierung, die unter dem Kapitalismus für die Arbeiter verhängnisvoll zu werden droht, eine ähnliche Wirkung ausüben wird; die Stahlindustrie zum Beispiel,

der ja vom Staat aus ein Waffenstillstand diktiert worden ist, produziert jetzt um 30 Prozent mehr als 1933, und zwar mit 41 000 Arbeitern weniger. Aber vorerst merkt man noch nicht viel davon, daß die Gewerkschaften der USA antikapitalistisch zu werden begännen; bei ihnen ist immer noch der Anti k o m m u n i s m u s Trumpf.

Auch in W e s t e u r o p a bleibt im ganzen genommen die sozialistische Bewegung gelähmt und benebelt. Wohl hält die Sozialistische Partei Italiens ihren Linkskurs im ganzen fest (ohne bedeutende Stoßkraft und rechte Zielklarheit allerdings), und in Frankreich bildet sich allmählich eine neue Linke heraus, die dem Verrat der Sozialdemokratie einen sauberen Sozialismus entgegensetzt. Aber weder in den sozialdemokratischen Parteien des Festlandes noch in der britischen Labourpartei ist wirklich sozialistische und internationalistische Initiative zu spüren – am ehesten noch in der Labourlinken, die am jüngsten Parteitag in Blackpool wenigstens die von der Rechten gewünschte Abkehr vom Grundsatz der Gemeinwirtschaft kräftig zurückgewiesen hat. Aber darüber hinaus hat es nur zu einem Waffenstillstand mit der Mittelgruppe um den Parteichef Gaitskell gelangt, dessen Stellung ziemlich kritisch geworden ist. Wenn die Labourlinke früher oder später gleichwohl obenauf kommen sollte, so wird man daran kaum größere Hoffnungen knüpfen dürfen, solange ihr Führer Bevan die Atombombenrüstung Englands verteidigt und nicht energisch von allem amerikanischen Scharfmachertum abrückt. Ein ernstzunehmender Kampf für eine sozialistische Neuordnung Westeuropas bei gleichzeitiger Bindung an das hochkapitalistische Amerika ist ein vollendeter Widersinn.

Inzwischen scheint sich wenigstens bei den westeuropäischen K o m m u n i s t e n eine Wendung zum Besseren anzubahnen. Ein Zeichen dafür ist die Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, die Ende November in Rom stattgefunden hat – ohne eine Vertretung der kommunistischen Parteien der Sowjetunion und der Volksrepubliken. Das ist wirklich ein Ereignis! Nicht daß darin eine Auflehnung gegen Moskau gesehen werden müßte; schon am berühmten 20. Parteitag der sowjetischen KP war im Grund der Führungsanspruch der Moskauer Zentrale aufgegeben worden, und in der Kundgebung der Kommunistischen Internationale vom November 1957 wie dann am 21. sowjetischen Parteitag im vergangenen Februar (hier aus dem Munde Chruschtschews selber) wurde unmißverständlich erklärt, daß jedes Land seinen eigenen Weg zum Sozialismus finden müsse, ohne Diktat eineer «Führungspartei». Aber diese neue Linie war eben seither innerhalb der kommunistischen Parteien Westeuropas (und der Volksrepubliken!) heftig umstritten, wobei die Kommunisten Italiens, unter Togliatti, die führende Rolle im Lager der «Revisionisten» spielten.

Togliatti hat sich nun offenbar wie in seiner eigenen Partei, so auch gegenüber den «Stalinisten» in den andern kommunistischen

Parteien Westeuropas (besonders Frankreichs) durchgesetzt. Der Aufruf, der von der römischen Konferenz «an alle Werktätigen und Demokraten» erlassen wurde, atmet tatsächlich einen neuen, ungewohnten Geist. Er hält sich weitgehend frei von dem üblichen kommunistischen Jargon, von jener dogmatischen Unduldsamkeit und Maßlosigkeit, die ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten immer so schwer macht, und befleißigt sich einer Nüchternheit und Wirklichkeitsnähe in den Zielsetzungen, die durchaus die Möglichkeit einer Sammlung aller Linkskräfte im Kampf für Frieden, Demokratie und soziale Grundreformen eröffnet, sofern auch auf nichtkommunistischer Seite Vorurteile, Rechthaberei und Sturheit aufgegeben werden. Das Manifest von Rom wendet sich darum nicht nur an Sozialisten und Sozialdemokraten, sondern auch an die Gewerkschafter und Genossenschafter, ja ausdrücklich auch «an die christlichen (das heißt katholischen) Arbeiter und ihre Organisationen, die dem menschlichen Dasein bessere Bedingungen schaffen wollen» – ein Fortschritt, der unbedingt gewürdigt werden muß.

Ich sehe nicht ein, warum auf der hier umrissenen Grundlage nicht eine gemeinsame Aktion der westeuropäischen Linkskräfte möglich sein sollte, ohne daß man vor einem heimtückischen Propaganda- und Beherrschungsmanöver der Kommunisten Angst zu haben brauchte. Machen wir doch nicht den gleichen verhängnisvollen Fehler, den der Westen so lange gemacht hat, indem er unbesehen alles, was aus dem kommunistischen Lager (schon vor dem Zweiten Weltkrieg!) an Vorschlägen für einen gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Krieg kam, als Täuschungs- und Schwächungsversuch unter den Tisch wischte! Die Stunde ist wahrlich zu ernst für solches Tun!

Der feste Grund Bei all unseren Auseinandersetzungen über die Erfolgsmöglichkeiten der Friedenskräfte wollen wir aber immer daran denken, daß in der Welt, wie sie heute ist, das Normale nicht der Frieden ist, sondern der Krieg. Wir werden zwar mit Recht ungeduldig, wenn wir hören, daß der wahre Friede nur in unseren Herzen zu finden sei und von Gott geschenkt werden müsse, daß alles menschliche Friedenmachen vergeblich sei und erst mit dem Anbruch des Tausendjährigen Reiches auch die Weihnachtsbotschaft zur Wirklichkeit werden könne. Das ist frommer Unglaube, der immer noch die Herrschaft Gottes als «mit äußeren Gebärden» in einer nebelhaften, möglichst weit entfernten Zukunft kommend sieht. In Wirklichkeit sind Durchbrüche und Siege der Kräfte des Gottesreiches schon hier und jetzt möglich und dürfen und müssen schon «mitten unter uns» erwartet werden. Auch der Sieg der Friedenskräfte über die Kriegs- und Todesmächte! Aber eben – nur wenn in ihnen Gott wirkt und wir ihn in unserem Kampf um den Frieden wirken l a s s e n. Und die tiefere Ursache dafür, daß aus den Ordnungen unserer Welt immer wieder Kräfte hervorzubrechen drohen, die alle fried-

liche «Koexistenz» der Völker, alle Abrüstung und alle großzügige Hilfe der reichen, materiell fortgeschrittenen Länder an die armen, unterentwickelten zunichte machen wollen, liegt ja darin, daß diese Ordnungen grundsätzlich Gottes Wirklichkeit leugnen und «andere Götter» anbeten, die einen mehr, die andern weniger, aber alle im gleichen Ungeist. Unsere Atombombenkultur ist nur die bisher letzte Folgerung einer Lebensauffassung, die sich von den geistigen und sittlichen Wahrheiten immer weiter entfernt und die Menschheit nun unmittelbar an den Rand der Selbstvernichtung herangeführt hat. Was noch an echten Lebenskräften in unserer Welt übriggeblieben ist, auch in der Friedens- und Abrüstungsbewegung, das stammt – ihr oft nur dunkel oder gar nicht mehr bewußt – aus der Verbindung mit Gott und seiner Herrschaft und wird sich nur in dem Maße durchsetzen, als diese Verbindung wieder ganz eng und unauflösbar wird. Der moderne Mensch, so sagt Fr. W. Förster, hat oft keine Ahnung davon, «in welchem Maße alle seine moralischen und politischen Errungenschaften, sein gefeiertes Menschenrecht, seine politische Freiheit, seine Frauenbefreiung, ja sogar seine Verherrlichung der Wahrheit und der Wahrheitsforschung ihre letzte Grundlage im Alten und Neuen Testamente haben und ganz anderen Rücksichten weichen würden, wenn die Autorität der religiösen Tradition und die Nachwirkung ihrer Heilungen nicht noch verhinderte, daß die Konsequenzen aus der modernen Weltanschauung restlos gezogen werden». Diese Konsequenzen kämen erst allmählich, im Laufe vieler Generationen, ganz zum Vorschein, aber w e n n sie erst einmal klar geworden seien, dann könnten und sollten sie uns veranlassen, «ein ehrliches Inventar unseres geistigen Besitzstandes und der ganzen Erbmasse, die dahinter steht, zusammenzustellen», damit wir «aufhören, uns über die ganze Größe dessen zu belügen, was wir verloren haben und was durch keinen wurzellosen Idealismus, keinen Marxismus und keine, ‚morale laïque' ersetzt werden kann».

Es wäre in der Tat eine arge Selbsttäuschung, wollte man annehmen, die Welt der Gewalt und des Krieges, ihr Militarismus und Nationalismus, ihr Kapitalismus und Imperialismus mit ihrem unheimlichen, immer explosionsbereiten Rüstungsapparat und die ganze hinter ihr stehende materialistisch-egoistische Gesinnung und gottferne Lebensart könne durch Gipfelkonferenzen und Kommissionsverhandlungen gestürzt oder auch nur erschüttert werden. Was jetzt an Koexistenz- und Entspannungsbemühungen auftritt, ist bisher nur Oberflächenbewegung, von der die tieferen Schichten des Bewußtseins der Menschheit und damit auch ihre Einrichtungen und Verhaltensweisen, vor allem der ganze Rüstungsbetrieb und das bürgerlich-konservative Beharrungsvermögen, noch fast unberührt sind. Es muß schon eine mächtige, im besten Sinn revolutionäre Grundwelle aus den Völkern heraus aufsteigen, es müssen Militärwesen und Kapitalismus nicht wiedergutzumachende Niederlagee erleiden und ihre

Träger und Gläubigen ihre ganze Selbstsicherheit und Anmaßung verlieren, wenn die Welt ohne Krieg zur Wirklichlichkeit werden soll. Es mag zwar sein – und wir wollen es hoffen –, daß ein Aufstand der Völker gegen die ihnen drohende Vernichtung im Atomkrieg das Schlimmste verhüten wird; aber mit der Angst vor der H-Bombe allein läßt sich noch lange kein Frieden schaffen, höchstens ein Anfang ernsthafter Abrüstung machen, von dem aus dann weitergebaut werden müßte – auf dem festen Grund einer gläubigen Gewißheit der Macht, von der, durch die und zu der hin alle Dinge sind. Wo aber sehen wir in der Völkerwelt ein solches Bauen auf den Felsen? Gleicht unsere Friedensarbeit nicht vielmehr dem Bauen auf sandigen Boden, der vom ersten besten Unwetter weggeschwemmt zu werden droht?

Vom religiösen Sozialismus Wir fragen das gleiche auch im Blick auf den sozialistischen Neuaufbau der Welt, der ja mit der Friedenssicherung so eng zusammenhängt. Auch hier haben wir das zuletzt allein tragfähige Fundament vergessen. Davon war schon in der letzten Weltrundschau aus Anlaß der englischen und der schweizerischen Wahlen die Rede; in dieser Jahresschlußbetrachtung sei aber der Gegenstand doch noch einmal aufgenommen und weitergeführt.

Ich habe dieser Tage wieder einen Aufsatz von Leonhard Ragaz gelesen, der kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, also vor mehr als 45 Jahren, geschrieben wurde, aber auf unsere heutige Lage noch mehr zutrifft als auf die damalige. Denn inzwischen ist die Abkehr des Sozialismus von seinen tiefsten Grundlagen und Kraftquellen noch viel eindeutiger und – möchte ich sagen – ehrfurchtsloser vollzogen worden, als das schon zu Beginn des Jahrhunderts der Fall war. Dies nicht allein im Lager des (angeblich) demokratischen, das heißt verbürgerlichten Sozialismus, der dafür die Quittung auch überall ausgestellt bekommt, sondern noch ausgesprochener im kommunistischen oder sonst radikal-sozialistisch gebliebenen Lager. Ein Beispiel – und bei weitem nicht das schlimmste – aus jüngster Zeit. Im Münchener «Periodikum für wissenschaftlichen Sozialismus» (Nr. 11) schreibt der (nichtkommunistische) Herausgeber, Arno Peters, das Christentum werde sich zwar schließlich mit den neuen (sozialistischen) Kräften abfinden, deren Durchbruch es nicht verhindern konnte. «Aber», so fährt er fort, «es wäre ganz falsch, wenn der Sozialismus seinerseits der Religion entgegenkommen wollte ... Christentum und Kapitalismus sind geschichtlich so eng aneinander gebunden, daß sie gemeinsam bekämpft und besiegt werden müssen ... Ich würde es für ein Unglück halten, wenn der Sozialismus nicht mit dem Siege über den Kapitalismus auch das Christentum endgültig beseitigte.» Das Christentum habe sich «vor der Weltgeschichte endgültig selbst

gerichtet». Christen seien in der sozialistischen Bewegung nur so lange willkommen, als sie «nicht versuchen, christliche Konterbande in die sozialistische Gesellschaft einzuschmuggeln». Scharf wendet sich Peters gegen eine Gesellschaft, die heute «diesen organisierten Volksbetrug» zulasse, den die Verkündigung der christlichen Botschaft darstelle. Der Sozialismus könne also die Christen nicht brauchen: Jeder Schritt zum Christentum hin sei «ein Schritt zurück in eine traurige Vergangenheit». Und so weiter.

Ich stelle dem – ebenfalls auszugsweise – einfach gegenüber, was Ragaz in dem erwähnten Aufsatz sagt: «In der sozialen Not wird uns die tiefste Not unserer Zeit deutlich, und das ist die religiöse Not. Diese soziale Not hätte in diesem Umfang nicht entstehen können, wenn nicht unser Leben im Zentrum in Verwirrung geraten und von der Wahrheit abgekommen wäre. Diese unerhörte Herrschaft des Mammonismus und Egoismus, wie sie in der sogenannten kapitalistischen Entwicklung der Gesellschaftsordnung sich darstellt, dieses riesengroße Elend neben riesengroßer Kulturüppigkeit, dieses Auseinandergehen der Gesellschaft in zwei Klassen, deren Zorn und Haß gegeneinander fortwährend steigt, diese Erschütterung, Zersetzung und Vergiftung aller sittlichen Lebensgrundlagen, die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit großer Katastrophen – sie wären nicht möglich, wenn nicht ein großer Abfall von Gott stattgefunden hätte. Die soziale Not ist das Gericht über unsere Kultur, das Gericht, das von dem Gott herkommt, der Heiligkeit und Liebe ist; diese soziale Not klagt uns an, daß wir zwar viel von Gott reden, aber in Wirklichkeit unser Leben auf die Gottlosigkeit gegründet haben.» Wobei hinzugefügt werden darf, daß die soziale Not von heute uns besonders auch in Gestalt der Ausbeutung und Verelendung der sogenannten unterentwickelten Völker auf der Seele brennt und zur Anklage wird.

Die soziale Not – das ist die Folgerung, die sich aus diesem Sachverhalt ergibt – muß also vom religiös erleuchteten Gewissen aus angepackt werden; sie fordert uns gerade als Christen heraus. Ragaz betont darum aufs stärkste, daß wir «die soziale Erlösung letztlich vom Kommen des Gottesreiches erwarten» – nicht im Jenseits also, wie nochmals gesagt sei, sondern auf d i e s e r Daseinsebene. «Wir bedürfen a l l e r Kräfte des Gottesreiches, wenn die soziale Erlösung wirklich zustande kommen soll. Wir wissen genau, daß eine Ordnung der Gesellschaft im Sinn eines idealen Sozialismus nur möglich ist, wenn wir neue Menschen bekommen, Menschen, die ihre Arbeit als Gottesdienst auffassen und darum als einen Dienst an den Menschen, die darin Freude finden, mit größter Liebe und Treue dabei sind und das Opfer bringen können. Nicht Engel müssen sie sein, sie dürfen Sünder bleiben, aber es ist gewiß, daß nur in dem Maße, als dieser Geist in der Menschenwelt wirkt, eine neue Gesellschaft möglich wird. Ohne ihn wär's nachher schlimmer als zuvor.» Eine religiöse Erweckung und Wiedergeburt ist darum, wie Ragaz auch

später immer wieder klarstellte, gerade für die soziale und sozialistische Bewegung die entscheidende Hilfe. «Die soziale Bewegung kommt ohne sie nicht weiter. Das fangen immer mehr tiefer Denkende zu verstehen an. Die in den Verhältnissen und in den Menschen bestehenden Widerstände sind zu groß für die rein politischen und sozialen Waffen.» Das meint auch Arnold Toynbee, wenn er (in «Marxism, Socialism and Christianity», Sonderabdruck aus seinem großen Geschichtswerk, Verlag der Oxford University Preß) schreibt: «Die Brüderschaft der Menschen ist für den Menschen unmöglich auf andere Art zu erreichen, als daß er sich zum Bürger des Gottesstaats macht, der über die menschliche Welt hinausführt und Gott selbst zum König hat. Und ein jeder, der diesen Glauben hat, wird von vornherein sicher sein, daß der marxistische Ausschnitt aus einem christlichen Sozialismus ein Versuch ist, der zum Mißerfolg verurteilt ist, weil er sich der Hilfe der geistigen Macht beraubt hat, die allein den Sozialismus zum Erfolg führen kann.»

Das ist heute deutlicher als je. Die Verbindung von Christentum – oder sagen wir besser: Botschaft der Bibel – und Sozialismus ist darum keine willkürliche Zusammenkoppelung zweier Dinge, die sich angeblich vertragen wie Feuer und Wasser; sie ist eine der greifbarsten geschichtlichen Tatsachen in dem Sinne, daß all das, was Sozialismus heißt und beinhaltet – Gerechtigkeit, Menschenwürde, Fürsorge für die Armen und Schwachen, Freiheit von Knechtung und Ausbeutung, Gleichheit, gegenseitige Hilfe – je und je zu den zentralen Anliegen der von Jesus in die Welt gebrachten Bewegung und ihrer Vorbereitung im Judentum gehörte. Nicht, daß seine geistigen und sittlichen Quellen n u r im Religiösen lägen; aber hier sprudeln sie am lautersten und kräftigsten, und hiervon nähren sich durch tausend Kanäle auch die scheinbar rein weltlich-materialistisch ausgerichteten Bewegungen sozialer Reform und Revolution, so wenig sie sich dessen bewußt sein mögen. Von der mosaischen Gesetzgebung und den israelitischen Propheten über Jesus, das Urchristentum und die Kirchenväter hin zu den sozialreligiösen Reformbewegungen des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit – Gottesfreunde und Lollarden, dann Franziskus und Savonarola, Wicleff und Hus, Täufer, Bauernerhebungen, usf. – und weiter zur Sklavenbefreiung, zu Tolstoj, zu den christlich-sozialen Reformern, zu gewissen Bewegungen der farbigen Rassen, zur Verkündigung eines Blumhardt, eines Kutter, eines Ragaz, eines Paul Passy oder Emil Fuchs – überall war da die Verbindung des Religiösen mit dem Sozialen eng, entscheidend und ganz bewußt. Und im Anarchismus und Syndikalismus, im Marxismus und russischen Kommunismus, wo die Verbindung erbittert geleugnet wird, besteht sie eben doch unbewußt und wirkt als mächtige, völlig unentbehrliche Triebkraft mindestens im Arbeiter- und Bauernvolk, wenn schon nicht bei den «aufgeklärten» Führern und Intellektuellen. Die ganze soziale Reformbewegung und der revolutionäre Sozialismus des 19. und 20. Jahr-

hunderts sind einfach undenkbar ohne den Hintergrund und die Quellkräfte der biblischen Botschaft; sie leben und zehren davon bis auf den heutigen Tag, oft ohne es zu wissen, und würden sich selber zum Absterben verurteilen, wenn es ihnen gelänge, mit dem Kapitalismus «auch das Christentum endgültig zu beseitigen» – als ob das überhaupt möglich wäre! Nicht Abkehr, sondern neue Hinwendung zum Christentum (in dem für uns immer auch das Judentum eingeschlossen ist) – das ist's, was der Sozialismus und Kommunismus braucht, um zu siegen.

Wir meinen das nicht in einem engen, dogmatischen Sinn. Das Wiedereinströmen religiöser Kräfte in den Sozialismus wird wohl ein langsamer, meist unmerklicher Vorgang sein, der sich in den verschiedenen Ländern verschieden vollziehen wird. Inzwischen müssen wir mit den Marxisten und Kommunisten Geduld haben – nicht nur mit ihrem Atheismus, sondern auch und besonders mit ihren Kampfmethoden und ihrer Gewaltpraxis. Es ist ja die sich christlich heißende Welt selbst, die sie – wie das hier schon so oft gesagt wurde – auf ihren heutigen Weg geführt hat, weil sie die Botschaft der Bibel für die Revolutionierung der menschlichen Gemeinschaftsordnungen so vielfach verkannt, verleugnet und in ihr Gegenteil verkehrt hat. Die auch nur einigermaßen Sachkundigen unter den Marxisten sollten zwar den Unterschied zwischen der Verkündigung Jesu und ihrem Mißbrauch durch die Kirchen kennen und daran denken, daß auch die Sünden und Verbrechen, die im Namen des S o z i a l i s m u s begangen worden sind und weiter begangen werden, sein Recht und seine Wahrheit nicht auszulöschen vermögen. Aber wer will es den Volksscharen, die das Christentum so weithin nur in furchtbarer Verzerrung und Verfälschung kennengelernt haben, im Ernst verargen, wenn sie den christlichen Weg überhaupt verwerfen und das Heil in einer materialistischen Ersatzreligion und einer politischen Gewaltpraxis suchen? Für die Christen bleibt da nur eines übrig: Zeugnis für die e c h t e Revolution, die «Revolution Christi», abzulegen. So wird, um noch einmal Professor Toynbee anzuführen, der Kampf des Marxismus gegen das Christentum «zu einem Aufruf an das lebende Geschlecht von Christen, ihr Gewissen zu erforschen und sich aufs neue einem wesenhaft christlichen Tun hinzugeben, das sie in jüngster Zeit so vernachlässigt, ja preisgegeben haben . . . Dann mag sich als Urteilsspruch der Geschichte die Feststellung erweisen, daß eine Wiedererweckung des sozialen Gewissens der Christen die positiv-praktische Hauptleistung von Karl Marx gewesen ist.»

8. Dezember *Hugo Kramer*

GTU Library
3 2400 00334 8400

v.53
1959

Neue Wege

v.53
1959